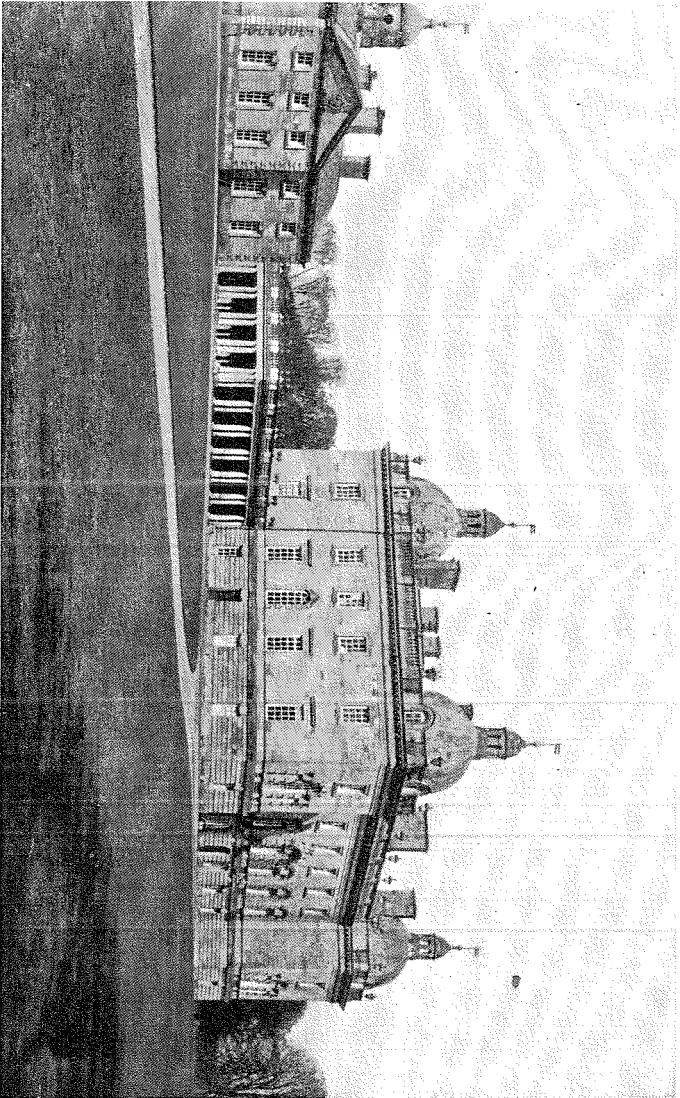


Englische Geschichte
im
achtzehnten Jahrhundert

Vierter Band



Nach Blomfield, A History of Renaissance
Architecture in England, 1500—1800 S. 220

Houghton Hall, Norfolk

Englische Geschichte
im
achtzehnten Jahrhundert

Von

Wolfgang Michael

Vierter Band

Das Zeitalter Walpoles

Dritter Teil

1937

Verlag für Staatswissenschaften und Geschichte G. m. b. H.
Berlin W 50

11-C-158

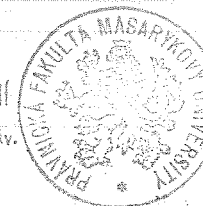
Das Zeitalter Walpoles

Von

Wolfgang Michael

Dritter Teil

SEMINÁRNÍ
Hist.-práv.



KNIHOVNA
oddělení

1937

Verlag für Staatswissenschaften und Geschichte G. m. b. H.
Berlin W 50

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1937 by
Verlag für Staatswissenschaften und Geschichte G. m. b. H.
Berlin W 50

Meiner lieben Frau
Eise
geb. Wehrenpfennig

ms. es. 6.376

Kouplod *Minerva*
V *Breut* za Kč *1062.60 7/10*

ÚSTŘEDNÍ KNIHOVNA
PRÁVNICKÉ FAKULTY UJEP
STARÝ FOND *0549*
Č. inv.:

Vorwort.

Mit dem vorliegenden vierten Bande ist „das Zeitalter Walpoles“ abgeschlossen.

Ich habe versucht, durch Erzählung und Schilderung die Ereignisse und die Persönlichkeiten soweit lebendig werden zu lassen, daß Maßstäbe für das historische Urteil daraus gewonnen werden können.

Die ersten drei Kapitel, das Parlament behandelnd, mögen als eine Ergänzung der letzten Abschnitte des vorigen Bandes betrachtet werden. Sie wurden damals nicht allein aus Raum-mangel fortgelassen. Es war mein Wunsch, das Erscheinen des dritten Bandes so zu beschleunigen, daß ich ihn der Universität Edinburgh überreichen konnte als ein Zeichen des Dankes für die hohe Auszeichnung, die sie mir mit der Verleihung ihres Ehrendoktors (28. Juni 1934) erwies. Doch denke ich, daß man das Thema der hier vorgetragenen Ausführungen für wichtig genug halten wird, um den vierten Band damit zu eröffnen ¹⁾.

Über die benutzten gedruckten und handschriftlichen Quellen geben die Anmerkungen Bescheid. Viel Wertvolles haben, neben den englischen Sammlungen, besonders die Archive von Wien und Berlin geliefert, und ich möchte ein Wort des Dankes aussprechen, nicht nur für die Überlassung der Akten zu monatelanger Benutzung an hiesiger Universitätsbibliothek, sondern auch für so manche wertvolle Auskünfte, die mir die Arbeit erleichtert haben.

Der fünfte Band, der letzte des Gesamtwerkes, der auch ein Generalregister für alle 5 Bände bringen soll, wird die Erzählung bis zum Ende des siebenjährigen Krieges zu führen, er wird den Aufstieg Englands zur Weltmacht darzustellen haben.

¹⁾ Das Interesse, welches meinem Werke in England entgegengebracht wurde, hat Herrn Professor L. B. Namier von der Universität Manchester veranlaßt, eine englische Ausgabe desselben in seine Sammlung „Studies in Modern History“ aufzunehmen. Der erste Band ist im vorigen Jahre erschienen.

Ihm sind auch die Abschnitte vorbehalten, welche, soweit der Historiker sie zu geben vermag, eine Vorstellung vermitteln sollen von den Leistungen des englischen Volkes auf dem Gebiete der bildenden Kunst und der Musik im Laufe des 18. Jahrhunderts. Nicht weniger deutlich als in den Erscheinungen der Politik, der Verfassung, der Wirtschaft spiegelt sich auch in ihnen der Geist der Zeit.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	VII
Drittes Buch.	
Das Parlament.	
Erstes Kapitel. Lords und Commons	1—34
England das Musterland des Parlamentarismus 3. Der aristokratische Charakter beider Häuser des Parlaments 3. Die Dauer der Legislaturperiode 5. Nationaler Charakter des Parlaments 7. Walpole, „der große Commoner“ 7. Seine Stellung zwischen König und Parlament 9. Lords und „ <i>Money bills</i> “ 11. „ <i>Votes of Credit</i> “ 16. Die Thronreden 17. Walpole als Verfasser der Thronreden 23. Das Vetorecht der Krone 25. Walpole und die Bischöfe 29. Das Spiel der Parteien 31. Whigs gegen Whigs 33.	
Zweites Kapitel. Die Korruption	35—45
Die Korruption in Europa 35. Das Ausland über die Korruption in England 36. Die Bestechung der Wähler 38. Die Bestechung der Mitglieder des Parlaments 39. Die Bestechung von Fall zu Fall 41. Das <i>Secret Service Money</i> 42. Die öffentliche Meinung im Parlament und im Volk 44.	
Drittes Kapitel. Die Opposition im Parlament und in der Literatur.	46—112
„ <i>His Majesty's Opposition</i> “ 46. Die Anfänge im Zeitalter Walpoles 47. Walpole in der Opposition 48. Drei Gruppen der gegen Walpoles Ministerium auftretenden Opposition 49. William Pulteney 51. Sir William Wyndham 52. William Shippen 52. Die Opposition im Oberhause 53. Die Opposition und das Ausland 54. Die Ausweisung Palms und die Opposition 55. Die Opposition und die Krone 56. Die Opposition und die Außenpolitik 58. „Die stehende Armee“ 59. Die Opposition und die Literatur 61. „ <i>Gullivers Reisen</i> “ 62. Prior, Strafford und Ormond 72. Oxford 73. Bolingbroke und Walpole 74. Bolingbroke = John Bull 74. Bolingbrokes Streben nach Begnadigung 79. Seine Restituierung 81. Bolingbroke und Georg I. 83. „ <i>Der Craftsman</i> “ 89. Bolingbrokes „ <i>Dissertation upon Parties</i> “ 93. Walpoles Sieg über Bolingbroke 96. Bolingbroke als Philosoph 98. Seine politischen Schriften 99. Seine Briefe über das Studium der Geschichte 101. Die <i>Votes</i> 102. Berichterstattung über die Debatten 104. Die „ <i>Parliamentary History</i> “ 107. Die öffentliche Meinung und das Parlament 108. Voltaire und Montesquieu 110	

Viertes Buch.

Das Wirtschaftsleben.

Erstes Kapitel. Die Staatsfinanzen und der Streit um die Accise 115—156

Die Finanzen vor Walpole 115. Die Finanzen und der Staat 117. Staatsschuld und *sinkingfund* 118. Walpoles Auffassung 121. Höhe der Staatsschuld 123. Die Staatseinnahmen 124. Landtaxe und Malztaxe 125. Der Accisestreit von 1733 127. Die Accise in Deutschland 127. Die öffentliche Meinung und die Accise 129. Georg II. und die Accise 130. Der Schmuggelhandel 131. Walpoles Rede über die Accise 134. Der Kampf im Unterhause 136. Die Versammlung in der Guildhall 138. Der Fall des Acciseplanes und die „*sturdy beggars*“ 140. Georg II. lehnt die Demission Walpoles ab 142. Die Zivilliste 143. Münze und Währung 147. Die Silberknappheit 148. Barnards Vorschlag einer Zinsreduktion 150. Das *secret service money* 151. Walpoles Finanzpolitik und der Wirtschaftsaufschwung 154.

Zweites Kapitel. Landwirtschaft, Industrie und die Lage der arbeitenden Klassen 157—199

Überwiegen der Landwirtschaft 157. Die fünf Gruppen landwirtschaftlicher Kreise 158. Die Prämierung des Getreideexports 159. Neue Einhegungen 161. Verbesserung der landwirtschaftlichen Methoden 163. Die Landtaxe 163. Die Salzsteuer 165. Die Liebe zur Natur 167. Die Rückberufung der Handwerker 169. Die Tuchindustrie 173. Verschleppung der Rohwolle ins Ausland 174. Das Verbot der Ausfuhr irischer Tuche 176. Defoe über die Tuchindustrie 179. Die Seidenindustrie 181. Die Baumwollindustrie 184. Der Kampf gegen die Baumwolle 186. Leinenindustrie 188. Spitzenindustrie 189. Eisenindustrie 189. Die Zahl der Arbeitenden 190. Die günstige materielle Lage der Arbeiter 191. Das Lehrlingsgesetz Elisabeths 192. Die Organisation 194. Soziale Kämpfe 195. Der Streik der *Keelmen* von 1719 196.

Drittes Kapitel. Englands Handel mit West- und Südeuropa 200—255

Merkantilismus 200. Staatsmerkantilismus und freiheitlicher Merkantilismus 202. Die Bienenfabel und *laissez faire* 203. Der Binnenhandel 204. Der auswärtige Handel 206. Walpoles Wirken und die *Houghton Papers* 208. England, „das Zentrum des Handels“ von Europa 211. Der englisch-französische Handelsverkehr 213. Der englisch-französische Handelsvertrag von 1713 218. Die entscheidende Verhandlung im Unterhause 220. Das Scheitern des Handelsvertrages 223. Rückgang des Handelsverkehrs 226. Der Schiffsverkehr zwischen England und Frankreich 230. Französische Sorgen 232. Handel und politische Mentalität 234. Der Handel mit Holland 235. Der Handel mit Portugal 238. Der Handel mit Deutschland 240. Der Handel mit Hamburg 243.

Die Fischerei 245. Der Levantehandel 247. Der Streit mit den *Italian Merchants* 250. Englischer und französischer Levantehandel 252. Der Botschafter bei der Pforte 254.

Viertes Kapitel. Der Norden und Osten und die Schiffbaumaterialien 256—288

Die englische Seemacht und die „*naval stores*“ 256. Der englische Waldbestand 257. Die Holzvorräte in Nord- und Osteuropa 259. Rußlands drohende Vormacht in der Ostsee 260. Die erste *naval stores bill* 262. Verbot des Handels mit Schweden 265. Der Handelsverkehr mit Norwegen 266. Die Ostsee oder Amerika 268. Die Thronrede vom 19. Oktober 1721 271. Die *naval stores bill* von 1722 272. Die *naval stores bill* von 1729 274. Allgemeines über die *naval stores*-Gesetzgebung 274. Der Handel mit Rußland 275. Rußlands englische Bündnisführer 280. Die Konkurrenten im Handel mit Rußland 282. Anna Iwanowna 284. Der englisch-russische Handelsvertrag 287.

Fünftes Kapitel. Die englischen Kolonien in Amerika . 289—325

Die alte Kolonialpolitik 289. Die amerikanischen Kolonien 290. Die drei Arten kolonialer Gebilde 291. Die Prerogative des Königs 292. Das *Board of Trade and Plantations* 293. Grenzstreitigkeiten in Amerika 295. Die Mission Bladen-Pulteney 298. Der Bericht des *Board of Trade* vom 8. September 1721 303. Die Gründung Georgias 305. *Naval stores* aus Amerika 307. Die Industrien der Amerikaner 310. Der Schiffsverkehr mit Amerika 312. Das Bedürfnis nach staatlichem Zusammenschluß 314. Die französische Gefahr 315. Die Indianerpolitik der Franzosen und der Engländer 318. Frage der Besteuerung durch das Mutterland 320. Der Standpunkt Walpoles 323. „Geist der Unabhängigkeit“ 323.

Sechstes Kapitel. West- und Ostindien und die anderen überseeischen Bereiche 326—358

Die Hudson's Bay-Kompagnie 326. „Westindien, die Quelle unserer Reichtümer“ 328. Der Zuckerhandel 331. Der Streit zwischen Amerika und Westindien 332. Die Südsee-Kompagnie und der Asiento-Vertrag 335. Die Klagen der Südsee-Kompagnie 338. Die französischen Denkschriften 340. Die afrikanische Kompagnie 343. Die ostindische Kompagnie 344. Die englische Gesandtschaft am Hofe des Großmoguls 345. Die Magna Charta der Engländer in Indien 348. Das Geschäft der Kompagnie 351. Konkurrierende Gesellschaften 354. Die Kompagnie von Ostende 354. Die schwedisch-ostindische Kompagnie 357.

Fünftes Buch.

Die Politik.

Erstes Kapitel. Der Kongreß von Soissons und die Verträge von Sevilla und Wien 361—390

Die allgemeine Lage 361. Die Denkschriften Saint Saphorins für die britischen Majestäten 362. Defoe's „Reasons for a War“ 365. Die Pragmatische Sanktion auf dem Kongresse 367. „Little German disputes“ 369. Das Schiedsgericht von Braunschweig 373. Der Kongreß auf dem toten Punkt 375. Der Vertrag von Sevilla 376. Townshends Rücktritt 380. Der „zweite Wiener Vertrag“ von 1731 382. Die Reichsgarantie der Pragmatischen Sanktion 384. Die Kriegsgefahr von 1732 388.

Zweites Kapitel. Englands Neutralität im polnischen Thronfolgekriege 391—440

Englands Kriege im 18. Jahrhundert 391. Der Ursprung des Krieges 393. Der Bourbonische Familienpakt 393. Die drei Gegner des Hauses Habsburg 394. Erbfolgekriege und politische Interessen 395. England als stummer Zuschauer 397. *Dramatis personae* 397. Kinsky, Bartenstein, Walpole 401. Österreichs Werben um englische Hilfe 403. Die Kabinettsitzungen in Hampton Court. Gegensatz zwischen Georg II. und Walpole. Englands Fernbleiben vom Kriege 405. Vermählung der Prinzessin Anna mit dem Prinzen von Oranien 407. Wasner bei Georg II. 413. Wasner bei Walpole 414. Die Mission Stricklands 416. Der Friedensplan Robinsons 418. Englands Flottenexpedition nach Lissabon 421. Die „Lustfahrt der englischen Flotte“ 423. Englands Versuch der Gewinnung Preußens 425. Friedrich Wilhelms Ablehnung 429. Präliminarfrieden zwischen Frankreich und Österreich 431. Die Aufnahme in England 432. Die Thronrede vom 15. Januar 1736 433. Die Haltung der Opposition 434. Sieg der Regierung 436. Ein letztes Wort über Walpoles Politik im polnischen Thronfolgekriege 439.

Drittes Kapitel. Irland und Schottland 441—469

Die Gegensätze in Irland 441. Die irische Verfassung 442. Die „Ruhe“ in Irland 444. Irland 1715—16 445. Der Streit um die Wood'schen Halbpennige 447. Carteret und Swift 452. Die „Tuchhändler-Briefe“ 454. Der Sieg Swifts 457. Der Jakobitismus in Schottland 459. Die wirtschaftlichen Wirkungen der Union 460. Der schottische Brauerstreik 461. Die Entlassung Roxburghs 465. General Wade im Hochlande 468.

Viertes Kapitel. Kirchenpolitik 470—482

Kirche und Gottesdienst 471. Edmund Gibson 472. Die Dissenter 473. Walpole und die Dissenter 476. Walpoles „Niemals“ 481. Die Katholiken 481.

Fünftes Kapitel. Land- und Seemacht 483—500

Die kleinen Ziffern der englischen Armee 483. Der Kampf gegen die stehende Armee 485. Der Soldatenhandel 488. Die englische Armee und Friedrich Wilhelm I. 493. Der Zauber der Seeherrschaft 494. „Rule Britannia, rule the waves“ 495. Der Kampf um die maritime Größe 496. Der Pazifikationsplan der Seemächte 498.

Sechstes Kapitel. Georg II. und seine Familie 501—527

Die Königsreise nach Hannover 501. Lady Suffolk 502. Die Königin als *Guardian of the Kingdom* 504. Die fürstlichen Ehegatten 505. Hannover und Potsdam 507. Georg II. in Herrenhausen 508. Frau von Wallmoden 509. Georg II. und die Frauen 511. Das Volk von Hannover und der König 512. Der Prinz von Wales 514. William Pitt 516. Die Sache des Prinzen vor dem Parlament 518. Niederkunft der Prinzessin 519. Tod der Königin 520. Noch einmal das Testament Georgs I. 523. Das politische Testament des Prinzen 527.

Siebentes Kapitel. Übergang zu kriegerischen Zeiten 528—579

Gründe für den Krieg mit Spanien 528. Jenkins' Ohr 529. Entstehung des Krieges 532. Eroberung von Porto Bello 534. Abflauen des spanischen Krieges 537. Österreich und der Ländertauschgedanke 538. Die Instruktion des Grafen Ostein 540. England und Lothringen 542. Ostein in Hannover 543. Friedrich II. von Preußen 545. Ostein und Georg II. 547. Georg II. zum Kriege entschlossen 551. Die erhoffte Teilnahme Rußlands 552. Der große Angriffsplan 554. Friedrich und Podewils 556. Die Opposition und der Krieg 557. Hauptangriff gegen Walpole 560. Ministeranklagen in England 561. Carteret als Angreifer 564. Triumph Walpoles 567. Wirkung auf die auswärtige Politik 570. Friedrich II. und Maria Theresia 574. Carteret und Ostein 575.

Achstes Kapitel. Walpoles Sturz. Rückblick auf sein Leben 580—595

Walpoles Kampf um die Macht 580. Sein Sturz 582. Seine äußere Erscheinung 584. Sein Auftreten im Parlament 584. Seine Rolle in der auswärtigen Politik 586. Der literarische Kampf gegen den Minister 588. Die Lobredner 591. Der Gutsherr von Houghton Hall 592. Die große Rede im Oberhause 595.

* * *

Anhang.

Nr. 1. Zur Geschichte des Vertrages von Sevilla .	597—598
Nr. 2. Die Höhe der Staatsschuld 1733/1734 . . .	598
Nr. 3. Ein Plan zur Auflösung der Personal-Union England-Hannover 1732	599
Nr. 4. Georg II. und Frau von Wallmoden . . .	499
Nr. 5. Friedrich Wilhelm I. über die Haltung Hollands gegenüber dem französisch-öster- reichischen Präliminarfrieden von 1735 . .	599—600
Nr. 6. Anecdotes de la Cour Britannique	600—604
Nr. 7. Regierung und Politik vor dem Sturze Walpoles	604—606
Nr. 8. Der Sturz Robert Walpoles	607—608

Der vorliegende Band bringt „Das Zeitalter Walpoles“ zum Abschluß und will zeigen, wie Staat und Gesellschaft sich unter den Händen des großen Ministers gestaltet haben. Bei oberflächlicher Betrachtung meint man wohl nur ein Fortwandeln auf alten Geleisen zu bemerken, und dennoch ist alles neu: Eine Staatskunst, die von den Ideen der Zeit ausgeht, aber sich ihnen niemals völlig unterwirft. So eigenartig Walpoles Stellung zum Monarchen, so eigenartig ist sie auch gegenüber dem Parlamente und den Parteien. Nicht minder selbständig ist er in seiner Wirtschaftspolitik. Gewiß steht er auf dem Boden des Merkantilismus, doch ohne sich je dem starren Schema ganz zu verschreiben. Denn er ist der große Praktiker. Man kann zwar das Wirken seiner Ideen nicht auf Schritt und Tritt verfolgen. Die Zeitgenossen haben ihn auch nicht immer verstanden, und selbst seinen politischen Freunden ist er in manchen Momenten ein Rätsel geblieben. Und doch meint man in den Maßregeln der Regierung und in dem Gange der Gesetzgebung stets einen Hauch von seinem Geiste zu verspüren.

Seine auswärtige Politik empfängt ihre Regel aus seinem Walten im Innern. Ihr Charakter ist bestimmt durch sein zähes Festhalten am Frieden — fast bis an die Grenzen der nationalen Würde —, durch die Art, wie er dem stürmischen Townshend in den Arm fällt, und wie er selbst den Tatendrang seines Königs zu zügeln versteht.

Aber er kann diese Politik nicht bis zum Schlusse durchführen. Wie ein halbes Jahrhundert später der jüngere William Pitt sein großes Reformwerk abbrechen und zum Schwerte greifen muß, so ist es auch Walpoles Schicksal, daß er am Ende seiner Laufbahn den so ängstlich gehüteten Frieden nicht mehr erhalten kann: ein tragischer Ausgang seines Lebenswerks. Denn nun haben die großen Ereignisse des kommenden Kriegszeitalters, die Kunde von den Siegen Friedrichs des Großen in Deutschland und von fernher der Kanonendonner von Plassey und Quebec, den Ruhm Walpoles übertönt. Man hat seitdem

nur zu viel von seinen Schwächen geredet und seine großen Leistungen verkannt.

Doch schon Horace Walpole hat gesagt: Wenn jemals die Wahrheit ans Licht kommt, so wird man auch dem Andenken meines Vaters Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Drittes Buch.

Das Parlament.

Erstes Kapitel.

Lords und Commons.

Seit den Tagen Voltaires und Montesquieus hat England als das Musterland des Parlamentarismus gegolten. Seine Institutionen sind von allen zivilisierten Nationen, so wie sie für eine jede am besten zu passen schienen, übernommen worden, oder sie haben doch als das große Vorbild allen vor Augen gestanden. Zweikammersystem, gewählte Volksvertretung, das Recht der Steuerbewilligung, der Gesetzgebung, der Kontrolle der Verwaltung, wurden als die entscheidenden Merkmale parlamentarischer Regierungsweise betrachtet und nachgeahmt.

Was aber Englands parlamentarische Institutionen vor allen anderen auszeichnet, das ist die Würde, die eine vielhundertjährige Geschichte ihnen verleiht. Denn hier, und hier allein sind sie organisch entstanden, sind mit der Nation groß geworden und sind in jeder Gestalt der Ausdruck der politischen Anschauungen ihrer Epoche gewesen.

Nachdem wir im vorigen Bande unter den Stichworten König, Premierminister und Kabinett, der Staatsmaschinerie eine Betrachtung von oben her gewidmet haben, so wollen wir nunmehr in den folgenden Kapiteln eine Beschreibung des Parlaments, seiner Stellung zur Regierung und zum Volke und seiner steigenden Macht zu geben versuchen.

* * *

In der Gestalt und in der Arbeitsweise des Parlaments hat sich im Zeitalter Walpoles nicht allzuviel verändert, um so mehr in seinen Beziehungen zur Exekutive.

Ein flüchtiger Blick auf die Zusammensetzung der beiden Häuser läßt den aristokratischen Charakter beider erkennen. Die erblichen Peers und auch die 16 schottischen Wahllords

sind sämtlich als große Grundbesitzer zu denken. Auch wird die Krone niemanden erheben, der nicht zu den Magnaten des Landes gehört. In der für die Kurfürstin Sophie verfaßten, früher Burnet zugeschriebenen, Denkschrift ¹⁾ erklärt der Verfasser, es sollte niemand ins Oberhaus kommen, der nicht Güter besitzt von einem Mindestertrage von jährlich 6,000 £., und davon sollten 4,000 £ so festgelegt sein, daß sie mit dem Titel auf den Erben übergehen.

Diese Zahlen mögen übertrieben sein, aber sicherlich forderte die herrschende Anschauung, daß die Lebenshaltung eines Peers seinem Range entspreche. Als Thomas Parker, der treue Anhänger Georgs I. 1716 zum Baron erhoben werden sollte, erklärte er, sein Einkommen reiche wohl aus, um als *Gentleman* zu leben, nicht aber als Mitglied des hohen Adels. Darauf erhielt er vom Könige ein Geschenk von 15 000 £. Zwei Jahre später, nachdem er als Jurist die Sache Georgs I. in seinem Konflikt mit dem Prinzen glücklich geführt hat, soll er als Nachfolger Cowpers *Lord Chancellor* werden. Aber der gute Rechner erklärt, er könne nicht auf das lebenslängliche Gehalt von 5 000 £, das er als Oberrichter beziehe, verzichten, um sich mit einem Gehalt von nur 4 000 £ zu begnügen, das ihm auch nur sicher sei, solange ihm der König das Amt lasse. Da erhält er von Georg I. ein neues Geschenk von 20 000 £ und dazu für seinen Sohn eine jährliche Pension von 1500 £ ²⁾.

Aber auch die Commons waren ein Haus der reichen Leute, oder wie man damals sagte, ein „Senat von Patriziern“. Ein Gesetz aus dem Jahre 1710 besagte ³⁾, daß jeder Grafschaftsvertreter ein auf Grundbesitz beruhendes Einkommen von mindestens 600 £, der von einer Stadt gewählte Bürger aber ein solches von nicht weniger als 300 £ haben müsse. Zwar hört man von Umgehungen des Gesetzes, von fingierten Einkommen, dennoch war nun auf lange Zeit (bis 1838), der Charakter des *House of Commons* gesetzlich festgelegt. 1734 hat Walpole selbst

¹⁾ A Memorial offered to ... the Princess Sophia, by G. S. 1703. Lond. 1815. Vgl. Clarke and Foxcroft, *Life of Burnet*. 556.

²⁾ Nach einem Berichte Boneto vom 6./17. Mai 1718. G.St.A. Etwas niedrigere Zahlen gibt der Artikel „Th. Parker“ im D.N.B.

³⁾ Vgl. Porritt, *The Unreformed House of Commons*. 1, 166 ff.

das Prinzip verkündet: ¹⁾ „Mitglieder dieses Hauses sind und müssen immer sein Leute, die Vermögen besitzen und die hochgeachtet sind in ihrer heimatlichen Landschaft.“

So blieb es bei dem überlieferten Charakter beider Häuser. Von Reformbestrebungen ist nicht die Rede. Was die Lords betrifft, so dachte niemand an eine Wiederaufnahme der *Peerage Bill* von 1719, um so weniger, da ja Walpole selbst es gewesen, der sie mit so unerhörtem Geschick zu Falle gebracht hatte. Dem Monarchen blieb das Recht unbenommen, wem er wollte, die Mitgliedschaft des Oberhauses zu verleihen, doch wurde es nicht im Übermaße angewendet, und von einem Pairsschub, wie ihn die *Peerage Bill* unmöglich machen wollte, war man weit entfernt.

Ebenso wenig ward an der Gestalt des Unterhauses gerüttelt. Die Bestrebungen zur Parlamentsreform, die in der Zeit des Bürgerkrieges und des Interregnums so lebhaft verfolgt, die auch mit der Restauration nicht verschwunden waren und fortlebten bis zum Tode Wilhelms III. ²⁾ — noch Toland hatte 1701 die Beseitigung der *rotten boroughs* empfohlen — alle diese Bestrebungen waren verstummt und sind erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wieder lebendig geworden. Noch lag über der Verfassung des Parlaments das Schweigen des Walpole'schen „*Quieta non movere*“.

* * *

Auch die Dauer der Legislaturperiode blieb unverändert. Sie war festgelegt durch die Siebenjährigkeitsakte von 1716, die Walpole gebilligt, aber nicht mit beschlossen hatte, da er durch eine schwere Erkrankung vom Unterhause ferngehalten gewesen. Was damals aus parteipolitischen Gründen von den herrschenden Whigs geschaffen worden ³⁾, hatte sich seither bewährt, und Walpole hatte keine Ursache, etwas an dem bestehenden Zustande zu ändern. So ist es denn nur einer der zahlreichen Versuche gewesen, den Mächtigen zu stürzen, wenn im März 1734 von der Opposition der Antrag gestellt wurde, die

¹⁾ Parl. Hist. 9, 475.

²⁾ Vgl. G. Kühner, *Ideen zur Parlamentsreform in England im 17. Jahrhundert*. Freiburger Diss. 1931.

³⁾ Vgl. Bd. 1, 605 ff.

Septennial-Akte zu widerrufen und häufigere Parlamentswahlen an ihre Stelle zu setzen¹⁾).

Da ein Bedürfnis zu solcher Änderung eigentlich von niemandem empfunden wurde, so war es dieses Mal auch nicht leicht, die gewohnte Phalanx gegen den Minister in den Kampf zu führen. Denn wenn auch Tories und Jakobiten mit vollem Herzen bei der Sache waren, so empfanden die zur Opposition haltenden Whigs sehr wohl, daß sie sich mit ihrer eigenen Vergangenheit in Widerspruch setzten, da sie ja selbst einst die Akte mit beschlossen hatten, die sie jetzt als verderblich bezeichnen sollten. Nun wurde das Für und Wider mit aller Gründlichkeit durchgesprochen. Von beiden Seiten traten die stärksten Redner auf den Plan, Shippen und Wyndham, John Barnard und Pulteney von der Opposition; William Lowther, Henry Pelham und zuletzt Robert Walpole selbst als Verteidiger des in Kraft stehenden Gesetzes. Man bewegte sich wieder in ähnlichen Gedankengängen wie 1716, aber die Argumente waren mehr als damals der gegenwärtigen Situation angepaßt. Durch die langen Parlamente, sagten die Tories, ist die Prærogative des Souveräns zu unheimlicher Größe angewachsen. Heinrich VIII. habe seine absolutistische Regierungsweise darauf aufgebaut, Karl II. hat das System noch mächtig erweitert und das „pensionierte Parlament“ gehalten. Dann hat man nach der Revolution, unter Wilhelm III., dem Übel durch die gesetzlich vorgeschriebenen dreijährigen Parlamente gesteuert, und wenn man 1716 zur Siebenjährigkeit übergang, so geschah es eben unter ungewöhnlichen Verhältnissen, nämlich nach der jakobitischen Rebellion. Aber lange Parlamente sind an sich vom Übel, sie sind eine Last für die Volksvertreter, sie geben den Ministern die Möglichkeit, die Schwächen der Mitglieder zu erspähen und sie zu bestechen. Und so wird denn wohl in sämtlichen Reden das Schlagwort der Korruption wiederholt, als eine einzige große Anklage gegen den Minister, natürlich ohne ihn zu nennen.

Walpoles Erwiderung war witzig und sarkastisch. Er spottet über den Vorwurf der Bestechlichkeit, beleidigend für die Mitglieder und undurchführbar von seiten des Schatzamts, das für jeden Schilling, den es bewilligt erhalten und ausgegeben hat,

¹⁾ Parl. Hist. 9, 394 ff.

in der nächsten Session dieses Hauses Rechenschaft geben muß. So wird es ihm nicht schwer, die von häufigen Wahlen drohenden Gefahren zu schildern, und er warnt vor dem Experiment der Widerrufung der *Septennial Act*.

Daß Walpoles Rede außer dem zur Sache gehörenden Inhalt noch eine andere, geradezu sensationelle Bedeutung hatte, soll an anderer Stelle dargelegt werden. Dem Antrage der Opposition aber war die Ablehnung ohnedies gewiß, und an der siebenjährigen Legislaturperiode hat man festgehalten bis 1911.

* * *

Niemand wird in diesem so durch und durch aristokratischen Parlament eine wirkliche Volksvertretung erblicken wollen. Aber darauf kam es dem Zeitalter auch gar nicht an. Statt dessen haben die nach Westminster entsandten Politiker, Lords wie Commons, ihre Aufgabe darin gesehen, immer das Ganze im Auge zu behalten, einzutreten für die Interessen aller Gruppen des Volkes und aller Stände. Man führt das Wohl der Nation nicht umsonst im Munde. Man ist wirklich national. Mit allen Schwächen und Schönheitsfehlern, die dieser Körperschaft anhaften, mit Korruption und Opposition, die wir zu schildern haben — der Sinn und das Ergebnis ihres Tuns war dennoch nationale Politik, eine Politik, deren Früchte zu erkennen sind in dem Reichtum und der Kultur im Innern und der Machtentfaltung nach außen.

* * *

Im Kabinette saßen um Walpole herum die Mitglieder des hohen Adels von England, Herzöge und Grafen. Er selbst, der Premier-Minister, wenn wir ihn mit seinen Zeitgenossen so nennen wollen, blieb der einfache Mr. Walpole oder, seit 1725, Sir Robert Walpole; er blieb durch seine ganze politische Laufbahn hindurch im Unterhause, 30 Jahre lang als der Vertreter von Kings' Lynn, des kleinen Städtchens in seiner Nachbarschaft in Norfolk. Daß ein Minister der Krone dieser im Unterhause oft nützlicher sein konnte als bei den Lords, hatte man zwar schon früher erlebt. Henry St. John's Erhebung zum Peer war noch über den Winter 1711—12 hingezögert worden, um seine Beredsamkeit im Unterhause während der schweren parlamentarischen Kampagne nicht entbehren zu müssen. Aber

dann war auch er ein Viscount Bolingbroke geworden¹⁾. An Walpole ist die Versuchung, die Peerswürde zu erlangen, wenn ich nicht irre, drei Mal herangetreten. Es geschah zuerst im Spätjahr 1721 als er erst vor Kurzem dem Könige die programmatische Thronrede vom 19. Oktober in den Mund gelegt hatte, und als eine Neuwahl zum Parlamente bevorstand. Da soll er zu Shippen gesagt haben: „Ich hoffe, euch bald zu verlassen“, und man erzählte sich, er habe schon ein Patent als Earl of Walsingham in der Tasche gehabt.²⁾ In Wahrheit begann er ja aber erst damals die große Rolle zu spielen, in der ihn eine spätere Zeit als *Leader of the House of Commons* bezeichnet haben würde. Zwei Jahre später wollte ihm Georg I. zum Lord machen, aber nun lehnte Walpole ab. Dafür wurde sein Sohn, der jüngere Robert Walpole, zum Lord Walpole befördert, und diese Erhöhung geschah in einer Form, welche den Vater mehr ehrte als den Sohn³⁾. „Er wollte lieber der höchsten Titel würdig sein, als sie besitzen“, so ward in dem Patent für den Sohn der Ruhm des Vaters verkündigt. Und drei Jahre später, als der König seinen großen Minister durch die Verleihung des Hosenbandordens auszeichnete, und als alle Welt darüber erstaunt war, weil seit der Zeit Elisabeths kein Commoner diese Ehrung empfangen hatte und doch im Unterhause geblieben wäre, da erklärte Walpole wohlgemut und entschlossen, „daß er als ein Commoner aus diesem Leben zu scheiden verlange“⁴⁾.

Das war stolz bescheiden. Aber diese Stimmung hat ihn ja auch nicht allezeit beherrscht. Aus dem Jahre 1729 ist eine Notiz erhalten⁵⁾, welche besagt: „Sir Robert ist so mit Geschäften belastet, daß er der Königin den Wunsch ausgesprochen habe, man möge ihn zum Peer machen, aber nun haben König und Königin erklärt, sie könnten ihn im *House of Commons* nicht entbehren.“

So blieb Walpole sich treu und wich nicht von dem Boden, auf dem seine politische Größe erwachsen war.

¹⁾ Vgl. meine Abhandlungen in der Hist. Zeitschr. 100; Contemporary Review, Sept. 1933.

²⁾ Portland Mess. 7, 306.

³⁾ Vgl. Coxe, Rob. Walpole (1798) 1, 176.

⁴⁾ Palm, 7. Juni 1926. W.St.A.

⁵⁾ Carlisle Mss. 60.

Und wenn gleichwohl zuletzt noch der entlassene Minister zum Grafen Orford erhoben wurde, so schien diese Erhebung der Welt nur sagen zu sollen, das die politische Rolle Robert Walpoles ausgespielt sei. Die Geschichte nennt ihn nicht mit diesem neuen Titel, dafür hat sie ihm neben dem Geschlechtnamen auch den volkstümlicher klingenden Ehrentitel gelassen, den die Zeitgenossen in ihm zum ersten Male einem leitenden Staatsmann verliehen hatten, den Namen „der große Commoner“.

* * *

Ein Redner großen Stiles ist Walpole vielleicht kaum gewesen. Er besaß wenig von der glänzenden geistvollen Rhetorik, wie sie Bolingbroke nachgerühmt wird, und nichts von dem hohen Pathos und der hinreißenden Kraft, wie sie den Reden des älteren Pitt innewohnte. Dafür war er aber auch frei von jeder theatralischen Gebärde, wie sie auch Pitt keineswegs verschmäht hat. Was Robert v. Mohl an der engl. parl. Beredsamkeit seit Burke rühmt, es gelte hier für unerträgliche Geschmacklosigkeit, die Kunst der Rede in anderen als in der inneren Kraft der Beweisgründe und in der logischen Anordnung des Stoffes, ihren Schmuck anderswo als in der einfachsten Klarheit und der gebildeten Sprachrichtigkeit zu suchen, das könnte man schon an Robert Walpoles Reden rühmen. Sie sind ausgezeichnet durch eine Sachkenntnis, mit welcher er seinen Gegnern meist überlegen ist. Er ist der Mann der Zahlen. In Finanzfragen ist er stets der beste Kenner, in Handelsfragen kaum weniger, und in seiner späteren Zeit spricht er mit derselben Sicherheit auch über die auswärtige Politik. Man ist gewohnt, den Standpunkt der Regierung in wichtigen Fragen von ihm selbst klar und deutlich dargelegt zu hören. Er ist der Virtuose der parlamentarischen Debatte. Aber er greift nicht immer ein, nicht zu allen auftauchenden Fragen nimmt er persönlich Stellung. Manchmal hält er sich im Hintergrunde, beobachtet nur das Spiel und Gegenspiel der Interessen. Als im Anfang der Dreißiger Jahre heftig um Tuchindustrie, um französische Konkurrenz, um irisches Garn gestritten wird, da wartet man vergebens auf eine klare Meinungsäußerung des Prime Minister. Greift er aber zum Wort, so kommt er mit scharfgeschliffenen Argumenten, oft überraschend und im Augen-

blick meist überzeugend, oft auch mit überlegenem Sarkasmus. Bei großen Anlässen, wenn er eine sorgfältig präparierte Rede vorträgt, so kann er auch, wie die Zeit es liebt, klassische Vergleiche bringen, auch lateinische Zitate, die ja nicht immer ganz korrekt zu sein brauchen.

So ist er recht eigentlich zu Hause im Parlament. Er versäumt keine wichtige Sitzung. Gewiß ist er in seiner natürlichen Erscheinung auf jenem Stiche dargestellt, das ihn uns im Unterhause zeigt, in leichter Haltung neben dem Sprecher stehend, der ihm soeben das Wort erteilt zu haben scheint. Und der Minister überblickt zufrieden die Reihen der Mitglieder ¹⁾.

* * *

Und doch ist er nicht schlechthin einer der Ihrigen. Er steht vielmehr als Oberhaupt der Regierung vor dem Hause, als hätte er Interessen zu vertreten, welche dem Parlament fremd, vielleicht gar entgegengesetzt sind. Regierung und Parlament werden noch als Gegensätze empfunden. Der Minister steht da als Vollstrecker eines höheren Befehls, der nun aber um die Zustimmung des Parlaments zu ringen hat. Der König hat den fähigsten Mann aus dem Parlament für sich gewonnen und ihn damit an ein Interesse gefesselt, welches dem Parlamente fremd ist. Mit Misstrauen blickt dieses auf die Regierung und will immer überzeugt werden, daß die Regierung bei der Sache bleibt. Man meint immer auf der Hut sein zu müssen, daß die Inhaber der Ämter nicht des Königs oder ihren persönlichen Vorteil verfolgen, daß sie in der inneren Politik nicht einzelne Gruppen begünstigen, in der auswärtigen nicht die Geschäfte fremder Staaten besorgen. So sind die Minister durch das Vertrauen des Königs, durch das Amt, das er ihnen gibt, gleichsam Freunde im Parlament geworden, dem sie doch nach wie vor angehören. Der König, nicht das Parlament hat Walpole die große Macht in die Hand gegeben, die er besitzt. Noch ist der Minister nicht der Erwählte des Parlaments. Walpole ist dem Volke vom Könige gegeben worden, hat Doktor Johnson gesagt.

Darin liegt aber die Schwierigkeit seiner Stellung. Er kann sich zwar auf einen Befehl des Monarchen berufen, aber die

¹⁾ Vgl. das Titelbild zu Bd. 2.

Verantwortung vor dem Parlament trägt er allein. Schon dem unter Anklage stehenden Grafen Oxford war es zum Verhängnis geworden, daß er erklärte, er habe in allem, was er getan, nur die Befehle seines Souveräns, der Königin Anna, befolgt. Die Wünsche des Königs mit den Absichten des Parlaments in Einklang zu bringen, darauf kam es an. Bismarck hat einmal gesagt ¹⁾, das Gewicht der persönlichen Ansicht eines Monarchen könne einem Minister wohl zur Empfehlung dessen dienen, was er vertritt, nicht aber zur Deckung seiner eigenen Verantwortlichkeit. Sonst würde die Verantwortlichkeit des Ministers sich verflüchtigen und auf den im Parlamente nicht anwesenden Monarchen zurückfallen. Man könnte dasselbe von der Stellung Walpoles sagen. Er steht zwischen zwei Gewalten und darf keine von beiden verletzen. Denn noch stehen beide unabhängig voneinander da. „Er mußte“, sagt Bagehot, „nicht nur das Parlament beherrschen, auch den Palast mußte er meistern.“

* * *

Wie er dies im Einzelnen vollbracht, ist das Thema dieses Buches. An dieser Stelle aber mögen nur noch einzelne Erscheinungen aus dem Verfassungsleben der hier behandelten Periode erörtert werden. Wir beschränken uns aber auf solche Fragen des parlamentarischen Lebens, die gerade in dieser Periode eine besondere Bedeutung gewonnen, oder in ihr eine besondere Lösung gefunden haben.

An der legislatorischen Gleichberechtigung der beiden Häuser ist noch kaum gerüttelt worden. Die Vorlagen werden in beiden Häusern erörtert, verteidigt und bekämpft, bewilligt oder zu Falle gebracht.

Immerhin lag bereits nach dem Urteil der Zeit das politische Schwergewicht bei den Commons. Umsonst suchten die Lords die Welt glauben zu machen, daß sie noch immer den höchsten Rang im Staate zu beanspruchen hätten. 1722 erklärten sie in einem durch Cowper, den früheren Lord Chancellor ²⁾, unterzeichneten Protest mit aller Feierlichkeit, sie seien „der höchste Rat im Königreiche, vor dem alle anderen Ratsbehörden zu

¹⁾ Erinnerung und Gedanke. Her. Ritter u. Stadelmann, 1932. 539.

²⁾ Vgl. Art. Cowper. D.N.B. 12, 393.

weichen hätten“. Aber schon die Geschichte dieser Zeiten lehrt das Gegenteil. Wir denken daran, wie man einen St. John lange Zeit im Unterhause nicht missen wollte, und wie Walpole selbst seine ganze politische Laufbahn hier durchmessen hat. „Ich habe lange genug in der Welt gelebt,“ sagt Walpole 1739¹⁾, „um nicht zu wissen, daß die Sicherheit eines Ministers darauf beruht, das dieses Haus ihm zustimmt. Frühere Minister haben dies nicht beachtet, und sind gefallen. Ich habe es immer zu meinem Hauptstreben gemacht. Darum hoffe ich mich zu behaupten“.

Es ist auch allbekannt, worauf dieses Übergewicht der Commons beruhte. Die Steuerbewilligung lag fast allein in ihren Händen. Freilich war das erst das Ergebnis einer langen Entwicklung²⁾. 1407, in der Zeit des ersten Laacaster, als die Macht der Commons im Steigen war, hatten sie auch den Anspruch durchgesetzt, daß alle Geldbewilligungen durch sie zu erfolgen, die Lords aber nur zuzustimmen hätten. Und diesem Vorstimmrecht der Gemeinen entsprach es auch, wenn zugleich verfügt wurde, das nach geschehener Bewilligung die Mitteilung an den König durch den Sprecher des Unterhauses zu erfolgen habe. Diese Grundsätze sind auch durch die Lords nicht mehr angefochten und z. B. im Jahre 1640 sogar ausdrücklich anerkannt worden. Die Commons aber steigerten ihre Ansprüche noch weiter, und wenn sie dieselben auch nicht in Gesetzesform zu bringen vermochten, so legten sie ihren Standpunkt wenigstens in einseitig gefaßten Resolutionen nieder. 1671 erklärten sie³⁾, daß die Lords nicht befugt seien, Änderungen in Finanzgesetzen anzubringen, und 1678 noch feierlicher, daß alle Hilfen und Unterstützungen, die dem Könige vom Parlamente bewilligt würden, „die alleinige Gabe der Commons seien“.

Konflikte der beiden Häuser über solche Fragen waren nicht selten. Die Lords verzichteten zwar nicht in aller Form auf ihr Recht, und die Commons suchten ihre Macht noch weiter zu erhöhen. Die Praxis kam auf, „*money bills*“ gelegentlich

¹⁾ Parl. Hist. 11, 224.

²⁾ Vgl. Stanislaus Sussmann, Das Budget-Privileg des Hauses der Gemeinen. 1909. W. Michael, Die Krisis in England in historischer Beleuchtung. (Die Woche, 1910.)

³⁾ Vgl. Anson, Law and Custom of the Constitution. 1. (1911), 269

mit anderen Gegenständen der Gesetzgebung zu einer einzigen Vorlage zu verquicken. Es geschah, um gewisse Gesetzentwürfe, deren Annahme durch die Lords zweifelhaft war, durch diese Verkuppelung mit einer Finanzvorlage leichter durchzubringen. Durfte man nämlich erwarten, das die Lords sich hüten würden, den finanziellen Teil der Vorlage abzulehnen, so sollten sie nun gezwungen werden, auch das Übrige anzunehmen. Die Lords wehrten sich, und die Praxis des Bepackens von Finanzvorlagen mit fremden Gesetzstoff, das sogenannte „*tacking*“ ward viel umstritten. Swift⁴⁾ ruft einmal zugunsten eines solchen Verfahrens die Analogie der ältesten Form parlamentarischer Gesetzgebung in Erinnerung, wie nämlich die Commons zuerst die Abstellung ihrer Beschwerden zu fordern pflegten und dann erst die gewünschten Steuern bewilligten. Aber die Gegen Gründe waren stärker, sie wurden auch im Unterhause selbst zur Sprache gebracht, und hier war es, wo 1704 ein Redner erklärte²⁾, durch „*tacking*“ stürze man die Verfassung und verwandle England in eine Republik, denn nicht nur den Lords, sondern auch dem Könige selber raube man durch eine solche Praxis sein Recht, an der Gesetzgebung mitzuwirken.

* * *

Auch in Walpoles Zeit fehlte es nicht an Konflikten bei der Behandlung von *money bills*. Aber nun standen nicht eigentlich Lords und Commons als Streitende gegen einander, sondern vielmehr Regierung und Opposition, und zwar in beiden Häusern des Parlaments. Zweimal in dieser Periode, geschah es³⁾, als entweder ein Krieg drohte oder schon im Gange war, daß eine königliche Botschaft an das Unterhaus erging, in der die Erwartung ausgesprochen wurde, die Commons würden es in der kritischen Lage an den notwendigen Bewilligungen nicht fehlen lassen. Und da nun in beiden Fällen diese Botschaften, wie gesagt, nur an die Commons, nicht auch an die Lords, gerichtet wurden, so wurde dieses Verfahren von den Gegnern des Mi-

¹⁾ History of the four last years of the Queen. Works, ed. W. Scott. 1814. 5, 298 ff.

²⁾ Parl. Hist. 6, 360 ff

³⁾ Vgl. Turberville, The House of Lords in the 18th century. 1927, p. 21 ff.

nisters als eine ungebührliche Zurücksetzung des Oberhauses bezeichnet.

In dem ersten Falle ward eine solche Klage, soweit wir unterrichtet sind ¹⁾, nur im Oberhause erhoben, und zwar sofort in der Form eines Angriffs auf das Ministerium Walpole. Der die Klage erhob, war Graf Strafford, derselbe, der 1715 wegen seiner Tätigkeit als Diplomat in der Zeit der Utrechter Friedensverhandlungen angeklagt worden war. 1717 durch einen Gnadenakt in seine alte Stellung wieder eingesetzt, hatte er sich einige Jahre lang vom öffentlichen Leben ferngehalten. Dann aber trat er als einer der heftigsten Gegner Walpoles im Oberhause auf. Hier gab er sich gern als Mann von altem Adel, der sich deshalb mehr als mancher andere berufen fühlte, jede Beleidigung der Peerage zu rügen.

Als nun im Frühjahr 1726, angesichts der feindlichen Beziehungen zwischen den Bündnisgruppen von Wien und Hannover, das Ministerium eine Vermehrung der Mannschaften zur See in Aussicht nahm, geschah dies in der Form einer Botschaft an das Unterhaus, in der der König die Hoffnung aussprach, das Parlament werde ihm die für jenen Zweck nötigen Mittel bewilligen.

In dieser Übergehung der Lords erblickte Strafford eine Verletzung der alten Privilegien des Hauses der Peers, denn sie sind „der große stehende Rat des Souveräns; die erblichen Hüter der Freiheiten und der Güter des Volkes und nächst dem Könige der wichtigste Faktor in der Gesetzgebung.“ Es waren hergebrachte Formeln, die, durch die historische Entwicklung längst überholt, wohl auch von den eigenen Standesgenossen des Redners nur lächelnd angehört wurden. Umsomehr, da der Sinn der ganzen Aktion vollends klar wurde, als Strafford seine Rede mit dem Antrage schloß, man solle eine Adresse an den König richten, um zu erfahren, wer ihm den Rat gegeben habe, die bewußte Botschaft nur an die Commons zu senden, und nicht auch an das Haus der Peers.

In der Debatte erklärte Lord Lechmere: „Niemand haben die Lords auf das Recht verzichtet, an *money bills*, die vom Unterhause kamen, Änderungen oder Verbesserungen anzubringen“.

¹⁾ Parl. Hist. 8, 518 ff.

„Lassen sich die Lords dergleichen gefallen“, so argumentierte der Tory Lord Bathurst, „so wird man sie schließlich als unnützen Ballast bei Seite werfen“. Die Regierungsfreunde aber wiesen die Heißsporne auf der Gegenseite begütigend auf den Wechsel der Zeiten hin; man sagte ihnen, daß die Masse des Volksvermögens nicht mehr wie ehemals in adligem Grundbesitz zu erblicken sei, und der Antrag der Opposition wurde abgelehnt.

So ward der in die Form eines konstitutionellen Konflikts gekleidete Angriff abgeschlagen, und der Minorität unter den Lords blieb nichts übrig als die leere Demonstration eines Protests ¹⁾. Was aber die Lords am meisten empört hatte, war das folgende. Die königliche Botschaft hatte von den Commons schlechthin als vom Parlament gesprochen; eine höchst ungeschickte Wendung, die, wie man später erfuhr ²⁾, von den Urhebern selbst tief bedauert und tränenden Auges beklagt worden ist. Als der König beim Schluß der Session durch die Straßen von London fuhr, ward er mit eisigem Schweigen empfangen ³⁾.

Ähnlich und doch etwas anders war der Verlauf und der Ausgang des Streites im Jahre 1740, als der Krieg mit Spanien im Gange und die Regierung abermals genötigt war, mit einer die Voranschläge überschreitenden Forderung an das Unterhaus heranzutreten. Wieder wählte sie die Form einer königlichen Botschaft, hütete sich dieses Mal aber, das Wort Parlament einfließen zu lassen, und sprach nur die Hoffnung aus, der König werde, durch den bewährten Eifer seiner getreuen Commons instand gesetzt werden, den Kampf in der wirksamsten Weise durchzuführen. Da aber auch dieses Mal die Botschaft nur an die Gemeinen gerichtet worden war, so fühlten sich die Lords, ebenso wie damals, übergangen, und der Konflikt war da.

Er ward in beiden Häusern mit großer Leidenschaftlichkeit ausgefochten. Als bei den Commons die königliche Botschaft verlesen war, erhob sich ein Mitglied — es mag Pulteney gewesen sein — und erklärte, er habe nichts gegen die Bewilligung, aber, fügte er hinzu: „Wir müssen bedenken, wir sind nur das eine Haus des Parlaments, es gibt ein anderes Haus von höherem Rang als dieses“. Wird die Wagschale des Unterhauses zu schwer

¹⁾ Rogers, Protests. 1, 382.

²⁾ Durch eine Rede Carterets. Parl. Hist. 11, 469.

³⁾ Palm, 7. Mai 1726. W.St.A.

belastet, so ist das Gleichgewicht gestört, auf dem Englands Freiheit beruht. Und merkwürdig genug mag es im Munde eines Commoners geklungen haben, als der Mann die Klage erhob, man beachte das Oberhaus nicht genug, man höre so wenig von ihm. „Ich habe an einem Tage wohl zwölf Leute gefragt: Halten die Lords eine Sitzung? — Wir wissen es nicht. — Wißt ihr, ob sie gestern gesessen haben? — Nein. — Wißt ihr, wann sie sitzen werden? — Nein.“ Ein solches Verfahren, wie es jetzt gewählt werde, sei unparlamentarisch. Gewiß sei die Geldbewilligung die Sache des Unterhauses, aber über die von der Krone zu treffenden Maßregeln müssen auch die Lords urteilen.

Meisterhaft war Walpoles Erwiderung. Er legte mit strenger Logik die konstitutionelle Seite der Frage dar und bewies, warum der König diese Botschaft allein und nur an die Commons richten konnte. Aber noch eindrucksvoller mag es gewesen sein, als nun Mr. Speaker selbst das Wort nahm, um die Sorge zu zerstreuen, als ob die erlauchte Versammlung des Oberhauses den Anlaß ergreifen werde, um den Maßregeln des Königs Hindernisse in den Weg zu legen.

Gleichwohl ward ein paar Wochen später das Thema auch im Oberhause erörtert, endete aber auch hier mit einem Siege der Regierung. Der Lord Kanzler Hardwicke verteidigte zwar das Verfahren, doch nicht ohne zu betonen, daß das Oberhaus den Commons niemals die alleinige Entscheidung in *money bills* zugestanden habe.¹⁾

* * *

Aber neben den nach alter Weise erfolgenden Bewilligungen gab es noch eine andere Form der Geldhilfen, die besonders unter den beiden ersten Georgen oft geübt wurde, die *votes of credit*. „Durch *votes of credit*“, so hat der Lord Kanzler Hardwicke definiert²⁾, wird die Krone ermächtigt, Ausgaben zu machen, für die erst nachträglich die Zustimmung des Parlaments einzuholen ist“. Also eine Art von persönlichem Vertrauensbeweis der Commons für den König. Er pflegt in Zeiten auswärtiger Gefahr oder eines Krieges, durch eine Botschaft das Unterhaus

¹⁾ P. H. 11, 461. Vgl. Ph. C. Yorke, *Life and Correspondence of Ph. Yorke, Earl of Hardwicke*. 1913. 1, 195.

²⁾ Parl. Hist. 12, 152.

darum zu ersuchen. Er wünscht die Möglichkeit zu erhalten, für den Dienst zur See oder zu Lande, oder wo es sonst erforderlich sein könnte, Ausgaben zu machen, ohne vorherige Bewilligung, ohne Benennung der Summe, ohne Angabe des Zweckes, doch mit dem Versprechen eines späteren Rechenschaftsberichtes. Es kann sich um hohe Beträge handeln. 1735 berichtet der preußische Gesandte: „Über dieses hat die Marine in besagtem Jahre, *en vertu du vote de crédit* noch 125, 142 £ 11 sh. extraordinäre Kosten verursacht“¹⁾.

Um diese *votes of credit* ist oft heftig gestritten worden. Sie werden dem Könige auch vom Minister nicht gern zugestanden, und bei den Commons sind sie nicht ohne schweren Widerspruch durchzubringen. „Das Ministerium“, sagte 1740 ein Redner, „erhält dadurch die freie Verfügung über die Börse der Nation. Jedes *vote of credit* ist eine zeitweilige Suspension unserer eigenen Macht“²⁾. Und wenn auch nachträglich wohl stets eine genaue Rechnungsablegung erfolgt, so weht doch ein Hauch von Gehässigkeit über einem solchen Verfahren.

* * *

Das Zusammenwirken mit dem Parlament war die tägliche Aufgabe des Ministers. Nur durch ihn kommt die Regierung zu Worte. Der Monarch bleibt unsichtbar. Er erscheint nur beim Anfang und Schluss der Session, um das Parlament zu begrüßen, um den Gesetzesvorlagen seine Zustimmung zu erteilen und um das Parlament zu entlassen. Hier ist der Ort, über die Thronreden des Königs einiges zu sagen.

Schon im frühen 18. Jahrhundert glaubt man nicht mehr daran, daß der englische König die vom Thron herab gesprochenen Reden selbst verfasse. „Man hat es immer für selbstverständlich gehalten“, erklärt 1734 ein Mitglied des Unterhauses³⁾, daß die Thronreden von Staatsministern niedergeschrieben sind. „Und wenn wir“, sagt 1740 ein Lord im Oberhause⁴⁾, „die Rede Seiner Majestät auch aus seinem eigenen Munde gehört haben, so betrachten wir sie dennoch nicht als die Rede Seiner Majestät,

¹⁾ Borcke an Friedrich Wilhelm I. London 9./20. Mai 1735. G.St.A.

²⁾ Parl. Hist. 11, 437.

³⁾ Parl. Hist. 9, 189.

⁴⁾ Parl. Hist. 11, 630.

sondern als die Rede seiner Minister“. Man findet auch, es muß so sein. Denn nur so scheint die freie Kritik erlaubt. Gegen die Minister darf sie sich offen wenden, den König anzugreifen, verbietet die Tradition, die Untertanentreue und der Anstand. „Der Name Seiner Majestät“, sagt eben jener Lord, „sollte niemals in unsere Debatten gezogen werden“.

Wirklichkeit und Fiktion wohnen hier dicht beieinander. Es ist nicht richtig zu glauben, daß die Mitarbeit des Souveräns an seinen Thronreden damals längst ausgeschaltet gewesen wäre. Sie kommt ja sogar viel später noch vor. Georg III. fügte 1760 der ersten für ihn entworfenen Thronrede eigenhändig jenen berühmten Satz hinzu, in dem er, mit einer unfreundlichen Anspielung auf seine beiden in Deutschland geborenen Vorgänger, seinen Britenstolz vor aller Welt feierlich verkündete. Und noch 100 Jahre später, 1864, hat Viktoria in der Thronrede, die man ihr vorlegte, eine Änderung vorgenommen, die den ursprünglichen Sinn geradezu in sein Gegenteil verkehrte.

So etwas darf in modernen Zeiten allerdings als ein Ausnahmefall, als die kühne Durchbrechung einer festen Tradition gelten. Sehen wir nun einmal, wie die Tradition entstanden war, und sodann, was ein Walpole aus dem starren Schema zu machen verstand.

Die Thronreden des Monarchen haben den wohlbekanntesten Charakter feierlicher Regierungskundgebungen von höchster Stelle nicht immer besessen. In alten Zeiten ist der König kein Fremder in seinem Parlament, er gehört dazu, er kann den im Hause der Lords ihm bereiteten Thron jederzeit einnehmen, und er tut es oft ¹⁾. Man soll nicht vergessen, daß das Parlament eigentlich nur das *Magnum Consilium* des Herrschers ist, das er beruft, mit dem er Rat pflegt und Gesetze macht, nicht anders als etwa die deutschen Könige und Kaiser mit ihren Hof- und Reichstagen.

Natürlich haben in solcher Zeit auch die Thronreden noch eine persönliche Note besessen. Man erinnere sich der zutraulichen Art, wie die Tudors das ihnen so gefügige Parlament zu apostrophieren pflegten. Man denke daran, wie Elisabeth je nach dem Bedürfnis

¹⁾ Vgl. die feinsinnige Darstellung bei A. F. Pollard, *the Evolution of Parliament*. 1920. p. 261.

der Stunde, das Parlament liebevoll ermahnen oder mit harten Scheltworten überschütten konnte. Wie sie die Commons empfängt, die ihre Rede so lange kniend anhören, bis die Königin sie aufgefordert hat sich zu erheben, denn sie habe ihnen noch viel zu sagen. Aber auch die Thronreden der Restaurationsepoche haben noch nicht den feierlichen Charakter der späteren Zeiten. Und während man schon beginnt, den König als einen seltenen Gast im Parlament zu betrachten, da erscheint Karl II. einmal unerwartet im Oberhause. Er erklärt, er sei gekommen, um einen unter seinen Vorgängern noch geübten, nun aber seit langem aufgegebenen Brauch neu zu beleben, nämlich auch den Debatten selbst beizuwohnen. So ward der König noch einmal eine gewohnte Erscheinung im Hause der Lords ¹⁾.

Überhaupt gibt Karl II. sich gern als der wohlwollende Landesvater, der zu den Seinigen spricht, wortreich und mit fortwährenden Wiederholungen. Eines Tages teilt er seinem Parlament, nicht anders als wäre er in einem Kreise guter Freunde, die frohe Neuigkeit mit, daß er im Begriffe sei, sich zu vermählen, und wer die Erwählte sei und daß sein Privy Council zugestimmt habe, und daß er darin den Beweis erblicke, daß Gott den Bund gesegnet habe. Und nicht minder zutraulich beschwert er sich ein anderes Mal beim Oberhause über kränkende Adressen, die er von den Commons empfangen. Er bleibt auch bei der nun folgenden Debatte im Hause und muß es mitanhören, wie sein Lord Chancellor das Verhalten der Commons sogar noch verteidigt ²⁾.

* * *

Erst unter Wilhelm III. und Anna werden die Thronreden unpersönlich und feierlich. Der herzliche Ton ist dahin. Auch zeigt sich der Souverän nur noch bei wichtigen Anlässen. Er nimmt insbesondere die Parlamentseröffnung zum Anlaß, um Lords und Commons, ja dem gesamten Volke und sogar dem Auslande, den letzten Sinn und den Hauptinhalt seiner Politik darzulegen. Es fehlt nicht an starken Akzenten, mit dem Appell an das patriotische Empfinden wird nicht gespart. Die Privilegien

¹⁾ Vgl. Anson, *Law and Custom of the Constitution*, 1 (1911), 310.

²⁾ Vgl. P. H. 4, 556 ff.

des Parlaments, die Wohlfahrt des Volkes, die Stellung der Kirche von England, die Sicherung der protestantischen Thronfolge werden immer wieder betont. Die auswärtige Politik wird erörtert, die Segnungen des Friedens gepriesen; ja fast noch häufiger vernimmt man in diesem kriegerischen Zeitalter den stolzen Hinweis auf glorreiche Waffenerfolge. Freilich ist gegenüber der breiten Öffentlichkeit, vor der das alles verkündet wird, äußerste Vorsicht geboten; da darf nicht zu viel und nicht zu wenig gesagt sein. Die Kritik meldet sich schon zum Worte; denn auf die Verlesung der Thronreden folgt jetzt unmittelbar ihr Echo in Gestalt der schon vorbereiteten Adressen, um deren Wortlaut oft heftig gekämpft wird. Die Adreßdebatte wird der klassische Anlaß zur Kritik an der gesamten Regierungspolitik. So müssen die Regierenden auf alles gefaßt und vorbereitet sein, sie verteidigen ihr Tun und dürfen dabei doch, wenigstens auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, nicht einmal alles sagen, sie können nicht mit offenen Karten spielen, sie kämpfen um das Geheimnis und sind doch manchmal gezwungen, den Schleier zu lüften, denn bald geht man dazu über, gelegentlich den Männern vom Parlament die originalen Dokumente, die später sogenannten Blaubücher, vorzulegen.

Und nun versteht man auch, warum in solcher Lage und bei dem hohen Ernst der Sache die Thronreden nicht mehr allein das Werk des Souveräns, Wilhelms oder Annas, sein konnten. Der Holländer Wilhelm hätte es schon wegen seines mangelhaften Englisch nicht vermocht, Königin Anna besaß nicht die erforderlichen Fähigkeiten. Entscheidend aber war, daß die Minister, wenn sie die vom Thron herab gesprochenen Worte vor dem Parlament verteidigen sollten, auch auf die Fassung Einfluß gewinnen mußten.

Auch das fortan übliche Schema, die Gliederung in drei deutlich getrennte Teile, ist bei den Thronreden zur Parlamentsöffnung jetzt zur Regel geworden. Wenn der Souverän im Hause der Lords erschienen ist, die Commons sind an die Barre des Oberhauses zitiert, so beginnt der Herrscher mit der beiden Häusern gemeinsam geltenden Anrede „*My Lords and Gentlemen*“, um etwa zunächst die allgemeine Lage der Welt, Krieg und Frieden und Englands Stellung, dazu zu erörtern. Dann unterbricht er sich und wendet sich über die Köpfe der vor ihm sitzenden Lords

hinweg, mit den Worten „*Gentlemen of the House of Commons*“, an die dahinter stehenden Mitglieder des Unterhauses allein, um einiges über die notwendigen finanziellen Hilfen zu sagen¹⁾. Und erst, wenn dieses Thema erledigt ist, wendet sich der Souverän mit der wiederholten Anrede „*My Lords and Gentlemen*“ abermals an beide Häuser, um seine Rede mit einigen allgemeinen Wendungen zu beschließen.

So das Schema. Walpole hat sich nicht anders als vor ihm etwa Bolingbroke, daran zu halten. Vornehm und unnahbar, wie aus einer höheren Sphäre herniedersteigend, so soll der Monarch dem Parlament gegenüberreten. Da muß freilich jedes der ihm in den Mund gelegten Worte sorgfältig bedacht, gleichsam auf der Goldwage geprüft sein. So hat auch Walpole die Aufgabe verstanden. Wir werden noch hören, wie er in der Thronrede vom 19. Oktober 1721, die sein Werk war, ein völliges System der Wirtschaftspolitik in diese Form zu gießen verstand. Da lohnt es sich nun, weiterzugehen und an der Hand von allerlei Aufzeichnungen, einmal die Frage aufzuwerfen, wie Walpole überhaupt zu verfahren pflegte, wenn er eine Thronrede niederschrieb.

* * *

Er ist freilich keineswegs der Verfasser aller von 1721 bis 1742 gehaltenen Thronreden, also nicht in dem Sinne, wie später Lord Hardwicke Jahrzehnte hindurch alle Thronreden entwarf,²⁾ nur weil er der *Lord Chancellor* war und ohne der eigentliche Leiter der Politik zu sein. Wie in den zwanziger Jahren Walpole und Townshend die Macht miteinander teilten, Walpole in der inneren Politik, Townshend in der äußeren dominierte, dabei des ersteren Einfluß im Steigen begriffen ist, bis er den Schwager Townshend im Jahre 1730 aus dem Amte verdrängt hat und fortan auch in der äußeren Politik den Ton angibt, so spiegelt sich dieses Verhältnis auch, soweit es sich verfolgen läßt, in der Autorschaft der Thronreden.

In den Formulierungen Townshends, d. h. in den Reden der zwanziger Jahre hat man einen festen Typus erkennen wollen,

¹⁾ In der Gliederung der Thronrede wird dieses Verhältnis erst unter Wilhelm und Maria ganz deutlich. Vgl. etwa P. H. 5, 649.

²⁾ Vgl. P. S. Yorke, *Life of Hardwicke*. 1913. 3, 262.

eine Art „Erbrede“ (*hereditary speech*), wie Hervey¹⁾ sagt.

Aber in kritischen Momenten spürt man schon jetzt den Einfluß Robert Walpoles. Lehrreich ist z. B. die Entstehung der Thronrede vom 20. Januar 1726. Wir haben den Hergang früher erzählt²⁾ und brauchen nur daran zu erinnern, wie damals Krieg und Frieden in dem Wortlaut der Thronrede beschlossen lagen.

Kommen wir noch einmal zurück auf den analogen Fall von 1864. In beiden Fällen ein Gegensatz zwischen Souverän und Minister, ein Schwanken zwischen Kriegs- und Friedenspolitik. In beiden Fällen siegt der friedliche Gedanke. Aber 1726 ist es ein Sieg des Ministers, 1864 ein Sieg des Souveräns.

* * *

Auch nach dem Sturze Townshends, d. h. in der Zeit von 1730 bis 1742, sind die Thronreden nicht immer das ausschließliche Werk Walpoles gewesen. Er bittet wohl diesen oder jenen Politiker, die Rede zu entwerfen, legt aber stets selbst die letzte Feile an. Ein von Hervey 1733 verfaßter Entwurf scheint ihm zu viele *douceurs* für das Parlament zu enthalten, und Walpole schreibt nun die Rede in anderer Form eigenhändig nieder³⁾. Auch im Kabinett pflegt die Thronrede verlesen und kritisiert zu werden⁴⁾, wobei gelegentlich noch um einzelne Ausdrücke heftig gestritten wird. 1740 spricht der dem Kabinette vorgelegte Entwurf von der Absicht des Königs im kommenden Sommer nach Hannover zu reisen, und rühmt diese Absicht als weise und tapfer. Walpole aber denkt daran, wie unbeliebt diese Königsreisen sind, er hofft auch, sie dieses Mal noch zu vereiteln, und er hat bereits vor der Sitzung den König dafür gewonnen, von dem Reiseplan einstweilen kein Wort zu sagen. So kann auch das Kabinett nichts anderes beschließen⁵⁾, der

¹⁾ Memoirs (Sedgwick) 75.

²⁾ Bd. 3, 446 ff.

³⁾ In der neuen Ausgabe der Memoiren Herveys (Sedgwick 200—2) wird auch Herveys Entwurf mitgeteilt. Vgl. auch die Anmerkung bei Croker 1, 242.

⁴⁾ Das Protokoll einer Kabinettsitzung vom 11. Januar 1731 gibt als einzigen Inhalt die Worte: The draught of the King's Speech read. S. P. Dom. Various 1. R.O.

⁵⁾ Hervey Memoirs (Sedgwick) 928.

Reiseplan bleibt in der Thronrede unerwähnt, wenn es auch Walpole nicht gelungen ist, die Reise des Königs nun auch wirklich zu verhindern.

Auch Mitgliedern des Parlaments pflegt die Thronrede im Voraus gezeigt zu werden, und zwar zusammen mit dem Entwurf einer Dankadresse, wie man sie im Unterhause beschlossen zu sehen wünscht. Im Januar 1730 waren 150 Parlamentsmitglieder zu diesem Zwecke beim Herzog von Newcastle versammelt. Aber wir kennen auch die Ansicht eines der Versammlung ferngebliebenen Mannes, welcher es unpassend fand, daß durch ein solches Verfahren der Schein zerstört werde, als sei die Adresse das Ergebnis der Debatte im Hause¹⁾.

In einem besonderen Falle ist eine noch ungesprochene Thronrede auch einem fremden Diplomaten vorgelesen worden²⁾. Es geschah im April 1719, als am Schlusse der Session Georg I. dem Parlamente seine Genugtuung ausdrücken sollte über ein kürzlich beschlossenes Kirchengesetz. Dabei war nicht nur das gemeinsame Interesse aller Protestanten energisch betont, sondern noch der Zusatz gemacht worden, daß dadurch die Aussicht auf „die völlige Vernichtung des Papismus“ gestärkt werde, auf die König und Parlament einhellig und unaufhörlich hinarbeiten müßten. Das erschien dem französischen Geschäftsträger als eine unerträgliche Herausforderung des Katholizismus, um so unerträglicher, da England und Frankreich soeben als Verbündete den gemeinsamen Feldzug gegen Spanien eröffneten; der englische Minister konnte sich dem Einwand des Franzosen nicht verschließen, und der herausfordernde Passus ward unterdrückt.

* * *

Für die Rolle, die Walpole bei der Abfassung von Thronreden spielte, besitzen wir ein interessantes Beispiel. Die Rede vom 17. Januar 1734 ist ausschließlich sein Werk. Es war das erstemal, daß der König seit dem Ausbruch des polnischen Thronfolgekrieges zum Parlament sprechen sollte. Die Stellungnahme Englands in dem Streit war noch ungeklärt. Die Regierung hatte sich bisher nicht geäußert und die Opposition war in äh-

¹⁾ Egmont, Diary 1, 2.

²⁾ Destouches an Du bois, London, 27. April 1719. Aff. étr. Vgl. Bd. 2, 116 ff.

licher Zurückhaltung verharret, um sodann, wie es ihrem Wesen entsprach, in ihrer Kritik ganz ungehindert zu sein. So sah man mit größter Spannung der Eröffnung der Session entgegen; denn jetzt, meinte man, wird Walpole wohl Farbe bekennen, wird friedlich oder kriegerisch reden müssen. Statt dessen wurde das Parlament und die Welt mit einer Thronrede überrascht, in welcher jegliche Entscheidung, jegliche Stellungnahme geschickt vermieden war. Der Monarch sprach mit Wärme von der in so schwieriger Lage zu beobachtenden Rücksicht „auf die Ehre meiner Krone und die Wohlfahrt meines Volkes“, aber er schwieg darüber, welchen Weg die Regierung nun einzuschlagen gedenke. Die Kunst, mit wortreicher Rede wenig zu sagen und alles im Dunkel zu lassen, war mit Meisterschaft geübt. „Man muß die Rede lesen“, sagt Hervey¹⁾, „um zu erkennen, mit wieviel Geschick und Scharfsinn er (Walpole) jegliche Erklärung zu vermeiden verstand“. Der Zweck war erreicht. Die Opposition war ratlos, das englische Publikum ebenso wie das Ausland in dauernder Erwartung²⁾. Die Reden der Gegner im Parlament waren matt, sie fanden keinen rechten Angriffspunkt. Die Dankadresse im Unterhause ward mit großer Mehrheit angenommen. Nur vier oder fünf Mitglieder riefen ein lautes Nein in die Versammlung, um den Eindruck der Einstimmigkeit zu zerstören. Sie wollten, sagt ein Zeitgenosse³⁾, wenigstens die Zähne zeigen, wenn sie schon nicht beißen konnten.

Und nun noch ein Wort über den Autor der Thronrede. Daß es Walpole war, hat uns schon Hervey verraten. Aber wir können nun an der Hand der Papiere von Houghton Hall den Hergang förmlich beobachten; wir können dem Minister bei seiner Arbeit gleichsam über die Schulter blicken⁴⁾. Wir sehen, wie er auf einem Blatte zunächst einige Schlagwörter und drastische Wendungen niedergeschrieben hat, wie er auf einem zweiten Blatt den Wortlaut entwirft, wie er ausstreicht und korrigiert, feilt und hinzufügt. Eine sorgfältige, fleißige Arbeit, an der man erkennt, welche Summe von politischem Takt und Geschick, von Wissen und Scharfsinn darin enthalten ist, aber auch welch

¹⁾ Memoirs (Sedgwick) 235.

²⁾ Kinsky an Karl VI. London 6. Febr. 1734. W.St.A.

³⁾ Egmont Diary 2, 8.

⁴⁾ Das folgende nach den Manuskripten in Houghton Hall.

persönlichen Charakter jene Elaborate Walpoles an sich tragen, welche endlich als die Thronreden der beiden ersten George ihren Parlamenten vorgetragen zu werden pflegten.

* * *

Nicht nur in den Thronreden erkennen wir Walpoles Werk. Auch die Kundgebungen des Parlaments, Resolutionen und Adressen, sind oft in seinem Arbeitszimmer entstanden. Dafür haben sich Beispiele gefunden. Von Walpole eigenhändig niedergeschrieben, ist die Adresse¹⁾ erhalten, welche von beiden Häusern gemeinsam am 16. März 1726/7 dem Könige überreicht wurde, als es galt, die Empörung des Parlaments zum Ausdruck zu bringen über das beleidigende Memorial des österreichischen Residenten Palm²⁾. Ebenso ein Kommissionsbeschluß des Unterhauses vom 13. März 1729 und die entsprechende Resolution des Plenums, beide fast wörtlich in des Ministers Hand³⁾.

Wir dürfen diese zufällig erhaltenen Beispiele ohne Bedenken als typische Fälle bezeichnen. Wir mögen uns den Minister vorstellen, wie er so manches Mal, wenn eine wichtige Kundgebung geboten ist, im Hause erscheint und das fertige Schriftstück aus der Tasche zieht, das nun wörtlich oder mit kleinen Änderungen⁴⁾ in die vorgeschriebene Form des gewünschten Aktenstückes umgegossen wird.

* * *

Die in beiden Häusern des Parlaments angenommenen Vorlagen erhielten den Gesetzescharakter erst durch die Zustimmung des Souveräns. Diese Zustimmung, der *Royal Assent* hatte sich bereits, aber noch nicht seit langem, zu einer bloßen Formalität verflüchtigt.

Die weise Zurückhaltung, die nunmehr der Souverän dem Parlamente gegenüber übte, fand also ihren Ausdruck auch in der

¹⁾ Parl. Hist. 8, 561—2.

²⁾ Vgl. Bd. 3, 495.

³⁾ Alle drei Stücke in den Houghton Mss.

⁴⁾ Diese kleinen Änderungen zeigen, daß es sich bei den in Houghton Hall erhaltenen Stücken wirklich um Entwürfe handelt, nicht etwa um Abschriften nach schon formulierten Schriftstücken. Dafür spricht auch die Eigenhändigkeit.

stillen, geräuschlosen Art, wie er seinen *Royal Assent* zu erteilen pflegte. Seine Minister haben die Sache durchgekämpft, haben zusammen mit den Mitgliedern gearbeitet, haben mitgewirkt, wenn die Bill zwischen den Häusern hin und hergeschoben wurde, bis die Form gefunden war, in der sie allen annehmbar erschien und reif für den *Royal Assent*. Der König aber hat sich darein gefunden, der Vollendung des so weit gediehenen Werkes nicht noch an höchster Stelle ein Hindernis in den Weg legen zu sollen, er hat darauf verzichtet, von seinem Vetorecht, von seiner *negative voice* Gebrauch zu machen.

Man wird diese seit dem Zeitalter Walpoles eingebürgerte Praxis erst recht verstehen, wenn man sie als den Abschluß einer Jahrhunderte langen Entwicklung betrachtet und auf diese noch einmal zurückblickt ¹⁾.

Schon im 15. Jahrhundert war dem Monarchen die alleinige Initiative in der Gesetzgebung entrissen worden. Er durfte nur noch annehmen oder ablehnen. Und die Krone hat vom Rechte der Ablehnung nur sparsam Gebrauch gemacht. Mit dem Sturz des Königtums war es von selbst erloschen. Sogar dem Protektor Oliver Cromwell ließ die Verfassung des *Instrument of Government* nur noch ein suspensives Veto. Mit der Restauration erhielt die Krone auch ihr altes Vetorecht zurück, machte aber unter den beiden letzten Stuarts nur selten davon Gebrauch. Karl II. hat ein paarmal, wenn eine Bill ihm nicht genehm war, das verblüffend einfache Mittel gewählt,

Anson, *Law and Custom of the Constitution* I. Parl. 313 ff. Ausführlich behandelt ist das Vetorecht bei Annemarie Gross, der Streit um das Widerstandsrecht. Berlin 1929. Exkurs. Zu der hier gegebenen Darstellung, die bis an die Schwelle des Weltkrieges führt, liefern uns Mitteilungen aus der jüngsten Vergangenheit eine willkommene Ergänzung. Es hat sich bestätigt, daß das Begehren, der *Home Rule Bill* seine Zustimmung zu versagen, an Georg V. wirklich herangetreten ist. Wie wir jetzt, beim Tode des Königs, erfahren haben, hat er jedoch die Zumutung mit aller Entschiedenheit abgelehnt. „Manche Leute vergessen“, so lauten die nun bekannt gewordenen Worte Georgs V., „daß ich ein konstitutioneller Souverain bin“. Was wir daraus erfahren, ist einmal die Tatsache, daß Kenner der Verfassung noch heute an die Möglichkeit glauben, der König könnte eines Tages den *Royal Assent* verweigern, während doch der letzte Träger der Krone eine solche Handlungsweise als eine Verletzung seiner konstitutionellen Pflichten weit von sich gewiesen hat. (Vgl. H. C. Bailey im *Daily Telegraph* Januar 23, 1936.)

aus der bereit gehaltenen Mappe die Bill einfach verschwinden zu lassen ¹⁾. Anders unter Wilhelm III. Die von ihm häufiger geübte Anwendung des Vetorechts zeigt, was wir ohnehin schon wissen, daß in Fragen der Verfassung seine Regierung eine Übergangszeit darstellt. War er durch die Erklärung der Rechte strenger an die Beobachtung der Gesetze gebunden als seine stuartischen Vorgänger, so hat er dennoch die selbstherrlichen Allüren des wahren Herrschers nicht abgelegt. Der König und die von ihm abhängigen Minister auf der einen, und das Parlament auf der andern Seite, so stehen sie einander wie zwei fremde Mächte gegenüber, ohne rechtes Einvernehmen und oft mit entgegengesetzten politischen Zielen. Wilhelm III. hat ermüdende parlamentarische Kampagnen durchzukämpfen, die seine Nerven erschüttern, die ihm sein königliches Amt verleiden und ihn gelegentlich dem Entschlusse nahebringen, den Staub Englands von den Füßen zu schütteln und in seine holländische Heimat zurückzukehren. So die Voraussetzungen für die historische Tatsache, daß gerade der Oranier es ist, unter dem das königliche Veto gelegentlich zu großer praktischer Bedeutung gelangt ist und zu merkwürdigen Redekämpfen im Parlamente geführt hat. Niemand bestreitet zwar dem Könige das Recht, seinen *assent* zu verweigern, aber wenn er es bei großen Anlässen tut, so nimmt man es ihm doch sehr übel. Zuletzt gibt der König nach, er verzichtet in einem wichtigen Falle auf den Gebrauch des Vetos, doch, nicht ohne zugleich auf die gefährlichen Folgen des nun Rechtskraft gewinnenden Gesetzes aufmerksam zu machen ²⁾.

So hatte die Geschichte des königlichen Vetos ihr natürliches Ende gefunden, der *Royal Assent* war zu einer bloßen Formalität herabgesunken. Die bittere Kritik des Parlaments hat dem Souverän die Ausübung seines Rechts verleidet. Ein einziges Mal hat freilich auch noch Königin Anna ihren *Assent* verweigert. Es geschah am 11. März 1707/8. Sie hat an diesem Tage von elf Gesetzentwürfen, die ihr vorgelegt wurden, nur zehn angenommen. Auf die Verlesung des elften aber erfolgte

¹⁾ Vgl. C. E. Fryer i. d. *E.H.R.* 32. 1917. Die Geschichte von der gestohlenen Bill war im 18. Jahrhundert noch unvergessen. Vgl. Bolingbroke, *Dissertation upon Parties* 1735. p. 70.

²⁾ *Parl. Hist.* 5, 1193.

der Bescheid mit der berühmten Formel: „*La Reine se advisera*“¹⁾. Man kennt leider die Umstände nicht genauer, unter denen es geschah, und man wundert sich, daß diese Entscheidung nach allem, was unter dem Vorgänger geschehen, so ruhig hingenommen wurde²⁾. Immerhin mag die Erklärung darin liegen, daß eben damals eine französische Flottenexpedition mit dem stuartischen Prätendenten an Bord vor der schottischen Küste erschien und daß die Königin, nachdem sie den Bescheid über die ihr vorgelegten Entwürfe hatte verlesen lassen, sofort in einer persönlich gesprochenen Thronrede mit stolzer Genugtuung den beiden Häusern das sichere Scheitern der feindlichen Unternehmung ankündigen konnte³⁾. Da mußten Lords wie Commons mit ergebenen Dankadressen antworten. Und es hätte wohl einen argen Mißton in die patriotische Stimmung des Parlaments gebracht, hätte in diesem Augenblick jemand Klage führen wollen über die Ablehnung einer Bill, oder, wie man ehemals gesagt hätte, über den Mißbrauch der *negative voice* durch den Souverän.

Genug, nie wieder hat seit 1708 ein englischer Souverän die Zustimmung versagt. Regelmäßig erzählen die Berichte, wie beim Schlusse der Session der Herrscher in seinen königlichen Gewändern im Oberhause erscheint, wie er mit gewohnter Feierlichkeit auf dem Throne Platz nimmt, wie die Commons hereinbefohlen werden und wie Seine Majestät geruhte, zu verschiedenen öffentlichen und privaten Bills seine Zustimmung zu erteilen⁴⁾, um sodann, wie Georg I., durch den Mund des Lord Kanzlers die Thronrede verlesen zu lassen, oder, wie der des Englischen kundigere Georg II., persönlich den Wortlaut vorzutragen. Ein Vorgang, der ohne alle Aufregung, ruhig und geschäftsmäßig verläuft. Denn, wohlverstanden, an die Beseitigung des königlichen Vetos denkt allerdings niemand, und ein solcher Schritt wäre wohl gleichbedeutend gewesen mit der Abschaffung der Monarchie. Walpole hatte selbst einmal,

¹⁾ Lords Journals 18, 506. Der Entwurf lautete: An Act for settling the Militia of that Part of Great Britain called Scotland.

²⁾ In der Parl. Hist. und auch bei Burnet und Tindal findet sich keine Erwähnung.

³⁾ Parl. Hist. 6, 728.

⁴⁾ So z. B. Parl. Hist. 8, 393.

ehe er die Regierung übernahm, die Unentbehrlichkeit der *negative voice* des Königs betont, durch die dieser besser als durch die Ernennung neuer Pairs im Falle eines Konflikts seinen Willen dem Parlamente aufzwingen könne¹⁾.

Wie gesagt, die Harmlosigkeit des Vetorechts läßt von seiner Abschaffung absehen. Wie die absolute Monarchie in Frankreich die *Etats généraux* nicht förmlich abzuschaffen brauchte, da sie infolge der einfachen Nichtberufung nie mehr unbequem wurden, so bleibt es in England auch bei dem *royal assent*, der eben nicht mehr verweigert wird. Die Theoretiker halten an der Anschauung fest, das der König, zusammen mit den beiden Häusern des Parlaments, in der Legislative souverän sei²⁾, und auch Montesquieu, der den Zustand von 1729 im Auge hat, weist nachdrücklich auf die drei Faktoren der Gesetzgebung hin, den König und die beiden Häuser des Parlaments.

* * *

Die mächtige historische Erscheinung des britischen Parlaments kann jedoch in ihrer Geschichte während der letzten Jahrhunderte nicht völlig verstanden werden, wenn man nur von Lords und Commons und der darüber waltenden Monarchie redet. Seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wird das Treiben in Westminster zugleich beherrscht von dem Gegensatz und dem Kampfe der Parteien. Schon beim Thronwechsel von 1714 hatte es sich gezeigt, daß das hergebrachte Schema Whig und Tory veraltet und verblaßt war, ja, daß es eigentlich seit der glorreichen Revolution, die beider gemeinsames Werk gewesen, auf die vorhandenen Gegensätze nicht mehr recht zu passen schien. Wie vieles hatte sich seitdem geändert und verschoben. Hatten früher die Tories als die streng monarchischen Verteidiger der königlichen Praerogative gegolten, so schien jetzt die Praerogative bei den Whigs besser aufgehoben zu sein. In der auswärtigen Politik war die Haltung der Parteien ebensowenig wiederzuerkennen. Waren früher die Tories die Freunde Frankreichs, die Whigs die Anhänger Österreichs gewesen, so

¹⁾ Parl. Hist. 7, 621.

²⁾ So der Spectator noch 1712; W. Higden, A View of the English Constitution. 5th ed. 1716. S. 22 ff.

schien seit dem System der Allianzen von 1725, das Gegenteil der Fall zu sein.

Selbst wenn man Klarheit darüber zu gewinnen sucht, wie die Anhänger beider Parteien daheim über Stadt und Land verteilt waren, so kommt man mit der früher angewendeten Formulierung nicht mehr aus. Die Ausdrücke „*landed interest*“ und „*moneyed interest*“ bezeichnen nicht mehr den wahren Zustand. Denken wir einmal an die Lage in den zwanziger Jahren des Jahrhunderts, so stand jetzt die Mehrzahl der großen Magnaten auf dem Lande — wir brauchen nur Newcastle zu nennen — auf seiten der Whigs. Der niedere Landadel aber mit seinen Eingesessenen, also die Masse der Landbevölkerung, war und blieb torystisch. Hier dominierten die aus dem Kreise der Squires stammenden Friedensrichter, ernannt, aber nicht bezahlt durch die Krone, und ihre Stellung allein beruhend auf ihrem Besitz und ihrem Einfluß in der Grafschaft¹⁾. Auch von der Bevölkerung der Städte ist es nicht leicht ihre Parteizugehörigkeit zu bestimmen. Die Geschäftswelt, früher als *moneyed interest* bezeichnet, die Kreise der Bank, der ostindischen Kompagnie, überhaupt des überseeischen Handels, hielten wohl zu den Whigs, während andererseits in der City von London, in Bristol und anderen wichtigeren Zentren auch das torystische Element stark war.

Was ferner die Geistlichkeit betrifft, so hat Walpole sich persönlich darum bemüht, die Bischöfe auf seine Seite zu bringen, und es gelang²⁾. Während der Hannover-Reise des Königs im Jahre 1723 geschah es, daß drei Bischofssitze vakant wurden, zwei, Ely und Winchester, durch den Tod ihrer Inhaber, der dritte, Rochester, durch Atterburys Verbannung. Die Wiederbesetzung lag allein oder wesentlich in der Hand des Königs. Von Hannover schrieb Townshend³⁾: „Auf whiggistischem Boden müssen wir bleiben. Darum sollten wir unsere Bemühungen verdoppeln, uns mit den Bischöfen gut zu stellen. Thun Sie doch bei jeder Gelegenheit dafür, was Sie können.“ So sehen wir denn auch Walpole eifrig mit dem Thema beschäftigt. Verschiebungen

¹⁾ Vgl. Trevelyan History of England 1926. 513.

²⁾ Vgl. Norman Sykes, Edmund Gibson, Bishop of London. 1926. IV.

³⁾ An Walpole, 6. Aug. 1723. N. S. Private Regencies 4. Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 260.

und Neubesetzungen erfolgen¹⁾. „In der Politik“, schreibt er an Newcastle²⁾ ist nichts von Bedeutung zu melden, nur die Sterblichkeit der Bischöfe gibt Stoff zur Korrespondenz. Er hat darüber eine vierstündige Konferenz mit dem *Lord Chancellor* gehabt, „sehr erbaulich und sehr befriedigend“³⁾. Er verhandelt mit dem Bischof von London. Auf ihn kommt viel an, denn er ist *in town* und hat Zutritt zum Könige. „Seine Lordschaft“, schreibt Walpole behaglich⁴⁾, „ist in bester Stimmung, und solange wir so gute Schüler bleiben und unsere Lektion so brav lernen, dürfen wir hoffen, unsere geistlichen Gewalthaber werden mit uns nicht unzufrieden sein“.

Der Bischof von London, es war der berühmte Edmund Gibson, war und blieb von dieser Zeit an der Freund und Berater Walpoles in allen kirchlichen Fragen. Er habe ihn zum Papst gemacht, warf man Walpole vor. Aber er ist ein sehr guter Papst, erklärte Walpole beruhigend⁵⁾. So geschah es, daß die hohe Geistlichkeit zur Regierung hielt. Von den 25 Bischöfen in England galten 19 als gute Whigs. Und wenn auch die niedere Geistlichkeit mit dem Landvolk torystisch war, so war doch von dieser Seite für das herrschende System nicht viel zu befürchten.

* * *

Nach dem Gesagten wird es nicht überraschen, wenn eigentliche Parteiprogramme in dieser Zeit überhaupt nicht erkennbar scheinen. Mit anderen Worten: es gibt schon keine schlechthin whigistische und keine torystische Doktrin mehr. Die Parteien sind höchstens durch ihre eigene Vergangenheit, durch ihre Traditionen noch ein wenig belastet. Aber sonst sind sie frei in ihrem Handeln und Wollen. Sie können zu jeder in der Politik neu auftretenden Frage Stellung nehmen, wie es ihnen gefällt.

Wozu also noch politische Parteien? So kommt nun die Meinung auf: sie sind überlebt, sie sind durch die Ereignisse überholt, sie haben kein Recht mehr zu existieren. Der geistvolle

¹⁾ Walpole an Townshend, Whitehall, 9. Aug. 1723. Regencies 4. R.O.

²⁾ Whitehall, 22. Aug. 1723. B. M. Add. Mss. 32 686.

³⁾ Walpole an Newcastle, 10. Aug. 1723. B. M. Add. Mss. 32 686.

⁴⁾ An Newcastle, Whitehall, 22. Aug. 1723. B. M. Add. Mss. 32 686.

⁵⁾ Vgl. Art. Gibson. D.N.B.

Defoe schildert 1723 ¹⁾ halb ironisch einen Zustand halkyonischen ruhigen Genusses unter einer in sich einigen Herrschaftsform, wo König und Volk nicht nur ein und dasselbe Interesse haben, sondern auch nur ein Herz, wo der König die Herzen aller seiner Untertanen besitzt, und die Untertanen ebenso die Gunst und die Liebe ihres Fürsten.

Aber, fährt er fort, die Welt war noch niemals, solange es eine Mehrheit von Menschen gab, eines Sinnes. Und da nun einmal Parteien unvermeidlich sind, so werden kluge Staatsmänner damit rechnen und ihren Vorteil dabei suchen. So sagt er geradezu, daß die Sicherheit einer Nation oder einer Regierung auf dem Auseinanderstreben der Parteien des Volkes beruhe.

Es liegt eine tiefere historische Erfassung des englischen Parteilebens in dieser Betrachtungsweise. Man denkt, wenn man dieses liest, nicht mehr an Whigs und Tories, sondern nur noch an den politischen Kampf. Daß Parteien da sind, daß sie gegeneinander streben, daß Meinungen, daß Kritik zu Worte kommt, darauf kommt es unserem Autor an. Er will nicht überparteilich sein, wie es Bolingbrokes Meinung war ²⁾, der nun bald zu Worte kam. Was Defoe will, ist im Gegenteil das freie Spiel der Kräfte.

Die englische Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte zeigt ja wirklich dieses Schauspiel. Lecky spricht von der Auffassung, als ob im 19. Jahrhundert, vor der Parlamentsreform, der Standpunkt der Tories fast genau derselbe gewesen sei wie derjenige der Whigs vor hundert Jahren. Ob dies genau zutrifft, oder nicht, so ist doch auch im Leben der Parteien der Wechsel allein das Bleibende. Ein fremder Beobachter, der preußische Resident, hat schon 1715, am Ende der ersten Session unter dem hannövrischen Könige dasselbe gesagt. Die Streitpunkte hierzulande verändern ihre Namen. Es handelt sich im Grunde doch nur um den Besitz der Ämter, und die außenstehende Partei ist immer unzufrieden ³⁾

* * *

¹⁾ W. Lee, Daniel Defoe, His Life and recently Discovered Writings. 1869. 3, 133 ff.

²⁾ Auf Bolingbroke und auf die literarischen Denkmäler des Parteilebens und der Opposition werden wir zurückkommen.

³⁾ *La disposition des emplois, qui venait d'être faite en faveur de ce seul parti, avait aigri l'esprit des Tories contre la Cour.* Bonet, 23. Sept./4. Okt. 1715. G.St.A.

Nun hatte ja seit der Thronbesteigung Hannovers das englische Parteileben in der Tat schon allerlei Wandlungen durchgemacht. Mit einem straffen Whigregiment hatte man angefangen. Als aber nach ein paar Jahren eine Ministerkrise eintrat, als Townshend und nach ihm auch Walpole aus der Regierung ausgeschieden waren, da traten diese Führenden mit ihren Anhängern zur Opposition über. Drei Jahre lang führte dieser von der Partei losgelöste Flügel der Whigs, *the discontented Whigs*, wie sie genannt wurden, zusammen mit Tories und den davon nicht deutlich getrennten Jakobiten einen erbitterten Kampf gegen die Regierung Georgs I. Nach drei Jahren, 1720 hatte sich die Regierung gezwungen gesehen, die Führer dieser Sezession zurückzurufen. Es geschah zugleich mit jener Versöhnungsszene, durch die der häßliche Konflikt im Königshause beigelegt wurde. Aber innerhalb des neugebildeten Ministeriums bekämpfen einander alsbald wieder zwei Strömungen, Whigs gegen Whigs. Die durch Sunderland vertretene Gruppe, will auch einige Tories in die Regierung einbeziehen. Walpole aber will von seinem lebenslänglich festgehaltenen Schema der reinen Whigregierung nicht lassen. Der König steht darüber, wohl selbst noch schwankend in seiner parteipolitischen Haltung. Der Konflikt bleibt ungelöst bis der eine der beiden Kämpen vom Schauplatz abtritt. Sunderland stirbt und Walpole beherrscht die Lage. Aber nicht lange vermag er die Disziplin innerhalb der Partei aufrecht zu erhalten. Dann erfährt er dasselbe Schicksal, das er zuvor den an der Herrschaft befindlichen Whigs bereitet hat, und das Bild der „Unzufriedenen“ ist wieder da. Wie dadurch der Charakter des Walpole'schen Regiments bestimmt wird, wie die Parteigruppen im Parlament sich gliedern, und wie der Minister mit den feindlichen Gruppen einen ewigen, ermüdenden Kampf führt, einen Kampf, der von nun an gleichsam zu einer dauernden Erscheinung des parlamentarischen Lebens wird, davon wird noch weiter zu reden sein.

So ist und bleibt der Charakter des Regiments vor und unter Walpole. Die Gegner gilt es zu bekämpfen, ihnen die Waffen aus der Hand zu schlagen. Die Anhänger gilt es, bei der Fahne festzuhalten, sich ihrer Treue immer wieder zu versichern. Im April 1719 haben die Minister eine Versammlung von 200 Whigs berufen, in der Sunderland und Stanhope ihre politischen Ab-

sichten darlegen¹⁾. 1733 tritt Walpole in ähnlichen Versammlungen als Redner auf²⁾. Aber es gibt auch andere Mittel, als die einfache Überredung. Diese Mittel mögen den Gegenstand unseres nächsten Kapitels bilden.

¹⁾ Hoffmann, 25. April 1719. W.St.A.

²⁾ Egmont 1, 365—6.

* * *

Zweites Kapitel.

Die Korruption.

Venalis Populus, venalis Curia Patrum. — Ist es nicht ein merkwürdiger Widerspruch von der nationalen Haltung des unter einem Walpole arbeitenden Parlaments zu sprechen, wenn man doch über die weltberühmte, und nach dem Urteil der Zeitgenossen zum Himmel schreiende Bestechlichkeit eben dieses Parlamentes zu berichten hat? Dabei war es Walpole selbst gewesen, der jenes alte Iugurtha-Wort¹⁾ als Motto gewählt hatte über einer von ihm verfaßten kurzen Geschichte des 1713 aufgelösten Parlaments. Und Walpole war es auch, der 1719 beim Kampfe um die *Peerage Bill* erklärte²⁾, wenn es sich nur darum handle, die Freiheit des Parlaments sicherzustellen, so sollte man zuerst einmal ein Ende machen mit den Bestechungen und mit den Pensionen.

Und doch ist er es, dessen Name von Zeitgenossen und nachlebenden immer wieder mit dem Vorwurf der Korruption, insbesondere der Korruption des Parlaments in Verbindung gebracht worden ist. Er wird als der „Vater der Korruption“ bezeichnet, gerade als ob er persönlich diese Unsitte erfunden hätte. Dieser Vorwurf hat neben dem andern, daß er als ein *Prime Minister* über England gewaltet habe, die öffentliche Meinung am stärksten gegen ihn eingenommen und zuletzt am meisten zu seinem Sturze beigetragen.

Zu dem Thema Korruption sei zunächst einmal darauf hingewiesen, daß die Bestechlichkeit hoher und niederer Beamter damals in ganz Europa eine bekannte Erscheinung war. Es ging hinauf bis in die höchsten Kreise. Grumbkow am Hofe

¹⁾ Die rhythmische Form findet sich, wie ich von philologischer Seite höre, bei Petronius im *carmen de bello civili* v. 41.

²⁾ Parl. Hist. 7, 623.

Friedrich Wilhelms I., Sinzendorff in Wien sind ein paar krasse Beispiele außerhalb Englands. Gelegentlich wird selbst den fürstlichen Häuptern derartiges nachgesagt, wie etwa dem schwedischen Königspaar, oder wenn es heißt, Kaiser Karl VI. habe selbst seinen Anteil an den Summen erhalten, die auf Grund der Wiener Allianz von Spanien nach Österreich flossen. Am österreichischen Hofe war überhaupt alles bestechlich. Selbst von dem Reichsvizekanzler Schönborn sagt der hannövrise Gesandte, so sehr er zwar gegen England und Preußen wegen der Religionsfrage aufgebracht sei, so sei doch sein Geldhunger so groß, daß man ihm nur eine entsprechende Summe zu bieten brauche, um in der vielumstrittenen Angelegenheit der Investitionen auf ihn rechnen zu dürfen. Prinz Eugen aber hatte den merkwürdigen Ruhm, der Einzige zu sein, dessen Name in dieser Beziehung nicht von dem leisesten Makel getrübt sei. Am krassesten war das Übel in der europäischen Diplomatie. Wenn irgendwo eine schwierige Verhandlung zu führen war, so meinte man Erfolg oder Mißerfolg voraussagen zu können, je nach der Höhe der aufgewendeten Bestechungsgelder¹⁾. Auch die englische Diplomatie machte keine Ausnahme. Wir wissen, daß Graf Strafford von Friedrich Wilhelm I. 50 000 Taler bekommen hat, um in Utrecht einzutreten für die preußische Erwerbung von Obergeldern.

Ich glaube nicht einmal, daß man ein Recht hat, aus dieser in Europa geübten Praxis auf einen allgemeinen Tiefstand der europäischen Moral zu schließen. Eher könnte man von der allgemein geübten Unsitte reden, die sachliche Erledigung des Geschäfts mit dem Geben und Empfangen reichlicher Geschenke zu begleiten und zu fördern.

So fällt denn auch die in England geübte parlamentarische Korruption aus dem Rahmen des sonst in Europa anerkannten Sittenkodex keineswegs heraus. Und doch bildete gerade sie das europäische Gespräch. Um nur ein paar berühmte Ausländer reden zu lassen, so sagt Friedrich der Große von Walpole²⁾: Er lenkte den „Geist der Nation nach seinem Belieben durch die Ämter und Pensionen, die er zu verteilen pflegte, um die

¹⁾ Vgl. Arneth, Prinz Eugen. 3, 205.

²⁾ Histoire de mon temps. Ch. 1.

Majorität im Parlamente zu erhalten“. Und ein anderes Mal von Georg II.: „Das war der König, der die vom Parlament ihm bewilligten Gelder dazu verwendete, um das Parlament zu bestechen“. Unser zweiter Zeuge ist Voltaire. Er war in den Jahren 1726 bis 1729 in England gewesen und schreibt 1764 über Walpole: „Die guten englischen Patrioten werden es ihm nicht verzeihen, daß er die Korruption zum System erhob. Eines Tages sagte jemand in seiner Gegenwart, daß alle Stimmen im Parlament käuflich seien. Das weiß ich selbst am besten antwortete Walpole, ich habe ja ihren Tarif in der Tasche“.

Solche Erzählungen sind nicht zu kontrollieren und können nur als Zeugen der öffentlichen Meinung der Welt hingenommen werden. Etwas ernster ist schon die Aussage, die wir in einer Denkschrift des Pariser Auswärtigen Amtes finden, verfaßt 1742 nach dem Sturze des großen Ministers. „Der Chevalier Walpole“, heißt es da¹⁾, „hat sein Heil darin erblickt, durch Geldbestechung eine Mehrheit im Parlament zu gewinnen, ohne sich um die Anteilnahme der Nation zu kümmern. Er hat kein anderes Mittel zu herrschen gekannt, und das war auch die Seele aller seiner Handlungen“.

Auch in den Berichten der Diplomaten, besonders solcher, die der Regierung Englands unfreundlich gegenüber stehen, findet man gelegentlich ähnliche Äußerungen. Der österreichische Resident Palm, den wir 1726 während des englisch-österreichischen Konflikts nach London haben kommen sehen, zweifelt am 26. Februar nicht an dem Erfolge der Regierung im Parlament, „sintemalen die Majorität schon erkaufte — und Walpole nicht in das Parlament tritt, er wisse denn beiläufig, wie viel Stimmen er vor sich haben wird“. Ein paar Tage später: die Verhandlung im Parlament über die Verträge von Wien und Hannover wird sicher mit einem Siege der Regierung enden, „da zwei Drittel der Stimmen erkaufte sind“. Und als das Ergebnis vorliegt, war die Regierungstreue Majorität „mit schweren Kosten erkaufte“²⁾. Ähnlich klingt, was ein Graf Kinsky (der Gesandte in London), 1730 aus Paris an seinen Bruder schrieb. Es war die Zeit nach dem Vertrage von Sevilla, da die englisch-österreichischen Be-

¹⁾ Portait du Chevalier Walpole et du Lord Carteret. Mémoires et Documents. Angleterre 8. fol. 247. Aff. étr.

²⁾ Berichte vom 26. Februar, 1./12. März 1726. W.St.A.

ziehungen wieder unfreundlicher Natur waren. „Ich fürchte“, heißt es, „daß bei jetzigem Parlament nicht viel Veränderliches, Gutes, Neues vor uns wird bald gehoffet werden können, weil die *majora* derer Stimmen vom Hofe voraus schon verkauft (sie) seynt“. Der Bruder wisse ja auch, daß „die Walpolische Familie anjetzo allda frohlocken und dem Parlament güldenen Sand in die Augen werfen wird“¹⁾.

* * *

Indem wir versuchen, an konkreten Tatsachen soviel wie möglich zu erfahren, fragen wir zuerst: in welcher Form trat denn die vielgescholtene Korruption eigentlich auf? Es waren besonders drei Erscheinungen des politischen Lebens, auf die man in diesem Sinne hinzuweisen pflegte und die den Gegenstand der Klagen bildeten.

Zuerst die Bestechung der Wähler. Wir haben gehört, daß diese Methode nicht überall anwendbar war, am meisten noch in den Wahlkreisen mit geringer Wählerzahl. Immerhin ist unzweifelhaft in dieser Form das gesamte Wahlresultat stark beeinflußt worden. Dabei ist freilich anzunehmen, daß die Hauptlast der dafür erforderlichen Aufwendungen nicht die Regierung zu tragen hatte, sondern der Kandidat. Er war es vor allem, der es sich ein Stück Geld kosten lassen mußte, indem er die Leute bearbeitete, mit ihnen zechte bis spät in die Nacht hinein. Die Regierung bleibt mehr im Hintergrunde. Sie hält sich wie etwa 1715 und 1722 mit einer Art von heroischer Entsagung zurück und ermahnt nur ihre Getreuen, alles anzuwenden, um einen guten Ausfall der Wahl zu sichern. Und der Kandidat rechnet wohl darauf, später, im Laufe seiner Tätigkeit im Unterhause, in irgend einer Form die bei der Wahl verausgabten Summen von der Regierung zurückzuerhalten²⁾. Immerhin kann man sagen, daß, soweit es sich um Bestechung der Wähler handelte, die Regierung selbst wohl am wenigsten belastet erschien.

Die von den Kandidaten betriebene oder bezahlte Agitation aber ist oft in Bild und Wort drastisch geschildert worden. Man denke an Hogarths *Election*-Serie. Oder wir mögen als lite-

¹⁾ Kinsky an Kinsky Paris, 1. Febr. 1730. (Interzichierter Brief) R.O.
²⁾ Vgl. über die Wahlen von 1722 ausführlich Bd. 3, 290 ff.

rarisches Beispiel eine kleine Kostenrechnung wiedergeben, die in humoristischer Form zeigen will, wie es bei der Wahl eines Torymitgliedes (und bei den Whigs wird es nicht anders gewesen sein) im Jahre 1715 zugegangen sein mag¹⁾. Wir lesen die folgenden Posten:

Einen Pöbelhaufen zu bestellen und zu sammeln . . .	£ 20
Für mehrere Abteilungen Hurraruf	£ 40
Für Leute die „Church“ schreien	£ 40
Für Leute welche „No Roundhead“ schreien	£ 40
Für zwei demolierte Häuser	£ 200
Für zerbrochene Fensterscheiben	£ 20
Für geheime Unterstützungen von Tumultuanten . . .	£ 40
Für eine Rotte notorischer Lügner	£ 50
Für Bier	£ 100
Für Prozesse und Gerichtskosten	£ 300

* * *

Viel ernster ist der hundert Jahre lang gegen die Regierung erhobene Vorwurf, daß zu viele der Unterhausmitglieder im Besitz von Ämtern und Pensionen, daß sie als Gehaltsempfänger schlechthin von der Regierung abhängig seien. Der Sinn eines solchen Vorwurfes ist nichts anderes, als die ewige Angst, ob auch die Trennung der Gewalten, nämlich der exekutiven von der legislativen, streng gewahrt sei, die Sorge, ob nicht das Interesse der Regierung, d. h. des Königs, die Freiheit der Gesetzgebung beeinträchtige. Am besten also, wenn überhaupt kein Beamter ins Unterhaus kommt. Um dieses Thema war mit Wilhelm III. heftig gestritten worden, um dieses hatte es sich gehandelt in dem berühmten Fall, als der König seinen *Royal Assent* verweigerte. Und als dann die *Act of Settlement* beschlossen wurde, hatte man in einer besonderen Klausel schlechthin den Ausschluß der ganzen Beamtschaft aus dem Unterhause verfügt. Doch dieser Widersinn war nicht durchzuführen; denn auf diesem Wege hätte man die Gesetzgebung hilflos gelassen, hätte ihr die Möglichkeit genommen, von den Erfahrungen und Kenntnissen der Diener des Staates Nutzen zu ziehen.

So ward die unglückliche Klausel nach einigen Jahren durch

¹⁾ Nach Th. Wright, *Caricature History of the Georges*. 17.

das Regenschaftsgesetz wieder aufgehoben. Und da man nicht dazu gelangte, wie wir heute nach festländischen Erfahrungen sagen würden, die Vertreter des Staates an einen besonderen, im Parlament aufgestellten Regierungstisch zu setzen und dort zu Worte kommen zu lassen, so mußte man sie eben doch wieder als Mitglieder herein lassen. Und nun folgt die durch mehrere Regierungen sich hindurchziehende Reihe der sogenannten *Place Bills*, Vorlagen, die dazu bestimmt waren, genau die Kategorien von Beamten anzugeben, welche als Mitglieder zugelassen oder welche auszuschließen wären. Wie dies geübt wurde, welche Rolle die Parteiinteressen dabei spielten, ist ein Thema für sich aus der Verfassungsgeschichte des 18. Jahrhunderts¹⁾. Etliche dieser Vorlagen wurden im Unterhause angenommen, von den Lords aber abgelehnt. Und Walpole hat es später auch am liebsten dem Oberhause überlassen, diese unbequemen Anregungen zum Scheitern zu bringen.

Auch die Lords waren übrigens an dieser Praxis nicht unbeteiligt. Auch unter ihnen gab es Inhaber von Ämtern und Pensionsempfänger, wie denn Graf Nottingham, neben seinen übrigen Einnahmen auch eine Pension bezog. Und wenn man auch den Lords ihren Sitz im Oberhause nicht rauben konnte, so konnte man ihnen doch das Amt verleihen oder nehmen, wie es der Regierung gefiel. So erzählt Hervey²⁾, als die Entscheidung über die Accise gefallen war, und als am Ende der Session „der Tag des Gerichts“ erschien, wie drei Lords wegen ihrer regierungsfeindlichen Haltung ihrer Ämter beraubt wurden.

Wess' Brot ich esse, dess' Lied ich singe. — Diese im Dienste der Regierung stehenden Mitglieder des Parlaments, die *Placemen*, die Pensionsempfänger, sie erscheinen uns wirklich wie die Hilfsmannschaft des Ministers im Parlament. Mögen sie auch frei sein in ihrer Rede, frei in ihrer Stimmabgabe, mögen sie auch gelegentlich als Unabhängige auftreten, in der Hauptsache sind sie doch gebunden, sind auch vermöge ihrer Denkweise und ihrer politischen Haltung geneigt, die Wege der Regierung zu wandeln. Und wenn es zur Abstimmung kommt, gelten sie meist als sichere Leute der Regierung. Vielleicht würde aber selbst

¹⁾ Vgl. Hatschek, Englische Verfassungsgeschichte. 648 ff.

²⁾ ed. Sedgwick. 200.

hier noch das Wort Korruption eine falsche Vorstellung erwecken. Es handelt sich einfach um das in den Reihen der Mitglieder des Parlaments reichlich, man sage: allzureichlich vertretene Interesse des Ministeriums.

* * *

Nun aber blieb noch die dritte Form übrig, um den Minister mit dem Vorwurf der Korruption zu belasten. Da handelt es sich um die Bestechung der Mitglieder von Fall zu Fall. Es ist das Bild des vor einer entscheidenden Abstimmung dastehenden Ministers, der die Reihen der Abgeordneten überblickt, um Klarheit darüber zu gewinnen, ob nicht Leute da seien, deren unsichere oder feindselige Haltung durch klingende Argumente in das Gegenteil verwandelt werden könnte. Es ist die Walpole'sche Korruption *kat' exochen*.

Wie oft mag wohl diese Praxis geübt worden sein? Wir wissen es nicht; wir besitzen vielleicht nur eine einzige positive Angabe über einen solchen Fall. Auch diese findet sich in Herveys Memoiren. Er berichtet, daß ihm Robert Walpole und die Königin unabhängig voneinander erzählt haben, ein gerade im Unterhause errungener Sieg habe dem Könige nur 900 £ gekostet, nämlich 500 £ an einen Mann, und 400 £ an einen andern. Man ist auch im Zweifel, ob der Memoirenschreiber diese Bestechung an und für sich als etwas Ungewöhnliches bezeichnen möchte, oder ob er es nur merkwürdig findet, daß der König in diesem Falle so billig davon kam.

Wenn es nun aber galt, den Minister wegen solcher Taten zum Verbrecher zu stempeln, woher nahm man die Beweise?

Es konnte sich nur darum handeln, Rechenschaft zu fordern über die Verwendung gewisser Gelder, die der Regierung zur Verfügung standen und über die doch die genaue Rechnungsablage vor dem Parlamente, wie bei den gewöhnlichen bewilligten Summen, nicht üblich war. Da war es die *Zivilliste* und besonders das dazu gehörige *Secret Service Money*, auf das sich die Blicke richteten. Als nach dem Sturze Walpoles die vom Parlamente eingesetzte Geheimkommission seiner Amtsführung nachzuforschen versuchte, blieb diese Untersuchung ergebnislos, und sie mußte es bleiben, schon aus dem Grunde, weil die dafür unentbehrlichen Aussagen der Leute vom Schatzamt nicht zu haben

waren. Sorge um die Sicherheit der eigenen Person und die natürliche Abneigung, über ihren langjährigen Chef Ungünstiges auszusagen, mögen diesen Verlauf hinreichend erklären.

Vermutlich wird man die genauen Beträge der an Unterhausmitglieder bezahlten und von diesen empfangenen Summen aus der Zeit Walpoles nie mehr ermitteln. Die Verwendung des *Secret Service money* bleibt dunkel. Die hergebrachte Auffassung, Walpole habe späterhin, als man Miene machte, mit Untersuchung und Anklagen gegen seine Amtsführung vorzugehen, die delikatsten Schriftstücke selbst vernichtet, diese Auffassung hat gewiß einiges für sich. Es heißt ferner, wenn die Rechnungen für das verausgabte *Secret Service money* dem Könige vom Minister vorgelegt wurden, so pflegte Georg II. sie vor den Augen des Beamten eigenhändig zu verbrennen. Und erst der Herzog von Newcastle, der leidenschaftliche Aktensammler, nahm das während seiner Amtszeit als erster Schatzlord aufgelaufene Material wieder an sich, speicherte es auf in seinem ungeheuren Arsenal, und so befindet es sich heute mit all den anderen *Newcastle Papers* im Britischen Museum. Es ist auch ¹⁾ bereits gründlich durchforscht worden. Das Ergebnis ist aber, was den Umfang der Korruption betrifft, überraschend gering. Man erfährt, daß die Gesamtausgaben, die das Schatzamt an *Secret Service money* in den insgesamt 7 Jahren der Amtswaltung Newcastles gemacht hat, noch nicht die Summe von 300 000 £ erreichen, oder im Durchschnitt wenig mehr als 40 000 £ im Jahre. Von dieser Summe sollen nicht mehr als 43% für das Unterhaus verausgabt sein ²⁾, und zwar für Wahlzwecke und Pensionen. Wenn wir ferner hören, daß die übrigen, in dieser Gesamtsumme enthaltenen Beträge in Spenden an bedürftige Aristokraten, vielleicht auch an Commons, bestanden haben, dazu in Zahlungen an Geheimagenten und andere im Dienste der Regierung stehende Elemente ³⁾, so muß man gestehen, daß der Umfang der hier zutage tretenden angeblichen Korruption in der Tat recht gering erscheint, ja, daß sie zum Teil mehr den Charakter der Wohltätigkeit als der

Bestechung trägt. So für die Amtszeit Newcastles als erster Schatzlord.

Doch wir müssen versuchen, aus diesen Angaben Rückschlüsse zu ziehen auf die Walpole'sche Periode ¹⁾. Da ist zunächst noch zu bemerken, daß der Verbrauch aus dem *Secret Service*-Fonds in der Zeit Newcastles, d. h. zwischen 1754 und 1766, gegenüber der vorangegangenen Epoche stark in die Höhe gegangen sein soll. Mit anderen Worten: die Beträge, an die wir in Walpoles Zeit zu denken hätten, würden auf ein noch bescheideneres Maß zusammenschrumpfen ²⁾.

Nun mögen aber auch Gelder aus der Zivilliste selbst genommen sein, Gelder, die jeglicher Kontrolle noch unzugänglicher waren. „Es ist Ew. M. eigenes Geld. Sie können damit machen, was Sie wollen“, sagt Newcastle 1769 zu Georg III. ³⁾. Daß aber etwa gewaltige Summen für Zwecke der Korruption aus dieser Quelle geflossen seien, ist kaum anzunehmen, da die Zivilliste ohnedies mit so gewaltigen Ausgaben für den Hofhalt, für den diplomatischen Dienst, für das Zivilbeamtentum belastet war.

Es bleibt wohl dabei, daß die direkten und indirekten Angaben und Schlüsse, die für den Umfang der Korruption unter Walpole zu gewinnen sind, mit den darüber verbreiteten Legenden in gar keinem Verhältnis stehen.

* * *

Noch ein letztes Wort über die Korruption. Sicherlich geht Walpole von großen, nationalen Gesichtspunkten aus und sucht das Parlament mit sich fort zu reißen. „Er hatte Zeit genug“, sagt Hervey einmal ⁴⁾, „herumzugehen und mit den Leuten zu reden, sie zu drängen, sie einzuschüchtern, sie mit Gründen und Tatsachen zu überzeugen, und vielleicht — sie zu bestechen“. Er ist gewiß nationaler, als das oft in Parteirücksichten befangene Parlament. Und wenn er seinen parlamentarischen Sieg, wie die Zeitgenossen 1726 behaupten, der Bezahlung der Stimmen verdankt, so liegt das größere Odium bei diesem Spiel der Korruption auf Seiten der Bestochenen.

¹⁾ Vgl. H. Hall,

²⁾ Wir werden auf das *Secret Service Money* bei der Behandlung der Walpole'schen Finanzverwaltung noch einmal zurückkommen.

³⁾ ed. Sedgwick 729,

¹⁾ L. B. Namier, *The Structure of Politics at the Accession of George III.* 1. 1929. 213 ff.

²⁾ Ebd. 290.

³⁾ Ebd. 288.

Auch aus einem anderen Grunde darf man die Korruption unter Walpole nicht allzu tragisch nehmen. Das Parlament tagt ja nicht in verborgenen Konventikeln. Und wenn auch die Debatten offiziell noch geheim sind, so erfährt das Publikum doch genug von dem, was da drinnen im Saale vorgeht. Da debattiert man, da stimmt man ab, wie die Partei es verlangt, oder wie das Volksinteresse es von jedem zu fordern scheint. Es gibt auch im Unterhause eine Art öffentlicher Meinung, „*a feeling of the House*“, wie Bagehot sagt, und es gab dieses schon im 18. Jahrhundert, schon in Walpoles Zeit. Man kann beobachten, wie diese herrschende Stimmung sich bewegt, wie sie von Ereignis zu Ereignis sich wandelt, wie sie den Minister bald fördert, bald bekämpft, und wie sie ihn ja endlich auch stürzt. Aber sie herrscht, und sie kann durch alle Korruption weder geschaffen noch zum Schweigen gebracht werden. Auf den Geist der Versammlung kommt es an. Das *House of Commons*, hat jemand gesagt, hat in seiner Gesamtheit mehr gesunden Verstand, als jedes einzelne seiner Mitglieder. Das weiß auch Walpole, und alles, was er tut, alles was er mit Pensionen, mit Ämtern, mit roher Bestechung bewirken möchte, es ist nichts anderes als die Schaffung der Atmosphäre, das allgemeine Gefühl für die Richtigkeit seines Tuns, so daß seine Anhänger ihn überzeugt unterstützen und seine Gegner ihn nur mit halbem Herzen bekämpfen. So ist es auch gemeint, wenn jemand Walpole den zynisch klingenden Ausspruch in den Mund gelegt hat: „ich bezahle die Leute dafür, damit sie nach ihrer Überzeugung stimmen“.

Und endlich das Volk da draußen. Die öffentliche Meinung ist wach und rege, sie ist mißtrauisch, sie wittert immer Verrat an den höchsten Gütern der Nation. Sie wird durch öffentliche und geheime Agitation, durch Verleumdungen, durch eine Flut von Pamphleten und Satiren in ewiger Erregung gehalten. So ist sie auch leicht geneigt, an schlechte Motive zu glauben. Jedes Ereignis der Politik, jede Abstimmung im *House of Commons* wird in den Schenken und Kaffeehäusern der Nachbarschaft eifrig diskutiert, und auf ihre Sachlichkeit geprüft. Da heißt es dann gleich: er hat Geld bekommen, der Minister hat die Leute bezahlt. Vielleicht sind sie gar vom Ausland bestochen. Die Tories sind die Pensionäre des Königs von Frankreich, hatten die Whigs zur Zeit der Königin Anna geschrien. Die Whigs

werden für jede Abstimmung von der Regierung bezahlt, so gaben die Tories unter Walpole den Vorwurf zurück. Aber in alledem ist mehr Gehässigkeit als Wahrheit. Hätte ein bestochenes Parlament sich zu einer volksfeindlichen oder nur einer tief unpopulären Handlung verleiten lassen, so wäre die Kritik der Öffentlichkeit ihm rasch zum Verhängnis geworden. Man verfolge nur den Gang der Debatten und Beschlüsse. Was man wahrnimmt, sind die Gegensätze von Regierungspartei und Opposition, ein Spiel politischer, wirtschaftlicher, religiöser Kräfte und Interessen, zwischen denen ein Ausgleich immer wieder gesucht und immer wieder gefunden wird. Für bestochene Majoritäten aber ist in diesem Bilde kein Raum.

Oder, von außen gesehen, dieses England, dieses mächtig aufsteigende Gemeinwesen, diese Gesellschaft, die auf allen Gebieten der Kultur Bedeutendes leistet, die das Staunen der Mitwelt erregt, dieses mit seiner glänzenden Entwicklung dem an Volkszahl weit überlegenen Frankreich so unheimliche England, es kann nicht so tief in Korruption versunken gewesen sein, wie man später wohl gemeint hat. Von dieser Gesellschaft gilt es, ebenso wie von dem leitenden Staatsmann ihrer Zeit: sie waren besser als ihr Ruf.

* * *

Drittes Kapitel.

Die Opposition im Parlament und in der Literatur.

Auch die Opposition gehört zum Bilde des parlamentarischen Systems. Auch sie stammt aus England, ja, sie ist geradezu als eine englische Erfindung bezeichnet worden. Was man sich in heutiger Zeit darunter vorstellt, ist die Minderheit im Parlament, die mit loyalen Mitteln und in ritterlicher Haltung gegen die herrschende Mehrheit ankämpft. Sie will der rücksichtslosen Ausnutzung der numerischen Übermacht entgegenwirken. Sie sucht nach Schwächen, sie deckt Blößen auf in dem System der Regierenden, sie beteuert immer wieder, daß sie selbst es besser machen, daß sie die Fehler der Regierenden gewißlich vermeiden würde, wenn man ihr nur die Gelegenheit geben möchte, ihr Können zu zeigen. Ihr Wesen ist Kritik, eine oft gehässige Kritik. Sie tritt den Machthabern entgegen als der ewige *advocatus diaboli*. Zwar darf sie den Tadel nicht übertreiben, darf nicht goldene Berge versprechen; denn man wird sie ja, wenn sie selbst die Macht erhält, beim Worte nehmen, und sie könnte in Verlegenheit kommen. Unterdessen lauscht aber das Volk auf ihre Worte, und es ruft sie zur Tat, sobald es ihr gelungen ist, das öffentliche Vertrauen und damit eine Mehrheit im Parlament zu gewinnen.

So etwa ist die in England seit Generationen herrschende Anschauung. Die öffentliche Meinung betrachtet die in anständigen Formen sich bewegende Opposition als ein erwünschtes, ja sogar unentbehrliches Zubehör zum Parlamentarismus. Sie spricht ja halb scherzhaft von „*His Majesty's Opposition*“. Sie will auch die Kritik hören. Und selbst in Regierungskreisen kann man die Meinung vernehmen, daß es nicht gut sei, wenn die Opposition zu einem kleinen Häuflein zusammenschmelze, so daß sie ihre Stimme nicht mehr so recht zu Gehör bringen könnte.

Denn man weiß es wohl, daß die neuen Gedanken zumeist im Kreise der Opposition geboren sind und sich von ihrem Lager aus allmählich durchgerungen haben. „Die neuere Geschichte Englands“, sagt Redlich, „ist in ihren großen Wendepunkten eine Geschichte der zuletzt immer siegreichen Opposition“. Diese hat sich freilich in ihrem Wesen mehrfach gewandelt. Sie ist nicht immer so sachlich, in ihrer Kampfesart nicht immer so loyal, in ihrer menschlichen Haltung nicht immer so ritterlich gewesen, wie in ihrer reinsten, idealen Verkörperung. Auch die Opposition hat, wie alle Erscheinungen des konstitutionellen Lebens, Wandlungen durchgemacht. Wir wollen ihre Anfänge betrachten, wollen erfahren, was sie will und wie sie sich gibt. Diese Anfänge liegen im Zeitalter Walpoles.

* * *

Warum im Zeitalter Walpoles? Warum nicht früher? Das Parlament ist doch viel älter, seine Geschichte beginnt im 13. Jahrhundert. Wie kommt es also, daß man erst im 18. Jahrhundert von einer parlamentarischen Opposition reden soll? Eine kurze Erläuterung möge genügen. Gegnerschaften gegen die Regierung hat es auch in den Parlamenten der älteren Zeiten immer gegeben. Aber diese Gegnerschaften gelten dem Monarchen. Das Parlament, insbesondere das Unterhaus, ist zu gewissen Zeiten die Stätte, wo die Taten der Krone kritisiert und bekämpft werden. Der Gegensatz kann sich steigern bis zur tragischen Höhe. Die puritanische Revolution des 17. Jahrhunderts ist so entstanden. Denn wenn die Tudors den Konflikt noch geschickt zu vermeiden, oder ihm auszuweichen verstanden, so haben die beiden ersten Stuartkönige diese Kunst nicht mehr besessen. Sie haben den Konflikt nicht gescheut, sie haben dem Trotz des Parlaments die Stirne geboten, sie haben es bis zum Bürgerkriege getrieben. Doch das ist nicht die Opposition, von der wir reden wollen. Wir meinen — man verstehe es richtig — eine viel harmlosere Opposition, eine solche, die nicht mit den Waffen von Stahl, nicht auf dem Schlachtfelde kämpft, sondern innerhalb der vier Wände des Parlamentshauses. Wir denken an das Gegenüber einer im Einvernehmen mit dem Monarchen dort herrschenden Gruppe und einer andern, die jener widerstrebt. Dieses Bild konnte erst entstehen seit dem Auftreten der

Parteien im Parlament, d. h. seit dem Auftreten von Whig und Tory.

Und selbst dann dürfte man nicht sogleich von dem Schema der parlamentarischen Opposition reden, wie sie nachmals auftritt. Whig und Tory stammen aus der Zeit Karls II. Aber noch stehen sie nicht wie eine regierende und eine opponierende Partei einander gegenüber. Die Macht der Krone ist noch groß. Der König meint bald mit der einen, bald mit der andern Partei besser auskommen zu können, und er beherrscht sie beide. Und die Opposition, wenn wir sie schon so nennen sollen, richtet sich immer noch mehr gegen ihn, als gegen eine Partei. Macaulay gibt eine anschauliche Beschreibung aus dem ersten Parlamente Jakobs II. ¹⁾ Der König hat in seiner von ihm selbst verfaßten Thronrede mit kühner Stirne erklärt, daß er gegen die unter seinem Bruder beschlossene Testakte selbst verstoßen habe. Als nach Anhörung der Thronrede die Commons wieder unter sich sind, entsteht zuerst ein dumpfes Schweigen, und dann folgen Beschlüsse darüber, wie man den Absichten des Königs entgentreten könne. Also noch geht es gegen den König. Ich möchte auch auf die Zeiten Wilhelms und Annas, die bereits gegebene Definition einer parlamentarischen Opposition noch nicht anwenden, so sehr es auch in den letzten vier Jahren der Königin darnach aussieht, als nämlich die Friedenspolitik der Tories von den Whigs so heftig bekämpft wird.

Erst mit der Thronbesteigung des Hauses Hannover ändert sich das Bild. Es beginnt das Jahrzehnte währende Regiment der Whigs, und das Königtum dominiert nicht mehr in dem Maße, wie zuvor. In beiden Häusern, bei Lords wie Commons, stehen fortan Regierungstreue und Opposition wie zwei feindliche Lager einander gegenüber. Die Opposition schont den König, sie kämpft nur noch gegen seine Minister.

* * *

Der erste stark hervortretende Führer der in diesem Geiste arbeitenden Opposition ²⁾ ist kein anderer als Robert Walpole

¹⁾ Tauchnitz ed. 2, 253.

²⁾ In Murrays Dictionary ist für die alte Bedeutung des Wortes „Opposition“ ein Beispiel von 1704, für die neue ein anderes von 1744 gegeben. Keines aus der Zwischenzeit, in der die Wandlung erfolgt ist. Die Beispiele

selbst. Wir erinnern uns, wie er sich 1717, als er aus dem Amte schied, an der Spitze einer Gruppe unzufriedener Whigs mit Tories und Jakobiten verband und gegen die Regierenden, d. h. gegen die Whiggistische Mehrheit im Parlamente eine schwungvolle Opposition inszenierte. Als aber diese Episode vorüber ist, als im Jahre 1720 Walpole wieder seinen Einzug in die Regierung gehalten hat, und vollends seitdem er, von 1721 an, als das wahre Haupt der Regierung erscheint, da hat das Schicksal sich an ihm gerächt. Zwar gelingt es ihm, bei allen folgenden Parlamentswahlen, 1722, 1727, 1734, 1741, jedesmal Whig-Majoritäten zu erzielen, wenn auch die letzte nicht mehr so stark ist, und wenn auch sein Anhang zusammenschmilzt. Doch können wir eben in diesen 21 Jahren von 1721—1742 beobachten, wie die Opposition sich gegen ihn selbst wendet, wie sie anschwillt und wie sie zuletzt übermächtig wird.

* * *

Die Opposition, so wie sie sich anfangs an seine Fersen heftet ¹⁾, so hat sie den Minister durch seine ganze Laufbahn hindurch nicht wieder losgelassen ²⁾.

Was will sie? Man wäre versucht, nach ihrem Programm zu fragen. Welche Ziele verfolgt die Regierung und welche die Opposition? Aber diese Fragen können im Ernste gar nicht

dafür möge man unserer Darstellung entnehmen. — Dem neuen Sinn des Wortes entspricht vorher etwa der Ausdruck „Faction“. So bei Harley, Stowe Mss. 248. Vgl. Bd. 3, 542 ⁴⁾.

¹⁾ Über die Opposition in den ersten Jahren des Walpole'schen Regiments. Vgl. C. B. Realey, *The Early Opposition to Sir Rob. Walpole 1720—1727*. Philadelphia 1931. Ders. *The London Journal 1720—3*. Bulletin, Kansas 36, 23. 1935.

²⁾ Über die Opposition in Walpoles Zeit ist ein interessantes Pamphlet, verfaßt um 1730, handschriftlich in den Houghton Mss. erhalten, unter dem Titel: *The Justice and Reasonableness of Opposition fo the Measures of the present Government, considered in a Letter fo the R^t Hon^{ble} the Lord Viscount — Rückseitig die Notiz: By a Peer. Zu nennen ist ferner die Aufzeichnung von Arthur Onslow, der von 1727—1761 Sprecher des Unterhauses war, „On Opposition“. Sie ist zuletzt gedruckt von der Hist. Mss. Comm. 14. Report, App. 9. Doch scheint der Herausgeber übersehen zu haben; das der Text längst bei Coxe, *Rob. Walpole (1798) 2*, 550 ff. veröffentlicht war. In der nach Walpoles Sturz veröffentlichten *Critical History of the Administration of Sir Robert Walpole, 1743*. lautet die Überschrift der Section XI: *The History of the Opposition within Doors and without*.*

aufgeworfen werden. Es sind ja nicht die entgegengesetzten Standpunkte zweier Parteien, die hier einander gegenüberstehen. Mit dem Schema von Whig und Tory kommt man schon deshalb nicht weit, weil auch in der Opposition alle Parteien, Whigs, Tories, Jakobiten vertreten sind. Die Zeitgenossen haben denn auch gelegentlich nur den Unterschied anerkennen wollen zwischen den Leuten, die im Amte sind oder sonst von der Regierung abhängig, und solchen, die es nicht sind. Das Bild der Opposition zeigt uns also wieder dieselben 3 Gruppen wie vorher in der Zeit von 1717—1720. Da sind zunächst die zahlreichen Mitglieder der Whigpartei, welche als ein renitenter Flügel sich von der Hauptmasse getrennt haben. Es sind die Leute, welche schon als die Anhänger Sunderlands im Gegensatz zu Walpole gestanden haben, als die beiden Staatsmänner zusammen im Kabinette saßen. Andere Mitglieder der Partei, enttäuschte Ehrgeizige, persönlich Gekränkte sind hinzugekommen. Neben diesen steht die Gesamtheit der Tories. Und als dritte Gruppe wiederum die Jakobiten, sie, die ja nicht gerade Tag und Nacht für das Haus Stuart arbeiten, aber doch im Herzen den Wunsch hegen und, wenn die Gelegenheit sich böte, auch bereit wären, einzutreten für die Sache des Präkendenten.

Die öffentliche Meinung, wenn sie die Erscheinung der Opposition beklagt, hat den beiden zuletzt genannten Gruppen, zu denen sie auch die Katholiken zählt, ihr Tun nicht so sehr übel genommen, umso mehr jedoch den von der Partei abgefallenen Whigs. „Mögen doch Papisten und Jakobiten“, so lesen wir in jener Flugschrift um 1730¹⁾, „nur ruhig Opposition machen! Man erwartet von ihnen nichts anderes. Sie sind eben die erklärten Feinde der bestehenden Ordnung, und sie sind es umso mehr, je besser diese Ordnung funktioniert. Aber aus whiggistischen Grundsätzen heraus Opposition zu treiben, das ist so absurd, so ungeheuerlich, daß man sich für sie schämen muß, da sie selbst nun einmal jedes Schamgefühl verloren haben.“

Man sieht eben in der Opposition, genau ebenso wie seiner Zeit in den Parteien, ein Übel, das beseitigt werden muß. Man kann sich noch nicht von der Auffassung freimachen, daß die

¹⁾ The Justice and Reasonableness Houghton Mss.

Opposition sich gegen den Monarchen in Person richte. „Opposition“, heißt es wieder in jener Flugschrift, „ist nur dann zu billigen, wenn es gilt, unsere Verfassung und unsere Religion zu schützen“. Und ganz ebenso erklärt auch Arthur Onslow, der Sprecher des Unterhauses in Walpoles Zeit und weit darüber hinaus, „sie ist nur dann berechtigt, wenn der Verfassung eine ernste Gefahr droht.“

* * *

Sollen wir auch aus jeder der drei Gruppen ihren bedeutendsten Führer nennen, so muß als der größte von allen der Whig William Pulteney an der Spitze erscheinen, ein in der Gesellschaft geachteter Mann, hochbegabt, reich, mit großen Familienverbindungen. Im Unterhause glänzt er durch die leichte und elegante Diktion seiner Reden. Ob vorbereitet oder nicht, so wirkt er immer auf sein Publikum. Er tischt gern kleine Histörchen auf, sucht sein Thema von der humoristischen Seite zu fassen und hat die Lacher auf seiner Seite. Niemand, sagt Onslow, hat Walpole soviel Schaden zugefügt wie Pulteney; kein anderer konnte so geistreich über Minister, über Höflinge, über den Mißbrauch der Macht, über Korruption spotten wie er.

Als alter Whig hatte Pulteney in den Zeiten der Toryherrschaft unter Königin Anna Schulter an Schulter mit Walpole gefochten. Er war für ihn eingetreten, als Walpole vom Hause ausgeschlossen und in den Tower gesandt wurde. Er war nach der Thronbesteigung Georgs I. wieder mit Walpole ins Amt gekommen und 1717 auch mit ihm wieder aus dem Amte geschieden.

Die Freundschaft der beiden aber war zerrissen, seitdem 1720 die Wiedervereinigung der Whigs erfolgte, Walpole in die Regierung eintrat und Pulteney ausgeschlossen blieb. Er hat die Regierung Walpoles gleichwohl noch einige Jahre lang unterstützt, hat das Verfahren gegen Atterbury geleitet, dann aber wurden seine Beziehungen zu Walpole gespannt. Die ihm angebotene Peerswürde genügte seinem Ehrgeiz nicht. Er trat an die Spitze des von der regierenden Gruppe abgefallenen Teiles der Whigpartei und wurde, besonders seit 1726, der eigentliche Führer der Opposition.

Walpole hat zu spät den Fehler erkannt, die Freundschaft Pulteneys verscherzt zu haben. Er hat ihn noch wiederholt zu gewinnen gesucht. Im April 1726 hören wir von einem zwei-stündigen Besuch, den er ihm macht, um ihn ins Ministerium zu ziehen¹⁾. Aber Pulteney lehnt ab. Und nun beginnen erst recht die berühmten Redefechte der beiden Kämpen im Unterhause, die fortan 16 Jahre lang fortgesetzt werden, solange, bis sie beide den gewohnten Kampfplatz verlassen haben und als zwei edle Lords, aber, wie Walpole bitter scherzend erklärt, als die beiden unwichtigsten Männer Großbritanniens einander im Oberhause gegenüberstehen.

Der Toryführer Sir William Wyndham, der alte Genosse und Freund Bolingbrokes, an den dieser das berühmte Sendschreiben aus dem Exil richtete, hat ebenso wenig jemals seinen Parteistandpunkt verleugnet wie Walpole den seinen.

Wyndham verfügt nicht über dieselbe gewinnende Rhetorik wie Pulteney. Doch er ist eindrucksvoll, pompös, von vornehmer Haltung. Er zeigt sich immer als ein großer Mann, sagt Onslow.

Unter den Jakobiten aber ragt William Shippen hervor, der stürmische Redner, der voller Leidenschaft alles heraussagt, was ihm in den Sinn kommt. Er ist scharf, oft bitter, aber ein ehrlicher Polterer. Der biedere Shippen wird er genannt. Zwischen ihm und Walpole, so heftig sie oft aufeinander losstürmen, herrscht doch keine persönliche Feindschaft, sie schätzen einander, ja es herrscht eine gewisse Vertraulichkeit zwischen ihnen. Eines Tages, nachdem sie in erregter Debatte einander gegenüber gestanden haben, setzt sich Walpole gemütlich an Shippens Seite und sagt: „Will, Du hast es gut, Du kannst sagen, was Du denkst.“ Und Shippen antwortet, etwas verständnislos: „Robin, warum Du nicht auch, Du könntest es noch besser als ich.“

Was die drei Gruppen zusammenhält, ist nichts anderes als der gemeinsame Gegensatz zur Regierung. Sie sind ein Konglomerat von Kräften, vereint nur durch den Geist des Widerspruches.

In den ersten Jahren des Walpoleschen Regiments erscheinen die drei Gruppen noch nicht so ganz wie eine einzige zusammen-

¹⁾ Nach einem Bericht Palms vom 30. April 1726. W.St.A.

geballte Masse; jede von ihnen geht noch ihren eigenen Weg. Die Angriffe sind weniger kompakt, der Ausgang oft vom Zufall abhängig. Auch werden die Niederlagen, die sie Walpole gelegentlich beizubringen vermögen, ihm noch nicht zum Verhängnis. Denn der König steht hinter ihm, und bei allen großen Entscheidungen hat der Minister stets eine Majorität.

Auch im Oberhause tritt die Opposition hervor.¹⁾ In den ersten Jahren erscheint William Lord Cowper als ihr Führer²⁾. Seit der Zeit Wilhelms III. galt Cowper als einer der größten Kenner des Staatsrechts und auch als einer der größten Charaktere in England. Sein Amt als Lord Kanzler hatte er 1718 verlassen, und bei der Wiedervereinigung der Whigs 1720 sich geweigert, wieder in die Regierung einzutreten; denn er wolle sich mit Narren und Schurken nicht herumschlagen. Seit 1721 aber, in den letzten zwei Jahren seines Lebens, hat er die Regierung Walpoles heftig im Oberhause bekämpft. In keiner andern Periode sind die Proteste der Lords so zahlreich, und Cowpers Name fast immer unter den Signierenden. Man sprach von „Cowpers Kabale“. Es ist nicht gerade ein angenehmer Eindruck, den man empfängt, wenn man den ruhmreichen alten Juristen am Schlusse seines Lebens in dieser Rolle erblickt, wie er manchmal, z. B. im Prozesse Atterburys, mehr doktrinär und spitzfindig als sachlich urteilend erscheint, von größerer juristischer Schärfe als politischer Klugheit.

In den letzten 12 Jahren der Amtsführung Walpoles, 1730—42 war Carteret sein großer Gegner im Oberhause. Durch seine glänzende Begabung wie durch seine Sprachkenntnisse galt er viel bei Georg I. In Hannover hatte er 1723 mit Townshend um die Gunst des Königs gerungen, dabei aber meistens den Kürzeren gezogen. Sein Amt als Staatssekretär hat er 1724 aufgeben müssen, um Lord Lieutenant von Irland zu werden. Da hat er bis 1730 gewaltet. Von dieser Zeit an hat er den Kampf gegen den großen Minister mit voller Kraft aufgenommen und ihn mit steigender Gehässigkeit bis ans Ende, bis zum Sturze Walpoles, durchgeführt.

¹⁾ Vgl. Turberville, The House of Lords in the 18th century. 1927. Ch. 7 u. 8.

²⁾ Vgl. Realey, a. a. O. 81 ff.

So arbeitet die Opposition in beiden Häusern des Parlaments, aber sie ist gefährlicher im Unterhause, weil das Unterhaus soviel wichtiger ist als das Haus der Lords. Dabei besitzt dieses sogar ein besonderes Kampfmittel, welches dem Unterhause nicht zur Verfügung steht: den Protest. Ist nämlich die Opposition im Oberhause niedergestimmt worden, so kann sie einen ausführlich motivierten Protest in die Journale des Hauses eintragen lassen, und ihre eigentliche Bedeutung gewinnen diese Proteste noch dadurch, daß sie durch den Druck verbreitet werden. Da die Debatten nicht veröffentlicht werden, so kommt es darauf hinaus, daß die Anhänger der Regierung es mit ansehen müssen, wie die Argumente der Gegner dem Volke bekannt werden, während sie selbst in Schweigen gehüllt bleiben. Von diesem Kampfmittel haben die opponierenden Lords so reichlichen Gebrauch gemacht wie niemals zuvor. Sunderland hatte dies gerügt. In den ersten zwei Jahren Walpoles schwoll aber die Zahl der Proteste so an, daß man nun wieder fand, ihre Wirkung werde dadurch nur abgeschwächt¹⁾.

* * *

So ist es eine Opposition *sans phrase*, eine Opposition, die vor nichts zurückschreckt, die selbst ihre nationale Gesinnung vergessen kann, wenigstens so lange, bis es ihr gelungen ist, die Regierenden — nicht den Souverän, aber seine Minister — zu stürzen. Sie hat sich noch nicht aufgeschwungen zu der höheren Auffassung des *Right or wrong, my country*.

Es gibt darüber, besonders über das Verhältnis der Opposition zum Auslande, die interessante Äußerung eines fremden Diplomaten. Graf Kinsky, der Vertreter Österreichs, berichtet 1735 dem Kaiser nicht nur, daß der französische Gesandte Chavigny mit der Opposition im Parlamente zusammenarbeite. Er sagt ganz allgemein²⁾ von dieser Opposition, „daß es derselben nicht so viel um das Interesse des Vaterlandes oder um die Aufrechterhaltung des *aequilibrii* von Europa zu tun, sondern weit mehr daran gelegen sei, um in das Ministerium zu dringen und solches zu stürzen.“ Sehr konsequent empfiehlt Kinsky

¹⁾ Vgl. Hervey (Sedgwick) 109. 260.

²⁾ Kinsky an Karl VI., London, 11. Febr. 1735. W.St.A.

denn auch seinem Herrn, da die englischen Minister sich den Wünschen Österreichs verschließen, sich mit einigen anderen, dem Kaiser „wohlgesinnten Vornehmen“ zu verbinden. Das geschieht in der Tat, und man erfährt aus Kinskys weiteren Berichten¹⁾ allerlei über die Meinungsäußerungen, die ihm von seiten der Herren von der Opposition vorgetragen werden.

Wir wollen, um uns nicht nur in Allgemeinheiten zu bewegen, das Tun der Opposition noch in einem konkreten Falle betrachten, der geeignet ist, uns nicht nur ihr ewiges Widerstreben gegen die Handlungen der Regierung, sondern auch die Grenze zu zeigen, vor der sie Halt macht. Kommen wir darum noch einmal zurück auf das früher geschilderte Ereignis von 1727, auf die unkluge, gänzlich verfehlte Aktion des österreichischen Residenten von Palm und seine Ausweisung aus England²⁾. Palm und Pozzobuono, die beiden fremden Diplomaten, haben beständig mit Pulteney, dem Oppositionsmann, Rat gepflogen, wie sie es anfangen könnten, dem Ministerium Walpole einen tödlichen Streich zu versetzen. Die Thronrede vom Januar ist vorüber. Palm hat auf Befehl des Wiener Hofes in feierlicher Audienz dem Könige Georg I. seine in unerhört herausforderndem Tone gehaltene, lateinisch verfaßte Denkschrift überreicht³⁾. Man pflegt lange lateinische Schriftstücke nicht in einem Zuge durchzulesen. Der König hat das empfangene beiseite gelegt und die Audienz beendet. Zugleich hat aber Palm das ominöse Machwerk in englischer Übersetzung durch ganz England verbreiten lassen. Die Wirkung ist furchtbar gewesen. Wenn Palm berichtet, sein Memoire sei „allerorten, auch in Provinzen, mit großem Verlangen gesucht und gelesen worden,“ so hat er doch die herrschende Stimmung arg verkannt. Die Empörung ist so allgemein, daß Walpole findet, das Memoire sei ihm sehr nützlich, um reichlichere Bewilligungen vom Parlamente zu erhalten. Hier bewahrheitete sich einmal der lateinische Spruch: *Ex inimicis salus*. Nun ist es die Sache der Regierung, dem Ereignis die gewünschte Wirkung abzugewinnen. Man hat, wie Palm weiß, lange Zeit deliberiert. Aber dann ist — der

¹⁾ Bericht Kinskys vom 1., 15., 25. März 1735. W.St.A.

²⁾ Vgl. Bd. 3, 495 ff.

³⁾ Für das Folgende besonders der lange Bericht Palms, Ostende, 4. April 1727. W.St.A.

Ausdruck sei uns gestattet — die Regie auch bewunderungswürdig¹⁾. Es erfolgt nicht etwa eine Mitteilung der Regierung an die beiden Häuser des Parlaments, sondern diese selbst haben, gleichsam ohne Zutun der Minister, von dem Geschehenen Kenntnis erhalten, haben das Memorial geprüft und sind zu dem Beschlusse gelangt, in einer gemeinsamen Adresse an den König ihrer Entrüstung Ausdruck zu geben über die Seiner Geheiligten Majestät angetane Beleidigung und über den verwegenen Versuch, Zwietracht zu säen zwischen ihm und seinem Volke. In seiner Antwort hat der Monarch seiner hohen Befriedigung Ausdruck gegeben über den gerechten Sinn seiner Lords und Commons für seine Ehre und für die Würde der Krone.

Und die Opposition? Sie ist wie umgewandelt. Man erlebt ein merkwürdiges Schauspiel. Sie hat ihren Freund Palm preisgegeben. Wir kennen nur die Namen der Redner, aber wir erfahren, daß Wyndham, Pulteney und Shippen nicht anders gesprochen haben als Walpole und seine Leute, daß auch sie eingestimmt haben in den allgemeinen Entrüstungschor. Man beachte, daß auch Shippen nicht fehlt, der geschworene Gegner des hannövrishen Königtums, der einst wegen einer herausfordernden Rede gegen Georg I. in den Tower gesperrt worden und dem noch vor einem Jahre bei einer kühnen Äußerung dasselbe Schicksal gedroht hatte, da Walpole schon aufgesprungen war und sein drohendes „Hört, Hört!“ durch das Haus gerufen hatte²⁾, das alles war jetzt vergessen. Es ist nicht anders: das Toben der Opposition, das so oft die Minister des Königs umbraust, es erstirbt, es wandelt sich in Ergebenheit, in Untertanentreue vor den Stufen des Thrones.

* * *

Um aber dieses Spiel der Kräfte im Parlament, Regierungspartei und Opposition, nicht einfach als eine Erscheinung des Parlamentarismus zu verstehen, muß man sich immer wieder daran erinnern, daß es noch durch einen nicht dazu gehörigen, von außen wirkenden Faktor mächtig beeinflußt, gehemmt oder gefördert wird. Die Krone ist es, Gunst und Ungunst des Monarchen, die eine solche Rolle spielt. Parlamentarische Niederlagen

¹⁾ Parl. Hist. 8, 553 ff.

²⁾ Portland Mss. 7, 419.

des Ministers brauchen deshalb auch nicht tödlich zu sein, selbst nicht in großen Hauptfragen. Walpole hat etliche solcher Niederlagen erlitten, die schwerste 1733 bei dem Akzisestreit, aber er wird darum noch nicht gestürzt. Er wird durch Pöbelhaufen bedroht, und er hat dem Könige seine Entlassung angeboten, aber der König hat ihn gehalten und hat ihn halten können gegen die feindliche Unterhausmajorität wie gegen die tobenden Volksmassen.

Der Opposition, wenn sie den Mächtigen stürzen will, erwächst damit eine doppelte Aufgabe. Sie muß ihm nicht nur eine Niederlage im Parlament bereiten, sondern ihm auch die Deckung rauben, die der Träger der Krone ihm verleiht.

So ist denn Walpole auch ängstlich darauf bedacht, sich einen gnädigen König zu erhalten. Denn sonst wäre seine Position unhaltbar. Es geht sogar manchmal am englischen Hofe noch ähnlich zu wie am französischen. Man denkt an Ludwig XIV. und die Maintenon. Der französische Gesandte Graf Broglie berichtet¹⁾ 1726 über den unbeschränkten Einfluß, den Townshend und Walpole auf den König und seine Mätresse, die Herzogin von Kendal, ausüben. Jeden Nachmittag um 5 Uhr pflegt der König zur Herzogin zu kommen, die Minister sind oft dabei, und hier wird über die Fragen entschieden, von denen sonst niemand etwas erfahren soll“. Der Souverän und seine nächsten Vertrauten — hier erscheinen sie noch einmal wie eine mächtige Gruppe, die Meinung und Willen besitzt, und die ihren Weg geht, unabhängig vom Kabinette und unabhängig vom Parlament.

* * *

Der Opposition fehlt es bei der Neuheit der Erscheinung noch an einer richtigen Organisation. Eine solche ist dennoch unentbehrlich. Man muß, ehe man in die Sitzung geht, im Klaren darüber sein, wie man sich zu dieser oder jener auftauchenden Frage zu stellen habe. Welche Argumente soll man der Regierung entgegenstellen, und wer ist am besten geeignet, sie vorzutragen? Also eine im voraus festgelegte Rednerliste. Es geht nicht ohne das, und wir müßten, auch ohne alle positiven Angaben, doch annehmen, daß die Gesinnungsgenossen sich vorher ver-

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 301.

ständig haben. Aus der Zeit der Cowperschen Opposition im Oberhause, die freilich mit seinem Tode 1723 ihr Ende erreichte, hören wir, daß die *opposition peers* sich an jedem Morgen, ehe sie ins Oberhaus gingen, zu versammeln pflegten, um sich über die zu beobachtende Taktik vorher zu verständigen¹⁾. Und im Sommer 1726, nämlich vor dem Beginn jener Session, in der zum erstenmal der reguläre Kampf gegen das Walpole'sche Regiment einsetzte, ward in häufigen Zusammenkünften in Dowley Farm, dem Landsitze Bolingbrokes, alles Nötige für den kommenden Winterfeldzug verabredet. Und bei diesen Zusammenkünften fanden sich nicht nur diejenigen ein, denen eine Rolle im Spiel von Westminster zugeordnet war. Nicht nur Lord Chesterfield und die Pulteneys erschienen, auch Bolingbroke, auch die großen Tagesschriftsteller Swift und Pope, Gay und Arbuthnot stellten sich ein, wenn das geistige Rüstzeug geschmiedet wurde für die bevorstehenden Redekämpfe. Wahrlich, eine gewaltige, geistige Macht, die sich hier sammelte gegen die Regierung des Einen. „Es geht gegen Sie“, ruft Pulteney ihm zu, „gegen Sie ganz allein, als einem schlechten Minister“²⁾. Aber hier tritt auch Kraft der Kraft gegenüber, und man mag schon von einem heroischen Ringen sprechen, in dem ein Walpole zwei Jahrzehnte lang seinen Platz behauptet hat.

* * *

Wenn nun ein klares politisches System in dem Treiben der Opposition nicht zu erkennen ist, denn ihr Wesen ist nur Geist des Widerstandes, welches sind ihre Themata?

Mit Vorliebe richtet sie ihre Pfeile gegen die auswärtige Politik der Regierung. Hier bietet sich ihr oft eine breite Angriffsfläche. Wir kennen die internationale Lage, die Gruppierung der Mächte in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, besonders im Zeitalter Walpoles, und wir mögen mit solcher Betrachtung Halt machen beim Jahre 1740, d. h. bei dem Zeitpunkt, wo durch das Auftreten Friedrichs des Großen ein neuer, 50 Jahre lang unüberbrückbarer Gegensatz, der preußisch-österreichische Gegensatz, in der europäischen Politik geschaffen war. Bis dahin ist es erstlich das Widerspiel von Österreich und Frankreich,

¹⁾ Realey, a. a. O. 86.

²⁾ Ebd. 158.

oder wie man gewöhnlich sagt: der Häuser Habsburg und Bourbon, von dem die Zeit beherrscht wird, und sodann der in langen Kriegen sich austobende Gegensatz zwischen England und Frankreich. Aber diese Gegensätze können auch ruhen, sie können verhüllt erscheinen, sogar in dem Maße, daß gerade diese drei Mächte: England, Frankreich, Österreich, sich zu großen gemeinsamen Aktionen zusammenfinden. Denn so ist ja z. B. das Bild, das die Quadrupel-Allianz von 1718 uns bietet.

Was nun die hergebrachte Haltung der englischen Parteien zum Auslande betrifft — die Tories für Frankreich, die Whigs als Anhänger des Kaisers — so ist von diesen Traditionen nicht viel übrig geblieben. Die Opposition hat nur noch das eine Prinzip: stets das Gegenteil von dem, was die Regierung tut, für die wahre nationale Politik zu erklären.

Kommt die auswärtige Politik im Parlament zur Sprache, so fordert man auch gern die Vorlegung der diplomatischen Korrespondenzen, der später sogenannten Blaubücher. Der Brauch kommt schon häufig vor, und die Forderung gilt als erlaubt und berechtigt. 1722 wird in einem Protest der Lords erklärt, solcher Forderung sei oft stattgegeben worden¹⁾. Gelegentlich ist ja der Regierung selbst damit gedient. Dann wird sie ihre eigenen Anhänger bewegen, die Forderung zu stellen. Aber auf der anderen Seite ist es auch für die Opposition ein beliebtes Mittel, um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten und ihr einen Fallstrick zu legen. Lehnt sie die Forderung ab, so wirkt es nicht angenehm; geht sie darauf ein, so hat die Opposition einen Erfolg zu verzeichnen. Walpole hat die Forderung etliche Male abgelehnt, etwa mit der Begründung, in einer solchen Mitteilung, die ja auch dem Auslande nicht verborgen bleiben könnte, würde eine Gefahr für England liegen.

Ein anderes beliebtes Thema ist die Armee. England darf nach der *Bill of Rights* keine stehende Armee halten ohne Zustimmung des Parlaments. Aber die Armee ist nicht ganz zu entbehren. So hilft man sich mit der sogenannten Meutereiakte, um die jedes Jahr gekämpft wird. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wie klein die Ziffern sind, um die man streitet. Während Frankreich Hunderttausende aufstellt, hat England eine

¹⁾ Parl. Hist. 7, 953.

60 III. 3. Die Opposition im Parlament und in der Literatur.

Landarmee, deren Stärke sich etwa zwischen zehn- und zwanzigtausend Mann bewegt. Und selbst mit dieser bescheidenen Streitmacht verbindet man noch die Vorstellung von einer Gefahr für die Freiheit. So geht es jedes Jahr, und noch 1739 beginnt Shippen mit den Worten: „Ich erhebe mich, um meine alljährliche Rede gegen eine stehende Armee zu halten. Ich habe bereits einundzwanzig solcher Reden gehalten“.

Doch am gehässigsten wird die Opposition immer dann, wenn sie auf die Korruption zu sprechen kommt. Diese gilt als der Krebschaden des ganzen Systems.

Walpole hat das Gehässige, das Persönliche der ihm gegenüberstehenden Opposition mit Bitterkeit empfunden. Die Klage darüber kehrt oft wieder in seinen Reden, er findet das Treiben ideenlos, nur darauf berechnet, den Regierenden das Leben zu erschweren, ihnen immer von neuem zuzusetzen, ihre Stellung zu unterminieren, um sie endlich zu Falle zu bringen. Er beschreibt die Opposition als das ewig verneinende Prinzip, verneinend und nichts als verneinend. Er meint, es genau zu wissen, wie sie beim Beginn einer Session zueinander gesprochen haben mögen: „Wir dürfen ihnen (d. h. den Regierenden) keine Ruhe gönnen, wir müssen Antrag auf Antrag stellen. Gehen sie auf einen unserer Anträge ein, so wird es sie ruinieren. Lehnen sie sie alle ab, so werden sie den Haß des Volkes auf sich laden“¹⁾. Den stärksten Ausdruck aber hat er diesem Gedanken am Ende seiner Laufbahn gegeben, als 1744 der große Sturm seiner Widersacher gegen ihn losbrach. Es sind jene Aphorismen, die er für seine große Verteidigungsrede im Unterhause eigenhändig niedergeschrieben hat²⁾. Er sieht nur den gegen seine Person gerichteten Angriff, wenn er sagt: „Sie schreien nach einer anderen Politik und meinen doch nur andere Minister. — Sie sagen es selbst, all ihr Tun ist nur gegen einen Einzigen gerichtet. — Warum gegen den Einen? — Weil sie sich einbilden, kein anderer könnte ihnen widerstehen. — Der Eine ist der Verderber, der Haufe die Betörten“.

Und doch wird man eine unbefangene Würdigung des Problems in diesen Sätzen nicht erkennen. Der so oft über seine

¹⁾ P. H. 9, 206.

²⁾ In den Houghton Papers. Vgl. Bd. 2, 623.

Zeit hinausblickende Staatsmann, hier ist auch er befangen in den Anschauungen seiner Generation. Die Opposition ist auch ihm noch der Übel größtes im Leben des Staates. Freilich konnte er nicht voraussehen, welche wichtige Funktion auch die Opposition üben konnte, wenn sie sich auf eine loyale und maßvolle Kritik beschränkte.

Davon war aber auch sie selbst noch sehr weit entfernt. Sie hat sich noch nicht aufgeschwungen zu der höheren Auffassung „*Right or wrong, my country*“. Und die Gegner Walpoles mit dem scherzhaften Ehrentitel „His Majesty's Opposition“ zu belegen, wäre wohl noch niemanden in den Sinn gekommen.

* * *

Eine besondere Note kommt um das Jahr 1726 in die Tätigkeit der parlamentarischen Opposition hinein. Durch ihre engere Verbindung mit der politischen Literatur. Von den Tageszeitungen ist freilich noch nicht viel zu sagen, ihre Bedeutung für die Politik ist gering. Statt dessen sind, wie seit mehr als 100 Jahren, die Pamphlete, die Arbeiten der Schriftsteller, stark verbreitet, sie laufen einher auch neben den Kämpfen im Parlament, sie sind wie die Begleitmusik zu den hier angeschlagenen Tönen. Nun aber beginnt dieses Instrument auch für sich allein zu erklingen, und manchmal scheint es gar die Führung in dem Konzert zu übernehmen. Es war Walpole nicht gelungen, die großen Schriftsteller des Tages, Swift und Defoe, Gay, Pope und Arbuthnot, für seine Sache zu gewinnen. Es mochte ihm wohl auch hoffnungslos scheinen; denn sie alle standen auf der Seite der Tories. Es sind dieselben Männer, die ehemals, in den letzten Jahren der Königin Anna, die literarischen Helfer der Minister Oxford und Bolinbroke gewesen waren. Wenn also Walpole sich nicht allzusehr um sie bemüht hat, so bekam er dafür nun den Ernst ihrer Gegnerschaft zu fühlen.

Hören wir zunächst etwas über seine Beziehungen zu dem glänzendsten Geist unter allen, zu Jonathan Swift. Seit Jahren hatte Swift treu und warmherzig für die Sache der Iren gegen die Regierung gefochten. So hat er auch noch den Versuch gemacht, die Regierung Walpoles für seine irischen Ideale zu gewinnen. Bei einem Aufenthalt in London im Jahre 1726 kam es zwischen ihm und dem Minister zu entscheidenden Ausein-

andersetzungen. Swift ist zweimal von Walpole empfangen worden¹⁾. Er hielt es für seine Pflicht, den leitenden Staatsmann über die Verhältnisse in Irland aufzuklären. Und er schwieg auch nicht über diejenigen von England. Doch stieß er, wie er sagt, auf vorgefaßte Meinungen, die er nicht in kurzen Gesprächen zu widerlegen vermochte, und der Versuch, seinen Frieden mit Walpole zu schließen, war gescheitert.

„Ich habe mit dem ersten Minister vollkommen gebrochen und habe ihn nicht wieder gesehen“, so schreibt Swift seinem Freunde James Stopford²⁾. Swift ist auch von der Prinzessin von Wales, die um seinen Besuch gebeten hatte, empfangen worden. Er hat sich bei ihr über Walpoles Haltung beklagt, und er wußte, sie würde es ihm widersagen. Aber was vermochte die Prinzessin von Wales gegen Walpole? „Ich kann“, läßt Swift den Iren sagen, „bei den Großen allhier nichts für euch erreichen, außer wenn ein Ministerwechsel erfolgt“.

So stand Swift grollend beiseite, und freien Herzens erhob er nun seine Stimme im Chor der literarischen Kämpfer gegen Walpole und sein System. Die Nachwelt, der jene Kämpfe gleichgültig sind, hat den Gewinn davon. Denn ihre reifste Frucht war Swifts berühmte Satire „Gullivers Reisen“. Sie interessiert uns hier nicht nur als das vollendetste Werk des Dichters, sondern noch mehr um der Kritik willen, die sie an allen Erscheinungen jener Zeit übt. Sie verdient eine eingehendere Würdigung auch in diesem Buche; denn sie will Schlaglichter werfen gerade auf die Sitten und die Zustände, mit denen wir es hier zu tun haben. Und als den tieferen Hintergrund seines Gemäldes zeigt uns der Autor Staatengeschichte und Völkerleben, Gesellschaft und Menschentum.

* * *

Der engste Kreis der Freunde Swifts, der aus der Verbannung heimgekehrte Bolingbroke, die Dichter Pope, Gay, Arbuthnot, sie, die sich in Popes Landhause zu Twickenham zusammenzufinden pflegten, wußten längst, daß ihr Gesinnungsgenosse in Irland, mit dem sie so fleißig korrespondierten, und der gelegentlich auch selbst zu kurzen Besuchen herüberkam, an diesem

¹⁾ Vgl. Swift, Correspondence, ed. F. E. Ball. 3, 308. 321.

²⁾ Swift, Correspondence ed. F. E. Ball. 3, 321.

Werke arbeitete. „Ich bin damit beschäftigt“, schrieb Swift im September 1725¹⁾, „meine Reisen, in vier Büchern erzählt, zum Abschluß zu bringen. Sie sollen erscheinen, sobald die Welt dafür reif ist, oder richtiger, wenn ein Drucker sich findet, der den Mut besitzt, seine Ohren daran zu wagen“. Mehr als ein Jahr verging gleichwohl noch bis zum Erscheinen des Buches. Man erwartet es voller Spannung. Bolingbroke versieht im Juli 1726 einen an den Freundeskreis gerichteten Brief gemütlich mit der Aufschrift: An die drei Yahoos von Twickenham, Jonathan, Alexander und John²⁾.

Es war ein literarisches Ereignis von seltener Bedeutung, als dann im Oktober 1726 „Gullivers Reisen zu verschiedenen entfernten Nationen der Welt“ im Druck erschienen. Äußerlich betrachtet eine einfache Reisebeschreibung, die nur an Wunderbarem noch viel mehr enthielt als die zahllosen, ähnlichen Werke, mit denen der Büchermarkt seit Jahren überschwemmt wurde, und deren Inhalt, glaubhaft oder unglaubhaft wie er war, doch stets als bare Münze genommen werden wollte. So auch Gulliver. Er gibt sich so treuherzig und wahrheitsliebend, daß manche naiven Gemüter wirklich an den Ernst der Sache glaubten. Da war ein Schiffskapitän, der Gulliver gut gekannt haben wollte. Ein alter Herr bemühte sich ernstlich, die Lage von Liliput auf der Landkarte festzustellen³⁾. Und Swift selbst spricht⁴⁾ von einem irischen Bischof, der sehr weise erklärte, das Buch sei voller unwahrscheinlicher Lügen, er für sein Teil glaube von der ganzen Geschichte kein Wort. Der unerschütterliche Ernst der Erzählung, die treue Wiedergabe der Empfindungen, die Gulliver selbst beim Anblick all der wunderbaren Dinge gehabt hat, zusammen mit der jedesmal wiederkehrenden Schilderung, wie seine natürlichen Begriffe verschoben worden und wie sie noch lange, nachdem er wieder unter Menschen seiner Art gewelt, nicht ins rechte Gleichgewicht gekommen seien — das alles

¹⁾ The Correspondence of Jonathan Swift ed. F. E. Ball. III. (1912) 276. — Über die Entstehung des Gulliver und seine Vorbilder vgl. die Vorrede von Walter Scott. (Works of Jon. Swift XII. 1814); C. H. Firth, The political significance of Gulliver's Travels. (Proceedings of the British Academy IX.)

²⁾ Swift, Corresp. ed. Ball. III. 323.

³⁾ ibid. 358.

⁴⁾ ibid. 368.

ruft den Eindruck des Selbsterlebten hervor. Und er wird vollends noch verstärkt durch gewisse, scheinbar für jedermann kontrollierbare Angaben, wie die Erwähnung der kleinen Viehherde, die Gulliver aus Liliput mitgebracht hat, oder die Bemerkung über die Lage von Brobdignag als eines großen Landes im Stillen Ozean, bei dessen geographischer Fixierung der Autor den interessierten Gelehrten gern behilflich sein will.

So gewiß darin Swifts eigene literarische Art zu erkennen ist, so hat es ihm doch an Vorbildern nicht gefehlt. Defoes Robinson hat auf den Ton der Erzählung eingewirkt. Und Montesquieu legt die Kritik französischer Zustände ein paar vornehmen Persern in den Mund. Aber wie zahm, wie harmlos erscheinen die „*Lettres persanes*“, wenn man sie mit der beißenden Satire des „Gulliver“ vergleicht.

Gullivers erste Reise führt ihn nach Liliput, in das wunderliche Land, dessen Bewohner nicht mehr als 6 Zoll hoch sind und doch ein Gesellschafts- und Staatswesen besitzen, das denen Europas in allen Stücken vergleichbar erscheint. Ein fürstlicher Hof, ein leitender Minister, hohe und niedere Beamte, Heer und Marine, Intriguen im Innern und Feinde im Ausland, dies alles bildet den Gegenstand der anmutigsten Schilderungen, es bietet die schönste Gelegenheit zu feinen Anspielungen wie zu reichem Spott auf die Schwächen und Laster der Menschen. Der Autor spricht von den Einrichtungen des kleinen Zwergenvolkes, wobei es dem Leser unbenommen ist, den Namen Liliput, so oft er will, durch denjenigen Englands zu ersetzen. Der Kaiser von Liliput ist Georg I., sein Minister Flimnap, von dem sich der Kaiser nur allzusehr leiten läßt, ist Robert Walpole, und so geht es weiter durch alle Personen und Sachen hindurch, bei denen man die Anspielungen meistens rasch durchschaut. Und auch wer sich nicht die Mühe gibt, alles deuten zu wollen, der wird nicht minder ergötzt durch die humorvolle Erzählung. Auch ist hier von torystischer Färbung, noch nichts zu bemerken. Jeder Leser, ob Whig oder Tory, mußte an den witzigen Einfällen Swifts seine helle Freude haben. Beide scheinen gleichmäßig der Lächerlichkeit preisgegeben. Das Schaukelspiel der einander ablösenden Parteien wird so drastisch geschildert, daß der Leser sich hier geradezu die Antwort holen könnte auf die Frage, inwieweit wohl im Jahre 1726 das Schema der Partei-

regierung bereits in das politische Denken der Engländer übergegangen sei. Reldresal, der kleine Staatsmann, erzählt Gulliver, daß eine der schwersten Gefahren für das liliputische Reich von der Existenz zweier Parteien im Staate herrühre. Er nennt sie die Tramecksan und die Slamecksan, d. h. die Träger der hohen und der niederen Absätze — und wir sollen dabei an die Tories als die Partei der Hochkirche und an die niederkirchlichen Whigs erinnert werden. Die Parteien bekämpfen einander aufs heftigste. Augenblicklich sind die niederen Absätze, zu denen Reldresal sich selber zählt, am Ruder, obwohl gewisse Leute behaupten wollen, daß die hohen Absätze dem Geiste der Verfassung von Liliput mehr entsprechen. „Allein Seine Majestät“ haben beschlossen, sich zur Verwaltung der Regierungsgeschäfte, und zur Besetzung aller Ämter, die von der Krone vergeben werden, nur solcher Personen zu bedienen, welche niedrige Absätze tragen“, d. i. die Begründung des reinen Whig-Regiments bei der Thronbesteigung Georgs I. Auch die Bemerkung, daß alle Macht in den Händen der Niedrigbeschuhten ruhe, obwohl die Hochbeschuhten ihnen an Zahl überlegen seien, erinnert zutreffend an die numerische Überlegenheit der Tories, ebenso wie an ihre völlige Ausschließung von jeglicher Teilnahme an der Regierung.

Wenn dann vom Kronprinzen von Liliput gesagt wird, er trage den einen Absatz höher als den andern und habe daher einen hinkenden Gang, so ist das als eine kleine Bosheit gegen den Prinzen von Wales und seine torystischen Neigungen zu verstehen. Der Prinz hat es Swift übrigens nicht übel genommen; denn er galt als einer der entzücktesten Leser des Gulliver.

Und auch sonst werden Hof und Regierung von Liliput so geschildert, wie einem unfreundlichen Beobachter die Zustände in England damals erscheinen mochten. Die Ämter werden nicht nach Verdienst vergeben, sondern an diejenigen, die es in den Seiltänzerkünsten am weitesten gebracht haben. Der Premierminister macht seine Capriolen auf dem gespannten Seil mindestens noch um einen Zoll höher als irgendein anderer Großer des Reiches¹⁾. Manchmal verwandelt sich der leichte Spott auch urplötzlich in die grimmigste Satire. Zuletzt muß

¹⁾ Vgl. Firth a. a. 8—9.

Gulliver — er, der dem liliputischen Volke die größten Wohltaten erwiesen, der die ganze feindliche Flotte erbeutet hat — von Flimnap verdächtigt und verfolgt, flüchtigen Fußes das Reich verlassen, um Schutz bei dem Landesfeinde zu suchen und auch zu finden. Damit wird der Sturz der großen Staatsmänner aus der letzten Tory-Regierung, insbesondere Bolingbroke dem Leser rasch in Erinnerung gerufen, dazu Walpoles Rolle als Vorsitzender der „Geheimen Kommission“ von 1715. Das ist der Lohn, will Swift sagen, auf den das höchste politische Verdienst in England zu rechnen hat. So klingt schon die Reise nach Liliput in tief pessimistische Akkorde aus und hinterläßt in dem Leser den Eindruck der Verwerflichkeit von Staat und Gesellschaft in England.

Gulliver kommt nach Brobdingnag, dem wunderbaren Lande, dessen Bewohner die Größe gewöhnlicher Kirchtürme in England besitzen und denen gegenüber er sich selbst wie eine der winzigen Zwergengestalten von Liliput vorkommt. Auch hier ein Staat und ein Königshof, die sich mit denen in England vergleichen lassen. Aber wenn auch Schwächen und Laster hier gelegentlich riesenhafte und groteske Formen angenommen haben, so ist doch die Regierung gut, vorbildlich, ein vollkommenes Gegenstück zu den englischen Zuständen, ihre Schilderung also eine Utopie. Hier gibt es keine Wissenschaft der Politik, keine Intriguen, keine Staatsgeheimnisse. Das Volk wird beherrscht durch keine andere Regierungskunst als durch die Kräfte des natürlichen Verstandes, mit keinem andern System als mit Gerechtigkeit und Milde, andere Motive als mit reinen und edlen Absichten. Es gibt keine äußeren Feinde, und auch keine inneren. Gulliver bietet dem Könige an, ihn mit der Kunst, Pulver und Feuerwaffen herzustellen, bekannt zu machen. Der König lehnt es ab. Er ist entsetzt über die leichte Art, mit der Gulliver von Verwüstung und Blutvergießen redet. Er will nie mehr davon hören. Dagegen vernimmt er lachend die Beschreibung des englischen Parteigetriebes. Schmunzelnd fragt er den kleinen Mann, ob er selbst denn nun wohl Whig oder Tory sei. Und zu seinem ersten Minister gewendet, sagt er, wie verächtlich doch alle menschliche Größe sei, wenn sie von jenem kleinen Insektenvolke so possierlich nachgeahmt werden könne.

Mit seiner Kritik der englischen Zustände, insbesondere der Verfassung, bildet übrigens das sechste Kapitel der Reise nach Brobdingnag den Höhepunkt des ganzen Werks. Es enthält die Summe der Anschauungen Swifts, ein abschließendes Urteil über den Wert oder Unwert des Staatslebens in seinem Vaterlande. Der Beherrscher der Riesen hat Gulliver auf seinem Stühlchen hoch emporgehoben und vor seinem eigenen Antlitz niedergesetzt. So läßt er sich von dem wunderlichen kleinen Geschöpf in fünf Andienzen ein Kolleg lesen über die englische Verfassung. Er macht sich fleißig Aufzeichnungen, weil er für seinen eigenen Staat etwas davon zu profitieren hofft. Dann aber stellt er der rühmenden Schilderung Gullivers in weiteren Gesprächen eine solche Menge von Fragen, Zweifeln und Bedenken entgegen, daß Gulliver Mühe genug hat, sie alle zu beantworten. Der König will wissen, ob die Erziehung der jungen Edelleute in England geeignet sei, sie zu der Rolle vorzubereiten, die sie später im Hause der Lords zu spielen haben, ob bei der Erhebung ins Oberhaus auch niemals die Launen des Monarchen entscheidend seien, oder eine Summe Geldes, die einer Hofdame oder einem Minister zugesteckt würde, und ob nicht die Absicht, eine politische Partei zu stärken, dabei mitspiele. Wie ist das Vorleben der geistlichen Lords? Werden ins Unterhaus wirklich nur die angesehensten und besten Männer gewählt? Und da die Wahl so mühevoll und kostspielig ist, werden die Gewählten sich nicht schadlos halten, indem sie das gemeine Beste für schnödes Geld preisgeben, um die Absichten eines schlechten Fürsten und verderbter Minister zu fördern?

Jedes Wort wirkt hier wie eine Anklage gegen die in England herrschende Staatsordnung. Und so fährt der König fort mit seinen Fragen nach Richtern und Prozessen, nach Finanzen und auswärtiger Politik. Hier kommt auch einmal der Tory in Swift zu Wort, der die Teilnahme Englands an den Kriegen des Festlandes ganz verwerflich findet. Dabei müßten ja, meint der König von Brobdingnag, die Generale reicher werden — hier sollen wir an Marlborough denken — als die Könige. Und wozu die Unterhaltung einer stehenden Armee dienen soll, ist ihm vollends unverständlich.

So ist durch die Fragen des Königs das wahre Bild der englischen Zustände ihrer Idealisierung durch Gulliver, d. h.

den gewohnten Lobreden auf die englische Verfassung gegenübergestellt. Alle Nachteile der öffentlichen Einrichtungen sind hier zum Wesen der Sache geworden. Gulliver mit seinem unschuldigen Patriotismus hat verstummen müssen gegenüber dieser, auf den Grund der Dinge blickenden, kritischen Schärfe. Was zu Tage tritt, ist schrecklich. Hier redet Swift selbst mit seinem leidenschaftlichen Vaterlandsgefühl, seinem tiefen Schmerz, seinem gewaltigen Grimm über das, was die Schlechtigkeit der Menschen aus seinem England gemacht hat. „Ich kann nicht anders“, läßt Swift seinen König von Brobdingnag sagen, „ich muß den Schluß ziehen, daß die Masse Eures Volkes nichts weiter ist, als die allerschädlichste Sorte von abscheulichem kleinen Ungeziefer, das die Natur jemals auf der Erdoberfläche hat herumkriechen lassen“¹⁾.

Das dritte Buch, die Reise nach der fliegenden Insel Laputa und anderen Ländern, steht an künstlerischem Wert weit hinter den beiden ersten zurück. Es ist eine Satire auf das zerstreute und pedantische Wesen der zünftigen Gelehrten. Hier wie auch sonst scheint Swift sich in der Verachtung von Vernunft und Wissenschaft gar nicht genug tun zu können. Schon die liliptischen Gelehrten haben ebenso unwiderleglich wie die Weisen von Brobdingnag bewiesen, daß ein Geschöpf wie Gulliver eigentlich gar nicht existieren könne, daß er von einem Stern herabgefallen oder ein Spiel der Natur sein müsse. Für etliche Stellen der Reise nach Laputa meint ein uns bekannter Kommentar²⁾ zum Gulliver sogar eine ganze Reihe englischer Gelehrter und ihrer Werke nennen zu können, gegen die der Spott gerichtet

¹⁾ Das Bild dieser Audienz ist im Geiste der Engländer lange lebendig geblieben. Vgl. das Titelbild bei Wright, *Caricature History of the Georges*. 1898.

²⁾ Er ist noch 1726 erschienen unter dem Titel: *Lemuel Gulliver's Travels ... Compendiously methodized*. Auf dem Titelblatt des ersten Teils nennt sich der Verfasser Signor Carolini, a noble Venetian now residing in London. Er kleidet seine Schrift in die Form eines Briefes an Dean Swift — or rather written by him? setzt — kaum zutreffend — der Katalog des Brit. Mus. hinzu. Neben mancher feinen Bemerkung enthält die Schrift viele recht gesuchte Erklärungen. Gewiß falsch ist es, bei Blefuscu an Schottland denken zu wollen. Es kann doch nur Frankreich gemeint sein. In der Literatur über Swift scheint die Tatsache kaum bekannt zu sein, daß schon 1726 ein Kommentar zum Gulliver erschienen ist.

sei. Verspottet werden auch die Schwindelprojekte aus der Zeit der Bubbles¹⁾.

Viel einheitlicher und geschlossener ist wieder das vierte Buch, Gullivers Reise zu den Houyhnhnms und sein Aufenthalt im Lande der Pferde. Aber welch ein furchbares Buch! Im Reiche dieser edlen Tiere, die mit Vernunft begabt sind, hat Gulliver endlich die Verkörperung aller Tugend und Weisheit gefunden, wie sie den Menschen versagt ist. Das Menschengeschlecht aber tritt auf in der gräßlichen Verzerrung der Yahoos, abscheulicher Geschöpfe, gierig, schmutzig, mit Lastern und Krankheiten behaftet. Die Houyhnhnms blicken auf sie mit Abscheu und halten sie in strengem Gehorsam. Ja, sie erwägen wohl, ob es nicht besser sei, die Yahoos sämtlich zu vernichten und statt ihrer nur Esel zu halten, welche so viel nützlichere Tiere seien als jene und ohne die abstoßenden Eigenschaften der Yahoos. Die Schilderung der Houyhnhnms, ihrer natürlichen und einfachen Lebensweise gemahnt schon ein wenig an den natürlichen Menschen Rousseaus. Aber zugleich liegt hier auch eine Schwäche des Buches, indem das Leben der Houyhnhnms zwar die Ansätze zu einer förmlichen Bevölkerungspolitik und Erziehungslehre aufweist, aber des weiteren für die verwickelteren Verhältnisse einer Kulturnation fast nichts zu bieten vermag. Die Tugend der Houyhnhnms, dieser edlen Wesen, wird am glaubhaftesten gemacht, indem Gulliver selbst, von ihrem Anblick überwältigt, zum erstenmal die Fassung verliert. Er beginnt sein Vaterland und die Menschheit so tief zu verachten, daß er es unerträglich findet, noch ferner unter seinesgleichen zu leben.

So klingt die Satire aus in Haß und Verachtung gegen das ganze Menschengeschlecht. Sie hat ihre Angriffe beständig gesteigert. Sie ist nicht dabei stehen geblieben, gegen Staat und Gesellschaft zu Felde zu ziehen und nur die gewohnten Themata von Regierung und Parlament, von Ministern und Parteien zum Ziel zu nehmen, etwa so wie es englische Leser aus der Geschichte John Bulls und anderen politischen Satiren schon gewohnt waren. Sie hat die Menschheit gewogen und zu leicht befunden.

¹⁾ Ich möchte daran festhalten, das mit den Projektenmachern von Lagado die Leute aus der Zeit der *Bubbles* getroffen werden sollen. Anders Firth, 16—7.

Und doch ist es eigentlich nicht diese Stimmung dumpfer Hoffnungslosigkeit, die Swift als die letzte Wirkung seines Buches in seinen Lesern erzeugen möchte. Wer in ihm nur den Menschenfeind erblicken will, der herzlos genug ist, der Welt den Spiegel vorzuhalten, obwohl er weiß, daß sie nicht zu bessern ist, der hat ihn nicht ganz verstanden. „Aufrütteln will ich die Welt, nicht sie ergötzen“, schreibt er einmal ¹⁾ seinem Freunde Pope. „Wenn ich das könnte, ohne mich selbst zu ruinieren, so wollte ich der unermüdlichste Schriftsteller sein, der Dir je vorgekommen ist“. Wohl schreibt er mit seinem Herzblut, schüttet all seinen Grimm und Schmerz vor dem Leser aus und sagt ihm die schrecklichsten Dinge ins Gesicht. Aber damit sagt er ihm dennoch nicht alles. Seine Hoffnung verbirgt er. Er schildert, wie Hogarth, nur die Verirrungen des Lebens, aber wie bei diesem klingt auch bei Swift noch die Sehnsucht hindurch nach der Offenbarung der besseren Seiten der Menschennatur, an die zu glauben er niemals aufgehört hat. Gleichgültigkeit gegen Menschenschicksale ist ihm ebenso fremd, wie er der Lehre Mandevilles fernsteht, daß die selbstsüchtigen Neigungen des einzelnen dem Wohle der Gesamtheit nur förderlich seien. Swifts Ethik ist die der Moralphilosophen seiner Zeit. Und die Menschenverachtung, die er im Munde führte, wohnte nicht allzu tief in seiner Seele. Seine Freunde kannten ihn besser. „Wenn Sie“, schrieb Bolingbroke ²⁾, „die Welt so verachteten, wie Sie sagen und wohl auch glauben, Sie würden auf die Welt nicht so böse sein“. Und man sehe sich nur um in seinen Briefen, um den warm empfindenden Menschen zu erkennen. Man denke an seine treue Fürsorge für die Irländer und an die Liebe, mit der sie ihm gedankt haben. Da waltet nicht Menschenhaß und Verachtung, sondern nur Mitleid und Schmerz über das gemeine Los der Armen und Enterbten, das zu mildern er seine beste Kraft anwenden möchte. —

Der Eindruck ³⁾, den das Erscheinen der Dichtung auf das Publikum in England machte, war ungeheuer. Die berühmtesten Beispiele buchhändlerischen Erfolges schienen noch übertroffen. Gulliver wurde nicht minder eifrig gekauft als einst John Bunyans tiefsinnige „Pilgerreise“, und selbst Defoes Robinson war nicht

¹⁾ Correspondence ed. Ball III 276.

²⁾ *ibid.* 296.

³⁾ Das folgende besonders nach der Korrespondenz Swifts.

so reißend abgegangen ¹⁾. Nach kaum einer Woche war die ganze Auflage vergriffen, und ein Neudruck folgte dem andern. Überall, „vom Kabinettsrate bis in die Kinderstube“, las man den Gulliver mit demselben Entzücken. Bei Lords und Commons, scherzten Swifts Freunde, ist er nemine contradicente angenommen worden. Die hohen Kreise, Minister, Adel, Parlamentsmitglieder, konnten bei der allgemeinen Begeisterung für das Buch unmöglich die Gekränkten spielen und leugneten lieber gänzlich das Vorhandensein politischer Anspielungen. „Die Mienen gewisser Staatsmänner“, sagt Pope, „sind köstlich anzusehen. Aber kein Mann von Stellung tut, als sei er böse über das Buch“. Kritische Leute erklärten höchstens, die Satire sei zu kühn, zu allgemein; so, wie es hier getan sei, dürfe man doch die menschliche Natur nicht herabsetzen. Manche großen Geister, wie Bolingbroke und Voltaire ²⁾, fühlten sich in Wahrheit eben deshalb von der Dichtung abgestoßen, oder sie fanden doch den zweiten Teil so viel schwächer als den ersten. Man versteht es ja vollkommen, wenn viele in dem Buche eine Beleidigung der Menschheit erblickten. Wir hören von einem Ehemanne, der in helle Wut darüber geraten ist, die Gattin aber schweigt in Begeisterung ³⁾.

Swift selbst, in dem jedermann sofort den Autor erriet, hielt, auch als keinerlei Gefahr mehr bestand, an seinem Inkognito eigensinnig fest, er gewöhnte sich daran, mit einer gewissen Wegwerfung von jenem schlechten Buche zu reden, das man ganz mit Unrecht ihm zuschreibe. Er beklagte sich, wenn er von einem seiner Freunde zu unverhüllt mit Gulliver gleichgesetzt wurde, und der Prinzessin von Wales erklärte er nach vielem Drängen nur, da ihr das Buch gefalle, so möge sie doch für den Autor halten, wen sie wolle. Auch das Ausland stimmte in den Chor der Bewundernden ein. Schon 1727 erschien eine französische Übersetzung, in der freilich jene Stellen, die auch auf den Hof von Versailles bezogen werden konnten, vorsichtig abgeändert worden waren.

Doch genug der zeitgenössischen Meinungen über das Buch.

¹⁾ In dem erwähnten Kommentar heißt es: The town are infinitely more eager after them than they were after Robinson Crusoe.

²⁾ Vgl. Ballantyne, Voltaires visit to England 1726—1729. Lond. 1813. p. 107.

³⁾ Portland Manuscripts VII. 445.

Jene Urteilenden sind längst verstummt, und die Nachwelt hat das Wort. Sie will freilich von der Menschenverachtung der letzten Teile, sie will von Houyhnhnms und Yahoos nichts mehr hören, und der politischen Satire auf das Zeitalter Walpoles bringt sie auch nur noch ein mattes Interesse entgegen. Doch der Sinn für die wunderbare Erfindung und die Anmut der Erzählung ist ihr unverloren. Im Kabinettsrate liest man allerdings heute das Buch nicht mehr. Die Kinderstube aber, mit ihrem ewigen Entzücken an den Wundern von Liliput und Brobdingnag, hat Gulliver fröhlich lachend die Palme der Unsterblichkeit verliehen.

* * *

Wir müssen, ehe wir weitergehen, uns etwas ausführlicher mit der Person des Einen beschäftigen, der nun 10 Jahre lang in der literarischen Opposition die Hauptfigur ist, mit Bolingbroke. Das Geschick des Verbannten, sein leidenschaftliches Streben, wieder zur Macht zu gelangen, sein verzweifelt Anstürmen gegen den im Amte befindlichen Prime Minister, der sich doch als der Stärkere erweist, bilden ein eigenes Thema in der englischen Geschichte der Zeit.

Das Schicksal Bolingbrokes, des Geächteten von 1715, hatte seit Jahren die Öffentlichkeit stark beschäftigt. Denn alle seine Genossen aus der Zeit der politischen Verfolgung hatten seither in der einen oder andern Form ihr Schicksal gefunden. Da war Matthew Prior, der dichtende Diplomat, der als Gesandter der Königin Anna in Paris an den Friedensverhandlungen teilgenommen und auch unter Georg noch einige Zeit die Geschäfte Englands am französischen Hofe geführt hatte. Bei seiner Rückkehr war er verhaftet und angeklagt worden, doch ohne daß man ihm auch bald den Prozeß machte. In der erzwungenen Muße seiner Gefangenschaft hatte er „Alma“, ein langes Gedicht im Stile von Butlers Hudibras geschrieben. Und da das beabsichtigte gerichtliche Verfahren wohl kaum zur Verurteilung geführt hätte, so blieb er zwar von der 1717 erlassenen Amnestieakte ausgeschlossen, erhielt aber im selben Jahre seine Freiheit zurück. Seitdem hatte er ein stilles Leben als Privatmann geführt und war 1721 gestorben.

Noch stärker als Prior war der stolze Lord Strafford, der

Gesandte im Haag, an den Verhandlungen beteiligt gewesen, die zum Utrechter Frieden geführt hatten. Auch er war in Anklagezustand versetzt worden und hatte in einer langen Verteidigungsschrift seine Unschuld darzulegen versucht. Die Commons hatten zwar die Schrift geprüft und erklärt, sie würden den Beweis für ihre Anklagen in einem kommenden Verfahren schon zu erbringen wissen. Aber dieses Verfahren scheint niemals stattgefunden zu haben, und Straffords Name wird ausdrücklich genannt in der Gnadenakte von 1717. So war er in seine alte Stellung wieder eingesetzt worden. In der Politik aber hat er keine wichtige Rolle mehr gespielt. Nur selten erschien er im Hause der Lords, griff selten in die Verhandlung ein, und kam nur pünktlich zu der alljährlichen Armeedebatte, wo er, wie Shippen im Unterhause, aber mit weit weniger Geist und Talent, gegen das stehende Heer zu wettern pflegte. Seine Reden waren im Inhalt schwach und in der Form ungeschliffen. Was er sagt, erklärt Lord Hervej boshaft, hat weder Sinn, noch ist es Englisch.

Ganz anders der Herzog von Ormond. Er war, wie Bolingbroke, vor der politischen Verfolgung außer Landes geflohen. Auch über ihn war eine *Act of Attainder* verhängt worden. Auch er hatte sich, wie der vertriebene Bolingbroke es getan, der Stuart'schen Sache angeschlossen. Aber er hatte nicht, wie jener, nach dem gescheiterten Aufstande von 1715 den Prätendenten verlassen. Er blieb sein getreuer militärischer Helfer und Berater. Wir kennen die Rolle, die er an der Spitze der spanischen „Armada“ von 1719 gespielt hat. Von einer Aussöhnung Ormonds mit der Regierung Georgs I. konnte darum im Ernste so wenig die Rede sein, wie er sie je gesucht zu haben scheint. Er blieb der Feind des Hauses Hannover sein Lebenlang. Noch 1740 erscheint der unermüdliche Stuartkämpfer in Madrid und meint, aus dem spanisch-englischen Kriegsfall einen Gewinn ziehen zu können für die Sache des Jakobitismus.

Unterdessen hatte Graf Oxford, der Großschatzmeister und Vertraute der Königin Anna, es verstanden, durch trotziges Ausharren in der Gefangenschaft jenes früher von uns geschilderte¹⁾ Verfahren vor dem Hause der Lords, seinen Pairs, zu erzwingen, das wie ein Hohn auf alle Rechtsprechung erschien und mit seiner

¹⁾ Bd. 2, 44 ff.

Freilassung geendigt hatte. Und der ihm dabei behilflich gewesen, war Harcourt, der ehemalige Lord Kanzler und Kollege Oxfords im Kabinett der Königin, auch er einer der durch die Regierung des neuen Königs Gestürzten und Entrechteten, dem freilich kein anderes Mißgeschick widerfuhr, als daß er, ebenso wie Oxford, von der erwähnten Gnadenakte ausgeschlossen blieb, während doch beide ihre Plätze im Oberhause und den Besitz ihres Vermögens behalten hatten.

So war denn in der einen oder andern Form das Los aller der 1714 und 15 in Ungnade und Verfolgung geratenen Würdenträger entschieden. Bolingbroke allein, der geistige Führer, der eigentliche Schöpfer des Utrechter Friedens, harrte noch seines Schicksals und lebte als Verbannter in Frankreich. War jener Friedensschluß wirklich ein todwürdiges Verbrechen, so mußte es freilich schwer halten, für einen Bolingbroke Gnade und Wiederherstellung zu erreichen. Und wenn man ferner bedenkt, daß es gerade sein großer Gegner Robert Walpole war, der seit 1720 wieder Mitglied, seit 1721 der wahre Leiter der Regierung war, so ermißt man erst vollends die Größe der Hindernisse, die vor jenem Ziel aufgetürmt erschienen.

Wie die Vertreter zweier verschiedener Zeitalter stehen die beiden Männer nebeneinander, fast gleichaltrig, beide auf der Schule von Eton erzogen und früh ins politische Leben eingetreten, beide voller Ehrgeiz, aber bald auf verschiedenen Wegen wandelnd. Der zu den Tories haltende Henry St. John war in der Zeit des spanischen Erbfolgekrieges, als seine Partei des langen Kampfes müde war, der energische und rücksichtslose Anwalt der Friedenspolitik geworden. Der Erfolg hat seine Mühen belohnt. Dem Toben der Whigs zum Trotz und ohne allzu ängstliche Rücksichtnahme auf das verbündete Haus Habsburg, dessen Sproß von England selbst zum Kampf um die Pyrenäenhalbinsel ausgerüstet und hinausgeführt worden war, wurde der Friede geschlossen, das geschlagene Frankreich geschont, der Enkel Ludwigs XIV. auf dem spanischen Thron belassen und der Machtpolitik des Hauses Bourbon, mit der England fortan so oft zu ringen hatte, Tür und Tor geöffnet. Die Gruppierung der Staaten in Europa ruhte ein paar Menschenalter hindurch auf der Grundlage des Utrechter Friedens.

Das war die große Epoche im Leben Bolingbrokes gewesen.

Sein Geist und seine Tatkraft hatten das Werk vollbracht. So haben es auch die Zeitgenossen empfunden. Die ersten Schriftsteller des Tages, Swift und Pope und Arbuthnot waren seine literarischen Stützen und die Verkünder seines Ruhms. In ihrem Kreise ist auch die „Geschichte John Bulls“ entstanden, die berühmte Satire von 1712, deren Held seitdem als der typische Vertreter des gesunden englischen Menschenverstandes gegolten hat. Und wie wir heute sagen dürfen¹⁾, hat der Autor in dem Namen John Bull eine Anspielung geben wollen auf den ersten Politiker des Landes. Der Name John Bull ist scherzhaft gebildet als eine Verkürzung der zur Zeit so oft nebeneinander gehörten Namen St. John-Bullingbroke. In dem einfachen Tuchhändler John Bull, der den unnützen und kostspieligen Rechtsstreit aufgeben will, hat der Dichter dem großen Staatsmann der Epoche ein Denkmal gesetzt, und die Geschichte John Bulls ist eine Verherrlichung der Politik Bolingbrokes. Noch 1714 wird in einer von anderer Hand verfaßten Flugschrift Bolingbroke, den Zeitgenossen verständlich, als „Lord John Bull“ bezeichnet. Der Ursprung des Namens ist rasch vergessen worden. John Bull aber lebt noch heute.

* * *

Seitdem Walpole in der großen kirchenpolitischen Debatte im Januar 1719 den Gedanken einer Begnadigung Bolingbrokes mit empörten Worten gegeißelt und ihn wenig später auch noch literarisch abgetan hatte²⁾, war es im öffentlichen Leben Englands still davon geworden. Auch der Verbannte selbst, so wenig er die Hoffnung aufgab, wieder einmal Glanz und Macht zu erlangen, meinte, für die nächsten Jahre sich in sein Schicksal fügen zu müssen. „Sunderland“, schreibt er im März 1721³⁾, „ist noch an der Spitze der Finanzen, aber Walpole ist in Wahrheit das Ministerium“. So ist Bolingbroke gegenüber den Ereignissen in England nur der Beobachter aus der Ferne. Er hat sich in Frankreich zum zweitenmal vermählt, er lebt auf dem Lande oder er erscheint in Paris, er treibt Philosophie und Geschichte,

¹⁾ Vgl. meine Abhandlungen, Hist. Zeitschr. 100 und Contemporary Review. Sept. 1933.

²⁾ Vgl. Bd. 2, 608 ff.

³⁾ Abgedruckt bei Sichel, Bolingbroke 2, 496.

er verkehrt mit dem jungen Voltaire in gegenseitiger Bewunderung und ist einer der ersten, der die „Henriade“ zu lesen bekommt und den Wert des schwachen Machwerks maßlos überschätzt. Aber England ist ihm verschlossen.

Bei seinem Bemühen, die volle Begnadigung zu erlangen, hat Bolingbroke sich nun immer wieder auf die Zusagen berufen, die ihm erteilt worden seien. Wir fragen, von wem? Dabei erinnern wir uns, daß der englische Gesandte Graf Stair im Auftrage seiner Regierung zu wiederholten Malen mit Bolingbroke verhandelt hatte, anfangs um ihn gegen die Jakobiten auszuspielen, und hernach, als ein Teil der Whigs unter Townshend und Walpole sich der Opposition der Tories angeschlossen hatte, um vielleicht mit Bolingbrokes Hilfe die Tories selbst auf die Seite der Regierung zu ziehen, was freilich, wie oben erwähnt, durch Walpole selbst vereitelt worden war. Nach der Wiedervereinigung der gesamten Whigpartei im Jahre 1720, und als Townshend und Walpole wieder zusammen mit Sunderland und Stanhope die Regierung bildeten, konnte zunächst für Bolingbroke nichts geschehen. Aber nun kennen wir auch den innerhalb des neu gebildeten Whig-Kabinetts bestehenden Gegensatz zwischen Sunderland und Walpole, und bei seinem starken persönlichen Einfluß auf Georg I. mag es wohl Sunderland gewesen sein, der dem geächteten Staatsmanne im Namen des Königs seine Begnadigung in Aussicht stellen durfte¹⁾. So war auch die Auffassung der Zeitgenossen²⁾.

Aber wir erinnern uns auch, daß der Gegensatz Sunderland—Walpole zugleich ein Ausdruck der verschiedenen Richtungen innerhalb dieses Kabinetts war: Sunderland als Anwalt einer aus Tories und Whigs zusammengesetzten Regierung — Walpole der energische Vertreter eines reinen Whig-Regiments. Und auch als Sunderland 1722 gestorben ist, verschwindet der Gegensatz nicht, denn nun ist es Carteret, der vielseitig gebildete Diplomat, der mit Georg I. sogar deutsch reden kann, der ähnlichen Einfluß auf den König gewinnt wie vorher Sunderland, und der innerhalb des Kabinetts der Gruppe Townshend—Walpole nicht minder feindselig gegenübersteht, als jener es getan.

¹⁾ Vgl. Coxe, Rob. Walpole 1 (1798), 202.

²⁾ Z. B. Hervey, Memoirs. (Sedgwick) III, 11.

So war das Schicksal des großen Tory, die Frage seiner Begnadigung und seines Wiedereintritts in das politische Leben seines Vaterlandes, aufs engste verknüpft mit der Stellung der englischen Regierung zu den Parteien. Und so mußte Robert Walpole, abgesehen von allem persönlichen Ehrgeiz und schon um seiner politischen Prinzipien willen, alle Kraft daran setzen, einen Bolingbroke aus seiner Sphäre fernzuhalten.

Aber auch dieser setzt seine Bemühungen fort. Er verhandelt und er korrespondiert mit Größen der englischen und der französischen Politik. Lord Polworth, der für den Kongreß von Cambray ernannte Bevollmächtigte, verschafft ihm ein Versprechen von Carteret, die Begnadigung solle bei der ersten sich bietenden Gelegenheit erfolgen. Der Herzog Regent von Frankreich und Kardinal Dubois treten für ihn ein. So geschah es denn im Mai 1723, daß ihm durch einen Gnadenakt des Königs die Rückkehr nach England ermöglicht wurde. Die *Act of Attainder* aber, durch die ihm sein Vermögen und seine politischen Rechte genommen waren, blieb bestehen.

Immerhin war ihm nun die Möglichkeit gegeben, seine Sache in England persönlich zu führen. Am 28. Juni 1723 erscheint er in Walpoles Hause. Er fließt über in Ausdrücken der Ergebenheit und Dankbarkeit für den König und alle, die sich für ihn bemüht haben. Aber er wagt noch nicht, Walpole gegenüber das Thema seiner vollen Wiederherstellung zu berühren. „Unser Gespräch“, schreibt Walpole an Townshend¹⁾, „bewegte sich nur in Allgemeinheiten“. Georg I. weilte zur Zeit in Hannover, begleitet von den beiden Staatssekretären, den Lords Townshend und Carteret. Bolingbroke schrieb beiden. Er glaubte, versprechen zu können, wenn seine Restitution vollständig sei, so werde es Townshend an nützlichen Freunden nicht fehlen. Bolingbroke will sagen, daß er in der Lage sei, mit einem Gefolge von etlichen Tories sich der Regierung zur Verfügung zu stellen. Er fügte auch Briefe an den König und die Herzogin von Kendal bei. Townshend antwortete verbindlich, Seine Majestät habe Bolingbrokes Versicherungen der Treue gnädig aufgenommen und wenn Bolingbroke nach seinen Worten handle, so werde

¹⁾ Rob. Walpole an Townshend. Whitehall, Juni 28. 1723. S. P. Gr. Br. and Ireland. Regencies 4. R.O.

es an dem Willen des Königs nicht fehlen, damit alles geschehe, was noch zu seinen Gunsten zu tun sei. Aber Bolingbroke wisse ja selbst, daß solches nicht vom Könige allein abhinge und daß dem Parlamente gegenüber Vorsicht geboten sei.

Der ungeduldige Bolingbroke entschloß sich, um es drastisch auszudrücken, den Stier bei den Hörnern zu packen. Was er in seinem Briefe an Townshend leise angedeutet, das trug er nun als einen positiven Vorschlag an der entscheidenden Stelle vor. Er erschien zum zweiten Male vor Walpole. Er sprach von Schritten, die im Parlament unternommen werden könnten. Walpole warnte und erklärte, das könne ihm und der Regierung nur Schaden bringen. Nun ward Bolingbroke deutlicher. Er berief sich auf angesehene Mitglieder der Tory-Partei, auf Wyndham, seinen Schüler und Freund, auf Lord Bathurst, den Genossen von Pope und Swift, bekannt als einen der zwölf Männer, die durch den berühmten Pairsschub von 1711 ins Oberhaus gekommen waren, und er fügte hinzu, diese beiden hätten zugleich im Namen eines Dritten, des Lord Gower gesprochen. Und nun erzählte Bolingbroke mit erstaunlicher Offenherzigkeit, jene, die Tories, seien des Spiels vom letzten Winter müde. Sie hätten mit Carteret korrespondiert, der sie immer wieder gedrängt, sie sollten Walpole persönlich angreifen. Sie aber seien durch Carteret selbst getäuscht worden, darum wollten sie lieber mit Walpole und Townshend ihren Frieden machen. Sie wollten heraus aus ihrer unerträglichen Lage und dem Jakobitismus ein für alle Mal entsagen.

So waren es angesehene Männer der Partei, die jetzt durch den Mund desjenigen, der einst ihr Ruhm gewesen, dem Minister den Vorschlag machten, als eine besondere Gruppe — denn den Dreien oder Vieren hätten sich sicherlich noch andere angeschlossen — die Sache der Regierung zu ergreifen. Ein Vorschlag, der um so sensationeller wirkte, da die Männer, von denen er ausging, zugleich — höchst indiskret — von vorangegangenen Verhandlungen mit einem der Staatssekretäre selbst berichteten. Carteret wurde dadurch arg bloßgestellt vor seinen Kollegen im Kabinett. „Da haben wir also“, schrieb Walpole seinem Schwager Townshend nach Hannover, „den strikten Beweis dafür, daß Carteret während der ganzen letzten Session mit den Tories verhandelt hat“. Und wir erblicken gleichsam zwei entgegen-

gesetzte politische Systeme neben einander im Kabinett vertreten: Die reine Parteiherrschaft der Whigs, die Walpole fordert, und die Teilnahme auch der Tories an der Regierung, wie Carteret sie wünscht.

Bolingbrokes Vorschlag ward von Walpole schroff abgelehnt. „Ich sagte ihm, ich hielte es für einen höchst unklugen Schritt von seiten eines Mannes, der seine Rettung von einem Whig-Parlament erwartet, eine Verhandlung zu beginnen mit dem Endziel, einen Haufen Tories hereinzubringen. Wenn dies bekannt würde, so stünde es verzeifelt um seine Sache im Parlament.“ Walpole fügte hinzu, dies möge Bolingbroke auch seinen Freunden sagen, am besten mit der Erklärung, er habe es nach reiflicher Überlegung richtiger gefunden mit ihm, Walpole, gar nicht über die Sache zu reden¹⁾.

Mit diesem Bescheid war Bolingbroke entlassen. Er erschien noch einmal, um sein „Ultimatum“ zu empfangen. Doch Walpole blieb fest²⁾. Er fand auch in Hannover volle Zustimmung. Er habe recht getan, schrieb Townshend, daß es sich auf eine Verhandlung, wie sie ihm zugemutet worden, nicht eingelassen habe; „denn auf whiggistischem Boden müssen wir bleiben“. Und wenige Tage später: „Ich sehe mit Bedauern, daß Lord Bolingbroke seine eigene Lage so wenig versteht, daß er einen so impertinenten Auftrag nicht einfach von sich weist“³⁾.

Wir verstehen: Whig war die Losung. Die beiden Schwäger Walpole und Townshend hatten sich wieder einmal in diesem Gedanken gefunden. Auch der König stand auf ihrer Seite. Bolingbrokes Plan war gescheitert, und auch seine Hoffnung, in Hannover erscheinen zu dürfen, um sich dort dem Monarchen zu Füßen zu werfen, blieb unerfüllt⁴⁾. Carteret zwar hätte es anders gewünscht, aber er kam in der Sache nicht zu Worte. Ja, er erfuhr nicht einmal von den geheimen Billetts, die zwischen London und Hannover, zwischen Walpole und Townshend, hin und her flogen. In Hannover standen die beiden Staatssekretäre nebeneinander wie Feinde, die sich mißtrauisch beob-

¹⁾ Walpole an Townshend, 23. Juli 1723. Regencies 4. R.O.

²⁾ Walpole an Newcastle, 10. Aug. 1723. B. M. Add. 32 686.

³⁾ Townshend an Walpole, Privatbriefe aus Hannover vom 6. u. 11. Aug. 1723. N.S. Regencies 4. R.O.

⁴⁾ Vgl. Nulle, Newcastle (1931) 158.

achteten, und wenn Townshend seine Privatbriefe nach London, sandte, beschwor er seinen Schwager, nur ja niemanden als den treuen Newcastle ins Vertrauen zu ziehen¹⁾.

War also der Gegensatz zwischen Whig und Tory dieses Mal für Bolingbroke zum Verhängnis geworden, so versuchte er nun, das Ziel auf einem andern Wege zu erreichen. Er wußte, es konnte nur mit Hilfe Walpoles, nicht gegen ihn, geschehen. So rückte er sachte ab von den Tories, den Feinden des Ministers, und suchte dessen Gunst durch gute Dienste, die er der Regierung leistete, zu gewinnen. Wir finden ihn bald wieder in Frankreich, wieder bemüht, durch seine Intimität mit den Größen der französischen Politik sich der englischen angenehm zu erweisen²⁾. Er schreibt, er verhandelt, er intriguiert, sein Sekretär reist als Kurier hin und her, nicht anders als ob sein Herr einen wichtigen diplomatischen Posten bekleidete. Er vermag bei seinem großen Geschick wirklich nützliche Hilfe zu leisten. Und da der mit Carteret gut befreundete Gesandte Lukas Schaub um diese Zeit durch Robert Walpoles Bruder Horace zunächst mißtrauisch überwacht wurde, um bald durch ihn verdrängt zu werden, so hat Bolingbroke auch dieses Spiel rasch durchschaut und beginnt nun plötzlich, über den braven Schaub in denselben sarkastischen und verächtlichen Tönen zu reden, wie sie zwischen Townshend und den Brüdern Walpole angeschlagen wurden.

Und doch ist Bolingbroke ja eigentlich niemals ganz bei der Sache. Er denkt nur an seine Restituierung. Melancholische Ausrufe mischen sich in die geschäftlichen politischen Erörterungen. „Ich flehe Sie an, lassen Sie nicht noch einen Winter vergehen, wie so viele früheren.“ „Man gebe mir entweder meine alte Stellung wieder, oder man sage mir offen, daß nicht einmal der Versuch dazu gemacht werden kann!“ Dann wird die Stimmung resignierter. „Der Wunsch, gesund zu sein, ist bei mir nicht stärker als das Verlangen, von der Ungewissheit befreit zu werden und so oder so die Ruhe genießen zu können, als das einzige, was ich mir noch wünsche für den Rest meines Lebens.“

¹⁾ „Pray show this to no mortal but to the Duke of Newcastle“. 6. Aug. N.S. Ähnlich 11./31. Aug. Regencies 4. R.O.

²⁾ Für das folgende vgl. besonders die Korrespondenzen bei Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 311—32.

Man versteht vollkommen, warum Walpole zögerte, die Wünsche Bolingbrokes zu erfüllen. Er kannte den Gegner zu gut, seinen brennenden Ehrgeiz, aber auch seine Charakterlosigkeit. Und gerade die Geschwindigkeit, mit welcher der Tory seinen Parteigenossen den Rücken kehrte, und wie er erklären ließ, kein Windhauch von dem, was er mit Walpole und Townshend treibe, dürfe zu Lord Carteret dringen, das alles muß den Minister zur Vorsicht gemahnt haben gegenüber den Versicherungen Bolingbrokes und seiner angeblichen Hilfsbereitschaft. Es bestand auch in weiten Kreisen der Whigs, wenn man an den Utrechter Frieden dachte und an die harte Verurteilung, die dem Schöpfer desselben in der *Act of Attainder* zu Teil geworden, noch starker Widerwille gegen die Begnadigung des Schuldigen. Und wenn man selbst geneigt war, ihn allenfalls in den Besitz der ihm genommenen Familiengüter eintreten zu lassen, so war es doch noch ein weiter Weg bis zu seiner Wiedereinsetzung in die alten Rechte, und am gefährlichsten schien es, ihm die Tore des Hauses der Lords zu öffnen und ihm damit den Einzug in die politische Arena zu ermöglichen.

Der Kampf um Bolingbroke zog sich, seitdem ihm die Rückkehr nach England gestattet worden, noch ein paar Jahre hin. Und als endlich im April und Mai 1725 die Entscheidung erfolgte, brachte sie ihm eine schwere Enttäuschung. Die Sache nahm etwa den folgenden Verlauf. Dem Unterhause ward eine Petition vorgelegt, in der Bolingbroke, unbeschadet der auf ihm lastenden *Act of Attainder*, die Einbringung einer Bill erbat, die ihn in den Stand setzen würde, jene Güter zu besitzen und andere zu erwerben. Walpole selbst empfahl die Annahme mit dem Hinweis auf die gnädige Gesinnung des Königs und die reumütige Haltung des Bittenden. Aber sogleich erhob sich ein Sturm unter den Whigs, und die alten Streitpunkte aus der Zeit des Utrechter Friedens und nachher wurden wieder hervorgeholt, Paul Methuen, dessen Vater den berühmten Methuen-Vertrag mit Portugal geschlossen — und auch er selbst war dort lange Jahre Gesandter gewesen — donnerte gegen die Politik, die Bolingbroke einst gegenüber den Mächten auf der Pyrenäen-Halbinsel befolgt hatte. Andere Whigs sprachen im gleichen Sinne, aber Walpoles Anhänger behaupteten das Feld, und die Einbringung der Bill ward beschlossen. Als sie 10 Tage später dem Hause vorgelegt und einer

Kommission überwiesen war, stellte ein fanatischer Whig in seiner Angst vor dem Wiederaufleben der alten torystischen Politik den Antrag, die Kommission solle berechtigt sein, Bolingbroke von beiden Häusern des Parlaments sowie von der Bekleidung jedes öffentlichen Amtes förmlich auszuschließen. Walpole, der gewiß dasselbe wünschte, trat dennoch dem Antrage erfolgreich entgegen, vermutlich weil ein so gehässiger Beschluß im Lande einen üblen Eindruck hervorrufen konnte. Der Beschluß war aber auch vollkommen überflüssig; denn da die vorgeschlagene Bill nichts anderes als den Genuß der Familiengüter freigeben sollte, so blieb der übrige Inhalt der *Act of Attainder* unberührt und Bolingbroke nach wie vor von aller offiziellen politischen Tätigkeit ausgeschlossen¹⁾.

Auch bei den Lords fand ein heftiger Kampf statt, über den wir wohlunterrichtet sind²⁾. Auch hier wurde Bolingbrokes Vergangenheit in schwärzesten Farben geschildert. Der immer leidenschaftliche Lord Lechmere schalt auf ihn als den Verräter an der Königin Anna, an König Georg und sogar am Prätendenten, zu dem er geflohen war. Können irgend welche Bande, können Eide einen Menschen verpflichten, der so gehandelt hat? Kann man Treue erwarten von einem so vielfältigen Verräter Und Lechmeres Rede wurde, als Townshend ihn begütigen wollte, nur noch heftiger. Der gelehrte White Kennett, Bischof von Peterborough, hielt zugunsten der Bill eine salbungsvolle, schwer verständliche Rede, mit der er sich den Spott des anwesenden Prinzen von Wales zuzog. Auch die übrigen Bischöfe mit der einzigen Ausnahme des Bischofs von Hereford stimmten für die Vorlage, obwohl mehrere von ihnen erklärt hatten, sie wären eigentlich dagegen, wollen sie aber nicht zu Falle bringen. Der ruhmreiche Admiral Graf Orford, einer der großen Whiglords unter Wilhelm und Anna, hatte sich trotz Alters und Krankheit ins Oberhaus bringen lassen, um gegen Bolingbroke zu stimmen.

¹⁾ Der Hergang ist in der sonst wertvollen Bolingbroke-Biographie von W. Sichel (2, 210) geradezu in sein Gegenteil verkehrt. Statt „*a clause to disable ...*“ liest man hier „*a clause enabling him ...*“ Der Antragsteller Lord William Paulet und die mit ihm stimmten, waren nicht „*Bolingbrokes group*“, sondern seine schärfsten Gegner. Paulet hatte sich schon gegen die Einbringung der Bill ausgesprochen. (P. H. 8, 462.)

²⁾ Das Folgende nach Portland Mss. 6, 5—6. Die Parl. Hist. bringt nichts über diese Debatte.

Da saß er nun zusammen mit den Herzögen von Devonshire und Somerset, und es machte starken Eindruck als die drei alten Herren mit lauter, weit vernehmbarer Stimme ihr Nein abgaben. Trotzdem ging die Vorlage, nachdem sie alle Stadien durchlaufen hatte, mit 75 gegen 25 Stimmen auch im Oberhause durch. Fünf Lords, unter denen sich natürlich auch Lechmere befand, gaben ihren Protest zu Protokoll.

Als nun die vielumstrittene Bill Gesetz geworden, war für Bolingbroke alles erreicht, was möglich erschien, aber bei weitem nicht alles, was sein Ehrgeiz verlangte. Er konnte jetzt wieder als ein wohlhabender Landedelmann in der englischen Gesellschaft auftreten. Er durfte wieder seinen Titel als Viscount führen, jenen Titel, den er einst nur zögernd angenommen. Denn damals, 1712, hatte er ja gewünscht, den Rang eines Earl zu erhalten, so wie ihn der Verwandte besessen, durch dessen Tod der Adelstitel frei geworden. Aber der Kollege im Kabinet, Graf Oxford, hatte ihm einen Streich gespielt. Nicht als Earl, sondern als Viscount Bolingbroke trat Henry St. John ins Oberhaus ein. Dann hatte nach der Thronbesteigung Georgs I. die über ihn verhängte *Act of Attainder* ihm alles genommen, Amt und Ehren, Titel und Vermögen. Jetzt hatte er Titel und Vermögen zurückerhalten, aber Amt und Ehren blieben ihm versagt. Seinen Platz im Hause der Lords durfte er nicht einnehmen und auch das Unterhaus blieb ihm verschlossen. „So bin ich denn“, schrieb er voller Ingrimm seinem Freunde Jonathan Swift, „zu zwei Dritteln wiederhergestellt. Mein Leben ist erhalten und mein Gut gesichert. Aber die Schändungsakte hat man vorsichtig und klug bestehen lassen, damit nicht ein so verderbtes Mitglied ins Haus der Lords eintrete, und nicht sein böser Sauer Teig die süße, unberührte Masse säuern möge“. Das war die Stimmung, in der Bolingbroke den Gnadenakt aufnahm, die Stimmung in der er wieder seinen Wohnsitz in England aufschlug. Er gibt sich fortan als der Enttäuschte, der Betrogene. Der König hat ihm alles versprochen, doch der Minister hat die Erfüllung hintertrieben¹⁾. Bolingbroke hat später erklärt, er habe auch dem Könige seine Gedanken nicht verborgen und ihn

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 1, 208 sagt wohl etwas zu viel. Bolingbroke erwähnt den Brief erst 1744. Ebd. 2, 343, spricht auch nur von einem Entwurf.

brieflich aufgeklärt über den Verrat, den der Minister an ihm begangen habe.

Ich kann zwar an diesen Brief nicht so recht glauben; denn den müßte ihm der König doch gewaltig übel genommen haben, und in Wahrheit hat Georg I. ihm noch allerlei Gnadenbeweise zuteil werden lassen. Aber soviel ist gewiß: von dem Tage an, da jene Bill von 1725 Gesetz wurde, hat Bolingbroke den unauslöschlichsten Haß auf Walpole geworfen und hat ihn bekämpft mit der ganzen Erbitterung, mit der ein leidenschaftlicher Mensch seinen Todfeind verfolgt. Im Parlament durfte Bolingbrokes Stimme nicht gehört werden. Aber vor den Mauern des Hauses von Westminster stehend, sammelt er die Kräfte, die den Kampf da drinnen führen sollen, er organisiert die Streiter, er feuert sie an, er liefert ihnen die Argumente, er schreibt die Reden nieder, die sie halten sollen. So sammeln sich um ihn die Gegner Walpoles und er wird ihr Führer, er wird recht eigentlich der Gegenspieler des Ministers. Und wenn anders die Schilderung der Verwaltung Walpoles auch der Opposition zu gedenken hat, die ihm gegenüberstand, so ist der Name Bolingbrokes mit diesem Bilde untrennbar verbunden. Gegenüber der schaffenden Kraft steht er da als das ewig verneinende Prinzip.

Und Walpole selbst? Wie ist wohl seine Haltung gegenüber Bolingbroke zu verstehen? Er hat ihn wahrlich nicht unterschätzt. Er hätte ihn auch, wenn er gekonnt hätte, sicherlich von England fern gehalten. Da haben nun aber Hofintrigen eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Bolingbroke wußte, wie behauptet wird, durch Bestechung die Herzogin von Kendal, die Dame Georgs I., für seine Sache zu gewinnen. So ist um den König herum eine für Bolingbroke günstige Atmosphäre geschaffen, und so vernimmt man von Versprechungen, die Georg I., oder Sunderland in seinem Namen, dem Verbannten gegeben haben soll. Zwar ist die Natur dieser Versprechungen nicht mehr festzustellen, und sicher sind sie nicht so weit gegangen, waren auch wohl nicht so ernst gemeint, wie Bolingbroke stets behauptet hat. Immerhin hatte Walpole nicht freie Hand, durfte seinen König nicht Lügen strafen. Und als er die Wiederherstellung Bolingbrokes nur bis zu dem Punkte führte, wie es geschah, so meinte er damit das Schlimmste noch verhütet zu haben.

* * *

In die Zeit, da Georg I. sich zu jener Reise nach dem Festlande rüstete, von der er nicht wiederkehren sollte, fällt eine Episode, welche das Verhältnis des Königs zu seinem Minister merkwürdig beleuchtet. Man hat behauptet, damals sei es Bolingbroke gelungen, sich dem Könige so weit zu nähern, ihn so sehr für sich einzunehmen, daß Georg entschlossen war, sich von Walpole zu trennen und Bolingbroke an seine Stelle zu setzen. Sobald er von Hannover zurückkehrte, würde der Umschwung erfolgt sein, ja vielleicht würde der Monarch schon von seiner deutschen Residenz aus die Entlassung des Ministers verfügt haben. Mit der Laufbahn Walpoles wäre es zu Ende gewesen und der durch ihn von aller politischen Tätigkeit ausgeschlossene Bolingbroke wäre wieder zu Glanz und Macht erhoben worden. Und das alles sei allein durch den plötzlichen Tod Georgs I. auf der Reise durch Deutschland verhindert worden.

Die Sache klingt merkwürdig und ist so bedeutsam, daß wir erfahren möchten, wieviel Wahres eigentlich daran ist. Zunächst hören wir, daß der emsig wühlende Bolingbroke es fertig gebracht hatte mit Hilfe der Kendal dem König eine Denkschrift in die Hände zu spielen, in der er die Amtsführung Walpoles aufs heftigste angriff und eine Audienz erbat, um das schriftlich Niedergelegte in mündlicher Rede erhärten zu können. Georg I., loyal gegen den Minister wie er ist, gibt das Schriftstück sofort an Walpole weiter und fragt, was er tun solle. Den Schreiber empfangen, rät Walpole. Davon will der König zwar nichts hören, doch Walpole drängt, weil man sonst sagen würde, der Minister habe es verhindert, daß der König seinem Ankläger sein Ohr leihe. Die Audienz fand statt und verlief wie erwartet. Bolingbroke ergeht sich in Vorwürfen gegen Walpole. Der König fordert Beweise. Bolingbroke wiederholt nur die Anklagen. Georg fragt kühl, ob das alles sei, was er zu sagen habe und macht der Audienz ein Ende. Dem im Vorzimmer wartenden Walpole aber berichtet er das Geschehene und kennzeichnet alles, was er aus Bolingbrokes Munde vernommen, mit den verächtlichen Worten: „Bagatellen, Bagatellen“¹⁾.

Nun aber, so hat Walpole selbst erzählt, hatten sich trotzdem die Gerüchte verdichtet, und Bolingbroke selbst hätte sie ge-

¹⁾ Vgl. Coxe, Rob. Walpole 1, 262 ff. 2, 344 ff.

flissentlich genährt, nämlich die Gerüchte, daß der Monarch wirklich entschlossen sei, ihn zu entlassen, und zwar von Hannover aus. Dem will aber Walpole zuvorkommen und bittet den König, ihm doch vor der Abreise seinen Willen kundzutun. Georg beruhigt ihn vollkommen mit der liebenswürdigen Erklärung, er müsse es seinem Minister eigentlich recht übel nehmen, daß er von ihm glauben könne, er werde sich bereden lassen, sich von einem Diener, den er liebe und schätze, zu trennen, um sich mit einem Schurken zu verbinden, dessen Charakter und Denkweise er verabscheue.

So etwa gibt Lord Hervey in seinen Memoiren¹⁾ Walpoles eigene Erzählung wieder. Und noch zehn Jahre später, als Bolingbroke England schon verlassen, hat der Minister sich gesprächsweise einmal in ähnlichem Sinne über jene Vorfälle des Jahres 1727 geäußert. Die Behauptung, Bolingbroke sollte *Prime Minister* werden und Georg I. sei überhaupt nur mit Mühe davon abzuhalten gewesen, die Ernennung bis nach seiner Rückkehr von Hannover zu verschieben, alle diese Reden hat Walpole als ganz lügenhaft bezeichnet. Er hat andererseits aber die Möglichkeit zugegeben, daß es einmal zu Derartigem hätte kommen können. „Da er“, so sagte Walpole wörtlich von Bolingbroke, „da er die Herzogin (von Kendal) ganz auf seiner Seite hatte, so brauche ich nicht hinzuzufügen, was im Laufe der Zeit die Folge sein mußte, oder doch sein konnte.“²⁾

So ist nach Walpoles Aussagen alles klar. Hören wir nun aber auch, was Bolingbroke selbst zu sagen pflegte. Man hat Stellen aus Briefen an Wyndham, an Swift und andere herangezogen und hat sie in dem Sinne des 1727 bevorstehenden großen Umschwungs der Dinge in England auszudeuten versucht. In Wahrheit enthält keine einzige dieser Äußerungen klipp und klar eine solche Mitteilung. Dagegen sind sie sämtlich in dem Sinne zu verstehen, daß Bolingbroke allerdings auf die volle Rehabilitierung, d. h. auf die Wiedererlangung der politischen Rechte, insbesondere des Sitzes im Oberhause rechnen durfte, und zwar zu Lebzeiten Georgs I., und daß mit dem Tode des Königs diese Aussichten geschwunden seien. Nicht anders ist

¹⁾ Sedgwick 13 ff.

²⁾ Coxe, Rob. Walpole 2, 344.

es auch gemeint, wenn er im Juni 1727, als soeben die Nachricht vom Tode des Königs gekommen ist, seinem Freunde Swift schreibt, nun seien sie beide vom Glück betrogen worden. „Der eine“, das ist Swift, „hat nie sein Glück gemacht, und dem andern ist es verdorben worden, als es gerade reif zu werden schien“¹⁾.

Ja noch mehr, wir besitzen sogar eine briefliche Äußerung, in der Bolingbroke nicht etwa in geheimnisvollen Andeutungen redet, sondern klar ausspricht, wie er sich den Gang der Dinge bei längerer Lebensdauer Georgs I. vorgestellt hatte. Bolingbroke schreibt an Wyndham²⁾: „Obwohl der verstorbene König mich nicht offen gegen seine Minister zu unterstützen wagte, so würde er doch mit mir gegen sie intrigiert haben, und wir würden ihm, unserem Vaterlande und uns selbst gedient haben, indem wir jene Macht zerstörten, die zur Tyrannei geworden war in den Klauen des größten Bären und des größten Maulaffen auf Erden.“ Man sieht, Bolingbroke hat nichts anderes gewollt und erhofft, als eine Art Bündnis mit dem Könige in seinem Kampfe gegen Walpole und sein System. Daß er der leitende Minister werden, daß er eiligst an Walpoles Stelle treten würde, das hat Bolingbroke selbst im Ernste nicht erwartet.

Und nun mag es am Schlusse dieser Erörterung noch gestattet sein, die Sache einmal vom Standpunkt des Königs oder besser vom verfassungsgeschichtlichen Standpunkt aus zu betrachten. Bedenken wir nur, in welcher Lage Georg I. sich befunden haben würde, wenn er plötzlich, durch einen raschen Entschluß jenen Wechsel vollzogen hätte. Nicht nur Walpole wäre durch Bolingbroke, sondern Whig wäre durch Tory ersetzt worden. Dagegen war freilich nach den Anschauungen der Zeit wenig einzuwenden. Wir wissen, niemand konnte dem Könige vorschreiben, wie und mit wem und mit welcher Partei er regieren

¹⁾ In der Ausgabe von W. Scott ist der Brief vom 24. Juni 1727 datiert. Das Original scheint undatiert, und der letzte Herausgeber (Ball, 3, 396) erhält durch Kombination das Datum des 17. Juni, d. i. zwei Tage nach dem Eintreffen der Nachricht vom Tode Georgs I. Gewiß richtig. Nur hätte der Herausgeber die Wendung von dem gerade reif gewordenen und nun verdorbenen Glück auch nicht auf den weit zurückliegenden Moment des Ablebens der Königin Anna beziehen sollen, sondern auf den eben erfolgten Tod Georgs I., auf den Bolingbroke seine Hoffnungen gesetzt hatte.

²⁾ Coxe, Rob. Walpole 2, 340.

sollte, und gerade die Art, wie damals Bolingbrokes Berufung in der englischen Öffentlichkeit erörtert, wie sie für möglich oder wahrscheinlich gehalten wurde, mag als eine Bestätigung dafür gelten, daß auch Georg I. seinen Minister noch mit derselben Souveränität wählen durfte, wie ehemals ein Heinrich VIII. Aber inzwischen hatte die Stellung des Parlaments sich gewaltig geändert. Der Minister, der die Geschäfte des Monarchen führte, bedurfte der Mitwirkung des Parlaments, konnte gegen eine ihm feindliche Majorität nicht regieren. Seit seiner Thronbesteigung hatte aber Georg I. ausschließlich mit den Whigs regiert. Ja, schon ehe er nach England gekommen, waren ihm durch seine Berater, deutsche wie englische, die Whigs als die für ihn allein mögliche Partei empfohlen worden¹⁾. So hatte er es in den Gutachten Bothmers gelesen, die dieser ihm nach Hannover gesandt. So belehrte man ihn, als er nach England kam, und selbst Lord Cowper hatte in seiner theoretischen Abhandlung über die Parteien, die dem neuen Könige überreicht wurde, deutlich genug auf die Whigs als die für Georg wertvollere Partei hingewiesen. Und ferner! Die unter Georg I. 1715 und 1722 gewählten Parlamente hatten whiggistische Majoritäten, und obgleich ein Flügel der Whigs sich den Gegnern der Regierung angeschlossen hatte, so umfaßte die nunmehr aus Tories, Jakobiten und „renitenten“ Whigs bestehende Opposition gewöhnlich doch nicht viel mehr als ein Drittel der gesamten Mitglieder des Unterhauses. Welche Rolle würde der große Tory als leitender Minister gegenüber einem solchen Parlament gespielt haben, wie hätte er mit einem solchen Parlament regieren können? Als Haupt der Regierung hätte er zwar das Parlament auflösen können, aber wie, wenn die Neuwahlen nicht sofort eine torystische Majorität ergaben? Welchen Rückhalt hätte ihm alsdann der König bieten können? der König, der einen Minister brauchte, der das Vertrauen des Parlaments besaß? Georg I. hielt zu Walpole doch nicht nur wegen seiner staatsmännischen Begabung, nicht nur wegen seiner geschickten Behandlung der Finanzen, sondern vor allem, weil die Majorität des Unterhauses mit ihm marschierte und mit ihm seine Schlachten schlug. Zu einer solchen Stellung wäre Bolingbroke, der einmal

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 423 ff. 2, 27 ff.

durch *Act of Attainder* Gezeichnete kaum je gelangt, und wir glauben nicht daran, daß ihm sein Glück nur durch einen grausamen Zufall, nämlich durch den vorzeitigen Tod Georgs I., zerstört worden sei.

* * *

Kehren wir zurück zur Geschichte der literarischen Opposition gegen Robert Walpole. Neben der berühmtesten Erscheinung dieser Jahre, neben Swifts *Gulliver*, würde auch schon an dieser Stelle die Bettler-Oper von John Gay eine Behandlung verdienen. Denn auch sie hat politischen Charakter, auch in ihr steckt ein Stück Opposition gegen die Regierung. Allein der Inhalt des Werkes weist es doch noch mehr in das Gebiet der musikalischen Bestrebungen. Hier muß die politische Historie einmal der Musikgeschichte das Feld überlassen, und wir werden in anderem Zusammenhange auch von der Bettler-Oper noch zu reden haben.

Aber abgesehen von den einzelnen Schriften, die wie „*Gulliver*“ und die „*beggar's opera*“ ihren Platz in der englischen Literatur stets behaupten werden, und abgesehen von der Legion der Pamphlete, in denen Walpole und seine Politik immer wieder angegriffen und verhöhnt, geschmäht und heruntergerissen wurden, für die Öffentlichkeit jener Zeit war noch bedeutender die Tatsache, daß eine Anzahl regierungsfeindlicher Schriftsteller sich zusammentaten, um regelmäßig, zunächst zweimal die Woche, sodann einmal wöchentlich in einem dazu geschaffenen Organ, dem „*Craftsman*“, den Kampf gegen den herrschenden Minister und sein System aufzunehmen und ihn nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Das ging so fast zehn Jahre lang. Am 5. Dezember 1726 erschien die erste Nummer des „*Craftsman*“, am 17. April 1736 die letzte. Bolingbroke, die beiden Pulteneys, Swift und Arbuthnot, Pope und Gay sollen die Mitarbeiter gewesen sein. Aber kein Zweifel: Bolingbroke war die Seele des ganzen Unternehmens. Der von der parlamentarischen Walstatt Ausgeschlossene, hier kam er dennoch zu Worte. Äußere und innere Politik, Verfassung und Finanzen werden behandelt. Wir können im einzelnen Falle nicht immer sagen, von wem, denn der Versuch, die insgesamt 511 Artikel des „*Craftsman*“ auf die einzelnen Mitarbeiter als

Verfasser derselben zu verteilen, erscheint aussichtslos¹⁾. Daß Bolingbroke vorzüglich über auswärtige Politik, William Pulteney über Finanzen geschrieben, wird man glauben dürfen. Der Anteil von Swift und Arbuthnot, oder sagen wir des John Bull-Kreises ist schon schwerer zu erkennen, und die unter den Artikeln sich findenden Buchstaben A, C, D, N, O sind wohl absichtlich irreführend.

Von einem bestimmten politischen System, das im „*Craftsman*“ zum Ausdruck gekommen wäre, kann so wenig die Rede sein, wie von einem festen Programm der Opposition im Parlament. Kritik, Negation ist alles, man tadelt gleichsam unbesehen die Handlungen des Ministers und man macht ihn persönlich für alles, was geschehen ist, verantwortlich. Oft weiß man ja nicht einmal, wo die Maßregeln des Ministers hinauswollen. Dann wartet man gern auf den Ausgang, den Erfolg. Schweigt die Regierung gänzlich über ihre Absichten, so schweigt auch der „*Craftsman*“, um erst beredt zu werden, wenn alles vorbei ist, und wenn der Gang der Dinge sich rückblickend überschauen läßt.

Mit Vorliebe verweilt der „*Craftsman*“ bei gewissen Fragen und Ereignissen der auswärtigen Politik. Ein solches Thema ist der Vertrag von Hannover von 1725. Er wird immer wieder verurteilt. Im Jahre 1724, so heißt es etwa, waren wir mit allen fremden Mächten in vollem Frieden, und Handel und Wohlstand im Aufblühen begriffen. Dann aber kam das Bündnis von Wien und das seitens der Regierung Englands für notwendig erklärte Gegenbündnis von Hannover, und seitdem haben wir gleichsam einen latenten Kriegszustand. Als Grund für den Abschluß des Vertrages von Hannover habe man hingewiesen auf die angebliche Existenz geheimer Artikel, die zwischen Spanien und Österreich vereinbart und in denen die Rückgabe Gibraltars an Spanien, die Aufhebung der Kompagnie von Ostende, eine eheliche Verbindung des Don Carlos mit Maria Theresia und vor allem die Erhebung des Prätendenten auf den Thron Großbritanniens ausbedungen sein sollten.

Aber die beiden Fürsten haben die Existenz dieser Artikel geleugnet, und Karl VI. hat sein kaiserliches Wort dafür ver-

¹⁾ Die von Sichel, Bolingbroke and his Times 2 (1902), 249 gemachten Aufstellungen sind kaum überzeugend.

pfändet. Freilich, so spottet der „*Craftsman*“ in einem Appendix zum 10. Bande der Buchausgabe, der Kaiser ist ja ein Papist und darum sein Wort nicht so vertrauenswürdig wie dasjenige eines protestantischen Fürsten. Und ferner: wie unheilvoll waren die Folgen des Hannover-Vertrages. Drei kostspielige Flotten mußten 1726 hinausgesandt werden, in die Ostsee, ins Mittelmeer und nach Westindien. Die letztere sollte auf die spanische Silberflotte fahnden, aber die Spanier wußten die Gefahr zu vermeiden, und ihre Antwort war die Belagerung Gibraltars.

Dasselbe Thema wird immer wieder aufgegriffen, und noch in der allerletzten Nummer des „*Craftsman*“ im Jahre 1736 liest man von der schlechten Politik des Vertrages von Hannover. Wir mögen hinzufügen, es war das Schicksal Walpoles, daß gerade diese politische Aktion, an der er im Grunde ganz unschuldig war, ihm persönlich bis an das Ende seiner Laufbahn (in den letzten Kämpfen im Parlament 1741), ja noch darüber hinaus¹⁾ als ein schweres Verbrechen gegen die Nation vorgeworfen wurde.

Wie in der auswärtigen Politik der Vertrag von Hannover, so war es in der inneren die berühmte Akzisevorlage — sie wird uns noch beschäftigen — die mit ganz besonderer Heftigkeit in den Blättern des „*Craftsman*“ kritisiert wurde, und zwar mit denselben Vorwürfen, mit denselben Übertreibungen wie im Parlamentshause von Westminster.

Aber wie für die Opposition im Parlament, so gibt es auch für die oppositionelle Zeitschrift eine Schranke, die sie nie überschreitet. Sie kämpft gegen den Minister, aber niemals gegen den Träger der Krone. Nach dem Thronwechsel von 1727 wird Georg II. und seine Königin Karoline von Niemandem freundlicher begrüßt als von dem Wortführer des „*Craftsman*“. Dem neuen Könige wird es zu besonderer Ehre angerechnet, daß er, der geborene Ausländer, gleichwohl „die Sprache, die Sitten, die Gesetze und die Verfassung unseres Landes“ zu seinem besonderen Studium gemacht habe. Und durch den kleinen Hieb, der mit diesen Worten dem Andenken des jüngst ver-

¹⁾ A critical History of the Administration of Sir Rob. Walpole. 1743. 400 ff.

storbenen Monarchen versetzt wurde, fühlte sich wohl niemand mehr verletzt.

Man könnte versucht sein, den „*Craftsman*“ mit den der vorangegangenen Epoche angehörigen moralischen Wochenschriften zu vergleichen. Der „*Craftsman*“ ist wohl kaum weniger gelesen worden als vordem der „*Spectator*“. Aber wie verschieden sind beide. Mit dem anmutigen Geplauder der moralischen Wochenschriften hat die scharfgeschliffene Dialektik des „*Craftsman*“ nichts gemein. Dort war leichte Unterhaltungslektüre geboten worden, hier ist alles Politik. Der „*Craftsman*“ will nicht belustigen sondern belehren, er will nicht geistreich plaudern, sondern das politische Urteil seines Lesers bilden und festigen. Wohl kam auch er damit den Bedürfnissen der Zeit entgegen. Es war ein politisch erregtes Jahrzehnt. Und was der „*Craftsman*“ bot, es war dazu bestimmt nicht nur die Neugierde des Publikums zu befriedigen, sondern zugleich die Kampf Stimmung gegen den allmächtigen Minister zu stärken.

* * *

Das war auch der Sinn des wichtigsten Beitrages, den Lord Bolingbroke selbst, den wir als die Seele des *Craftsman* bezeichnen könnten, für die Zeitschrift geliefert hat. Was er in neunzehn Briefen für den *Craftsman* geschrieben, das faßte er noch in einem förmlichen Buche zusammen und nannte es eine Abhandlung über die Parteien. Jedermann erkannte sofort, daß es eine Kampfschrift gegen die Regierung war, und wie um diesen Zweck seiner *Dissertation upon Parties* noch deutlicher zu machen, eröffnete der Autor seine Schrift mit einer ironischen Widmung an Sir Robert Walpole. Schon in dieser Widmung kündigt er die Absicht an, zu zeigen, wie unheilvoll die Spaltung in Parteien gewirkt habe, wie die Verfassung durch sie gefährdet und die Freiheit an den Rand des Abgrundes gebracht sei. Er selbst aber gibt sich als den Mann, dessen Streben es ist, die Parteien zu versöhnen, die Angehörigen aller politischen Gruppen zu vereinen und sie aufzuklären über den wahren Sinn der Verfassung. Er will die Ziele der Revolution verwirklichen, er will eintreten für die Unabhängigkeit der beiden Häuser des Parlaments, er will die Freiheit der Wahlen gegen Korruption ebenso schützen, wie sie bereits gesichert sind gegen die Übergriffe

der Prärogative. Und schon aus dieser Widmung soll der Leser den Eindruck erhalten, daß kein anderer als der allmächtige Minister sich der Erreichung dieser Ziele entgegenstellt. Wir sagen: Unsere Könige können kein Unrecht tun, sie können nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wohl aber ihre Minister. Diese sind die Verantwortlichen, jeder für sein Ressort, und der erste, *the prime or sole Minister* (wenn ein solcher da ist) für das Ganze. Er kann in diese Stellung, in diesen gefährlichen Posten ja nur gelangt sein durch Übergriffe gegen seine Kollegen, auf Schleichwegen, durch Intriguen, durch Einflüsterungen, durch schlaue Geschäftskniffe, denn nicht der Wille des Volkes führt ihn so hoch und auch nicht der Ruf seines Herrn. Zum ersten Male, wenn ich nicht irre, wird hier ein wuchtiger Angriff gegen den *Prime Minister* als solchen gerichtet. Der Name klang in den Ohren der Engländer jener Tage so gehässig, so überheblich, daß alles Unrecht, das man Walpole vorwarf, in dem einen Wort gesammelt erschien und zugleich sollten damit alle Verbrechen, alle Fehler der Regierung als die gehäuften Schuld des Einen gebrandmarkt werden. Der Verfasser der „*Dissertation*“ hingegen, so sehr er die Ruhe und den Abschied von dieser Welt ersehnt, er wird der ihm drohenden Verfolgung trotzen, und er ist sicher, daß er die Welt mit mehr Ehre verlassen wird, als seine Gegner. — Tönende Worte, wenig erschütternd und auch wenig glaubwürdig im Munde eines Bolingbroke, der zwanzig Jahre früher, anders als sein mutiger Kollege Oxford, es vorgezogen hatte, außer Landes zu fliehen, statt der drohenden politischen Verfolgung die Stirn zu bieten.

In der Abhandlung selbst, die den Lesern des *Craftsman* schon bruchstückweise bekannt geworden war, will Bolingbroke den Beweis liefern, daß das alte Schema der Parteien, so wie es aus der Zeit nach dem Bürgerkriege überliefert war, seine Bedeutung längst verloren habe. Die Schlagworte von ehemals gelten nicht mehr, „die Hauptmasse beider Parteien bildet heute ein Ganzes“. Ernsthaft betrachtet gibt es keine Whigs und keine Tories mehr, sondern nur noch die Anhänger des Hofes und die Partei des Volkes, der Nation (*Court and Country Party*). Die Whigs sind keine *Roundheads* mehr, die Tories keine Kavaliere. Hatte man zuvor gesagt, die Idee des ursprünglichen Vertrages, die Autorität und die Unabhängigkeit des Parlaments,

Freiheit, Recht des Widerstandes, Recht auf Ausschließung, Abdankung, Absetzung des Königs, das seien die Forderungen der Whigs, denen kein Tory zustimmen könne, oder hatte man auf der andern Seite von dem göttlichen Recht der Könige, von passivem Gehorsam, von der Prärogative, von Non-Resistance und Sklaverei, vielleicht gar von Papismus gesprochen und so den Standpunkt der Tories umschrieben, und hatten die beiden Gruppen einander nicht weniger gehaßt als dereinst Guelphen und Ghibellinen, so ist das alles vorüber, erloschen seit der Revolution von 1688. Zu passivem Gehorsam und *Non-Resistance* bekennen die Tories sich so wenig wie die Whigs, und die trennende Frage kann nur noch lauten, welches Maß von Unterdrückung oder Gefahr eintreten müßte, um den Widerstand zu rechtfertigen. Wenn trotz alledem die Gegensätze nicht verschwunden und sogar die Namen Whig und Tory nicht fallen gelassen sind, so sollte man sich dadurch nicht täuschen lassen. Die Whigs wollen nicht die Kirche zerstören und die Tories nicht den Staat. Es handelt sich überhaupt nicht mehr um Grundsätze, der Kampf geht nur noch um den Besitz der Macht.

Es ist dieselbe offenherzige Erklärung, die Bolingbroke schon einmal, bald nach seinem Sturze, in dem Briefe an Sir William Wyndham abgegeben hatte. Jetzt bildet sie gleichsam den logischen Schluß einer Erzählung, in welcher der Autor die Geschichte des Toryismus und des Whiggismus von der Wiege bis zum Grabe hat geben wollen. Aber im Grunde ist seine Erzählung dürftig und tendenziös und auf eine bestimmte These eingestellt. Wieviel sachlicher und lehrreicher war doch jene Beschreibung der englischen Parteien gewesen, die Rapin-Thoyras, der Hugenottische Schriftsteller, schon vor zwanzig Jahren geliefert hatte.

Hat also Bolingbroke mit seiner Erzählung in den ersten zehn Briefen sagen wollen, daß die Geschichte der beiden Parteien eigentlich mit der glorreichen Revolution zu Ende und doch nicht zu Ende sei, so verliert er sich in den weiteren Teilen seines Werkes immer mehr in allgemeinen Erörterungen, in denen er mit unendlichen Wiederholungen immer wieder die englische Verfassung und die Freiheit rühmt, doch ohne im geringsten originell zu sein. Der ursprüngliche Vertrag, den übrigens Wil-

helm III. und Georg I. durch ihre Thronbesteigung erneuert haben sollen, spielt dabei als Voraussetzung für das Mitgeteilte die gewöhnliche Rolle. Ebenso wird die Dreiteilung der Legislative, das Gleichgewicht zwischen König, Lords und Commons, gepriesen. Dann werden Vergleiche mit anderen Verfassungen angestellt, z. B. mit der römischen, die aber bei all ihrer Vortrefflichkeit nicht imstande gewesen sei, die Römer vor Sklaverei zu bewahren.

Wer, wie Bolingbroke, die alten Parteien als überlebt bezeichnete, der dürfte allerdings seinen Lesern gegenüber seine alten Freunde, die Tories so wenig schonen wie die Whigs. So hat er denn auch gleichsam mit seiner Tory-Vergangenheit abgeschlossen und für seine alten Parteigenossen findet er nicht weniger harte Worte als für die Whigs. Welcher Tory alten Schlages hätte es gewagt, die Lehre von dem göttlichen, unzerstörbaren Rechte des Königs als „albernes Geschwätz“, und den König nicht mehr als den Gesalbten des Herrn zu bezeichnen, sondern offen heraus zu erklären, der König sei nichts anderes als ein höchster Beamter, der für den Dienst der Allgemeinheit eingesetzt ist, weil diese die exekutive Gewalt einer einzigen Person übertragen sehen wollte? „Er hat eine Krone auf dem Haupte, ein Szepter in der Hand und sammetene Gewänder um die Schultern. Er sitzt auf einem Throne, während die anderen stehen. Aber das alles nur, um die Aufmerksamkeit und die Verehrung der Masse auf seine Person zu lenken.“

Man mag in dieser entschlossenen Absage an alte Vorurteile die Denkweise des aufgeklärten Zeitalters, vielleicht auch französische Einflüsse erkennen. Englische Staatsauffassung der Zeit war dies jedoch keineswegs, am wenigsten die der Träger der Krone. Das Wort Friedrichs von dem Könige als dem *premier serviteur de l'État* — keiner der beiden ersten George würde so gesprochen haben.

Was aber Bolingbroke am meisten am Herzen lag und womit er den schärfsten Pfeil gegen den verhaßten Feind zu schleudern meinte, das ist der Vorwurf der Korruption. Ehedem, vor der Revolution von 1688, sagt Bolingbroke, war die Freiheit des Parlaments gefährdet durch die Prärogative des Königs, durch die Übergriffe Jakobs II. Jetzt ist es das Geld, von dem die Gefahr droht. Die neue Ordnung der Staatseinnahmen, die

Begründung der Zivilliste macht es der Krone und macht es insbesondere einem ungetreuen Minister an der Spitze des Schatzamts möglich, die Unabhängigkeit des Parlaments zu zerstören. Wohl hütet sich Bolingbroke dem regierenden Herrscher mit Vorwurf oder Verdacht entgegenzutreten. „Zu Seiner gegenwärtigen Majestät haben wir alle das größte Vertrauen, aber dereinst könnte aus den vorhandenen Mitteln ein unerschöpflicher Fonds der Korruption gebildet werden, und die Siebenjährigkeit der Parlamente würde den Boden abgeben zu dem abscheulichen Spiel einer siebenjährigen nationalen Korruption. So ist die Lage. „Die Macht des Geldes ist wahre Macht, jede andere Macht ist imaginär, und Prärogative ist ein Phantom.“

So ist aus diesem Bolingbroke'schen Lehrbuch der Parteien ein wuchtiger Angriff geworden auf das Regierungssystem des herrschenden Ministers. Wer die Schrift zu Ende liest, hat Whig und Tory schon fast vergessen, und was er in der Hand hält, ist nicht mehr, wie es anfangs erschien, ein politischer Katechismus. Statt dessen fühlt sich der Leser hereingezogen in die Kämpfe der Zeit, in das ewige Sturmlaufen der Opposition gegen die Regierung. Er meint die beiden großen Figuren jener Tage leibhaftig vor sich zu sehen, Walpole und Bolingbroke, den im Besitz der Gewalt befindlichen Staatsmann und seinen von aller Macht ausgeschlossenen, ewig enttäuschten, haßerfüllten Gegner.

* * *

Von allen Gegnern Walpoles war Bolingbroke am schwersten zu fassen. Er tritt ihm niemals auf der parlamentarischen Walstatt gegenüber. Er schießt seine Pfeile hinterrücks ab, er bleibt hinter der Szene, aber wie der Regisseur, der jedem der Agierenden seine Rolle zuteilt und ihn im gegebenen Momente auf die Bühne schickt. Was hier gesagt wird, es sind oft nur die eingelernten Sprüche des unsichtbar Wirkenden hinter den Kulissen.

Endlich gelingt es Walpole, den Gegner entscheidend zu treffen. Es war im Jahre 1734, als die Opposition wie bereits erwähnt, die Aufhebung der Septennial-Akte von 1716 empfahl. Der Antrag ward mühelos zum Scheitern gebracht. Aber dazu gab es noch eine Sensation. Walpole redete zuletzt und unvorbereitet. Seine unvorbereiteten Reden sind oft die besten. Vor ihm hat Sir William Wyndham ein Raketenfeuer gegen ihn ab-

gebrannt, ohne ihn zu nennen, aber mit Anspielungen auf einen nur in der Phantasie existierenden Minister, der nur durch Bestechungen zu regieren versteht. Walpole hat in den Worten Wyndhams die Ideen Bolingbrokes erkannt und redet nun in derselben schalkhaft geheimnisvollen Art von dem ebenso nur in der Phantasie existierenden „Antiminister“, der sich allein für fähig hält, die Sache der Nation zu führen, und jeden andern für einen Stümper erklärt. Die Opposition ist beschämt. Pulteney selbst rät Bolingbroke, England zu verlassen, und Bolingbroke geht.

* * *

So war Bolingbroke aus England fortgegangen. Man kann die Briefe, die er damals seinem Freunde Wyndham schrieb, nicht ohne Bewegung lesen¹⁾. Die ganze Tragik dieses Lebens liegt darin, die einstige Höhe und der Sturz, die Hoffnung auf die Wiedererhebung, die Erinnerung an das verzweifelte Ringen gegen den übermächtigen Gegner, der die Herrschaft in Händen hielt, und endlich das Gefühl, nun ist alles vorüber, und alles ist umsonst gewesen. Und geblieben ist nichts als die Enttäuschung. Der Feuergeist von ehemals ist matt geworden. Seines Bleibens im Vaterlande ist nicht mehr. Er geht zum zweiten Male, jetzt aber freiwillig, von seinen eigenen Freunden verlassen, ins Exil.

Mit dem Herzen aber bleibt er in der Heimat. „Solange mein Herz schlägt, wird es warm für Großbritannien schlagen und für euch,“ — er meint seine Freunde. „In Frankreich werde ich nur Weltbürger sein.“ Er meint, gekämpft zu haben für die Verfassung, die bedroht ist, und er hat seine Pflicht getan. Das Leben kann ihm nichts mehr bieten. Selbst an seiner vollen Rehabilitierung, die er so sehr gewünscht hatte, ist ihm nichts mehr gelegen. „Mit jeder Stunde werde ich gleichgültiger gegen das Leben und gegen alles, was das Leben zu bieten vermag.“ Trübe Gedanken des früh aus seiner Bahn Geschleuderten, der nun vollends als ein gebrochener Mann sein Vaterland verlassen hatte.

* * *

¹⁾ Bei Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 333 ff.

Bolingbroke ist noch wiederholt auf britischem Boden erschienen. Er hat auch seine letzten Jahre in England verbracht. Am politischen Leben aber hat er nicht mehr — auch nach dem Sturze Walpoles, den er erlebte — nicht mehr teilgenommen.

Als Schriftsteller aber nimmt er in der philosophischen wie in der politischen Literatur Englands einen so wichtigen Platz ein, daß wir dem Gefallenen hier noch mit einigen Betrachtungen folgen müssen.

Spricht man von Bolingbroke als Philosoph, so sollte man sich vor allem daran erinnern, wie er eigentlich zur Philosophie gekommen ist. Nicht durch den aus innerster Seele hervorquellenden Trieb, Klarheit zu gewinnen über die letzten Fragen des Daseins. Es ist nur der unbefriedigte Tatendrang eines Mannes, der nach einem neuen Lebensinhalt sucht. Das Reich der Politik, dem sein Herz gehört, ist ihm verschlossen. Sein England hat ihn ausgestoßen und in Frankreich bleibt er ein Fremdling. Da beginnt er, während seines ersten Exils, schon ein Vierziger, sich einzuleben in die Gedankenwelt der Philosophie seiner Zeit. Aber neue, originale Ideen hat er ihrem Werke nicht hinzugefügt. Als Philosoph steht Bolingbroke auf den Schultern Lockes und der Franzosen. Ohne von der Skepsis der Franzosen frei zu sein, stellt er ihnen als ein Positives die empiristische Weltanschauung Lockes gegenüber, die er sogar, strenger als Locke selbst, allein auf die sinnliche Wahrnehmung, d. h. ohne Zuhilfenahme des reflektierenden Verstandes, zurückführen will. In Fragen des Glaubens gelangt er so, mit scharfer Zurückweisung des Atheismus, zur Annahme der Existenz Gottes. Als Religionsphilosoph stellt er sich damit auf den wohlbekanntesten Standpunkt¹⁾ des englischen Deismus, der die überlieferte Religion als solche keineswegs bekämpft, nur daß er sie nicht auf Offenbarung, sondern lediglich durch Vernunftschlüsse begründet sehen will. Es klingt bei Bolingbroke sogar noch entschiedener als bei den Deisten, die das Christentum gelten lassen wollen, nur weil es dem durch die Vernunft gebotenen Gottesbegriff entspricht. Für Bolingbroke ist Gott als ein vollkommenes, für sich selbst existierendes Wesen, auch der Schöpfer aller Dinge²⁾.

¹⁾ Vgl. Bd. 2, 78.

²⁾ *I Considered the „Supreme Being, in all I said, as a first intelligent Cause, and as the Creator of the universe“.* Philosophical Works 5, 226.

„Mag man nun über die philosophischen Werke Bolingbrokes denken, wie man will, so sind wir doch, was seine politischen Schriften angeht, alle darin einig, daß sie ein vollkommenes System praktischer Politik enthalten, geschrieben mit einer Kraft des Stils und einer Schärfe der Beweisführung, wie man sie vergebens suchen würde in den Abhandlungen unserer berühmtesten Schriftsteller über die Verfassung.“ Wir mögen diesen Worten, mit denen ein Verleger die Ausgabe der bedeutendsten Schrift Bolingbrokes begleitet, unbedenklich zustimmen. Doch ist damit die Frage, ob die hier vorgetragenen Ideen für ihre Zeit die richtigen waren, noch gar nicht berührt. Bolingbroke hat in diesem Werke, den Briefen über den Geist des Patriotismus und die Idee eines patriotischen Königs“, eigentlich nur die in der *Dissertation upon Parties* ausgesprochenen Gedanken zu logischem Abschluß gebracht. Hatte er in der früheren Schrift den Beweis führen wollen, daß die Parteien überlebt seien, ja daß sie im Ernste gar nicht mehr existierten, so versucht er jetzt eine Antwort zu geben auf die Frage: Was nun? Er findet sie in jenem Geist des Patriotismus, der, erhaben über Parteiinteresse, nur dem Ganzen, d. h. der Nation dienen will. Er findet ihn vor allem in der Gestalt des patriotischen Königs, der als eine Art Idealfigur, als „Verbindung von vollkommenster Staatsmannschaft und vollkommenstem Menschentum“¹⁾ erscheint. Wie dem Volke ein solcher Herrscher erstehen soll, wird umso weniger klar, da der Autor, zwischen Wahlmonarchie und Erbmonarchie schwankend, sich doch für die letztere entscheidet. Wenn er ferner das Amt des *Prime Minister* (ohne es zu nennen) nicht aufgeben will, so erhält man fast den Eindruck, als ob er, der Sechzigjährige, in dieser Rolle vielleicht noch sich selbst sehen möchte, als der patriotische Minister unter dem patriotischen Könige.

Brauchbares wird man unter diesen Vorschlägen kaum entdecken, und von der englischen Wirklichkeit ist in diesem Bilde nicht mehr viel übrig geblieben.

Als einen Anhang zur Idee des patriotischen Königs schrieb Bolingbroke noch eine Abhandlung über den Stand der Parteien zur Zeit der Thronbesteigung Georgs I.²⁾ Doch gibt er hier

¹⁾ Vgl. W. Ludwig, Lord Bolingbroke und die Aufklärung. 1928.

²⁾ Letter III. Of the State of Parties at the Accession of King George I.

nicht etwa, wie einst Rapin es getan, eine kluge Umschreibung der politischen Ideen, eine Art Naturgeschichte von Whigs und Tories. Der Rückblick auf das Jahr 1714 soll nur wieder dazu dienen, die Richtigkeit seiner eigenen Ideen zu erhärten, für die er seit Jahren gekämpft hat. Dieses Mal nennt er insbesondere Graf Oxford, seinen Kollegen im Ministerium der Königin Anna, als denjenigen, der das Unheil verschuldet hat. Oxford hat durch dauernde private Korrespondenz das Vertrauen der Königin in einem Maße an seine Person gefesselt, daß er, wie der Majordomus in alten Frankenreiche, fast allein schalten konnte. Eine Koalition von Whigs und Tories, wie sie unter Marlborough und Godolphie einmal geschaffen war, und wie sie auch später möglich gewesen wäre, Oxford hat sie verhindert. Er hat den Tories geschmeichelt und die Whigs zurückgestoßen. So sind diese aus einer nationalen Partei eine Faktion geworden, d. h. eine Gruppe, der ihre besonderen Interessen wichtiger waren als die der Nation. Sie haben es fertig gebracht, sich als die berufenen Hüter der protestantischen Succession auszugeben, und so wurden sie, als Georg I. im Lande erschien, die Herren der Situation. Aber, so will Bolingbroke sagen, es war ein falscher Schritt, wenn die gegenwärtige Regierung aufgebaut wurde auf der schmalen Grundlage einer einzigen Partei.

Übrigens vermag Bolingbroke nicht einmal seinen ehemaligen Genossen, den Tories, völlig gerecht zu werden. Das Beste an dem Gedankengut der Tories, es erscheint verwaschen, die zukunftsreichen Ideen im Toryismus entstellt. Daß aus der Betonung des von Gott befohlenen Gehorsams gegen den Monarchen eine schärfere Erfassung des Staatsgedankens werden konnte¹⁾, davon spürt man in dieser Darstellung nichts. Er will überbrücken, will vereinigen und verschmelzen. Er strebt nach dem höheren Ideal des Verschwindens der Parteien. Dahin aber wird es erst kommen, wenn der Patriotismus sich auf dem Throne niedergelassen hat.

Und nun wird das alles vorgetragen nicht mit der Ruhe des objektiven Beobachters, sondern mit der ganzen Bitterkeit des politischen Kämpfers, des Märtyrers, des Verbannten. Er

hat persönlich zu viel gelitten, um über die englische Politik seiner Tage, über die Politik Walpoles unbefangen urteilen zu können. Im Grunde ist alles, was er sagt, nur eitel Gerede, und die geschichtliche Entwicklung ist darüber hinweggegangen.

Ein Werk der Verbannung sind auch die „Briefe über das Studium und den Nutzen der Geschichte“. Bolingbroke schrieb sie, nachdem er England zum zweiten Mal verlassen hatte. Sie sind neben den politischen Schriften, neben den gegen Walpole und sein System gerichteten Schriften, d. h. neben den Craftsman Artikeln und dem „Patriotischen Könige“ wohl das beste Erzeugnis seiner Feder. Und vielleicht beruht auch bei ihnen die starke Wirkung auf dem mächtigen politischen Pathos, von dem der Autor auch noch, wo er als Historiker redet, beseelt ist. Denn von Abgeklärtheit, von wissenschaftlicher Ruhe ist hier nicht die Rede. Die Geschichte ist dazu da, um aus ihr zu lernen, Welt und Menschen und Staat und Religion richtig zu verstehen. Sie soll nicht zum Zeitvertreib dienen, denn sie will ernst genommen sein. Die Philosophie kann nur abstrakte Lehren geben, die Historie zeigt uns die Menschen wie sie sind, zeigt sie uns „in ihrer natürlichen Größe.“ Nur das volle historische Leben findet Bolingbroke interessant, und mit Verachtung spricht er von den Handlangern der Wissenschaft, von jenen Gelehrten, die nichts tun als die Bedeutung schwerer Wörter erklären, oder die wie jener kleine Oxford Student Gottes Gnade darin erkennen, daß er die Welt mit Lexikonsverfassern gesegnet habe.

Von jener trockenen Gelehrsamkeit ist er allerdings weit genug entfernt, denn als einen kritischen Forscher darf man ihn sich nicht vorstellen. Er nimmt die Quellen, wo er sie findet, und die darstellenden Werke dazu, und für die jüngste Vergangenheit muß das eigene Gedächtnis die Lücken ausfüllen.

So hat der gewesene Staatsmann mit seinen literarischen Werken wohl Zierden der englischen Prosa geschaffen, doch ohne der Welt damit Dauerndes zu geben. Denn es ist ja doch nur der immer wieder zur politischen Arena hinstrebende Feuergeist, der allen Schwung und alle Kraft seiner Seele in einer zuletzt doch unfruchtbaren Opposition verschwendet, um sich endlich matt und resigniert zurückzuziehen.

¹⁾ Vgl. Keith Feiling, A History of the Tory Party 1640—1714. (1924) 492.

Walpole hat es besser gehabt. Er darf sich ausleben, er bleibt der Mann der Tat bis an das Ende. Aber eine in hellen Farben gehaltene Schilderung des Walpole'schen Zeitalters würde nicht vollständig sein, würde des dunklen Hintergrundes entbehren, wenn nicht auch die Tragödie des größten seiner Widersacher darin behandelt wäre.

* * *

In unserer Behandlung des Parlaments der Walpole'schen Zeit darf auch die Frage nicht unerörtert bleiben, wieviel von dem, was hier geschah, in die Öffentlichkeit drang, und auf welchem Wege. Das Publikum war lebhaft daran interessiert, erfuhr aber in der Regel doch nicht allzu viel. Die Protokolle der einzelnen Sitzungen, *votes* genannt, wurden allerdings seit 1681 gedruckt. Seitdem wurde beim Beginn jeder Session, in der Form einer *Sessional Order* vom Unterhause die Anordnung getroffen, daß die Beschlüsse des Hauses unter der Aufsicht des Sprechers gedruckt werden sollten, und in laufender Reihe wurden also die am Schreibertische während der Sitzung gefertigten Protokolle dem Druck übergeben. Am Ende der Session wurden ferner die sämtlichen aufgelaufenen Protokolle unter dem Namen eines Journals der Session zusammengestellt und einstweilen in den Räumen des Parlaments in Verwahrung genommen. Über den Zweck dieser *Journals* war man nicht so recht im Klaren¹⁾, bis eine neue Unterhausdebatte im Jahre 1730 die Auffassung begründete²⁾, daß sie nicht nur als historisches Material zu bewerten seien, sondern auch zur Informierung der Mitglieder im Sinne von Präcedenzfällen zu dienen hätten. Es war nämlich über eine zu Annas Zeiten geführte Verhandlung eine Meinungsverschiedenheit entstanden. Man holte das Journal herbei, ließ es verlesen und schuf Sicherheit über das damals Geschehene, wobei noch Robert Walpole, dessen Auffassung der Sache sich als die richtige herausgestellt hatte, einen kleinen Triumph feiern konnte. Und von nun an durfte man sich im parlamentarischen Geschäft, auch ohne Anstoß zu erregen, auf die *Journals* berufen³⁾.

¹⁾ Egmont, Diary 3, 35.

²⁾ Ebd. 3, 43.

³⁾ So geschah es in dem Antrage Pulteneys vom 21. Febr. 1740. P. H. 11, 491.

Eine Veröffentlichung der *Journals* ist aber in Walpoles Zeit überhaupt noch nicht erfolgt.

Den *votes* war der äußere Gang der Verhandlungen wohl zu entnehmen. Aber auch nichts darüber hinaus. Die *votes* enthalten alles, was die beiden Häuser beschäftigt hat, die Eröffnung des Parlaments, den Wortlaut der Thronrede, sodann wie diese in beiden Häusern noch einmal verlesen wird, „*to prevent mistakes*“ pflegt der Sprecher des Unterhauses zu sagen. Dann folgt der Beschluß einer Adresse, vielleicht sofort ein Zusatzantrag oder ein *Amendment*, die Ernennung einer Kommission um die Adresse im Sinne des gefaßten Beschlusses zu entwerfen, der Bericht der Kommission und der Beschluß der Adresse. Nun werden diejenigen Mitglieder des Hauses, die zugleich dem *Privy Council* angehören, beauftragt, vom Könige die Angabe von Tag und Stunde zu erbitten, wann er bereit sei, das Haus zu empfangen und die Adresse entgegenzunehmen, endlich die Mitteilung, daß solches geschehen ist, und die Antwort des Souveräns.

Man ersieht genau, wie die geschäftliche Erledigung verlaufen ist, aber auch nicht mehr. Daß, wie so oft, der Inhalt der Thronrede und der Wortlaut der Adresse heftig umstritten ist, daß gerade dies die bequeme Gelegenheit war, um die gesamte Regierungspolitik zu kritisieren, sie anzugreifen oder zu verteidigen, daß gerade in der Adreßdebatte die Parteigrößen zu glänzen pflegten, davon erfährt der Leser der *votes* nichts, geschweige denn, daß ihm die Möglichkeit geboten wäre, die Namen der Redner zu erfahren und den Gang der Debatte zu erkennen.

Auch eine Anzahl regelmäßig beim Beginn jeder Session gefaßter Beschlüsse, die *Sessional Orders*, und ebenso die erlassenen Befehle fand man in den *votes*; so den Beschluß, daß kein Peer des Königreiches bei der Wahl eines Unterhausmitgliedes eine Stimme abgeben solle, so die feierliche Erklärung gegen Korruption bei den Wahlen, gegen die das Haus mit größter Schärfe einschreiten werde¹⁾. Jedermann wußte freilich, daß ein solcher Beschluß nur eine grundsätzliche Erklärung bedeutete, an die sich doch niemand hielt. Und nicht minder

¹⁾ Nach den *Journals*.

illusorisch war auch der harmlosere, ebenso regelmäßig erlassene Befehl, daß kein Mitglied des Hauses sich unterfange, während einer Sitzung einen Fremden oder Fremde ins Haus oder auf die Gallerie einzuführen.

Mit dieser mageren Kost wollten sich aber die politisch interessierten Kreise nicht abspesen lassen. In den Kaffeehäusern und Schenken in der Nachbarschaft des Parlaments, ja auch außerhalb Londons, fanden sich die nach Neuigkeiten aus Westminster dürstenden Elemente regelmäßig zusammen, um Nachrichten auszutauschen. Auch von Mund zu Mund ist vieles von dem in Westminster Geschehenen weitergetragen worden. Die Parlamentsmitglieder selbst schwiegen nicht, in beiden Häusern gibt es Gallerien, die zwar gelegentlich geräumt werden, aber Bevorzugte dürfen bleiben und alles mit anhören. Unter solchen Umständen hat der preußische Resident, 7 Stunden lang, die ganze Verhandlung über Atterbury im Oberhause mitangehört¹⁾. Da geschah es denn auch leicht, daß man aus den *votes*, den amtlichen Protokollen, mehr herauszulesen versuchte als was darin stand. Walpole selbst hat in jungen Jahren schon einmal Veranlassung genommen, darüber Klage zu führen. „Man ist nun schon so lange daran gewöhnt“ heißt es in einer von ihm verfaßten Flugschrift aus dem Jahre 1712²⁾, „die *votes* gedruckt zu sehen, daß das Volk es als sein gutes Recht betrachtet, nicht nur täglich über die Vorgänge im *House of Commons* unterrichtet zu werden, sondern sich auch für berufen hält, über die Handlungsweise seiner Vertreter zu Gericht zu sitzen.“ Aber, meint er, so kommt man zu falschen Schlüssen. „Aus einem solchen *vote* mehr herauspressen zu wollen, als was der natürliche Sinn der Worte ergibt, oder Konstruktionen darauf aufzubauen, an die das *House of Commons* unmöglich gedacht haben kann, scheint mir höchst vermessen zu sein.“ Solche Erwägungen, sollte man meinen, hätten zu dem Schluß führen müssen: darum sollte man nicht stehen bleiben bei der bloßen Veröffentlichung der *votes*, man sollte weiter gehen und auch die Debatten, die gehaltenen Reden dem Publikum zu lesen geben.

¹⁾ Wallenrodt, 10./21. Mai 1723. G.St.A.

²⁾ Somers' Tracts 13, 318 ff.

Aber davon war man weit entfernt, auch Walpole selbst hat nichts davon hören wollen, und das Verbot jeder Veröffentlichung von Parlamentsdebatten ward 1738 von neuem eingeschärft. Trotz alledem haben sich immer wieder unternehmende Buchhändler und Drucker gefunden, die allen Gefahren zum Trotz Berichte aus dem Parlamente herausbrachten, und meistens geschah solches unter der Konnivenz, vielleicht gar der Assistenz der Mitglieder beider Häuser. Man sah die Leute auf der Gallerie oder in einem Winkel des Hauses, man achtete nicht viel auf sie und ließ sie meistens gewähren. Es entstand so etwas wie eine oberflächliche Berichterstattung. Die seit 1711 von Abel Boyer herausgegebene Zeitschrift *Political State of Great Britain*, allmonatlich erscheinend, enthielt schon eine summarische Berichterstattung über die Parlamentsdebatten. Seitdem hörte diese Berichterstattung wohl niemals mehr völlig auf. Auf den *Political State* folgte das *Historical Register*, und eine gewisse Berühmtheit haben besonders die Berichte erlangt, welche das Gentleman's Magazine brachte. Sie beginnen mit dem zweiten Jahrgang der Zeitschrift, 1732¹⁾. In der Januar-Nummer wurde lediglich die Thronrede abgedruckt, wie man sie überall lesen konnte, sowie des Königs Antworten auf die Adressen der beiden Häuser. Ein halbes Jahr später, in der Juli-Nummer, fand man schon eine kurze Wiedergabe der Adreßdebatte, wie sie seiner Zeit im Unterhause gehalten worden. Und von nun an brachte das Magazin gelegentlich solche Berichte, in denen die Reden kurz skizziert, die Namen der Redner mit ein paar Buchstaben, aber für jedermann verständlich, angedeutet waren. Denn wer hätte nicht gewußt, daß er für Mr. P—y Pulteney, für Sr. W—m W—m Sir William Wyndham und für Sr. R—t W—e Sir Robert Walpole lesen sollte? Aber diese Berichterstattung war weder pünktlich noch regelmäßig, sie beschränkte sich auf besonders wichtige Debatten, gab diese wieder ohne erkennbare politische Färbung und bezweckte nichts weiter als die Darbietung eines interessanten Lesestoffes zur Empfehlung der Zeitschrift.

Das ging so fort, und die Unregelmäßigkeit der Berichterstattung ist z. B. darin zu erkennen, daß spätere Debatten gelegentlich einen Monat früher mitgeteilt wurden als die schon

¹⁾ Das Folgende nach der Serie des Gentleman's Magazine.

weiter zurückliegenden. Oder die Wiedergabe einer Rede bricht plötzlich in der Mitte ab und vertröstet den Leser mit dem Vermerk „Fortsetzung folgt“ auf den Schluß der Rede im nächsten Monat. In dem Maße aber, wie die Berichte voller wurden und wie vielleicht auch eine gewisse Parteinahme in dem Grade der Ausführlichkeit zu erkennen war, mit der die Reden von der einen und der andern Seite abgedruckt wurden, begann das Parlament sich mit der Sache zu beschäftigen, und die Herausgeber des Magazins wurden beunruhigt. Im Jahrgang 1737 findet man noch bis in den Dezember hinein die gewohnten Parlamentsberichte mit oft ausführlicher Wiedergabe der Debatten und mit einer am Schlusse gegebenen Aufzählung der Redner für und wider in den üblichen Abkürzungen. Dann folgt eine Lücke, veranlaßt durch eine Resolution der Commons, welche das Verbot der Veröffentlichung von Vorgängen im Parlament von neuem in Erinnerung brachte und die Zuwiderhandelnden mit Strafe bedrohte. Nun verfielen die Leute vom Magazin, die ihren Abonnenten die gewohnte Lektüre nicht entziehen wollten, auf eine wunderliche Ausflucht. Die Juni-Nummer 1738 beginnt mit der schelmischen Ankündigung, man sei in der Lage, durch die Güte eines Enkels von Kapitän Gulliver fortan Berichte zu bringen über die Verhandlungen des Senats von Liliput.

In dieser Form ward sofort eine große Rede Walpoles gedruckt, der freilich auftritt in der unschuldigen Verkleidung eines „Prime Minister“ von Liliput, des Mannes, der es vorgezogen hat, seinen Sitz im Hause der Clinabs der (Commons) zu behalten und die ihm von seiner Liliputanischen Majestät angebotene Ernennung zum Nardac (Peer) abzulehnen. In diesem Gewande erschienen die Parlamentsberichte des *Gentleman's Magazine* noch weit über die Epoche Walpoles hinaus. In dieser Form erschienen auch jene berühmten, von Samuel Johnson frei erfundenen, oder soll man sagen nachempfundenen Parlamentsreden, die der ganzen Berichterstattung über das Parlament des 18. Jahrhunderts einen so üblen Ruf verschafft haben.

Nicht ganz mit Recht. Walpole und Pulteney haben erklärt, daß ihre Reden, wenn sie durch Druck verbreitet wurden, nicht eben schlecht wiedergegeben seien¹⁾. Die wirkliche Über-

¹⁾ In seiner Rede P. H. 10, 809 sagt Walpole freilich einmal das Gegenteil. Aber das günstigere Urteil wird durch Coxe bestätigt. Vgl. P. H. 9. Preface.

lieferung, wie sie allmählich in verschiedenen Sammlungen, besonders aber in der *Parliamentary History* zusammengetragen ist, enthält auch ein Material, das zwar ungleich, in der Wiedergabe vom Zufall abhängig ist, ungeheure Lücken aufweist, aber doch über alle hauptsächlichsten Vorgänge einigermaßen gut unterrichtet¹⁾. Für den künftigen Historiker wird vermutlich aus englischen Quellen noch manches hinzukommen. Aber noch ergiebiger werden die ausländischen Archive sein. Die fremden Diplomaten haben ihre Leute, die ihnen die Neuigkeiten aus dem Parlament zutragen, oder sie sitzen selbst auf den Gallerien²⁾. Kurz, sie erfahren viel und berichten es nach Hause. Vieles aus ihren Berichten ist bereits zu Tage gefördert³⁾. Und wenn eines Tages diese ungehobenen Schätze, die heute in Paris, in Wien und Berlin, im Haag und in Petersburg ruhen, in einer großen Veröffentlichung gesammelt, der Forschung bequem zugänglich gemacht sein werden, so wird erst ein volleres Licht fallen auf eine große Epoche in der Geschichte des britischen Parlaments⁴⁾.

* * *

Und nun zum Schlusse noch die Frage: wo bleibt das Volk? Beruhigt es sich bei den Beschlüssen des Parlaments, oder will es auch selbst zu Worte kommen? Gibt es schon etwas wie die großen Volksversammlungen von heute, wo sich die Politiker an die Masse wenden und sie für ihre Ansichten zu gewinnen, sie etwa für eine bevorstehende Wahl günstig zu stimmen suchen. Eine konsequente Verfolgung des demokratischen Prinzips, eine Verwirklichung des alten Gedankens der Volkssouveränität.

Dem Zeitalter Walpoles ist dieses fremd. Der Minister macht nicht mehr allein die Politik des Königs, aber auch nicht, wie es wohl später wird, schlechthin die Politik des Parlaments, sondern seine eigene. Er laviert zwischen diesen beiden Gewalten und er delbst ist die dritte. Eine vierte gibt es nicht,

¹⁾ Vgl. die Preface zur Parl. Hist. 10.

²⁾ So hat schon am 5./16. April 1714 der hannövrische Gesandte Baron Schütz stundenlang einer Verhandlung im Oberhause beigewohnt. Bericht vom 6./17. April, Han. Arch.

³⁾ Meine Leser wissen, wie viel ich aus diesen Quellen geschöpft habe.

⁴⁾ Vgl. dazu meine Ausführungen in der Hist. Ztschr. 105, 403—5.

der Volkswille kommt nicht zu Worte. Ein Walpole braucht mit ihm nicht zu rechnen.

Nur bei den Wahlen kann der Volkswille sich äußern. Dann muß ihn der Minister, wenn er sich halten will, berücksichtigen, beeinflussen, bearbeiten, vielleicht auch bestechen. Ist die Wahl vorüber, so hat der Volkswille nicht mehr mitzureden. Jetzt gilt das Parlament als sein berufener Ausdruck, es verbittet sich energisch jedes Dreinreden von unter her, es sieht darin einen Bruch seines Privilegs, und es bestraft jeden Bruch seines Privilegs, von welcher Seite immer er kommen mag. Es hat niemals eine auf ihr Recht eifersüchtigere Versammlung gegeben, als das Parlament unter Walpole. Es duldet keine Götter neben sich. Versuchen politische Bewegungen im Volke auf die Haltung im Parlament einzuwirken, so behandelt und bestraft es das als Empörung.

Im Anfang des Jahrhunderts war dergleichen noch vorgekommen¹⁾. Man denke an die *Kentish Petition*, an das *Legions Memorial* von Defoe, Kundgebungen, die das Parlament zum Kriege gegen Frankreich drängen wollen, an Defoes Reisen und Berichte, an das von ihm empfohlene System der *Intelligences*, mit dem gegebenenfalls der Volkswille im Bunde mit der Exekutive gegen das Parlament in Bewegung gesetzt werden soll. Man denke an Defoes Rolle bei der Union mit Schottland, an die Sacheverell-Bewegung von 1710. So etwas kommt unter Walpole nicht mehr vor. Er sucht nur das Parlament zu lenken, er bekämpft die Opposition, aber nur mit der Opposition im Parlament, und allenfalls noch in der Literatur hat er sich auseinanderzusetzen. Jeder andern Form tritt er mit der Wucht der Staatsgewalt entgegen. Kaum daß er noch gegen die gegenrische Presse etwas unternimmt, daß er sie mit ihren eigenen Waffen zu schlagen sucht und Pamphlet gegen Pamphlet setzt. So darf man an moderne Erscheinungen hier nicht denken, der Minister reist nicht im Lande herum, er redet nicht in Volksversammlungen, er redet nur im Unterhause.

Das Volk aber bleibt draußen. Es wird nicht eingelassen in das Heiligtum der politischen Bühne.

* * *

¹⁾ Vgl. darüber R. Schmidt, der Volkswille als realer Faktor des Verfassungslebens und Daniel Defoe (Berichte der Sächsischen Akademie der Wiss., Phil. Hist. Kl. 76. 1924, 1.)

Stolz und mit gesunder Freude blickte der Engländer des 18. Jahrhunderts auf das so durchgebildete System seiner Verfassung. Er weiß, auf Freiheit ist sie gegründet, und er findet das Prinzip der Freiheit in ihrem Wirken täglich und überall verkörpert. Die Trennung der drei Gewalten im Staate und in der Gesetzgebung, drei Faktoren, die einander die Waage halten, endlich die Stellung des Souveräns, des über Alle erhabenen und doch in seiner Macht heilsam beschränkten Oberhauptes: so erscheint das Bild dem Beobachter im frühen 18. Jahrhundert.

Nicht ohne Mitleid schaut der Bürger Englands hinüber auf die Völker des Festlandes, insbesondere auf die Franzosen, von denen er so genau weiß, daß sie in den Ketten des Despotismus schmachten. Und um so natürlicher erscheint diese Denkweise, da ja die Franzosen selbst sich schon gewöhnt haben, in dem glücklicheren England und in seiner Verfassung das Gegenstück der französischen Zustände zu erblicken und das erhabene Vorbild für eine neue Ordnung im eigenen Lande. Der wachgewordene Geist der Aufklärung hat sich frei gemacht von der früher geltenden Lehre, daß jene angeblich freie Verfassung nur dazu diene, das Volk zu Aufruhr und Königsmord anzutreiben. An die Stelle dieser Anschauung tritt im 18. Jahrhundert die von einem schriftstellerischen Erzeugnis zum andern sich steigernde Bewunderung der Zustände des Inselreiches. An dem Vergleich mit der eigenen Lage bildet sich das Urteil. Hier, in Frankreich, eine Regierung, die mit einem Federstrich durch die Aufhebung des Edikts von Nantes 400 000 französischen Protestanten den Aufenthalt im Vaterlande unmöglich gemacht hat, dort ein Volk, das 1688 sein Schicksal selbst in die Hand genommen und der Welt das großartige Schauspiel jener „glorreichen“ Revolution geboten hat, die den Herrscher stürzte, die Staatsordnung aber bestehen ließ und die Freiheit zum Gemeingut Aller machte.

Die militärischen Erfolge Englands, seine Handelsgröße, sein wachsender Reichtum erhöhten im Auslande den Glauben an eine überlegene politische Ordnung. Es waren zuerst die Journalisten, es waren Schriftsteller wie Larrey und Rapin Thoyras, die den Ruhm Englands, seiner Geschichte und seiner Verfassung, ihren Mitbürgern laut verkündeten. Kein

Verbot des Monarchen konnte der Flut schriftstellerischer Werke Einhalt gebieten, die nun immer wieder dieselben Gedanken der Welt vortrugen. Der ganze Chor der Rationalisten wiederholte dieselbe Melodie.

Und nun traten die großen Schriftsteller des Jahrhunderts, Voltaire und Montesquieu, auf den Plan. Als junger Autor, noch ehe er das Land aus eigener Anschauung kennen gelernt, hatte Voltaire in der *Henriade* ein Idealbild der englischen Verfassung zeichnen wollen, ein schwaches Machwerk, das in naiver Vermengung verschiedener Zeitalter das England Elisabeths so schilderte, als ob es sich um den Staat Georgs I. handelte. Nachdem er sodann einige Jahre in England selbst gewelt und mit den ersten Geistern im Austausch gestanden hatte¹⁾, schrieb er seine *Lettres sur les Anglais*, eine Verherrlichung englischer Zustände, wie man sie von den Franzosen zu vernehmen bereits gewöhnt war. Neues ist nicht darin. Und es ist so viel Kritik, so viel Sarkasmus darein verflochten, daß der Leser dem Autor etwas ratlos gegenüber steht und nicht weiß, wann er ihn eigentlich ernst nehmen soll.

Wie anders tritt uns Montesquieu entgegen. Seine Sprache ist feierlich und apodiktisch. Seine Sätze geben, oft in wuchtigem Lapidarstil, abschließende Urteile. Voltaire will unterhalten, Montesquieu will belehren. Er redet zu seinen Landsleuten mit bedeutender Geste, fast im Prophetenton. Er will ihnen ein für allemal verkünden, wie das Idealbild einer Staatsform beschaffen sei. Die Verkörperung des Idealbildes aber ist England.

Der *Ésprit des Lois* gibt im sechsten Kapitel des elften Buches eine Beschreibung der Verfassung Englands, die zugleich als das Muster einer Verfassung dem Leser vor Augen gestellt wird. Man hat Montesquieu den Vorwurf gemacht, daß er nicht richtig gesehen, daß er vielmehr die englische Verfassung gründlich mißverstanden habe. „Er glaubte“, sagt Treitschke²⁾, „die absolute Teilung der Gewalten ver-

verwirklicht, während doch das britische Parlament augenscheinlich im Vollbesitz der gesetzgebenden und der exekutiven Gewalt zugleich war.“ In Wahrheit ist der Irrtum nicht auf der Seite Montesquieus, sondern auf der Seite des modernen Schriftstellers. Man muß eben beachten, welches England es ist, das Montesquieu beschreiben will. Der *Esprit des Lois* ist allerdings erst 1748 erschienen und erst in seinen späteren Auflagen recht wirksam geworden. Montesquieus Aufenthalt in England und die Eindrücke und Erfahrungen, die er dort gesammelt hat, liegen aber viel früher, etwa in dem Zeitpunkt von 1729, d. h. zwei Jahre nach dem Regierungsantritt Georgs II. und noch im ersten Jahrzehnt des Walpoleschen Regiments.

Wohl verstanden: es ist das Walpolesche England, von dem er spricht. Und dann stimmt auch alles vortrefflich. Die Trennung der Gewalten bestand noch in Wahrheit. Der Minister wird vom Könige im Amt gehalten, wobei es ihm überlassen bleibt, wie er es anzufangen habe, sich ein gefügiges Parlament zu schaffen. Wir haben erfahren, wie schwierig die Aufgabe war, wie der Minister mit edlen und unedlen Mitteln arbeitete, um sie überhaupt lösen zu können. Wäre er nur der Mandatar des Parlaments gewesen, so würde auch die Korruption sinnlos gewesen sein; denn dann hätte er ja seine eigenen Auftraggeber bestochen. Dasselbe gilt, ohne daß wir auf die Einzelheiten einzugehen brauchen, von den andern Zügen des Bildes, das Montesquieu zeichnet. Wenn er z. B. dem Könige noch das absolute Veto zuschreibt, so soll man nicht sagen, daß sich der *Royal Assent* bereits damals zu einer leeren Form verflüchtigt habe. Auch kein englischer Verfassungstheoretiker der Zeit hätte darüber anders gesprochen als Montesquieu.

Montesquieu hat höchstens seine Sätze allzu prägnant gefaßt, hat manchmal vorausschauend die künftige Entwicklung schon als die bestehende vorweggenommen. Wenn er dem Oberhause schlechthin das Recht abspricht, in Finanzfragen an der Gesetzgebung teilzunehmen, wenn er behauptet, die Adelskammer dürfe in solchem Falle eine Vorlage nur annehmen oder ablehnen, so wissen wir, daß diese Theorie in der von Montesquieu beschriebenen Epoche noch heftig umstritten war. Und hier ist es von Interesse, zu erfahren, wie stark Montesquieu sogar auf die eigene Auffassung der Engländer gewirkt hat.

¹⁾ Vgl. A. Ballantyne, *Voltaire's Visit to England, 1726—29*. 1893; P. Sakmann, *Voltaires Geistesart u. Gedankenwelt*. 1910. A. Wahl, i. d. *Gött. Gel. Anz.* 1911, Nr. 8; Dedieu, *Montesquieu et la tradition politique anglaise en France*. 1909.

²⁾ *Politik* 2, 131.

Die eben erwähnte, von ihm vorgetragene Lehre ist von Blackstone als geltendes Recht verkündigt worden und der ältere Pitt hat mit Berufung darauf dieselbe Auffassung 1766 auch im Unterhause vertreten ¹⁾).

So wird man denn das berühmte Kapitel des *Esprit des Lois* fast vorbehaltlos als eine gelungene Paraphrase der englischen Verfassung zu Walpoles Zeit zu betrachten haben. Wollte man nach dem Gesagten Montesquieu dennoch einen Irrtum vorwerfen, so wäre er etwa so zu formulieren. Montesquieu stellt die englische Verfassung dar, nicht als ob sie das Werk eines Jahrtausends, sondern als ob sie soeben erst von einem klugen Manne erfunden wäre, der, mit erstaunlichem Scharfsinn begabt, just die Form gefunden hätte, die für England wie für die Welt den Besitz der Freiheit am besten gewährleistete.

Der Eindruck des *Esprit des Lois* war in Frankreich so stark, daß auch spätere Schriftsteller an dem von Montesquieu gezeichneten Bilde nichts mehr zu korrigieren fanden. Die Abwandlungen, die im Laufe des Jahrhunderts eintreten, bleiben unbemerkt. Es ist die Verfassung des Walpoleschen Zeitalters, deren Idealbild den Franzosen voranleuchtete bis an die Schwelle der Revolution.

¹⁾ Vgl. Sussmann, Das Budget-Privileg des Hauses der Gemeinen. 1909.

* * *

Viertes Buch.

Das Wirtschaftsleben.

Erstes Kapitel.

Die Staatsfinanzen und der Streit um die Accise.

Der spanische Erbfolgekrieg hat den Grund gelegt zur Größe Englands im 18. Jahrhundert, zu seiner politischen Vormachtstellung in Europa. Aber das geschah zu einer Zeit, als es einer solchen Aufgabe finanziell noch nicht gewachsen war. Es hat aller Welt gegenüber, im Inland wie im Ausland, so ungeheure Verpflichtungen übernommen, daß es sie nur unvollkommen einzulösen vermochte.

Zu den Kosten ¹⁾ der eigenen Armee und der Flotte kommen, so lange der Krieg währt, die ungeheuren Subsidien, ohne welche die Verbündeten ihre Heere nicht unterhalten können. Und viele kleinere Staaten haben ihre Truppen geworben, nur damit England, von dem sie bezahlt werden, auch jederzeit über sie verfügen könne ²⁾. Man berechnete ³⁾, daß im Jahre 1710 England 255 689 Mann zu bezahlen hatte. Dabei herrscht in den staatlichen Finanzen noch das verwirrende Nebeneinander der schwebenden und der konsolidierten Schulden. Die Schwierigkeiten scheinen unüberwindlich. Während draußen, im Felde, der große Marlborough seine Schlachten schlägt, müht sich daheim der Großschatzmeister Harley vergeblich, um die nötigsten Mittel flüssig zu machen. Sein Bruder hatte ihm dringend geraten, das Amt abzulehnen. Robert Harley antwortete, er könne nicht mehr zurück, er habe der Königin sein Wort gegeben ⁴⁾. Aber er hatte einen Leidensweg zu wandeln. Die Korrespondenzen der Minister sind in

¹⁾ Vgl. Leadam, *The Finance of Lord Treasurer Godolphin* (*Transactions of the Roy. Hist. Soc.* 3^d ser. 4. 1910).

²⁾ Vgl. M. Braubach, *Die Bedeutung der Subsidien ... im spanischen Erbfolgekriege*, 1923.

³⁾ Portland Mss. 5, 650.

⁴⁾ Portland Mss. 5, 650.

dieser Zeit oft nichts Besseres als Bettelbriefe. Zwar läßt das Tory-Parlament seit 1711 es an Bewilligungen nicht fehlen. Aber die Haltung der Whigs ist ablehnend. Man hört von einer Versammlung ihrer Führer, wo Harleys Vorgänger, Lord Godolphin, sie sämtlich bewegt, ihre Ämter niederzulegen. Er will im Traume den Großschatzmeister gesehen haben, wie er in einem schwankenden Nachen allein gegen Wind und Wellen gerudert sei. So hoffnungslos sei sein Beginnen, das Schiff der Staatsfinanzen durch Sturm und Klippen hindurchsteuern zu wollen. Es war nicht anders: Die Geschäftswelt versagte sich. Die Whigs taten alles, um den Kredit der Regierung zu schädigen, und die Beschaffung der vom Parlament votierten Summen unmöglich zu machen.

Jene schlimmen Befürchtungen sind Wahrheit geworden. Dem Auslande gegenüber sind Englands finanzielle Leistungen freilich nicht einmal so weit hinter den übernommenen Verpflichtungen zurückgeblieben, wie gegenüber den eigenen Volksgenossen. Denn so viel auch in den diplomatischen Akten der nächsten Jahre von geschuldeten Rückständen aus der Kriegerzeit die Rede ist, so sind doch die fremden Regierungen in viel größerem Umfange zu ihrem Gelde gekommen, als die Engländer selbst. Die staatlichen Fonds erschöpft, die Zivilliste, der Fonds der Flotte schwer verschuldet, die unteren Beamten, die Angestellten der Regierung, die Arbeiter auf den Werften der Kriegsflotte, die Soldaten, die Matrosen, sie alle sind jahrelang ohne Bezahlung, ohne Löhnung. So war das Bild. Die Friedenssehnsucht dieser Regierung ist leicht zu verstehen. Der Friede wurde auch geschlossen, aber das Finanzelend war geblieben.

Das ist der dunkle Hintergrund, vor dem Walpoles Finanzpolitik in um so hellerem Lichte erstrahlt. Gewiß sind in ihr Talent und Erfindung, Vorsicht und Beweglichkeit nicht zu verkennen. Aber auch das Erlebte wirkt nach. Zunächst in dem unerschütterten Festhalten an dem Parteistandpunkt, wobei man nicht vergessen darf, daß die Whigs es sind, die Geschäftswelt, die beste Stütze für den Staatskredit, mit denen Walpole regiert. Und hinzukommt seine Friedensliebe oder besser: sein Horror vor jeglichem kriegerischen Abenteuer. Diese Gesinnung kennen wir bereits aus der Geschichte des Jahres 1725. Wir werden sie wiederfinden in dem Verlauf des

polnischen Thronstreits. Und wäre Walpole nicht gerade in den Jahren 1718 und 1719 von der Regierung ausgeschlossen gewesen, wer weiß, ob er als Minister nicht selbst den so wenig einschneidenden Krieg gegen Spanien unter Alberoni zu vermeiden gewußt hätte?

Gewiß ist zwar, daß seine Friedensliebe auch aus seiner Sorge um die Dynastie, aus seiner Furcht vor der jakobitischen Gefahr geboren war, aber noch mehr entsprang sie dem Wunsch, dem Staate nicht wieder die Lasten aufbürden zu müssen, an denen er unter Wilhelm und Anna so schwer getragen hatte.

* * *

Der nunmehr zu behandelnde Stoff ist spröde und läßt eine künstlerische Formung nicht zu. Er kann überhaupt für denjenigen, der nicht grade eine Leidenschaft für Zahlen und Statistiken besitzt, nur dadurch erträglich gemacht werden, daß man ihn in den großen Zusammenhang des historischen Geschehens hineinzurücken versucht. Eine fortlaufende Erzählung möge man nicht erwarten. Die Bilder, die entrollt werden, die Vorgänge, von denen zu berichten ist, mögen verstanden werden wie beliebig herausgegriffene Einzelszenen in dem großen Drama der Gesamtgeschichte Englands. Ohne sie würde freilich das Spiel der Kräfte unverständlich bleiben.

Denn es gibt keine andere Periode englischer Geschichte, in der die staatliche Finanzverwaltung so sehr die Politik beherrscht wie unter Walpole. Er prüft jede Frage zuerst vom Standpunkte der Finanzen aus. Landwirtschaft und Gewerbe, Handel und Kolonien, innere und äußere Politik — er sucht sie alle rechnerisch zu erfassen. In seinem Nachlasse in Houghton Hall finden sich Bogen und Bogen, bedeckt mit Zahlen und Berechnungen von seiner Hand. Die immer wieder vorkommenden Stichworte *National Debt*, *Civil List*, *Sinking Fund*, es sind dieselben, die auch in der staatlichen Finanzverwaltung im Vordergrund stehen.

Die Art, wie er diese Gebiete gemeistert hat, trug ihm die Bewunderung der Zeitgenossen ein. Das höchste Lob, das ihm gespendet wurde, kam aber aus dem Munde seiner beiden Könige selbst. „Man kann ihm gar nicht zu viele Komplimente machen, er hat in den Geschäften nie seinesgleichen gehabt.“

„Walpole kann Steine in Gold verwandeln.“ „Er versteht sich auf die Finanzen. . . . Das Interesse der Krone kann ohne ihn überhaupt nicht gewahrt werden.“ So sprachen Georg I. und Georg II.

* * *

Noch bildete das Vorhandensein, bezw. die Beseitigung der Staatsschuld das große Problem aller Finanzpolitik¹⁾. Wir erinnern uns, wie 1717 der Tilgungsfonds, „das Kind zweier Väter“, geschaffen worden. Sein geistiger Erzeuger Walpole war aus dem Amte geschieden, ehe der Sprößling das Licht der Welt erblickt hatte; und Stanhope, der große auswärtige Minister, der seine Unkenntnis in Finanzfragen so treuherzig zugab, war es gewesen, der das Werk zum Abschluß bringen mußte.

Welch' überschwengliche Hoffnungen waren an die Begründung des *sinking fund* geknüpft worden. Er ist das Zaubermittel, um die kranken Staatsfinanzen gesund zu machen und dazu der Nation noch ungeahnte Schätze in den Schoß zu schütten. Nathaniel Gould, ein namhafter Autor schwelgt 1726²⁾ in glückseligen Rechnungen über die Wunderkraft des *sinking fund*. Er beziffert die Staatsschuld auf etwas mehr als 50 000 000 £. Je nach der Höhe des Zinsfußes werden dem *sinking fund* alljährlich eine oder eine und eine halbe Million £ zugeführt. Werden nun die so aufgespeicherten Summen sukzessive zur Abzahlung der Staatsschuld verwendet, so werden im ersteren Falle die gesamten 50 Millionen im Jahre 1756, im zweiten Falle aber bereits 1751 restlos abbezahlt sein. Aber man sollte dabei nicht einmal stehen bleiben. Man sollte den *sinking fund* ruhig weiter arbeiten lassen. Tut man das, so wird es auch kein Schade sein, wenn unterdessen auch die Staatsschuld weiter anschwillt. Ja, sie darf sich ruhig verdoppeln oder noch höher steigen; denn der *sinking fund* wird ja bei einer Verzinsung von 4% im Lauf von 105 Jahren die fabelhafte Höhe von 1575 Millionen £ erreicht haben.

Man denkt, wenn man dieses liest, unwillkürlich an den Scherz von der bedauerlichen Unterlassungssünde des Stamm-

¹⁾ Vgl. H. Hall, The Sources for the History of Sir Rob. Walpole's Financial Administration (Transactions of the Roy. Hist. Soc. 3^d ser. 4. 1910).

²⁾ An Essay upon the Public Debts 1726.

vaters aller Menschen. Hätte Adam doch nur einen einzigen Pfennig zu 6% auf Zins und Zinseszins angelegt, es wäre ein Goldklumpen daraus geworden, größer als der Erdball.

* * *

Der Tilgungsfonds ist freilich von der allgemeinen Verwaltung der staatlichen Finanzen keineswegs so grundsätzlich ferngehalten worden, wie es zuerst in der Absicht seines geistigen Urhebers lag. Ja, dieser selbst hat für andere Staatszwecke immer wieder daraus geschöpft. Als 1722 die Auszahlung von Exchequer Bills in der Höhe von einer Million £ beschlossen wurde, da verfügte die Akte¹⁾ zugleich, daß der *sinking fund* als Garantie für diese Zahlung dienen sollte. Zwei Jahre später werden bare 15 000 £ zur Regulierung der Währung dem Fonds entnommen. Von der Rolle, die dieser bei der Entscheidung über die Zivilliste im Jahre 1727 gespielt hat, werden wir in anderem Zusammenhange bald zu reden haben. Doch brauchen wir nicht alle geschehenen Eingriffe aufzuzählen, von denen der erste *sinking fund* heimgesucht worden ist²⁾. Hier kommt es mehr darauf an, die Verschiedenheit der grundsätzlichen Auffassungen kennen zu lernen, die dabei zutage traten.

Nicht alle Schriftsteller dachten so, wie jener Gould. Ein paar Jahre später will ein anderer Autor zwar den wahren Wert des *sinking fund* keineswegs herabsetzen³⁾. Doch warnt er vor chimärischen Hoffnungen, die man daran knüpfen möchte. Ja, er wirft auch die Frage auf⁴⁾, ob es nicht besser wäre, die Schulden der Nation durch Erhöhung der Staatseinnahmen zu beseitigen, was durch die Förderung von Gewerbe und Handel am besten erreicht würde. Wollte man dagegen einfach durch Herabsetzung der Zinsen die Schulden aus der Welt schaffen, so würde man die Interessen der Staatsgläubiger schädigen, d. h., jener Leute, die im Kriege ihr Geld hergegeben haben für die Bedürfnisse der Nation.

Heftig umstritten wurde das Thema vom Tilgungsfonds

¹⁾ 8 Geo. I c 20, X.

²⁾ Vgl. Brisco, The economic Policy of Rob. Walpole, 1907, 62 ff.

³⁾ Some Considerations on the National Debts, the Sinking Fund . . . 1729. 77.

⁴⁾ Ebd. 81.

wieder von den Pamphletisten des Jahres 1734, in deren Schriften man die entgegengesetzten Standpunkte Pulteneys und Walpoles, gelegentlich von ihnen selbst dargelegt, vertreten findet. Pulteney¹⁾ zählt die Summen auf, die im Laufe der Jahre dem *sinking fund* entnommen worden, oder die, statt ihm zugeleitet zu werden, anderen Zwecken gedient haben. An letzter Stelle steht eine Summe von einer halben Million £, die für den Dienst des Jahres 1733 aus dem *sinking fund* genommen war. Er staunt über die Sinnesänderung bei denjenigen, die anfangs so stolz auf ihr Werk, den *sinking fund*, waren und entschlossen, ihn gewissenhaft nur zur Abzahlung der Staatsschuld zu verwenden, und er wundert sich, daß die Gesetzgebung diesen Wandel habe mitmachen können. In der Gegenschrift der Regierung²⁾ aber wird erklärt, es sei doch nichts dagegen einzuwenden, daß ein Teil jener sonst dem *sinking fund* zufließenden Überschüsse benutzt werde, um die Lasten der Lebenden zu erleichtern. Und dann wird auch schon die andere Seite der Sache, das Interesse der Staatsgläubiger, kurz berührt.

* * *

Viel schärfer und mit mehr Geist und Kenntnis findet man diese in den Pamphleten vorgetragene Argumente in den Reden wieder, die gehalten zu werden pflegten, wenn das Parlament sich mit der Frage des *sinking fund* und der ihm etwa zu entnehmenden Geldbeträge zu befassen hatte. Die Opposition erging sich dann immer wieder in Ausdrücken des Abscheus gegen jeden, der solches beabsichtigen könne. Und gern ließ man auch sarkastische Bemerkungen einfließen gegen den Minister, der so wohlgenut sein eigenes Werk zerstöre. „Der *sinking fund*“, sagt Pulteney³⁾, „dieses geheiligte Depositum, geschaffen zur Auslöschung der Schulden und zur Abschaffung der Steuern, die auf dem Volke und seinem Handel so schwer lasten, er darf niemals angerührt werden.“ „Auf

¹⁾ An Enquiry into the Conduct of our Domestick Affairs, from 1721 . . . in which the Case of our National Debts, the Sinking Fund. . . considered. 1734. 34 ff.

²⁾ The Ministry and Government of Great Britain vindicated. 1734. 30 ff.

³⁾ Parl. Hist. 8, 1204.

den *sinking fund*“, sagt ein anderer¹⁾, „habe ich immer nur mit Ehrfurcht geblickt.“ Ein dritter spricht²⁾ empört von der Möglichkeit, daß der Minister sich an dem *sinking fund* vergreifen könnte. „Wer solches unternimmt, der läßt den Fluch der Nachwelt auf sein Haupt.“

Walpole aber denkt schon anders. Ihm ist der *sinking fund* nicht mehr das unantastbare Heiligtum. Er sagt es offen: Die Lage hat sich geändert, und man muß auch das Interesse der Staatsgläubiger im Auge behalten. Sie wünschen ja gar nicht, ja sie fürchten die Tilgung der Staatsschuld. Unter ihnen herrscht eine Art von Wetteifer. Nicht wer zuerst, sondern wer zuletzt sein Kapital herausgezahlt bekommt, das ist in ihrem Kreise die Frage³⁾. In dem er so zum Anwalt der Geschäftswelt wird, vergißt er aber auch keineswegs die agrarischen Kreise, das *landed interest*. Gerade in dem hier als Beispiel herangezogenen Fall von 1733 sollte der dem *sinking fund* zu entnehmende Betrag von 500 000 £ die Möglichkeit bieten, den im Vorjahre auf fünf Prozent vom ländlichen Einkommen ermäßigten Satz für die Landtaxe auch ferner auf so niedriger Höhe zu halten. Und auch so würde, sagt Walpole⁴⁾, aus Überschüssen staatlicher Einkünfte dem *sinking fund* in diesem Jahre noch eine Million £ zufließen. Die Herren mögen also wählen, ob sie diese 500 000 £ nehmen oder eine höhere Landtaxe beschließen wollen. Man beachte hier übrigens auch die politische Seite der Sache, nämlich die Rücksicht auf die Tories, die eigentliche Landpartei. Wir wissen, Walpole regiert mit den Whigs, doch schont er gern die Tories.

Ebenso einleuchtend wie diese Darlegungen ist auch Walpoles Rechtsstandpunkt. Gegenüber den gefühlvollen Deklamationen der Opposition betont er⁵⁾ nachdrücklich das Recht des Parlaments, mit dem *sinking fund* zu schalten, wie es ihm beliebt. Gewiß, der Fonds wurde geschaffen zur Abzahlung der Staatsschuld. Aber die Verfügung darüber liegt in der Hand des Parlaments. Ihm steht es zu, darüber zu ent-

¹⁾ Ebd. 1212.

²⁾ Ebd. 1207.

³⁾ Parl. Hist. 8, 1206.

⁴⁾ Carlisle Mss. 101 ff.

⁵⁾ Parl. Hist. 8, 1205.

scheiden, ob es in einem besonderen Falle nicht das Gegebene sei, die Mittel des Fonds anderweitig zu verwenden, überhaupt dasjenige zu tun, womit dem Wohle der Nation am besten gedient sei.

In dem allen erkennt man Walpoles neue Auffassung. Die Staatsschuld ist für ihn längst nicht mehr, wie es früher hieß, das Ungeheuer, das erschlagen werden muß, wenn die Nation leben soll. Wenn nur die Gläubiger ihres Besitzes sicher sind und wenn nur der Zinsendienst richtig funktioniert: wo sind dann die Schrecken der Staatsschuld? Für die Verzinsung haftet die Steuerkraft des Volkes und diese Steuerkraft ist gesichert durch den Aufschwung der Wirtschaft. Indem Walpole für diesen das Seinige tut, erscheint auch die Finanzlage des Staates in neuem Licht. Schon Walpole hätte seine Auffassung in die später niedergeschriebenen Worte Robert Hamiltons kleiden können: „Der wahre *sinking fund* besteht in dem Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben.“

* * *

Noch ein letztes Wort über die Staatsschuld. Auch Walpole hat hindurchgehen müssen durch die Vorstellung von dem Schreckgebilde der Staatsschuld. Aber er ist, wandlungsfähiger und weitblickender als viele seiner Zeitgenossen, dabei nicht stehen geblieben. So ist die Staatsschuld für ihn nicht mehr der Übel größtes, und dem holden Plan, sie sachte verschwinden zu lassen, hat er durch seine am Tilgungsfonds geübten „*encroachments*“ mit eigener Hand das Grab gegraben.

Und doch ist auch bei ihm die Staatsschuld nicht zu kurz gekommen. Sie ist sogar im Lauf seiner Verwaltung nicht unbedeutend vermindert worden. Die dafür zur Verfügung stehenden Zahlen stimmen zwar, da bei der Kapitalisierung der unablösbaren Schulden eine gewisse Freiheit der Berechnung waltet, untereinander nicht immer genau überein, aber trotz aller Abweichungen gewinnt man doch eine Vorstellung von der gesamten Entwicklung.

Glücklicherweise besitzen wir auch einige von Walpole selbst¹⁾ aufgezeichneten Zahlen. Er gibt einmal eine Auf-

¹⁾ In den Houghton Mss.

stellung, in der er die Staatsschuld im Jahre 1716 mit der Staatsschuld von 1725 vergleicht. Für 1716 gibt er in runder Zahl einen Betrag von 56 Millionen £. Bis 1725 hat sich diese Zahl um $4\frac{1}{2}$ Millionen verringert. Doch sind gerade in dem letztgenannten Jahre wieder $3\frac{1}{2}$ Millionen neuer Schulden hinzugekommen, so daß man am Ende des Zeitraums von 1716 bis 1725 in runder Zahl eine Staatsschuld von 55 Millionen, oder eine Verminderung um 1 Million, anzunehmen hat. Innerhalb dieser Periode finden wir in den Berichten des preußischen Residenten für das Jahr 1719 eine Zahl von $50\frac{1}{2}$ Millionen £¹⁾. 1727 wird in einer Handschrift des Pariser Archivs die Schuld auf 52 Millionen beziffert²⁾. Für den 31. Dezember 1732 liefert uns Walpole wieder eine genau spezifizierte Angabe. Er beziffert die Staatsschuld jetzt auf etwa $48\frac{1}{2}$ Millionen £. Davon sind 10 Millionen in der Verwaltung der Bank von England, 3 Millionen im Besitze der Ostindischen Kompagnie, 30 Millionen in den Händen der Südsee-Kompagnie, 4 Millionen schwebender Schulden, auf dem *Exchequer* ruhend, und 800 000 £ auf der Bank zahlbare Annuitäten. Für das Ende des Jahres 1733 wird die Zahl 47 Millionen genannt³⁾. Ein Jahr später freilich soll sie 48 Millionen betragen haben. Am Schlusse der Verwaltung Walpoles aber ist der Betrag auf 43 Millionen gesunken. Wenn anders nun, bei seinem Amtsantritt, rund 50 Millionen genannt zu werden pflegen, so wäre in den 21 Jahren seines Ministeriums in runder Zahl eine Verminderung um 7 Millionen, oder etwa $\frac{1}{7}$ der Gesamthöhe erfolgt⁴⁾. Und es muß hervorgehoben werden, daß in der ganzen Geschichte der Staatsschuld, sagen wir etwa von 1695 bis heute, keine anderen 20 Jahre aufzuweisen sind, die das gleiche Bild, oder überhaupt eine nennenswerte Verminderung zeigen⁵⁾.

Will man Walpoles kühlere Betrachtung der Staatsschuld ganz verstehen, so mag endlich auch noch die folgende rein politische Erwägung hier ihren Platz finden. Es gab Leute,

¹⁾ Genau 50 444 265 £ Bonet 30. Juni/11. Juli 1719. G.St.A.

²⁾ Situation de l'Angleterre par rapport à ses fonds publics, à ses dettes et à ses revenus au mois de Mars 1727. Angl. 70, Aff. étr.

³⁾ Borcke an Friedrich Wilhelm I. London, 9./20. Mai 1735. G.St.A.

⁴⁾ Vgl. Hall, a. a. O. 8.

⁵⁾ Vgl. Hall, a. a. O. 8.

und vielleicht stand Walpole selbst dieser Anschauung nicht fern, welche in dem Vorhandensein der Staatsschuld einen Hort des Hauses Hannover erblicken wollten. Der Prätendent, hieß es, werde, wenn er den Thron erlange, die von den Vorgängern gemachten Schulden nicht anerkennen; denn dieselben hätten ja nur dazu gedient, das Haus Stuart aus England zu vertreiben. Die Staatsgläubiger hätten alle Ursache, treu zur Dynastie zu halten „weßhalb auch die hiesige *publique fonds* das beste *bouclier* vor das jetzige königliche Haus sind“¹⁾.

* * *

Wir kommen zu den Staatseinnahmen Englands. Für das Jahr 1727, das wir als ein Durchschnittsjahr gelten lassen mögen, wurden sie insgesamt auf 5½ Millionen Pfund Sterling beziffert. In diesem Betrage figurieren als direkte Steuern die Landtaxe mit 1 000 000 £, die Malztaxe mit 700 000 £. An indirekten Steuern, d. h. an Verbrauchssteuern, *excise* genannt, werden 2 200 000 £ berechnet. Endlich kommen noch die Zolleinnahmen in der Höhe von 1 600 000 £ hinzu, d. h. die Eingangszölle, wobei die bei der Wiederausfuhr zurückerstatteten Beträge bereits in Abzug gebracht sind²⁾.

Es versteht sich, daß alle diese Einnahmequellen auf parlamentarischer Bewilligung beruhten. Das Bild eines Herrschers, der, gemäß dem alten Satze: *the King should live of his own*, allein aus den Einkünften der Krone die Kosten der Regierung bestreitet, es war ein Idealbild aus vergangenen Tagen. Ein solches Idealbild will auch Swift seinen Lesern vor Augen stellen, wenn er seinen Kaiser von Lilliput über sein Land herrschen läßt, ohne seine Untertanen mit den Kosten der Regierung zu beschweren.

In England war die Regelmäßigkeit der parlamentarischen Bewilligungen mit den großen Kriegen vor und nach der Jahrhundertwende erwachsen und zugleich verewigt worden. Ehe dieses geschah, zur Zeit Jakobs II. und bei dessen Sturze,

¹⁾ Wallenrodt, 23. April/4. Mai 1723. G.St.A.

²⁾ Nach einer französischen Denkschrift: *Situation de l'Angleterre par rapport à ses fonds publics, à ses dettes et à ses revenus au mois de mars 1727. Mem. et Doc. Angl. 70. Aff. étr.*

belieb sich das Einkommen der Krone auf etwas mehr als 2 Millionen £, und es gab keine direkten und indirekten Steuern. Wenn wir Bolingbroke glauben wollten¹⁾, so wären auch die hohen Anforderungen des Kriegszeitalters schon mit einer einfachen Erhöhung jener Kroneinnahmen zu bestreiten gewesen. Die Entwicklung aber nahm, wie wir wissen, einen andern Gang. Man griff zu Steuern und Anleihen. Nach der Herstellung des Friedens aber blieben die Steuern bestehen, und die Anleihen verdichteten sich zur Staatsschuld.

Über die Grundsätze, die zu befolgen seien, wenn man Steuern beschließt, hat Walpole sich einmal in schlichten Worten ausgesprochen²⁾. Man sollte, sagte er, für die *ways and means*, d. h. für die Aufbringung der notwendigen Mittel für den Staat, dasjenige wählen, was dem Volke am wenigsten beschwerlich fällt. Man sollte die Untertanen gleichmäßig belasten. Zu den Zahlungen sollte jeder seinen Teil beitragen, und zwar im Verhältnis des Nutzens, den er von dem Gesetzesbeschlusse zu erwarten hat.

Er hat sich zu diesem Grundsatz bei Gelegenheit der Wiedereinführung der Salzsteuer im Jahre 1732 bekannt. Und sie auf die Salzsteuer anwendend, erklärt er: ein jeder zahlt. Ist er ein armer Mann, so zahlt er einen so kleinen Betrag, daß er kaum den Namen verdient. Ist er der Besitzer eines großen Landgutes, so hat er viele Diener, und seine Zahlung fällt schwer ins Gewicht. Man sieht, es ist ihm um eine gerechte Verteilung der Steuerlast zu tun. Die schwerste Last auf die stärksten Schultern zu legen, darauf kommt es an.

Doch man soll auf seine Theorien auch nicht allzu viel Gewicht legen. Im einzelnen Falle läßt er sich durch das praktische Bedürfnis leiten, und in letzter Linie durch die Politik.

Die wichtigste aller direkten Steuern ist um diese Zeit die Landtaxe³⁾. In der Kriegszeit, 1692, war sie geschaffen worden als eine von allem fundierten Einkommen, hauptsächlich vom Einkommen aus Grundbesitz, zu erhebende

¹⁾ *Dissertation upon Parties. Letter 18.*

²⁾ *Parl. Hist. 8, 943 ff. Vgl. Brisco, a. a. O. 88.*

³⁾ *Vgl. Dowell, Taxation and Taxes. 3, 81 ff. Macaulay, History (Tauchnitz) 7, 127 ff.*

Steuer. Die Einkommen wurden nach Pfundbeträgen eingeschätzt und dann die Anzahl von Schillingen gesetzlich festgelegt, die von einem Pfund Sterling zu zahlen waren. Der anfangs angenommene Satz, vier Schillinge vom Pfund, d. h. 20 % des fundierten Einkommens, erscheint hoch, war jedoch aus dem Grunde nicht allzu drückend, weil der Wert der Güter bei der Einschätzung meistens viel zu gering bemessen war, wodurch denn auch der Ertrag der Steuer hinter der erwarteten Höhe weit zurückblieb. Jeder Schilling Landtaxe bedeutete einen Ertrag von etwa einer halben Million £. So ergab sie für das Jahr 1719 bei einer Höhe von 3 sh. vom Pfund einen Ertrag von £ 1 529 310.2.1. Davon entfielen £ 1 493 344.11.3 auf England, £ 35 965.10.10 auf Schottland¹⁾. Nach dem Kriege wurde der Satz auf zwei Schillinge ermäßigt, schwankte aber in den folgenden Jahrzehnten, je nach der politischen Lage, zwischen zwei, drei und vier Schillingen, und unter Walpole wurde er 1732 sogar auf einen Schilling herabgesetzt. Daß der Minister diesen Satz beizubehalten oder gar die Landtaxe ganz abzuschaffen wünschte, davon wird bei der Erzählung des Accisestreites noch mehr zu sagen sein.

Walpole war kein Freund der Landtaxe. Sehr natürlich, wird man sagen, er war ja selbst ein *country gentleman*, und wird die Zahlung als drückende Last empfunden haben. Und doch würde man dem Manne, der nach zwanzigjähriger Amtswaltung ärmer war als zuvor, sehr Unrecht tun, wollte man in solcher Erwägung den wahren Grund seines Handelns erblicken. Der beherrschende Gedanke war die Rücksicht auf das *landed interest*, d. h. auf die Tories, mit deren Opposition er ja sein Leben lang zu rechnen hatte.

Die Landtaxe wurde stets nur für ein Jahr bewilligt, wie man meinte, um dem Volke nicht die Hoffnung zu rauben, sie abgeschafft zu sehen²⁾. Dasselbe geschah mit der Malztaxe, die, ebenfalls aus der Kriegszeit stammend, nun Jahr für Jahr erhoben wurde und zusammen mit den bereits auf dem Bier liegenden Zöllen und indirekten Steuern den Preis des Nationalgetränks gewaltig in die Höhe trieb.

¹⁾ Bonet, 2./13. Jan. 1719. G.St.A.

²⁾ Bonet, 2./13. Jan. 1719. G.St.A.

Wer aber glauben würde, daß der Bierkonsum unter dieser Besteuerung gelitten hätte, den brauchte man nur an den Hogarth'schen Stich der *Beer Street* zu erinnern, und an die darunter stehenden Verse, etwa lautend:

Bier, unseres Eilandes herrlich Produkt,
Den Nerven schenkst du frische Kraft,
Und dem Ermüdeten, der dich schluckt,
Gibt Frohsinn und Mut stets der köstliche Saft.

* * *

Kein anderes Ereignis der Finanzgeschichte dieser Zeit hat die britische Nation in so gewaltige Erregung versetzt, wie der berühmte Accisestreit von 1733¹⁾. Eine zollpolitische Angelegenheit, der jedoch eine so ungeheure Bedeutung beigemessen wurde, daß man die heiligsten Interessen des Volkes davon berührt glaubte. Die Verfassung oder, wie man es so gern ausdrückte, die aus den Wäldern Germaniens stammende Freiheit jedes Engländers, sollte bedroht sein durch Walpoles *Excise Scheme*, nämlich durch einen Plan, bei dem es sich zunächst um nichts anderes handelte, als um die Umwandlung der auf Tabak und Wein liegenden Zölle in Verbrauchssteuern. Man argwöhnte bald, daß es sich um noch viel Größeres handle, man behauptete, Walpole plane die Einführung einer allgemeinen Accise (*general Excise*). Die Macht der Regierung solle durch ein ungeheures Beamtenheer gestärkt, die von den neuen Gesetzen betroffenen Waren würden in großen Vorrathshäusern (*store houses*) aufgestapelt werden. Damit würden dann die altgeheiligten Formen des öffentlichen Lebens gestürzt und durch eine absolute Monarchie nach festländischem Muster ersetzt werden.

Um dieses wunderbare Mißverständnis zu begreifen, ist es notwendig, die Frage innerhalb eines größeren, über England hinausreichenden Rahmens zu würdigen. Hier muß daran erinnert werden, daß seit dem 17. Jahrhundert auch in Deutschland eine Bewegung im Gange war, welche die indirekten Steuern — man nannte sie auch Accise — zur regelmäßigen

¹⁾ Vgl. die neueren Arbeiten: E. Leser, Ein Accisestreit in England (Festgabe f. Bluntschli), 1880; Turner, The Excise Scheme of 1733 (E.H.R. 1927); Vaucher, La crise du Ministère Walpole en 1733—34. 1924.

Form der Besteuerung erheben wollte¹⁾. Unter den literarischen Arbeiten, die dieses Ziel im Auge hatten, möge nur die zuerst 1685, und in 5. Auflage 1719 erschienene Schrift von Tenzel „Die Entdeckte Goldgrube in der Accise“ erwähnt sein. Hier wird wirklich eine Universalaccise empfohlen. Das Thema beschäftigte die Öffentlichkeit von nun an fast 70 Jahre lang, bis 1751.

Wir hören, daß die Regierungen des Festlandes die indirekten Steuern auch aus dem Grunde bevorzugten, weil diese ihnen eine freiere Beherrschung des ganzen Steuerwesens ermöglichten, weil insbesondere die oft so unbequeme Mitarbeit der Landstände dabei ausgeschaltet war. Es ist die Zeit, wo in Deutschland das Landesfürstentum sich regt und erstarkt, wo es die durch den Dreißigjährigen Krieg zerrütteten Finanzen durch neue Einnahmen zu heben sucht. Denn die Ausgaben steigen. Der Luxus der Höfe verschlingt große Summen, und dazu erfordern die in den größeren und mittleren Staaten aufkommenden stehenden Heere starke finanzielle Grundlagen. So bildete in Deutschland den Kernpunkt der Kontroverse die Frage, ob man die Accise schlechthin zur „alleinigen Ordinarsteuer“ erheben solle oder nicht.

Hören wir ferner, daß im Anfang des 18. Jahrhunderts die Accise in einer Reihe deutscher Staaten: in Preußen, in Sachsen, in Braunschweig schon bestand und bereits weite Gebiete des Wirtschaftslebens umfaßte, so kann diese Tatsache auch in England nicht unbekannt geblieben sein. Am meisten interessiert es uns aber, daß in Braunschweig-Lüneburg, dem deutschen Stammlande der Dynastie Hannover, im Jahre 1686 eine Acciseordnung eingeführt worden war, durch welche Brot, Fleisch und Bier nebst der Kleidung besteuert, und zwar mit hohen Sätzen besteuert worden waren. Man war von der Vortrefflichkeit des Systems durchdrungen. „Der Stein der Weisen war gefunden“, jubelte Spittler, der Historiker Hannovers. Mit andern Worten: in dem deutschen Kurstaate Georgs II. war dasjenige, was man als Walpoles letzte Absicht hinstellte, längst erreicht. Mochte der Minister noch so feierlich erklären, daß jeder Gedanke an eine Generalaccise ihm

¹⁾ Vgl. Inama-Sternegg i. d. Ztschr. f. d. ges. Staatswissenschaft. 1865.

fern liege, man glaubt ihm nicht; man hält daran fest, daß es sich um nichts anderes als um die Generalaccise handle. Diese aber sei unvereinbar mit der Freiheit der Nation. Indem man den Plan der Accise auf Wein und Tabak bekämpft, meint man also einzutreten für die uralte Freiheit Englands gegen die absolutistischen Gelüste des allmächtigen Ministers.

* * *

Das große Ereignis warf seine Schatten voraus. Bei der Eröffnung des Parlaments im Januar 1733 ermahnte der König in seiner Thronrede¹⁾ die Mitglieder beider Häuser zu sachlicher und leidenschaftsloser Erledigung der Geschäfte. In der Adreßdebatte aber sprach ein Oppositionsredner sofort von der Sorge des Volkes, daß in dieser Session Dinge vorgebracht werden sollten, „durch die unsere Freiheiten veräußert und der Handel ruiniert würde“. Doch Walpole erklärte²⁾, er wisse nichts von solchen Plänen.

Bald begann die öffentliche Meinung sich mit der Sache zu beschäftigen. In Worten und Bildern, ernsthaft und scherzhaft, wurde das Thema behandelt. Die Accise wird gern dargestellt als ein vielköpfiges Ungeheuer, das an dem Gute des Volkes zehrt.

Durch die Berichte der Diplomaten wurde auch das Ausland auf das Kommende aufmerksam.

„Die Leute, sowohl hier in London, als im Lande, sind sehr alarmirt, man werde suchen die Generale Accise bei jetziger Session aufzubringen, weswegen dawider täglich Broschüren herauskommen, allermaßen man die General-Accise als eine mit einer freien Nation incompatible Sache, und als ein Monstre, so das Vermögen der Nation verschlinget, consideriret.“ So umschreibt der preußische Gesandte die herrschende Stimmung im Januar 1733³⁾. Um dieselbe Zeit fand in einem Wirtshaus in Fleet street eine Versammlung der bedeutendsten City-Kaufleute statt, um angesichts der drohenden Gefahr eine Petition an das Parlament vorzu-

¹⁾ Parl. Hist. 8, 1168.

²⁾ Ebd. 1173.

³⁾ Degenfeld, London, 27. Jan. 1733. G.St.A.

bereiten¹⁾. Vier Wochen später faßte der Londoner Gemeinderat den Beschluß, seinen vier Vertretern im Parlament die Bekämpfung des Acciseplans dringend zu empfehlen²⁾.

Die Regierung wurde schwankend. Es heißt, Walpole selbst hätte die Sache gern fallen lassen. „Allein der König hat ihm *brusquement* geantwortet, Er wollte es *absolument* haben.“³⁾

Man könnte aus solchen Andeutungen den Eindruck erhalten, daß Walpole selbst in dem kommenden parlamentarischen Streit nicht mit vollem Herzen bei der Sache gewesen sei und zuletzt nur dem Druck nachgegeben habe, den sein König auf ihn ausgeübt. Ein merkwürdiges Bild: Hier hatte nicht hannövrishes Interesse über das englische gesiegt. Nur das Vorbild Hannovers, der Wille Georgs II., war maßgebend geworden für die Politik des Inselreiches. Und, willig oder unwillig, wäre der Minister den Wünschen seines Herrn gefolgt.

* * *

Doch ehe wir den Verlauf des Accisestreits zu schildern versuchen, muß noch ein anderes Thema berührt werden, die ungeheure Ausdehnung des Schmuggelhandels in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. In dem Zeitalter der großen Kriege unter Wilhelm und Anna hatte das Geldbedürfnis der Krone nicht nur zur Entstehung der Staatsschuld geführt, sondern auch riesige Zollerhöhungen gebracht. Wie nun dem normalen Güterverkehr im Import wie Export dadurch schwere Lasten aufgebürdet worden waren, so lag darin auch ein mächtiger Anreiz, die Güter auf Schleichwegen ein- und auszuführen mit Hinterziehung der vorgeschriebenen Zölle. So war jener Schmuggelhandel emporgeschossen, dessen die Regierung so lange nicht Herr werden konnte.

Zwei Wege konnten eingeschlagen werden, um dem Unwesen zu steuern. Man konnte die Zölle ermäßigen und damit der Verlockung zum Schleichhandel entgentreten⁴⁾ oder

¹⁾ A Londres, le 16./27. Jan. 1732/33. G.St.A.

²⁾ Degenfeld, 27. Febr. 1733. G.St.A.

³⁾ Degenfeld, 10. Febr. 1733. G.St.A.

⁴⁾ Eine Übersicht über die Gesetzgebung gibt Brisco, *The economic Policy of Rob. Walpole*, New York, 1907. 139 ff.

aber eine strengere Kontrolle des Verkehrs in den Häfen herbeiführen. Beide Wege sind in Walpoles Zeit beschritten worden, beide ohne genügenden Erfolg. Nach wie vor stimmen die Zeitgenossen darin überein, daß der Umfang des Schmuggelhandels ungeheuer sei. Ein Teil der Kaufmannschaft, der die durch den Betrug hereinkommenden Güter billig erwarb, ermutigte das Treiben und verschaffte auch den Schmugglern reichen Gewinn. So muß zu diesen eine zahlreiche Klasse von Menschen, Hunderte, vielleicht Tausende, im ganzen Lande gehört haben. Die Zahl der von der Justiz Erfassten und zur Strafe Gezogenen war gewiß nur ein kleiner Bruchteil der Schuldigen, und die den Hauptgewinn davontrugen, die Kaufleute, blieben unbehelligt.

Natürlich kann man nicht erwarten, dieses Treiben irgendwo zahlenmäßig fixiert zu finden.

Um nur eine einzige Zahl zu nennen, so wurden nach den Angaben des Schatzamtes¹⁾ im Jahre 1723—24 in einem Hafen von Hampshire — es muß Southampton gewesen sein — nicht weniger als 187,116 Pfund Tabak unverzollt hereingeschmuggelt.

So möchte man urteilen: hier lag der Krebs Schaden in dem gesamten Betrieb des britischen Handels und der Handelspolitik der Regierung. Und wie soll man es sich erklären, daß eine starke Regierung, wie diejenige Walpoles, wirklich nicht imstande gewesen sein sollte, diesen schreienden Mißbrauch zu beseitigen?

Nun hat sich zwar eine Notiz gefunden²⁾, die auf des Ministers eigene Auffassung des Schmuggelhandels, des sogenannten *running of goods*, ein eigentümliches Licht fallen läßt. Man erfährt, und zwar aus Walpoles eigenem Munde, daß der viel erwähnte Schmuggel selbst noch zu einer Einnahmequelle der Regierung wurde, und sogar zu einer solchen, für die sie nicht einmal dem Parlament Rechenschaft schuldig war. Nämlich so: Wenn die Behörden einschritten, und wenn insbesondere Leute gefaßt wurden, die den Schmugglern Vorschub leisteten, indem sie ihren Personen oder Gütern Unterschlupf gewährten,

¹⁾ Hall, a. a. O. 12.

²⁾ Egmont 2, 236.

so wurden diesen Leuten schwere Bußen auferlegt. Der Gesamtertrag der aus dieser Quelle fließenden Gelder belief sich auf 200 000 £ im Jahre. Eines Tages soll nun die an der Sache stark interessierte Ostindische Kompagnie der Regierung den Vorschlag gemacht haben, den ihr sehr lästigen Teezoll abzuschaffen. Den dem Fiskus dadurch entstehenden Ausfall an Zolleinnahmen wollte die Kompagnie durch eine jährlich zu zahlende Summe ausgleichen. Es wäre, würden wir sagen, ein sauberes Geschäft gewesen: die Ablösung gewisser Abgaben durch regelmäßige Zahlungen. Doch dafür, heißt es, war Walpole nicht zu haben. Sir Robert, sagt unsere Quelle, erwiderte: „Wie, dann würden wir ja die Bußen und Strafgelder verlieren, 200 000 £ im Jahr.“ Und auch der Erzähler dieser kleinen Begebenheit knüpft daran die melancholische Betrachtung¹⁾: „Was für eine jämmerliche Sache ist dies doch. Schurken dürfen den ehrlichen Handel ruinieren, und das niedere Volk wird durch Habgier verdorben. Dabei gibt es Mord und Totschlag. Und doch soll dies alles so bleiben, nur weil der Gewinn daraus in die Taschen des Königs fließt, ein Gewinn, über den die Regierung dem Parlamente keine Rechenschaft schuldig ist.“

Doch wer könnte eine solche Erzählung wohl ganz ernst nehmen? Man würde wahrlich einem Walpole Unrecht tun, wollte man in ihm, wo es sich um die großen Interessen des Staates handelte, nur den kühlen Rechner sehen, dem die moralischen Bedenken nebensächlich erscheinen. Ich glaube bei allem Ernst, mit dem die Sache vorgetragen wird, es handelt sich doch wohl nur um ein halb scherzhaft hingeworfenes Wort des Ministers.

* * *

In einer aus dem 18. Jahrhundert stammenden Veröffentlichung²⁾ besitzen wir den eingehenden Bericht, einer vom Unterhause ernannten Kommission über die Art und Ausdehnung des in den britischen Häfen betriebenen Schmuggelhandels. Der Bericht³⁾ stammt aus dem Jahre 1733. Er be-

¹⁾ Egmont 2, 236.

²⁾ Reports from Committees of the House of Commons ... not inserted in the Journals. Reprinted by Order of the House. s. a.

³⁾ Ebd. 601 ff.

schäftigt sich vorwiegend mit dem Tabakhandel, bringt aber auch einiges Material über Tee und Branntwein, über Wein, Leinen, Gütereinfuhr aus Ostindien und über Bestechungen der Zollbeamten. Der umfassende Charakter dieses Berichts mag auch die im Publikum herrschende Anschauung bestärkt haben, daß es auf eine grundsätzliche Neuordnung des Steuersystems, daß es auf eine *general excise* abgesehen sei.

Verweilen wir einen Augenblick nur bei dem, was der Bericht über die im Tabakhandel üblichen Betrügereien sagt, so erfahren wir, daß der aus Amerika, insbesondere aus Virginien eingeführte Tabak einen Zoll von 6½ d. pro Pfund zu zahlen hatte. Das galt freilich nur für den heimischen Konsum. Ein großer Teil der Ware wurde wieder ausgeführt, wobei der bei der Einfuhr gezahlte Zoll durch Rückvergütung ersetzt wurde. Bei normalem Verlauf hätten alle an dem Geschäft Beteiligten einen sicheren Gewinn gehabt, und der Regierung wären erhebliche Zolleinnahmen zugeflossen. Tatsächlich aber hatte sich in allen Stadien dieses Handelsverkehrs ein entwickeltes System von Betrügereien eingeschlichen. Es begann schon mit falschen Gewichtsangaben, die von den staatlichen Beamten selbst zugelassen oder gefördert wurden. Die reichste Gelegenheit für diese unerlaubten Gewinne bot sich jedoch bei der Auszahlung der Rückvergütungen, bei den sogenannten *drawbacks*. Man ließ sich etwa Anweisungen geben für die Wiederausfuhr nach spanischen oder portugiesischen Häfen, zog den Betrag ein, führte aber die Ware nicht aus, sondern brachte sie in England oder Irland zum Verkauf. Oder der Tabak wurde einfach ins Land geschmuggelt, ohne einen Zoll entrichtet zu haben. Oft wurde er auch schon von den Schiffen hinweg ins Land verschleppt und unter der Hand verkauft.

Offenbar war dergleichen nur möglich bei tief eingerissener Korruption des Beamtenkörpers selbst. Man hört auf der einen Seite von Schmugglern, die in Trupps von 40—50 Mann bewaffnet in London herumziehen, auf der andern von Zollbeamten, die gegen diese Elemente nicht viel unternehmen können und wollen. Nur gelegentlich wird derartiges versucht, und dann werden förmliche Schlachten geschlagen, bei denen es Tote und Verwundete gibt.

* * *

Wohl vorbereitet, trat Walpole am 14. März 1733 a. St. vor das Unterhaus, um seinen Antrag zu stellen und zu begründen. Die Commons tagten zunächst in der unverbindlichen Form eines *Committee of the whole House*, um die Meinungen zu klären und damit einem späteren Gesetzesvorschlag den Weg zu ebnen. Der Minister holt weit aus, er gibt sich als Redner großen Stils und schmückt seine Rede mit einem klassischen Zitat. Er schickt der sachlichen Erörterung die feierliche Beteuerung voraus, daß der Gedanke an eine *general excise* ihm niemals in den Sinn gekommen sei; denn es wäre ebenso auf seiner Seite ein Verbrechen, solches vorzuschlagen, wie auf der Seite des Parlaments, es anzunehmen. Aber darum sollte sein wirklicher Vorschlag auch ernst genommen werden. Wird dieser abgelehnt, so wird es der letzte sein, den er zu machen hat. Die Folgen werden auf diejenigen fallen, die jetzt nicht das Herz haben, den Schändlichkeiten der Betrüger und der Selbstsüchtigen entgegen zu treten.

Und nun folgt der sachliche Teil seiner Rede. Er will sich zunächst auf den Tabak beschränken, der ein Luxusartikel sei, nicht eine Lebensnotwendigkeit. Hier ist es interessant, zu beobachten, wie eng der Redner sich an den erwähnten Bericht der Kommission anschließt. Er beschreibt die betrügerischen Praktiken genau ebenso, wie es dort geschehen ist. Er bringt dieselbe Aufzählung von Tatsachen, er verwendet dieselben technischen Bezeichnungen. Und auch in seinen zusammenfassenden Betrachtungen wiederholt er nur die in dem *Report* gegebenen Schlußfolgerungen. Er gibt auch nicht mehr als dieser, und er redet nicht über den Wein, einfach aus dem Grunde, weil ihm für diesen Artikel auch der Bericht nur ein mageres Material zu bieten vermochte. So liefert denn dieser Vergleich auch ein gutes Beispiel für die Sachlichkeit der Reden des Ministers ¹⁾.

Und so entwickelte er seinen Plan. Schritt für Schritt versucht er die Vorzüge des neuen Systems darzulegen. Die Zollgesetze sind offenbar ungenügend, um die üblichen Betrügereien zu verhindern. Mit Hilfe der Accise-Gesetzgebung

¹⁾ Die Wiedergabe bei Coxe 385 ff. (u. darnach in der Parl. Hist. 8, 1268 ff.) beruht auf eigenhändigen Notizen Walpoles.

aber wird das Ziel erreicht werden. Die Umwandlung der Einfuhrzölle in Verbrauchssteuern ist sicherlich ein großer Vorteil für den importierenden Kaufmann, und für das Publikum wird es eine Wohltat sein, wenn die betrügerischen Praktiken bei der Wiederausfuhr verschwinden.

Auch die Einwände der Gegner sucht er mit logischer Schärfe im voraus zu widerlegen. Die Accise, erklärt er, ist ja in England nichts Neues. Eine Anzahl Artikel werden ja bereits in dieser Form besteuert. Und die damit zu tun haben — ist nicht ihr beredtes Schweigen das stärkste Argument gegen die Schlechtigkeit des Systems? Das Bier ist einer dieser Artikel. Wohlan, ruft Walpole aus, die Brauer und die Malzhändler, sind sie Sklaven? Halten sie selbst sich dafür? Sind sie nicht bei den Wahlen so frei wie jeder andere?

Am Schlusse seiner Rede faßt er das Gesagte zusammen mit der stolzen und zuversichtlichen Erklärung: „Ich halte es für einen höchst unschuldigen Plan, ungünstig nur für Schmuggler und unehrliche Kaufleute. Ich bin gewiß, er wird für die Staatseinnahmen gewinnbringend sein. Er wird London zu einem freien Hafen machen und dadurch zum Weltmarkt. Dächte ich anders, ich würde nicht gewagt haben, einen solchen Plan an dieser Stelle vorzubringen.“

Walpoles Rede wurde allgemein bewundert. Der Sieg seiner Sache schien bereits sicher. Man hört von Mitgliedern, die sonst nicht für die Regierung zu stimmen pflegten, oder von solchen, die, als sie das Haus betraten, zur Ablehnung entschlossen gewesen, und nun, durch die Argumente des Ministers überzeugt, für seine Sache gewonnen waren. Wir hören auch von einem Unentschlossenen, der erst die Gründe für und wider prüfen wollte, ehe er sich entschied, und der nun für Walpole stimmte ¹⁾.

Fast noch stärker als durch Walpole selbst wurden die Argumente der Gegner *ad absurdum* geführt durch den Attorney General, Sir Philip Yorke ²⁾. Er spottet über die angebliche Sorge um die Verfassung. „Das ist ja gerade so, als ob Be-

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole 3, 129 ff.

²⁾ Vgl. P. C. Yorke, Life and Correspondence of Ph. Yorke, Earl of Hardwicke. 1913. 1, 98 ff.

trügereien bei der Erhebung öffentlicher Einkünfte ein Teil unserer Verfassung wären.“ Er verspottet die Furcht vor „der Armee von Accisebeamten“. Ihre Zahl wird nach vorläufiger Schätzung 126 betragen. Doch nehmen wir selbst an, es seien 150. „Wird diese Nation zu Sklaven gemacht werden durch 150 kleine Accisemänner?“

Überhaupt haben wir es hier mit einem Falle zu tun, wo das so oft gemalte Bild der Korruption ausgelöscht erscheint, mit einem Falle, wo das Persönliche schweigt und nur die großen Interessen reden, wo Regierungsweisheit und öffentliche Meinung aufeinander stoßen und wo aus ihrem Ringen die politische Entscheidung geboren wird.

An die Barre des Hauses waren auch einige Zollbeamte befohlen worden. Ihr Sprecher, ein gewisser Hill, soll sich in dem Kreuzverhör, dem er unterworfen wurde, gut gehalten haben. Man erfuhr aus seinem Munde, daß, selbst vom offenen Schmuggel abgesehen, durch die Betrügereien bei der Zollbehandlung der Regierung ebenso viel verloren ging, wie die gezahlten Zölle ausmachten ¹⁾.

Die Gegner hatten keinen leichten Stand. Aber sie waren entschlossen, das schwerste Geschütz auffahren zu lassen, um dem Minister das Spiel zu verderben und, wenn es möglich wäre, ihn zu stürzen. Sie sprachen wenig über den Tabak, aber um so mehr über Englands Verfassung und Freiheiten. Ihre Reden strotzten von grotesker Übertreibung und Entstellung der Tatsachen. „Wir kämpfen um den letzten Rest der Freiheit“, sagte Mr. Heathcote. „Wir haben bereits eine stehende Armee als ein Stück unserer Verfassung. Schon sind große Massen unseres Volkes der Willkür der Accise preisgegeben. Was uns jetzt droht, ist ein so großer Schritt auf diesem Wege, daß es unmöglich sein wird, die schlimmen Folgen abzuwenden.“

Walpoles Vorschlag, erklärte Pulteney, atmet den Geist der willkürlichsten und tyrannischsten Regierungsformen. — „Man lese nur die politischen Testamente Richelieus und Louvois', geschrieben, um ihren Herrn in den Grundsätzen des Willkürregiments zu unterweisen.“ Von schreiender Unkenntnis zeugt auch das Wort Pulteneys, die Accise sei zu allen Zeiten und in

¹⁾ Carlisle Mss. 103.

allen Ländern die schlechteste und drückendste Form der Steuererhebung gewesen. Die in Aussicht gestellte Herabsetzung oder Aufhebung der Landtaxe aber nannte er verächtlich den Köder, mit dem die Leute auf dem Lande gefangen werden sollten, ein häßlicher Streich, um die zwischen Land- und Geschäftsinteresse bestehende Harmonie zu zerstören.

Noch einmal erhob sich Walpole, und es fiel auf, wie frisch und elastisch er noch nach zwölfstündiger Redeschlacht für seine Sache stritt. Die schwache Beweisführung der Opposition hat seinen Mut gestärkt. Er meint, die Schlacht schon gewonnen zu haben. Wie ein Sieger steht er da und erklärt, seine Gegner hätten wohl das Ende seiner ministeriellen Laufbahn herbeigewünscht. Jetzt würden sie erkannt haben, wie eitel dieser Wunsch gewesen. Es war, als wollte er ihnen triumphierend das alte Wort *j'y suis et j'y reste* in's Gesicht schleudern.

Aber wichtig scheint es ihm auch, bei dieser Gelegenheit Klage zu führen über die Schreier und Lärmmacher, die draußen, in den Vorräumen des Sitzungssaals und hinunter bis auf die Straße ihr Wesen treiben. Er weiß, sie sind nicht aus eigenem Antriebe gekommen, sie sind wie Puppen, die von anderen bewegt werden. Und mit bitteren Worten erklärte er, möge man diese Leute auch als demütige Supplikanten bezeichnen; er denke doch eher an das Wort aus einem alten Gesetze, das von verstockten Bettlern rede. Es ist zwar immer behauptet worden, er habe niemanden damit beleidigen wollen. Aber sicher war das Wort von den „*sturdy beggars*“ ungeschickt gewählt. Es drang hinaus in die Massen und hat beigetragen zu den peinlichen Auftritten, mit denen einige Wochen später die Geschichte des Accisestreits ihren Abschluß fand.

* * *

Zunächst nahm die Sache ihren normalen Verlauf. Die Abstimmung im *Committee of the whole House* ergab eine Mehrheit von 61 (266 : 205) Stimmen für Walpoles Antrag. Es folgten einige dem entsprechende Resolutionen durch das Plenum und der Beschluß, im Sinne derselben einen Gesetzentwurf vorzubereiten. Unter den Mitgliedern, denen dieser Auftrag erteilt wurde, befand sich natürlich auch Walpole.

Soweit war die Sache gefördert, als die Arbeiten des Par-

laments durch die Osterpause unterbrochen wurden. Am 4. April wurde die Bill eingebracht. Die Opposition suchte der Regierung in jedem Stadium der geschäftlichen Erledigung Schwierigkeiten zu bereiten, und wie es schien, nicht ohne Erfolg. Die regierungsfreundliche Mehrheit schmolz zusammen. Am 4. April hatte eine Abstimmung zunächst noch eine Mehrheit von 56 (232 : 176) ergeben. Als aber am selben Tage die zweite Lesung der Bill auf den 11. April angesetzt werden sollte, stimmten 236 Abgeordnete dafür, 200 dagegen.

So nahte die letzte Entscheidung heran. Die zweite Lesung mußte sie bringen. Unterdessen hatte in allen Teilen des Landes die Agitation gegen das *Excise Schema* immer größeren Umfang angenommen. Kundgebungen liefen ein aus Kreisen der Bevölkerung und von örtlichen Behörden. In London steigerte sich die Erregung von Tag zu Tage, die Regierung hatte neben der Polizei auch Militär in der Nachbarschaft von Westminster zusammengezogen, um den Pöbel der Hauptstadt im Zaume halten zu können. Aber ernster als die Gefahr eines Pöbelauflaufs war es, daß nun die City sich regte. Am 9. April a. St. 1733 versammelte sich der Lord Mayor mit dem Aldermen und dem Rate der Stadt London in der Guildhall. Die Accise-Bill ward verlesen, und die bedenklich scheinenden Stellen mußten den Anwesenden sogar dreimal vorgetragen werden. Und dann brach der Sturm los. Das sei ja noch viel schlimmer, erklärten die Wortführer, als man sich die Sache vorgestellt habe. Ein ehrwürdiges Mitglied der großen Kaufmannschaft erklärte, er liebe die königliche Familie, darum müsse er die Bill hassen. Als dann der Vorschlag gemacht wurde, man solle dem Unterhause eine Petition gegen die Vorlage überreichen „da schrie“, sagt unser Berichterstatter, „die ganze *assemblée* ja, ja, dergleichen Einmütigkeit man denn allhier in London seit einigen *saeculis* nicht verspüret hat.“¹⁾

Dem Beschlusse folgte die Tat. Am folgenden Tage, dem 10. April a. St. 1733, sah man die Sheriffs, die Aldermen, das *Common Council* und die vornehmsten Kaufleute der City von Guildhall nach Westminster fahren, in 200 Kutschen, die Lakaien in Livrée auf dem Rücksitz. Sie erschienen an der Barre des

¹⁾ Degenfeld, 21. Apr. 1733. G.St.A.

Unterhauses, überreichten ihre Petition, und empfangen den Bescheid, diese solle bis zum nächsten Tage, der die zweite Lesung der Bill bringen würde, auf dem Tische des Hauses liegen.

Es war einer jener Auftritte, — sie sind in der älteren Geschichte des Parlaments nicht häufig — wenn große Volksmassen, von einer einzigen starken Bewegung ergriffen, die örtlichen Autoritäten mit sich reißen, und ihre Sache den Gesetzgebern eindrucksvoll vor die Augen stellen. Gewiß war viel Gemachtes an solcher Demonstration, und einem Walpole, der die großen Fragen der Nation frei in den Räumen des Hauses von Westminster entschieden sehen will, mag sie höchst unsympatich gewesen sein. Aber einer solchen Kundgebung sich einfach zu widersetzen, schien doch bedenklich. Und war denn der Minister selbst in innerster Seele wirklich so fest überzeugt von der Heilsamkeit der Maßregel, um die gestritten wurde, oder folgte er nicht doch mehr den Wünschen des Monarchen?

Nun ward in langer Debatte um die Frage gekämpft, ob man den Urhebern der Petition gestatten solle, ihren Standpunkt vor dem Hause selbst zu verteidigen. Der dahin gehende Antrag ward freilich verworfen, aber es war nur noch eine Majorität von 17 Stimmen, die zur Regierung hielt. Die kommende zweite Lesung mußte die Entscheidung bringen. Man sah dem weiteren Verlauf mit Sorge entgegen. Denn auch im Oberhause nahm die regierungsfeindliche Stimmung zu¹⁾. Aber noch ehe Commons und Lords ihr letztes Wort sprachen, kam die Entscheidung von anderer Seite, vom Hofe des Königs.

Georg II. und Karoline hatten sich durch ihren getreuen Lord Hervey über die Vorgänge im Parlament genau unterrichten lassen²⁾. Die Opposition, meinte der König, sei seit seiner Thronbesteigung noch nie so stark gewesen. So wagte man doch nicht, es aufs äußerste ankommen zu lassen. Es war am Abend des 9. April a. St. 1733, am Vorabend des großen Demonstrationszuges der City nach Westminster, als im Palaste des Königs, gerade ehe man sich ins Drawing Room begab, eine Konferenz des Herrscherpaares mit dem Minister stattfand. Man sah die Lage in trübem Licht und kam zu dem Er-

¹⁾ Kinsky an Karl VI. London, 21. April 1733. W.St.A.

²⁾ Hervey (Sedgwick), 132 ff.

gebnis, die so heftig umstrittene Bill fallen zu lassen. Doch sollte es nicht in demütigender Form geschehen. Man wollte zunächst die bevorstehende Entscheidung über die Petition der City, auf deren Ablehnung man rechnete, vorübergehen lassen. Es sollte nicht scheinen, als habe die City über die Regierung gesiegt. Und so ward es gehalten. Als am 11. die zweite Lesung auf die Tagesordnung gesetzt war, erhob sich Sir Robert Walpole zu einer eindrucksvollen Rede. Er sprach 1¾ Stunden lang, und legte die leitenden Gedanken der Bill noch einmal ausführlich dar. Dann aber überraschte er die Versammlung mit dem Antrage, die zweite Lesung um 2 Monate, bis auf den 11. Juni zu verschieben. Was ihn dabei am stärksten bewege, sagte der Minister, sei die von vielen gehegte Sorge, daß die durch die Bill entstandene Mißstimmung, so unbegründet sie sei, der Person und der Regierung des Königs verhängnisvoll werden könnte. Möchten doch, rief er aus, alle üblen Folgen auf das Haupt derer fallen, die die Schuld daran tragen. „Doch halt, ich wünsche es nicht, ich wünsche meinem ärgsten Feinde nicht so viel Übles“¹⁾.

Jedermann verstand, daß die Accise gefallen, daß die Regierung dem Zwange der Umstände gewichen war. Der Hof, schreibt mit leichtem Spotten ein Diplomat²⁾, habe dem Chevalier Walpole den Befehl gesandt, das Projekt der Accise „einen sanften Tod sterben zu lassen“. Nun verbreitete sich blitzschnell die Nachricht vom Fall der Accise. „Kaum war diese Zeitung erschollen“, schreibt derselbe Berichterstatter, „so wurden die Glocken in der Stadt geläutet, und des Abends waren Illuminationen und Freudenfeuer von einem Ende der Stadt bis zum andern.“ Gegen den Minister aber kehrte sich die Wut der Masse. Was sich in letzter Stunde hier, in den Vorräumen von Westminster, zusammendrängte, es waren nicht mehr die wohl-situierten Kaufleute der City. Schlechte Elemente waren es, die den Minister, als er spät, unter starker Polizeibedeckung, das Haus verließ, bedrängten und bedrohten. Die *sturdy beggars* traten ihm leibhaftig gegenüber. Man zerrte an seinem Mantel, und nur weil er diesen fahren ließ, blieb er vor schlimmeren Miß-

¹⁾ Egmont 1, 360.

²⁾ Degenfeld, 24. April 1733. G.St.A.

handlungen, vielleicht vor tödlicher Verletzung bewahrt. „Mit einigen von seiner Suite“, schreibt der preußische Gesandte¹⁾, „kam es gar zu Stößen“.

In so beängstigender Form schloß der parlamentarische Kampf. Übrigens war das Projekt formell nicht einmal abgelehnt worden. Diese Entscheidung sofort herbeizuführen, war der Opposition nicht gelungen. Auch ihr Versuch, der Niederlage der Regierung, den Sturz des mächtigen Ministers folgen zu lassen, war vergeblich. Es gelang ihr nicht einmal, bei dieser Gelegenheit die früher beschlossenen Accisegesetze, von denen andere Warengattungen, wie Tee, Kaffee, Schokolade, betroffen waren, zu beseitigen.

Über die unwürdige Behandlung, über die Bedrohung des Ministers und seiner Freunde durch den Pöbel mußte sogar das gesamte Unterhaus seiner Empörung Ausdruck geben. Es geschah am nächsten Tage, und die Szene entbehrte nicht einer gewissen Komik. Der Vorfall wurde in so ruhigem und doch so bestimmten Tone besprochen und verurteilt, daß auch die politischen Gegner in diese Verurteilung einstimmen mußten. Das Haus schien plötzlich einig zu sein. Wyndham und Pulteney, „die Inhaber der Konsulargewalt auf der Seite der Opposition“²⁾ taten nicht weniger empört als die politischen Freunde des Ministers. Sie sind schmerzlich bewegt, sind gerührt, und, nach der Sitte der Zeit, sind ihre Augen voller Tränen. Pulteney erklärt, hätte er dergleichen vorausgesehen, so würde er sich selbst als Hüter der Person des Ministers zur Verfügung gestellt haben, und von einem andern Oppositionsmann berichtet Hervey schalkhaft, er sei noch einen Schritt weiter gegangen, denn man sah sogar die Tränen über seine Wangen herabfließen.

* * *

In moderner Zeit hätte ein leitender Minister in England nach einer solchen Niederlage sein Amt kaum behaupten können³⁾.

¹⁾ Degenfeld, 24. Apr. 1733. G.St.A.

²⁾ Hervey (Sedgwick) 168.

³⁾ Höchst lehrreich sind die Ausführungen, die Arthur Balfour am 24. Juli 1905 über dieses Thema vor dem Unterhause gemacht hat, wobei er übrigens nur die Zeit seit der Reformbill von 1832 ins Auge faßte. Für die seitdem verflossenen Jahrzehnte zählt er etliche Fälle auf, in denen

Er hätte es entweder in die Hand des Königs zurücklegen, oder diesem empfehlen müssen, das Volk zu einer Neuwahl aufzurufen. Aber wir wissen ja, daß das Schema des reinen Parlamentarismus damals noch nicht existierte. Besonders lehrreich sind hier Herveys Memoiren¹⁾. Sie zeigen zunächst wieder, daß der König allein die Entscheidung darüber in der Hand hatte, ob der Minister im Amte bleiben solle, oder nicht. Georg II. war ein Mann, der in der Politik vor starken Entschlüssen stets zurückschreckte. Er scheute auch den Ministerwechsel. Schon war ihm die Liste eines neuen Ministeriums zu Gesicht gekommen, das die Opposition hoffte, ihm aufdrängen zu können. Wyndham und Carterat figurierten darin als die neuen Staatssekretäre, Pulteney als Kanzler der Schatzkammer und erster Schatzlord. Der König tobte: „Ein Pack von Schurken, das wäre schön, wenn meine Geschäfte durch Buben und Narren, durch Republikaner und Lügner geführt würden. Und wenn ich übrigens gezwungen sein sollte, mein Ministerium zu ändern, woher wissen denn diese Laffen, ob ich sie nicht liegen lassen und lieber die Tories hereinnehmen würde“. „Gewiß“, so geht die Rede weiter, „einer von meiner Familie mit einer Tory Regierung: das wäre ein wackliger Bau. Und Jakobiten um den Thron eines Königs herum, der ihn auf Grund der Revolution (von 1688) inne hat, müßten auf die Dauer schwierig und gefährlich werden. Und doch: wäre ich gezwungen, ich würde lieber die ganze Partei zu gewinnen suchen.“

Aber schon vorher hatte Georg II. sich entschieden. Walpole hatte zuerst der Königin Karoline, sodann dem Herrscher selbst seine Demission angeboten. Beide haben in der schmeichelhaftesten Form das Anerbieten abgelehnt. In ähnlichen Worten wie beim Thronwechsel von 1727 erklärte Georg II. seinem Minister, er werde ihn nie verlassen, sie wollten zusammenstehen oder fallen²⁾.

* * *

Regierungshäupter auch nach erlittenen Niederlagen weder demissioniert, noch Neuwahlen herbeigeführt haben, sondern ruhig im Amte geblieben sind. Entscheidend ist für ihn die Frage, ob in jedem besonderen Falle die Regierung das Gefühl hatte, das Vertrauen der Majorität noch zu besitzen oder nicht.

¹⁾ Nach der nur in der Ausgabe von Sedgwick (169 ff.) wiedergegebenen Darstellung.

²⁾ Hervey (Sedgwick) 158.

Im Herzen des Königs und des Ministers blieb freilich der Zorn über das Erlebte noch lange lebendig. Als es im Juni 1733 galt, die Thronrede zu entwerfen, mit der der Monarch die Session schließen sollte, durften auch einige Sätze über den jüngst vorgegangenen Kampf um die Accise darin nicht fehlen. Ein von Lord Hervey verfaßter Entwurf schien dem Minister ungeeignet, weil er zuviele *douceurs* für das Parlament enthalte. Eigenhändig schrieb Walpole die bitteren Bemerkungen nieder, in die er seinen Groll ausklingen ließ.

So war der Sturm vorüber gebräut, und alles war beim alten geblieben. Die Erinnerung an das Geschehene aber lebte fort in den Bildern und Gedichten aus dem kritischen Jahr 1733. Schauernd las man wohl noch lange die Verse¹⁾:

„Seht Accise den Drachen
Mit 5000 Rachen,
Mit 10 000 Augen!
Wozu soll das taugen?
Uns will er verschlingen,
In sein *store-house* uns bringen.“

* * *

„Zivilliste nennt man hier die 600 000 £, so dem Könige jährlich accordiret zu Unterhaltung des Hofes, *Ministres* an fremden Höfen und übrige *dépenses*, so auf *negotiations* und zu Gewinnung des Parlaments angewendet werden.“ Diese 1720 gegebene Umschreibung, für den König von Preußen bestimmt²⁾, ist zwar nicht ganz genau. Doch gibt sie die herrschende Anschauung der Zeit wieder. Die Zivilliste war ursprünglich gedacht als ein Verzeichnis der für die bürgerlichen Ämter zu zahlenden Gehälter, oder genauer, der dafür bereitgestellten Staatseinnahmen. Da nun diese Gelder größtenteils in die Hand des Königs gelegt und von ihm verausgabt wurden und da er auch seinen Haushalt davon zu bestreiten hatte, so dachte man bei dem Namen der Zivilliste bald besonders an die dem Monarchen zur Verfügung gestellten Summen. Identisch waren aber diese beiden Begriffe noch nicht. Denn während

¹⁾ Wright, Caricature History 104.

²⁾ Wallenrodt, 30. Apr. 1720. G.St.A.

die Zivilliste einen eigenen Fonds bildete, der aus gesetzlich festgelegten Quellen gespeist wurde, pflegten der daraus dem Könige zustehende Betrag seit dem 17. Jahrhundert durch parlamentarische Bewilligung genau fixiert zu werden. Mit diesen so bewilligten Mitteln hatte der König nicht nur seinen eigenen Haushalt zu bestreiten, sondern auch etliche dem Zivildienst angehörende Beamte, darunter alle im diplomatischen Dienst beschäftigte Beamten zu unterhalten. Auch spendete er gelegentlich noch für andere Zwecke bedeutende Summen¹⁾. Königin Anna soll 100 000 £ für die Führung des spanischen Erbfolgekrieges gegeben haben und 50 000 £ für den Bau von Blenheim, des prachtvollen Schlosses, das die Nation dem großen Marlborough gestiftet, dessen gewaltige Kosten aber mit den vom Parlament bewilligten Summen bald nicht mehr zu bezahlen waren.

Solche Leistungen der Krone sah man nicht ungerne. 1717 wird der König getadelt, weil er Ersparnisse aus der Zivilliste macht, denn das könne zu peinlichen Beschlüssen im Unterhaus führen²⁾. Georg I. ist sparsam, er entfaltet keine große Bautätigkeit, er gibt keine kostspieligen Feste. Nur die äußere und innere Ausschmückung des Schlosses Hampton Court, das dem Prinzen zum Aufenthalt dienen sollte, verschlangen größere Summen. Und dann erhob sich noch ein kleiner Disput über die Frage wer die Möblierung der Zimmer zu bezahlen habe, bis Georg I. entschied, dies sei die Sache seines Sohnes.

Drei Jahre später hat sich die Lage verändert. Große Ausgaben für die auswärtige Politik sind 1720 aus dem Fonds der Zivilliste bestritten worden, insbesondere für den Frieden im Norden und für den Frieden mit Spanien. Diese Extrakosten belaufen sich auf 600 000 £, was unter Georg I. dem ihm auf Lebenszeit bewilligten Einkommen aus der Zivilliste entsprach, nach Abzug der für den Prinzen bestimmten Summen von 100 000 £. Diese Verschuldung der Zivilliste wurde zwar vor der Abreise des Königs nach Hannover durch Anleihen ausgeglichen³⁾. Aber die Öffentlichkeit ward durch solche Kreditüberschreitung des Monarchen nicht angenehm berührt. Sie

¹⁾ Vgl. Some Considerations upon the State of our Public Debts in general, and of the Civil List in particular. 1720.

²⁾ Bonet, 9./20. Juli 1717. G.St.A.

³⁾ Wallenrodt, 10./21. Mai 1720. G.St.A.

brachte auch gern das Thema der Korruption damit in Verbindung, insbesondere die Schaffung von zu vielen Beamtungen und die Verleihung von Pensionen zur Verstärkung der regierungstreuen Elemente. So hat denn eben im Jahre 1720 ein Pamphletschreiber¹⁾, der sich speziell mit der Zivilliste beschäftigte, zwei Forderungen aufgestellt: erstens die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses, um zu entscheiden, welche Ämter abgeschafft, welche Gehälter herabgesetzt werden könnten, zweitens einen Gesetzesbeschluß, der die Austeilung von Pensionen ohne gleichzeitige Verleihung eines Amtes als Hochverrat bezeichnen sollte.

Auch der häßliche Konflikt zwischen Georg I. und seinem Sohne spielt herein in die Geschichte der Zivilliste. 100 000 £ von den dem Könige bewilligten 700 000 waren, wie wir soeben gehört haben, vom Parlamente dem Prinzen vorbehalten worden. Jetzt machte der König den Versuch, ihm einen Teil davon zu entziehen. Eines Tages, im Januar 1718²⁾, erschienen die vier höchsten Staatsbeamten beim Prinzen und forderten ihn auf, er möge 40 000 von seinen 100 000 £ wieder dem Könige überlassen. Dieser werde die Erziehung der fünf prinzlichen Kinder übernehmen, insbesondere die des ältesten Sohnes, dem der König soeben den Titel eines Herzogs von Gloucester verliehen hatte. Aber abgesehen davon, daß jene 100 000 dem Prinzen nur durch Parlamentsbeschluß genommen werden konnten, so bot der Fall auch noch andere Schwierigkeiten. Der junge Herzog von Gloucester war, als das welfische Haus nach England übersiedelte, in Hannover zurückgelassen worden. Ihm dort auf englische Kosten einen Hofhalt einzurichten, war unmöglich. Nach England aber wollte der König ihn nicht kommen lassen, denn er hatte an dem einen Thronfolger in britischen Landen mehr als genug. Der Prinz wich in einem demütigen Schreiben an den König dem an ihn gestellten Ansinnen geschickt aus, nicht ohne in einer boshaften Randbemerkung den Wunsch auszusprechen, seinen Ältesten in England zu sehen. Er selbst würde alsdann alles zur Erziehung Erforderliche gewissenhaft erfüllen.

¹⁾ Some Considerations ... 34.

²⁾ Das folgende besonders nach den Berichten Hoffmanns und Bonets vom Januar und Februar 1718. W.St.A. u. G.St.A.

Da der Standpunkt des Prinzen, auf parlamentarischem Rechte beruhend, der stärkere war, so zog der König sich zurück, und die Angelegenheit ruhte bis zu der bekannten Versöhnungsszene von 1720.

* * *

Noch einmal ward, innerhalb unserer Periode, die Zivilliste zum Thema einer großen politischen Erörterung gemacht, und zwar im Parlamente. Es geschah beim Thronwechsel von 1727, und der Vorgang erscheint finanzgeschichtlich doppelt bedeutsam, da auch der *sinking fund* in die Debatte gezogen wurde. Es galt, dem neuen Könige ein genügendes Einkommen zu sichern. Wir wissen¹⁾, daß Walpole dieses Thema in langen Gesprächen mit Georg II. erörterte und daß sein eigenes Verbleiben im Amte aufs engste damit zusammenhing. Georg I. hatte jährlich 700 000 £ erhalten. Dem neuen Herrscher versprach Walpole ein Einkommen von 800 000 £. Er wußte, daß dieses jährliche Mehr von 100 000 £ sich noch in den Grenzen des Ertrages der Zivilliste hielt. So beantragte er bei den Commons schlechthin, daß der ganze Ertrag der Zivilliste dem neuen Könige zur Verfügung gestellt werde. Er motivierte seinen Antrag mit dem Hinweis auf den Familiensegen des königlichen Hauses.

Da es sich um die Person des Souveräns handelte, so wird Walpole, im Vertrauen auf die Loyalität des Hauses, gewiß auf eine glatte Annahme seines Antrages, vielleicht ohne jede Debatte, gerechnet haben. Aber nun erfolgte eine Überraschung. William Shippen, der wohlbekannte Jakobit, schien sich bei dem neuen Herrscher mit denselben unehrerbietigen Äußerungen einführen zu wollen, wie früher bei dem Vorgänger. Er bekämpfte den Antrag in langer Rede, in der er, schon etwas taktlos, eine Rechnung anstellte über die Verwaltung der Zivilliste unter Georg I. und den Beweis versuchte, daß eine Erhöhung nicht geboten erscheine. Aber sein Hauptargument war ein andres. Er verweilte bei der Tatsache, daß jene Überschüsse der Zivilliste, die bisher für den Bedarf des Königs nicht herangezogen worden, dem Tilgungsfonds einverleibt zu werden pflegten. Mit einem gewissen Entsetzen sprach Shippen davon, daß man

¹⁾ Vgl. Bd. 3, 515.

nun beabsichtige, diese jährlichen 100 000 £ dem der Nation so sehr am Herzen liegenden Zwecke zu entziehen. „Ich habe bisher geglaubt“, rief er emphatisch aus, „der *Sinking Fund* sei ein geheiligtes Depositum, bestimmt für die allmählich erfolgende Abzahlung der Staatsschuld. Es wäre eine Art von Sakrileg, auch nur den geringsten Teil davon für andere Zwecke zu verwenden.“ Und Walpole verspottend, drückte er seine Überraschung darüber aus, daß der ehrenwerte Herr im Begriffe sei, sein eigenes Lieblingswerk zu zerstören.

Shippens Auftreten muß peinlich gewirkt haben. Kein anderer Redner meldete sich zum Worte. Auch Walpole hielt eine Erwiderung nicht für geboten. Und gegen seinen Antrag stimmte niemand außer Shippen.

* * *

Auch über Münze und Währung¹⁾ wird hier einiges zu sagen sein. Doch ist dabei jede scharfe Formulierung zu vermeiden. Keines der Edelmetalle besitzt den ausschließlichen Charakter des gesetzlichen Zahlungsmittels. Von Begriffen wie Goldwährung, Silberwährung, Bimetallismus, darf man noch nicht reden. Man wird nur festzustellen haben, daß seit Jahrhunderten das Silber den Vorrang besaß, nämlich seitdem der intensive Handelsverkehr mit Spanien und seinen Kolonien eingesetzt hatte. Man denke an die regelmäßig über den Ozean herüber kommenden Silberflotten, mit ihren Millionen an Metallwerten aus andern Bereichen. Man weiß auch, welch ein großer Teil dieser Schätze im Austausch gegen die Industrieerzeugnisse des Westens in die Adern des europäischen Geschäftslebens geflossen war, nach Holland, nach Frankreich, nach England.

Was nun England betrifft, so hatte hier diese Entwicklung etwa seit der Mitte des 17. Jahrhunderts zur dominierenden Stellung des Silbers geführt, oder wenn man es, nicht ganz korrekt, so nennen will, zur Silberwährung. Neben dem Silber spielen nämlich die Goldmünzen, die sog. Guineen nur eine geringe Rolle. Zumal im Verkehr mit dem Auslande herrschte das Silber. Die starke Wareneinfuhr aus Frankreich ward in

¹⁾ Vgl. Kurt Singer, Die Entstehung der englischen Währung (Weltwirtschaftl. Archiv 17, 1).

Silber bezahlt, und da seit dem Utrechter Frieden — wir werden noch mehr davon hören — die Einfuhr aus Frankreich soviel größer war, als die Ausfuhr englischer Waren dorthin, so machte sich diese Ungleichheit in der Bewertung der beiderseitigen Zahlungsmittel, in einer für England ungünstigen Wirkung bemerkbar. Der französische Taler, (*écu*) dessen eigentlicher Wert 36 sous betrug, mußte bei diesem Austausch viel höher, bis zu 48 berechnet werden, was für England einen Verlust von 25—30 Prozent bedeutete. Große Silbermengen wanderten auch auf den Schiffen der ostindischen Kompagnie jeweils nach Ost-Asien.

Nun hört man, daß in den Jahren nach dem Utrechter Frieden die großen Silbervorräte, die den gesamten Geld- und Warenverkehr beherrschten, allmählich zusammenschmolzen, und das Geschäftsleben begann darunter zu leiden. Regierung und Parlament mußten sich der Sache annehmen. Der große Sir Isaac Newton, der Leiter des Münzwesens, erstattete 1717 und 1718 seine Berichte über die Geldvorräte. Der Sinn dieser Berichte lief darauf hinaus, daß es 2 Wege gäbe, um der Knappheit der Silbervorräte zu begegnen. Man müsse entweder die noch vorhandenen, bedeutenden Mengen ungemünzten Silbers zur Prägung verwenden, oder aber den Warenaustausch, zumal mit dem Ausland, mehr als bisher auf beiderseitige Goldzahlungen basieren. Newton empfahl das letztere. Er wünschte die ungemünzten Silberbarren, wenn möglich als solche unvermindert zu erhalten.

Die Berichte des großen Kenners wurden im Dezember 1717 dem Parlamente vorgelegt¹⁾. Im folgenden Januar fand auf Grund derselben eine Debatte im Oberhause statt, bei der es sich besonders darum handelte, die Gründe der Silberknappheit festzustellen²⁾. Im Namen der Regierung berichtete Lord Stanhope über die Gründe des Mangels an geprägtem Silber³⁾. Er führte diesen Mangel zunächst auf den steigenden Luxus in der Herstellung von Silbergeräten und Silberschmuck zurück, als zweiten Grund nannte er die vermehrte Silberausfuhr durch die ostindische Kompagnie. Diese habe, sagte er, im verflossenen

¹⁾ Parl. Hist. 7, 526.

²⁾ Bonet, 28. Jan./8. Febr. 1718. G.St.A.

³⁾ Parl. Hist. 7, 523 ff.

Jahre, fast 3 Millionen Unzen Silbers ausgeführt, während die Menge des eingeführten Edelmetalls weit dahinter zurückblieb. Stanhope wies endlich auf die im Geheimen geübte Praxis hin, im Verkehr mit Holland, Deutschland und andern Ländern, Silber auszuführen, und Gold herein zu bringen, eine Praxis, die vielen Geschäftsleuten bei dem steigenden Silberwert lohnend erscheinen mochte.

Wir mögen, die Erklärungen Stanhopes ergänzend, den von ihm verschwiegenen stärksten Grund für das Schwinden des Silbers in der gesamten Lage des internationalen Handels erblicken. Da nach dem spanischen Erbfolgekriege Frankreich einen viel stärkeren Anteil am spanisch-amerikanischen Handel hatte als zuvor, so wuchs auch in demselben Maße sein Anteil an den Ladungen der Silberflotten¹⁾.

Immerhin hielt man es nicht für angezeigt, gesetzgeberisch gegen das Übel, einzuschreiten. Die Berichte Newtons, die Haltung der Regierung, sowie die des Parlaments führten zu dem Ergebnis, daß man an dem bestehenden Zustand nichts ändern sollte. Eine Bill um das Einschmelzen des geprägten Edelmetalls zu verhindern blieb das einzige Ergebnis der ganzen Aktion. An den Währungsverhältnissen aber ward auch in den folgenden Jahrzehnten des Walpole'schen Regiments kaum mehr etwas geändert.

* * *

Als im Jahre 1731²⁾, nach Newtons Tode, das Gerücht verbreitet wurde, man wolle den Wert der Guineen von 21 auf 20 sh. senken, veröffentlichte die Regierung eine amtliche Schätzung — man nannte dies Evaluation — des Wertes der englischen Münzen und zugleich des Verhältnisses von Gold und Silber. Sie folgte dabei abermals den früheren Gutachten Newtons. Dem entsprechend wurde erklärt, daß in England fortan ein Pfund feinen Goldes etwa 15½ Pfund feinen Silbers gleichkommen solle. Im Auslande, besonders in den Ländern des Ostens, in China, in Japan, in Indien, war aber das Verhältnis ein anderes. Da galt ein Pfund Gold nicht mehr als 9, 10 oder

¹⁾ Hoffmann, 8. Febr. 1718. W.St.A.

²⁾ Das folgende nach einem im G.St.A. befindlichen Bericht, datiert: A Londres, ce 8./19. Jan. 1731.

12 Pfund Silbers. Die Folge war, daß die Ausfuhr von Silber, ebenso wie das häufige Einschmelzen der Silbermünzen, obwohl es mit schweren Strafen bedroht war, auch weiterhin geübt wurde. Und blicken wir über die hier behandelte Epoche hinaus, so ist noch zu sagen, daß diese Verhältnisse, insbesondere der Silbermangel späterhin dazu geführt haben¹⁾, die reine Goldwährung aufzurichten, und dem Silbergeld nur noch den Charakter der Scheidemünze zu belassen.

* * *

Noch einmal haben wir in Verbindung mit einer andern Finanzfrage wieder über den *sinking fund* zu reden. Im Jahre 1737 hatte man soeben beschlossen, diesem Fonds den Betrag von 1 000 000 £ zu entnehmen und sie dem Könige zur Verfügung zu stellen, damit ein entsprechender Teil vom Kapital der Südseekompanie zur Auszahlung gelänge. Da geschah es, daß Sir John Barnard, ein Mitglied der Opposition, an den gefaßten Beschluß anknüpfend, eine Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld, die damals auf etwas weniger als 48 000 000 £ beziffert wurde, von 4 auf 3% beantragte²⁾. Walpole war in Verlegenheit. Denn hier standen *landed* und *moneyed interest*, Steuerzahler und Kapitalist, einander schroff gegenüber. Die agrarischen Kreise sahen freudig einer Erleichterung ihrer Steuerlast entgegen. Die City aber fürchtete die Schmälerung ihrer Zinseneinnahmen. Sie beantwortete die Nachricht von der beabsichtigten Zinsreduktion mit einem Run auf die Bank, und die Kurse fielen um 5 Prozent³⁾. Walpole mußte die Einbringung der Bill geschehen lassen, und erklärte nur den Zeitpunkt für ungeeignet. Als aber Barnard, glücklich über seinen Erfolg, sofort den Antrag stellte, daß mit der Zinsreduktion die Aufhebung einiger Steuern verbunden werden sollte, gelang es dem Minister, durch Überredung, vielleicht auch durch Bestechung, eine genügende Zahl der Mitglieder für seinen Standpunkt zu gewinnen. Und als er in zweistündiger Rede gegen die Bill gesprochen, ward diese fast mit derselben Mehrheit verworfen, wie vordem ihre Einbringung beschlossen worden.

¹⁾ Vgl. Kulischer, Allg. Wirtschaftsgeschichte 2, 344.

²⁾ Parl. Hist. 10, 62ff.

³⁾ Egmont, 2, 380.

Ein merkwürdiges Beispiel für Walpoles großes Geschick, eine parlamentarische Niederlage in einen Sieg zu verwandeln¹⁾. Seine letzten Motive durchschaute freilich niemand. Ob er dem Oppositionsmann den Ruhm mißgönnte, eine populäre Maßregel durchgeführt zu haben, ob eigener Vorteil im Spiele war, oder die Furcht, wie er dem Könige und der Königin erklärte, einige seiner Getreuen aus Kaufmannskreisen zu verlieren — niemand wußte es zu sagen. In der City aber herrschte Freude. Sir John Barnard wurde *in effigie* verbannt, auf Walpole begeisterte Hochs ausgebracht. Und doch hatte man just vier Jahre früher das umgekehrte Schauspiel erlebt. Nach dem Scheitern der Accise hatte der City-Pöbel das Bild des Ministers verbrannt, Sir John Barnard aber war als sein Überwinder gefeiert worden.

* * *

In den später gegen Walpole gerichteten Vorwürfen seiner politischen Gegner, ja sogar mancher nachlebenden Historiker, spielt ferner der für den Geheimdienst der Regierung bestimmte Fonds, das sogenannte *secret service money*, eine peinliche Rolle. Dieser Fonds bildete einen Teil der Ziviliste, oder wurde doch mit dieser zusammen verwaltet. Seinem Charakter entsprechend, brauchte über seine Verwendung dem Parlamente ein Rechenschaftsbericht nicht vorgelegt zu werden. Und doch hätte die schon erwähnte Untersuchungskommission in ihrem sehnlichen Verlangen, strafwürdige Taten in Walpoles Finanzgebaren aufzudecken, gar zu gern Genaueres über die Verwendung des *secret service money* in Erfahrung gebracht. Sie hoffte, nun endlich die Gelegenheit gefunden zu haben, die schändlichen Praktiken, das ganze Treiben der von der Regierung geübten Korruption vor der Öffentlichkeit brandmarken zu können. Wir wissen schon: diese Korruption ist von Mit- und Nachlebenden nur allzu tragisch genommen worden, und die Welt hat überhaupt herzlich wenig darüber erfahren. Damals, 1742, ist auch jenes Nachspüren ganz erfolglos geblieben, schon weil die Leute vom Schatzamt das in Frage kommende Material rechtzeitig auf die Seite gebracht hatten. Was aber seither aus den Akten bekannt geworden²⁾, ist lediglich

¹⁾ Hervey (Sedgwick) 729.

²⁾ Vgl. Hall, a. a. O. 10—11.

die Höhe des *secret service fund* in dieser Periode, doch nichts über die Verwendung der Gelder. Es kann nun nicht davon die Rede sein, daß der Geheimfonds gerade unter Walpole, wie behauptet worden, maßlos angeschwollen sei. Die Zahlen sind wie folgt. Vor der Rebellion 1715 hatte er die Höhe von 16 000 £. 1720, bei Walpoles Eintritt in die Regierung, war er schon auf 50 000 gestiegen. Durch weiteres Steigen erlangte er 1741 eine Höhe von 77 000 £, war aber schon 1742, als Walpole aus dem Amte getreten war, wieder auf 64 000 gefallen. Er sank nach weiteren 2 Jahren auf 30 000 £.

Eigentlich handelt es sich hier doch nur um recht bescheidene Summen, so bescheiden, daß sie mit der Vorstellung eines ausgedehnten Korruptionssystems unvereinbar erscheinen. Bedenkt man ferner, daß es sich bei den Ausgaben vielfach um Pensionen an verarmte alte Familien, um Geschenke an fremde Diplomaten, hie und da vielleicht auch um Erfüllung persönlicher Wünsche des Monarchen handelte, so können für die viel berufene parlamentarische Korruption wahrlich keine großen Beträge übrig geblieben sein.

* * *

Den Schluß dieser Ausführungen über die Staatsfinanzen möge die glänzende Schilderung bilden, die uns ein Mitglied der englischen Regierung, der Sekretär Charles Delafaye, von der Lage der Finanzen im März 1732 geliefert hat ¹⁾: „Der sinking fund zahlt unsere Schuld allmählich ab, und je weiter wir kommen, umso schneller kommen wir voran. Die Land-*Taxe* ist zur Hälfte aufgehoben, nur noch 1 sh. auf das Pfund ist geblieben. So niedrig war sie noch nie seit der Revolution, das macht im Lande einen vortrefflichen Eindruck ... Die Salzsteuer ist kaum fühlbar ... Die Regierung kann Geld borgen, soviel sie will, zu weniger als 4%, und die Gläubiger denken nicht daran, auf Auszahlung zu drängen ... Nennt man das fallenden Kredit oder sinkende Macht der Regierung? Mögen die Gegner sagen, was sie wollen, die Allgemeinheit des Volkes muß doch eine gute Meinung von der Regierung haben, wenn sie so darauf brennt, ihr Geld ihr anzuvertrauen.“

* * *

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 3, 125.

Wir haben in den vorstehenden Darlegungen dem Leser nur eine Auswahl aus den in dem Thema Finanzpolitik enthaltenen Einzelfragen geboten. Durch ihre Betrachtung kann Walpoles Ruf in der Geschichte nur gewinnen. Und auch als am Ende seiner Laufbahn die Gehässigkeit der Gegner es noch mit einer förmlichen Ministeranklage versuchen wollte, da haben sie ihm, auch auf dem leicht verwundbaren Gebiete der Finanzen, zuletzt nichts anhaben können.

An dieser Stelle mögen nur noch einige allgemeine und besondere Bemerkungen am Platze sein.

Walpoles Kunst und sein Streben bestand nicht darin, wie Ranke es von Papst Sixtus V. rühmt, Überschüsse zu sammeln und einen Schatz für künftige Bedürfnisse in ein festes Schloß einzuschließen. Ihm ist es mehr um den allgemeinen Aufschwung zu tun, um den steigenden Reichtum des Volkes und um die daraus entspringenden wachsenden Staatseinnahmen. Er will nicht tote Schätze aufspeichern, sondern lebendige Kräfte wecken und entfalten. Er will Staat und Volk fähig machen, allen Aufgaben, gegenwärtigen, wie künftigen, wenigstens finanziell gewachsen zu sein. Und vor allem, er will Englands Kredit hochhalten und steigern. Mit dem Kredit wird alles erreicht. „Die fremden Truppen“, sagt eine französische Denkschrift ¹⁾, „kosten den Engländern nur Geld, und das Geld kostet ihnen nur Papier.“

Man muß überhaupt die Fremden hören, will man einen Maßstab gewinnen zur Beurteilung dieser Finanzpolitik. Für Friedrich Wilhelm I. von Preußen war das Finanzwesen, insbesondere das Kreditsystem Englands, das große Vorbild, dem er nachzueifern wünscht. Immer wieder werden seine Vertreter in London beauftragt, Berichte zu liefern, möglichst ausführliche Berichte, über alle mit den englischen Finanzen zusammenhängenden Fragen ²⁾.

Anders die Franzosen. Sie blicken ängstlich über den Kanal hinüber und beobachten mit steigender Sorge jenen Inselstaat, der sich mit seiner kleinen Bevölkerung von 5 bis 6 Millionen ³⁾

¹⁾ A Londres, ce 14./25. Mai 1731. Mem. et Doc. Angl. 70, Aff. étr.

²⁾ So u. a. auch unter dem 22. Mai 1731 in der Instruktion für Sellentin, der dann gar nicht nach England kam. G.St.A.

³⁾ Vgl. Cunningham, Growth of English Industry and Commerce. Mod. Times. 1903, 935. Die bei Wood, Survey 307 nach Petty mitgeteilte Zahl von 7 Millionen scheint zu hoch gegriffen.

dem viermal so stark bevölkerten Frankreich finanziell so sehr überlegen zeigte. Sie täuschen sich auch nicht über die persönliche Bedeutung des leitenden Ministers. Auch ohne den Titel des Großschatzmeisters zu besitzen, sagt Saint Simon, hatte Walpole doch die Stellung eines solchen. „Seine Begabung hat so großen Eindruck in der Welt gemacht, daß ich meinte, seinen Eintritt ins Amt als eine Epoche bezeichnen zu sollen“. Es ist dieselbe Melodie, welche immer wieder auch durch die im Schoße der französischen Regierung verfaßten Denkschriften hindurchklingt, wenn sie sich mit den von England drohenden Gefahren beschäftigen. Daß die Finanzen Englands Stärke sind, ist hier stets die selbstverständliche Voraussetzung. Und als nach dem Wiener Frieden vom März 1731 die Beziehungen der beiden Staaten wieder einmal gespannter Natur sind, hat ein findiger Beamter des Pariser Ministeriums, in einer ausführlichen Denkschrift den Weg zeigen zu können gemeint, „*pour ruiner le Crédit et le Commerce des Anglais*“¹⁾.

* * *

Als das letzte Ergebnis der Kunst des großen Meisters der Finanzen wird man, wie gesagt, auf den allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft hinzuweisen haben. Es ist das Bild des steigenden Reichtums einer ganzen Nation. Man lese die Schilderungen, welche Daniel Defoe in seiner zuerst 1724 erschienen Beschreibung von ganz Groß-Britannien gibt, „es ist das blühendste und reichste Land der Welt“, heißt es in der Vorrede. Er spricht von der großen Zahl neuer Bauten, vom steigenden Reichtum in den Ortschaften rings um London. Sie haben in den letzten Jahrzehnten ein ganz neues Antlitz gewonnen.

Hunderte von City-Kaufleuten, die es an fürstlicher Lebenshaltung mit dem alten Adel des Landes wohl aufnehmen können oder ihn übertreffen, streben mit Haus und Familie aus der Stadt hinaus, um sich in dem gartengleichen Surrey, auf dem hügeligen Gelände von Kingston bis nach London und Greenwich anzusiedeln. Der Reiseschriftsteller beschreibt uns²⁾ den Kranz reizender Ortschaften, die er über die Gegend verstreut findet,

¹⁾ A Londres, ce 14./25. Mai 1731. Mém. et Doc. Angl. 70, Aff. étr.

²⁾ Tour thro' Great Britain. London 1724. I. Letter II, p. 124 ff.

jede mit zahlreichen Häusern, und die Wohnungen umgeben von Gärten, Spazierwegen, Ausblicken, Alleen. Das alles sind zumeist nicht die alten, von den Vorfahren ererbten Sitze des Adels. Ein neues Geschlecht hat sich hier seine prachtvollen Heimstätten gegründet. Diese schloßartigen Häuser sind auch nicht etwa die Mittelpunkte großer Ländereien, über die man Herden wandeln und die Pflugschar ziehen sieht. Nein, es sind die Wohnungen der Stadtleute, die sich im Sommer hierher zurückgezogen haben, um in der anmutigen Landschaft von Richmond, von Putney, von Clapham und Camberwell, von dem Drange der Geschäfte in der City, von der Aufregung des Gelderwerbs auszuruhen, die hier mit ihren Familien die Landluft atmen, um erst, wenn der Winter heran naht, zu neuem Gewinn in den Rauch, in den Staub, „zu der Sünde und der Steinkohle“, der arbeitsreichen Hauptstadt zurückzukehren.

Freilich hat sich die Unsicherheit des Geschäftsgewinns, haben sich die Wechselfälle des kaufmännischen Lebens auch hier noch geltend gemacht. Man beobachtet innerhalb dieser neuen Plutokratie so viel häufigere Besitzveränderungen als in den alten Familien des Adels. Unzählige schnell emporgekommene City-Größen sind schon wieder versunken, ihre Landsitze in andere Hände übergegangen.

Auch die früher für unüberbrückbar gehaltene Kluft zwischen den oberen und den mittleren Schichten der Gesellschaft schien allmählich verschwinden zu sollen. Wie viele alte Familien gab es, vom kleinen Landadel bis herauf zur Region der Grafen und Herzöge, wo man es nicht verschmähte, durch die Heirat mit einer reichen Kaufmannstochter dem Namen der Väter neuen Glanz zu verleihen, und seinem Träger wieder ein Vermögen von 50, 100 oder 150 000 £ in die Hände zu spielen¹⁾. Die ergreifende Geschichte von Hogarths *Mariage à la mode*, die freilich erst 1745 gemalt ist, würde schon dem Publikum der ausgehenden zwanziger Jahre als eine völlig glaubhafte Schilderung englischen Gesellschaftslebens gegolten haben.

Aber auch der große und kleine Adel auf dem Lande, *nobility* und *gentry*, kann glänzender auftreten, kann größeren Luxus treiben als ehemals. Auch der Adel baut. Seine prächtigen

¹⁾ Vgl. Defoe, *Plan of the English Commerce*, 1728, p. 81.

neuen Landschlösser zeigen nicht mehr den Stil der Elisabeth-Epoche. Nach der im 17. Jahrhundert eingetretenen Unterbrechung der großen Bautätigkeit ist jener Stil nunmehr abgelöst durch die in Renaissance-Motiven schwelgenden, und doch originell gestalteten ländlichen Bauwerke des 18. Jahrhunderts. Jetzt pflegt der junge Mann von Stande auch ins Ausland zu reisen. Er lernt Frankreich und Italien, Deutschland und die Niederlande kennen, er wird vertraut mit den Erzeugnissen festländischer Kunst, er kauft und bringt in sein Heimatland so viel von den Kunstwerken aller Zeiten und Völker, wie seine Geldmittel es ihm gestatten.

Wilhelm III., sagt Defoe¹⁾, hat neben der entwickelten Gartenkunst auch die Liebe für schöne Bilder in England heimisch gemacht. „Es ist unglaublich, welche Sammlungen seitdem in den Häusern der englischen Adligen zusammengebracht sind, und wie ganz Europa geplündert wurde, um kostbare Gemälde hierher zu schaffen.

* * *

Gewiß wird man in diesem glanzvollem Bilde nicht das Werk eines einzelnen zu erblicken haben. Walpole kann die Kräfte nicht wecken, sie sind da, er kann nur leiten und fördern, er kann regulieren, er kann auch hemmen. Auch von dem Wirken großer, neuer Ideen kann nicht überall die Rede sein. Walpole ist so wenig der Gründer einer neuen Gesellschaft, wie eines neuen Staates. Aber daß er der bestehenden Gesellschaft die Bahn frei macht, daß er ihr die Störungen fernhält, daß er mitten in einem Kriegszeitalter seiner Nation ein paar Jahrzehnte lang den Frieden sichert, das ist seine Größe und sein Ruhm.

So viel durfte schon hier über das Allgemeine gesagt werden. Wie innerhalb dieser Gesamtblüte die einzelnen Zweige der Wirtschaft sich entfaltet haben, davon wird in den nächsten Kapiteln zu reden sein.

¹⁾ Tour, Letter III.

Zweites Kapitel.

Landwirtschaft, Industrie und die Lage der arbeitenden Klassen.

Wer von England und seiner Wirtschaft im 18. Jahrhundert hört, der denkt zunächst an das stetige Wachstum von Gewerbe, Handel und Schiffahrt. Für die erste Hälfte des Jahrhunderts könnte das jedoch zu einer irrigen Vorstellung führen. Es ist vielmehr daran festzuhalten, daß, wie stark auch jene Bestrebungen sich regen, wie sehr sie sich in den Vordergrund zu drängen und Englands Stellung in der Welt zu beherrschen scheinen, daß dennoch die Mehrzahl der Engländer nur von fern dadurch berührt wird. Noch lebten mehr als Zweidrittel der Nation vom Ertrage der Landwirtschaft. Darum sollte jede Schilderung der ökonomischen Verhältnisse im Zeitalter Walpoles mit der Behandlung der Zustände auf dem Lande beginnen¹⁾.

Damit soll freilich nicht gesagt sein, daß sich das Interesse der landwirtschaftlichen Klassen von dem der übrigen streng sondern ließe. Um sie mit den oft angewendeten Ausdrücken zu benennen, so waren *landed* und *moneyed interest*, so verschiedene Wege sie wandelten, im Leben der englischen Nation einander

¹⁾ Zu vergleichen: J. E. Th. Rogers, A History of Agriculture and Prices in England. vol. 7, I, II. 1902; Ders. Six Centuries of Work and Wages. 1903; W. Hasbach, Die englischen Landarbeiter. (Schriften des Vereins f. Socialpolitik. 59.) 1894; K. Mamroth, Die agrarische Entwicklung Englands. (Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statistik. 73.) 1899; R. Faber, Die Entstehung des Agrarschutzes in England. Diss. Straßburg 1888; W. Naudé, Die Getreidehandelspolitik der europäischen Staaten vom 13. bis zum 18. Jahrhundert. (Acta Borussica, Getreidehandelspolitik 1, 1896); G. F. Steffen, Studien zur Geschichte der englischen Lohnarbeiter 1, 1901. L. Brentano, Wirtschaftliche Entwicklung Englands 2, 1927; Cunningham, Growth of English Industry and Commerce. Modern Times. 1903; N. A. Briscoe, The Economic Policy of Rob. Walpole. 1907.

nicht so fremd und fern. Sie berühren sich überall und können ohne einander nicht existieren.

Innerhalb der landwirtschaftlichen Kreise vermögen wir vielleicht fünf hauptsächliche Gruppen tätiger Menschen zu unterscheiden. In der Gesamtheit dieser fünf, voneinander deutlich sich abhebenden Gruppen, kann man, wie gesagt wird¹⁾, die Dorfgesellschaft im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts erkennen. An vornehmster Stelle erscheint der hohe Adel, die *nobility*, d. h. die großen Herren, die im Hause der Lords sitzen und teilhaben an der Gesetzgebung. Sie sind die größten Grundbesitzer, Inhaber mächtiger Güter, aus denen sie riesige Einnahmen beziehen. Und ihr politischer Einfluß reicht sogar noch weit hinaus über die Räume des Oberhauses. Vermöge der Patronage verfügen sie auch über zahlreiche Plätze im Unterhause. Beachtet man endlich noch die Rolle, die sie in der Selbstverwaltung spielen, so scheint das Wort berechtigt²⁾, England sei 1½ Jahrhunderte lang von einer Großgrundbesitzeroligarchie beherrscht worden.

Auch die zweite Klasse, die der mittleren Grundbesitzer ist in sozialer und ökonomischer Hinsicht noch bedeutend genug. Es ist die *Gentry*, die Menge der kleineren Landedelleute, ein weniger geschlossener Stand, als die Lords. Denn fortwährend drängen sich, aus den Städten kommend, neue Elemente in ihre Reihen, reichgewordene Kaufleute oder Beamte, die ihr Vermögen in Grundbesitz angelegt haben und es den alten Familien ihrer Grafschaft gleich tun möchten.

Weit unter ihnen steht die Gruppe der *Yeomen*, d. h. der Freisassen oder kleinen Grundeigentümer, die sich trotz aller Einhegungen der vergangenen Jahrhunderte, in erheblicher Menge über das Land verstreut, in das 18. Jahrhundert herübergerettet haben, und für deren Erhaltung, wie wir hören werden, noch Walpole eintritt.

Bei der vierten Klasse, den Pächtern (*Farmers*) hat man es schon nicht mehr mit wirtschaftlich selbständigen Leuten zu tun. Sie nehmen das Land von einem Herrn in Arbeit. Sie zahlen ihre Pacht, und schon geht der Zug der Entwicklung dahin, sie noch weiter herabzudrücken in die unterste, die fünfte Kategorie.

¹⁾ Hasbach, a. a. O. 102.

²⁾ Steffen, a. a. O. 1, 492.

In dieser finden wir nur völlig abhängige Landarbeiter, *journeymen*, die ihren Tagelohn erhalten, obwohl auch sie noch nicht völlig ohne die Hoffnung leben, sich durch Fleiß und Tüchtigkeit eines Tages in den Stand der Pächter, vielleicht gar der Freisassen, emporzuarbeiten¹⁾.

* * *

Die Scheidung in diese fünf Gruppen ist das Ergebnis einer Jahrhunderte alten Entwicklung. Im 15. und 16. Jahrhundert hatte die, von den größeren Grundbesitzern geübte Praxis der Einhegungen eine einschneidende Veränderung in der Bodenverteilung herbeigeführt. Als durch die mehr und mehr aufblühende Tuchindustrie die Erzeugung roher Wolle sich lohnender erwies als der Körnerbau, wurde der Weidebetrieb ausgedehnt, der Ackerbau eingeschränkt. Die kleineren Grundstücke werden massenhaft zu den größeren geschlagen, Dörfer verschwinden, der freie Bauernstand wird dezimiert. Die Schafe fressen die Menschen, sagte Thomas Morus. Im 17. Jahrhundert ändert sich zwar das Bild. Der Ackerbau wird wieder lohnender, die Einhegungen hören auf. Und als sie, gegen Ende des 17. Jahrhunderts und in steigendem Maße im 18. wieder einsetzen, haben sie eine andere Bedeutung erhalten. Die Gesetzgebung gegen die alten Einhegungen hat ihre Schuldigkeit getan. Die Getreideerzeugung hat einen neuen Aufschwung genommen. Sie ist nicht nur imstande, trotz zunehmender Bevölkerung, den heimischen Bedarf reichlich zu decken, sondern kann, darüber hinaus, noch einen erheblichen Teil ihrer Produkte an das Ausland abgeben. So wird aus dem Ackerbau eine Exportindustrie und die Gesetzgebung kommt dieser Entwicklung fördernd zu Hilfe. Unter Wilhelm und Maria wird 1689 eine Akte erlassen, welche die Ausfuhr von Getreide durch staatliche Prämien unterstützte. Wie die Gesetzgebung vordem, unter Elisabeth, dem zugunsten der Schafzucht um sich greifenden Prozeß der Einhegungen Einhalt geboten hatte, so tat sie jetzt einen entscheidenden Schritt zugunsten des Ackerbaus.

Das Gesetz von 1689 verfügte, daß für jeden Malter ausgeführten Getreides eine Prämie von 5 Schillingen von Staats-

¹⁾ Vgl. Hasbach, a. a. O. 162.

wegen zu zahlen sei, wenigstens so lange, als der Inlandpreis die Höhe von 48 Schillingen nicht übersteige. Natürlich war damit ein mächtiger Antrieb für die Ausdehnung des Körnerbaus gegeben, und die günstigen Wirkungen blieben nicht aus. Trotz des nun stark einsetzenden Exports hielt sich der Getreidepreis daheim in mäßiger Höhe, der Weizen wurde sogar billiger, und daneben war auch der Fleischkonsum nicht gering. Die allgemeine Lebenshaltung des Volkes war gehoben.

Auch der Wert der Grundstücke blieb normal. Nur zur Zeit, als die Wogen der Südsee hoch gingen und als viele Spekulanten ihre Gewinne in Grund und Boden anzulegen wünschten, stiegen die Werte ins Ungemessene ¹⁾, um ebenso rasch wieder zu fallen, als normale Zustände zurückgekehrt waren. Die Weisheit des Gesetzes von 1689 ist im Laufe des 18. Jahrhunderts, und noch bis auf Arthur Young, fast überschwänglich gerühmt worden. Andererseits ist auch wohl etwas Wahres daran, wenn man erklärt hat, diese Akte sei der Preis gewesen, den Wilhelm III. den Großen des Landes dafür zahlte, daß sie ihn auf den Thorn von England erhoben hatten. Denn sie, die Herren von der *Nobility* und der *Gentry* waren es ja, die von den Prämien, von den für den Getreideexport gespendeten *bounties*, am meisten profitierten. War es also eine in eminentem Sinne dem *landed interest* zustatten kommende Maßregel, so könnte man geneigt sein, der neuerdings aufgestellten Unterscheidung zwischen Staatsmerkantilismus und freiheitlichem Merkantilismus ²⁾ hier einmal das Wort zu reden, insofern als es ein Sonderinteresse war, das in der Gesetzgebung den Ausschlag gegeben. Und doch ist zu bedenken, daß auch hier der Privatnutzen eines großen Volksteils mit dem Gesamtwohl der Nation Hand in Hand ging.

* * *

Immerhin ließ sich manches für, aber auch manches gegen diese Prämierung des Getreideexports anführen. Vom Standpunkte des Konsumenten schien die Abschaffung der Prämie geboten, die Beibehaltung aber lag im Interesse des Produzenten,

¹⁾ *A l'égard du prix des terres il est déjà exorbitant.* Chammorel an Dubois, 19. Aug. 1720. Aff. étr.

²⁾ Vgl. Mecklenburg-Carlow, Richelieu als merkantilistischer Wirtschaftspolitiker und der Begriff des Staatsmerkantilismus. 1929. 192 ff.

d. h. des großen Lords, des Landedelmannes, des kleinen Pächters und des Freisassen.

Eines Tages, im Jahre 1731, unterhalten sich einige im Londoner Geschäftsleben stehende Herren über das Thema der Exportprämien für Getreide ¹⁾. Sie sollten abgeschafft werden, sagt der eine, denn sie treiben den Preis im eigenen Lande zu sehr in die Höhe und die Arbeit wird teuer. Aber man antwortet ihm, daß durch die Abschaffung die Farmer in Not geraten würden. Die Renten würden fallen, und wenn der Farmer nicht seine fünf Schillinge für den Scheffel Getreide erhält, so kann er nicht existieren.

Die Höhe der gezahlten Prämien stieg und fiel mit dem jeweiligen Ertrag der Ernte. In den 21 Jahren des Walpoleschen Regiments schwankte sie zwischen dem niedrigsten Satze von 18 580 £ im Jahre 1741 und der höchsten Ziffer von 177 737 £ nach dem glänzenden Erntergebnis von 1737 ²⁾.

Offenbar hat in der Praxis auch der Eigennutz manchmal noch eine häßliche Rolle gespielt. Nach dem Gesetze sollten die Exporteure die Menge des ausgeführten Getreides selbst anzeigen und ihre Aussagen eidlich erhärten. Allein man macht damit keine gute Erfahrung. Die Angaben sind übertrieben hoch, und 1729 rief Walpole ein Gesetz ins Leben ³⁾, welches die Zollbeamten ermächtigte, die ausgeführten Getreidemengen von Amtswegen selbst festzustellen.

* * *

Nun übte aber der Antrieb zur Steigerung der Getreideproduktion, gewollt, wie er war, auch eine mächtige Wirkung aus auf die allgemeinen agrarischen Verhältnisse. Die Massenerzeugung des Getreides ließ sich auf den großen Gütern leichter und lohnender bewerkstelligen als auf den kleinen. Und hier mag noch erwähnt werden, daß besonders im Jahrzehnt von 1720 bis 1730 auch der Kartoffelbau in England in größerem Stile durchgeführt wurde. So beginnt von neuem der Prozeß zur Schaffung und Erweiterung der Latifundien, das Spiel der Ein-

¹⁾ Egmont, Diary 1, 122.

²⁾ Vgl. Brisco, a. a. O. 146 ff.

³⁾ 2. George II, c, 18, § 4.

hegungen setzt mit dem 18. Jahrhundert wieder ein. Es gibt Schilderungen¹⁾, wie es dabei zugegangen, wie der große Gutsherr die Sache in der Stille vorbereitet, wie er die Unterschriften der Kleineren sammelt, indem er sie beim fröhlichen Mahl gewinnt, oder sie durch Drohungen einschüchtert, wie alsdann eine Petition an das Parlament gerichtet wird, und wie der erbetene Gesetzentwurf ohne lange Erörterungen in beiden Häusern zur Annahme gelangt. Und neben dem großen Herrn sind es noch andere, die in dem Spiel mitwirken. Denn auch die Geistlichen und die Advokaten haben von der Sache Gewinn; und nur die kleinen Leute, die Pächter, die Freisassen sind die Geschädigten. Die öffentliche Meinung stand auf der Seite der Großen. Sie fand, daß mit der Schaffung großer Güter auch dem Gesamtwohl am besten gedient sei, daß die Vielheit der kleinen Betriebe nicht so viel produzieren könne, wie wenige große. Mag doch nur, sagte später Arthur Young, die Bevölkerungszahl wachsen, England wird dennoch imstande bleiben, seinen ganzen Bedarf an Brot und Fleisch allein zu decken.

Nicht immer verschwand übrigens die von der Einhegung betroffene Dorfbevölkerung. Manchmal hat der Gutsherr nur den Wunsch, seinen Besitz abzurunden, das mitten in seinem Park gelegene Dorf zu entfernen, zu verlegen. Aber er hat ein Herz für seine Nachbarn im Dorfe. Er möchte sie nicht von Haus und Hof vertreiben. So hören wir von Robert Walpole; als er seinen Südsee-Gewinn zum Ausbau seines Landsitzes verwendete, er habe das Dorf Houghton nur weiter nach Süden verlegt. Und die Häuser wurden besser und bequemer wieder aufgebaut und eine Quellenanlage für reichliche Wasserversorgung hinzugefügt²⁾.

* * *

Aber man begnügt sich nicht mit der räumlichen Erweiterung des Grundbesitzes. Man wünscht auch die landwirtschaftlichen Methoden zu verbessern, wobei es sich oft um die Verwertung des Brachlandes handelt. Berühmt sind die von Lord Townshend nach seiner Entlassung, 1730, unternommenen Versuche. Neben

¹⁾ Hasbach, a. a. O. 60 ff.

²⁾ Vgl. J. H. Broome, Houghton and the Walpoles. 1865. 11.

der in großem Stile betriebenen Anpflanzung von Rüben, die ihm den Beinamen des „Rüben-Townshend“ eingetragen hat, war er es auch, der die Fruchtwechselwirtschaft in Norfolk begann, die bestimmt war, die Brache zu beseitigen¹⁾.

Interessant sind auch gewisse Mitteilungen von Defoe. Er gibt in der ersten Auflage seiner Reisebeschreibung eine Schilderung des Betriebes in den Gegenden von Southampton, Wiltshire und Dorset, wo Ackerbau und Schafzucht einander dienstbar gemacht werden²⁾. Man treibt die Schafe auf das frischgeackerte Feld, läßt sie, rasch eingehegt, eine Nacht darauf zubringen, um durch sie die Düngung des Feldes besorgen zu lassen. So geht es von Acker zu Acker, Brachland wird fruchtbar gemacht, und der Weizen gedeiht. Möchte man doch, ruft der Autor aus, auch in anderen Teilen Englands und besonders in Schottland diese Methode nachahmen. Wie würden Schafzucht und Ackerbau zusammen wirken, um so manchem dürren Boden noch gute Ernten abzugewinnen. Leider erfahren wir nicht, in wie weit die Lehren von Wiltshire auch anderswo befolgt worden sind und wie sie gewirkt haben. Die späteren Auflagen des Buches, nicht mehr von Defoe selbst besorgt und auch nicht auf eigener Beobachtung beruhend, wiederholen hier nur gedankenlos das in der ersten Auflage Gesagte. Und so finden wir noch in der Ausgabe von 1761³⁾ die schon 1725 erhobene wehmütige Klage, daß das Beispiel von Wiltshire noch nirgends befolgt sei.

* * *

Wenn anders das Gesetz von 1689 mit seinen Ausfuhrprämien für Getreide manchen wie eine milde Gabe erschien, die Wilhelm III. den Grundbesitzern gespendet, so wäre es eine Gegengabe des *landed interest* gewesen, wenn einige Jahre darauf, 1692, die Landtaxe eingeführt und fortan regelmäßig, wenn auch in wechselnder Höhe entrichtet wurde. Ihre Bedeutung für die Finanzpolitik haben wir kennen gelernt. Über ihre Einwirkung auf das agrarische Interesse ist hier einiges hinzuzufügen.

¹⁾ Vgl. Brentano, a. a. O. 2, 396.

²⁾ A Tour thro' the whole Island of Great Britain. 2 (1725), 49 ff.

³⁾ 6th edition 41 ff.

Ein ungenannter Freund der Regierung hat im Jahre 1716, als nach der Unterdrückung der Jakobitischen Rebellion eine Landtaxe mit dem hohen Satze von 4 Schillingen im Pfund beschlossen worden, die Vorzüge dieser Besteuerungsform in beredten Worten geschildert¹⁾. Es ist, sagt er, eine Steuer, deren Erträgnis man von vornherein kennt, eine Steuer, durch welche die erforderlichen Mittel am schnellsten beschafft werden, eine Steuer, welche nur so lange erhoben wird, wie das Bedürfnis es erheischt. Und die sie beschließen, die Mitglieder des Unterhauses, sind Leute, die meist selbst auf dem Lande begütert sind. Man ist sicher, sie werden die Last, die sie selbst zu tragen haben, gewiß nicht länger auf sich nehmen, als die Notwendigkeit es fordert. Und, falls es sich um eine Gefahr von außen handelt, welche einen Eindruck muß es auf den Feind machen, wenn er sieht, wie das gesamte Landinteresse zusammenhält und opferbereit ist, um ihn zu bekämpfen.

Genug, die Überzeugung von der Vortrefflichkeit der Landtaxe beherrschte das Denken vieler Finanzkundiger. Immerhin standen, wenn es sich darum handelte, das beste System einer Besteuerung zu finden, zwei Prinzipien einander gegenüber. Das eine lief, wie gesagt, darauf hinaus, nur den Grund und Boden als das natürliche Objekt der Besteuerung gelten zu lassen, das andere betonte den Wert der Accise, der Verbrauchssteuer.

Schriftsteller wie Davenant und Locke waren in dem Glauben, daß auch jede Verbrauchssteuer in letzter Linie vom Grund und Boden getragen werde, ja daß der Grundbesitz selbst dabei am besten fahre. Der eine, Devenant, hatte 1695 in seinem „Essay upon Ways and Means“ umständlich zu beweisen versucht, daß bei einer Besteuerung von 4 Schillingen im Pfund und bei richtiger Einschätzung ein Ertrag von 3 Millionen das Ergebnis sein werde, genügend, um die Kosten des Krieges, in dem man sich eben befand, zu decken²⁾, und ehrenvoller als durch die anderen Steuerarten. Ähnlich Locke. Und Wyndham, der große Gegner Walpoles erklärte, es sei so klar wie ein Satz des Euclid, daß, wenn selbst eine Landtaxe von 10 Schillingen im Pfund erhoben würde, so würden die Freiheiten Englands sicherer sein

¹⁾ In Nr. 20 (vom 27. Febr. 1716) des „Freeholder“, einer zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitschrift.

²⁾ Ebd. 57.

und jeder Landedelmann in derselben Fülle leben und fähig sein, seine Familie besser zu versorgen, als unter dem gegenwärtigen System der Besteuerung¹⁾. Man meint, wenn man diese Leute reden hört, schon die Ideen der französischen Physiokraten zu vernehmen, für die der Grund und Boden die einzige Quelle jeder Produktion ist, und darum auch die auf den Grund und Boden gelegte Steuer die einzig vernünftige.

Allein diese Anschauung war nicht mehr schlechthin die herrschende. Denken wir an Walpole. Seine Stellung zur Landtaxe kann schon in der Zeit vor 1733 wie ein Präludium zu dem berühmten Acciseplan verstanden werden.

* * *

Als Walpole 1720 die Finanzen übernahm, war für das Jahr 1719 die Landtaxe, wie wir wissen, in der Höhe von 3 Schillingen im Pfund (15%) beschlossen worden, und das uns gleichfalls bekannte Ergebnis war ein Ertrag von circa 1½ Millionen Pfund Sterling. Walpole hielt an demselben Satze vorläufig fest. Aber von nun an ist er es, der die Landtaxe in erträglichen Grenzen zu halten sucht. Er kann es zwar nicht vermeiden, sie 1727, in der Zeit der europäischen Krisis auf den Höchststand von 4 Schillingen im Pfund emporschnellen zu lassen²⁾. Aber im Februar 1732 war es, als er überraschend den Vorschlag vor das Parlament brachte, die Landtaxe zunächst auf 1 Schilling (5%) herabzusetzen, mit der Aussicht, sie in Zukunft vielleicht ganz fallen zu lassen³⁾. An ihrer Stelle wollte er freilich die kürzlich aufgehobene Salzsteuer wieder einführen. Er begründete diese einschneidende Maßregel mit der Erwägung, daß das Land die schwere Belastung nicht mehr tragen könne, daß viele Existenzen ruiniert seien, daß die Landtaxe nur von einem einzigen Stande gezahlt werde, und daß eine gerechte Steuer nur diejenige sei, zu welcher alle Klassen der Bevölkerung, ein jeder nach seinem Vermögen und nach seinem Verbrauch, beitragen würde. Er wolle, erklärte Walpole emphatisch, dem Lande endlich die

¹⁾ Vgl. Coxe, Rob. Walpole, 1, 376.

²⁾ ... *en sorte que les terres payent le 5e de leur revenu...* Situation de l'Angleterre par rapport à ses fonds publics, à ses dettes et à ses revenus au mois de Mars 1727. (Mém. et Doc. Angl. 70.) Aff. étr.

³⁾ Parl. Hist. 8, 943 ff.

Ruhe wiedergeben. *Nobility* und *Gentry*, die ehemals berühmt waren wegen ihrer Gastfreiheit und Großmut, sie sollen ihre alte Stellung wieder erhalten, befreit von der Bürde, die sie, und sie allein, bisher zu tragen hatten.

Aber nun traten — die Debatte währte 6—7 Stunden — auch die großen Streiter der Opposition auf den Plan, besonders Pulteney und Wyndham. Sie kamen mit dem billigen Argument, die Regierung wolle ein Gesetz machen, um die Armen zu besteuern und die Reichen frei zu lassen. Noch gehässiger war die Rede eines Kapitän Vernon, dem dafür der Speaker scharfe Rügen und mehrere Ordnungsrufe erteilte. Neunundneunzig Prozent des Volkes, sagte Vernon, würden die Steuer nicht ertragen. Wenn er dafür stimmte, so würde er wohl wie eine verwilderte Katze erschlagen werden. Auf das Oberhaus sei freilich kein Verlaß. Aber der König werde hoffentlich seine Zustimmung verweigern, denn er habe ja in seiner Thronrede den Schutz der Armen versprochen¹⁾. Beide Walpoles kämpften für die Vorlage. Sir Robert, wie so oft, stärker in der Debatte als in seinen Programmreden, schilderte in beweglichen Worten die Bedrängnis des Landvolkes. Und er sprach nicht nur von *Nobility* und *Gentry*. „Lassen Sie uns doch“, rief er aus, „um Gotteswillen auch einmal an die Freisassen denken, an sie, die seit Jahren so schwer gelitten haben“.

Der Entwurf wurde in der Kommission mit großer, im Plenum des Unterhauses aber nur mit geringer Mehrheit angenommen. Er hat, nicht ohne neue Kämpfe, auch die Zustimmung der Lords sowie den *Royal Assent* Georgs II. erhalten.

* * *

Walpole hat ein Herz für das Gedeihen der Wirtschaft, aber er vergißt auch niemals die politischen Wirkungen. Er weiß, wie stark die Tories auf dem Lande sind, er weiß, daß einst auf der Landtaxe der alte Vorwurf geruht hat, das *landed interest* habe mit dieser Steuer den Krieg allein bezahlen müssen, dessen Früchte dem *moneyed interest*, d. h. den Whigs, zugute kamen.

Auch die Rücksicht auf den König spielt mit. Georg II. hat an der Salzsteuer, die mit der Zivilliste verrechnet wurde,

¹⁾ Egmont 1, 220. Carlisle Mss. 88.

ein persönliches Interesse. Noch kurz vor jener Parlamentsverhandlung, im Februar 1732, hatten, wie der preußische Gesandte berichtet¹⁾, zwischen dem Souverän und seinem Minister peinliche Auseinandersetzungen stattgefunden. Walpole hat dem Könige erklären müssen, verschiedene seiner Wünsche vor dem Parlament nicht vertreten zu können. Der König ist grob geworden und hat gesagt: „Sie können noch viel Größeres erreichen, wenn Sie nur wollen, aber ich sehe wohl, daß Sie keine Lust haben, mir zu dienen“. Und noch einmal berichtet derselbe Gewährsmann über die zwischen Georg II. und Walpole bestehende „Kaltsinnigkeit“²⁾. Drei Wochen später ist die „Kaltsinnigkeit“ verschwunden. Walpole hat sich von neuem „insinuirt“, und zu den Gründen, die ihm die Gunst des Königs wieder verschafft haben, gehört es auch, daß er die Erwartung ausgesprochen hat, mit der „Salztaxe, so morgen im Parlament vorkommen wird“, durchzudringen³⁾.

Wir möchten ja auch die kleinliche Auffassung nicht teilen, er habe, da er selbst ein Gütsbesitzer war, die Aufhebung der Landtaxe gewünscht. Nein, Walpole ist einer jener Großen, deren Leben dem Staate gehört und die ihr privates Interesse nicht damit vermengen. Wohl hängt er an der Scholle, auf der er geboren ist. Er baut sein Haus und pflegt seinen Garten. Aber was seinen Sinn erfüllt, es ist England, nicht Schloß und Park von Houghton. Sein Geist lebt in Westminster. Dort draußen in Norfolk ruht er nur aus von der Politik. Da ist er das echte Kind seiner Zeit, da liebt er das Land und die Landschaft.

* * *

Wenn ich nicht irre, so kommt in der liebevollen Pflege der Landwirtschaft auch etwas zum Ausdruck von der allgemeinen Liebe des Zeitalters für die gleichsam neuentdeckte Natur, für das natürliche Leben, fern von der Verfeinerung der Städte, etwas von der Sehnsucht nach der Unverdorbenheit des Lebens auf dem Lande. Es ist ja auch nicht England allein, wo man diese Gesinnung findet. Man denke an den Schweizer

¹⁾ Degenfeld an Friedrich Wilhelm I. London, 22. Jan. 1732. G.St.A.

²⁾ Degenfeld, 29. Jan. 1732. G.St.A.

³⁾ Degenfeld, 19. Febr. 1732. G.St.A.

Albrecht von Haller und an seine Lobpreisung auf die einfachen Sitten seiner Landsleute, wenn er ausruft:

„Seht ein verachtet Volk bei Müh' und Armut lachen,
Die mäßige Natur allein kann glücklich machen“.

Oder an Schiller, der von Augenblicken im Leben der Menschen redet, wo wir der Natur, bloß weil sie Natur ist, eine Art von Liebe und von rührender Achtung widmen.

Man denke auch an die Freude, welche die Engländer an ihrer neuen Gartenkunst finden, und wie es ihnen dabei auf die Nachahmung schöner Natur ankommt. Man kann sich nicht genug darin tun, das Gelände um das Landhaus malerisch, anmutig zu gestalten, mit weiten Wiesenflächen, kleinen Wasserläufen, mit Hügelketten, die den Blick begrenzen und die übrige Welt gleichsam verschwinden lassen. Kunst und Natur in eines verschmolzen, aber in einer Weise, als ob die Kunst ihr Antlitz verhüllt hätte vor der Majestät der Natur.

Möge man diese Betrachtungen etwas abseits von unserem Thema liegend finden: ich glaube doch, daß selbst in einer Zeit, wo das Materielle sich mehr und mehr in den Vordergrund drängt, daß daneben auch gewisse Züge Beachtung verdienen, die zeigen, daß es nicht allein das rein wirtschaftliche Interesse ist, was große Klassen des englischen Volkes dem Landleben geneigt macht. Es ist auch die Freude an der Natur, Geist vom Geiste der Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts.

* * *

Die Engländer, so heißt es in einer französischen Denkschrift aus dem Jahre 1718¹⁾, suchen alle fremden Manufakturen möglichst von sich fern zu halten. „Sie belegen sie deshalb mit so hohen Eingangszöllen, daß es unmöglich ist, sie ohne große Verluste einzuführen. Die Ausfuhr ihrer eigenen Produkte aber fördern sie mit allen Mitteln. Was sie an Ausfuhrzöllen haben, ist unbedeutend. Man tut eben alles, um den fremden Nationen die Einfuhr englischer Waren zu erleichtern“.

Die Beobachtung ist vollkommen zutreffend. Die großen englischen Industrien waren sämtlich auf den Export eingestellt,

¹⁾ Remarques sur le commerce entre la France et l'Angleterre. (Mém. et Doc. Angl. 68, fol. 138.) Aff. étr.

oder sie strebten doch danach, ihren Hauptabsatz im Auslande zu finden. Eben darauf beruhte die große Stellung Englands im Wirtschaftsleben der Nationen und gerade die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts, besonders die Zeit nach dem Utrechter Frieden und die Epoche Walpoles, sind gekennzeichnet durch einen hohen Aufschwung auf fast allen Gebieten. Der leidenschaftliche Drang, der in der Wirtschaft tätigen Kreise, richtet sich auf den Ausschluß der fremden Fabrikate von den heimischen Märkten, aber fast noch mehr auf die Eroberung ausländischer Märkte für die eigene Industrie. Der dabei erzielte Erfolg war es, der die Franzosen so sehr bedrückte, die Engländer aber mit hohem Stolz erfüllte. Das Werk Defoes „*A Plan of the English Commerce*“ von 1728, es liest sich wie ein jubelnder Hymnus auf die glänzenden Fortschritte des Wirtschaftslebens im Laufe der letzten Jahrzehnte. Er erklärt etwa: Man spreche hier und da von einem Verfall. Er aber meint, überall das Gegenteil beweisen zu können. Er ist im ganzen auch wohlunterrichtet, und seine rosigen Berichte sind nur insofern irreführend, als sie alles Ungünstige geflissentlich abschwächen oder verschweigen.

* * *

Wettkampf der Nationen auf materiellem Gebiete ist ein Kennzeichen der Epoche.

Wenn anders man das Zeitalter Walpoles als ein stetiges Emporsteigen der englischen Wirtschaft über diejenige Frankreichs charakterisieren könnte, so geht doch gerade dieser Epoche eine kurze Episode voraus, während welcher der wirtschaftliche Wettbewerb der Nationen besonders heftig auftritt und wo den Franzosen große Erfolge zu winken scheinen.

Als John Law die Leitung der französischen Wirtschaft in die Hand bekam, da pflegte er, wie wir wissen, jedem, der es hören wollte, zu erzählen, daß die Macht und der Reichtum, den er Frankreich verschaffe, dazu dienen sollte, Großbritannien in seinem Handel, seinem Kredit, seinen Manufakturen, in allem was das Königreich groß mache, zu ruinieren, um zuletzt die Regierung zu stürzen und den Prätendenten auf den Thron Großbritanniens zu setzen. Bald genug ward man in England gewahr, daß diese Reden auch nicht eitel Prahlerei waren. Law zog britische Handwerker in großer Zahl nach Frankreich, ließ

mit staatlicher Unterstützung Fabriken gründen, die bald erfolgreich zu arbeiten begannen¹⁾). Noch war, trotz aller Bemühungen der Franzosen im Zeitalter Colberte, die englische Tuchindustrie der französischen weit überlegen. Aber das schien sich nun ändern zu sollen. Mit großer Sorge berichtet der Gesandte Sir Robert Sutton über die Tuchmanufaktur in Charleval, die von britischen Handwerkern betrieben werde und so vorzüglich arbeite, daß ihre Erzeugnisse binnen kurzem den besten englischen Fabrikaten gleichkommen würden. Und ferner sollten die englischen Handwerker gezwungen werden, nur französische Gesellen zu beschäftigen, und diese in ihrer Kunstfertigkeit zu unterrichten.

Aber die Schwäche des Law'schen Systems ward auch diesen Bestrebungen zum Verhängnis. Als man fortfuhr, die staatliche Unterstützung den britischen Handwerkern in Banknoten zu zahlen, auch als die Noten schon stark entwertet waren, begannen die Leute unzufrieden zu werden. Nun tat man von seiten Englands alles, um sie zu schleuniger Rückkehr in ihr Vaterland zu bewegen. Meister und Gesellen wurden auf englische Kosten wieder in die Heimat befördert. „Die Fabriken und Manufakturen, die Herr Law hier errichtet hat, werden bald gänzlich verlassen sein. Er wird eine Ausgabe von 7 oder 8 Millionen umsonst gemacht haben“, schrieb Sutton triumphierend im Dezember 1720. Daß es ihm gelungen ist, die Fabrik von Tuchen und Wollstoffen in Charleval zu ruinieren, erfüllt den Gesandten mit besonderer Freude. Und nur ein paar englische Uhrenarbeiter in Versailles und St. Germain blieben ihrer neuen Heimat treu. Mit dem Sturze des berühmten Finanzmannes waren auch seine großen Wirtschaftspläne zu Boden gefallen.

* * *

Das eben Geschilderte ist im Grunde nur ein typisches Beispiel aus der Epoche des Merkantilismus. Das ängstliche Festhalten der eigenen industriellen Kräfte ist dem Zeitalter eigen-tümlich. Es ist ein Ausfluß der leidenschaftlichen Rivalität

¹⁾ Das Folgende nach den Akten: Stair an Craggs. 1. Juni 1720. Private. France 361; Suttons Berichte vom August 1720. Sutton an Craggs; 11. Nov., 7., 21. Dec. 1720. Craggs an Sutton, 5. Jan. 1721. France 362. R.O.

der Nationen auf wirtschaftlichem Gebiete. Zwischen England und Frankreich ist diese Erscheinung allerdings am augenfälligsten. Doch läßt sie sich überall beobachten. Das Hinaustragen industrieller Fertigkeiten ins Ausland war in England mit dem Tode bedroht, konnte aber oft so wenig verhindert werden, wie einst Ludwig XIV. die Abwanderung seiner hugenottischen Untertanen und die Verpflanzung ihrer kaufmännischen und gewerblichen Erfahrungen in andere Länder hatte verhindern können.

Für England seien nur noch ein paar weitere Beispiele erwähnt: Berühmt ist die Praxis Peters des Großen, der von seinen europäischen Reisen heimzukehren pflegte, begleitet von einem Schwarm fremder Techniker und Handwerker. Er hätte ja ohne diese Kräfte aus dem Westen die Europäisierung Rußlands überhaupt nicht vollführen können. Die englische Regierung aber blickte auf dieses Treiben mit Mißfallen und suchte, wo sie konnte, ihre Leute zurückzugewinnen. Das läßt sich aktenmäßig noch aus der Regierungszeit Peters feststellen. Im Jahre 1719, als Lord Stanhope mit dem Könige in Hannover weilte, und als (nach dem Tode Karls XII.) jene uns wohlbekannte Frontschwenkung der englischen Politik, unnmehr gegen Rußland, statt wie vorher gegen Schweden, gerichtet, sich vollzogen hatte, suchte England dem so gefährlich aufstrebenden Rußland nun auch die wirtschaftlichen Kräfte zu entziehen, die es ihm im Laufe der letzten Jahrzehnte selbst geliefert hatte. Stanhope schrieb nach London¹⁾, die *Lords Justices* sollten dem Gesandten Jeffereys eine Abschrift der in der letzten Session beschlossenen Akte „zur Rückberufung der Handwerker aus fremden Diensten“ übersenden, mit dem Auftrage, besonders die Schiffbauer durch freundliche Überredung zur Heimkehr zu bewegen, und sie zugleich auf die Schwere des Gesetzes und auf die angedrohten Strafen aufmerksam zu machen. Delafaye übermittelte im Namen der Regentschaft den Auftrag an Jeffereys²⁾ und empfahl, ihn mit aller Vorsicht und Diskretion auszuführen.

Die dem Gesandten gestellte Aufgabe war heikel und schwer zu lösen. Es handelte sich also besonders um die Schiffbauer. Jeffereys

¹⁾ For. Entry Books, 126. R.O.

²⁾ 16. Juni 1719. For. Entry Books, 126. R.O.

findet ihre Rückberufung ebenso schwierig wie notwendig¹⁾. Die Schwierigkeit erwächst aus dem hohen Ansehen, das die Leute in Rußland und insbesondere beim Zaren Peter genießen. Sie haben ihr Glück gemacht und sie sitzen bei festlichen Gelegenheiten an der Tafel des Zaren. Seine Kriegsflotte ist von ihnen gebaut, sie weist zur Zeit 27 oder 28 Linienschiffe auf²⁾; es gibt keine besseren in Europa. Mögen auch die Mannschaften heute noch unwissende Leute sein, das Geschick des Zaren wird sie bald als Matrosen so tüchtig gemacht haben, wie die Soldaten seiner Armee. Aber wie soll man die Handwerker für die Heimat zurückgewinnen? Jeffereys ist skeptisch. Er erwähnt nicht einmal die in der Akte angedrohten Strafen. Er denkt als praktischer Mann nur an das, was man ihnen bieten könnte. Die Liebe für König und Vaterland wird sie allein nicht bestimmen. *Ubi bene ibi patria* ist ihr Grundsatz. Der Gesandte verspricht sich einen Erfolg nur dann, wenn der König ihnen mindestens die Hälfte der Einnahmen bieten würde, die der Zar ihnen gewährt.

Die Londoner Regentschaft ging auf Jeffereys' Vorschlag ein. „Alle Vereinbarungen, die Sie mit den Leuten treffen“, schreibt ihm Delafaye, „werden hier genehmigt werden“. Trotzdem scheinen die Bemühungen des Gesandten ohne Erfolg geblieben zu sein. Noch nach Monaten spricht er³⁾ von der Notwendigkeit, „unsere Offiziere, unsere Seeleute und Handwerker im Lande zu halten; denn in demselben Maße, wie sie die Interessen der Fremden fördern, schädigen sie diejenigen ihres Vaterlandes“. Und noch drei Jahre später empfing die Regierung eine Liste⁴⁾ von 26 englischen Gewerbetreibenden im Dienste des Zaren. Es sind Schiffbaumeister, Handwerker, Wagenbauer und Instrumentenmacher. Rußland zahlt ihnen Gehälter von 65 bis zu 600 £ im Jahr.

So dürfen wir annehmen, daß Peter der Große, so lange er lebte, auch jene Hilfskräfte an sich zu fesseln wußte. Nach seinem Tode aber, als in der „Europäisierung“ ein Stillstand eintrat, war vermutlich auch die Rolle jener Westeuropäer in Rußland ausgespielt.

* * *

¹⁾ An Craggs, Reval, 16. Juli o. s. 1719. Sbornik 61, 561 ff.

²⁾ Vgl. auch Bd. 2, 513 ff.

³⁾ Jeffereys an Stanhope, Riga, 16. Oct. v. st. 1719. Russia 17. R.O.

⁴⁾ Vom 10. Sept. 1722. Russia 17. R.O.

Auch auf das Habsburgerreich richten sich gelegentlich die Blicke auswanderungslustiger englischer Kaufleute. Auf die Kompagnie von Ostende und die dabei beteiligten britischen Kaufleute wollen wir hier nicht noch einmal zurückkommen. Es hängt aber damit zusammen, wenn der österreichische Gesandte Palm im April 1726 berichtet¹⁾, daß sich eine Anzahl englischer Geschäftsleute, besonders Katholiken, an ihn gewandt haben, die in österreichische Lande zu ziehen und dort Industrien zu begründen wünschen. Der Eine will von Triest aus einen Handel nach Westindien eröffnen, da ja England und Holland erklärt haben, sie würden gegen eine Verlegung der Kompagnie von Ostende nach Triest nichts einwenden, wie noch kürzlich Lord Townshend dem Gesandten selbst versichert hatte²⁾. Ein Anderer will gewisse Manufakturen nach Österreich verpflanzen. Er hat zugleich um Geheimhaltung gebeten, da es bei Todesstrafe verboten sei, jegliche „*artem manufactoriam*“ aus dem hiesigen Reich in fremde Länder zu transferieren“.

* * *

Welches waren nun die so ängstlich gehüteten industriellen Kräfte und Leistungen Britanniens, die man bemüht war, dem eigenen Lande zu erhalten?

Wenn wir im folgenden nur die wichtigsten hochentwickelten Zweige der englischen Industrie vor unseren Blicken vorüberziehen lassen, so möge noch die Bemerkung vorausgeschickt werden, daß wir es dabei in unserer Periode, was die Träger der großen Leistungen betrifft, keineswegs mit einer von der agrarisch tätigen Bevölkerung völlig verschiedenen Menschenklasse zu tun haben. Die für einen weiteren Kundenkreis oder gar für das Ausland arbeitende Industrie bewegt sich noch, ebenso wie das kleine Handwerk in Heimbetrieben. Die Zeit der großen Fabriken und der Maschinen ist noch nicht gekommen. Die Stunde der „industriellen Revolution“ hat noch nicht geschlagen³⁾.

Wir beginnen mit demjenigen Zweige, auf welchem seit Jahrhunderten die wirtschaftliche Größe Englands vornehmlich

¹⁾ Palm an Graf —, 29. April 1726. W.St.A.

²⁾ Palm, 5. März 1726. W.St.A.

³⁾ Vgl. auch Moffit, England on the Eve of the Industrial Revolution. 1925.

beruht, mit der Tuchindustrie. „Unsere Wollmanufaktur“, schreibt Defoe 1728¹⁾, „gleich, wenn sie gedeiht, einem ruhig fließenden Strome. Sie ist der Reichtum und der Ruhm der Nation. Der Handel blüht ebenso im Verkehr mit dem Ausland, wie daheim. Der Verbrauch weckt stetig die Nachfrage. Die Manufaktur schreitet vorwärts, regelmäßig, froh, in gleichem Schritt. Die Wolle wird aufgenommen und verarbeitet, die Arbeiter (*the poor*) sind beschäftigt, der Meister reibt sich zufrieden die Hände, der Kaufmann, der Ladeninhaber treibt mit Eifer sein Geschäft: das ganze Gewerbe steht in Blüte“.

Das anmutige Bild eines solchen Aufschwunges zeigt sich in allen Stadien des Prozesses. Die Schafzucht hatte, besonders in den zwanziger Jahren des Jahrhunderts, stark zugenommen durch die massenhaften neuen Einhegungen in allen Teilen Englands, oft auch dadurch, daß dem Meere oder den Flüssen Land für neue Weideplätze abgewonnen wurde. Auch die Methoden der Fütterung wie der Zucht der Schafe wurden verbessert. Von den größeren Tieren, die man dadurch erzielte, gewann man einen reicheren Wollertrag als zuvor. Die Grafschaften des Nordens, Cumberland, Durham, Northcumberland werden gerühmt als solche, in denen das Weideland vermehrt, die des Ostens, Norfolk und Suffolk, Cambridge und Huntingdon, als diejenigen, die den größten Fortschritt in der Schafzucht aufwiesen²⁾.

Auch der Staat, d. h. die Gesetzgebung des Parlaments, ließ es an nichts fehlen, um die Tuchmanufaktur zu schützen. Man will zunächst den Konsum steigern. Die Lebenden sollen wollene Kleider tragen, und selbst die Toten, so sagt eine Verfügung, dürfen nur in Wolle, in *flannel-shrouds*, bestattet werden. Vor allem kam es aber darauf an, die reichlich vorhandene Rohwolle nicht aus dem Lande zu lassen. Das war aus doppeltem Grunde notwendig, nämlich nicht nur um alles vorhandene Material der heimischen Verarbeitung zuzuführen, sondern auch, um nicht durch Lieferung roher Wolle die konkurrierenden Industrien des Auslandes zu begünstigen. Zwar hatte schon ein Gesetz aus dem ersten Jahre Wilhelms und Marias die Ausfuhr von Rohwolle verboten. Aber nun hatte sich auf diesem Gebiete ein schwungvoller Schmuggelhandel entwickelt.

¹⁾ Plan of the English Commerce. 256.

²⁾ Ebd. 282—83.

Jahr für Jahr wurden ungeheure Mengen englischer und irischer Wolle nach dem Kontinent verschleppt, am meisten nach Frankreich, da es der dortigen Tuchindustrie stets an Rohstoff mangelte. Nun hatte zwar schon das Konventionsparlament im Jahre 1689 auch eine Kommission eingesetzt, die jene unerlaubte Ausfuhr verhindern sollte¹⁾. Da aber diese Kommission nur dem Parlamente, und nicht der Krone unterstellt war, so gab es Kompetenzschwierigkeiten, und das Schatzamt weigerte sich, die Leute zu bezahlen. So hatte die Kommission ihre Tätigkeit nach einigen Jahren einstellen müssen, und abermals wanderten Massen roher Wolle ins Ausland.

Nun erhielten im Jahre 1721 die Lords vom Handelsamt den Auftrag, die Frage zu studieren und Mittel anzugeben, wie man jener verderblichen Praxis steuern könne. Sie legten auf Grund vieler bei Kaufleuten und Industriellen angestellten Umfragen dem Könige ein ausführliches Gutachten vor²⁾. Man erfährt hier zunächst, wie es bei jenem verbotenen Treiben zugeht. Während der Nacht pflegen berittene Schmugglerbanden die in Ballen verpackte Rohwolle von den Plätzen, wo sie lagert, nach verborgenen Schlupfwinkeln an der Küste zu schaffen. Dort liegen entweder Schiffe bereit, um die Ware sofort ins Ausland abzuführen, oder sie wird in kleinen Booten an andere Küstenplätze transportiert, von wo die Verschiffung leichter zu bewirken ist. Was aber das Einschreiten der Behörden am meisten erschwert, ist der Umstand, daß die Bevölkerung der Küstengegenden selbst mit den Schmugglern in Verbindung steht und ihnen in jeder Weise Vorschub leistet. Die Lords vom Handelsamt empfehlen nun, ebenso wie es 1689 geschehen war, die Einsetzung von Kommissaren, die durch Agenten aus verschiedenen Landesteilen mit Informationen über jene verbrecherische Praxis zu versehen wären.

Um aber jenen bisher von den Schmugglern bezahlten Hehlern das Handwerk zu legen, sollte man lieber nicht mit Strafen vorgehen. Den Leuten müßte vielmehr durch die Kommissare die Aussicht auf noch höheren Gewinn eröffnet werden,

¹⁾ Vgl. R. M. Lees, The constitutional importance of the „Commissioners for Wool“ to 1689. (Economica, May and August 1933.)

²⁾ Vom 21. Jan. 1721. Board of Trade. Commercial Series II. 652. R.O.

damit sie die Anstifter des ganzen Treibens selbst zur Anzeige bringen mögen. Und ferner forderten die Lords, daß auch die vielfach übliche legale Verschiffung der Wolle von einem Küstenplatz zum andern für die Zukunft ganz verboten werde.

Man beachte: Die Denkschrift der Lords war an den König gerichtet. Die vorgeschlagene Kommission wäre also nicht, wie jene gescheiterte von 1689, dem Parlamente, sondern der Krone unterstellt worden. Doch scheint sie niemals ins Leben getreten zu sein.

Die üble Praxis der Verschleppung von Rohwolle ins Ausland war jedoch nicht so leicht auszurotten. Man hört von neuen Vorschlägen, die zehn Jahre später der Regierung unterbreitet werden. Ein gewisser Simon Smith legte unter dem Titel „Das goldene Vließ“ eine Denkschrift vor, die beim Parlamente Eindruck machte und deren Vorschläge in einem 1732 beschlossenen Gesetze feste Gestalt gewannen¹⁾. Und derselbe Verfasser mag es gewesen sein, der in einer Ergänzung zum „Goldenen Vließ“²⁾ noch einmal die Forderung erhob, „jene Heuschreckenschwärme der Küsten zu vernichten, welche die Wolle von Großbritannien und Irland nach Frankreich verschleppen“.

* * *

Hier sind, ohne der Darstellung der irischen Verhältnisse vorzugreifen, noch ein paar Worte über Irland hinzuzufügen, und dabei spielt wieder die ewige wirtschaftliche Konkurrenz zwischen England und Frankreich eine merkwürdige Rolle.

Gesetzgeberische Maßnahmen bewirken manchmal das Gegenteil von dem, was sie bezwecken. So war die Erfahrung, die man mit den für Irland vom Parlamente erlassenen Akten gemacht hatte. Seit der Zeit der Restauration hatte sich in Irland eine junge Tuchindustrie entfaltet. Englische, schottische und fremde Gewerbetreibende hatten sich auf dem Boden Irlands niedergelassen, hatten Tausende von Menschen beschäftigt und ein aufblühendes gewerbliches Treiben ins Leben gerufen. Da die Löhne niedrig waren und die Qualität der Ware vorzüglich,

¹⁾ Calendar of Treasury Books and Papers 1735—38. 511—12.

²⁾ A supplemental Proposal to the Golden Fleece. Handschriftliches Pamphlet, Houghton Mss.

so fand sie reichen Absatz im Auslande, besonders in Frankreich. Nach der glorreichen Revolution trat jedoch eine Wandlung ein. Die Eifersucht der englischen Konkurrenten kam zu Worte. Sie erreichte es zunächst, daß die irischen Tuche durch hohe Einfuhrzölle vom englischen Markte ausgeschlossen wurden, und endlich wurde durch ein Gesetz von 1699 jegliche Ausfuhr irischer Tuche gänzlich verboten. Eine vielversprechende Entwicklung war mit einem Federstriche jäh zerstört worden. „So endete“, sagt Lecky¹⁾ „die schönste Hoffnung, die Irland je besessen, ein blühendes und glückliches Land zu werden“.

Die Ausfuhr der Tuche konnte England verbieten. Aber die Ausfuhr der rohen Wolle zu hindern, war es nicht in der Lage. Bei der reichen Küstenentwicklung Irlands war es unmöglich, alle großen und kleinen Buchten und Hafenplätze dauernd zu überwachen. Und nun setzte die Ausfuhr roher Wolle erst in größtem Stile ein. Sie ging vorzüglich nach Frankreich, und hier wirkte sie Wunder. Gerade die feine, irische Wolle war es, was Frankreich benötigte, was der französischen Industrie dienlicher war als das eigene Produkt. Die Wolle aus Irland war es vorzüglich, durch deren Verarbeitung die französische Industrie den Wettbewerb mit jedem Konkurrenten aufnehmen konnte. Die Engländer fürchteten, von ihren alten Märkten verdrängt zu werden. Schon geschah es in der Levante, wo Frankreich ja schon im 16. Jahrhundert einen mächtigen Vorsprung vor England besessen hatte. Umso peinlicher war dies, da zur selben Zeit in einem andern Teile der Welt, in Rußland, der englische Tuchhandel durch die preußische Konkurrenz bedroht wurde.

So schwer hatte es sich gerächt, daß man der Industrie Irlands den Zugang zu den Märkten der Welt versperrt hatte. Man hatte Frankreich die Versorgung mit dem wichtigsten Rohstoff verschafft, und die Konkurrenz der französischen Industrie ward schädlicher als die irische je gewesen.

Nun vernahm man in englischen Kaufmannskreisen immer wieder die allgemeine Klage über den Rückgang der Wollmanufaktur²⁾. Geschäftsleute und Politiker erörterten die Frage,

¹⁾ History of Ireland in the 18th century. 1 (1896), 177.

²⁾ Das folgende nach etlichen Notizen bei Egmont. Die Parl. Hist. berichtet nichts darüber.

was hier zu tun sei, was geschehen könne, um die französische Tuchmanufaktur zu ruinieren. Man muß Irland wieder den Export seiner Manufakturen gestatten, sagten die Einen. Die irischen Fabrikate werden, da die Arbeit in Irland so billig ist, die französischen Tuche aus dem Felde schlagen. Aber so weit wollten die meisten nicht gehen. England selbst, hieß es, sollte billiger produzieren, und das würde erreicht werden, wenn man nur das billig hergestellte irische Garn zollfrei hereinließe. Weg mit dem Zoll auf das irische Garn war die Forderung der großen Kauffleute. Aber ihnen traten die Spinner und Weber von Yorkshire und Lancashire entgegen und erklärten, ein solcher Beschluß würde sie ruinieren.

Im Februar 1730 brachte Sir William Wyndham das Thema vom Verfall der Wollmanufaktur vor das Unterhaus¹⁾. Ein Jahr später beschäftigte man sich mit einer Petition der Kauffleute von Bristol²⁾, welche dieselbe Klage vortrugen und die Forderung erhoben, daß die Verschleppung irischer und englischer Wolle ins Ausland verhindert werden und daß das irische Garn zollfrei nach England kommen sollte. Die Urheber der Petition selbst wurden von den Commons verhört³⁾, die Gründe für und wider wurden erörtert, und ein paar Monate später, am 28. April, wurde eine Bill, welche die zollfreie Einführung der irischen Garne bezweckte, mit 127 gegen 84 Stimmen im Unterhause angenommen⁴⁾. Bei den Lords aber überwog die entgegengesetzte Auffassung, und wir hören, daß der Minister Newcastle heftig gegen die Bill auftrat, die von Führern der Opposition, wie Carteret und Bathurst, verteidigt wurde. So geschah es, daß die Bill im Oberhause, mit einer Majorität von drei Stimmen zu Fall gebracht wurde⁵⁾. Zwei Jahre später beschäftigte sich eine Kommission des Unterhauses zwar noch einmal mit demselben Gegenstande, doch ein Beschluß ward nicht gefaßt⁶⁾.

* * *

1) Egmont Diary 1, 35.

2) Ebd. 122.

3) Ebd. 128.

4) Ebd. 186.

5) Ebd. 189.

6) Ebd. 3. 26.

So war es ein vergeblicher Kampf, der hier geführt wurde. Noch im Jahre 1788 wird der Umfang der nach dem Kontinent verschleppten Rohwolle auf 11 000 Ballen geschätzt¹⁾. Und dennoch darf man diese Beeinträchtigung der englischen Tuchindustrie nicht allzu ernst nehmen. Man muß nicht nur die klagenden Stimmen vernehmen, sondern auch die Schilderungen lesen, die von einem allgemeinen Rückgang nichts hören wollen, Schilderungen, wie die des liebenswürdigen, ewig optimistischen Daniel Defoe, der den Aufschwung wie auf allen Gebieten, so auch auf dem der Tuchindustrie begeistert beschreibt.

Er sieht, wie alles in England erreichbare Material verarbeitet wird. Und nicht genug damit. Auch der ganze Vorrat von Schottland, der früher ins Ausland ging, wurde jetzt nach England gezogen, und dazu kommen alljährlich noch 100 000 Pferdelaströhre aus Irland²⁾.

So ward in allen Teilen Englands gesponnen und gewebt. Doch werden drei Bezirke als die wichtigsten Stätten der Tuchmanufaktur bezeichnet. Zunächst die Grafschaft Norfolk, wo in und um Norwich ein so ausgedehnter Betrieb herrschte, daß Defoe, der 1723 in die Gegend kam, von 120 000 Menschen berichtet, die dort in der Woll- und Seidenmanufaktur beschäftigt seien. Die Fabrikanten haben ihm versichert, daß im ganzen östlichen und mittleren Norfolk keine Hand unbeschäftigt wäre, wenn die Leute nur arbeiten wollen und, was uns modernen Menschen so abscheulich klingt, hier wird es rühmend hervorgehoben: da ist nicht ein Kind im Alter von mehr als 4 Jahren, das nicht durch seiner Hände Arbeit seinen Lebensunterhalt selbst verdient³⁾.

Ein zweites Zentrum war zu finden in den Grafschaften des mittleren Südens, besonders in Somerset und Wiltshire. In den niedriger gelegenen Teilen von Somerset war die Schafzucht vorherrschend, die höher gelegenen waren die Stätten der Tuchmanufaktur, und es waren besonders die feineren Sorten, die hier hergestellt wurden, jene Tuche, die von der höheren Gesell-

1) Vgl. Cunningham, Growth... Modern Times (1903). 410 n.

2) Plan of the English Commerce. 1728. 262.

3) Defoe, Tour through the whole Island of Great Britain. 1 (1724) 92—93.

schaft Englands getragen und die auch in großen Mengen ins Ausland exportiert wurden.

Aber ein noch wichtigeres Zentrum der Tuchmanufaktur befand sich in Nordengland, in dem West Riding genannten Teile von Yorkshire. Defoe hat uns in der frühesten Ausgabe seiner „Tour“¹⁾ eine anmutige und ausführliche Schilderung des Betriebes in der Gegend von Halifax hinterlassen. Er fand ein hügeliges Land, und die Dörfer, die Häuser dazwischen eingestreut und meist auf den Abhängen der Hügel gelegen. Man sieht kaum einen Menschen außerhalb der Häuser. Innen aber herrscht ein lautes lustiges Treiben. Man findet die Leute am Webstuhl und am Farbefaß, man findet sie beim Ordnen der Tuche und bei anderer Hantierung. Alle haben ihren Unterhalt, Alt und Jung, und auch hier wieder lesen wir den fatalen rühmenden Hinweis des Autors auf die 4jährigen Kinder, die schon von ihrer Hände Arbeit leben können. Auch die Natur hilft mit der Darbietung von Wasser und Feuer. Auf jedem Hügel sprudelt eine Quelle hervor, und auch an Kohlengruben fehlt es nicht in der Landschaft.

* * *

Die Tuchfabrikate Englands, sagt Defoe²⁾, sind der wichtigste Artikel im ganzen Welthandel. Es hat auch in unserer Periode gewiß keine Abnahme stattgefunden, und die auftretenden Klagen über den Rückgang des heimischen Konsums und der Ausfuhr sind nur als Konjunkturschwankungen zu verstehen. Diese Schwankungen hängen meist mit den allgemeinen Weltverhältnissen zusammen. Als nach dem Utrechter Frieden der Verkehr mit Spanien und seinen Kolonien wieder frei wurde, als 1720 nach der Räumung Siziliens durch die Spanier der Handel mit Süd-Europa wieder in die Erscheinung trat „wie das Tagesgestirn nach einer Sonnenfinsternis“, da ward plötzlich auch die Nachfrage nach allen Arten englischer Wollwaren — sie werden als Bayes und Says, als Perpetts, broad Cloths, und Serges bezeichnet — mächtig gesteigert. Auch die Pest in Marseille, durch die Südfrankreich seit 1720 ein paar Jahre lang vom Handels-

¹⁾ 3 (1727) 97 ff.

²⁾ Plan 251.

verkehr abgeschnitten war, so daß der französische Handel nach Italien und der Levante großenteils den Engländern in die Hände fiel, hatte eine ähnliche Bedeutung. In allen diesen Fällen bot sich dasselbe Bild. Kaum hat sich die Nachfrage vom Auslande her gesteigert, so mietet der Unternehmer neue Webstühle, stellt neue Leute an und zahlt höhere Löhne. Er steigert, er übersteigert die Produktion, er überschwemmt den Markt mit seiner Ware und der Rückschlag wird unvermeidlich. Er muß abbrechen, muß die Leute entlassen, die er erst weggeholt hat vom Pfluge und aus dem Kuhstall, um sie für sich spinnen und weben zu lassen. Aber nun finden sie, wenn man ihrer nicht mehr bedarf, nicht sogleich wieder den Weg zurück zur alten Arbeitsstätte. Dann heißt es: Der Konsum geht zurück, der Handel verfällt, die armen Arbeiter hungern. Und doch war alles nur Konjunktur, und von Rückgang, von Verfall des normalen Geschäfts ist keine Spur vorhanden. Unzweifelhaft waren in der eben geschilderten Gegend von Halifax Tausende von Menschen im Tuchgewerbe tätig, Defoe bezeichnet die Gegend von Halifax sogar als einen der bevölkersten Teile von England, nur London und Umgebung ausgenommen. Und an diesem Treiben wird sich auch im Verlauf der ganzen Walpoleschen Periode nichts geändert haben; was freilich noch nicht dadurch erwiesen scheint, daß auch der Herausgeber der zweiten Auflage des Buches (1738) die Darstellung Defoes fast wörtlich übernommen hat.

* * *

Wenn die Blüte der Tuchindustrie auf den britischen Inseln durch Klima und Bodenbeschaffenheit so sehr begünstigt wurde, so war bei der Seidenindustrie, von der wir jetzt zu reden haben, das Gegenteil der Fall¹⁾. Die Anpflanzung von Maulbeerbäumen, auf englischem Boden, wiederholt versucht, ist immer mißlungen. Aber die von auswärts eingeführte Rohseide²⁾ ist schon im 17. Jahrhundert in großen Mengen in England verarbeitet worden. 1666 sollen schon 40 000 Menschen in der Seidenmanufaktur

¹⁾ Vgl. G. B. Hertz, The English Silk Industry in the Eighteenth Century. E.H.R. 24. 1909.

²⁾ Defoe, Plan of the English Commerce (1728) 220 beziffert den Wert der von der Türkei, von Italien und Indien jährlich eingeführten Rohseide auf 50 000 £.

beschäftigt gewesen sein. Dann erfolgte, wie in anderen industriellen Betrieben, so auch hier, ein weiterer Aufschwung, durch das Hereinströmen der aus Frankreich verdrängten Hugenotten nach der für die französische Wirtschaft so verhängnisvollen Aufhebung des Edikts von Nantes im Jahre 1685. So konnte man, als das Haus Hannover zur Regierung kam, schon von einer blühenden Seidenindustrie in britischen Landen reden. London und Dorsetshire, Lancashire, Cheshire und Staffordshire waren die Hauptdistrikte, in denen Tausende von Arbeitern bei der Seidenfabrikation beschäftigt waren.

Natürlich hatte diese Industrie, ebenso wie alle anderen, auch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Neben dem unentbehrlichen Import der Rohseide wurden in großen Mengen auch die fertigen Fabrikate aus dem Auslande eingeführt. Das war freilich unerlaubt, und schon durch Gesetze aus der Zeit Wilhelms III. und Annas, ausdrücklich verboten. Aber die Verbote blieben unbeachtet. Die Klagen über das Eindringen der französischen Erzeugnisse und über ihren Verkauf zu Schleuderpreisen währten noch fort bis zum siebenjährigen Kriege. Wir verstehen, daß es sich dabei in der Hauptsache um geschmuggelte Waren handelte, und nicht nur von Frankreich her geschah solches, sondern auch aus andern Teilen der Welt. Am peinlichsten muß es empfunden worden sein, daß auch aus Ostasien, nämlich aus Indien, China und Japan, nicht nur die Rohseide, sondern auch die verarbeiteten Stoffe, in großen Mengen importiert wurden, und doppelt peinlich, da es die Ostindische Kompagnie selbst war, die diesen Betrieb in der Hand hatte. Die hohen Zölle, die auf der fremden Seide lagen, dienten eher dazu, dem Schmuggelhandel einen neuen Antrieb zu verleihen. Beim Publikum aber waren die französischen Seidenwaren am meisten beliebt. Für die Mahnungen, sich nur in englische Stoffe zu kleiden, zeigte die Damenwelt wenig Verständnis.

* * *

Um wenigstens für den Bezug der Rohseide möglichst unabhängig vom Auslande zu werden, verfiel man nun darauf, auch die amerikanischen Kolonien zur Deckung des Bedarfs heranzuziehen. Die Gründung der neuen Kolonie Georgia war teilweise diesem Wunsche entsprungen. Auch Süd Karolina, auch Vir-

ginien und sogar Pennsylvanien haben zeitweilig rohe Seide nach England geliefert. Auf die Dauer erwies sich das freilich nicht als durchführbar. Zwar lagen diese Gebiete etwa auf den gleichen Breitengraden, wie jene Länder Ostasiens, doch waren andere Umstände ungünstiger Natur vorhanden, die es unmöglich erscheinen ließen, daß die Amerikaner mit Ostasien, oder auch nur mit Frankreich und Italien auf die Dauer hätten konkurrieren können. Zunächst war die Arbeit überall im Auslande billiger als in Amerika. Sodann war es auch nicht leicht, in den amerikanischen Kolonien die nötige Menge von Arbeitern zu finden. Man versuchte es natürlich auch mit den Negersklaven, die aber für die, im Vergleich mit der gewohnten Plantagenkultur kompliziertere Arbeit nicht das erforderliche Geschick bewiesen, und auch unfähig waren, die nötigen technischen Fertigkeiten zu erwerben.

Einen Beweis für das Gesagte findet man in gewissen Nachrichten aus Georgia, der neu gegründeten Kolonie. 1740 soll man dort Maulbeerbäume pflanzen, aber die Sache ist zu neu. Da ist nur eine einzige Frau, die das Verfahren kennt ¹⁾. „Wenn sie sterben sollte, ist es damit zu Ende“. Und wieder 1741 die Klage ²⁾: „Die Wahrscheinlichkeit ist wahrlich gering, daß mit dem Seidenbau vorläufig viel zu erreichen sein sollte.“ Immerhin tat die Regierung ihr Bestes, um die Seidenmanufaktur zu heben, ebenso durch die Herbeischaffung des Rohmaterials aus allen Teilen der Welt, wie durch die Fernhaltung der fertigen Fabrikate, wo immer ihre Einfuhr drohte. Den stärksten Antrieb aber erhielt die eigene Fabrikation durch ein Gesetz von 1721 ³⁾, welches den Export verarbeiteter Seide durch Ausfuhrprämien fördern wollte.

So handelt es sich denn in der Tat um einen blühenden Industriezweig. Auch wurden seine Erzeugnisse in erheblichen Mengen ins Ausland abgeführt, nach Amerika, nach Deutschland und Rußland, nach Italien, Spanien und Portugal, nach Irland ⁴⁾

¹⁾ Egmont 3, 155.

²⁾ Ebd. 205.

³⁾ 8 George I, c. 15.

⁴⁾ In einer Eingabe an Sir Robert Walpole verwarnten sich 1733 die englischen Seidenfabrikanten gegen die Einfuhr fertiger, aus dem Osten stammender Fabrikate auch in Irland. Cal. of Treasury Books and Papers, 1731 bis 1734. 409.

und sogar nach Frankreich. Was das letztere betrifft, so fiel hier die Anglomanie der Aufklärungsepoche stark ins Gewicht. Die Vorliebe der Franzosen für alles Englische blieb nicht stehen bei der Bewunderung der englischen Verfassung. Sie erstreckte sich, wie auf alles, was man jenseits des Kanals erblickte, so auch auf die Erzeugnisse der britischen Manufaktur.

Doch täuschen wir uns nicht. Mit den französischen Seidenwaren haben die Engländer es nie aufnehmen können. Die Gründe dafür lagen zunächst in der billigeren Arbeit, die auch durch höhere Kunstfertigkeit nicht auszugleichen war. Und ferner war die Rohseide für die Franzosen so viel bequemer zu haben, da ja ein Teil derselben im eigenen Lande erzeugt wurde.

Von der in der hannövrischen Epoche erreichten Höhe ist die Seidenmanufaktur freilich bald wieder herabgesunken. Etwas Künstliches ist in ihr überhaupt nicht zu verkennen. Die Haltung der Regierung, die ängstlich versuchte, und nie erreichte, Ausschließung der fremden Fabrikate, das Emporzüchten der heimischen Produktion, das Auswerfen der Exportprämien, das alles ist nur zu verstehen aus dem Geiste des Merkantilismus. Adam Smith hat darüber gelächelt, er sieht die Dinge vom Standpunkt des Konsumenten, er will lieber billig vom Ausland kaufen, als daheim teuer produzieren. Aber auch der Geist der Walpole'schen Zeit hat sein Recht, und man übersehe es nicht: eine breite Bevölkerungsschicht, Tausende von Arbeitern, fanden damals Beschäftigung und Unterhalt in der Seidenmanufaktur.

* * *

Neben der blühenden Tuch- und Seidefabrikation, die auch von der Gesetzgebung so sehr begünstigt wurden, hatte die nur langsam zu hoher Bedeutung emporsteigende Baumwollindustrie einen schweren Stand¹⁾. Sie hatte Jahrzehntelang gegen jene glücklicheren Schwesterbetriebe um ihre Existenz zu kämpfen. Freilich hatte sie schon längst, ehe der Streit begann, ein stilles Dasein in britischen Landen geführt. Verarbeitete Baumwollstoffe sollen schon im 14. Jahrhundert eingeführt worden sein. Später, man weiß nicht genau, seit wann, ist auch die Rohbaum-

¹⁾ Für das folgende vgl. L. Brentano, Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands (1927) 2, 367 ff.

wolle importiert worden. Ihre Verarbeitung ist besonders in Lancashire, wo die natürlichen Verhältnisse günstig waren, bereits um die Mitte des 17. Jahrhunderts in großem Stile erfolgt. Seitdem fanden die bedruckten und bemalten Stoffe als Frauenkleidung bei den unteren Ständen, aber auch bei den mittleren Gesellschaftsklassen, immer weitere Verbreitung. Erst gegen das Ende des 17. Jahrhunderts wurde von den Tuch- und Seidenfabrikanten, als sie das Sinken ihres Absatzes bemerkten, die Konkurrenz der Baumwolle peinlich empfunden, und der Kampf der großen Industrien gegen diesen Wettbewerb begann.

Aber auch die Baumwolle hatte ihre mächtigen Fürsprecher. Es war besonders die Ostindische Kompagnie, in deren Händen der Transport der rohen wie der verarbeiteten Baumwolle lag, und die auf diesen gewinnbringenden Geschäftszweig nicht verzichten wollte. Zweimal wurden im Jahre 1697 dem Parlamente Vorlagen unterbreitet, die die Einfuhr der Baumwolle aus dem Orient, oder gar auch den Gebrauch aller innerhalb des Königreichs gefärbter oder bedruckter Stoffe verbieten wollten. Zweimal wurden die Bills im Unterhause angenommen, aber bei den Lords, unter denen sich reiche Aktionäre der Ostindischen Kompagnie befanden, auch zweimal verworfen.

Einige Jahre später, 1700, wurde freilich in beiden Häusern ein Gesetz angenommen, welches den Wünschen der Tuch- und Seidenfabrikanten gerecht werden wollte¹⁾. Neben den auf ihre eigenen Erzeugnisse Bezug nehmenden Bestimmungen wurde hier verfügt, daß die aus dem Orient eingeführte allgemein *Calico* gennante, schon verarbeitete Baumwolle nicht in England zum Verkauf kommen, sondern in Warenhäuser überführt werden sollte. Sie durfte auch nicht dem heimischen Konsum zugeführt werden, war vielmehr lediglich für die Wiederausfuhr bestimmt.

Der eigentliche Sinn des Gesetzes lag aber in dem, was nicht darin ausgesprochen war. Die Einfuhr der unbedruckten Baumwolle blieb stillschweigend erlaubt. Und erlaubt blieb auch die in Lancashire und anderswo längst übliche Verarbeitung der

¹⁾ 11. u. 12. Wilhelm III. c. 10. Die Wiedergabe bei Brentano ist nicht ganz genau.

halbferigen Ware. Wie hätte man auch eine im Aufblühen begriffene Industrie, von der Tausende lebten, mit einem Federstrich vernichten können? Die Freude der Tuch- und Seidenarbeiter bei dem Bekanntwerden des Gesetzes war nicht ganz berechtigt. Die verhaßte Konkurrenz der Kalicos waren sie nicht losgeworden. Es war ein Sieg der Ostindischen Kompagnie.

So nahm denn auch der Kampf seinen Fortgang. Er erreichte einen Höhepunkt im Jahre 1719. Ein paar Namen aus dem damals Geschehenen sind uns halb zufällig aktenmäßig überliefert¹⁾. Es war im Sommer des Jahres, zur Zeit, als Georg I. in Deutschland weilte, und als sich, wie immer während dieser Königsreisen, jene intimen Korrespondenzen zwischen der Regierung in London und der Regierung in Hannover entwickelten, in denen so vieles schriftlich niedergelegt ist, was sonst nur in mündlichem Austausch zwischen den Mitgliedern des Kabinetts verhandelt worden und der Nachwelt auf ewig verborgen geblieben ist.

Es war am 10. Juni, dem Geburtstage des Prätendenten, der so gern zu regierungsfeindlichen Kundgebungen benutzt wurde. Der Tag war ohne große Störungen vorübergegangen; nur hier und dort hatten ein paar Burschen ein wenig zu demonstrieren versucht. In der Nacht und am Morgen aber setzten sich größere Massen in Bewegung. Es waren die Weber von Spitalfields, unter denen man noch heute, von der Hugenotten-Einwanderung her, so viele französische Namen findet. Sie wollten einen Streitzug ausführen gegen die Kameraden von der Baumwolle. Läden wurden gestürmt, und den unglücklichen Dienstmädchen und Frauen, selbst den Damen der Gesellschaft, die man in Kalikogewändern auf der Straße fand, wurden die Kleider vom Leibe gerissen. Dann zogen zwei Trupps nach verschiedenen Richtungen weiter, der eine nach Essex, der andere nach Surrey, und erklärten, die Werke der Kaliko-Drucker zerstören zu wollen. Die Sitzung der *Lords Justices*, der im Namen des Königs regierenden Behörde, war gerade zu Ende, als man von den Tumulten in der City vernahm. Sofort ließ man die Garden ausrücken. Bei ihrem Erscheinen zerstreuten sich die

¹⁾ Delafaye, 12. Juni 1719. Ders. an Stanhope, 16. Juni 1719. Regencies 76. R.O.

unruhigen Haufen, um sich aber bald wieder zu sammeln. Nun wurden auch die Milizen aufgeboten. Verhaftungen fanden statt. Als der Pöbel die Verhafteten befreien wollte, machten die Milizen von der Schußwaffe Gebrauch, und es gab Verwundungen.

In den nach Hannover gesandten Berichten wurde die Sache möglichst harmlos dargestellt und besonders betont, daß es sich nicht etwa um eine jakobitische Kundgebung gehandelt habe. In diesem Sinne schrieb der Staatssekretär Craggs auch nach Paris. Die Franzosen sollten nicht an eine Gefahr für den Thron Georgs I. glauben¹⁾. Ganz richtig ist das nicht einmal. Nach einer Meldung des österreichischen Gesandten²⁾ wären doch auch Zettel ausgestreut worden, die das Volk zu einer Erhebung für den Stuart aufriefen.

Mit der Unterdrückung der geschilderten Bewegung war alles vorüber. Doch hat der von Spitalfields ausgehende Sturm noch einen literarischen Nachhall gefunden in ein paar humorvollen Aufsätzen von Defoe³⁾. Er spricht mit leisem Spott über die unschuldigen Leute, die das Verbot der im Auslande bedruckten Kalikos begrüßten und nicht voraussahen, daß die in England bedruckten viel schlimmer wirken könnten. Und dann läßt er die Frauen zu Worte kommen, jene unglücklichen Geschöpfe, die den Mißhandlungen auf der Straße ausgesetzt gewesen. „Redet uns nicht mehr von nationalen Freiheiten! Wie wären sie national, wenn unser Geschlecht keinen Anteil daran haben soll?“

Der Kampf ging weiter. Tuch- und Seidenindustrie machten neue Versuche, die Konkurrenz der Baumwolle loszuwerden, doch ohne Erfolg.

Schon im nächsten Jahre, 1720, ward eine Bill eingebracht, die zum Besten der Woll- und Seidenmanufaktur den Gebrauch der verarbeiteten Kalikos verbot, wobei freilich die im Lande selbst verarbeiteten nicht von dem Verbot betroffen sein sollten. Aber schon erwartete⁴⁾ man, daß die Leute von der Ostindischen Kompagnie die Vorlage wiederum im Oberhause zu Falle bringen

¹⁾ Craggs an Stair, 15. Juni 1719. R.O.

²⁾ Hoffmann, 28. Juni 1719. W.St.A.

³⁾ Lee, Defoe. 2, 136 ff.

⁴⁾ Portland Mss. 7, 594.

würden. Das geschah zwar nicht, doch ward die Entscheidung um sechs Wochen verschoben¹⁾ und inzwischen der König er sucht, durch die Lords vom Handelsamt einen Plan entwerfen zu lassen, wie die Absicht des Entwurfs am besten verwirklicht werden könne. Man scheute sich offenbar, die Sache ganz fallen zu lassen, denn gerade in den Tagen, als die Lords sich mit der Bill beschäftigten, wiederholten sich die Szenen vom Vorjahre. Abermals kamen 3000 Seidenarbeiter gegen Westminster anmarschiert, um dieselben Streiche wie damals auszu führen. Die gesetzliche Entscheidung aber ward bis zur nächsten Session vertagt. Die alsdann, im Jahre 1721, beschlossene so genannte Kaliko-Akte²⁾ legte wirklich ein Verbot auf jegliche verarbeitete Baumwolle und machte eine Ausnahme nur zugunsten der für den Export bestimmten Ware. Doch abermals erwies sich die Durchführung als unmöglich, die Konkurrenz der Baumwolle war nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Und 1735 ent schloß man sich zu der sogenannten Manchester Akte, durch welche die in England verarbeiteten Baumwollstoffe von dem Verbot von 1721 ausdrücklich ausgenommen wurden. So hatte die heftig bekämpfte Baumwolle sich siegreich behauptet. Als ein blühender Zweig am hohen Baume der britischen Industrie ward auch sie, ebenso wie Tuch und Seide, schonend hinüber geleitet in die Aera der industriellen Revolution.

* * *

Nicht in strengem Sinne englisch war die große Leinen industrie. Sie war heimisch in Schottland und Irland. Aber jährlich kamen aus den Nachbarreichen Hunderttausende von Ellen, um in England bedruckt und bemalt zu werden. Und was nicht dem heimischen Verbrauch zugeführt wurde, ward ins Ausland exportiert.

Auch der Leinenindustrie nahm die Gesetzgebung sich redlich an. Nur zwei Daten seien genannt, die ebenso den Aufschwung der Leinenindustrie in der Walpole'schen Epoche be weisen, wie die verständnisvolle Unterstützung, die ihr von seiten der Regierung und der Gesetzgebung zuteil geworden ist.

¹⁾ Lady Cowper, Diary 156.

²⁾ 7 George I. c. 7.

Eine unscheinbare Klausel der *sinking fund*-Akte von 1716 verfügte, daß ein früher auf dem Leinenexport liegender Ausfuhrzoll aufgehoben sei¹⁾. Zugleich erfährt man hier, daß „diese Manufaktur viele Tausende Armer des Königreichs beschäftigt“. Ein Vierteljahrhundert später, 1742 geht man auf diesem Wege weiter und sucht, wie es in anderen Zweigen geschah, auch den Export der Leinenfabrikate durch eine Ausfuhrprämie zusteigern²⁾.

* * *

Für den Export arbeitete auch die seit einigen Jahrzehnten zu hoher Blüte gelangte Spitzenindustrie. Ihr Hauptsitz war Buckinghamshire, aber auch die umliegenden Grafschaften hatten ihren Anteil daran. Auch in westlicher gelegene Gegenden, wie Dorsetshire, wurden Spitzen geklöppelt. Und die Spitzen von Blandford galten bereits nächst denen von Brüssel als die kostbarsten der Welt. Sie galten mehr als die Erzeugnisse von Flandern, von Frankreich, von Venedig. Die Zahl der darin Beschäftigten, es waren junge Frauen und Mädchen, soll nach Hunderttausenden gezählt haben, wie man sagt, Familienglieder, die vordem von ihren Angehörigen ernährt wurden, und nun ihren Unterhalt selbst verdienten. Triumphierend fügt Defoe³⁾ hinzu: „Das Brot, das ehemals den Arbeitenden in Flandern zur Nahrung gedient, es wandert jetzt in den Mund der Arbeitenden in unserem eigenen Lande.“

* * *

Wir erwähnen ferner die Eisenindustrie. Neben Birmingham und Sheffield hatte sie ihren Hauptsitz in London. Die hier heimische Messerschmiedekunst galt schon als die erste der Welt. Die französischen Erzeugnisse wurden von den Märkten des Auslandes sachte verdrängt, und die englische Ausfuhr richtete sich nach Holland, Deutschland und nach dem Osten, und hatte selbst schon einige der Märkte in Frankreich erobert.

Nicht anders stand es mit der Bronzeindustrie. Die besseren Waren, die man im Auslande fand, waren meist englischen

¹⁾ 7 George I. c. 7, § 38.

²⁾ Vgl. Anderson, Commerce 2, 73. 235.

³⁾ Plan of the English Commerce 289.

Ursprungs. Die feinen Bronzeschlösser französischer Paläste waren englische Fabrikate, nicht anders als die goldene Uhren in den Taschen des Großherrscher der Türkei, des Zaren von Moskau und des Großmoguls von Indien. In der Eisen- und Bronzeindustrie sollen insgesamt nicht weniger als 200 000 Menschen beschäftigt gewesen sein¹⁾.

* * *

Überblickt man die gesamte Lage der englischen Industrie dieser Zeit, so erhält man in der Tat das Bild eines ungeheuren Aufschwungs. Man versteht die Angst der Franzosen, die ihre Märkte verlieren und sich von Engländern überflügelt sehen.

Man staunt auch, wenn man die hohen Zahlen der in den Industrien beschäftigten Menschen vernimmt. Soweit es sich dabei um neue oder rasch empor gekommene Betriebe handelt, so entsteht die Frage: wie waren diese Leute früher beschäftigt, und sind sie etwa nur aus dem einen Betriebe in den andern hinübergeschoben worden? Im letzteren Falle könnte man ja kaum von einer Erhöhung des Volkseinkommens reden. In Wahrheit handelt es sich in der Hauptsache wirklich um neu angestellte Leute, es waren solche, sagt Defoe²⁾, die vordem *out of business* waren.

Jene hohen Zahlen aber, nämlich die Hunderttausende, erscheinen auch darum so merkwürdig, weil wir ja für ganz England nicht mehr als eine Bevölkerung von etwa 5½ Millionen Menschen anzunehmen haben. Es kann also die Zahl der Erwerbslosen nicht sehr groß gewesen sein, und unter dem üblichen Ausdruck *The poor* hat man sich nicht beschäftigungslose, hungernde Arme vorzustellen, sondern ganz allgemein die untere, aber die arbeitende Bevölkerung³⁾.

* * *

Auch von der sozialen Lage der arbeitenden Klasse muß in diesem Zusammenhange gesprochen werden. Dabei hat der Leser freilich trotz so mancher Einzelzüge, die an moderne Ver-

¹⁾ Ebd. 291.

²⁾ Ebd. 297.

³⁾ Ebd. 363.

hältnisse erinnern, die Vorstellung von gewaltigen Arbeitermassen von tiefen Interessengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von schweren Kämpfen um Lohn und Arbeitszeit, noch fernzuhalten. Auch von mächtigen industriellen Zentren, von riesigen Fabrikbauten mit hohen Schornsteinen, die bei Tage von Rauchwolken, nachts von Flammenbündeln gekrönt sind, ist hier noch nicht zu reden. Vor der Mitte des Jahrhunderts, oder, wie man gewöhnlich sagt, vor 1760 ist in der Industrie von verwaltendem Großbetrieb, fortan begünstigt durch die Entwicklung des Maschinenwesens, von Fabrikssystem, überhaupt von jener Entwicklung, die man heute auf die sogenannte industrielle Revolution Englands zurückzuführen pflegt, noch nicht viel vorhanden. Es ist eine Übergangszeit, in der alte und neue Prinzipien miteinander ringen. Noch drängen sich diese Verhältnisse nicht so stark an die Oberfläche, daß man in ihnen ein wesentliches Stück englischer Geschichte der Zeit zu erblicken hätte.

Die materielle Lage der Arbeiter war keineswegs ungünstig. Die Löhne der gewerblichen Arbeiter, die in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts stark in die Höhe gegangen waren, hielten sich in der ersten Hälfte des 18. dauernd auf demselben Niveau¹⁾. Dazu steigerte sich noch die Kaufkraft der Löhne. Der Preis des Weizens, als der wichtigsten Getreideart, sank beständig. Der Anbau der Gemüse, insbesondere der Kartoffel, deren Anbaufläche besonders in dem Jahrzehnt von 1720 bis 1730 stark erweitert wurde, erhöhte die Leichtigkeit und Billigkeit der Ernährung der unteren Klassen. Die Angaben über den recht erheblichen Fleischverbrauch — auch die Allerärmsten hätten wenigstens eine wöchentliche, die volle Hälfte der Bevölkerung aber hätte ihre tägliche Fleischmahlzeit gehabt — diese Angaben scheinen wohl glaubhaft. Eine gewisse Garantie für die Erhaltung niedriger Lebensmittelpreise lag auch in der großen Ausdehnung des Körnerbaues. Diese aber war, wie wir gehört haben, bedingt durch die vom Staate gezahlten Ausfuhrprämien, durch welche die Getreideproduktion geradezu den Charakter einer Exportindustrie erhielt.

Diesen günstigen Lebensbedingungen entsprechend, wird

¹⁾ Vgl. Steffen, Lohnarbeiter 1, 469 ff.

man sich, wie gesagt, das Los der Arbeiter in der Zeit Walpoles in der Tat als ein vollkommen erträgliches zu denken haben.

Immerhin, ob es sich nun um ausgedehnte Hausindustrie und Verlagssystem oder bereits um mehr fabrikmäßige Herstellung der Waren handelt, so lag in der sich steigernden Ausdehnung, welche die Betriebe schon jetzt vielfach erhielten, der Grund, daß der Mehrzahl der Arbeitenden, auch der fachmäßig Ausgebildeten, die Möglichkeit genommen war, selbst Unternehmer zu werden, daß sie sich vielmehr über die Stufe ständiger Lohnarbeiter nicht mehr emporzuschwingen vermochten. Natürlich lag hier, d. h. auf sozialem Gebiete, schon an sich ein Grund zur Unzufriedenheit der Arbeiter. Und ferner, wenn sie nun einmal dauernd nur abgelohnt wurden, so konnten auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen Unternehmern und Arbeitern über die Höhe der Löhne nicht ausbleiben.

* * *

Die rechtliche Grundlage für das Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer bildete immer noch das berühmte Lehrlingsgesetz aus der Zeit Elisabeths¹⁾, dessen Inhalt freilich über den Sinn des so beliebten Namens weit hinausgreift. Und wenn auch die darin proklamierten Grundsätze in der Praxis längst nicht mehr allgemein befolgt wurden, so konnten doch die Behörden, ebenso wie die beteiligten Instanzen jederzeit auf diese Grundsätze zurückgreifen, und sie taten es oft. Die Aufsicht über die Tätigkeit des Lohnarbeiters, die bis auf Elisabeths Zeiten zwischen den Zünften und dem Staate geteilt gewesen, war durch das Lehrlingsgesetz ganz in die Hände des letzteren gelegt worden. Das ausführende Organ des Staates aber war der Friedensrichter. Das herrschende Prinzip ist der von Staatswegen geübte Zwang, insbesondere der Zwang zur Arbeit. Auch darf der Arbeitsvertrag zwischen den Parteien nicht frei vereinbart werden. Der Friedensrichter stellt ihn fest. Die Friedensrichter der Grafschaft sind es auch, die in ihren vierteljährlichen, gemeinsamen Sitzungen, den *quarter sessions*, die Höhe der Löhne, die Dienstzeit und die tägliche Arbeitszeit zu bestimmen haben. Jede Verletzung dieser Vorschriften wird streng bestraft, insbesondere wird das

¹⁾ 5. Eliz. c. 4.

Geben wie das Nehmen höherer oder niederer Löhne als der vom Friedensrichter genehmigten schwer geahndet.

Was im besonderen die Löhne betrifft, so mag es oft genug vorgekommen sein, daß die in freier Vereinbarung und mit Umgehung der staatlichen Autorität erzielten Sätze höher waren, als die vom Friedensrichter proklamierten. Wo aus Gründen der Billigkeit solches geschah, haben die Arbeitnehmer sich diese Verletzung des Gesetzes gewiß gern gefallen lassen. Andererseits konnte der Lohnherr auch jederzeit auf das Gesetz zurückgreifen und war dann der staatlichen Unterstützung sicher.

Für eine Selbsthilfe der Arbeitenden aber fehlte es an allen Vorbedingungen. Insbesondere war jede Form des Zusammenschlusses, jede Arbeiterorganisation, jede „*combination*“ verboten. Von der Anerkennung eines Koalitionsrechts war nicht die Rede. Ja, wo derartiges versucht wurde, pflegten die Arbeitgeber sich sofort an das Parlament zu wenden, und dieses war rasch bereit, mit einem gesetzlichen Verbot einzuschreiten. So konnte denn unter gewöhnlichen Verhältnissen eine Streikbewegung in modernem Sinne nicht entstehen. Die Arbeiter konnten den Lohnkampf nicht vorbereiten. Sie hatten keine Streikgelder, um die Familien vor Not zu schützen, kein Mittel, um Arbeitswillige auszuschließen. Im Gegenteil, jeder Versuch, durch Niederlegung der Arbeit eine Erhöhung der Löhne oder eine Herabsetzung der Arbeitszeit zu erzwingen, fällt unter den Begriff des Aufruhrs, der Rebellion, und das Parlament steht auf Seiten des klagenden Arbeitgebers.

* * *

Aber schon werden alte und neue Methoden, das Lehrlingsgesetz Elisabeths und die Praxis des freien Arbeitsvertrages miteinander vermengt. Die Arbeiter verzichteten gern auf die lohnregulierende Tätigkeit der Friedensrichter, so lange sie auf dem Wege der freien Vereinbarung bessere Löhne erzielen zu können meinten. Aber sie waren eben so rasch bereit, sich auf das alte Gesetz zu berufen, sobald solches nützlich erschien. Schon die Frage, in wie weit die Anrufung der Instanz der Friedensrichter durch Gesetz oder Herkommen noch geboten war, brachte Schwierigkeiten mit sich. So erhalten denn die Streitig-

keiten um die Höhe des Lohnes oder, was so häufig den Gegenstand bildet, um die Anzahl der Lehrlinge, welche die Meister halten dürfen, leicht den Charakter von Unordnung, Tumult, Aufruhr. Darin vergreifen sich wohl die Arbeiter an den Werkzeugen oder anderem, den Meistern gehörigem Material. 1710 werden in London etwa hundert Strumpfstühle zerstört. 1720 meinen die Tuchmacher von Tiverton in Devonshire besser zu fahren, wenn sie die Wolle gekämmt von Irland bezögen. Die Wollkämmer aber, die sich in ihrer Existenz bedroht sehen, brechen in die Lager der Tuchmacher ein, verbrennen die aus Irland gekommene Ware oder schleppen sie im Triumph davon. Die Polizei muß, um die Ordnung herzustellen, den Unruhestiftern eine förmliche Schlacht liefern.

Aber wirksamer als solche Gewalttaten erwies sich nun für die Arbeiter ein anderes Mittel: die Organisation. Erlaubt oder nicht, die Arbeiter fingen an, sich zur gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen zu verbinden. Sie erscheinen innerhalb desselben Gewerbes als Körperschaft, wenn es sich darum handelt, höhere Löhne oder eine geringere Arbeitszeit durchzusetzen, oder auch zur Erreichung verwandter Zwecke. Man hat ganz richtig in den damals geschlossenen Verbindungen von Arbeitern die ersten Gewerksvereine erblickt. Aber die Anschauung der Zeit verwirft diese Neuerung noch unbedingt. Die Arbeitgeber beschwerten sich, und das Parlament tritt für sie ein. Die Gesetzgebung will den Zusammenschluß der Arbeiter nicht dulden, geschweige denn die Arbeitseinstellung. 1717 und 1718 werden in diesem Sinne Petitionen an das Parlament gerichtet. 1720 erklärt ein Gesetz ausdrücklich, daß alle Kontrakte, Bünde oder Übereinkommen, welche von den Schneidern in London getroffen werden, um die Löhne in die Höhe zu treiben, oder die Arbeitsstunden zu verringern, null und nichtig seien und mit Strafen zu belegen. Auch die Niederlegung der Arbeit wird mit Strafe bedroht. Ein ähnliches Gesetz, das den Tucharbeitern im ganzen Königreiche jegliche Verbindung zur Erreichung ihrer besonderen Ziele untersagte, folgte 1725.

Aber nun fragen wir, wie denn derartige Streitigkeiten jetzt entschieden wurden. Die einfache Verweisung an die Friedensrichter und die Unterwerfung der Arbeiter unter die von den Friedensrichtern gut befundene Lohnregulierung, schien jetzt,

wo Lohnherr und Arbeiter als zwei selbständige Parteien einander gegenüberstanden, nicht mehr tunlich. Das Gesetz von 1720 schrieb für die Schneider die Arbeitszeit selbst vor, und wenn auch nicht schlechthin den Betrag des Lohnes, so doch einen Höchstlohn, der für die nächsten drei Monate 2 Schillinge, für die Folge 1 Schilling und 8 Pence für den Tag betragen sollte. Aber auch die Rolle der Friedensrichter war noch nicht ausgespielt. Nur erscheinen sie jetzt mehr als die Instanz, welche von der Arbeiterschaft angerufen wird, wenn sie ihre Forderungen bei den Arbeitgebern auf andere Weise nicht durchzusetzen vermögen. So ist es 1728 bei den Webern in Gloucestershire. Die mit Hilfe des staatlichen Gebots Gezwungenen sind aber in diesem Falle die Lohnherren, nicht die Arbeiter.

* * *

Wo in diesen frühen Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts soziale Kämpfe auftreten — das Wort darf freilich noch nicht allzu ernst genommen werden — da ist es meistens die Methode, die Selbsthilfe der Arbeiter, um die gestritten wird.

Als im Juli 1714 die Schuhmacher in Moorfields sich tumultarisch in Haufen sammeln, gelingt es dem Lord Mayor, den Haufen zu zerstreuen und einige der Anführer ins Gefängnis zu schaffen¹⁾. Ernster war im November 1717 die Erhebung der Weber von Devonshire und Somerset. Sie versuchten, gegen ihre Arbeitgeber gewisse Wünsche durchzusetzen. Sie forderten sogar naiv die Wahl eines neuen Parlaments. Die Regierung ward benachrichtigt und schickte zwei Regimenter Dragoner und zwei Regimenter Infanterie gegen die Tumultuanten²⁾. Die Führer der bewaffneten Gewalt pflegten in solchem Falle zuerst die Aufruhrakte zur Verlesung zu bringen, sodann die Tumultuanten aufzufordern, sich zu zerstreuen und, wenn es nicht geschah, sofort Feuer geben zu lassen.

Dieses Mal war schon beim Herannahen des ersten Dragonerregiments die Ruhe wieder hergestellt, doch kam der Vorfall noch einige Monate später im Parlament zur Sprache. Es geschah bei Gelegenheit der alljährlichen Armeedebatte, die, wie man

¹⁾ Portland Mss. 5, 470.

²⁾ Bonet, 19./30. Nov. 1717. G.St.A.

weiß, mit dem Beschluß einer sogenannten Meutereiakte zu endigen pflegte. Die Regierung hatte, um ihrer Sache mehr Nachdruck zu geben, den Magistrat von Exeter unter der Hand ersuchen lassen¹⁾ beim Unterhause Klage zu erheben über die „Meuterei“ der Weber, die sich in dortiger Gegend gegen ihre Herren erhoben hätten. Wirklich wies Lord Cowper als Verteidiger der Vorlage im Oberhause auf die Vorgänge von Devon und Somerset hin²⁾. Wären damals, erklärte er, stark übertreibend, die Truppen nicht rasch zur Stelle gewesen, so hätten wir wieder eine Rebellion erlebt wie im Jahre 1715.

* * *

Der genaue Verlauf solcher Lohnstreitigkeiten ist heute meistens nicht mehr zu erkennen. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß wir in einem besonderen Falle besser unterrichtet sind, nämlich bei dem Streik der *keelmen* von Newcastle und Sunderland. Die Sache spielte im Jahre 1719, als Georg I. mit dem Staatssekretär Lord Stanhope in Hannover weilte, während die übrigen Mitglieder des Kabinetts als *Lords Justices* die Regentschaft in London führten. Wir wissen schon: die unter solchen Umständen erwachsenen Korrespondenzen sagen uns vieles, was wir sonst nie erfahren würden. Dieses Mal liefern sie uns alle wissenswerten Einzelheiten über den Kohlenstreik von 1719³⁾.

Als *keelmen* wurden diejenigen Arbeiter bezeichnet, welche in den Distrikten von Newcastle und Sunderland die zu Tage geförderten Kohlenvorräte auf kleinen Böten flußabwärts an die Küste zu schaffen pflegten, wo sie auf Seeschiffe verladen und abtransportiert wurden⁴⁾.

Dieser Kohlenhandel, sowohl für den heimischen Verbrauch wie für das Ausland bestimmt, war weltberühmt. In den Seekriegen des 17. Jahrhunderts waren die Kohlenschiffe aus Newcastle fast das wichtigste Ziel der holländischen Beutefahrten gewesen. Im 18. Jahrhundert war die Menge des zutage Ge-

¹⁾ Bonet, 7./18. Febr. 1718. G.St.A.

²⁾ Parl. Hist. 7, 542.

³⁾ Das folgende besonders nach bisher unbenutzten Aktenstücken aus der (jetzt aufgelösten) Serie Regencies. R.O.

⁴⁾ Beschrieben bei Defoe, Tour 3 (1727), vgl. E. R. Turner, The Keelmen of Newcastle (Amer. Hist. Rev. 21. 1916).

förderten gewiß nicht geringer geworden. Staunend blickte Defoe auf die mächtigen Kohlenhaufen in dieser Gegend. Mit modernen Verhältnissen verglichen, waren sie freilich verschwindend klein. Sie dienten hauptsächlich dem Hausbrand und waren z. B. für London eine Lebensnotwendigkeit. Im Herbst 1715 hatten die Rebellenführer im nördlichen England den Versuch gemacht, sich Newcastle zu bemächtigen, um London die Kohlenzufuhr abzuschneiden. Aber die drohende Katastrophe wurde noch glücklich abgewendet durch ein Aufgebot von Freiwilligen in der Stadt sowie durch die Truppen, mit denen Lord Scarborough in Newcastle einrückte und den Platz neu befestigte¹⁾.

Die *Keelmen* des Kohlendistrikts galten als brave und fleißige Leute, politisch zuverlässig, treu dem Könige und der Regierung. Bei der Rebellion von 1715 hatten sie sich bereit erklärt, wenn man ihnen nur Waffen in die Hand gäbe, 3000 Kämpfer für die Sache des Hauses Hannover zu stellen²⁾. So konnte denn 1719, wie besonders hervorgehoben wird, von einem jakobitischen Hintergrund des Streitfalls nicht die Rede sein, und die Behörden waren von vornherein geneigt, Milde walten zu lassen.

Ende Mai 1719 legten die *Keelman* die Arbeit nieder. Sie entsandten Deputierte an den Magistrat von Newcastle, die ihre Forderungen vortrugen und Klage führten gegen ihre Werkführer (*fitters*), von denen einige ebenfalls zur Stelle waren. Die Ortsobrigkeit verhielt sich ablehnend. Sie mahnte die Leute einfach an ihre Pflicht gegen die Regierung Seiner Majestät, suchte sie von Tumult und Aufruhr abzuhalten und drängte sie, den Lohnverträgen entsprechend, wieder an die Arbeit zu gehen³⁾.

Umsonst. Einige hundert *Keelmen* halten eine Versammlung ab, empfangen den Bericht über die Verhandlung mit dem Magistrat und lassen diesem durch eine Botschaft entbieten, sie würden die Arbeit erst wieder aufnehmen, wenn ihnen eine Lohnerhöhung von 4 Schillingen im Monat zugesagt sei. Das würde, so berichten die Magistratsherren an die Londoner Regent-

¹⁾ Craggs an Stair, 15. Juni 1719. R.O. Teilweise gedruckt bei Graham, Annals of Stair 2, 110. Vgl. Bd. 1, 547.

²⁾ Craggs an Stair, 21. Mai, 15. Juni 1719. R.O.

³⁾ The Magistrates of Newcastle (6 Namen) an Craggs, 30. Mai 1719, Reg. 73. R.O.

schaft¹⁾, für die Kohlenindustriellen eine jährliche Mehrausgabe von insgesamt 6—7000 £ bedeuten, die sie nicht zu tragen vermöchten. Der Magistrat weiß sich nicht zu helfen. Er hat zunächst nichts weiter getan, als Verhaftbefehle gegen die Haupttätersführer ausgegeben.

Er weiß bereits, daß ein paar Kriegsschiffe erwartet werden und möchte der Regentschaft nahe legen, die größten Unruhestifter unter den *Keelmen* als Matrosen für die Schiffe pressen zu lassen. Und er bittet endlich auch um die Erlaubnis, den Arbeitswilligen unter ihnen seinen Schutz leihen zu dürfen, was einen vortrefflichen Eindruck machen würde.

Schon hatte sich auch die Regentschaft mit der Sache befaßt. Ein Protokoll vom 21. Mai²⁾ enthält den Beschluß, ein Regiment nach Sunderland zu beordern und auch ein Kriegsschiff zu entsenden um „die hartnäckigsten Meuterer für den Schiffsdienst zu pressen“. Auch ein paar Herren vom Magistrat von Newcastle wurden von den Regenten empfangen, um Bericht zu erstatten. Sie erklärten nachdrücklich, es könne nicht davon die Rede sein, daß die *Keelmen* gezwungen worden seien, mehr Arbeit zu leisten, oder daß sie schlechter bezahlt worden seien, als bisher. Auch seien ihnen die Löhne pünktlich alle Woche in barem Gelde ausbezahlt worden.

Unterdessen waren auch die Friedensrichter, als die amtlich berufene Mittlerinstanz, um die Herstellung der Ruhe bemüht. Einer von ihnen, Anthony Ettrick mit Namen, spielt dabei allerdings eine merkwürdige Rolle³⁾. Er teilt den *Keelmen* mit, daß die Herren vom Magistrat mit der Regentschaft in London in Verhandlung stünden, und wenn sie, die *Keelmen*, nur fest blieben, so würden sie schon ihr Ziel erreichen und ihre Forderungen durchsetzen. Diese Erwartung ward aber nicht erfüllt. Unter den Familien der Streikenden begann die Not zu herrschen. Lohnherren, Magistrate, Friedensrichter und Regentschaft blieben fest. So mußten die Arbeiter sich unterwerfen, und die Sache endete mit einem Vergleich⁴⁾, dessen Wortlaut zwar nicht

¹⁾ An Craggs, 30. Mai 1719. (In einem Brief von Craggs an Stanhope, 5. Juni 1719.) Regencies 73. R.O.

²⁾ Minute, 21. Mai 1719. Regencies 76. R.O.

³⁾ Information of Martin Amar. Reg. 76. R.O.

⁴⁾ A conclusion upon the terms specified in the enclosed copy. John Hedworth (Friedensrichter) Chester le Street, 5. Juni 1719. Reg. 76. R.O.

erhalten ist, der Inhalt aber ist unschwer zu erraten. Die *Keelmen* waren bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, ihre Hauptbedingung war: Strafflosigkeit und Freilassung der gefangenen Genossen, für deren Leben sie gezittert hatten. Man stritt zuletzt nur noch um die Frage, was zuerst geschehen solle, die Befreiung der Gefangenen oder die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Herren vom Magistrat erklärten¹⁾, die Entscheidung liege bei der Londoner Regentschaft. Sie wollten sich bei dieser für die Gefangenen verwenden, wenn nur die Gesamtheit der *Keelmen* zunächst die Arbeit wiederaufnehme. So geschah es in der Tat. „Sie gingen gestern“, heißt es in dem Bericht der Magistrate von Newcastle, „froh an die Arbeit. Auch heute arbeiten sie und versprechen, sich in Zukunft von jeder Schuld frei halten zu wollen“. Magistrate und Friedensrichter legten also bei der Regentschaft ein gutes Wort ein für die Ruhestörer, baten auch, die Gefangenen, mit Ausnahme der Allerschuldigsten, frei lassen und das Weitere der nächsten Versammlung der *quarter-sessions* überlassen zu dürfen. Unsere Akten schließen mit einem Protokoll der Regentschaft vom 16. Juni²⁾. Die Lords Justices empfehlen den Magistraten und den Friedensrichtern der Grafschaft Durham „mit jenen armen Leuten milde zu verfahren und auch Sorge zu tragen, daß sie nicht von ihren Lohnherren betrogen würden“. Und ein nach Hannover gerichteter Brief Delafayes vom selben Tage³⁾ enthält die Meldung, daß die Tumulte der *Keelmen* an den Flüssen Wear und Tyne völlig beigelegt seien.

So endete dieser Lohnstreik vom Jahre 1719. Obwohl so manches an Ereignisse der späteren Sozialgeschichte erinnert, so fallen doch noch mehr die Unterschiede in die Augen. Was die spätere Entwicklung gebracht hat: Zusammenschluß der Berufsgenossen zu Gewerkschaften, Anerkennung des Rechts zu streiken, Streikgelder und Streikkassen, Schutz der Arbeitswilligen durch die Behörden — es sind lauter Begriffe, die dieses Mal kaum angedeutet erscheinen und die erst später entscheidungsvoll geworden sind für die Gesicke von Millionen.

* * *

¹⁾ The Magistrates of Newcastle an die Lords Justices, 4. Juni 1719. Reg. 76. R.O.

²⁾ Minute vom 16. Juni 1719. Reg. 76. R.O.

³⁾ Delafaye an Stanhope, 16. Juni 1719. Reg. 76. R.O.

Drittel Kapitel.

Englands Handel mit West- und Südeuropa.

Wer von der Handelsgeschichte dieser Epoche reden will, muß versuchen, sich einzuleben in die Gedankenwelt des merkantilistischen Zeitalters. Staatliche Wohlfahrtspflege, Gebundenheit der Wirtschaft, strenge Regeln für die Tätigkeit aller Kreise, Hemmungen und Erleichterungen, mit denen der auf seine Omnipotenz pochende Staat eingreift in alle Sphären des Volkes und seiner Arbeit: das ist Geist des Merkantilismus. Er will alle Zweige blühend sehen, doch nicht allein um ihrer selbst willen, sondern so, wie es dem Ganzen frommt, und wie es ihm, dem Staate, am dienlichsten scheint. Denn er ist ein großer Egoist, der merkantilistische Staat. Er ist ängstlich besorgt, daß auch alles zuletzt seiner jungen Herrlichkeit zugute komme. Er vergißt niemals, daß die wichtigste Quelle seiner Macht die Einnahmen sind, die ihm zufließen aus dem wirtschaftlichen Treiben seiner Untertanen.

Merkantilismus, das heißt strenge Überwachung, ängstlich rechnender Vergleich von Ein- und Ausfuhr, nervöses Verlangen nach Aufspeicherung von Gold und Silber in den Staatskassen. Merkantilismus ist Fürsorge für alle Gruppen des arbeitenden Volkes, wenn auch nicht gleichmäßige Fürsorge für alle. Daß der englische Staat dieser Zeit die Landwirtschaft nicht vergißt, dafür brauchen wir nur noch einmal an die Getreideausfuhr-Prämien zu erinnern. Daß die Industrie gefördert wird, lehren uns zahlreiche Parlamentsakten. Aber das Lieblingskind der Regierung bleibt doch stets der Handel. Im Handel mit dem Auslande und im Handel mit den eigenen Pflanzungen in fremden Zonen pulsiert das Geschäftsleben am stärksten. Darüber herrscht keine Meinungsverschiedenheit. Politiker und Theoretiker reden dieselbe Sprache. Mun und Child haben schon früher ihre Werke in diesem Geiste verfaßt; Davenant und Defoe, William Wood und Joshua Gee sind ihnen gefolgt.

Für sie alle ist, wie gesagt, das Verhältnis von Import und Export, die Handelsbilanz, der entscheidende Maßstab. Eigentlich sollte die gesamte Ausfuhr größer sein als die gesamte Einfuhr, damit der Überschuß als Edelmetall zurückbleibe. Da sich aber dies im ganzen schwerlich von oben her kommandieren läßt, so kann das Streben höchstens dahin gehen, im Austausch mit den einzelnen Völkern des Auslandes, d. h. von Fall zu Fall, eine positive Handelsbilanz zu erzielen. Die eigene Produktion muß so hoch getrieben, so mannigfaltig gestaltet werden, daß man nur ein Minimum von fremden Waren benötigt. Joshua Gee ¹⁾ „will zeigen, daß eine Nation, die reich zu werden wünscht, ihr Ziel am sichersten erreicht, wenn sie den Import aller derjenigen fremden Waren verhindert, die auch im Inlande hergestellt werden können“. Es kommt ihm also weniger darauf an, die Ware billig zu erhalten, als sie selbst zu produzieren. Das war freilich für England nicht immer möglich. Das ganze ostindische Geschäft beruhte darauf, daß die von dort geholten kostbaren Waren zum größten Teil bar bezahlt werden mußten. Bei dem Levantehandel und selbst im Verkehr mit manchen europäischen Ländern war es ähnlich. Das norwegische Holz, unentbehrlich für den Schiffbau, mußte genommen werden, ohne daß das menschenarme Norwegen dafür den gleichen Wert an englischen Industriewaren oder an kolonialen Produkten kaufen konnte. Der Export nach Holland war viel geringer als die Einfuhr von dort, und der Import aus den österreichischen Niederlanden war etwa zehnmal so groß wie die Ausfuhr dahin. Endlich ist es die während des 17. Jahrhunderts so ungünstige Bilanz mit Frankreich gewesen, welche England bewog, den offiziellen Austausch überhaupt zu verbieten.

Was aber das Problem der Handelsbilanz für England so verwickelt machte, war die Frage nach dem weiteren Schicksal der eingeführten Waren. Es wurde ja, zumal in England, bei weitem nicht alles Importierte im eigenen Lande konsumiert. Im Gegenteil, ein großer, vielleicht der größte, Teil aller Importe ward gewinnbringend wieder ausgeführt. „Man würde mich arg mißverstehen“, sagt Wood ²⁾, „wollte man behaupten, ich

¹⁾ Trade and Navigation considered. Titelblatt und „To the Reader.“

²⁾ Survey of Trade. 89.

hielte den Handel mit jeder andern Nation, die wir mit Gold und Silber bezahlen, deshalb schlechthin für ruinös für unsere Finanzen. Wenn die so erworbenen Waren ganz oder teilweise wieder ins Ausland gehen, so bilden die an ihrer Stelle neu hereinkommenden einen reichlichen Ersatz für die ausgelegten Summen.“

* * *

Der Merkantilismus kann in verschiedener Gestalt auftreten. Der Gesetzgeber ist nicht immer identisch mit demjenigen, um dessen Wohl es sich handelt. Oder, anders gesprochen: man hat das Bild der Zweifelt von Politikern und Interessenten. Frankreich und England mögen als typische Beispiele genommen werden. „In Frankreich waren die Personen, die regierten, von denen, die wirtschafteten, verschieden.“¹⁾ Denkt man dagegen an die Bedeutung des englischen Unterhauses, so scheint hier eine solche Trennung nicht zu bestehen. Hier sieht man diejenigen, „die es im Wirtschaftsleben und in der Gesellschaft zu etwas gebracht hatten“, zugleich bei der Arbeit als Gesetzgeber. Politiker und Interessenten sind dieselben. Man ist noch weitergegangen und hat neuerdings²⁾ feinsinnig unterschieden zwischen Staatsmerkantilismus und freiheitlichem Merkantilismus. Der erstere, als die reinste Form, sei nur in der absoluten Monarchie zu voller Entfaltung gelangt, nämlich dort, wo der Staat parteilos und neutral über den Interessen des Volkes wacht und nicht eine einzelne Gruppe zur Vorherrschaft emporkommen läßt. Er ist der wahre Vater seines Volkes, welcher weiß, was für seine Untertanen heilsam ist. Er befiehlt den Wirtschaftenden, und sie haben zu gehorchen.

Dem freiheitlichen Merkantilismus hingegen fehle die Neutralität und Objektivität des absoluten Staates. Hier herrsche eine wirtschaftlich starke Gruppe, und vor ihrem Interesse müssen die anderen sich beugen. Das mag zutreffen, wo es den gesetzgebenden Interessenten an der notwendigen Sachlichkeit fehlt. Auf England würde das Schema nicht passen. Denn im Parlamente waren alle Zweige des Wirtschaftslebens, *landed* und *moneyed interest*, oder, deutlicher gesprochen, Landwirtschaft,

¹⁾ Brentano, Gesch. der wirtsch. Entwicklung Englands 2, 372.

²⁾ Vgl. Mecklenburg-Carlow, Richelieu als merkantilistischer Wirtschaftspolitiker u. der Begriff des Staatsmerkantilismus 1929. 192 ff.

Industrie und Handel genügend vertreten. Und vollends war die regulierende Funktion der öffentlichen Meinung da, genügend, um jegliches Überwuchern einer besonderen Interessengruppe zu verhindern und vorhandene Gegensätze auszugleichen. Die Frage, welche der beiden Formen des Merkantilismus des französischen oder des englischen, den Vorzug verdient habe, ließe sich für das 18. Jahrhundert mit dem Hinweis auf die steigende Überlegenheit der englischen Wirtschaft über die französische leicht beantworten.

* * *

Noch ein letztes Wort über die Weltanschauung des Merkantilismus. Man muß, um sie richtig zu würdigen, auch an das denken, was nach ihr kommt, an das *Laissez faire*, an Adam Smith. Der Merkantilismus empfiehlt mit großmütiger Geste ja auch stets die Beschäftigung der unteren Massen, der Armen, wie er sie mitleidig zu nennen pflegt¹⁾. Aber sein Hauptaugenmerk ist doch mehr auf die Produzenten als Arbeitgeber gerichtet. Und er hält es für notwendig sie auf den richtigen Weg zu leiten.

Wir haben in einem früheren Bande dieses Werkes²⁾ von Mandeville und seiner Bienenfabel gesprochen. Er hatte, von der Tugendlehre Shaftesburys ausgehend und seiner Begriffsbildung folgend, in bewußtem Gegensatz zu ihm auf den Nutzen der menschlichen Laster hingewiesen. Doch wollte er mit diesem Worte von nichts anderem gesprochen haben, als von dem natürlichen, ja berechtigten, Eigennutz der Menschen, er wollte hingewiesen haben auf die für das Ganze heilsamen Wirkungen dieser sogenannten, nach Shaftesbury verpönten Laster. Es geht ja doch nicht ohne diese, hatte Mandeville behauptet. Dem Ansturm seiner Ankläger aber begegnete er mit der logischen Folgerung, daß es darum die Aufgabe eines geschickten Staatsmanns sei, aus den Schwächen der Menschen, d. h. aus ihrem Eigennutz, das Beste zu machen für die Gesamtheit, für den Staat³⁾.

¹⁾ *Employment of our people or, as we call them, our Poor ...* Defoe, Plan of the English Commerce (1728) 363. Noch Ricardo spricht von den „arbeitenden Armen“. Vgl. Sieveking, Hamburgische Wirtschaftslehre. 2.

²⁾ 2, 69 ff.

³⁾ Ausgabe von 1728. 428. 476.

Wie steht nun Mandeville da? Er ist der einsame Denker inmitten der merkantilistischen Welt, der den Zeitgenossen die Mahnung zuruft: Verkennt nicht das Wesen der menschlichen Natur. Sie ist nicht allein auf Tugend begründet. Darum gilt es, auch ihre Gebrechen, ihren Eigennutz, oder sage man ihre Laster, dem Nutzen der Gemeinschaft dienstbar zu machen. Das ist das höchste Ziel der Staatskunst. Wenn anders dies auch für das Wirtschaftsleben gemeint ist, so begegnet uns schon hier, leicht und flüchtig hingeworfen, der nach zwei Menschenaltern in großartiger Konsequenz und Ausprägung vorgetragene Gedanke: *Laissez faire, laissez passer, le monde va de lui même.*

* * *

Die merkantilistische Doktrin beherrscht vor allem den Außenhandel. Doch ehe wir uns diesem zuwenden, müssen wir auch dem Binnenhandel eine kurze Betrachtung widmen.

Ganz anders als heute fällt dem Beobachter Englands im 18. Jahrhundert der gewaltige Unterschied in die Augen zwischen den an der Küste oder an schiffbaren Flüssen gelegenen Orten und Landschaften und dem eigentlichen, vom großen Verkehr abgeschnittenen Binnenlande¹⁾. Die Erzeugnisse der letzteren durften nur auf den Absatz in der nächsten Nachbarschaft rechnen. Von der übrigen Welt waren sie gleichsam ausgeschlossen, und auch die Kultur wie die Lebenshaltung ihrer Bewohner stand zurück hinter den durch die geographische Lage mehr begünstigten Landesteilen. Wir brauchen, um diesen Unterschied zu empfinden, nicht einmal an die modernen Verkehrsmittel zu denken, denn auch die alten waren noch ganz unentwickelt. Der Zustand der Landstraßen muß nach vorhandenen Beschreibungen fürchterlich gewesen sein. Man hört, daß „die Märkte oft Monate lang unzugänglich waren und die Bodenerzeugnisse oft an dem einen Orte verfaulten, während an einem andern, nur wenige Meilen entfernten, infolge von Mißernten bittere Not herrschte“. Der Straßenbau lag noch völlig im argen. Der Staat tat dafür nichts. Die Verbesserung des Verkehrs blieb den Privaten, den Kirchspielen oder auch reichen Interessenten überlassen. Man benutzte zur Beförderung

¹⁾ Vgl. Brentano, Wirtschaftliche Entwicklung Englands, 2, 419 ff.

am liebsten Reitpferde und Saumtiere. Zwischen wichtigen Zentren verkehrten auch die sogenannten „langen Wagen“. Die Fahrt von London nach Dover dauerte drei Tage. Auch die Wasserwege waren nicht besser. Mit größeren Kanalbauten war kaum ein Anfang gemacht. Erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wurden mit der Anlage von Land- und Wasserstraßen raschere Fortschritte erzielt. Noch 1787 fand Arthur Young bei seinen Reisen durch Frankreich zwar die dortige Landwirtschaft entfernt nicht auf der Höhe der englischen stehend, aber „was wir von den Franzosen lernen können, ist der Bau ihrer Landstraßen; es gibt nichts Schöneres als diese“¹⁾. In England gehört das Bild eines vollkommener entwickelten Netzes von Wasser- und Landstraßen erst dem ausgehenden 18. Jahrhundert an.

Doch es war nicht die ungebändigte Natur allein, die den Verkehr im Lande und damit auch den inneren Handel erschwerte. Noch war es nicht möglich gewesen, dem Räuberunwesen auf den Straßen Einhalt zu gebieten. Es muß in und um London am schlimmsten gewesen sein. Im Jahre 1735 hört man, daß zwei vornehme Damen, die Herzogin von Portland und Lady Carteret, in ihren Sänften überfallen und nur mühsam vor Beraubung behütet werden. „So wenig in London wie auf dem Lande“, heißt es in einem Gesandtenbericht²⁾, „ist man vor Räubern sicher, wie sie denn täglich Leute bestehlen und plündern und auch in die Häuser einbrechen“. Die Behörden waren machtlos gegen das Unwesen, „obgleich“, wie unser Berichterstatter hinzufügt, „alle Wochen ganze Rotten gehangen werden“. Die Banditen, heißt es, spotten über die Verfolgung durch die Behörden und marschieren lachend zum Galgen. „Sie haben ein eigenes Menuett, so sie singen, wenn sie zum Gericht geführt werden.“ Solche Schilderungen atmen den Geist der Bettleroper, der nicht lange vorher entstandenen Burleske mit ihrem so lustig wiedergegebenen Galgenhumor.

Wenn also die Unsicherheit ebenso wie die schlechte Beschaffenheit der Straßen dem Verkehr auf dem Lande noch genug Schwierigkeiten bereiteten, so ist doch andererseits der

¹⁾ Travels in France. 7.

²⁾ Borcke, 28 Febr./11. März 1735. G.St.A.

Umstand hervorzuheben, daß ganz England ein einziges Wirtschaftsgebiet darstellte. Keine Abgaben oder Mauthen wurden an Landstraßen oder Brücken erhoben. Mit hohem Erstaunen erfüllte dies die Franzosen. „Der Transport der Waren und Güter bewegt sich frei von einer Provinz in die andere“ sagt eine amtliche französische Denkschrift¹⁾. „Sie sind keiner Untersuchung unterworfen und keiner Abgabe, denn es gibt keine Zölle im Innern des Landes.“ Welch ein Abstand von der Lage Frankreichs, wo das Werk Colberts in der Unvollkommenheit der *cinq grosses fermes* stecken geblieben war.

Um aber der Vorstellung entgegenzutreten, als seien infolge der geschilderten Übelstände größere Teile Englands von dem allgemeinen Wirtschaftsbetriebe ganz ausgeschlossen gewesen, mag auch noch auf den riesigen Konsum an Gütern hingewiesen werden, an dem doch wohl die Bewohner aller Landesteile teilnahmen. Dieser Konsum, sagt Defoe²⁾, ist ein wahres Wunder. Die Produkte des Landes sind sicherlich, ebenso wie die importierten Waren, überall in die Hände der Verbraucher gelangt, wobei gewiß nicht vergessen werden soll, daß auch die Kolonien, besonders die Amerikaner, zu den Abnehmern gehören. Wir brauchen nur einmal auf den Verbrauch an Leinenwaren hinzuweisen. Nur ein kleiner Teil des Bedarfs wurde im Lande fabriziert. Aber der Import war größer als derjenige aller übrigen Nationen zusammen genommen. Die feineren Sorten aus Frankreich und Niederland, das grobe russische Leinen, das über Petersburg und Narwa, über Reval und Riga kommt, die mittleren Sorten aus Schlesien und Westfalen, die die Elbe und Weser herab nach Hamburg und Bremen und von da auf das Meer gelangen — von allem nimmt England am meisten auf: und zwar das ganze England und die Kolonien.

* * *

Seit dem frühen 17. Jahrhundert fordern die politischen Schriftsteller immer nachdrücklicher das Eindringen Englands in den Welthandel. Darin erblicken sie die ergibigste Quelle des nationalen Reichtums. Europa und die Kolonien, *Foreign*

¹⁾ Observations sur les Finances, la Navigation et le Commerce d'Angleterre. Oct. 1747. (Mém. et Doc. Angl. 46.) Aff. étr.

²⁾ Plan of the English Commerce 1728. 206.

Trade und *Plantation Trade*, sind ihre wichtigsten Themata. Um das Jahr 1630 hatte Thomas Mun seine Abhandlung über „Englands Reichtum durch den Handel mit dem Auslande“ niedergeschrieben¹⁾. Der König und das Land, der Kaufmann und der Handwerker, alle werden dabei gewinnen. Der Handel wird sein „eine Nährquelle für die Marine, ein Schutzwall des Reiches, eine Quelle des Reichtums, eine Hülfe im Krieg und ein Schrecken für unsere Feinde“. Child und Petty und vor allem Charles Davenant reden eine ähnliche Sprache. Davenant erklärt 1697, am Ende eines großen Krieges: „Nur der große Reichtum, der uns 30 Jahre lang aus unserem Außenhandel zugeströmt ist, hat England befähigt, diesen kostspieligen Krieg so lange zu führen.“ Schriftsteller wie Wood und Gee begleiten uns mit denselben Gedanken hinüber in die Walpole'sche Epoche. Und mitten in dieser steht, als der begeistertste Lobredner des Außenhandels, Daniel Defoe. Er ist der echte Vertreter des kaufmännischen Geistes der Zeit. Es ist ihm Ernst mit der Würde des Standes, wie mit der Förderung seiner Interessen. Innenhandel und Außenhandel liegen ihm am Herzen, aber dem letzteren gebührt der Vorrang. Dem 1725 erschienenen Buche über den idealen englischen Kaufmann hat er 1728 den Plan des englischen Handels folgen lassen, in dem er alle Zweige des Handels beschreibt und als glühender Optimist überall nur Blüte und Aufschwung erblickt. In demselben Geiste ist auch sein „demütiger Vorschlag für das Volk von England“ verfaßt²⁾. „Ihr Handel“, heißt es, „hat sie erhoben von dem, was sie waren, zu dem, was sie sind. Und er wird sie, wenn er gepflegt und gesteigert wird, auf eine Höhe heben, auf der sie noch nie gestanden haben.“ In demselben Jahre, da er dieses schrieb, in dem kritischen Jahr 1729, als ein Krieg mit Spanien drohte, sieht Defoe auch dieser Möglichkeit ruhig entgegen³⁾. Ja, er weist kühl, fast zynisch, auf die lockenden Gewinne hin, die sich bieten würden: spanische Silberflotten und Kolonien an den Ufern der Südsee.

In derselben Gedankenwelt, aber mit strengem Verantwortungsgefühl, lebt auch Walpole.

¹⁾ Vgl. R. Biach, Thomas Mun. 1911, S. 8.

²⁾ Vgl. W. Lee, Daniel Defoe 1, 447.

³⁾ Reasons for a War. 1729.

Wie erwünscht wäre es nun, wenn man seine Tätigkeit auf diesem Gebiete genau verfolgen könnte, etwa durch alle wichtigen gesetzgeberischen Entscheidungen hindurch. Aber hier lassen uns die Quellen im Stich. Was die Arbeit im Parlament betrifft, so ist mit den dürftigen *Journals* der beiden Häuser wahrlich nicht viel anzufangen. Und das in der *Parliamentary History* gesammelte Material ist zwar für die großen, debattiereichen Entscheidungen höchst wertvoll, aber doch auch einseitig. Es sagt genug über die politischen Kämpfe, es gibt Kunde von den Rededuellen zwischen Walpole und Pulteney, dramatische Szenen im Hause von Westminster, von denen man sich in den nahegelegenen Kaffeehäusern erzählt und über die das große Publikum früher oder später durch die Zeitschriften einiges erfährt. Aber die wirtschaftlichen Fragen kommen dabei meist zu kurz. Zwar findet man viel über die Staatsfinanzen, aber weit weniger über Handels- und Kolonialpolitik. Mancherlei Aufzeichnungen sind zwar in Privatsammlungen und in den Berichten der Diplomaten erhalten, die in diesem Werke verwertet werden konnten. In der Hauptsache aber muß man den Gang der Gesetzgebung folgen, und Walpoles Wirken im einzelnen, seine Gedanken, seine Kleinarbeit bleiben uns meistens verborgen.

Einen kleinen Ersatz dafür boten die *Houghton Papers*¹⁾, insofern als in ihnen eine ungeheure Menge von Rohmaterial erhalten ist, das dem Minister von den Ämtern geliefert wurde. Da sind Berichte und Statistiken über Bewegungen des Handels, über Import und Export²⁾, über Zolleinnahmen, über alle Zweige der Staatsfinanzen, alles nach bestimmten Gesichtspunkten zusammengestellt, so wie der Minister es benötigte, um ein Bild der Lage zu gewinnen, dazu Gutachten der Beamten, Meinungsäußerungen der Privaten, handschriftliche und gedruckte Pamphlete. Aber diese stummen, nüchternen Ziffern und Berichte, diese zahlreichen *Accounts* und *Estimates*, sie werden gleichsam lebendig und beredt, wenn

¹⁾ Vgl. über den von mir entdeckten handschriftlichen Nachlaß Walpoles das Vorwort zu Band 2.

²⁾ So trug, wenn ich mich recht erinnere, das erste Päckchen von Schriften, das mir seiner Zeit in die Hände fiel, die Bezeichnung: Account of Imports and Exports, 1729—1731.

man wahrnimmt, wie Walpole dieses Material studiert und durchgearbeitet hat, wie er die Blätter mit Ziffern, mit Notizen, mit Randbemerkungen bedeckt, wie er alles geprüft, seine Gedanken niedergeschrieben, wie er Möglichkeiten erwogen und berechnet hat. Man sieht Fleiß, Kenntnis und Urteil, man meint einen Hauch zu spüren vom Wirken eines großen Schaffenden. Freilich nur einen Hauch; denn niemand soll glauben, daß man, allein mit diesen Urkunden in der Hand, eine Geschichte der Wirtschaftspolitik Walpoles schreiben könnte.

* * *

Der Sache des Außenhandels fehlte es nicht an kraftvoller Förderung. Freilich war das schwerfällige *Board of Trade and Plantations* — wir werden bei der Behandlung der Kolonialpolitik mehr davon hören — zu raschem und energischem Handeln wenig geeignet. Die Kaufleute und Industriellen wandten sich darum mit ihren Eingaben und Petitionen lieber direkt an das Parlament. So etwas gab es nicht in Frankreich¹⁾. Zuweilen ging das Parlament in seinem Eifer sogar zu weit, und mancher voreilige Beschluß mußte wieder rückgängig gemacht werden. So hatte eine Akte unter Georg I. die Einfuhr flandrischer Spitzen untersagt. Flandern antwortete jedoch mit dem Verbot aller englischen Tuche. Darauf ward zwar jene Akte wieder aufgehoben. Aber inzwischen hatte die altberühmte flandrische Wollmanufaktur einen neuen, mächtigen Aufschwung genommen, und die britische Tuchindustrie hatte den Schaden zu tragen²⁾.

Wie im Innern das Parlament, so waren der Welt gegenüber Diplomatie und Seemacht die mächtigen Stützen des britischen Handels. „Auf der Flotte ruht, unter dem Schutze der göttlichen Vorsehung, der Reichtum, das Glück und der Friede dieser Inseln.“³⁾ Die Kriegsflotte war groß geworden zusammen mit dem über die Meere sich ausbreitenden Handel. Jedes Blatt ihrer Geschichte zeigt ihre doppelte Bestimmung. Sie hat ebenso dem Interesse der Politik wie dem des Handels zu dienen. Bald steht das eine, bald das andere mehr im Vorder-

¹⁾ Sur le Commerce entre la France et la Grande Bretagne. Mém. et Doc. Angl. 68. Aff. étr.

²⁾ Hoffmann, 20. Mai 1721. W.St.A.

³⁾ Clowes, The Royal Navy. 1, 1.

grunde. Wir mögen hier an die Geschichte der unter Georg I. immer wieder in die Ostsee entsandten Flotten erinnern, die ebenso die Kauffahrer geleiten, wie in die militärischen Operationen der in der Ostsee streitenden Mächte fördern oder hemmend eingreifen sollten. Schon als das Spiel begann, 1715, heißt es¹⁾: kein Zweifel, daß die Tories sagen werden, der König sei kaum zur Regierung gelangt, „daß er sich nicht der hiesigen Seemacht auf der Nation Kosten zu seinem *privat* kurbraunschweigischem Nutzen und Vorteil bedient“.

Übrigens ein merkwürdiges Bild, wie die Vertreter der Politik und des Handelsinteresses einander mißtrauisch beobachten, umso merkwürdiger, da hier zugleich der Gegensatz zwischen England und Hannover wirkt und jeder von beiden Teilen die Flotte nur für seine eigenen Zwecke gebraucht sehen will; England für den Handel, Hannover für die Politik. Das führt sogar einmal zu einer dramatisch bewegten Szene²⁾. Der König hat die Streitenden, seine englischen und seine hannöverschen Minister, vor sich beschieden, er spricht ein Machtwort und gibt persönlich eine Entscheidung, die allen annehmbar erscheint oder erscheinen muß.

Im nächsten Jahr hat die schwedische Kaperei eine gefährliche Ausdehnung, auch außerhalb der Ostsee, angenommen. Sie bedroht die britische Küste, um dort englische Kauffahrer abzufangen. Man hört von einem aus Archangel kommenden englischen Handelsschiff, das bei Yarmouth von den Schweden aufgebracht und nach Gothenburg geschleppt wird. Die britische Admiralität sieht sich also genötigt, neben all ihren anderen Aufgaben noch ein Geschwader auszurüsten zum Schutze der britischen Küsten³⁾.

Nach dem Frontwechsel von 1719 aber ist es der Zar Peter, von dem eine ähnliche Gefahr droht. „Schon nimmt er unsere Handelsschiffe weg“, schreibt Carteret aus Stockholm und wünscht, daß der in der Ostsee operierende britische Admiral recht bald den Befehl erhalten möge, die Russen anzugreifen⁴⁾.

¹⁾ Hoffmann 4. Juni 1715. W.St.A.

²⁾ Hoffmann 20. Aug. 1715. W.St.A.

³⁾ Bothmer an Robethon 2./13. Okt. 1716 Stowe 388 VIII. fol. 148. Brit. Mus.

⁴⁾ Carteret an Norris Stockholm 27. Juli 1719. Add. 22511. B. M.

Oft verstecken sich auch die politischen Ziele hinter den Handelsinteressen. Denn mit diesen läßt sich eben alles rechtfertigen, läßt sich auch das Publikum, auch das Ausland, am leichtesten beruhigen. Was ist gefabelt worden über den Sinn der drei Expeditionen von 1726, wie hat der spanische Gesandte in London sich bemüht, darüber Klarheit zu erhalten. Und das Mittelmeergeschwader betreffend, hat er überhaupt nichts erfahren und hat gutgläubig das ihm von aller Welt vorgespochene Märchen wiederholt und seinem amtlichen Berichte einverleibt¹⁾ „daß nämlich dieses Geschwader nur dazu bestimmt sei, „die Handelsschiffe dieser Nation zu beschützen und zu decken, und dazubleiben, um nach Lage der Umstände handeln zu können“.

* * *

Schon in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts liest man das Urteil, Großbritannien nehme im Welthandel den ersten Platz ein. „Dieser Hof betrachtet sich als das Zentrum (des Handels) von Europa“, schreibt der preußische Resident im Juni 1717²⁾. London ist die große Metropole. „Zwei Drittel des ganzen Handels nach dem Auslande nehmen ihren Weg über London“³⁾. Unter der Dynastie Hannover, deren Anfänge ja auch ungefähr mit dem Ende des Kriegszeitalters zusammenfallen, beobachtet man sodann einen fortwährenden Aufstieg: Anfangs spricht man zwar noch von einem Tiefstand. „Wenn es Seiner Majestät gelingt“, schreibt 1714 der erste Schatzlord Graf Halifax⁴⁾, „dem sinkenden Handel wieder aufzuhelfen, so wird er die Herzen seines ganzen Volkes gewinnen“. Gegen Ende des Jahres 1716 heißt es schon⁵⁾, Englands Wohlstand sei im Steigen begriffen. Handel und Industrie nehmen immer größeren Umfang an. Wieder ein paar Jahre später ist die in Südfrankreich wütende Pest dem englischen Handel mit Südeuropa mächtig

¹⁾ Pozzobueno an Ripperda, London 25. Apr. 1726. Intercipierter Brief. Houghton Mss.

²⁾ Bonet 24. Mai/4. Juni 1717. G.St.A.

³⁾ Bonet 17./28. Sept. 1714. G.St.A.

⁴⁾ Halifax an Robethon, 24. Aug. 1714. Stowe Coll. 388. VII fol. 381. B. M.

⁵⁾ Bonet, 30. Nov./11. Dez. 1716. G.St.A.

zu statten gekommen¹⁾. Und als Georg I. die Augen geschlossen hat, schreibt Defoe²⁾: „Der Export der englischen Produkte und Manufakturen, einschließlich der Erzeugnisse aus den Kolonien ist größer als der Export irgendeiner andern Nation in der Welt“. Und er fügt hinzu, auch der Konsum fremder Produkte sei in England unendlich viel größer als der Konsum in irgend einem andern Lande.

Natürlich hat in diesen Jahrzehnten jedermann die Überzeugung, daß der leitende Minister das Getriebe des Handels genau überwache, daß er im Kabinett wie im Parlament das Seinige dafür tue. Man weiß es wohl: der kühle Rechner stellt die materiellen Interessen der Nation allen anderen voran. Man sucht ihn darin noch zu bestärken, ihn anzufeuern, ihm neue Gedanken und neues Material zu liefern. In seinem Nachlasse haben sich noch handschriftliche Abhandlungen gefunden, die ihm überreicht worden. Da legt der ungenannte Autor einer etwa 1724 verfaßten Denkschrift³⁾ die Verschiedenheit der Lage dar, in der sich die beiden großen Handelsmächte England und Holland befinden. England habe seinen Handel ausgedehnt, soweit das Meer reicht, Holland aber, mit ihm konkurrierend, beherrsche auch das Festland, die Süßwasserstraßen und die Chausseen. Darin sollte England es ihm gleichtun; denn Anfänge dazu seien ja vorhanden, wie etwa Faktoreien an der Elbe, die die Kompagnie vom Hamburg angelegt hat. Eine andere Schrift ward, mit einem Briefe an Walpole, diesem durch Arthur Dobbs übersandt⁴⁾. Der aus Irland stammende Verfasser hatte über die politischen und ländlichen Verhältnisse seiner Heimat geschrieben, hat sich später viel mit den Angelegenheiten der Hudson's Boy Kompagnie befaßt und ist in vorgerücktem Alter als Gouverneur von Nord-Carolina gestorben. In seiner Walpole gewidmeten Schrift empfiehlt er einmal, etwas phantastisch, ein großes, in Wahrheit noch unentdecktes Land südlich von

¹⁾ Wallenrodt, 5./16. Juni 1722. G.St.A.

²⁾ Plan of the English Commerce 226.

³⁾ Pro Memoria. Sur les moyens d'augmenter le Commerce des Manufactures et du Produit des Colonies anglaises. Handschriftlich in den Houghton Mss.

⁴⁾ A. Dobbs, A. Scheme to increase the Colonies and Commerce of Britain. Handschriftlich in den Houghton Mss.

Südamerika aufzusuchen und in Besitz zu nehmen. Ernster und weitblickender erscheint sein anderer Vorschlag, die von den Holländern entdeckten, aber von ihnen noch kaum berührten, Bereiche von Neu-Holland und Neu-Seeland, sagen wir: den Kontinent Australien, dem englischen Handel zu erschließen.

Erst viel später, als von holländischen Expansionstendenzen nichts mehr vorhanden war, hat England den Rat befolgt. Walpole aber hat sich auf so entfernte Pläne nicht eingelassen. Sein Sinn war darauf gerichtet, was man besaß, auszubauen und nutzbar zu machen.

Doch wir dürfen uns nicht mit diesen kurzen Bemerkungen begnügen. Wir müssen versuchen, die einzelnen Zweige der kommerziellen und kolonialen Entwicklung in ihrer Bedeutung zu würdigen, und wir beginnen mit den schicksalsschweren englisch-französischen Handelsbeziehungen.

* * *

Man könnte das Jahr 1713 als ein kritisches Jahr in der Geschichte des Merkantilismus bezeichnen. Als der ungeheure, über Europa hinaus wirkende Krieg um die spanische Erbschaft zu Ende ging, schien auch in den wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten der Friede einkehren zu sollen. Mit den Utrechter Verhandlungen liefen andere parallel, die den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den Westmächten bezweckten. Ein englisch-französischer Handelsvertrag ward unterzeichnet und ratifiziert. Man hört schon vom Fallen der Zollschranken, von freiem Warenaustausch, von gegenseitiger Meistbegünstigung. Man meint etwas zu spüren von dem frischen Luftzug einer neuen Zeit. Großes scheint erreicht.

Da aber zeigt es sich, daß die alten Vorurteile noch nicht überwunden sind. Die öffentliche Meinung vermag, zumal in britischen Landen, dem kühnen Gedankenfluge der Staatsmänner hüben und drüben nicht zu folgen. Sie verwirft das wohlgelungene Werk, und alles bleibt beim alten. Erst nach weiteren zwei Generationen, erst als auch die Theorie sich zu den neuen Ideen bekannt hat, gewinnen diese den Sieg.

Während dieser zwei Generationen aber wandeln Politik und Wirtschaft auf verschiedenen Wegen. Die Bündnistreue, die ein Stanhope und Dubois, und nach ihnen Walpole und Fleury

einander beweisen, sie steht in schroffem Gegensatz zu der mißtrauisch ablehnenden Haltung der Kaufleute von London und Paris. Und der gescheiterte Handelsvertrag steht wie ein Wahrzeichen der alten Zeit an der Schwelle der englisch-französischen Beziehungen im Zeitalter Walpoles. Man kann daher das Wirtschaftsleben dieser Epoche nicht verstehen, ohne zuvor einen Blick zu werfen auf das Ereignis von 1713¹⁾

Noch um die Mitte des 17. Jahrhunderts hatte der englisch-französische Handel²⁾ einen bedeutenden Umfang besessen. Die Engländer importierten französische Weine und Lebenswasser, Essig und Salz, Öle und Seifen, Leinwand und Seidenstoffe, Ziegen- und Schaffelle, Papier- und Glas- und Kurzwaren aller Art. Sie lieferten ihrerseits den Franzosen Zinn, Blei und Steinkohle, Textilwaren und Leder. Die Bilanz zeigte aber ein starkes Plus auf der Seite Frankreichs. Trotzdem suchte die französische Regierung in den nächsten Jahren die Einfuhr aus England noch weiter zurückzudrängen. Auf den für England noch ziemlich günstigen Tarif von 1664 folgte der von 1667, der besonders die englischen Tuche mit hohen Abgaben belegte. England antwortete zwar mit der Einführung von Zöllen auf französischen Wein und Branntwein. Allein die Bilanz blieb ungünstig für England, dessen Ausfuhr in den siebziger Jahren um eine Million £ hinter dem Wert der französischen Einfuhr zurückblieb. Es war die Zeit des großen Colbert, der die Industrie auf Kosten der auswärtigen Konkurrenz in die Höhe zu bringen, speziell die englischen Tuchfabrikate vom französischen Markte gänzlich auszuschließen trachtete, und der noch am Ende seiner Laufbahn die stolze Absicht verkündete, auch allen übrigen

¹⁾ Vgl. H. Schorer, Der englisch-französische Handelsvertrag vom Jahre 1713. (Hist. Jahrbuch 21, 353 ff., 715 ff.); Ph. Sagnac, La politique commerciale de la France avec l'étranger 1697—1713. (Revue hist. 104, 265 ff.); Trevelyan, England unter Queen Anne, The Peace and the Protestant Succession (1934) 254 ff.

²⁾ Für das folgende ist u. a. eine ausführliche französische Denkschrift benutzt, die etwa aus dem Jahre 1712 stammt und mit großer Offenheit über die von Frankreich gemachten Fehler spricht. Die Überschrift lautet: „Mémoire sur le traité de commerce entre la France et l'Angleterre“; Mémoires et Documents. Angleterre 33. Aff. étr.; ferner eine eigenhändige Aufzeichnung Walpoles unter der Überschrift: Memorandums about the Ballance of Trade from 1664 to 1713. Houghton Mss.

in Frankreich noch nicht heimischen Industrien daselbst eine Stätte zu bereiten. Damit hatte der französische Merkantilismus sein letztes Wort gesprochen und seine klassische Gestalt angenommen

Nun ging aber auch England seine eigenen Wege und begann sich immer mehr von Frankreich zu emanzipieren. Man belegte die französischen Waren mit hohen Zöllen und 1678 ward durch eine Erklärung des Parlaments jeglicher Handel mit Frankreich in aller Form verboten. Man sollte sich daran gewöhnen, auf die in Frage kommenden Artikel entweder ganz zu verzichten, oder dieselben aus andern Ländern zu beziehen. Man trank angeblich nicht mehr die französischen Weine¹⁾. Man trank die Weine vom Rhein, von den Kanarischen Inseln, man hielt sich an die spanischen und portugiesischen Gewächse. Nicht so leicht war es, die französischen Manufakturen zu ersetzen, aber auch das gelang. Ja, die Absperrung gegen Frankreich erreichte fortan dem englischen Gewerbfleiß zu hohem Vorteil. Denn planmäßig wurden neue Industrien geschaffen, und bald beherrschten sie nicht nur den heimischen Markt, sondern entsendeten ihre Fabrikate auch nach dem Ausland. Damals blühte die englische Seidenindustrie auf, die bald einen so ungeheuren Umfang annahm, daß im Jahre 1713 nicht weniger als 300 000 Menschen ihren Unterhalt dadurch gewannen²⁾.

Und endlich ward dieser Aufschwung der englischen Wirtschaft noch mächtig gefördert durch die für Frankreich so verhängnisvolle Kirchenpolitik Ludwigs XIV. Eine amtliche französische Denkschrift³⁾ sagt darüber: „Das Bemühen der Engländer, die ihnen fehlenden Industrien zu gründen und die vorhandenen zu vervollkommen, ist ihnen nur allzu gut gelungen, zumal seit der Aufhebung des Edikts von Nantes, d. h. seit dem Abwandern so vieler Handwerker und Kaufleute, die mit ihrer Kunstfertigkeit auch die unserer Nation eigene Arbeitsfreudigkeit mit hinübernahmen“.

Wie hätte es anders sein können, als daß der so geschaffene und immer noch gesteigerte wirtschaftliche Gegensatz auch in

¹⁾ Vgl. jedoch die Notiz bei Trevelyan a. a. O. 255*.

²⁾ Vgl. Parl. Hist. 6, 1211.

³⁾ Mémoire sur le traité de commerce entre la France et l'Angleterre (circa 1712). Mém. et Doc. Angl. 33. Aff. étr.

der hohen Politik seine Wirkung übte. Bedenken wir, daß eben jetzt die beiden großen Figuren Ludwigs XIV. und Wilhelms III. an der Spitze der Westmächte standen. Hier trat nicht nur Macht gegen Macht auf, auch um die materiellen Interessen drehte sich der Kampf auf den Schlachtfeldern. Das mit der Thronbesteigung Wilhelms III. beginnende Zeitalter der Kriege schien die Unterbrechung des englisch-französischen Handels zu einem dauernden Zustande machen zu sollen.

Aber schon hatte England sich mit dem neuen Stand der Dinge vortrefflich abgefunden. Seine Industrie, sein Handel blühten auf. Und Frankreich hatte die Kosten zu bezahlen. 1703 ward der berühmte Methuen-Vertrag mit Portugal geschlossen, demzufolge die portugiesischen Weine in England um ein Drittel weniger Zoll zu zahlen hatten als die französischen, während Portugal seine Wollwaren nur noch aus England beziehen sollte.

* * *

Als man aber den Utrechter Friedensschluß vorbereitete, fragte man sich doch auch, wie es denn in Zukunft mit den auswärtigen Handelsbeziehungen zu halten sei. Man begann, besonders in Frankreich, irre zu werden an dem hergebrachten System der hermetischen Absperrung der beiden großen Nationen gegeneinander.

Am 17. Juli 1711 erhielt Charles Davenant den Auftrag, einen ausführlichen Bericht zu erstatten über die allgemeinen Bewegungen im Handelsverkehr der letzten zehn Jahre. Als Generalinspektor der Ein- und Ausfuhr des Königsreichs war Davenant gewiß der beste Kenner des ganzen englischen Warenaustauschs mit den andern Nationen, auch stand ihm das ganze Material der Zollämter zur Verfügung. Davenant war keineswegs ein Gegner des Merkantilsystems. Doch war er so klug und vorurteilsfrei, daß er an keinem Schema klebte und imstande war, die Wirtschaftslage und die Bedürfnisse Englands mit freiem Blick zu betrachten. Und auch der enge Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft war ihm nicht verborgen.

In seinen Darlegungen¹⁾ nimmt das Verhältnis zu Frankreich

¹⁾ Report to the Commissioners for stating the Public Accounts. Works (1771) 5, 345 ff.

den größten Raum ein. Er sucht den Beweis zu liefern, daß es so wie bisher nicht weiter gehen könne. Ein mit Weisheit regierter Staat, sagt Davenant, darf nur in den dringendsten Fällen mit Ein- und Ausfuhrverboten arbeiten, da man ihre üblen Wirkungen nie voraussehen kann. Für England und Frankreich empfiehlt er schlechthin den freien Handel. Denn ohne diesen kann es keinen gesunden Frieden geben. Zu dem Zwecke sollten die Nationen einen Handelsvertrag schließen, „so wie es sich geizt zwischen Ländern, die nicht auf einen neuen Krieg lossteuern“¹⁾. Er glaubt auch nicht, daß bei freiem Verkehr England durch französische Importe überschwemmt werde, denn die englische Industrie ist fest gegründet. Während des nächsten Menschenalters, meint er, braucht man eine ungünstige Bilanz nicht zu fürchten.

Auch die Franzosen begannen zu erkennen, welch' schweren Schaden das System Colberts ihnen gebracht hatte. „Wir sahen uns gezwungen“, sagt eine halbamtliche französische Denkschrift²⁾, unsere Früchte selbst zu verzehren oder sie verfaulen zu lassen Und was unsere Manufakturen betrifft, so muß man gestehen, daß, wenn es den Engländern auch nicht gelungen ist, sie völlig zu vernichten, sie dieselben doch aufs äußerste geschwächt haben. So ist es gegangen mit unsern Gold- und Silberstoffen, mit unserer Seide, mit Hüten und Segeltuchen, mit Papier und Glaswaren. Auch unterläßt dieser Franzose es nicht, hinzuweisen auf die unglücklichen Folgen der Aufhebung des Edikts von Nantes.

Und nicht nur durch Zölle und Verbote würden dem französischen Handel in England Wunden geschlagen. Schikanen und Belästigungen aller Art kämen hinzu, um das Geschäft zu erschweren. Auch täuscht der Franzose sich nicht über die ungünstige Stimmung in England. „Seit mehr als vierzig Jahren ist der eingewurzelte Haß gegen uns immer neu angefacht worden.“ „Die jüngsten Ereignisse scheinen ihn bis zur Wut gesteigert zu haben.“

Man erhält aus dieser Schrift den Eindruck, daß den Franzosen der Abschluß eines Handelsvertrages noch dringender

¹⁾ *ibid.* 384.

²⁾ Mémoire sur le traité de Commerce ... (circa 1712). *Mém. et Doc. Angl.* 33 Aff. étr.

schien als den Engländern. Man sollte auch, ist ihre Meinung, die Zeit benutzen, während die Frankreich freundlichen Tories am Ruder sind.

Es ging eben, wenn wir so sagen dürfen, ein freihändlerischer Zug durch die Wirtschaftspolitik Frankreichs. 1712 erklärte selbst der Generalkontrolleur der Finanzen¹⁾: „Ich gestehe, daß ich für unsern Handel keine üblen Folgen fürchte, wenn wir selbst alle Nationen gleich behandeln.“ Dem entsprach auch die Praxis. Frankreich schloß in diesen Jahren eine Reihe von Handelsverträgen, 1708 mit Rußland und mit Persien, 1713 mit Holland, mit Portugal und mit Preußen, 1714 mit den österreichischen Niederlanden. Der mit England zu schließende aber schien der wichtigste von allen werden zu sollen.

Auch über den Grundgedanken desselben herrschte nur eine Meinung. Jene Denkschrift empfahl den Abschluß in der Form, daß beide Nationen sich verpflichten sollten, keiner dritten höhere Vorteile zu gewähren als die in dem englisch-französischen Handelsverträge ausbedungenen.

Dies war nun auch der leitende Gedanke in dem wirklich unterzeichneten Verträge. Wir brauchen, um den Verlauf zu verstehen, nur von zwei Artikeln, den so heftig umstrittenen Artikeln 8 und 9 dieses Handelsvertrages, zu reden. Der erste enthielt in scharfer Formulierung das Prinzip der gegenseitigen Meistbegünstigung. Die Untertanen der Königin Anna sollen in allen Gebieten des französischen Herrschers, die Untertanen Ludwigs XIV. in allen jener Fürstin gehörigen Bereichen immer dieselben und auch in Zukunft keine höheren Zölle und Abgaben zu entrichten haben, als die irgend einer andern Nation auferlegten. Da aber diese den Handelsverkehr grundsätzlich umgestaltende Neuerung in England auch eine neue Zollgesetzgebung erfordert, so verpflichtet sich die Regierung Großbritanniens durch den neunten Artikel, innerhalb zweier Monate ein solches Gesetz ins Leben zu rufen.

In diesem neunten Artikel erklären die beiden Regierungen auch gleichsam, sich in der Behandlung kommerzieller Fragen auf den Stand von 1664 zurückziehen zu wollen, Frankreich, indem es, zwar nicht ohne wichtige Ausnahmen, den Tarif

dieses Jahres seiner Zollpolitik wieder zugrunde legte, England, indem es alle inzwischen errichteten Ein- und Ausfuhrverbote aufhob. Auch so gab es noch genug Einzelfragen zu entscheiden. Diese aber würden einer Sonderverhandlung vorbehalten bleiben, die zwei Monate nach erfolgter Ratifizierung durch französische und englische Kommissare eröffnet werden sollte.

An diesen beiden Artikeln hing das Schicksal des Vertrages: an ihnen ist das Werk gescheitert.

Der Vorgang ist auch verfassungsgeschichtlich interessant. An der Rechtskraft des Vertrages durfte man nicht zweifeln, denn das alleinige Recht, Verträge zu schließen, gehörte zur Prärogative des britischen Herrschers. Dieses Recht war von jeher mit Nachdruck behauptet worden, aber bei seiner Ausübung, so erklärte man wohl, sollte der Souverän den Rat des Parlaments hören. „Ich verspreche Ihnen auf mein Königswort“, hatte Jakob I. einmal gesagt¹⁾, „obwohl Krieg und Frieden die Sache der Prärogative des Königs ist, daß ich den Frieden nicht verhandeln und nicht schließen werde, ohne ihn vorher Ihnen mitgeteilt und Ihren Rat gehört zu haben.“ Auch Karl II. hatte noch auf das ausschließliche Recht der Krone gepocht. Aber unter Wilhelm III. pflegte man schon das Recht der Ministeranklage drohend damit in Verbindung zu bringen. Wenn ein unnötiger Krieg, ein unehrenhafter Friede, ein gefährliches Bündnis geschlossen wird, so steht es dem Parlamente zu, die Staatsminister, die dem Könige solches geraten haben, ebenso zur Rechenschaft zu ziehen, wie für jedes andere Vergehen, das sie sich in Staatssachen zuschulden kommen lassen²⁾.

Mit dem englisch-französischen Handelsverträge von 1713 hatte es aber noch eine besondere Bewandnis. Man brauchte, um ihn zu Fall zu bringen, nicht einmal zur Ministeranklage zu greifen. Man brauchte nur die im Artikel 9 vorgesehene Tarifgesetzgebung zu verweigern, um den ganzen Vertrag unwirksam zu machen. Das ist zwar nicht sogleich erkannt worden, weder in Frankreich noch in England. Man war sogar höchlichst überrascht³⁾, als die Franzosen, nachdem die Entscheidung im

¹⁾ The Parl. or Constitutional History of England 6, 95.

²⁾ Vgl. Davenant, An Essay upon the Right of Making War, Peace, and Alliances (Works. 1771. 3, 412.)

³⁾ Portland Mss. 5, 342.

¹⁾ Sagnac a. a. O. 271.

Parlament gefallen war, plötzlich mit der Auffassung hervortraten: dann ist ja der ganze Vertrag nicht mehr bindend.

Der Verlauf war aber wie folgt. Der Jubel des Volkes über den erreichten Abschluß verstummte rasch, als man erfuhr, der portugiesische Gesandte habe die Bekanntmachung des englisch-französischen Handelsvertrages mit einer diplomatischen Note beantwortet, in der er erklärte, sein König werde jede Verletzung des Methuen-Vertrages mit einem Einfuhrverbot auf alle englischen Wollfabrikate beantworten¹⁾. Sogleich entstand in den Kreisen der Tuchfabrikanten, sowie der am Handel mit Portugal interessierten Kaufleute eine gewaltige Bewegung. Ja, im ganzen englischen Publikum erhob sich ein Kampf der Geister, so erregt und weitgreifend, wie man ihn um rein wirtschaftlicher Fragen willen noch nie erlebt hatte. Ein Schrei der Entrüstung, sagt Tindal, ging durch das Land und weckte die Nation aus dem tiefen Schläfe, in den sie versunken schien. Die Kaufleute der City und anderer Städte, die türkische Kompagnie erklärten, nicht anders wie diejenigen, die mit Portugal und Italien Handel trieben, und wie die große Zahl der Tuch- und Seidenfabrikanten, daß sie durch den freien Handel mit Frankreich ruiniert würden. Noch ehe die Sache vor das Parlament kam, war schon ein gewaltiger Federkrieg um Artikel 8 und 9 des Handelsvertrages entbrannt. Größere und kleinere Streitschriften erschienen. Der Regierung gelang es, Daniel Defoes gewandte Feder für ihre Sache zu gewinnen. Er hatte zwar noch vor wenigen Jahren voller Eifer gegen den Handel mit Frankreich geschrieben. Nun aber, reichlich mit offiziellem Material ausgerüstet, ward er der stärkste Anwalt des Handelsvertrages. Dreimal wöchentlich gab er den „Mercator“ heraus, eine, wie es damals oft geschah, für den besonderen Zweck gegründete Zeitschrift, in der er die von den Ministern eingeschlagene Richtung der Handelspolitik verteidigte. Sofort entstand, aus Handelskreisen unterstützt, eine generische Wochenschrift, „Der britische Kaufmann“, als dessen Mitarbeiter so angesehene merkantilistische Schriftsteller wie Theodore Janssen und Joshua Gee auftraten. Defoe sucht zu beweisen, daß durch den Handelsvertrag die Tuchmanufaktur nur gewinnen, die Seidenfabrikation nicht verlieren

¹⁾ Tindal IV (1745) 315.

werde¹⁾. Die Gegner wiesen auf die niedrigen Arbeitslöhne in Frankreich hin²⁾. Bald genug werde der englische Markt mit französischen Waren überschwemmt und die englischen Erzeugnisse, des Zollschatzes beraubt, im eigenen Lande mit jenen nicht mehr konkurrenzfähig sein.

„Wir müßten völlig von Sinnen sein“, schreibt der Schotte John Ker³⁾, „wenn wir den Franzosen gestatten wollten, ihre Manufakturen zum Schaden und zum Ruin unserer eigenen bei uns einzuführen.“

So nahmen denn auch die Verhandlungen im Parlament einen höchst dramatischen Verlauf⁴⁾. Das ist ja gerade so, erklärten die Gegner, als ob wir, und nicht die Franzosen den Krieg verloren hätten. Oder: wenn London von neuem in Asche versänke, das Unglück könnte nicht größer sein als das jetzt von Artikel 8 und 9 drohende. An der Prærogative will natürlich niemand rütteln. „Aber durch keinen Vertrag“, sagt Stanhope, „können die Commons gezwungen werden, ein Gesetz zu machen, das ihrem eigenen Interesse zuwiderläuft“. Mit anderen Worten, man fordert, die Gesetzgebung solle den von der Exekutive begangenen Fehler wieder gutmachen.

Zwar wurde die Einbringung der Bill noch mit einer Majorität von mehr als 100 Stimmen beschlossen. Als man dann aber zur Beratung schritt, da kamen nicht nur massenhaft die Adressen und Petitionen aus dem Lande. Es meldeten sich auch zahlreiche Geschäftsleute, die gehört zu werden wünschten, und man fand es ratsam, sie selbst zu Worte kommen zu lassen. Man ließ sie herein, und während die Commons in der unverbindlichen Form eines *Committee of the whole House* tagten, standen jene vor den Mitgliedern und eiferten gegen den Vertrag. Da sprach ein Redner im Namen der Levantekompagnie, ein anderer für die Kaufleute,

¹⁾ So auch in den Schriften: An Essay on the Treaty of Commerce with France, by Daniel Defoe. Lond. 1713; Some further Observations on the Treaty of Navigation and Commerce. Lond. 1713. Beide abgedruckt bei W. Hazlitt, The Works of Daniel De Foe. III.

²⁾ General Maxims in Trade, particularly applied to the Commerce between Great Britain and France. By Theod. Jansen, 1713; The Trade with France, Italy, Spain and Portugal considered. Beide abgedruckt in Somers' Tracts XIII.

³⁾ Memoirs 1726. III 18.

⁴⁾ Parl. Hist. 6, 1210 ff. Vgl. Tindal, Continuation IV 314 ff.

die ihr Geschäft mit Italien machten, ein dritter für den Handel mit Portugal, ein vierter für die Weber von London. Als sodann der Verfechter der Interessen des Handels mit Spanien vortrat und besonders wild gegen Artikel 8 und 9 zu wettern begann, da erhob sich zwar ein Sturm der Entrüstung in den Reihen der regierungstreuen Mitglieder. Aber die Mehrheit des Hauses — Whigs und Tories zusammen — bestand darauf, daß man die Leute frei reden lasse, denn nur so werde man die Stimmung im Volke kennen lernen.

Überhaupt erhielt die Verhandlung einen ungewöhnlichen und bedeutenden Charakter schon dadurch, daß dieses Mal nicht schlechthin Tories und Whigs miteinander stritten¹⁾. Die Gegnerschaft der Whigs erwuchs aus ihrer engen Verbindung mit der Bank von England, mit dem Kapital, mit Handel und Industrie, nicht aus ihrer Feindschaft gegen die Regierung. Auch die Tories, die sonst mit dem Ministerium Oxford-Bolingborke gingen, wollten sich in diesem Falle nur durch den wirtschaftlichen Nutzen des Landes leiten lassen. Hier handelt es sich nicht um eine Parteisache, erklärte Stanhope. Und ein Tory, Sir Thomas Hanmer, war es, der in einer eindrucksvollen Rede erklärte, er sei ursprünglich ein Anhänger der Vorlage gewesen, aber die Kaufleute und Industriellen, ihre Petitionen und ihre Reden hätten ihn anderen Sinnes gemacht. Als dann sogar ein paar Mitglieder der Regierung selbst gegen die Bill sprachen, da war es allen klar, daß die Opposition bis tief in die Reihen der Tories hineingetragen war²⁾. Die Abstimmung ergab eine Majorität von 9 Stimmen gegen die Bill. So hatten die Commons ihre Mitwirkung zur Durchführung der beiden wichtigsten Artikel versagt. Damit konnte aber der ganze Handelsvertrag als vom Unterhause verworfen gelten. Die Tuchfabrikanten, die Seidenhändler, die Weber, ja die ganze Geschäftswelt jubelte. Die größten Siege des spanischen Erbfolgekrieges, sagte man, haben nicht so viel Freude erregt, wie das Scheitern des französischen Handelsvertrages. Das Parlament sei wieder zu Verstand ge-

¹⁾ Das Gegenteil von dem, was Schorer a. a. O. 376 sagt, ist hier richtig.

²⁾ In der Skizze, die Edw. Harley von dem Leben seines Bruders, des Grafen Oxford, schrieb, heißt es: *In this was seen the folly of depending upon any party.* Portland Mss. V 660.

kommen, sagten die Arbeiter¹⁾, und am Abend, nachdem die Entscheidung gefallen war, erstrahlte London im Glanze von Freudenfeuern und Illumination.

* * *

Die Entscheidung vom 18. Juni hatte der weiteren Verhandlung über die Bill ein Ende bereitet. Graf Oxford, das Haupt der Regierung, war freilich nicht gesonnen, die Sache sogleich ganz fallen zu lassen. Er ersuchte seinen treuen Defoe, darüber nachzusinnen, wie man sie etwa in neuer Gestalt doch noch zu einem guten Ende zu bringen vermöchte²⁾. Der vielgewandte Schriftsteller war mit seinem Rate gleich zur Hand. Witzig erklärte er, wenn es nicht gelingt, die Bill auf das Niveau des Handels herunterzudrücken, so muß man eben den Handel auf das Niveau der Bill emporheben. Die beiden gefährlichsten gegnerischen Gruppen, die mit Portugal und die mit Holland Handeltreibenden, er meint sie gewinnen zu können, wenn man nur die Absicht kundtue, die Zölle auf die von ihnen eingeführten Artikel stark zu erhöhen. Dann würden sie, um nur nicht ihrer Kundschaft die höheren Preise abfordern zu müssen, sich noch lieber den Handelsvertrag mit seiner allgemeinen Preisverbilligung gefallen lassen. Aber die Regierung meinte wohl mit diesem superklugen Rate nichts anfangen zu können. Kein Schritt zu seiner Verwirklichung wurde getan.

Auch die Franzosen beruhigten sich nicht bei dem Ergebnis der Parlamentsverhandlung. Ludwig XIV. machte noch den Vorschlag, mit oder ohne Artikel 8 und 9 an dem Vertrage festzuhalten, oder aber einen ganz neuen Handelsvertrag zu schließen³⁾. Von englischer Seite erfolgte, solange Königin Anna lebte, nicht einmal eine Antwort. Doch kaum war sie verschieden, als der um seine Macht besorgte Bolingborke — etwas naiv — sich bei dem französischen Gesandten Iberville darüber beschwerte, daß der Handelsvertrag nicht ausgeführt werde.

¹⁾ Bonet 23. Juni/4. Juli 1713. (Im Geh.St.Archiv versehentlich in die Berichte von 1914 eingereiht).

²⁾ Vgl. Portland Mss. 5, 349 ff.

³⁾ Das folgende nach einer Denkschrift im Arch. des aff. étr. (Mémoires et Documents. Angl. 46.) betitelt: *Précis de la négociation suivie en Angleterre par les commissaires français qui y ont été envoyés en conséquence du traité de commerce du 11. avril 1713.*

Whigs und Tories, behauptete er kühn, seien gleichermaßen bekümmert; denn sie hätten die Wiedereröffnung des Handels als den einzigen Gewinn betrachtet, den Großbritannien aus dem Frieden mit Frankreich davontragen sollte. Aber allzu bald, noch ehe etwas geschehen konnte, war es mit der Herrlichkeit Bolingbrokes zu Ende. Von der neuen Whigregierung war vollends der Abschluß eines Handelsvertrags nicht zu erwarten. Zwei schon in London erschienene französische Kommissare, die Herren Anisson und Fénelon, mit denen Aussprachen über den Handel der Nationen in Europa bereits begonnen worden, wurden abberufen. Sie mußten erklären, daß sie erst wiederkommen würden, wenn einmal die Umstände zur Behandlung kommerzieller Fragen günstiger erschienen.

Die Regierung Georgs I. ließ über ihre handelspolitische Haltung keinen Zweifel aufkommen. Ein Gesetz aus dem siebenten Jahre Wilhelms III. hatte von 1696 an auf 21 Jahre die Erhebung von Zuschlagszöllen auf fast alle Produkte und Manufakturen aus Frankreich angeordnet. Bevor die Frist abgelaufen war, im ersten Jahre Georgs I., wurde dieses Gesetz zu einem dauernden erhoben¹⁾. Ein einziger legislatorischer Akt genügte, um den regelmäßigen Import größerer Warenmengen aus dem Nachbarlande auf Jahrzehnte hinaus unmöglich zu machen.

Denn an dem dadurch begründeten Zustand fand auch Walpole nichts zu ändern. Er selbst hatte ehemals unter den Streitern gegen den Handelsvertrag von 1713 in erster Reihe gestanden, hatte ihn mit Wort und Schrift bekämpft²⁾. Hier handelte er ebenso sehr nach seiner persönlichen Meinung wie im Sinne der allgemeinen whiggistischen Doktrin.

* * *

¹⁾ 1. George c. 12. § 3.

²⁾ Vgl. Tindal, Continuation IV (1745) 315. Die hier erwähnte Schrift Walpoles gegen den Handelsvertrag scheint nicht mehr erhalten zu sein. Unter den Houghton Mss. befinden sich aber Notizen in Walpoles Hand, rückseitig bezeichnet als „Memorandums about the Ballance of Trade from 1664 to 1713“. Er mag sie vor der Abfassung jenes Textes niedergeschrieben haben. Die Verderblichkeit des Handelsvertrages scheinen darin die folgenden spöttischen Bemerkungen andeuten zu sollen: *France has improved the woolen manufactures, England the silk. Duties from French silk are to be immediately lowered. But Duties on English Cloth to remain.*

Nach dem Tode Ludwigs XIV. machte zwar der Herzog von Orleans noch ein paar Versuche, das alte Thema wieder aufs Tapet zu bringen¹⁾. Und selbst Lord Stair, der Gesandte, meinte, bei der nun freundlichen Gestaltung der politischen Beziehungen die Sache wohl empfehlen zu sollen. Aber von London kam eine schroffe Absage. Man könne, sagte Stanhope, auch ohne Handelsvertrag sehr wohl in politischer Freundschaft leben. Auch in den Zeiten Karls II. und Jakobs II. sei es nicht anders gewesen. „Jeder vernünftige Mensch ist heute davon überzeugt, daß wir unmöglich mit Frankreich einen Handelsvertrag schließen können“²⁾.

Ganz wunschlos stand das handeltreibende England den Franzosen freilich auch in den nächsten Jahren nicht gegenüber. Man wünschte wenigstens die gleiche Behandlung zu erfahren, die den Holländern, wenn sie ihre Waren nach Frankreich brachten, zu Teil wurde. Als bei der Verhandlung der Tripel-Allianz im Dezember 1716 Lord Cadogan um eine Erklärung in diesem Sinne bat, da lautete zwar die Antwort der Franzosen zunächst sarkastisch: Wozu denn eine solche Erklärung? Nach dem in Utrecht unterzeichneten Handelsvertrage hat England ja ein Recht auf alle Vorteile der meistbegünstigten Nation. Das Parlament braucht ja nur die Hindernisse zu beseitigen, die der Ausführung des Vertrages bisher im Wege standen. Immerhin wollte Orleans gerade in diesem Augenblicke England nicht zurückstoßen. So ließ er seine Dubois und Chateauf, zusammen mit der Tripel-Allianz, am 4. Januar 1717 eine Deklaration unterzeichnen, in der sie versprachen, daß ein kürzlich eingeführter Zusatzzoll von 4 Sous auf den Livre für alle englischen Waren sogleich nach der Ratifizierung des Vertrages in Wegfall kommen solle. Und man wird in England ein Zeichen der loyalen Gesinnung Frankreichs darin erblickt haben, als die Aufhebung des besagten Zolles — nicht anders wie die Verbannung des Prätendenten über die Alpen — sogar noch vor der Ratifizierung

¹⁾ Memoire concernant la présente situation des affaires de France par rapport à la Grande Bretagne (von Stair am 14. Sept. 1715 dem Regenten überreicht.) Rec. Off.

²⁾ Stanhope an Stair 21. Sept. 1715. Kings Letters 14. R. O. Vgl. auch Sagnac a. a. O. 283.

der Tripel-Allianz erfolgte¹⁾. Aber im Grunde änderten auch diese kleinen Höflichkeiten nichts an der Tatsache, daß man auf beiden Seiten an dem System der hohen Zölle und der Einfuhr-Verbote festzuhalten gesonnen und daß man vom Abschluß eines Handelsvertrages weiter als je entfernt war.

* * *

Ein merkwürdiges Bild, das die Welt erblickte. Es war alles beim alten geblieben. England und Frankreich, englische und französische Wirtschaft schroff gegeneinander gerichtet. Es darf zwischen ihnen keinen Handel geben. Merkantilismus in krasser Gestalt beherrscht die Lage. Die Öffentlichkeit beruhigt sich bei diesem Zustand. Ja, sie erklärt ihn für den besten, den man wünschen könne. So klingt es etwa bei dem Schotten John Ker²⁾, der die Beträge aufzählt, die England bei freiem Handelsverkehr an Frankreich zu zahlen hätte, nämlich insgesamt 1 650 000 £, während die Franzosen nur für 200 000 £ englische Waren beziehen würden. Dieses Unheil ist nun glücklich vermieden. Ein anderer, William Wood³⁾, verweilt bei der Betrachtung, daß für einen Handelsverkehr mit Frankreich keiner der Gründe vorliege, um deren Willen man sonst von der Befolgung der Doktrin eine Ausnahme zu machen pflege. „Sind es etwa Schiffbaumaterialien, die man nur von Frankreich, (wie aus dem östlichen Europa) beziehen, sind es Waren, die man wieder nach anderen Ländern exportieren könnte, wie die Schätze Indiens? Sind es Rohstoffe, notwendig oder nützlich für Englands Industrien, die das ausgelegte Geld selbst einbringen, sobald sie in verarbeitetem Zustande wieder exportiert werden? Nichts von alledem.“ Selbst Defoe hat sich mit dem neuen Zustand der Dinge gut abgefunden. Es ist nicht gerade erfreulich, in dem berühmten Verfasser des Robinson einen politischen Skribenten von wenig Charakter erblicken zu müssen. Aber seine Stellung zum Handelsvertrag fordert dieses Urteil heraus. Er hat ihn mit den Whigs bekämpft, dann aber als Werkzeug Oxfords

¹⁾ Précis de la negociation... en conséquence du traité de Commerce du 11. avril 1713. Mem. et Doc. Angl. 46. Arch. des aff. étr.

²⁾ John Ker of Kersland, Memoirs and Secret Negotiations. (1726), p. 2ff.

³⁾ A Survey of Trade. 2d. ed. 1722, p. 93 ff.

verteidigt. Nun unter Walpole, preist er wieder¹⁾ den durch das Scheitern des Vertrages herbeigeführten Zustand. Er, der sonst in allen Zweigen des Handels so gern einen Aufschwung nachweisen möchte, hier spricht er anders. „Gewiß“, sagt Defoe, „der Handel mit Frankreich ist zurückgegangen, aber so sichtlich zu unserem Vorteil, daß kein ehrlicher Mann dabei von einem allgemeinen Rückgang unseres Handels reden kann.“ Denn früher bezog England für zwei Millionen französische Fabrikate. Jetzt stellt es alles selbst her, und so haben nicht die französischen Arbeiter den Verdienst, sondern die englischen. Und ferner, unsere Reichen trinken nicht mehr den französischen Wein, sie trinken die Weine Portugals. „Der Strom hat sich nur von Frankreich nach Portugal gewendet.“ Und da die Entfernung größer ist, so erfordert dieser Verkehr noch ein Mehr an Fahrzeugen, und eine Steigerung der Schifffahrt ist die Folge.

* * *

Wäre diese rosige Schilderung Defoes nur zutreffend gewesen! Aber eigentlich ist an ihr kein wahres Wort. Fragt man nämlich: was blieb unter dem beiderseits festgehaltenen Absperrungssystem wohl noch übrig von einem Warenaustausch zwischen den Nationen des Westens, so mußte nach der Theorie die Antwort natürlich lauten: Nichts, und dieses Nichts hätte auch dem Willen der Staatslenker auf beiden Seiten des Kanals entsprochen. Tatsächlich erblickt man jedoch ein ganz anderes Bild. Tatsächlich blieb der Austausch noch bedeutend genug. Er vollzog sich zunächst in der Gestalt eines ungeheuren, hinüber und herüber gehenden Schmuggelhandels. Vielleicht ist in der ganzen Wirtschaftsgeschichte nie so viel geschmuggelt worden wie zwischen England und Frankreich im 18. Jahrhundert. Und nicht genug damit. Die hohen Zölle und Verbote, die den direkten Austausch verhindern sollten, bildeten geradezu einen mächtigen Anreiz für die Kaufleute dritter Nationen, einen lukrativen Zwischenhandel zu eröffnen. Die Holländer, deren Hauptgeschäft ja immer der internationale Frachtverkehr gewesen, waren es vor allem, die diese Rolle übernahmen. Sie machten ein glänzendes Geschäft damit. Französische Weine

¹⁾ Plan of the English Commerce (1728) p. 270 ff.

gingen massenhaft aus Frankreich nach Holland und von da über die Nordsee. Feine englische Tuche wurden nach Holland gesandt, mit der Bestimmung, von hier weiterverschickt zu werden nach Frankreich. Man sieht: der Gesetzgebung beider Länder wurde ein Schnippchen geschlagen.

In den Schriften ehrlicher Regierungsfreunde auf beiden Seiten wird dieser Zustand oft beschrieben und bedauert. In klagendem Tone zählen englische Schriftsteller die Warengattungen auf, die trotz allem noch immer von Frankreich nach England herüberstößen, die Südküste entlang, von Landsend bis zu den Downs-, Leinen- und Seidenwaren, denn *Nobility* und *Gentry* lassen es sich ja nicht nehmen, die von drüben kommenden Fabrikate zu kaufen. Und warum? Macht man das alles nicht ebenso gut oder noch besser in England? Aber das ist nun einmal die Manie der Engländer seit Karl II. „Die Inhaber unserer Modegeschäfte müssen mehrmals im Jahr nach Frankreich reisen, um zu sehen, was dem Hofe und der hohen Gesellschaft am besten anstehe.“ Und für das einfache Volk, wieviel besser wäre es, wenn dieses sich an den Rum aus den Kolonien hielte, statt den *French Brandy* zu trinken. Frankreich, sagt Joshua Gee¹⁾, ist für England von allen Völkern das schlechteste, um mit ihm Handel zu treiben. Es produziert alles Notwendige selbst und braucht so wenig von jenen Artikeln, die nur der Annehmlichkeit des Lebens und dem Luxus dienen.

Auch die Franzosen klagen. Eine Denkschrift, die, von einem Beamten des auswärtigen Dienstes verfaßt, 1718 dem Ministerium vorgelegt wurde²⁾, erinnert daran, daß zwar ein Austausch der Manufakturen auf ordentlichem Wege nicht stattfindet, doch in um so größeren Umfange auf Schleichwegen. So kommen die feineren englischen Tuche in nicht geringerer Menge nach Frankreich, als wenn sie offiziell zugelassen wären. Natürlich sehr zum Schaden der Tuche von Abbéville und Sedan, die eben jenen doch nicht ganz gleichwertig sind. Wäre es nicht besser, meint der Verfasser dieser Denkschrift, man ermäßigte die auf

¹⁾ Jos. Gee, *Trade and Navigation of Great Britain considered*. 2d ed. 1730, p. 30.

²⁾ *Remarques sur le commerce entre la France et l'Angleterre*. *Mém. et Doc. Angl.* 68. *Aff. étr.*

diesen Waren liegenden Abgaben und rief damit einen normalen Tauschvertrag in's Leben?

Daß der Umfang des Handels zwischen England und Frankreich, ich meine die immer noch hinüber und herüber gesandten Warenmengen, sich heute jeglicher Schätzung entziehen, ist nach allem, was wir gehört haben, fast selbstverständlich. Wir kennen allerdings und zwar sehr genau die Zollsätze¹⁾, aber das ist auch alles. Es ist ja gewiß von Interesse zu erfahren, daß ein Faß französischen Weines seit 1714 in London und anderen englischen Häfen im Durchschnitt einen Eingangszoll von 50 £ zu zahlen hatte, und nicht minder interessant, daß bei der Wiederausfuhr Beträge von einem Drittel bis zur Hälfte jener Zollsätze in Form der sogenannten *Drawbacks* zurückgezahlt wurden²⁾. Aber das sagt uns nichts darüber, wieviel nun von dem edlen Naß zu Schiff — natürlich nur auf britischen Schiffen — herübertransportiert wurde, um bei den festlichen Veranstaltungen der englischen Gesellschaft getrunken, oder um als wertvoller Handelsartikel an andere Nationen weitergegeben zu werden.

Auch Industrieartikel kamen in Menge³⁾. An französischer Sackleinwand und Segeltuchen sollen ehemals, wohl im 17. Jahrhundert, nicht weniger als 100 Schiffsladungen im Jahr, herübergekommen sein. Seither hatten zwar die hohen Zölle diese gewaltige Einfuhr beschnitten, aber sie war trotzdem 1728 wieder im Steigen begriffen. Die Ware ward in erheblichen Mengen in Morlaix und anderen Häfen der Bretagne und Normandie nach England verschifft⁴⁾. Ferner kamen Spitzen, Kammer-tuche und Battistwaren, besonders aber Sammet- und Seidenfabrikate. Auch hier standen neben den hohen Zöllen zahlreiche Einfuhrverbote im Wege, und auch hier wurden sie teils durch den Schleichhandel, teils durch die Einfuhr über Holland illusorisch gemacht.

¹⁾ Will. Edgar, *Vectigalium Systema*. 1714. Es ist das recht zuverlässige Werk eines Beamten der Zollverwaltung. Er hat das Erscheinen seines Buches so lange aufgehalten, bis ihm auch das Ergebnis der entscheidenden Parlamentsverhandlungen, insbesondere die für Waren aus Frankreich beschlossenen Zollsätze, bekannt waren.

²⁾ Ebd., p. 299 ff.

³⁾ Gee, a. a. O., 13 ff.

⁴⁾ Defoe, *Plan of the English Commerce*. 1728, p. 209.

Gewiß ist, daß die Engländer immer um etliche Millionen Livres mehr Waren von Frankreich empfangen, als sie dorthin abgaben. Die Bilanz dieses völlig irregulären Handelsverkehrs zeigt also, noch ebenso wie im 17. Jahrhundert, ein bedeutendes Plus zugunsten Frankreichs. Daß dem so war, beruht neben anderen Ursachen auch auf der Verschiebung des Wechselkurses zwischen beiden Ländern. Bis zur glorreichen Revolution war der Wert eines Pfund Sterling in Frankreich nicht mehr als 13 Livres gewesen. Seitdem war er beständig in die Höhe gegangen und hatte schon 1713 oder 14 die Höhe von 20 Livres erreicht, so daß Livre u. Schilling im Werte gleichstanden ¹⁾. Nur während des kurzen Aufschwungs der französischen Finanzen und dem Steigen des Geldwertes in Frankreich während der Operationen John Laws fiel das Pfund wieder auf 13 Livres, um aber wahrscheinlich die frühere Höhe bald wieder erreicht zu haben ²⁾. So mußten denn die Franzosen die englischen Waren mit teurem Gelde bezahlen, die Engländer aber kauften billig in Frankreich.

* * *

Wenn nun auch die Handelsbilanz ungünstig war, so hatte England dafür den weitaus größten Gewinn aus dem Schiffsverkehr der beiden Länder ³⁾. Hier kam die Gesetzgebung der Navigationsakten, ebenso wie die Praxis der Zollverwaltung den Interessen der britischen Reederei vortrefflich zu statten. Französische Kaufleute durften nur ihre einheimischen Waren nach England bringen, nichts aus dem Auslande, nichts aus ihren eigenen Kolonien. Ja, selbst die erlaubten Einfuhren zahlten, wenn sie auf französischen Schiffen kamen, höhere Zölle, als wenn sie von Engländern importiert wurden. Auch durften die französischen Schiffe nur den einen Platz, nach dem sie bestimmt waren, anlaufen um daselbst zu löschen und zu laden. Die Fahrt an der Küste entlang, von einem Hafen zum andern, war ihnen

¹⁾ Ker of Kerland a. a. O. 12. 20. Bonet 28. Jan./8. Febr. 1718. Geh. St. Arch.

²⁾ Handschriftliche Nachrichten aus London vom 7./18. u. 10./21. März 1720. Corr. pol. Angl. 330. Aff. étr.

³⁾ Für das folgende sind u. a. benutzt: Remarques sur le commerce entre la France et l'Angleterre. Mémoires et Documents. Angl. 68. Aff. étr.

untersagt. Auch bei der Ausfuhr aus britischen Häfen fanden die Franzosen sich benachteiligt. Für eine Last Steinkohlen von Newcastle war der zu entrichtende Ausfuhrzoll doppelt so hoch, wenn die Verschiffung auf einem französischen, als wenn sie auf einem englischen Fahrzeuge erfolgte. So machten die Franzosen bei allen Gelegenheiten die Erfahrung, daß sie in England viel schlechter behandelt wurden, als die Engländer in Frankreich. Nicht ohne Neid blickten sie auf die Fürsorge, welche die britische Regierung, und insbesondere die Gesetzgebung, den kaufmännischen Interessen ihres Landes angeeignet ließ. Die Engländer sagen sie, teilen jede Belästigung, die sie erfahren, dem Parlament mit, das prompt Abhilfe schafft. Die englische Nation führt auch nicht lange Klage beim Auslande, wenn man sie dort mit neuen Auflagen beschwert: sie antwortet, indem sie ihrerseits noch höhere Zölle aufrichtet.

Überhaupt konnten sich die Franzosen des 18. Jahrhundert der Erkenntnis nicht verschließen, daß in der englischen Nation ein mächtiger materieller Aufschwung sich ankündigte, daß Frankreich mit seiner viel größeren Bevölkerung und mit all seinem natürlichen Reichtum vielleicht bald dadurch überflügelt sein werde. Handel und Industrie, Schiffahrt und koloniale Expansion, alles zeigte denselben Zug zur Größe. Insbesondere schien der Handel alle Kreise des britischen Volkes in seinen Bann gezogen zu haben. Mit Erstaunen beobachteten die Franzosen, wie dort das überschüssige Kapital, „das man weder in Ländereien anlegen konnte, noch in Ämtern, da diese nicht käuflich sind“ stets dem Handel zufließt, oder wie die hohen Adligen sich nicht nur selbst an dem Geschäft der großen Handelskompanien zu beteiligen pflegten, sondern auch ihre jüngeren Söhne unbedenklich als Lehrlinge in die Londoner Geschäftshäuser gehen ließen.

Natürlich verband sich mit der Erkenntnis der steigenden wirtschaftlichen Überlegenheit der Engländer auch der Gedanke, daß in demselben Maße auch ihre politische Macht steigen könnte. Der Gegensatz der beiden Völker, gleich lebendig in friedlichen, wie in kriegerischen Zeiten, und in der Alten Welt wie in der Neuen, ließ diese Sorgen der Franzosen nicht zur Ruhe kommen.

Das weiß man in englischen Regierungskreisen auch genau.

„*La France, jalouse de notre commerce*“, heißt es in dem Briefe eines englischen Ministers aus dem Jahre 1720 ¹⁾.

Im Pariser Archiv des Auswärtigen Amtes werden eine Reihe von Denkschriften aufbewahrt, in welchen zu verschiedenen Zeiten während des 18. Jahrhunderts und noch bis tief in die Kriegszeit hinein ²⁾ die Beamten des Ministeriums — denn von diesen sind sie wohl sämtlich verfaßt — Untersuchungen anstellen über die englischen Finanzen, über den Handel, die Entwicklung der Seemacht, das Wachstum der Kolonien Groß-Britanniens, immer mit besorgten Seitenblicken auf die eigenen Verhältnisse, auf die gegenwärtigen und künftigen Gefahren, welche von der Konkurrenz des Inselreiches drohen. Man sucht gleichsam hinter das Geheimnis der so unheimlichen britischen Erfolge zu kommen. Der gescheiterte Handelsvertrag von 1713 steht oft im Mittelpunkt von Betrachtungen, die, rückwärts und vorwärts gerichtet, die Bedingungen des englischen wie des französischen Wirtschaftslebens mit einander vergleichen. Sie fragen nach der Wirkung der Navigationsakten für die englische Schifffahrt, nach den Grundsätzen der englischen Zollgesetzgebung, nach Ein- und Ausfuhrverboten, nach der Rückvergütung gezahlter Zölle bei der Wiederausfuhr. Sie staunen über die Tatsache, daß es in England keine Binnenzölle gibt, daß also England (im Gegensatz zu Frankreich) eine wirtschaftliche Einheit darstellt. Sie finden, daß ganz England eine Art Freihafen bilde. Und gewöhnlich endet diese melancholische Aufzählung von Tatsachen mit der ängstlichen Frage, ob man hier mit etwas Unabänderlichem zu tun habe, oder ob die Energie des französischen Wirtschaftslebens durch eine geschickte Politik zu heben, die des britischen durch geeignete Kampfmaßregeln zu dämpfen sei. „Ein Mittel, um den Credit und den Handel der Engländer zu ruinieren“, so lautet geradezu der Titel eines Schriftstücks, das die französische Regierung sich im Jahre 1731 aus London senden ließ ³⁾.

* * *

¹⁾ Bei Mahon (Tauchnitz) 2, 388.

²⁾ Z. B. *Observations sur les Finances, la Navigation et le Commerce d'Angleterre vom Oct. 1747. Aff. étr.* Vgl. auch die obigen Anmerkungen.

³⁾ *Expédient pour ruiner le Crédit et le Commerce des Anglais. A Londres le 14/25 mai 1731. Mém. et Doc. Angl. 70. Aff. étr.*

Die darin enthaltenen Vorschläge zeugen aber nicht gerade von hoher politischer Weisheit. Der Aufmarsch einer erheblichen französischen Truppenmacht an der flandrischen Grenze wird genügen, um den Kurs der britischen Staatspapiere herabzudrücken. „Diese Art, mit den Engländern Krieg zu führen wird ihnen mehr Schaden zufügen als ein Kampf mit den Waffen.“ Man muß auch den Erfolg des Tilgungsfonds zu vereiteln suchen. Denn wenn es ihnen gelingt, die Staatsschuld beliebig zu vermindern, „so werden wir unversöhnliche Feinde haben, die mit offener Gewalt unseren Handel in allen Teilen der Welt ruinieren werden.“ In diesem Stile geht es weiter. Wenn die Ausländer, die nach guter Schätzung den fünften Teil aller englischen Staatspapiere in der Hand haben, erst einmal anfangen, für ihr Geld zu fürchten, so wird das ganze, auf dem Vertrauen der Fremden aufgerichtete Gebäude zusammenstürzen.“ Und endlich, wenn alles umsonst ist, so ist ja der Prätendent noch da, der wie geschaffen ist, um den Zwecken Frankreichs zu dienen.

* * *

Wenden wir von diesen französischen Angstgebilden hinweg unseren Blick wieder der englischen Seite der Frage zu, so empfinden wir nicht nur die Schwierigkeit, die englisch-französischen Handelbeziehungen während dieser Epoche zu schildern. Auch die Rolle, die der leitende Minister dabei gespielt hat, wird nicht recht deutlich. Zwar ahnt oder erkennt jedermann die Folgen seines Waltens. Sein Geist lebt in der Gesetzgebung. Und er selbst betont mit Nachdruck, was das Interesse des Handels ihm bedeute. „Ich hoffe,“ sagt er 1733 bei den Commons ¹⁾, „niemals wird diesem Hause etwas vorgelegt werden, das dem Handel der Nation schädlich ist oder werden könnte.“ Aber er tritt dabei nicht stark hervor. Er ist der Mann, der ein System nur hält, das nicht er geschaffen. Das „*duties continued*“ als das Stichwort der ersten Parlamentsakte aus der Regierungszeit Georgs I., es könnte auch als Motto dienen für die ganze Zollgesetzgebung in der Ära Walpoles.

Nichtsdestoweniger legt aber alle Welt, lobend oder tadelnd, die Verantwortung auf seine Schultern. „Er hat Frankreich

¹⁾ *Parl. Hist.* 8, 1173.

blühend und reich gemacht durch Handel“, so heißt es in einer Spottschrift von 1738¹⁾, „den Handel Großbritanniens aber gab er spanischer Plünderung preis. Und als der englische Löwe sich „zornig erhob, riß er ihn heftig am Schwanz zurück.“ Oder wie ein Pamphlet aus dem Jahre 1740²⁾ sagt! „Kein Wunder, daß wir so lange vom Königreich Frankreich zum Narren gehalten worden sind.“

Die Walpole-Verehrer aber reden eine andere Sprache. „Walpole war Englands größter Handelsminister“ hat dann Tucker von ihm gesagt³⁾.

Im Ernste ist die Kritik an dem geschilderten System erst langsam zu Worte gekommen und spät zum Siege gelangt. Das Merkantilsystem, nachdem es in der wirtschaftlichen Abschließung zwischen den Westmächten sein letztes Wort gesprochen, es ist die Zielscheibe der Angriffe von Adam Smith geworden, als dieser dem freien Handel der Völker, besonders dem zwischen Frankreich und England das Wort redete. Es ist in der Tat unter diesen Angriffen zusammengebrochen, und der 1713 verworfene Handelsvertrag ist zwischen England und Frankreich, fast unverändert, 1786 noch einmal geschlossen, nun aber auch wirklich durchgeführt worden. So ist Walpole zuletzt durch Adam Smith überwunden worden.

* * *

Es ist auch nicht einzusehen, warum nicht schon früher ein gedeihlicher Austausch zwischen den Nationen möglich gewesen sein sollte, wenn es dabei auch gewiß nicht ohne mannigfache Umstellungen von Betrieben und Gesellschaftsschichten abgegangen wäre.

Wählt man nun einen allgemeineren historischen Standpunkt, so darf auch nicht übersehen werden, daß es nicht allein die Scheu vor der ungünstigen Handelsbilanz war, was die Nationen auseinander hielt. Auch die gegenseitige Abneigung hat mitgewirkt, und dann ist durch die wirtschaftliche Absperrung wiederum die politische Leidenschaft immer neu geschürt worden. Sie blieb unberührt durch die langjährige Freundschaft

¹⁾ Translation of the Latin Epitaph Add. 28 252 fol 99. B. M.

²⁾ Add. 32 502 B. M.

³⁾ Vgl. Coxe, Rob. Walpole (1798) I, 749.

der Regierungen. Die englisch-französischen Bündnisse waren und blieben eine dynastische Angelegenheit. Der gegenseitige Haß, wie er in den Zeiten Wilhelms III. und Ludwigs XIV. emporgelodert, er war auch in den folgenden Generationen nicht erloschen. Dem auf seine Freiheit, seinen Reichtum, seine natürlichen Sitten stolzen Engländer ist das despotisch regierte, darbende, mit lächerlichen Manieren behaftete Volk der Franzosen im günstigsten Falle ein Gegenstand des Mitleids. Immer wieder malt Hogarth die gezierte Unnatur der gallischen Nationalität. Der französische Tanzmeister ist ihm der Typus unmännlicher Erscheinung, die französischen Soldaten und das ganze Volk sind die elenden Hungerleider, denen beim Anblick eines guten englischen Roastbeef schwach wird. Und nur der Geistliche, der Diener Roms, führt in Frankreich ein gutes Leben.

In dem Versuch des Handelsvertrages von 1713 mag man den kühnen, aber verfrühten Versuch erblicken, eine Quelle ewiger Konflikte zwischen den Westmächten zu verstopfen und damit künftigen Kriegen vorzubeugen, ein großer Gedanke, nicht unwürdig eines Staatsmannes wie Bolingbroke. Mit dem Scheitern des Vertrages aber waren von neuem die Schleusen geöffnet, aus denen immer wieder im 18. Jahrhundert die feindlichen Ströme gegen einander brausten.

* * *

Einen vollkommenen Gegensatz zu dem englisch-französischen Handelsverkehr, doch auch eine Art Ergänzung desselben bildet der Austausch zwischen England und Holland. Die Republik der Generalstaaten stand kommerziell wie politisch im 18. Jahrhundert nicht mehr auf derselben Höhe wie im 17. Die Fäden der europäischen Diplomatie liefen nicht mehr, wie man früher gesagt, im Haag zusammen, und Holland war auch nicht mehr der Herrscher über den Welthandel. Trotzdem war seine Stellung auch jetzt noch bedeutend genug¹⁾. Ja, während des spanischen Erbfolgekrieges, der den Engländern eine so

¹⁾ So in einer aus Holland stammenden Denkschrift (wahrscheinlich von 1724, betitelt: Pro Memoria. Sur les moyens d'augmenter le Commerce des Manufactures et du Produit des Colonies anglaises. Handschriftlich in den Houghton Mss.

viel schwerere finanzielle Belastung auferlegte als den Holländern, scheint der Handel der letzteren sich noch stark vermehrt zu haben¹⁾. Im Frieden aber blieben sie wohl bald hinter dem aufsteigenden britischen Außenhandel zurück.

Hier ist es lehrreich, jenen den Zeitgenossen geläufigen Vergleich zu wiederholen zwischen den allgemeinen Voraussetzungen des englischen und des holländischen Außenhandels im 18. Jahrhundert. Beide dehnen sich aus über den Erdball, ihre Schiffe schwimmen auf allen Meeren und verkehren in allen Häfen der Welt. Aber für England ist damit auch die Grenze erreicht²⁾. Sein Handel erstreckt sich nicht bis in das Innere der Staaten. Das auf dem Kontinent gelegene Holland dagegen durchdringt die Länder. Seine flußaufwärts fahrenden Schiffe, seine über die Landstraßen rollenden Wagen „führen die Güter der Nationen mit sich, verbreiten ihre Schätze und bringen ihren Prinzipalen getreulich die Gewinne aus dem Gewerbefleiß der Menschen und aus den Reichtümern der Erde“. Auf diesen Wegen ist der englische Handel ihnen nicht gefolgt. Nur hie und da haben Engländer Faktoreien angelegt und vertreiben ihre Waren bis in das Landinnere. So hatten englische Kaufleute in Hamburg, die alten *Merchant Adventurers*, elbaufwärts ihre Niederlassungen gegründet.

Das Hauptgeschäft der Holländer war der Zwischenhandel unter den Nationen. Auch noch im 18. Jahrhundert beherrschen sie den internationalen Frachtverkehr. „Sie sind die Weltspediteure“, schreibt Defoe 1728. Sie sind es gerade da, wo kein regulärer Austausch zwischen Nationen stattfindet, und nicht stattfinden darf. Das gilt vor allem, wie wir gehört haben, von dem englisch-französischen Handelsverkehr. So weit er die hohen Zollschranken und auch die Schleichwege vermeidet, nimmt er meist seinen Weg über Holland. Der so entstehende Austausch ist bilanzmäßig schwer zu fassen, und die Schriftsteller widersprechen sich. Die Bilanz ist günstig für England sagt Gee³⁾. „Sie bringt uns dreimal so viel wie der Handel mit

¹⁾ Davenant, Works. 1771. 5, 436. 450. Vgl. Baasch, holl. Wirtschaftsgesch. 1927. 338.

²⁾ *Elle partage avec la Hollande les routes de l'Océan, mais la Hollande tient la terre avec la mer.* Pro Memoria. Houghton Mss.

³⁾ Trade and Navigation of Great-Britain considered. 2d ed. 1730. 18.

Portugal oder Spanien“. Die Bilanz ist gegen uns, sagt Defoe¹⁾. Aber im Grunde vermag hier, in dem Verkehr zwischen England und Holland die merkantilistische Denkweise, mit ihrer Bilanztheorie überhaupt kein vernünftiges Resultat zu liefern. Sie ist täuschend, sagt Davenant. Denn hier ist ja der nach gewissen Zielen strebende englische Handel nur über einen anderen Kanal geleitet. William Wood²⁾ will Davenant widerlegen. „Man sollte erwägen,“ sagt er, „ob es in unserem Interesse liegt, die Ausfuhr so großer Mengen unserer Produkte und Manufakturen, unserer Waren aus den Kolonien und aus Ostindien nach Holland zu beschränken, und ob wir ihnen deshalb zürnen können, wenn sie um ihren Handel besorgt sind.“ „Die Welt“ ruft er emphatisch aus, „ist groß genug für beide, sie kann sowohl den Reichtum Großbritanniens wie den von Holland gut gebrauchen“.

Und wenn selbst England nicht immer seinen Vorteil dabei fand, so ergab sich doch noch ein Plus für sein Interesse aus der Wirkung der Navigationsakten. Diese Gesetzgebung, ursprünglich gegen die Holländer geschaffen, war auch für niemanden so ungünstig wie für sie. Der Grundsatz, daß die Waren einer fremden Nation nach England nur gebracht werden durften entweder auf eigenen Schiffen dieser Nation oder auf englischen, er traf fast den ganzen nach England bestimmten holländischen Schiffsverkehr. „So können denn,“ sagt noch eine französische Denkschrift aus dem Jahre 1747³⁾, „die holländischen und andere nichtenglische Schiffe mit den englischen niemals konkurrieren.“ Praktisch genommen lag der Fall wie folgt: für die eigenen Produkte Hollands, sagen wir für Butter und Käse, die auf holländischen Schiffen kommen durften, war in England wenig Bedarf. Und die Erzeugnisse seiner Kolonien, insbesondere die Gewürze von den Molukken, durften, auf Grund der Navigationsakten, als außereuropäische Waren nur auf britischen Fahrzeugen importiert werden. So empfing denn gerade durch den Austausch mit Holland die englische Reederei immer neue Antriebe. Und schon war diese Reederei die erste der Welt.

¹⁾ Plan of the English Commerce 1728. 225.

²⁾ Survey of Trade. 1722. 124.

³⁾ Observations sur les Finances, la Navigation et le Commerce d'Angleterre. (Mem. et Doc. Angl. 46). Aff. étr.

„Keine Nation in Europa“, sagt Defoe¹⁾, baut und gebraucht eine gleichgroße Zahl von Schiffen und unterhält eine gleichgroße Zahl tüchtiger Seeleute.“

* * *

Wieder ein anderes Bild bietet Englands Verkehr mit Portugal. Zwei Völker, die mit Eifer bestrebt sind, einander im wirtschaftlichen Austausch zu ergänzen.

Ein politisches und wirtschaftliches Abkommen, der berühmte Methuen-Vertrag von 1703, hat die Beziehungen begründet, an denen sie nun so zähe festhalten. Sie haben einander für ihre wichtigsten Ausfuhrartikel ihren Markt geöffnet. England versorgt Portugal mit seinen Wollfabrikaten. Es nimmt dafür die Weine Portugals mit so geringer Zollbelastung, wie sie keinem anderen Weinbauervolk gewährt wird. „Die Webstühle Portugals“, sagt William Wood²⁾, „wurden stillgelegt“. In England aber hielt der Portwein siegreich seinen Einzug, derselbe, der seither unter allen edlen Erzeugnissen des Rebstocks den Weintrinkern Albions am besten gemundet hat.

Die an den Abschluß des Methuen-Vertrages gestellten Erwartungen waren in Erfüllung gegangen. Der Handel mit Portugal war mächtig aufgeblüht, England lieferte alle Arten von Textilwaren, dazu Getreide und Fisch. Es empfing dafür Wein und Öl und andere für den heimischen Konsum bestimmte Artikel. Die von englischer Seite gelieferten Waren aber hatten einen weit höheren Wert, als was Portugal geben konnte. „Die Bilanz“, sagt Wood³⁾, „wird uns in Gold und Silber gezahlt.“

Dieses Urteil wird überall wiederholt. Wie empört hatten die am portugiesischen Handel interessierten Kaufleute sich gebärdet, als 1713 dem Parlamente zugemutet wurde, den mit Frankreich geschlossenen Handelsvertrag durch eine Änderung der geltenden Tarife erst wirksam zu machen. Sie waren entsetzt bei dem Gedanken, daß den französischen Weinen dasselbe Recht auf dem englischen Markte gegeben werden sollte, wie den Weinen Portugals⁴⁾. Der Austausch mit Portugal, sagte

¹⁾ Plan of the English Commerce 1728. 229.

²⁾ Survey of Trade 1722. 119.

³⁾ Ebd. 86.

⁴⁾ Vgl. oben.

1715 der Abgeordnete Heathcote im Unterhause¹⁾, ist der solideste Zweig unseres ganzen Handels.

Alljährlich flossen zum Ausgleich einige hunderttausend Pfund aus Portugal nach England. Von dem aus Brasilien stammenden Golde soll kaum der vierte Teil in Portugal verblieben sein, alles übrige sei nach England gekommen, als Zahlung für empfangene Wollfabrikate²⁾. Das durfte freilich der Öffentlichkeit Portugals nicht bekannt werden, denn die Ausfuhr der edlen Metalle war strengstens verboten. Nicht besser wird dieses Spiel illustriert als durch eine kleine Komödie aus dem Jahre 1721. Ein in Lissabon wohnhafter englischer Kaufmann läßt eine große Menge Goldes nach England abgehen. Die Sache wird bekannt, der Mann wird verhaftet, seine Bücher und Effekten beschlagnahmt. Darob große Entrüstung in England. Die Regierung begnügt sich nicht, Beschwerde einzulegen beim portugiesischen Gesandten. Sie macht Miene, ein Geschwader von zwölf Kriegsschiffen auszurüsten, um Genugtuung zu erlangen. Gewiß wird sie, heißt es, bald vor Lissabon erscheinen und Gewalt anwenden. Und auch die Regierung Portugals scheint Ernst machen zu wollen. Der verklagte Kaufmann wird zum Tode und zum Verluste seines gesamten Vermögens verurteilt³⁾.

Aber die Eingeweihten wissen genau, es ist beiden Seiten nicht ernst mit ihren grimmen Anstalten. Der Kaufmann wird begnadigt und behält sein Vermögen, und von der Entsendung britischer Kriegsschiffe ist nicht mehr die Rede. Statt dessen nimmt das Geschäft mit Portugal auch weiter seinen glänzenden Verlauf. Das brasilianische Gold fließt nach wie vor nach England. Portugal und Brasilien, schreibt Defoe⁴⁾, kaufen mehr englische Wollwaren als früher Spanien und Portugal zusammengenommen. Und der preußische Gesandte meinte⁵⁾, das *Commercium* mit Portugal müsse wohl hoch in Blüte stehen, „denn allhier eine große Menge *Portugalleuser* roulliret.“

* * *

¹⁾ Bonet, 14./25. Juni 1715. G.St.A.

²⁾ Wallenrodt, 5./16. Dez. 1721. G.St.A.

³⁾ Hoffmann 28. Oct. 1721. W.St.A.

⁴⁾ Plan of the English Commerce, 276.

⁵⁾ Wallenrodt, 5./16. Juni 1722. G.St.A.

Auch der mit den Staaten Deutschlands geführte Handel erhält sein Gepräge durch die zwischen England und Frankreich aufgerichteten Zollschranken. England lieferte den Deutschen neben den mannigfaltigen Erzeugnissen seiner Textilindustrie besonders die aus seinen Kolonien und aus Indien stammenden Waren. Dafür empfing es hauptsächlich Leinen, und Leinengarn¹⁾. „Ehedem“, klagt Gee²⁾, „als wir von Frankreich Leinen bezogen, war die Bilanz für uns günstig. Seitdem aber der hohe Zoll auf das französische Leinen gelegt worden, haben der Kaiser und andere Fürsten Deutschlands diesen Manufakturzweig erobert, und sind reich dabei geworden.“ Das schlesische Leinen wurde auf dem Wasserwege, die Elbe und Weser hinunter, in's Meer und nach England geschafft. Es war auch neben den anderen Bezugsquellen, neben Schottland und Irland, nicht zu entbehren. Als 1721 das Parlament die Einfuhr ostindischer Baumwolle verbot, scheint in gewissen Kreisen die Absicht bestanden zu haben auch dem schlesischen Leinen den Todesstoß zu versetzen. Das wurde jedoch glücklich verhindert. Der österreichische Resident fügt, indem er die Sache mitteilt, triumphierend hinzu³⁾, die Entscheidung sei gefaßt, „ohne daß die schlesische Leinwand darunter begriffen worden, womit diese folglich außer aller Gefahr ist“. Und es interessiert uns auch, zu vernehmen, daß dieser Erfolg gerade dem Lord Cadogan zu verdanken war. Wir erinnern uns, daß Cadogan im Jahre zuvor in Wien gewelt hatte. Seine diplomatischen Verhandlungen waren damals erfolglos geblieben. Dafür hat es ihm vielleicht nicht an der Muße gefehlt, sich ein wenig vertraut zu machen mit den ökonomischen Verhältnissen des Habsburgerreiches. Er mag erkannt haben, was die schlesische Leinwand für die österreichische Volkswirtschaft bedeutete.

Wenn Gee allgemein behauptet⁴⁾, ein Handel mit Deutschland sei bilanzmäßig für England ungünstig gewesen, so mag das zwar für Österreich zutreffend sein, nicht aber für Preußen. Auf Grund eines Gesetzes aus der Zeit Karls II. durfte Preußen seine Holzvorräte nicht nach England ausführen. Unter Georg I.

¹⁾ Aufzählung der Warengattungen bei Wood 88; Gee 16.

²⁾ Trade and Navigation considered. 1730. 16.

³⁾ Hoffmann, 28. Febr. 1721. W.St.A.

⁴⁾ Trade and Navigation considered. 16.

dachte man daran, dieses Gesetz aufzuheben. Es lag nahe in der Zeit, da die Lieferungen aus den Ostseeländern durch das Emporkommen Rußlands gefährdet erschienen, und da die Frage der Schiffbaumaterialien jetzt brennend wurde, es lag nahe, jetzt auch Preußen zur Konkurrenz aufzurufen, um von ihm einen Teil der so dringend benötigten *naval stores* zu beziehen. Da trat aber die alte Eifersucht der welfischen Fürsten gegen den preußischen Nachbarn störend dazwischen. Wir hören, daß die Aufhebung jenes Gesetzes durch keinen andern als durch die hannovrischen Minister Georgs I. vereitelt wurde. Ein merkwürdiges Bild, wie hier die Kräfte und die Interessen der Staaten miteinander ringen. Der Vorteil Englands muß dieses Mal weichen vor den Wünschen Hannovers, weil dieses einer Förderung seines norddeutschen Rivalen widerstrebt.

Auf preußischer Seite war gerade der Wunsch lebendig, die Bilanz mit England zu verbessern. Friedrich Bonet, der Vertreter Friedrich Wilhelms I. in London, ermahnt seinen König einmal freimütig³⁾, er möge doch die Industrie und den Handel Preußens fördern, wo immer es möglich sei. Man würde damit freilich, fügt er schadenfroh hinzu, den Engländern Kränkung und Nachteil bereiten. Wenn aber im andern Falle die Engländer und Holländer das ganze Geschäft an sich reißen, so wird Preußen nicht nur vom Gelde sondern auch von Menschen entblößt sein. Bonet nennt eine große Summe: £ 668 737.12.11 als den Wert der Waren, die im Jahre 1714 die Elbe und Weser hinaufgeführt worden seien. „Gewiß“, fügt er hinzu, „ist ein großer Teil davon in die Staaten Ew. Majestät geleitet worden, aber ohne daß die gleiche Warenmenge dafür exportiert wurde.“

Hier ist noch ein Wort hinzuzufügen über die englisch-hannovrischen Beziehungen. Wir wissen, daß die Personalunion in England nicht sonderlich beliebt war. Die Engländer wurden den Argwohn nicht los, daß das Interesse Englands demjenigen Hannovers geopfert werde. Wie war nicht gescholten worden auf die unter Georg I. in die Ostsee entsandten Geschwader. Schon 1717 berechnete man, diese Geschwader hätten in den letzten 3 Jahren eine Kostensumme von 350 000 £ verschlungen. Man vergaß dabei freilich die zahlreichen Handelsschiffe, die

³⁾ 24. Mai/4. Juni 1717. G.St.A.

durch das Getümmel des nordischen Krieges hindurch sicher in die Ostseehäfen geleitet wurden. Auch die Eroberung von Bremen und Verden für Hannover wurde im englischen Publikum nicht gern gesehen, weil der als Kurfürst nun so viel mächtiger gewordene Georg I. versucht sein könnte, auch als englischer König ein absolutes Regiment zu errichten.

Georg I. und seine Leute wünschten diese Auffassung zu bekämpfen. Ja sie versuchten geradezu, der Eroberung von Bremen und Verden ein englisches Mäntelchen umzuhängen. Lord Molesworth, ein irischer Adliger, wurde durch die englischen (nicht die hannövrischen) Minister bewogen, eine besondere Schrift darüber zu verfassen. Er rühmte die Erwerbung von Bremen und Verden als eine für England günstige Sache. Denn nun sei Dänemark, der frühere Besitzer dieser Lande, nicht mehr in der Lage, den Warenverkehr auf der Elbe und Weser mit Zöllen zu belegen und damit den deutsch-englischen Handelsverkehr zu stören¹⁾.

Auch Georg I. selbst, der sich in der zweiten Hälfte seiner Regierung so viel besser als vorher in die englischen Interessen eingelebt hatte, hat auch in Deutschland seine Rolle als König von Großbritannien gut gespielt. Bei seinem Ferienaufenthalte in Hannover hat er 1723 den Plan gefaßt, auf dem linken Elbufer, in der Nähe der Mündung, einen neuen Hafen anzulegen. Wir wissen nur, daß dieser Hafen dem Interesse des britischen Handels dienen sollte. Durch Lord Townshend wurde Robert Walpole ersucht²⁾ den Plan des Königs mit dem ersten Admiralslord Berkeley zu besprechen. Und Oberst Armstrong, der so oft sein Urteil über den Hafen von Dünkirchen abzugeben gehabt, sollte kommen und entscheiden, wo etwa der neue Hafen anzulegen, und wo er dem Handel Großbritanniens am nützlichsten sein würde. Vielleicht war mit diesem Plane gar die Hoffnung verbunden, einen Teil des nach Hamburg strebenden Handelsverkehrs schon nahe der Flußmündung abzufangen und ihn auf das linke Ufer an die hannövrische Seite zu leiten. Wie dem auch sei, man hört bald von der Sache nichts mehr. Man hat das Projekt ebenso fallen gelassen, wie ein anderes aus dem Jahre

¹⁾ Bonet 24. Mai/4. Juni 1717. G.St.A.

²⁾ Townshend an Walpole, Hannover, 3./14. Sept. 1723. Regencies 4. R.O.

1728, das durch Verlegung des Stroms das linkselbische Harburg zum Haupthafen der Elbe machen und die Industrie daselbst entwickeln sollte¹⁾.

* * *

Aber auch von der berühmten Hansestadt und ihren Handelsbeziehungen zu England ist hier zu reden. Denn unter den großen Hafenplätzen des Festlandes, mit denen die englische Geschäftswelt einen regen Austausch unterhielt, stand Hamburg an erster Stelle. Schon am Anfang des 17. Jahrhunderts hatte es sich von dem Interessenkreis des zerfallenden Bundes gelöst und war seine eigenen Wege gegangen. Von dem Unglück des dreißigjährigen Krieges nicht allzu schwer betroffen, war es in der Friedenszeit mächtig aufgeblüht. Frühzeitig hatte Hamburg wertvolle Beziehungen, kommerzieller wie politischer Art mit England angeknüpft und gepflegt. Um die Zeit, als in London der Stahlhof, das Zentrum des Hanseatischen Handels geschlossen wurde, gründeten die *Merchant Adventurers* ihre Niederlassung in Hamburg. Sie besaßen ein Monopol für die Ausfuhr englischer Tuche nach dem Kontinent, gelangten in Hamburg zu bedeutendem Reichtum, und nahmen kaufmännisch, staatsrechtlich und sozial eine vornehme Stellung innerhalb der Hamburger Gesellschaft ein, fast wie ein Staat im Staate²⁾. Und wenn auch die Mitglieder nicht immer beliebt waren, vielmehr als stolz und anmaßend verschrien, so hütete sich doch der Senat, das Abkommen, auf dem ihre große Stellung beruhte, zu kündigen, ja, man pflegte sie, da ja das große England hinter ihnen stand, mit Ehren und Geschenken zu überschütten.

Da geschah es, nachdem ihre Stellung auf dem Festlande bereits durch zahlreiche Konkurrenten, gewöhnlich Interloper genannt, stark erschüttert war, daß durch Parlamentsakte im Jahre 1688 das Monopol aufgehoben wurde. Der Export der großen Wollmanufaktur fiel in andere Hände. Die *Merchant*

¹⁾ Vgl. E. Baasch, der Kampf des Hauses Braunschweig-Lüneburg mit Hamburg um die Elbe vom 16. bis 18. Jahrhundert. 1905. (Quellen u. Darstellungen z. Gesch. Niedersachsens XXI). 115. 181.

²⁾ Vgl. Lingelbach, The Merchant Adventurers at Hamburg (Amer. Hist. Rev.) 1903; E. v. Halle, die Company of Merchant Adventurers u. der Ausgang ihrer Niederlassung in Hamburg 1807 (Internat. Wochenschrift) 1908.

Adventurers behielten freilich nach wie vor ihre Niederlassung in Hamburg, aber ihre große Stellung war verloren. Die Mitglieder, reiche Leute aus alten Familien, wurden aristokratisch exklusiv, vornehm und bequem. Ihre Zahl ging zurück, die Mitgliedschaft vererbte sich meist vom Vater auf den Sohn, oder sie wurde auch ehrenhalber verliehen. Große Namen, wie einst die Caxton und Gresham, waren nicht mehr unter ihnen zu finden. Das große Geschäft, wenn es auch ihren Händen nicht ganz entglitten war, ward zumeist von den Bürgern der Stadt Hamburg selbst übernommen. Und wenn der Senat das alte Abkommen mit den *Merchant Adventurers* weiter bestehen ließ, obwohl es seinen praktischen Inhalt verloren hatte, so geschah es aus persönlichen Rücksichten und wegen der Beziehungen der Mitglieder zu einflußreichen Kreisen in England. Noch bis ins 19. Jahrhundert bestand die Gesellschaft fort, so lange, bis die Stürme der napoleonischen Zeiten ihrem stillen Dasein ein Ende bereiteten.

Die Hamburger Kaufmannschaft aber pflegte fortan noch mehr als zuvor das Geschäft mit England. Auch von englischer Seite ward es als ein wichtiger Zweig der allgemeinen kommerziellen Interessen geschätzt. Ein englischer Resident, gelegentlich als Gesandter bezeichnet, hatte seinen Wohnsitz in Hamburg. 32 Jahre lang, von 1713 bis 1745 erscheint ein und derselbe Mann, namens Wich, später Sir Cyril Wich genannt, in dieser Stellung. Während Lord Townshend 1709 im Haag mit Frankreich verhandelte, hatte er aus Hamburg einen Brief des englischen Gesandten empfangen, des Inhaltes, daß die Stadt sich ihm, dem Lord, zu Füßen lege und seinen Schutz anflehe für den Fall, daß neben der Politik auch das große Thema des Handels zur Erörterung kommen sollte¹⁾. Zehn Jahre später, 1719 wird zwischen dem Könige von Großbritannien und der freien Reichsstadt und Republik Hamburg ein Abkommen unterzeichnet, den Heringshandel betreffend, durch welches der Import dieses Artikels aus Großbritannien mit denselben Rechten ausgestattet wird, wie sie früher den Niederländern gegeben worden²⁾. Und für uns hat nach dem früher Gesagten noch Artikel 6 dieses Ver-

¹⁾ Townshend Mss. 1887. 51.

²⁾ Anderson, Origin of Commerce, 3, 90. Vgl. Gallois, Gesch. der Stadt Hamburg. 429.

trages ein besonderes Interesse, wo es heißt: Wenn die Unternehmer (nicht selbst in Hamburg erscheinen, sondern) die Heringe an ihre Geschäftsführer senden, so soll es ihnen gestattet sein, diese Geschäftsführer unter den Mitgliedern der *Merchant Adventurers* oder auch unter den Bürgern von Hamburg frei zu wählen. Vielleicht ist es das letzte Mal, daß der Name der alten Genossenschaft in einer so wichtigen Urkunde erscheint.

* * *

Über die Fischerei der Engländer¹⁾ ist in dieser Epoche nicht viel zu sagen. Nichts über die Küstenfischerei, die immer dieselbe ist und die keine Geschichte hat. In der Hochseefischerei wurden jedoch hie und da Versuche gemacht, bestehende Betriebe zu erweitern oder auch neue Gründungen in die Wege zu leiten. Erweitern wollte man den Fischfang in den Gewässern nördlich von Schottland²⁾ und auch den auf der Doggerbank. Vielversprechend schien in diesem Sinne auch die durch den Utrechter Frieden erfolgte Anerkennung der britischen Souveränität über die Insel Neufundland. Nur wurde diese Angelegenheit seitens der britischen Diplomatie mit einer gewissen Leichtfertigkeit behandelt. Entgegen dem Rate des Kolonialamts fand der Staatssekretär St. John sich bereit, zugleich mit der Proklamierung der britischen Hoheit über Neufundland auch den Franzosen das Recht zuzuerkennen in den ungeheuren Fischgründen der benachbarten Meeresteile — sie galten seit der Zeit Cabots als die reichsten Fischgründe der Welt — ihren Fang zu tun und an einer bestimmten Küstenstrecke die Fische für den Versand zu trocknen. Dieses eilig gegebene Zugeständnis des Artikels 13 wurde zum Ausgang eines Jahrhunderte währenden Streites zwischen England und Frankreich um die Neufundlandfischerei³⁾. Die Zeitgenossen aber sahen dies nicht voraus⁴⁾. Sie freuten sich naiv des Erfolges und erwarteten einen mächtigen Aufschwung dieses Handelszweiges.

Eine Enttäuschung brachte auch der Versuch der englischen

¹⁾ Vgl. Defoe, Plan 236—40.

²⁾ Anderson, Commerce 3, 86.

³⁾ The Cambridge History of the British Empire. VI Canada and Newfoundland (1930) 120 ff.; Trevelyan, Queen Anne 3, 184.

⁴⁾ Defoe, Plan of the English Commerce 273; Wood, Survey of Trade 131.

Kaufmannschaft, in die Gewässer des hohen Nordens einzudringen: Im Walfischfang, der alten Domäne der Holländer, ist sie niemals glücklich gewesen. Sie war auch zu spät auf dem Plane erschienen. Das Hauptgeschäft war bereits gemacht. Der Raubbau, den besonders die holländischen Walfischfahrer getrieben, welche, ohne eine Schonzeit einzuhalten, die wertvollen Tiere hingemordet, hatte seine Wirkung geübt, ehe die englische Handelsflotte stark genug war, um die Konkurrenz aufnehmen zu können. Sie hat es zwar wiederholt getan. Abwechselnd hatte man es mit Gesellschaftsgründungen und mit freiem Handel versucht. Doch jedes Mal hatten die Unternehmer mit Verlust gearbeitet. Das Kapital einer 1692 auf vierzehn Jahre gegründeten Gesellschaft war bereits aufgezehrt, ehe die Konzession abgelaufen war¹⁾.

Da war es die Südsee-Kompagnie, dieselbe, deren unheilvolle Rolle in der Finanzgeschichte des Jahres 1720 bekannt ist, die 1723 beschloß, neben den anderen Zweigen ihres Geschäfts es auch mit dem Walfischfang zu versuchen. Durch eine Parlamentsakte wurde die zollfreie Einfuhr des Ertrages an Fischbein und Tran bewilligt, vorausgesetzt, daß diese Einfuhr auf britischen Fahrzeugen erfolge²⁾. Schiffe wurden gebaut und die Jagd auf die mächtigen Tiere begann. Wenn wir aber hören, daß nach ein paar Jahren der Betrieb erweitert und daß die Zollfreiheit auch auf die aus dem Gebiet der Davis-Straße heimgebrachte Beute aus dem Robben- und Eisbärenfang ausgedehnt wurde³⁾, so erraten wir, daß mit dem Walfischfang allein die Kosten des Unternehmens nicht gedeckt worden waren. Und als 1732 das bescheidene Ergebnis der zuletzt ausgesandten Expedition von 21 Schiffen darin bestand, daß, wie der Bericht sagt, „24½ Walfische“ erbeutet wurden, beschloß die Gesellschaft, das verlustreiche Geschäft zu liquidieren, und verkaufte die Schiffe, die Vorräte und die Utensilien. Nicht an der überlegenen Konkurrenz war das Bemühen gescheitert. Die holländische Schifffahrt war längst überholt, aber die große Zeit des Walfischfangs war vorüber.

* * *

¹⁾ W. R. Scott, *Joint Stock Companies to 1720*. (1910) 2, 379.

²⁾ 10 George I. c. 16.

³⁾ Anderson, *Origin of Commerce*. 3, 138.

Wir beziehen auch noch das Mittelmeer und die anliegenden Länder¹⁾ in den Kreis dieser Betrachtungen und reden zunächst vom englischen Levantehandel²⁾. Das ganze östliche Mittelmeer, das heißt alle unter der Herrschaft des Sultans der Türkei stehenden Länder, der Balkan mit Griechenland, Kleinasien, Syrien, Palästina und Ägypten werden unter diesem Namen begriffen. Unter Elisabeth war 1579 die Levantekompanie gegründet. Sie wurde von der Königin mit dem Freibrief, d. h. dem Monopol für den alleinigen Handel mit dem Orient ausgestattet;³⁾ wobei es bemerkenswert erscheint, daß nicht, wie es wohl sonst geschah, die neugegründete Kompagnie der Königin Geldmittel darbot, sondern vielmehr eine finanzielle Hülfe von ihr empfing⁴⁾. Man mag daraus einen Schluß ziehen auf die großen Erwartungen, die an die Gründung geknüpft wurden. Sultan Murad III. eröffnete der Kompagnie den freien Handel in seinen Reichen, ebenso wie ihn Franzosen und Venetianer, Polen und Deutsche bereits besaßen. William Harborne⁵⁾, der die Verhandlung erfolgreich geführt hatte, wurde auch der erste englische Botschafter am Hofe des Sultans. Doch kann von politischen Beziehungen Englands mit der Türkei zunächst noch kaum die Rede sein⁶⁾. Die fürstlichen Häupter tauschen, durch einen Erdteil getrennt, Höflichkeiten aus. Sie schreiben einander in blumiger Rede Briefe, die nach Moschus und Ambra duften, voll süßer Schmeicheleien, aber ohne allen politischen Inhalt⁷⁾. Von zwei Stellen aus pflegte der Gesandte seine Instruktionen zu erhalten. Die von der Regierung erteilt sind rein formeller Natur, während er erst aus den Weisungen der Kompagnie den materiellen Inhalt des ihm anvertrauten Geschäfts zu entnehmen hat. Die Kompagnie zahlt seinen Gehalt,

¹⁾ Nur der Handel mit Spanien u. seinen überseeischen Besitzungen soll erst im nächsten Kapitel zusammen mit den Verhältnissen der englischen Kolonien, besprochen werden.

²⁾ Einige der folgenden Angaben sind dem im Record Office befindlichen Archiv der Levante Kompanie entnommen.

³⁾ Vgl. Rosedale, *Queen Elizabeth and the Levant Company*. 1904.

⁴⁾ Cunningham a. a. O. 1483.

⁵⁾ Vgl. D.N.B. 24, 316.

⁶⁾ Vgl. A. C. Wood, *The English Embassy at Constantinople, 1600—1762*. (E.H.R. 1925).

⁷⁾ Vgl. Rosedale a. a. O. 2.

sie bezahlt auch die kostbaren Geschenke, die dem Sultan und seinen Leuten im Namen des Trägers der Krone von England überreicht werden.

Kein Zweifel, daß an der Entstehung der Levantekompagnie auch die großen Ereignisse der Zeit ihren Anteil hatten. Es ist kein Zufall, daß die Gründung just in die Zeit fiel, als die Tatkraft Frankreichs durch die Hugenottenkriege gelähmt war. Mit dem großen, 1535 begründeten Levante-Handel der Franzosen war es vorläufig zu Ende. Marseille, der Ausgangspunkt desselben, hatte eifrig an den religiösen Kämpfen teilgenommen. Das Mittelmeer wimmelte nicht mehr, wie man vordem gesagt, von französischen Schiffen. Erst 100 Jahre später hat der große Colbert versucht, durch die Neugründung einer Levantekompagnie dem französischen Handel im östlichen Mittelmeer die alte Stellung zurückzuerobern.

Unterdessen hatten sich aber die Engländer daselbst ihre Position geschaffen.

Der so ins Leben gerufene Handel war in jedem Sinne vorteilhaft für England. Man lieferte den Orientalen als Hauptartikel Tuche und Sersche, daneben auch Blei und Zinn. Dafür empfing man als Wichtigstes die rohe Seide aus den vorderasiatischen Ländern, ferner Öl und Südfrüchte, Häute und Felle, Galläpfel und Gummi. Der englische Export war aber wertvoller als der Import, der Ausgleich floß als Gold und Silber nach England, anders als im Geschäft der Ostindischen Kompagnie, bei dem man so schweren Herzens das Edelmetall aus England abfließen sah¹⁾. Günstig war es auch, daß oft die Gelegenheit sich bot, den nicht ganz ausgenutzten Schiffsraum der heimkehrenden Fahrzeuge noch durch Aufnahme italienischer oder portugiesischer Waren zu füllen²⁾.

* * *

Noch unter Elisabeth war die anfangs errichtete Aktiengesellschaft in eine regulierte Kompagnie umgewandelt worden³⁾.

¹⁾ Remarques sur le commerce entre la France et l'Angleterre (Mém. et Doc. Angl. 68.) Aff. étr.; Gee, Trade and Navigation Considered. 1730. 9.

²⁾ Vgl. Cawston and Keane, The early Chartered Companies. 1896. 80.

³⁾ Vgl. H. Sieveking, Einige Bemerkungen zur Gesch. der Buchführung. (Deutsche Handelsschul-Lehrer-Zeitung. 20. Okt. 1905); Scott, Joint Stock Companies 3, 464. 465.

Nicht die Gesellschaft machte als solche das Geschäft, sondern ihre Mitglieder als eigene Unternehmer, aber mit Benutzung der von der Gesellschaft geschaffenen Einrichtungen. Nur einzelne Zweige ihres Betriebes, so den Handel mit Cephalaria und Zante, hat die Kompagnie in eigener Verwaltung übernommen und sich für diesen Zweck wieder als Aktiengesellschaft mit verschiedenen *joint stocks* organisiert.

Außerhalb Englands war der Gesandte in Konstantinopel, „*que la compagnie nomme et entretient*“, die leitende Persönlichkeit der Gesellschaft. Seine große Stellung gibt ihm neben seinem regelmäßigen Einkommen auch noch reichliche Gelegenheit zu großem Verdienst. Ein Schatzmeister als Angestellter der Gesellschaft in Konstantinopel und die Konsuln in Cypern, Aleppo, Smyrna, zeitweilig auch in Kairo, standen unter ihm.

Im Anfang des 18. Jahrhunderts floriert die Gesellschaft.

Ihre Mitgliederzahl wächst. In Briefen an den Gesandten und an die Konsuln liest man oft den Hinweis¹⁾: „Sie finden einliegend die Liste derjenigen Personen, die seit unserem letzten Schreiben die Rechte unserer Gesellschaft erhalten haben oder zum Handel derselben zugelassen worden sind.“

Doch gab es immer wieder Schwierigkeiten zu überwinden. Im Sommer 1718 wurden die Mitglieder lebhaft beunruhigt durch die Besetzung der Insel Sizilien durch die Spanier. In einem glänzend geschriebenen Zeitungsartikel wies Daniel Defoe auf die daraus entspringenden Gefahren hin²⁾. Spanien, meint Defoe, ist heute nicht mehr, wie vor 40 Jahren, ein träges, indolentes, schlecht regiertes Volk. Es hat einen mächtigen Aufschwung genommen und ist im Begriffe, eine starke vielleicht beherrschende Seemacht zu werden. In der Hand dieser neuen Macht — Defoe redet von dem Staate Alberonis — wird der Besitz Siziliens dazu dienen, die Einfuhr ins östliche Mittelmeer, in die levantinischen Gewässer, ebenso zu sperren, wie Dänemark mit seiner Stellung am Sund den Eingang in die Ostsee zu sperren in der Lage ist. Der Handel mit der Türkei, sowie mit den Ländern am Adriatischen Meere wird verloren sein, mit dem Absatz der englischen Tuche ist es hier zu Ende. Und wie

¹⁾ Archives, Levant Company. R.O.

²⁾ Lee, Defoe 2, 81.

sollen wir fortan die Korinten von Zante, das Öl von Gallipoli, die rohe Seide von Messina und Neapel erhalten, selbst der Handel nach Genua und Livorno kann nicht mehr bestehen. — Übrigens sind diese angstvollen Betrachtungen erst im November des Jahres niedergeschrieben, als Admiral Byng zwar die spanische Flotte bereits am Kap Passaro vernichtet hatte, während Sizilien noch im spanischen Händen verblieben war. Defoe scheint im Namen der Levante-Kompagnie der Regierung zurufen zu wollen: sorgt doch um Gottes willen dafür, daß die große Insel nicht der gefährlichen, neu aufstrebenden Macht Alberonis überlassen bleibe!

Der Ruf der Levantekompagnie ward erhört. Die Aktion der britischen Flotte im Mittelmeer fand ihr Ende erst, als Sizilien 1720 den Spaniern entrissen war.

* * *

Um diese Zeit erhob sich auch ein Streit zwischen der Levantekompagnie und den mit Italien handelnden englischen Kaufleuten. Diese, die sogenannten *Italian Merchants*, hatten einen Betrieb eröffnet, der sie zwar nicht grade wie Interloper erscheinen ließ, aber die Interessen der Kompagnie doch erheblich schädigte. Indem sie Waren des Ostens — man hört besonders von Rohseide und sogenanntem Mohair Garn — aus zweiter Hand, nämlich von französischen Kaufleuten in italienischen Häfen, in Livorno, Neapel und Messina, übernahmen, konnten sie als Engländer und gemäß der Navigationsakte diese Waren zwar ohne weiteres nach England und daselbst zum Verkauf bringen. Aber die Sache hatte noch eine andere Seite. Die Tuche und das Garn waren von den Franzosen gewonnen im Austausch gegen französische Wollwaren, die sie, mit den englischen Tuchen konkurrierend, den Türken verkauften. Die *Italian Merchants* schädigten also nicht nur die englische Levante-Kompagnie, sondern förderten zugleich — ein Greuel für die merkantilistische Doktrin der Zeit — das Geschäft der Franzosen.

Was die Rechtsfrage betrifft, so konnte man freilich ebenso wenig die Franzosen daran hindern, ihre Geschäfte mit der Levante zu machen, wie man den *Italian Merchants* verbieten konnte, von den Franzosen zu kaufen und das Gekaufte in England einzuführen. Auch konnten die oftgenannten *Italian*

Merchants sich auf eine Akte aus der Zeit Karls II. berufen, die ihre Praxis zu rechtfertigen schien.

Nun entspann sich zwischen beiden Teilen zunächst ein heftiger Federkrieg¹⁾. Beide suchten, das Parlament für ihre Sache zu gewinnen. Die Kompagnie forderte ein Gesetz, welches jeden ihr schädlichen Zwischenhandel ein für allemal verbot, die *Italian Merchants* dagegen ein solches, welches den Levantehandel schlechthin jedermann freigab, d. h. ein Erlöschen des Monopols der Kompagnie. Sie stellten, wenn das geschähe, ungeheure Vorteile für Englands Handel in Aussicht. Es würden, heißt es in einer ihrer Flugschriften²⁾ in den Reichen des Großsultans und weiterhin in Persien, Georgien, in Armenien und am Kaspischen Meere weit mehr englische Tuche verbraucht werden als heute. Der Handel mit der Türkei würde nicht mehr durch 7 Schiffe im Jahr zu bewältigen sein, er würde 70, vielleicht gar die doppelte Zahl von Schiffen erfordern. Die Levante-Kompagnie aber pochte auf ihr Monopol und auf ihren alten Geschäftsbetrieb. Wir haben, erklärte sie stolz, 200 Mitglieder, jeder von uns betreibt sein Geschäft und kauft und verkauft, wie es ihm beliebt.

Der Streit endete mit einem vollen Siege der Kompagnie. Das Gesetz³⁾ verfügte, daß Rohseide und Mohair Garn von asiatischer Herkunft nur aus solchen Häfen und Plätzen kommend, die der Hoheit des Sultans unterworfen seien, in England eingeführt werden durften.

So war das Monopol der Levante-Kompagnie gerettet. Auf die Dauer war es dennoch nicht zu halten. Es wurde zwar erst 1825 aufgehoben, war aber schon bald nach 1750 nicht mehr beachtet worden.

* * *

¹⁾ Einige kurze Flugschriften sind in der Guildhall Library erhalten: The Case of the Levant Company. 29. Jan. 1718. (Catal. 521). The Case of the Levant Company, relating to the Importation of Turkey Goods from the Neutral Ports in Italy (Catal. 522); Remarks on the case published by the Levant Company. (Cat. 521); Reasons offered by the Merchants trading to Italy against the bill desired by the Levant Company ... (Cat. 522.) Ausführlicher wird der Standpunkt der „*Italian Merchants*“ dargelegt in der Schrift: The Case fairly stated between the Turkey Company and the Italian Merchants. By a Merchant. 1720.

²⁾ The Case fairly stated ... 1720.

³⁾ 6 G. I. c. 14. Vgl. Anderson, Commerce 3, 125.

Das Schicksal wollte es, daß gerade, als die sizilische Gefahr beseitigt schien, das Geschäft der Levante Kompagnie auch einen neuen Aufschwung nahm infolge jener schweren Katastrophe, von der ihr Hauptkonkurrent, Frankreich, heimgesucht wurde. In Marseille brach die Pest aus. Im Laufe weniger Monate wurden 40000 Menschen in der Stadt und 10000 in der umliegenden Landschaft von der Seuche dahingerafft¹⁾. In ganz Europa herrschte Entsetzen über die furchtbare Heimsuchung und noch in der englischen Tronrede vom 19. Oktober 1721 wies Georg I. auf die Gefahr einer Einschleppung hin und empfahl Maßregeln, damit das Unheil nicht auch in England eindringe.

Abermals, wie in der Zeit der Hugenottenkriege, war der französische Levantehandel vernichtet²⁾. Man versuchte zunächst, die Ein- und Ausfuhr der französischen Kompagnie in die kleineren Häfen der Provence zu verlegen, und als dies nicht durchführbar erschien, nach Cette in Languedoc, das aber der Aufgabe ebenso wenig gewachsen war. So geschah es, wenn auch nur vorübergehend, daß die Engländer und Holländer das Levantegeschäft allein in die Hand bekamen. Sie versorgten sogar Frankreich selbst, indem sie die Waren aus dem östlichen Mittelmeer in die Häfen des Atlantischen Ozeans brachten. Nun folgten große Jahre für die englische Levante-Kompagnie. Erst am 30. Juni 1723 ward durch eine königliche Verordnung die Quarantaine für Marseille aufgehoben. Der französische Levantehandel gewann seine alte Stellung zurück und mit der kurzen Blüte der englischen Kompagnie war es zu Ende.

Von nun an, sagen wir seit 1725, hört man Klagen über den Niedergang des englischen Levantehandels. Ein etwas freierer Zug schien freilich im Jahre 1730 in dem Geschäft Platz greifen zu sollen, als die Generalversammlung in London den Beschluß faßte, das System der *general ships*, zunächst für ein Jahr, fallen zu lassen³⁾. Es sollte den Mitgliedern freigestellt sein, den Export

¹⁾ Die Zahlen bei Saint-Pierre, *Annales politiques*, ed. Drouet. 1912. 292.

²⁾ Vgl. Masson, *Commerce français dans le Levant*. XVIII siècle. 1911. 410.

³⁾ The Governor and Company of Merchants of England trading into the Levant Seas an den Earl of Kinnoul, London 1. Sept. 1730. *We having determined, that the method for carrying on our trade by general ships for this year be suspended, have given liberty to our members, to export the woollen manufactures by any private ship, or ships, as often as they shall think proper ...* Foreign Off. Archives. Levant Company. 117. R.O.

ihrer Wollfabrikate auf jedem zur Verfügung stehenden Schiffe zu bewerkstelligen. Sie brauchten sich nicht mehr an die eigenen Schiffe der Kompagnie zu halten.

Doch mit so kleinen Mitteln war der Gesellschaft nicht geholfen. Immer schwerer ward die Überlegenheit der Franzosen im Levantehandel empfunden. Der Gründe waren mancherlei. Zunächst der so viel kürzere Weg von Marseille nach dem Orient, als der von London aus. Aber die Franzosen verstanden es auch besser, sich dem Geschmack und den Bedürfnissen der Orientalen anzupassen als die Engländer. Die leichteren Tuchsarten, die sie in den Handel brachten, waren den klimatischen Verhältnissen der östlichen Mittelmeerländer mehr entsprechend und fanden größere Verbreitung als die solideren, aber auch schwereren Stoffe, wie die Engländer sie zu liefern pflegten¹⁾. Und die Umstellung der Fabrikation schien im Hinblick auf die den Engländern zur Verfügung stehende Rohwolle nicht durchführbar.

Auch als empfangender Teil war die englische Levante-Kompagnie nicht mehr in so günstiger Lage wie zuvor. Die Qualität der ihr im Orient gelieferten Seide war geringer geworden. Die englischen Seidenfabrikanten bezogen ihr Material lieber aus Italien, und die Levante-Kompagnie hatte das Nachsehen²⁾.

Bald war die Klage über den Niedergang des Levantehandels in aller Munde. In einer Zeit, da die Regulierten Kompagnien sich überlebt hatten³⁾, lag es nahe, in der Organisation der Gesellschaft die letzte Ursache ihres Mißerfolges zu erblicken. So geschah es denn, daß im Jahre 1744, noch zu Lebzeiten Walpoles, aber nach dem Abschluß seiner Ministerlaufbahn, ein Gesetzentwurf die beiden Häuser des Parlaments beschäftigte, der nicht mehr und nicht weniger bezweckte als die völlige Freigebung des Handels mit der Levante, d. h. die Auflassung des Monopols der Kompagnie⁴⁾. Die Bill wurde im Unterhaus angenommen, bei den Lords aber abgelehnt. Die Gegner der Vorlage fanden die uneingeschränkte Zulassung aller kaufmännisch tätigen Elemente zu diesem wichtigen Geschäftszweig

¹⁾ Wood, *Survey* 119.

²⁾ Defoe, *Plan* 276—7.

³⁾ Cunningham 255. Sieveking a. a. O. 2.

⁴⁾ Parl. Hist. 13, 895 ff.

nicht unbedenklich, und da, wie früher erzählt wurde, die Juden im englischen Geschäftsleben bereits eine bedeutende Rolle spielten, so verweilte man bei der Vorstellung, daß das beabsichtigte Gesetz zu einer Art von Interessengemeinschaft zwischen englischen und orientalischen Juden führen könnte, zum Schaden der englischen Kaufmannschaft.

Hier mag erwähnt werden, daß der Gedanke einer Naturalisation der Juden dem englischen Denken schon nicht fern lag, daß diese Naturalisation wenige Jahre später sogar zum Gesetz erhoben, wenn auch ebenso rasch wieder rückgängig gemacht wurde. Wäre eine solche Naturalisation dem Gesetzentwurfe von 1744 vorangegangen, so würde vielleicht das stärkste Argument der Gegner des Entwurfs in Wegfall gekommen sein.

* * *

Seit der glorreichen Revolution waren auch die politischen Funktionen des Gesandten mehr in den Vordergrund gerückt. Wilhelm III. wünschte den Krieg zwischen Österreich und der Pforte beendet zu sehen, um des Kaisers Streitkräfte uneingeschränkt gegen Ludwig XIV. verwenden zu können. Und als es nach der Schlacht bei Zenta zum Friedensschluß kommen sollte, da wünschte der Sultan selbst die Vermittlung der Seemächte. So geschah es, daß schon beim Friedensschluß zu Carlowitz 1699, wie später zu Passarowitz 1718, der englische und holländische Botschafter als Vermittler auftraten.¹⁾ Auch während des nordischen Krieges war der Einfluß Englands nicht ohne Bedeutung für die Haltung der Pforte.

War damit die Tätigkeit des Botschafters in Konstantinopel stärker hereingerückt in die Sphäre der politischen Aktionen, so schien seine Stellung auch Leuten von hoher Geburt begehrenswert zu sein, wobei freilich auch die damit verbundenen Einkünfte eine Rolle spielten. Selbst vornehme Lords pflegten das Amt eines Botschafters beim Sultan nicht mehr zu verschmähen. Ein Lord Winchilsea gab treuherzig zu, er habe den Posten angenommen, um seine Schulden zu zahlen und seine Güter zu verbessern. Auch dem Ansehen des Botschafters am Hofe des Sultans konnte ein Adelstitel wohl nützlich sein. Als 1735

¹⁾ Vgl. Bd. 1. Kap. Engl. Ausg.

der Großkaufmann Eberhard Fawkener, der Freund Voltaires¹⁾, als Botschafter nach Konstantinopel ging, wurde er vorher noch rasch, ohne Gepränge, in des Königs Gemach wenigstens zum Ritter geschlagen²⁾. Sein Vorgänger Lord Kinnoul hatte mit seiner politischen Haltung viel Anstoß erregt. Er schien in der Zeit des polnischen Thronfolgekrieges den Geist der Walpoleschen Neutralitätspolitik nicht ganz erfaßt zu haben und zu französisch geworden zu sein. Selbst die Regierung in London glaubte an seine Schuld. Der Staatssekretär Newcastle schrieb ihm mit tadelnden Worten, wenn man ihn nicht sofort abberufe, so möge er darin einen Beweis für die Güte des Königs erblicken, möge erkennen, „daß Seine Majestät geruht, Ihnen noch einmal Gelegenheit zu geben, die ungünstigen Folgen Ihres bisherigen Verhaltens wieder gut zu machen“. Der österreichische Gesandte in London, Graf Kinsky, dem eine Abschrift des Briefes³⁾ vorgelegt wurde, sprach die Hoffnung aus, daß diese scharfen Worte ihre Wirkung nicht verfehlen würden. Aber erst auf das weitere Drängen des Österreichers⁴⁾ erfolgte Kinnouls Abberufung.

* * *

Der Vorgang ist typisch. Die Stellung des britischen Botschafters in Konstantinopel als Diplomat war nicht beneidenswert. Er hat gewöhnlich die undankbare Aufgabe, mit Österreich und Rußland, den regelmäßigen Gegnern der Pforte, zusammenzuarbeiten, und ist dabei meistens gegenüber der französischen Diplomatie im Nachteil, da diese sich auf die Traditionen der alten Allianzpolitik stützt und nur ein wenig Öl ins Feuer zu gießen braucht, um die Türkei in einen Krieg gegen den gemeinsamen Feind Österreich hineinzutreiben. Das Bild ändert sich erst, seitdem die englischen Staatsmänner in der orientalischen Frage den Standpunkt einnehmen, der gekennzeichnet ist durch das Wort des jüngeren Pitt, daß die Erhaltung des Osmanischen Reiches für England ein Lebensinteresse sei.

¹⁾ Vgl. Ballantyne, Voltaire's Visit to England. 1893. 238.

²⁾ Borcke, Hannover 6. Oct. 1735. G.St.A.

³⁾ Er ist abschriftlich erhalten als Beilage zu Kinskys Schreiben an Karl VI. vom 31. Mai 1735. W.St.A.

⁴⁾ Kinsky an Karl VI. Hannover, 29. Juli 1735. W.St.A.

Viertes Kapitel.

Der Norden und Osten und die Schiffbaumaterialien.

In der Wirtschaftsgeschichte der neueren Jahrhunderte ist kaum ein Thema zu nennen, das der Betrachtung so viele verschiedene Seiten bietet, wie die Beschaffung der Schiffbaumaterialien für die englische Handels- und Kriegsflotte. Holz und Eisen, Hanf und Flachs, Pech, Teer und Terpentin gewinnen eine fast weltgeschichtliche Bedeutung. Das Holz zu Brettern und Balken verarbeitet, um daraus den Schiffskörper zu bilden, die schlanken Stämme der Nadelhölzer für die Masten, das Eisen, um die Schiffsteile fest aneinander zu fügen. Kaum minder wichtig auch die anderen Stoffe: Hanf für die Taue, Flachs für das Segeltuch, Pech, Teer, Terpentin, um Holz und Tauwerk gegen die Unbilden der Witterung zu schützen.

Das sind die Gegenstände, die „*naval stores*“, ohne die die englische Seemacht in alter Zeit nicht bestehen konnte. Sie benötigt sie in großen Mengen Jahr für Jahr, und das Woher wird zur Schicksalsfrage. In der Zeit der Ostsee-Expeditionen heißt es einmal: wenn die Kauffahrer dieses Mal nicht vollbeladen heimkehren, so fehlt es schon im nächsten Jahre am nötigsten Material zur Ausrüstung der Schiffe. Hier sind Wirtschaft und Politik ineinander verflochten. England und die Mächte des Nordens, Rußland und Schweden, Europa und Amerika, Mutterland und Kolonien — eine ewige Wechselwirkung.

* * *

Bis zur Einführung des eisernen Schiffes war das Holz der wichtigste für den Schiffbau benötigte Stoff. Daran war in England früher kein Mangel gewesen ¹⁾. Es hatte noch am Ende des

¹⁾ Vgl. G. Adler, Englands Versorgung mit Schiffbaumaterialien aus engl. u. amerik. Quellen, vornehmlich im 17. Jahrhundert. (Beiheft 16 zur Vierteljahrschrift f. Soz. u. Wirtschaftsgesch. 1929; J. Nisbet, The History of the Forest of Dean (E.H.R. 21. 1906).

Mittelalters manche über viele Quadratmeilen sich erstreckende Waldungen gegeben. Man braucht nur an den *Forest of Dean* im Westen von Gloucestershire, an *New Forest* in Hampshire und an die waldigen Gelände von Essex und Kent zu erinnern. Solange der alte Waldbestand erhalten blieb, und Handels- und Kriegsflotte nicht größere Dimensionen annahmen, ging alles gut. Aber an der Schwelle der Neuzeit änderte sich das Bild. Das Tudorsche England drängte hinaus auf die Meere und auf die Ozeane, und bald war mit dem Holz der heimischen Wälder der Bedarf für den Schiffbau nicht mehr zu decken. Der Mangel mußte um so fühlbarer werden, da auch der vorhandene Waldbestand allmählich zu schwinden begann. Verhängnisvoll wurde dafür vor allem die Entwicklung der Eisenindustrie, da zum Schmelzen des Eisens nur Holzkohle verwendet wurde, und es gab 1612 ungefähr 800 Eisenwerke in England. Große Holzdiebstähle in den königlichen Forsten beschleunigten den Prozeß. Man gab Gesetze und Verordnungen. Man ermahnte die Bischöfe, daß sie Sorge trügen für die Erhaltung der Wälder auf den Gütern der Geistlichkeit. Einer Gräfin Rutland wurden Vorstellungen gemacht, weil sie die Bäume in ihren Waldungen habe niederschlagen lassen ¹⁾. Umsonst: die Verwüstung der Bestände war nicht mehr aufzuhalten. Am Ende des 17. Jahrhunderts war eine völlige Erschöpfung der Wälder Englands eingetreten ²⁾.

Ein paar Zahlen über den New Forest bei Southampton mögen zur Erläuterung dienen. Der dortige Waldbestand ist im Laufe des 17. Jahrhunderts dezimiert worden. Im Jahre 1608 wies er 123 927 für den Schiffbau brauchbare Stämme auf, 1707 zählte man nur noch 12 476. In der Zwischenzeit war der von den Tudors geübte Wälderschutz fallen gelassen worden.

Weniger kraß drückt unsere Quelle sich aus in der Ver-

¹⁾ Cunningham, Grooth (1903). 65.

²⁾ In merkwürdigem Gegensatz zu dem tatsächlichen Verlauf der ganzen *naval stores*-Frage steht die Auffassung von Defoe. Er erklärt, (in d. 1. Aufl. der Tour. 1724. I. Letter II 80) England könnte für die ganze übrige Welt Schiffe bauen, ohne sich an Bauholz zu erschöpfen. Er ist offenbar durch große Vorräte, die er bei Southampton gesehen, überwältigt, und hat jeden Maßstab verloren. Wörtlich wird dasselbe auch in der 2. Aufl. v. 1738, offenbar ohne Nachprüfung des Tatbestandes, wiederholt. Defoe weist auch auf Irland hin, „ein Warenhaus an Bauholz, wenn möglich noch unerschöpflicher als England“.

kleinerung des Areal. Von 150 000 *acres* unter Wilhelm dem Eroberer sind heute noch 29 000, also der fünfte Teil, übrig geblieben ³⁾.

* * *

So hatte man sich gewöhnen müssen, das Holz wie die anderen Stoffe in wachsender Menge vom Auslande zu beziehen ⁴⁾. Es gab ja in Europa weite Gebiete, die von jeher den seefahrenden Nationen als mächtige Arsenalen für alle Arten von Schiffbaumaterialien bekannt waren und aufgesucht wurden: nämlich die Ostseeländer und Rußland. Ihr unerschöpflicher Holzreichtum genügte, um die englischen Werften zu versorgen. In viel größerem Umfange waren darin die Seefahrer aus Niederland den Engländern vorangegangen.

„Neben dem Getreide war es das Holz, das die Holländer besonders in die Ostsee trieb“ ¹⁾. Langsam war ihnen England gefolgt, und noch im 18. Jahrhundert hatte es den Vorsprung nicht eingeholt, den jene besaßen.

Auch in anderem Sinne waren die Holländer in der Holzversorgung so viel besser daran. Hatten sie auch keine eigenen Waldungen, wie England im Mittelalter, so lieferte ihnen dafür der deutsche Schwarzwald seinen Baumbestand. Seit Jahrhunderten war es der Brauch, die im nördlichen Schwarzwald geschlagenen Stämme, zu Flößen zusammengekoppelt, die Kinzig und die Murg hinab und weiter den Rhein hinunter bis nach Niederland zu transportieren. Diese Hilfsquelle war England verschlossen. In die Ostsee vermochte es dem Rivalen zu folgen. Aber das Schwarzwaldholz war ihm unerreichbar, auf die Nordsee durften die Flößer aus dem Murg und Kinzigtal sich nicht hinauswagen.

Was aber die Holzvorräte in Nord- und Osteuropa betrifft, so war es, auch um diese herbeizuschaffen, den Holländern mit

¹⁾ Nach gütigen Mitteilungen des Deputy Surveyor of the New Forest, D. W. Young. Dazu desselben Artikel: The New Forest. (The Journal of the Society of Foresters of Great Britain, vol. 9. 1935).

²⁾ Vgl. Pearson, Englands' Timber Trade, Diss. Gött. 1869; Trevelyan, England under Queen Anne. Blenheim. 7 ff.

³⁾ E. Baasch, Holländische Wirtschaftsgeschichte 1927. 169.

ihren vielen Tausenden von Handelsschiffen so viel leichter gemacht, die Aufgabe zu bewältigen.

Die englische Reederei war dazu entfernt noch nicht imstande. Der holländische Zwischenhandel beherrschte die Lage. Gegen ihn war England freilich gesetzgebereich mit der Navigationsakte, militärisch mit dem Kriege gegen Holland vorgegangen. Aber damit war nicht alles erreicht. Denn wenn es auch gelingen mochte, den Holländern das Geschäft zu verderben, so schienen ihre Erben im Handel mit England mehr die nordischen Nationen werden zu sollen, als die Engländer selbst.

Es hat eine Zeit gegeben, vor dem Beginn des großen nordischen Krieges, wo Schweden einen Anlauf nahm, ganz anders als bisher Ernst zu machen mit seinem *Dominium maris Baltici*. Es schien sich nicht mehr mit Zolleinnahmen begnügen zu wollen. „Es schien“, sagt eine englische Denkschrift, „ihre Absicht zu sein, den ganzen Handel zwischen England und Schweden allein in die Hand zu bekommen“. Schwedens Niederlagen im nordischen Kriege haben dies freilich verhindert. Aber dafür verschlechterten sich in den letzten Jahren Karls XII., als auch Hannover in den Krieg gegen Schweden eingetreten war, die englisch-schwedischen Beziehungen. Schwedische Kaper ergriffen die englischen Kauffahrer wo sie sie fanden, manchmal selbst in der Nähe der Küsten Britanniens. Als Gegenmaßregel wurden seit 1715 alljährlich jene uns wohlbekanntes Geschwader englischer Kriegsschiffe in die Ostsee entsandt, die durch ihre bloße Anwesenheit die Operationen der Feinde Schwedens unterstützen und zugleich die englischen Handelsflotten schützend geleiten sollten. „Es ist Ihre erste und wichtigste Aufgabe“, so heißt es 1715 in der Instruktion für Admiral Norris, „den Handel zu schützen und die Kauffahrer sicher in die Häfen zu geleiten“. „Wie ist es möglich“, fragt entsetzt der preußische Resident, „daß die Flotte an militärischen Operationen teilnehmen kann, wenn sie nur Handelsschiffe beschützen soll ²⁾“.

Die Zahl der so in die baltischen Gewässer geführten Kauffahrer ist nicht leicht zu bestimmen. Selbst die Berichte der Admirale sind schwankend und unzuverlässig. Anfangs sind die holländischen Schiffe weit zahlreicher als die englischen. 1715

²⁾ Vgl. Bd. 1, 719. Engl. Ausg. 290.

steht neben der Zahl von 86 englischen die Angabe von 200 holländischen Kauffahrern. Während man nach einem andern Bericht diese Zahlen verdoppeln dürfte. 1719 schreibt Norris ¹⁾: „Die größte Zahl unserer Handelsschiffe, mit denen ich in irgend einem Jahre in diesen Gewässern zu tun hatte, waren 70 oder 80 Segel, und meistens kleine. Denn unser Handel in diesen Gegenden ist überhaupt nicht sehr groß und mit dem der Holländer nicht zu vergleichen“. 1726 aber befinden sich nach einem Briefe des Admirals Wager über 70 englische Schiffe allein in den Häfen Rußlands ²⁾.

Kaum war die Gefahr einer aufkommenden schwedischen Handelsgröße geschwunden, als Rußland auf dem Plane erschien.

Die wunderbaren Erfolge Peters des Großen weckten seinen Ehrgeiz auch in handelspolitischer Hinsicht. Er erkannte den natürlichen Reichtum Rußlands, zumal seinen Reichtum an Holz und allem andern, dessen der Schiffbau bedurfte. Er beschloß, den Handel mit diesen Erzeugnissen nicht mehr den Westeuropäern zu lassen, sondern ihn in die Hände seiner Russen zu bringen. Man kennt sein rührendes Streben, Schiffbau, Handel, kaufmännisches Geschäft jeder Art bei seinem Volke heimisch zu machen. Seitdem er den Zugang zur Ostsee gewonnen und Petersburg gegründet hat, soll hier der gesamte russische Handel seinen neuen Mittelpunkt finden. Das unwirtliche Archangel, über das der Zar ehemals zum Schaden der schwedischen Ostseehäfen den ganzen Außenhandel Rußlands hatte leiten wollen, wird nun, da er die baltische Küste erreicht, „das Fenster nach der Ostsee aufgestoßen“ hat, von ihm selbst systematisch ruiniert. Die russischen Kaufleute werden 1713 von Archangel förmlich abkommandiert und müssen ihre Waren fortan über Petersburg und die Ostsee nach dem Auslande leiten. Peter verfolgt sein Ziel trotz dänischen Sundzolls und anderer Schwierigkeiten. Er versucht die Fremden, und darunter die Engländer, immer mehr aus der Rolle der aktiv Handelstreibenden zurückzudrängen, und will kommerziell wie politisch die Ostsee beherrschen.

„England fürchtet“, so sagt man 1716 ³⁾, „er (der Zar)

¹⁾ An Stanhope, 7. Juli 1719. Admiralty 50. R.O.

²⁾ An Tilson, 11. Juli 1726. Admir. 57. R.O.

³⁾ Bonet, 7. (18.) Dec. 1716. G.St.A.

werde der Herr des ganzen Ostseehandels werden, er werde ihn besteuern nach seinem Belieben, und er werde sich mit seinen Geschwadern einmischen in alle Händel Europas“. Und nach dem Nystader Frieden heißt es ¹⁾, er wolle „nicht allein die Waren, sondern auch die Schiffe selbst in fremden Häfen zum Verkauf bringen, um dadurch den Schiffbau in seinen Landen zu *encouragiren*“.

* * *

Wir wissen, daß England nicht freiwillig den Platz geräumt hat. Aber auch mit den Ostsee-Expeditionen war die Gefahr nicht beschworen, daß eines Tages die Werften an der Themse stille stehen müßten, weil die Ostsee ihre Schätze nicht mehr hergab. Die Abwehr des Übels, der Ersatz für den drohenden Verlust, meinte man, sollte von anderer Seite kommen. Es gab ja draußen in der Welt weite Gebiete, die England untertan waren und die an Bauholz und an schlanken Stämmen, an Hanf und Flachs, an Pech, Teer und Terpentin, leicht so viel hervorzubringen vermochten, wie Rußland und die baltischen Lande zusammen genommen, genug, um den ganzen Bedarf der englischen Werften zu decken. Der Wunsch, die Schiffbaumaterialien aus den Kolonien auf dem amerikanischen Festlande — denn um diese handelt es sich — zu beziehen, reicht weit zurück. Er ist sogar älter als die Gründung der ersten Niederlassungen. Schon 1563 hat ein englischer Reisender, der Neufundland berührte, auf die zahlreichen Arten von Bäumen hingewiesen, die er gesehen, und daß es ein Leichtes wäre, alle jene Artikel dort zu gewinnen, um deren willen man jetzt gefahrvolle Reisen machen müsse ²⁾. Fortan kehrt der Gedanke immer wieder, zumal, seitdem man nun wirklich Kolonien besaß ³⁾. Nachdrücklich hat ihn auch der berühmte Josiah Child ⁴⁾ betont.

Nun ward wohl der Vorschlag gemacht, die Schiffe gleich drüben zu bauen. Doch damit hätte man, sagte Davenant ⁵⁾,

¹⁾ Wallenrodt, 22. Dec. (2. Jan.) 1721/2. G.St.A.

²⁾ Vgl. G. Adler a. a. O. 45.

³⁾ Z. B. Thurloe State Papers V, 227. Vgl. Macpherson, Annals of Commerce II 438.

⁴⁾ Vgl. Pearson a. a. O. 41.

⁵⁾ On the Plantation Trade (Works. 1771) 2, 8.

die Kolonialen eine Kunst gelehrt, die sie zum Schaden des Mutterlandes nicht leicht wieder vergessen würden. Und was noch schlimmer ist, „sie könnten es sich in den Kopf setzen, unabhängige Gemeinwesen werden zu wollen“¹⁾.

So spielt denn schon gegen Ende des 17. Jahrhunderts das Gespenst der Losreißung Amerikas in den Erwägungen der Engländer eine unheimliche Rolle. Was man zunächst von den Kolonisten wünschte, war also nichts weiter als die Produktion der wichtigen Stoffe. Die Schiffe selbst sollten in England gebaut werden, nicht in Amerika.

Nun begann das Parlament, der Sache näher zu treten. Es war ein vorbereitender Schritt, wenn ein 1699 beschlossenes Gesetz²⁾ die Verfügung erhielt, die Zollverwaltung solle jährliche Berichte liefern über alle aus Rußland eingeführten Schiffbaumaterialien. Fünf Jahre später folgte die erste *naval stores bill*³⁾.

Die Einleitung wies vielsagend auf die Tatsache hin, daß die für die Unterhaltung der Kriegs- und Handelsflotte nötigen Vorräte, die man bisher aus fremden Ländern, auf fremden Schiffen, zu ungeheuer hohen und willkürlich festgesetzten Preisen bezogen habe, bequem und nützlich und in reichlicher Menge aus den Kolonien in Amerika gewonnen werden könnten. Geschähe das, so würde nicht nur die englische Schifffahrt davon Nutzen ziehen, sondern auch der Verkauf der Woll- und anderer Manufakturen — im Austausch mit jenen *naval stores* — große Vorteile davontragen. Und gleichsam den Hauptgedanken der englischen Kolonialpolitik noch feierlich proklamierend, ward auch daran erinnert, daß die Kolonien ja dazu da seien, so nützlich wie möglich für England zu werden, wie auch die Arbeit und den Fleiß ihrer Bewohner lohnend zu gestalten. Der Zweck des Gesetzes aber sollte vornehmlich durch Prämien erreicht werden, mit denen die Einfuhr der *naval stores* aus Amerika belohnt und ermutigt werden soll, 4 £ für jede Tonne Teer oder Pech, 3 £ für die Tonne Terpentin, 6 £ für Hanf, 1 £ für Masten und Balken. Das eigenmächtige Fällen oder Zerstören der Baumstämme in den Kolonien aber wird unter Androhung von Strafen verboten.

¹⁾ On the Plantation Trade (Works. 1771) 2, 8.

²⁾ 10 u. 11. Will. III. c. 6.

³⁾ 3 u. 4. Anne. c. 20.

Ein bedeutender Erfolg scheint freilich durch dieses Gesetz noch nicht erzielt zu sein. Nur die Erzeugung von Teer wurde wirklich gefördert. Mit dem Anbau von Hanf war es nichts. Und auch was das Geschäft mit ihren Hölzern betraf, so ließen sich die Kolonisten nicht hindern, einen längst üblichen Export ihrer Masten und Balken nach Portugal ruhig fortzusetzen, obwohl sie sich damit sogar einer doppelten Gesetzesüberschreitung schuldig machten. Sie verstießen ebenso gegen die Navigationsgesetze wie gegen die soeben erlassene *naval stores*-Akte. Und hier, an der Schwelle dieser durch mehrere Jahrzehnte fortgesetzten gesetzgeberischen Aktion, erkennt man schon die Tragik derselben, nämlich die Unfähigkeit des Mutterlandes, die Durchführung seiner Gesetze über den Ozean hinüber zu erzwingen.

* * *

Doch wir haben es zunächst nur mit der europäischen Seite des Problems zu tun. Die amerikanische ist ein Thema aus der Kolonialgeschichte und muß mit dieser zusammen behandelt werden.

Ehedem, noch im 17. Jahrhundert, war der englisch-baltische Handel durch eine regulierte Kompagnie, die schon 1408 gegründete *Eastland Company*¹⁾, betrieben worden. Aber schon vor dem Auftreten Rußlands war sie — denn die regulierten Kompagnien hatten sich überlebt — aus dem Ostseegeschäft sachte verdrängt worden. Durch eine 1672 beschlossene Parlamentsakte war der Handel mit Schweden, Norwegen und Dänemark, mit förmlicher Aufhebung des Privilegs der Kompagnie, jedermann freigegeben. Und im übrigen durfte fortan jeder Engländer, wenn er nur vierzig Schillinge zahlte, in die Kompagnie eintreten und erhielt damit das Recht, teilzunehmen am Handel mit den übrigen Küstenländern des baltischen Meeres. Mit diesem Gesetz von 1672, sagte man²⁾, sei der *Eastland Company* der Todesstoß versetzt worden. Sie gab das Geschäft auf und zog sich zurück auf ein beschauliches gesellschaftliches Stilleben.

Ihr Erbe aber war die *Russia Company*. Ihr eröffnete sich, seitdem Rußland an der Ostsee stand, ein noch viel weiteres Feld

¹⁾ Vgl. Scott, Joint Stock Companies 1, 9.

²⁾ Vgl. Anderson, Origin of Commerce 2, 522.

als bisher. Zwar fand auch über Archangel noch ein nicht unerheblicher englisch-russischer Austausch statt. Eine im auswärtigen Amt Frankreichs 1718 verfaßte Denkschrift über den Handel Englands¹⁾ zählt die Warengattungen auf, die von den englischen Kaufleuten im Import und Export noch über Archangel geführt werden. Sie bringen Wollstoffe und Tuche, Pfeffer und Zucker und holen dagegen Biber- und Marderfelle, rohes Leder und fertiges Sattelzeug und grobe Pottasche. Aber das alles war doch geringfügig, wenn man es mit dem riesigen Warenverkehr verglich, der sich nun über die Ostseehäfen ins Innere Rußlands bewegte und wieder von da zurück nach dem Westen. Und auch in diesem Zusammenhange gedenken wir wieder jener baltischen Expeditionen, die, von 1715 an, den Sund passierten und stets die Aufgabe hatten, die britischen Kauffahrer zu geleiten und zu schützen. Hier verbanden sich eben Politik und Wirtschaft zur Verfolgung gemeinsamer Ziele. Man brauchte 1714 der *Russia Company* nicht lange zuzureden, damit sie die Regierung durch eine Bittschrift ersuche, im kommenden Frühjahr ein Geschwader in die Ostsee zu schicken. Damals, in den Anfängen Georgs I., handelte es sich noch darum, die Kauffahrer gegen die schwedischen Kaper zu schützen. „Die Kompagnie schmeichelt sich“, so schrieb der preußische Resident noch im Dezember 1714, die Entsendung eines solchen Geschwaders beim Hofe durchzusetzen. Im Dezember 1716 klagte die Kompagnie in etlichen Eingaben an den Staatssekretär über die Verluste, die sie durch die täglich zunehmende Plage der schwedischen Kaper erleidet. Und das Übel sei um so schlimmer, ja überhaupt erst so groß geworden, da es gerade englische Matrosen sind, die so zahlreich die schwedischen Kaper bevölkern.

Als nun vollends die englische Öffentlichkeit durch den großen Gyllenborg-Skandal in Aufregung versetzt, und als der schwedische Gesandte einer Verschwörung gegen den Thron Georgs I. schuldig befunden worden²⁾, da schien es auch an der Zeit, einen Schlag gegen das Reich Karls XII., und zwar auf

¹⁾ Sur le commerce de l'Angleterre. Mémoires et Documents. Angleterre 68, fol. 138 ff. Aff. étr.

²⁾ Hoffmann, 11. März 1718. W. St. A.

handelspolitischem Gebiete, zu führen. Der König ward durch Parlamentsakte¹⁾ ermächtigt, seinen Untertanen durch Proklamation jeglichen Handel mit Schweden zu verbieten. Das war durchaus im Sinne der *Russia Company*, welche nun das Verbot auch so lange aufrechterhalten wissen wollte, bis die Regierung Schwedens, mit der England selbst ja nicht im Kriege lag, bereit sein würde, den der Kompagnie angetanen Schaden zu ersetzen. Denn sie, die Kompagnie, hatte ja, da der Handel mit Schweden frei war, an diesem Handel kein Interesse. Aber die Sache hatte noch eine andere Seite. Holland schloß sich dem Verbot nicht an. Ja, nun machten die Holländer zum Schaden Englands das Hauptgeschäft mit Schweden. Der wichtigste Artikel war das Eisen. Und die englische Kaufmannschaft klagte über die ungünstige Lage, in die sie dadurch versetzt sei, daß sie das schwedische Eisen nur aus zweiter Hand, nämlich durch die Holländer, erhalten könne²⁾. Und im Jahre 1718, da das Verbot am 21. März a. St. dieses Jahres ablief, geschah das Merkwürdige, daß zwar von der Seite der freien Kaufmannschaft Englands eine Petition an die Regierung gerichtet wurde um Aufhebung des Verbots, während, einer Anregung der Minister folgend, die *Russia Company* eine Gegenpetition einreichte, um die Verlängerung des Verbots zu erwirken. Zwei Interessengruppen, zwei Petitionen gegeneinander, die Regierung scheinbar in der Mitte. Aber auch sie war nicht ganz unparteiisch; denn sie vertrat in diesem Moment auch den Vorteil Hannovers. Hannover lag im offenen Kriege mit Schweden und hatte ein Interesse daran, den Gegner, soviel wie möglich, auch materiell zu schädigen.

Die Aufhebung des Verbots ward hinausgeschoben. Und indem nun England auch die Holländer zu dem gleichen Schritte zu bewegen suchte, schien sich abermals eine wunderliche Wendung vorzubereiten. Denn da nun Frankreich freie Hand behielt, so gedachten allerlei fremde Kaufleute von den französischen Häfen aus das Geschäft mit Schweden machen zu können. Ich vermute, es waren sogar englische Kaufleute, die auf diesem Wege das Verbot ihrer Regierung zu umgehen wünschten. Also auch so

¹⁾ 3. George I. c. 1.

²⁾ Vgl. Bd. 1, 737 ff.; Engl. Ausg. 304 ff.

eine Art Interlopertum. Dem wollte aber England einen Riegel vorschieben. Der Gesandte Lord Stair erhielt den Auftrag, beim Herzoge von Orleans vorstellig zu werden, damit wenigstens nur die Untertanen Frankreichs diesen Handelszweig in die Hand bekämen¹⁾.

Das Handelsverbot blieb in Kraft bis über den Tod Karls XII. hinaus, d. h. bis die Freundschaft mit Schweden wiederhergestellt war. Erst am 4. April 1719 hat Georg I. durch eine im Privy Council beschlossene Proklamation den Handel mit Schweden wieder freigegeben.

* * *

Einen besonderen Platz in Englands nordeuropäischen Handelsbeziehungen nimmt Norwegen ein.

Politisch Dänemark untertan, galt es wegen seiner geographischen Lage, von den britischen Inseln aus gesehen, als ein Nachbarreich. Es war soviel leichter zugänglich als die Ostseeländer. Die Fahrt ging über die freie Nordsee. Man brauchte nicht durch Skagerrack und Kattegat zu steuern, brauchte nicht den Sund zu passieren, nicht dem Könige von Dänemark den Sundzoll zu entrichten. Freilich war von Bergen aus auch der Weg nach Schottland nicht weit, und ängstliche Geister spähnten zu Zeiten sorgenvoll über die Nordsee hinüber nach einer von Norwegen drohenden jakobitischen Gefahr²⁾.

Viel wichtiger aber war der so bequeme Handelsverkehr mit dem alten Wikingerlande. Freilich war, was das menschenarme Norwegen an westeuropäischen Industrieprodukten aufzunehmen vermochte, nicht allzuviel, und die britische Getreideeinfuhr war durch hohe Zölle erschwert. Um so größer war die Menge der Waren, welche England von dort bezog. Die Wälder Norwegens lieferten in bedeutenden Mengen sowohl das Holz für die von der englischen Reederei benötigten Mastbäume und Bretter, wie auch andere Schiffbaumaterialien. Es war ein so ungleicher Austausch, daß die gewöhnliche Rücksicht auf die Handelsbilanz hier ganz aus dem Spiel bleiben mußte. Im Juni 1717 fordert einmal Friedrich Wilhelm I. von seinem Londoner

¹⁾ Craggs an Stair, 27. Oct. 1718. R.O.

²⁾ Wallenrodt, 1./12. Juni 1722. G.St.A.

Residenten eine Auskunft darüber, an wen eigentlich die großen Rimessen gerichtet seien, die kürzlich von England nach Dänemark gesandt worden. Die eingezogenen Erkundigungen ergeben kein klares Bild. Doch, meint Bonet, es mag sich wohl um den Finanzausgleich mit Norwegen handeln. „Ich weiß“, fügt er hinzu, „daß diese Nation jährlich 150 000 £ als Zahlungsausgleich an Norwegen entrichtet, und dabei weiß doch jedermann, daß die Regierung Englands nicht gerade an einem Übermaß von Großmut leidet“¹⁾.

Drei Jahre später, 1720, hat sich jedoch das Bild geändert. In den letzten Zeiten des nordischen Krieges, als der englische Handel durch die schwedischen Kaper bedrängt worden, hatte Dänemark als Herr von Norwegen den Kornzoll fallen lassen. Das britische Getreide durfte in Norwegen frei eingeführt werden. Die Bilanz zwischen beiden Ländern war nahezu ausgeglichen, und schon hatte auch der Getreidebau in britischen Landen durch die neue Exportmöglichkeit einen weiteren Antrieb erhalten. In England hatte man daher begreiflicherweise den Wunsch, daß dieser Zustand keine Änderung mehr erfahren möge, insbesondere auch nicht nach dem zu erwartenden Frieden im Norden.

Vermutlich ist aber damals auf Seiten der dänischen Regierung die Tendenz hervorgetreten, die alten Getreidezölle wieder einzuführen. Da ließen die Kornhändler von Yarmouth, in deren Händen die Getreideausfuhr nach Norwegen vorzüglich lag, der Regierung die Bitte aussprechen, sie möge Sorge tragen, daß die Getreideeinfuhr in Norwegen auch in Zukunft durch Zölle unbeschwert bleibe. Das Schreiben der Kaufleute wurde von Lord Stanhope, der mit dem Könige in Hannover weilte, an den Gesandten Lord Polwarth in Kopenhagen weitergegeben, damit dieser beim Könige von Dänemark die nötigen Schritte tue. Und wir werden wohl, da uns weitere Schriftstücke über diese Frage nicht begegnet sind, nicht fehlgehen, mit der Vermutung, daß es Lord Polwarth gelungen sei, den Wunsch der Kornhändler von Yarmouth zu erfüllen²⁾.

* * *

¹⁾ Bonet 11./22. Juni 1717. G.St.A.

²⁾ Extract of a letter from several merchants of Yarmouth ... (Regencies 64) R.O. Stanhope an Craggs, Gohrde, 7./18. Oct. 1720. S. P. Dom. Entry B. 271 R.O., Polwarth Mss. 2, 638.

Unterdessen hatte die Regierung Georgs I. erkannt, daß mit der ersten *naval stores bill* nicht alles erreicht war. Erreicht war nur die Versorgung mit Teer. Man hatte sich mit dem von der schwedischen Teerkompanie vor 20 Jahren aufgerichteten Monopol trefflich abgefunden. Denn der hohe Preis der aus Schweden bezogenen Waren hatte wirklich die reichliche Erzeugung von Teer in den amerikanischen Kolonien zur Folge gehabt. Und obwohl die Schweden angesichts dieser Konkurrenz mit ihrem Preise wieder herunter gegangen waren, konnten die Engländer neben der Deckung ihres eigenen Bedarfs noch große Mengen von Teer nach Hamburg, Bremen, Portugal liefern. Dagegen hatte sich die Schwierigkeit der Versorgung mit Eisen und Bauholz fast zu einer Krisis gesteigert. So wurden im Januar 1717 die Lords vom Kolonialamt beauftragt, Bericht zu erstatten über die Menge der von den Amerikanern gelieferten Schiffbaumaterialien. Auch sollten sie ihre Meinung darüber abgeben, was geschehen könne, um die Leistungen der Kolonisten noch zu erhöhen¹⁾. Das Amt zog von vielen Seiten Erkundigungen ein, suchte sich auch ein Bild zu machen von dem Verbrauch an *naval stores* im Laufe der letzten 20 Jahre. Die geforderten Gutachten liefen zahlreich ein. Alle erklärten, daß die Leistungen der Amerikaner gesteigert werden müßten. William Bird, ein großer Kaufmann, behauptete in seiner ausführlichen Denkschrift²⁾, Amerika könnte mit Leichtigkeit den ganzen Bedarf, sowohl der Kriegs- wie der Handelsflotte, allein decken. Es wies besonders auf den von Rußland gelieferten Hanf hin. Der Zar weiß genau, wie nötig wir den russischen Hanf für unser Tauwerk brauchen. Er wird uns diesen Artikel, wenn wir ihn nicht von anderer Seite erhalten, bald nur noch auf russischen Schiffen liefern wollen. Thomas Coram, der Schiffbauer und Philantrop, empfahl³⁾ eine Erweiterung des Systems der Prämien. Doch sollten dieselben nicht nur den Importeuren, sondern auch den amerikanischen Erzeugern der Waren gezahlt werden. Er fordert Prämien auch für die Eisenproduktion und

¹⁾ Methuen an die Lords Commissioners for Trade and Plantations 31. Jan. 1716/7. Board of Trade. Plantations General 38. R.O.

²⁾ Memorial of Wm Bird Esq. to the Lords Comm. f. Tr. and Pl., 18. März 1717. Plantations Gen. 38. R.O.

³⁾ An dieselben, 18. März 1717. Plant. Gen. 38. R.O.

den Import nach Großbritannien. Joshua Gee, der große Kenner der internationalen Handelsverhältnisse, stellte in einer eindrucksvollen Denkschrift noch einmal die sattsam bekannten Gesichtspunkte in helle Beleuchtung¹⁾: den unrationellen, weil mit barem Gelde zu bezahlenden Bezug der Schiffbaumaterialien aus dem Osten, die kostspieligen Flottengeschwader, die Gefahr, daß jene Völkerschaften selbst zu seefahrenden Nationen würden. Er wies hin auf den Holzreichtum in Amerika, groß genug, daß Generationen davon niederschlagen dürfen, ohne das Land seiner Wälder zu berauben. Aber mit bloßen Prämien sei es nicht getan. Auf die zollfreie Einfuhr dieser Artikel komme es an. Und damit geht er über die Grundsätze der ersten *naval stores* Akte erheblich hinaus. Für Balken, Bretter, Holzrollen wird die zollfreie Einfuhr auch genügen, um das Geschäft zu beleben. Die Errichtung von Eisenwerken aber ist immerhin so kostspielig, daß hier neben der Zollfreiheit auch noch eine Einfuhrprämie gewährt werden sollte, um das Unternehmen lohnend zu machen. Und die Verarbeitung des Eisens darf nur in England erfolgen. Ja er versteigt sich zu dem Vorschlage, alles dort produzierte Roheisen solle durch gesetzliche Anordnung zunächst nach England importiert werden. Hinterher mögen dann die Kolonien von dem rohen oder verarbeiteten Metall so viel zurückerhalten, wie sie brauchen.

Zu den Denkschriften kamen ferner die Äußerungen der verschiedenen Regierungsbehörden. Das Schatzamt, die Admiralität, die Zollverwaltung wurden gefragt und wirkten mit, um alles notwendige Material zu liefern.

So wurde denn im Jahre 1719 vom Handelsamt eine neue *naval stores bill* vorbereitet. War das frühere Gesetz wesentlich dem Import von Pech, Teer und Terpentin zugute gekommen, so zwar, daß diese Stoffe nun reichlich von Amerika erzeugt und geliefert wurden und daß mit diesen Artikeln noch ein schwungvoller Handel nach andern Ländern entstanden war, so gedachte man jetzt dasselbe mit dem Bezug von Eisen und Bauholz aus den Kolonien zu erreichen. Bisher hatten die Schiffe, die die englischen Manufakturen hinübergebracht, wenn die Ernte in Tabak und Zucker ungünstig ausgefallen war, nur zu oft leer heimfahren, oder

¹⁾ Memorial from Mr. Joshua Gee relating to our trade for iron and timber with the Dominions of the Northern Crowns. 31. Dec. 1718. Board of Trade. Plantations General 38. R.O.

die nächste Ernte abwarten müssen. In Zukunft würde, dank dem Waldreichtum Amerikas, die Ladung niemals fehlen. Ja, in demselben Maße würde auch die Kaufkraft der Kolonisten, ihre Nachfrage nach englischen Manufakturen sich steigern. Sie würden sich den Gedanken, eigene Fabriken errichten zu wollen, leichter aus dem Kopf schlagen. Ja, der Vorteile wären noch mehr. Auch der Vermehrung der Hochöfen in England, für die die Holzkohle noch das Brennmaterial bildete, sollten die erwarteten großen Holztransporte zustatten kommen.

Weil man sich hierin nicht genug tun konnte, ist die Bill gescheitert. Da verbot eine Klausel unter Androhung von Strafen jegliche fabrikmäßige Verarbeitung rohen Eisens. Danach dürfte ja, sagte ein Schriftsteller, fortan in den Kolonien kein Schmied mehr straflos einen Bolzen, einen Zapfen oder einen Nagel herstellen. Unter diesen Umständen war auch der sonst so willkommene Inhalt der Vorlage nicht durchzusetzen. Über die Debatten der beiden Häuser scheinen keine Nachrichten erhalten zu sein, ein späteres Schreiben des *Board of Trade*¹⁾ sagt nur: „Die Bill wurde fallen gelassen, da sich Meinungsverschiedenheiten ergaben über die Einfuhr von Eisen in Stangen aus den Kolonien“.

Natürlich war damit das letzte Wort nicht gesprochen. Das Ziel bleibt, aber seine Erreichung liegt noch in weiter Ferne. Und während die Blicke, ich möchte sagen: sehnsüchtig hinüberschweifen in die neue Welt, durfte man auch das alte Europa und die Ostsee nicht aus dem Auge verlieren. Man wollte die eine Quelle nicht versiegen lassen, ehe die andere sich voll erschloß. Die baltischen Expeditionen — mit der jetzt gegen Rußland gerichteten Front — wurden fortgesetzt, und als Lord Carteret 1719 als Gesandter nach Schweden ging, sprach seine Instruktion²⁾ mit ernstesten Worten von der Gefahr, daß der Zar eines Tages vor den Toren Stockholms erscheine, Schweden erobere und Herr der Ostsee werde. „Das ist eine Erwägung von solcher Bedeutung für den Handel unserer Untertanen, ja für ihre Sicherheit, für welche die Schiffbaumaterialien aus jenen Gebieten so schwer

¹⁾ An den König, 8. Sept. 1721. Col. Off. Board of Trade. Plantations General 38. R.O.

²⁾ Sie ist vom 6. Mai 1719 datiert. S. P. Foreign. Kings Letters. Sweden. 65. R.O.

zu entbehren sind, daß Sie sich dieser Frage mit so viel Eifer und Geschick wie möglich widmen müssen.“

* * *

Hier ist auch der Ort, die berühmte Thronrede vom 19. Oktober 1721¹⁾, in der Robert Walpole dem Lande das Programm seiner Wirtschaftspolitik vorlegte, etwas ausführlicher zu behandeln. Sie ist denkwürdig als ein Zeugnis merkantilistischer Prinzipien. Das Kernstück darin aber bildet das über die Schiffbaumaterialien Gesagte.

Die vom Lord Chancellor im Namen des anwesenden Monarchen vorgetragene Rede beginnt mit dem Hinweis auf den glücklich hergestellten Weltfrieden — der nordische Krieg ist soeben beendet worden — als Voraussetzung für das Gedeihen der Wirtschaft, nämlich „für die Ausdehnung unseres Handels, auf dem der Reichtum und die Größe unserer Nation vornehmlich beruhen“. Um das zu erreichen, soll der Export der eigenen Fabrikate auf der einen, der Import der Rohstoffe auf der andern Seite, soviel wie möglich, erleichtert werden. Dadurch, so fährt der Redner fort, werden die drei großen Ziele erreicht, von denen alles weitere abhängt: die günstige Handelsbilanz, die Steigerung der Schifffahrt, die Arbeitsbeschaffung für die Massen oder, wie er in der Sprache der Zeit sich ausdrückt, für die Armen.

An die Commons sich wendend, in deren Händen die Finanzgesetzgebung ruht, empfiehlt er ihnen Herabsetzung oder den völligen Wegfall jener Zölle, mit denen die vom Auslande hereinkommenden Rohstoffe zur Zeit noch belastet sind. Der dadurch entstehende Ausfall an Staatseinkünften werde reichlich aufgewogen werden durch den Nutzen für die Gesamtheit.

Und nun geht die Thronrede zu dem wichtigen Thema der Versorgung Englands mit Schiffbaumaterialien über. „Unsere Pflanzungen in Amerika“, heißt es, „sind reich gesegnet mit den meisten der Materialien, die so notwendig und so wichtig sind für unseren Handel und unsere Kriegsmarine. Und wenn es uns gelingt, durch richtige Begünstigung von dort her mit diesen Schiffbaustoffen versorgt zu werden, die wir zur Zeit

¹⁾ Parl. Hist. 7, 912. Über Walpole als Verfasser vgl. Coxe, Rob. Walpole (1798) 1, 163.

noch gezwungen sind, von fremden Ländern zu kaufen und einzuführen, es würde nicht nur Reichtum, Einfluß und Macht unseres Volkes gewaltig steigern, sondern auch durch die Beschäftigung unserer Kolonien in diesem nützlichen und einträglichen Betriebe, sie davon abhalten, Industrien zu errichten und zu betreiben, durch die sie mit denen Großbritanniens direkt in Konkurrenz treten würden“.

Es sind nicht neue Gedanken, die hier verkündigt werden, nichts anderes als was die Theoretiker seit hundert Jahren gefordert haben und was mit der ersten, beschlossenen, und mit der zweiten, der gescheiterten *naval stores bill* bezweckt worden. Neu ist nur die Form, in der es hier von höchster Stelle aus, mit der ganzen Feierlichkeit der Thronrede, vorgetragen wird. Es ist der Souverän, der dem Parlamente, und durch das Parlament dem gesamten Volke das Programm seiner Wirtschaftspolitik entwickelt. In Europa, sagt er, herrscht Friede. Kein Kriegsgetümmel wird die Ruhe stören. So möge man denn bei Beginn einer neuen Epoche sich auf die Grundsätze besinnen, von denen man sich, wie bisher, so auch in Zukunft leiten lassen wird. Und dem Urheber dieses Programms, Robert Walpole, muß man die Gerechtigkeit antun und sagen: er hat sich getreulich daran gehalten. Seine Reden, seine Gesetze, sie sind zwei Jahrzehnte lang von demselben Geiste erfüllt. Nichts Fremdes tritt dazwischen. Von den Prinzipien, die nach ihm kommen, spürt man noch nichts. Es ist wohl nicht oft geschehen, daß ein Wirtschaftssystem so einheitlich, so geschlossen einem Lande bekannt gegeben und so konsequent durchgeführt worden ist. Man spürt den staatsmännischen Geist, der das Ganze beseelt.

* * *

Das in der Thronrede enthaltene Programm fand bald seine Erfüllung in der *naval stores bill* von 1722¹⁾. Sie führte das schon von Joshua Gee empfohlene Prinzip der Zollfreiheit der wichtigsten Schiffbaumaterialien in die Gesetzgebung ein. Der gesamte Import von Holz, seien es Bretter, Balken oder Masten, sollte, wenn es aus den britischen Kolonien in Amerika stammte, für die nächsten 21 Jahre von allen Zöllen und Abgaben frei

¹⁾ 8. George I. c. 12.

sein. Dieselbe Zollfreiheit sollte auch für die Einfuhr von Hanf gelten. Natürlich wurden daneben auch die bereits durch die Akte von 1704 geschaffenen Einfuhrprämien für die Zukunft beibehalten.

Doch auch mit diesem Gesetze ist ein voller Erfolg nicht erzielt worden. In den nächsten Jahren hat sich nicht viel verändert. Der Import aus dem Osten hatte 1728, wie wir von Defoe erfahren¹⁾, überhaupt nicht abgenommen. Der nordische Krieg war zu Ende, aber der Ehrgeiz Peters des Großen war geblieben; mit ihm auch das Streben Englands, unabhängig zu werden von der Versorgung durch die Ostseeländer. Und vollends waren die Wünsche, die man in bezug auf Amerika hegte, entfernt nicht erfüllt. Die Schriftsteller fahren fort, das alte Thema zu behandeln, den Westen auszuspielen gegen den Osten, die Gesichtspunkte der Thronrede vom Oktober 1721 zu wiederholen, und hinzuweisen auf die unzureichende Lösung durch das Gesetz von 1722. Joshua Gee berief sich in seinem Werk „*Trade and Navigation considered*“²⁾ auf die Gedanken seiner 1716 den *Lords of Trade* vorgelegten Denkschrift. Am schärfsten ist das Urteil Defoes³⁾ „Matte und schwächliche Schritte sind getan, halbe Maßregeln getroffen worden, als ob wir zwar die erwarteten Vorteile kennten, aber so phlegmatisch, als ob wir wie der Faule in den Sprüchen Salomonis, unsere Hand im Busen verbergen⁴⁾, und sie nicht wieder zum Munde führen. So steht es mit der Übertragung unseres Bedarfs an Schiffbaumaterialien, an Bauholz, Brettern, Masten von Norwegen, Schweden und den Ländern des Ostens auf unsere Kolonien in Amerika.“

Um dieselbe Zeit wurde auch schon ein neues Gesetz vorbereitet. Die Lords der Admiralität haben in einer Denkschrift Maßregeln empfohlen, um die Wälder in Nordamerika vor Verwüstung zu schützen, und ferner um die Erzeugung und Vervollkommnung von Hanf, Pech, Teer und anderer *naval stores* zu fördern. Die Denkschrift ist aus der Hand des Monarchen an einige Abgeordnete weitergegeben worden, die nun einen

¹⁾ Plan of the English Commerce (1728). 278.

²⁾ 2d ed. 1730. 58.

³⁾ Plan of the English Commerce, 1728. 348 ff.

⁴⁾ Defoe folgt hier, wie mir von theologischer Seite mitgeteilt wird, der „Authorised Version“ von 1611.

Gesetzentwurf vorbereiteten¹⁾. Daß auch Walpole selbst sich mit der Sache beschäftigte, erfahren wir halb zufällig aus dem Umstande, daß die Denkschrift sich heute in dem Walpoleschen Nachlasse befindet.

So kam es zu der dritten *naval stores* Bill von 1729.

Liest man den Wortlaut des neuen Gesetzes²⁾, so sieht man sofort, daß die letzte Bill ihren Zweck verfehlt hatte. War damals in den gesamten britischen Kolonien längs des Atlantischen Ozeans von Nova Scotia bis New Jersey das Fällen von Weißtannen, die als Masten dienen konnten, verboten worden, so hört man hier, daß in weiten Landstrichen, besonders in der Nähe der Städte, die schlanken Stämme massenhaft geschlagen und für den Häuserbau verwendet worden sind. So wird das Verbot erneuert und seine Übertretung mit schweren Strafen bedroht. Das Gesetz wirft ferner freigiebig Prämien aus für die Einführung der *naval stores* in England, für Masten und Bugspriete, für Teer und Pech und Terpentin, und es wurde noch verfügt, daß diese Prämien durch die Kommissare des Flottenamtes zu zahlen seien. Und es ist ferner bemerkenswert, daß auch aus Schottland eingeführte Masten dieselben Prämien erhalten sollen, wie diejenigen aus Amerika.

* * *

Mit dieser Akte hatte die *naval stores*-Gesetzgebung ihr letztes Wort gesprochen. Sie mag ihren Zweck nicht ganz verfehlt haben, und wirkte fort, ohne daß die Öffentlichkeit ihr viel Beachtung schenkte. Sicherlich sind Materialien aus der Neuen Welt in erheblichen Mengen herübergekommen. Daß freilich der Ertrag der dortigen Waldungen in dem vollen Umfange, wie es gefordert wurde, nach England überführt worden wäre, davon kann gar keine Rede sein. Und der andere, der so stark betonte, wenn auch in den drei Akten verschwiegene Zweck, ist unerfüllt geblieben. Die gewünschte Unterdrückung der jenseits des Ozeans aufblühenden Industrien ist niemals erreicht worden. Die Geschichte Amerikas weiß davon zu erzählen.

¹⁾ Representation relating to Encouragement to be given upon the Importation of Naval Stores from His Maj.'s Plantations in America. March 20. 1727/8. Houghton Mss.

²⁾ 2. G. II. c. 35.

Inzwischen war, nach dem Tode Peters und Katharinas, die russische Gefahr vorübergegangen. Eine seefahrende Nation, die ihre Produkte den anderen Völkern selbst zuführt, war Rußland nicht geworden. Die Angst der Engländer um die Versorgung mit dem Nötigsten war umsonst gewesen. Osten und Westen mögen den Bedarf nun gemeinsam gedeckt haben. Kaum war Georgia, die südlichste der festländischen Kolonien gegründet, so hören wir schon, daß ein gewisser Berry sich bei dem Londoner Rate der Kolonie vorstellt, der hinübergehen möchte, um in Georgia Bauholz für die Kriegsflotte zu schlagen. Aber die Kosten sind hoch, der Rat verweist den Mann an die Admiralität, und man erfährt nichts weiter von der Sache¹⁾.

So mag es gegangen sein bis zum Unabhängigkeitskriege der Amerikaner. Die Kolonisten sind ein Volk geworden von eigenem Charakter und eigenen Interessen. So zerreißen sie die Bande und das alte England kann sie nicht halten, kann ihre Wirtschaft nicht länger beherrschen. Und die *naval stores*? Zwar hört man nach dem Versailler Frieden, nachdem die alten Kolonien sich stolz als die Vereinigten Staaten von Amerika den Mächten der Welt zur Seite gestellt haben, man hört noch 1786²⁾ von einer Bill zur Förderung des Imports von *naval stores* aus den Kolonien nach England. Aber da handelt es sich nur um das weit nördlich vorgeschobene und im Besitze Englands befindliche Nova Scotia und die übrigen in britischem Besitz verbliebenen Gebiete. Immerhin lehrt uns die Geschichte, daß es England auch in folgenden Zeiten an den benötigten Schiffbaumaterialien nicht gefehlt hat. Wie wäre sonst die machtvoll überlegene Position zu verstehen, in der die britische Marine um die Jahrhundertwende erscheint, im Zeitalter Nelsons und Napoleons?

* * *

Im Rahmen der Gesetzgebung über die Schiffbaumaterialien, aber, historisch gesehen, weit darüber hinausragend, bleibt noch ein besonderer Zweig der nordischen Handelsinteressen Englands zu betrachten, seine kommerziellen Beziehungen zum Zarenreiche und die dafür gewonnene neue Grundlage.

¹⁾ Egmont, Diary 2, 362.

²⁾ Anderson, Commerce 4, 630.

Der englisch-russische Handelsvertrag vom 2. Dezember 1734 darf ein höheres Interesse beanspruchen. Er brachte die Erfüllung eines alten Wunsches der Engländer, den sie fast 200 Jahre lang gehegt hatten, seitdem sie zum ersten Male in den unmittelbaren Handelsverkehr mit dem Reiche des Zaren von Moskau eingetreten waren. Seitdem der viel genannte Kapitän Chancellor den Versuch, die nordöstliche Durchfahrt zu finden, zu seinem Glücke aufgegeben hatte und in die Mündung der Dwina eingelaufen war, stand der russische Markt den Kaufleuten aus Britannien offen. Die Verbindung ward festgehalten. Und wenn auch als eine Folge des englischen Bürgerkrieges und der Hinrichtung Karls I. der Verkehr unterbrochen gewesen, so hatte er doch unter Peter dem Großen bereits wieder eine gewisse Blüte erreicht. Dabei waren die Interessen der beiden geographisch so weit voneinander entfernten Völker verschieden genug. Die Engländer hatten allein das Geschäft im Auge, in die politischen Verhältnisse des Ostens einzugreifen, lag ihnen fern. Die Russen aber meinten: wozu dieser Geschäftsverkehr, an dem jene Kaufleute aus dem Westen soviel verdienen, wenn nicht für die Bewohner des Zarenreiches auch ein politischer Gewinn, eine Stärkung ihrer Machstellung damit verbunden ist? Um es kurz zu sagen: England will einen Handelsvertrag, Rußland wünscht eine politische Allianz. So war es fast 200 Jahre lang gegangen, das Spiel fing immer wieder von vorn an, und keiner von beiden Teilen erreichte sein Ziel.

Bei dem drängenden, nie ruhenden Verlangen der Engländer nach dem Handelsvertrage wundert man sich auch nicht, hie und da in den Akten schon Entwürfen zu solchen Verträgen zu begegnen¹⁾. Aber sie bringen wenig Positives. Über Allgemeinheiten kommt man noch nicht hinaus. Man redet von der Sicherung des Handels und seiner Träger, von der freien Bewegung der Kaufleute in den gegenseitigen Staaten, von der durch die beiderseitigen Behörden geübten Aufsicht; auch von der Behandlung der Kaufleute im Kriegsfall. Man will überhaupt

¹⁾ Ein „Project of a Treaty of Commerce with Muscovy“ findet sich im R.O. unter Col. Off. Board of Trade. Trade Papers 23. Vielleicht ist es das Norris 1718 mitgegebene Projekt (Instruction für Norris, 14. Oct. 1718. Kings Letters. Russia 54). Dann wäre es auch identisch mit dem Kurakin 1716 übergebenen (Bd. 2, 425).

gegen jede Störung des Handels, gegen Belästigung, gegen Schikanen gesichert sein. Und was besonders interessant ist, man will von dem Vertragsgegner nicht unfreundlicher behandelt werden als die Angehörigen irgend einer andern Nation. Denn die Meistbegünstigungsklausel scheint niemals zu fehlen.

So geht es bis 1718. Jetzt hat man sich bereits darauf eingestellt, daß der Handel mit dem inneren Rußland nicht mehr auf den Weg über das nördliche Eismeer beschränkt sei. Die Ostseehäfen sind in der Hand des Zaren, und wenn er auch noch nicht der anerkannte Landesherr ist, so hat die *Russia Company* es nun doch mit seinen Behörden, wie vordem mit denen Schwedens, zu tun.

Seit dem Tode Karls XII. aber hatte die englische Politik den uns bekannten Frontwechsel vollzogen. Seit 1719 haben die britischen Ostseegeschwader nicht mehr den englischen Handel gegen schwedische Kaper zu schützen. Sie haben nunmehr die Aufgabe erhalten, die Aktionen der Russen in der Ostsee lahm zu legen. Wir erinnern uns, wie in demselben Geiste die Politik Lord Stanhopes in den letzten Jahren des nordischen Krieges noch einmal den Versuch machte, Rußland von der Ostsee auszuschließen. Es versteht sich, daß unter solchen Umständen der englisch-russische Handel nicht gedeihen konnte. Und daran hat sich auch, so lange Peter lebte und selbst unter seiner Nachfolgerin Katharina um so weniger geändert, da ja Rußland, wie ebenfalls erzählt wurde, der Wiener Allianz beigetreten war. So hört man denn gelegentlich von der Konfiskation britischer Schiffe und Güter und von der Verhaftung britischer Kaufleute¹⁾.

* * *

Die *Russia Company* hatte keinen leichten Stand und fand nicht einmal bei der Regierung stets williges Gehör. Bezeichnend ist besonders der Fall von 1724. Hilfesuchend hatte sich die Gesellschaft an das Handelsamt gewendet, da sie sich in einem ihrer wichtigsten Geschäftszweige bedroht glaubte. Unter den Schiffbaumaterialien, die sie in Rußland zu kaufen und nach England zu liefern pflegte, spielte der Hanf eine wichtige Rolle,

¹⁾ Jefferyes' Berichte vom 10. Apr. a. St. 25. Sept. a. St. 1719. R.O.

um so wichtiger, da die Produktion dieses Artikels in den amerikanischen Kolonien noch in den Anfängen lag, der Bezug aus den Ostseegebieten also noch nicht zu entbehren war.

Seit einiger Zeit hatte sich aber eine lästige Konkurrenz aufgetan. Holländische Kaufleute pflegten den russischen Hanf in großen Mengen aufzukaufen, nach den Niederlanden zu verschiffen und von dort aus auch England mit diesem Artikel zu beliefern. Sie konnten dabei unbehindert durch jegliches Monopol die Ware auch billiger auf den englischen Markt bringen, als die *Russia Company* dies zu tun pflegte, und der Käufer, d. h. sowohl die privaten Reeder wie die Admiralität hatten den Vorteil davon.

Nun fehlte es aber der Kompagnie an der gesetzlichen Handhabe, um die holländische Konkurrenz ausschließen zu können. Durch zwei Parlamentsakten aus der Zeit Karls II. war der Import von Hanf lediglich an die Bedingung geknüpft, daß dieser Import nur auf britischen Schiffen erfolgen dürfe, doch ohne jede Einschränkung in bezug auf die Herkunft der Ware. Die Holländer brauchten also den aus Rußland bezogenen Hanf nur in einem holländischen Hafen an einen britischen Reeder weiterzugeben, der sie nach England brachte, und die Kompagnie war ausgeschaltet. Ihr Wunsch ging also dahin, die für so viele Handelsartikel geltende Vorschrift, daß dieselben nur direkt aus dem Ursprungsland der Ware kommend, in England eingeführt werden durften, auch auf den russischen Hanf angewendet zu sehen, oder, der Regel der Navigationsakten entsprechend, auch der Hanf sollte in die Zahl der „*enumerated commodities*“ eingereiht werden.

Die Lords vom Handels- und Kolonialamt aber versagten sich den Wünschen der Kompanie. Durch den Staatssekretär im Namen des Königs zu einer Äußerung aufgefordert, haben sie ihrerseits wieder den *Attorney* und den *Solicitor General*, sowie auch einen am russischen Handel interessierten Kaufmann vernommen, um sodann in ihrem ausführlichen Gutachten¹⁾ ebenso die juristische wie die wirtschaftliche Seite der Frage gründlich erörtern zu können. Nach ein paar Gesetzen aus der

¹⁾ Die Lords of Trade an Georg I. Whitehall, 20. März 1724. Board of Trade. Commercial. Series I. 22. R.O.

Zeit Karls II. war der Import von Hanf insofern beschränkt, daß er zwar nur auf britischen Schiffen, aber aus allen Teilen Europas eingeführt werden durfte, d. h. nicht, wie bei so vielen anderen Artikeln, nur aus dem Ursprungsland der Ware. Und daran, meinten die Lords, sollte man festhalten. Sie fanden, daß die Regierung sich von dem Bestreben leiten lassen solle, den Preis des Hanfs so niedrig wie möglich zu halten. Es sei deshalb nicht geraten, der Kompanie ein absolutes Monopol in die Hand zu geben.

Und endlich fehlte in dem Gutachten der Lords auch nicht der Hinweis auf die *naval stores* Gesetzgebung, also auf die Erleichterungen, die von Amerika zu erwarten seien. Schon konnte ja der Bedarf an Pech und Teer in der Hauptsache aus den Kolonien gedeckt werden. Warum sollte mit dem hier umstrittenen Artikel, mit dem Hanf, nicht dasselbe zu erhoffen sein?

So geschah es, daß in dem Interessengegensatz zwischen einer großen Handelsgesellschaft und der in der Kolonialpolitik allgemein waltenden Tendenz die Kompagnie gelassen preisgegeben wurde.

* * *

Auch der diplomatische Verkehr mit Rußland hatte seine Schwierigkeiten. Jahrelang ist er ganz unterbrochen. 1725 wurde ein englischer Generalkonsul nach Rußland geschickt¹⁾. Kaum ist er in Petersburg angekommen, als er vom russischen Kollegium für Auswärtige Angelegenheiten die Weisung erhält, den Boden Rußlands binnen acht Tagen zu verlassen²⁾. Erst fünf Jahre später kann wieder von einer Annäherung die Rede sein. Ein gewisser Thomas Ward, wird zum Generalkonsul ernannt, neben seinen Instruktionen soll ihm ein Memorial der *Russia Company* ausgehändigt werden und dazu die Skizze eines Handelsvertrages³⁾. Doch hat er das Amt nicht angetreten. Statt seiner wird ein gewisser Claudius Rondeau genannt, der zuerst als Generalkonsul, dann als Resident auftritt⁴⁾, und

¹⁾ Commissions für John Deane, St. James's, 11. Mai 1725. R.O.

²⁾ Berichte John Deanes vom 8. u. 16. Juni 1725. R.O.

³⁾ Mit den Instruktionen vom 5. Mai 1730. R.O.

⁴⁾ Instruktion für Rondeau vom 31. Aug. 1731. King's Letters. Russia 57. R.O.

dessen Namen man unter dem später geschlossenen Handelsvertrage finden wird. Denn schon ist wieder häufiger von dem Handelsvertrage die Rede, und seit 1733 nehmen die Verhandlungen über einen solchen greifbare Gestalt an.

* * *

Eine politische Annäherung war vorangegangen. Durch den Wiener Frieden vom 16. März 1731 ist England der Verbündete Österreichs geworden. Österreich befindet sich im Bunde mit Rußland. Und da seit diesem Wiener Frieden auch der Gegensatz der Westmächte, England und Frankreich, der solange geruht hatte, wieder lebendig wurde, so ward England durch die europäische Politik an die Seite der Ostmächte geführt. Damit war die Atmosphäre geschaffen, die der Verwirklichung der alten Pläne günstig erschien. Hie Allianz — hie Handelsvertrag, so lauteten wieder einmal die zwischen Rußland und England hinüber und herüber gerufenen Forderungen.

Nicht Österreich allein warb damals bei England um militärische Hilfe. Rußland unter Anna Iwanowna war nicht minder eifrig in dem Bemühen um die Unterstützung des Inselreiches. Und auch die Politiker der Zarin, die Ostermann, Biron, Schaffiroff, glaubten, daß jetzt der Moment gekommen sei, das nie Dagewesene zum Ereignis werden zu lassen und den alten Wunsch der Großfürsten von Moskau zu erfüllen. Was man dieses Mal von England insbesondere forderte, war die Entsendung einer britischen Flotte in die Ostsee. Man hatte vernommen, daß Frankreich ein Geschwader schicken werde, und fürchtete schon, daß die im nordischen Kriege gewonnenen Ostseeprovinzen durch die Macht Frankreichs bedroht würden. Darum der Ruf nach der englischen Flotte. Die Zeiten, da die Admiräle Norris und Wager in den nordischen Gewässern erschienen, waren noch nicht vergessen. Man erinnerte sich, wie stark die Geschicke jener Gebiete durch die bloße Anwesenheit britischer Geschwader bestimmt worden waren. Man wußte, daß ohne sie der Ausgang des nordischen Krieges ein anderer gewesen wäre. Damals war England freilich als Gegner Rußlands auf dem Platze erschienen und hatte die russischen Kriegsschiffe an der Ausfahrt aus ihren Häfen gehindert. Dieses Mal sollte die englische Seemacht der französischen in der Ostsee Widerpart halten.

Um es gleich zu sagen, das hier angedeutete Ereignis ward nicht zur Wirklichkeit. Die Waffen Frankreichs und Englands sind in der Ostsee nicht aufeinander gestoßen, da ja, wie wir noch zu erzählen haben, das Walpolesche England sich diesem Kriege überhaupt fern hielt. Und auch die Sorge der Russen um ihren Ostseebesitz war unbegründet. Die kleine französische Flotte, die im Mai 1734 mit einer Handvoll Soldaten in der Ostsee auftauchte, wollte nur den in Danzig belagerten Stanislaus Leczinsky Entsatz bringen und war selbst dafür zu schwach. Von einem Angriff auf Rußlands baltische Provinzen aber konnte vollends nicht die Rede sein.

So wies denn die Regierung Englands auch die russischen Bündnispläne weit von sich. Immer wieder kam Prinz Kantemir, der russische Resident in London, auf den Allianzplan zurück¹⁾. Die englischen Minister lehnten ab, und von Horace Walpole bekam der Russe eines Tages den erschreckend deutlichen Bescheid zu hören, das englische Volk verlange zwar sehnlichst nach einem Handelsvertrage, aber es werde nicht ein Bündnis schließen, bei dem alle Vorteile auf der Seite Rußlands wären, während Großbritannien nur die Kosten zu tragen hätte. Andererseits glaubte man im Kreise der englischen Regierung, daß es nun Ernst werden könne mit dem Handelsvertrage²⁾. Der Gesandte Lord Forbes schrieb schon im Juli 1733, der Wunsch der Russen nach einer Allianz biete wohl die günstige Gelegenheit für einen Handelsvertrag. Die nun begonnenen Verhandlungen zogen sich freilich fast durch anderthalb Jahre hin, was besonders durch die immer wieder dazwischen tretenden russischen Bündnispläne zu erklären ist. Man darf die Russen nicht zu sehr drängen, schreibt Forbes im September 1733³⁾; denn sonst würden sie ihrerseits eine Allianz fordern.

* * *

So war die Lage. England mußte sich immer wieder der russischen Bündnisangebote erwehren. Das eine Mal lehnte man ab, weil es einen offenen Bruch mit Frankreich bedeuten

¹⁾ Vgl. die Einleitung zu dem Handelsvertrage von 1734 bei Martens, *Recueil des traités ... Angleterre* (1892) 62 ff.

²⁾ Das folgende besonders nach den Korrespondenzen im *Sbornik* 76.

³⁾ Ebd. 110.

würde, ein anderes Mal, weil der Eindruck in Schweden ein zu ungünstiger wäre¹⁾. Als im Februar 1734 Ostermann erklärt: ohne politisches Bündnis kein Handelsvertrag, da fragt Lord Forbes: Soll das heißen, daß es aus ist mit unseren Verhandlungen? Keineswegs, lautet die erschreckte Antwort. Im Gegenteil, man werde alles tun, um England zufriedenzustellen. Um die Russen für den Handelsvertrag günstig zu stimmen, suchen die Engländer ihnen zu beweisen, daß Rußland selbst das größere Interesse daran habe; denn England sei sein bester Abnehmer. Oder man kommt mit der Drohung: Wenn England die ihm wichtigen Artikel, nämlich die Schiffbaumaterialien, nicht mehr aus Rußland beziehen kann, so wird es die Erzeugung derselben in seinen eigenen Kolonien betreiben und steigern. Dann aber hat Rußland das Nachsehen.

Es ist doch recht interessant zu sehen, wie hier seitens der englischen Regierung Osten und Westen gegen einander ausgespielt werden. Auf der einen Seite sollen die Amerikaner zu Lieferanten von Schiffbaumaterialien erzogen werden, weil der Bezug aus der Ostsee unsicher geworden ist. Auf der anderen Seite droht man den Russen mit der amerikanischen Konkurrenz. Amerika und die Ostsee; die *naval stores Bills* und der Handelsvertrag mit Rußland erscheinen hier in merkwürdiger Wechselwirkung. So beherrschend zeigt sich das wirtschaftliche Interesse, ebenso in der Kolonialpolitik wie in den Beziehungen der Mächte.

* * *

Unterdessen hatte man sich in London wie in Petersburg schon eifrig mit den Einzelheiten des zu schließenden Handelsvertrages beschäftigt. Im August 1733 legten die Lords vom Handelsamt dem Könige eine Denkschrift vor, in der sie auf Grund ihrer von der *Russia Company* eingeholten Informationen die Grundsätze darlegten, die bei den Verhandlungen mit der russischen Regierung maßgebend sein müßten²⁾.

Vor zehn Jahren hatte sich, wie wir wissen, das Handelsamt den Wünschen der Kompanie versagt. Dieses Mal aber machte

¹⁾ Sbornik 76, 168 ff.

²⁾ Sbornik 76, 78 ff.

es sich den Standpunkt der Kompanie vollkommen zu eigen. Was man aus der Denkschrift der *Lords of Trade and Plantations* erfährt, ist etwa das folgende: Um das Jahr 1724 war im Handel mit Rußland eine ungünstige Wendung eingetreten. Ehedem pflegte die Kompanie in großen Mengen grobe und feine Tuche nach Rußland zu liefern. Die groben wurden für die Uniformen russischer Soldaten verwendet, und das Geschäft war um so lohnender gewesen, da ja unter Peter dem Großen die Armee so stark vermehrt wurde. Seit 1724 war aber die Konkurrenz preußischer Tuche bedrohlich geworden. Preußen konnte wohlfeiler liefern, weil die Arbeit daselbst so viel billiger war. So kam es nun darauf an, ob die englischen Fabrikanten imstande sein würden, mit ihrer Ware auf die niedrigeren preußischen Preise herunter zu gehen, falls nur auf der Seite Rußlands die Bedingungen für beide die gleichen waren.

Die Kompanie wußte Rat, und die Lords vom Handels- und Kolonialamt machten sich ihren Vorschlag zu eigen. In Irland sagten sie, seien die Arbeitslöhne viel niedriger als in England. So brauche man dann nur die von Irland kommende Rohwolle zollfrei in England einführen zu lassen und ebenso das irische Garn. Damit würde die Konkurrenzfähigkeit der englischen Tuche mit den preußischen wiederhergestellt sein.

Nicht minder peinlich war eine andere Konkurrenz, die das englische Geschäft auf den russischen Märkten erschwerte. Hier handelte es sich um die feineren Tuchsarten. Auch hier soll mit dem Jahre 1724 die ungünstige Wendung eingetreten sein. Bis 1724 hatte die Kompanie auch diese feineren Tuche in erheblichen Mengen nach Rußland gesandt. Doch war dies nur ein Transithandel gewesen. Russische oder armenische Händler kauften die Ware und transportierten sie weiter nach Persien, von wo sie dafür Rohseide und andere Produkte des Ostens dem europäischen Handelsverkehr zuführten. Dabei hatte immerhin auch die Kompanie, die diese Waren in Empfang nahm, noch ihren Profit gehabt. Nun aber hatte sich — es heißt wieder: seit 1724 — auch dieser Geschäftszweig sehr zu Ungunsten der Engländer gewandelt. Die Armenischen Kaufleute hatten sich in Moskau selbst niedergelassen und den ganzen Handel mit Persien in ihren Besitz gebracht. Sie pflegten nun die Rohseide und andere persische Produkte mit Umgehung der *Russia Com-*

pany zwar nicht nach England, aber nach Holland zu schaffen und dafür die Industrieprodukte des Westens einzuhandeln, um sie bis nach Persien zu exportieren.

Solche Klagen waren es, die von der Kompanie erhoben und vom Handels- und Kolonialamt an den König weitergegeben wurden. Positive Vorschläge wurden damit verbunden. Die englischen Kaufleute, heißt es, dürfen in Rußland nicht schlechter gestellt sein als die armenischen. Rußland hatte diese für europäische wie für die Waren des Ostens einen Durchgangszoll von nicht mehr als 3% zahlen lassen. Die Engländer aber mußten 25 oder gar 27% zahlen und mußten sehen, wie dieser Geschäftszweig ganz in die Hände der Armenier hinüberglitt.

Hier konnte nur eine vertragliche Bindung Abhilfe schaffen. Man braucht, erklärt die Denkschrift, den Russen nur klar zu machen, daß England als der große Abnehmer der Schiffbaumaterialien mehr russische Waren kaufe, als das ganze übrige Europa zusammengenommen. Dafür sollte England nun auch bei der Einfuhr europäischer Produkte die Vorhand haben. „Denn es ist höchst dringend für uns, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um die Einfuhr und den Verbrauch unserer Manufakturen in jedem fremden Lande zu fördern, ganz besonders aber in einem so ungeheuren Reiche wie Moskau 1).“

* * *

Nicht oft begegnet uns in den Akten über die fortschreitende Verhandlung der Name der Zarin Anna Iwanowna. Die durch die mächtige russische Aristokratie auf den Thron erhobene Fürstin, eine Nichte Peters des Großen, war klug und energisch. Sie hatte es bald verstanden, die ihr anfangs angelegten konstitutionellen Fesseln abzuschütteln und stand nun als russische Selbstherrscherin da, nicht anders als ihre Vorgänger. Und wenn auch die Regierung meist in den Händen mächtiger Ausländer, besonders ihres Günstlings Biron, lag, so hat sie an den wichtigeren Entscheidungen doch auch persönlich Anteil genommen. So geschah es auch mit dem Handelsvertrage. Sie folgt mit lebhaftem Interesse dem Gang der Verhandlung, sie läßt sich von Graf Ostermann darüber berichten und drängt immer wieder

1) Sbornik 76, 85.

auf den Abschluß, so sehr, daß Ostermann darüber erkrankt 1). Und als eines Tages Biron mit dem Britischen Bevollmächtigten darüber verhandelt, steht Anna Iwanowna in der Thür hinter einem Vorhang und horcht auf jedes Wort, das gesprochen wird 2). Eine Szene, wie sie ganz ähnlich auch einmal von Maria Theresia erzählt wird.

Ehrgeizig wie sie war, hat Anna Iwanowna beim Abschluß dieses Handelsvertrages mit England noch ein besonderes Ziel verfolgt und erreicht: Die Anerkennung des Kaisertitels durch den König von Großbritannien. Peter der Große hatte damit begonnen, sich so zu nennen. Er tat es, indem er die Welt glauben machen wollte, als ob der Kaisertitel den russischen Herrschern seit alten Zeiten gebühre, und als sei er ihnen auch von den mächtigsten Herrschern Europas nicht vorenthalten worden. Wo dergleichen wirklich geschehen war, hatte es sich freilich nur um die blumige und überschwengliche Redeweise gehandelt, wie die Fürsten des Abendlandes sie gegenüber orientalischen Potentaten zu verwenden pflegten. Immerhin hatte das Thema des Kaisertitels seit der Zeit Peters eine gewisse Rolle in den diplomatischen Akten der Zeit gespielt. Schon Whitworth soll während seiner Gesandtschaft in Petersburg den Zaren als Kaiser begrüßt haben 3). Im Jahre 1717 forderten die Russen, daß auch in einem für zwei Engländer, Norris und Whitworth, ausgestellten Beglaubigungsschreiben ihr Herr den Kaisertitel erhalte 4). Im nächsten Jahre ward aus den Archiven von Moskau ein Schriftstück zutage gefördert und durch den Druck bekannt gemacht, ein Brief Maximilians I. an den Zaren Wassilji Iwanowitsch aus dem Jahre 1514, in dem dieser als Kaiser und Herrscher aller Reußen bezeichnet wird 5). Dieses Schriftstück aus dem frühen 16. Jahrhundert und in dem bekannten pompösen Stil gehalten, sollte nun im Ernste den Anspruch Peters auf den Kaisertitel begründen.

1) Sbornik 76, 143.

2) Ebd. 196.

3) Vgl. Art. Whitworth. D.N.B.

4) Norris u. Whitworth an Sunderland. Amsterdam, 6. Aug. 1717. N.S. R.O.

5) Vgl. H. Ulmann, Maximilian I. in dem Konflikt zwischen dem deutschen Orden u. Polen, 1513—1515. (Forsch. z. dtshn. Gesch. 18.)

Ein Exemplar der seltenen Druckschrift befindet sich in Rec. Off.

Seine Zarische Majestät, sagte man damals in Rußland¹⁾, wolle „als ein von Europa deklariertes Kaiser sterben“. Ein weiterer Schritt auf diesem Wege war es, als Peter sich nach dem Nystader Frieden durch die beiden höchsten Reichsbehörden, Senat und Synod, die Kaiserwürde in aller Form übertragen ließ²⁾.

Anna Iwanowna aber strebte nach der Anerkennung durch die Souveräne Europas. In England vernahm man die Forderung mit einem gewissen Erstaunen, stand ihr aber keineswegs schroff ablehnend gegenüber und meinte etwa: warum sollte man ihr nicht den kleinen Gefallen tun, besonders wenn man Handelsvorteile dafür eintauscht. Noch am 21. September 1734 berichtet der englische Unterhändler aus Petersburg, der Handelsvertrag wird ohne Anna Iwanownas Lieblingstitel „Kaiserin“ kaum zu haben sein. Am Titel soll es nicht scheitern, war die gemütliche Antwort des englischen Staatssekretärs³⁾. So ward denn die Zarin in dem Instrumente wirklich nicht etwa nur als „Ihre Zarische Majestät“ bezeichnet — diese Form hatte sie sich ausdrücklich verboten — sondern als Ihre Majestät, die „Kaiserin aller Reußen“. Dafür mußten sich die Russen freilich bereit finden, dem Verträge noch eine Deklaration anzuhängen, in der gesagt war, daß aus dem neuen Titel der Zarin keinerlei Anspruch abgeleitet werden dürfe hinsichtlich der Fragen des Zeremoniells oder des Vorrangs zwischen den beiden Höfen⁴⁾.

Wir verstehen: Die Kaiser aller Reußen sollen sich auf Grund des neuen Titels in Zukunft nicht mehr zu sein vermessen als die seit Jahrhunderten in ihren Würden weltbekannten Könige des Abendlandes.

So war der Herzenswunsch Anna Iwanownas erfüllt, und der englisch-russische Handelsvertrag von 1734 hat in der Geschichte Rußlands auch eine politische Bedeutung erhalten. Die Anerkennung der anderen Regierungen blieb nicht aus, und

¹⁾ Relation Weber's, Reval, 1./12. Aug. 1718. G.St.A.

²⁾ Vgl. Hermann, Gesch. des russ. Staats 4, 341; Stählin, Gesch. Rußlands 2, 125.

³⁾ Harrington an Rondeau, 1. Nov. 1734. Sbornik 76, 309.

⁴⁾ Die Deklaration fehlt freilich in dem Druck bei Martens, was wohl darauf beruht, daß dieser Druck nach dem russischen Original erfolgt ist und daß in dieses die Deklaration nicht aufgenommen wurde. Der Wortlaut deckt sich wahrscheinlich mit dem von Harrington vorgeschlagenen (Sbornik 76, 323).

das russische Zarentum trat mit seinem Kaisertitel in den Kreis der Fürsten Europas, als wäre es ihres Gleichen.

* * *

Der materielle Inhalt des Handelsvertrags¹⁾ entsprach völlig den von englischer Seite an ihn geknüpften Erwartungen. Er stimmt ziemlich genau überein mit den von der *Russia Company* aufgestellten und vom Kolonialamt an den König weitergegebenen Forderungen. Die beiderseitigen Rechte der Handeltreibenden sind gesichert; der freie Zugang zu den Häfen, die Erlaubnis zur Einfuhr aller Warengattungen aus dem Gebiete des einen Staats in den andern ist erteilt. Kauf und Verkauf sind unbehindert. Die englischen Kaufleute dürfen auch Gold und Silber nach Rußland exportieren, und nur nicht gemünztes Geld.

Diese und andere Bestimmungen gelten sowohl dem regelmäßigen Handelsverkehr in friedlichen Zeiten wie auch dem Schutz der Kaufmannschaft beim Eintreten kriegerischer Verwicklungen.

Noch wichtiger erscheint es, wenn man in den Artikeln des Vertrages auch alle die besonderen Wünsche der *Russia Company* erfüllt findet. Artikel 8 gestattet nicht nur den Engländern, ihre Waren durch Rußland nach Persien zu transportieren. Sie sollen auch nicht mehr als 3% Zoll und Transit zahlen, d. h. nicht mehr als was bisher die Armenier gezahlt haben. Überhaupt wird die Gleichstellung mit den Kaufleuten anderer Nationen für die Zukunft gesichert im Sinne der zweimal, in Artikel 3 und Artikel 28, proklamierten Meistbegünstigungsklausel. Auch für die Einfuhr der englischen Tuche, der groben wie der feinen, ist gesorgt. Wir dürfen annehmen, daß die dafür ausbedungene Höhe der Zölle, so bemessen war, daß für die groben die Konkurrenz der preußischen Tuche nicht mehr zu fürchten, und daß den feineren der Weitertransport ins innere Asien ermöglicht war.

So war nach zweijährigem Bemühen das Vertragswerk glücklich unter Dach und Fach gebracht. Man versteht die freudige Stimmung bei den englischen Kaufleuten in Rußland,

¹⁾ Er ist am 2. Dez. 1734 in Petersburg unterzeichnet. Druck: Martens, Recueil, Traités de la Russie avec l'Angl. 1 (1892), 72 ff.

den Faktoren der *Russia Company*. Und auch die Erwartung des britischen Unterhändlers, die Kompagnie selbst werde nicht minder beglückt sein¹⁾, ist wohl in Erfüllung gegangen. Auch fehlt es diesem Vertragsschlusse nicht an weltgeschichtlicher Bedeutung. Der fast zwei Jahrhunderte lang gehegte Wunsch Englands nach einem grundlegenden handelspolitischen Abkommen mit dem Moskowiterreiche war endlich erfüllt. Um so lebhafter erwachte nun auf der Seite Rußlands das alte Verlangen nach dem politischen Bündnis. Wir werden erfahren, daß auch dieses innerhalb der in diesem Bande behandelten Periode zum Ereignis geworden ist.

* * *

¹⁾ Sbornik 76, 335.

Fünftes Kapitel.

Die englischen Kolonien in Amerika.

Kolonialpolitik ist für die älteren Generationen nichts anderes, als die Kunst, den größten Nutzen für das Mutterland aus dem Besitz der Kolonie zu ziehen. Das Mutterland marschiert an der Spitze. Die Kolonie folgt in gemessener Entfernung. Die Schriftsteller sagen dies offen heraus und in aller Unschuld. In klassischer Formulierung liest man es etwa bei William Wood¹⁾: „Die Kolonien“, sagt Wood, „sind eine Quelle des Reichtums für diese Nation, ihre Schätze sammeln sich bei uns. Und da die Gesetze sie so fest an uns gekettet haben, so könnte es nur durch unsere eigenen Fehler, durch die Mißgriffe unserer Regierung geschehen, wenn jene nicht Großbritannien dauernd bereichern, oder wenn eine oder die andere sich unabhängig machen sollte.“

Durch den Stolz des Briten kann diese, allen gemeinsame Auffassung noch höher gesteigert werden. So hat Defoe einmal in einem Schreiben an Lord Oxford²⁾ die spanische und die englische Kolonialpolitik miteinander verglichen. „Wie günstig wäre es für uns“, sagt Defoe, „eine Niederlassung oder Kolonie auf dem Festlande von (Süd-)Amerika zu besitzen inmitten des Goldes, des Silbers und der anderen Produkte, durch welche die Spanier sich bereichert haben, und mit denen doch die Engländer so viel mehr anzufangen wüßten als sie.“

Fragt man nun: wie ist man dazu gekommen, die Kolonie zu solcher Abhängigkeit zu verdammen, so wird freilich die Vorfrage, mit welchem Rechte denn seiner Zeit die Besitzergreifung erfolgt, die vorgefundene Bevölkerung verdrängt oder vernichtet worden ist, kaum gestreift. Sie wird höchstens einmal in der bitter ironischen Form berührt, wie Swift es getan hat in dem

¹⁾ Survey of Trade (1723) 135—36.

²⁾ Portland Mss. 5, 67.

furchtbaren Buche von den Houyhnhums. Sonst aber dreht sich die Erörterung nur um Mutterland und Kolonie. Da pflegt man hinzuweisen auf die Summen von Menschenkraft, von Kostenaufwand, die mit der Erwerbung der Kolonie verbunden waren und fortgesetzt hergegeben werden müssen für ihre Verwaltung, ihre Behauptung. Aber wird es dabei ewig sein Bewenden haben? Abbé Raynal, der berühmte Aufklärungsschriftsteller, dessen Werk 1771, also noch vor dem Beginn des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges erschien, sagt schon voraus¹⁾, daß Kolonien, die einen gewissen Grad von Kultur, von Aufklärung, von Volkszahl erreicht haben, sich vom Mutterland trennen werden. Er weiß nicht, wann es geschehen wird, aber es muß kommen. Er verkündigt auch bereits ein anderes Prinzip: die Gleichheit aller Menschen²⁾. Und auch nach diesem Prinzip kann ein Unterschied zwischen Europäern und den Bewohnern der Kolonien nicht bestehen.

* * *

Spricht man von Englands Kolonien und von seiner Kolonialpolitik im Zeitalter Walpoles, so ist zunächst festzuhalten an der tiefen Verschiedenheit zwischen den Niederlassungen auf dem amerikanischen Festlande und allen anderen überseeischen Besitzungen. Jene, oft schlechthin Amerika genannt, stehen ganz anders da, als Westindien oder Afrika. Und von Ostindien sollte in diesem Zusammenhange überhaupt noch nicht gesprochen werden; denn hier bewegt man sich wiederum auf einem ganz anderen Boden, und die heimische Regierung kann nur mittelbar, nur auf dem Wege über die Kompagnie, auf den Gang der Dinge in Indien einwirken.

Bleiben wir zunächst bei Amerika, so kann man seine Stellung in dieser Periode kaum behandeln, ohne schon einen Blick zu werfen auf die großen Weltereignisse in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, auf den Entscheidungskampf mit Frankreich und auf den Unabhängigkeitskrieg der Amerikaner. Es gibt zwei Standpunkte, sagt ein amerikanischer Autor, von denen aus man die Geschichte der Kolonien im 18. Jahrhundert beobachten kann. Das Bild ist ein anderes, wenn man es von London

¹⁾ Histoire philosophique (Ausgabe von 1781), 10, 383.

²⁾ Ebd. 10, 390.

aus sieht; ein anderes, wenn man den Standpunkt jenseits des Atlantischen Ozeans wählt. Für die erste Betrachtungsweise handelt es sich um eine Erscheinung britischer Expansion, aber auch um das Einspannen der Kolonien in das Herrschafts- und Wirtschaftssystem des Mutterlandes. Man betrachtet die Kolonien als dienende Glieder im Gesamtkörper des britischen Reiches, man sieht hinweg über die Schranken, die ihrer staatlichen, besonders ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gesetzt sind. Es ist das berühmteste Beispiel merkantilistischer Kolonialpolitik.

Begibt man sich aber auf die andere Seite des Ozeans, so erblickt man eine werdende Nation, die sich, zunächst in kleineren Bezirken, ihr Sonderdasein schafft, die zwar ihr politisches Leben nach dem Ebenbilde Britanniens zu formen trachtet, aber die ihr angelegten Fesseln unwillig trägt und doch an das Werk der Befreiung noch nicht heranzutreten wagt. Denn es fehlt ihr noch an zwei wichtigen Voraussetzungen. Die Kolonien bilden noch nicht einen einzigen Körper, können sich darum noch nicht zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden; und der andere schlimmere Grund: ihnen allen sitzt die französische Gefahr im Nacken.

Eine universalgeschichtliche Darstellung müßte diese beiden Betrachtungsweisen zu verbinden suchen, sie dürfte weder englisch noch amerikanisch gerichtet sein. Wer aber englische Geschichte schreibt, wird zu zeigen haben, in welchem Lichte die Dinge den Engländern jener Tage erschienen sind.

* * *

Es gab im englischen Amerika drei Arten kolonialer Gebilde. Am leichtesten war noch mit den der Krone unterstellten Kolonien auszukommen, deren Gouverneure schlechthin vom Könige ernannt wurden. Viel schwerer war der Verkehr mit den Eigentümer- und den Freibriefkolonien, die ihre Gouverneure selbst bestimmten. „Hier ist“, so klagt eine amtliche Denkschrift¹⁾, von der wir noch zu reden haben, „nicht nur der Boden, sondern die Verwaltung (*government*) selbst der Krone völlig entfremdet.“ „Diese Kolonien“, heißt es ferner, „haben den von der Krone

¹⁾ Plantations General 38. R.O.

gegebenen Befehlen oft den Gehorsam verweigert, sie haben eigene Gesetze gegeben, auch im Widerspruch mit denen Großbritanniens, sie haben Piraten und Verbrecher beschützt und sich geweigert, beizutragen zur Verteidigung der ihnen benachbarten, unmittelbar der Regierung Ew. Majestät unterstellten Kolonien.“

Und doch haben auch die Kolonisten selbst die Traditionen und sogar die Einrichtungen ihrer alten Heimat treulich zu bewahren gemeint. In ihren Verfassungen spiegelt sich das englische Vorbild. Der Gouverneur ist als Vertreter des Monarchen eine Art Vizekönig. Das ihm zur Seite stehende *Council* ist den Exekutivorganen des Königs von England vergleichbar. Die gewählte *Assembly* aber steht an der Stelle des englischen Parlaments.

Auch England hält darauf, daß das Staatsrecht der Kolonie dem seinigen genau entspreche. Dafür gibt es merkwürdige Beispiele. So beehrten im Jahre 1719 die Lords vom Handelsamt eine Antwort auf die Frage, ob eine *assembly*, wenn sie während einer Session oder von einer Session zur andern vertagt worden ist, was nach englischem Sprachgebrauch *adjournment* oder *prorogation* genannt wird, ob in solchem Falle eine weitere Vertagung stattfinden dürfe, ohne daß die Mitglieder zu dem Zwecke zusammenkommen müßten. Die Frage wird in dem darüber eingeforderten Gutachten¹⁾ bejaht, und die etwas umständliche Begründung hält sich streng an die für das englische Parlament geltenden Regeln. Sie ist besonders ängstlich darauf bedacht, daß auch das Recht der königlichen Prerogative gebührend beachtet werde.

Überhaupt spielt in solchen Darlegungen die Prerogative stets eine wichtige Rolle. Einige Jahre zuvor war den sämtlichen Gouverneuren in einer ergänzenden Instruktion²⁾ noch besonders eingeschärft worden, sie sollten keine wichtigen Gesetze beschließen lassen, ohne zuvor die Zustimmung des Königs, „the royal pleasure“ eingeholt zu haben. Sie sollten auch solche Gesetze, die nur für kurze Zeit gültig wären, nicht in einer Form

¹⁾ Mr. West an die Lords of Trade, 5. Juni 1719. Plantations General 38. R. O.

²⁾ Additional Instructions vom 18. Sept. 1717. Board of Trade. Plantations General 38. R. O.

beschließen lassen, daß die königliche Prerogative der Zustimmung dabei umgangen würde.

Mit anderen Worten: die Zustimmung des Monarchen muß, wie der *Royal Assent* in England, unter allen Umständen eingeholt werden, selbst wenn das Inkrafttreten des Gesetzes dadurch um Monate verzögert wird.

* * *

Es war keine leichte Aufgabe für die englischen Staatsmänner, den Kolonien gegenüber den richtigen Weg zu wählen. Wie sollten sie es anfangen, mit den in ferne Zonen verschlagenen Volksgenossen fein säuberlich zu verfahren, und doch die überlieferten Tendenzen nicht preiszugeben?

Man kann zweifeln, ob es ein günstiger oder ungünstiger Umstand war, daß ein eigentliches Kolonialministerium überhaupt nicht existierte. Die nach der Restauration der Stuarts unternommenen Versuche, ein geeignetes staatliches Organ zu schaffen, waren sämtlich gescheitert. Und als endlich im Jahre 1695, unter Wilhelm III., für alle Zweige des Handels, ebenso wie für die Kolonien, das *Board of Trade and Plantations* geschaffen worden, da tat sich sofort ein Gegensatz auf¹⁾ zwischen den Commons, die dieses Amt ins Leben gerufen, und den Freunden des Monarchen, die eine Gefahr für die königliche Prerogative darin erblickten, wenn die Befugnisse der neuen Behörde zu weit ausgedehnt würden. So wurde ihr lediglich die Aufgabe zugewiesen²⁾, Informationen zu sammeln und Berichte zu liefern. Die Entscheidung blieb beim Könige, der sie fortan durch einen seiner Staatssekretäre, nämlich den für das südliche Departement, fällen ließ. Ein schwerfälliger, langsam arbeitender Apparat war entstanden. Auf Grund des von dem *Board of Trade* ihr gebotenen Materials konnte die Regierung nach Belieben Gesetze ins Leben rufen oder verhindern, ihre Ausführung beschleunigen oder verzögern. Die kleinen Anekdoten von der Unwissenheit der Londoner Beamten in kolonialen Dingen, von dem Staatssekretär Newcastle, der die Insel Jamaika im Mittelmeer vermutet, wollen wohl nur die Schwäche des Systems beleuchten. Und

¹⁾ Vgl. Parl. Hist. 5, 977.

²⁾ Vgl. Egerton, A short history of British Colonial Policy. 1897. 116.

sollten wir ein Beispiel geben auch für die oft so langsame, den Ereignissen nachhinkende Erledigung praktischer Fragen, so dürfen wir hinweisen auf einen Jahrzehnte erfüllenden Streit um den Reis aus Süd-Carolina. Die ehemals freie Ausfuhr des besonders in Portugal beliebten Artikels war unter Königin Anna durch ein Gesetz verboten worden. Die Ware durfte seitdem nur noch in englische Häfen eingeführt werden. Die Bewohner der iberischen Halbinsel wurden nun durch Italien versorgt, und die Pflanzer von Süd-Carolina hatten das Nachsehen. Das Unheil ward bald erkannt. Das Handelsamt empfahl die Aufhebung jenes Gesetzes¹⁾. Auch Walpole interessierte sich für den Fall²⁾. Aber erst 1730 fiel dasselbe³⁾, nachdem es ein Vierteljahrhundert lang in Amerika, in England und in Portugal Schaden gestiftet hatte.

Von einer Wirtschaftspolitik des *Board of Trade* kann nach dem Gesagten nicht die Rede sein. Informierend und ratend steht es da, bald scheint es am Alten festzuhalten, bald scheint es geneigt, das Beschreiten neuer Wege zu empfehlen. Dem Reis von Carolina möchte es, wie wir eben gehört haben, neue Möglichkeiten eröffnen. Als ihm aber 1721 Vorschläge unterbreitet werden, um den direkten Import der Weine der Kanarischen Inseln nach Britisch-Westindien zu gestatten, da lehnt es den Vorschlag schroff ab, und zwar mit einer kaum ernst zu nehmenden Begründung⁴⁾. So steht es da ohne Initiative, ohne festen Standpunkt, als ein ewig retardierender Faktor.

* * *

Immerhin haben die Herren vom Handels- und Kolonialamt es mit ihrer Pflicht, zuverlässige Informationen zu liefern, sehr ernst genommen. Sie empfahlen ihrerseits, regelmäßige Berichte einfordern zu lassen über den Gang des Handels mit dem gesamten Auslande und mit den Kolonien. Der Rat wurde befolgt.

¹⁾ Gutachten der Lords of Trade, 8. Sept. 1721. *Plantations General* 38. R. O.

²⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 1, 326—27.

³⁾ Gutachten der Lords of Trade, Whitehall, Jan. 14, 1734/35, 8223 e 5. B. M.

⁴⁾ Lords of Trade an den König, Whitehall, Aug. 15, 1721. *Board of Trade. Commercial Series II.* R. O.

So entstand eine von Staats wegen geübte Kontrolle des gesamten Außenhandels. Als z. B. nach längerer Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen mit Rußland 1730 ein britischer Resident an den Zarenhof beordert wird, soll er auch Sorge dafür tragen, daß regelmäßig Handelsberichte eingesandt werden von allen irgendwo im Zarenreiche angesiedelten britischen Faktoreien¹⁾.

Die Methode bewährt sich. Das Handels- und Kolonialamt konnte auf Grund der einlaufenden Berichte dem Könige oder dem Parlament jene umfangreichen Gutachten überreichen, welche nicht nur ein so ausgezeichnetes Material abgaben zur Vorbereitung gesetzgeberischer Vorlagen, und die sich noch heute der wissenschaftlichen Forschung als wertvoll erweisen. Man findet darin neben genauen Beschreibungen der Länder, der Völker, der Handelsbeziehungen, neben wohlgedachten Vorschlägen für die künftige Politik, auch bereits ein erhebliches statistisches Material, z. B. für Amerika große Tabellen, in denen Import und Export der einzelnen Kolonien mit dem Wert der Warengattungen sorgfältig eingetragen sind.

* * *

Die Zukunft der englisch-amerikanischen Kolonien hing aufs engste zusammen mit ihrer Stellung zu den Niederlassungen der Franzosen. Ob beide nebeneinander bestehen könnten, ob es eines Tages zu einer Auseinandersetzung kommen werde, bei der vielleicht die eine Nationalität der andern das Feld überlassen müsse, darauf kam es an.

Der Utrechter Friede hatte für Amerika keine volle Klarheit geschaffen. Die Feststellung der beiderseitigen Grenzen und Rechte war ungenügend und lückenhaft. Auch hatten wohl beide Regierungen den leisen Wunsch gehabt, ihren Stammesgenossen jenseits des Ozeans nicht allzu enge Fesseln anzulegen. Vielleicht würde sich bei der freien Entfaltung der Kräfte das Übergewicht der eigenen Nation von selbst ergeben und die Entscheidung durch die Waffen entbehrlich machen. Ewige Kriegsgefahr auf der einen Seite, Abneigung gegen feste vertragliche

¹⁾ Entwurf einer Instruktion für Thom. Ward, 5. Mai 1730. *Kings Letters, Russia* 57, R. O. Daß der Mann am Ende gar nicht nach Rußland gesandt wurde und daß der Entwurf den Vermerk *not used* trägt, tut nichts zur Sache. Vgl. auch oben S. 279.

Bindung auf der andern, das war der Charakter der Politik von England und Frankreich hinsichtlich ihrer überseeischen Besitzungen.

So erklärt sich auch das Scheitern der wiederholten Versuche, zu einer endgültigen Regelung zu kommen. Das eine Mal ¹⁾, als Ludwig XIV. jene zwei Kommissare, die Herren Anisson und Fénelon ²⁾ nach London gesandt, um über Amerika und über den ebenso rasch geschlossenen wie gescheiterten Handelsvertrag zu verhandeln, zeigte es sich bald, daß es in der einen Sache ebenso schwer war wie in der anderen, eine Einigung zu erzielen. Schon hatte Bolingbroke, als Staatssekretär der Königin Anna, erklärt, an den Konferenzen mit den Bevollmächtigten Frankreichs hin und wieder auch persönlich teilnehmen zu wollen. Da ward, wenige Tage später, seine Herrscherin von ihrem Schicksal ereilt. Von der mit der Thronbesteigung Georgs I. emporkommenden Whigregierung, die mehr auf eine Erneuerung des Krieges als auf Frieden, Handelsverträge und Grenzregulierungen bedacht schien, war eine gedeihliche Fortführung solcher Verhandlungen nicht zu erwarten. Die Herren Anisson und Fénelon wurden abberufen. Den englischen Ministern sollten sie erklären, es müsse wohl eine geraume Zeit verfließen, ehe zwischen den beiden Nationen wieder von Verhandlungen über kommerzielle Fragen die Rede sein könne.

Doch nicht in der politischen Situation allein lag der Grund des Mißlingens. Zwar blieben auch die Beziehungen der Staaten noch ein paar Jahre lang unfreundlich genug. Es war die Zeit, da Ludwig XIV. dem Prätendenten in der Stille die Mittel darreichte, um die Fahrt nach der britischen Insel zu versuchen, und da nach ihm auch der Herzog von Orleans den Aufständischen in Schottland noch die Aussicht auf französische Hülfe eröffnete ³⁾. So ging man denn jeder Entscheidung über amerikanische Fragen

¹⁾ Das folgende nach zwei Denkschriften im Pariser Archiv. Die Überschriften lauten: *Mémoire historique sur ce qui a été stipulé par la paix ... 1713 entre la France et la Grande Bretagne au sujet de leurs Etats en Amérique ... 1724.* (Mém. et Doc. Angl. 17.) — *Précis de la négociation suivie en Angleterre ... en conséquence du traité de commerce ... 1713.* (Mém. et Doc. Angl. 46.) Aff. étr.

²⁾ Vgl. auch Bolingbroke, *Letters* (1798) 4, 465. *Portland Mss.* 5, 399.

³⁾ Vgl. Bd. 1, 578.

gern aus dem Wege, und die Erörterung einzelner Punkte, wie sie d'Iberville, der französische Gesandte in London, gelegentlich versuchte, blieb erfolglos ¹⁾

Bessere Aussichten eröffneten sich erst durch die politische Annäherung, welche 1716 eintrat, und als jenes Bündnissystem begründet wurde, welches in der Quadrupel-Allianz von 1718 seinen Höhepunkt erreichte. Aber nun machte man die Erfahrung, daß es leichter sei, sich über Spanien und Italien zu verständigen als über Nova Scotia und die Hudson's Bay. Und inzwischen waren noch neue Streitfragen hinzugetreten ²⁾. Im Jahre 1718 wurden die bei den Canceaux-Inseln an der Nordostspitze von Nova Scotia dem Fischfang nachgehenden Franzosen durch den Kapitän eines englischen Kriegsschiffes ergriffen und ihrer Vorräte beraubt. Eine andere Klage betraf die Versuche der Engländer, einen auf französischem Boden lebenden Indianerstamm dem Interesse Englands dienstbar zu machen ³⁾. Und endlich hieß es gar, der Gouverneur von Massachusetts wolle Ansiedler aussenden, 1200 Familien, die sich in Gegenden niederlassen sollten, die zu Frankreich gehörten. Französische Kolonisten erklärten schon, wenn man solchen Ansprüchen nicht entgegenetrete, so könne die Krone Frankreich nur gleich auf ganz Kanada und Nordamerika verzichten.

Natürlich wurden ähnliche Klagen auch von englischer Seite erhoben. Durch eine von Frankreich gegründete Niederlassung am Albany Flusse ist der Handelsverkehr der Hudson's Bay-Kompanie mit gewissen Indianerstämmen unterbrochen. Es hat überhaupt eine gegen die Engländer gerichtete Eingeborenenpolitik getrieben. Es hat das an England abgetretene Nova Scotia nicht geräumt, es fährt auch fort, an der dortigen Küste Fischerei zu treiben. Am meisten fühlen sich jedoch England und seine Leute in Amerika beunruhigt durch das Auftreten der Franzosen im Herzen Amerikas, d. h. im Westen, im Rücken der englischen Kolonien. Die Gründung der Mississippi-Kompagnie war der schwerste Stein des Anstoßes.

Nun richtete Kardinal Dubois 1719 in aller Form das Er-

¹⁾ *Mémoire historique sur ce qui a été stipulé ... (1713—23).* Mém. et Doc. 17. Aff. étr.

²⁾ Vgl. Wiesener, *Le Régent, l'abbé Dubois et les Anglais.* 3, 163ff.

³⁾ Vgl. auch E. Bourgeois, *Le secret de Dubois,* p. 189.

suchen an die englische Regierung, Kommissare zu ernennen, um in der französischen Hauptstadt die beiderseitigen Ansprüche zu prüfen und die Grenzen in Nordamerika so sicher zu bestimmen, daß in Zukunft ein Streit nicht mehr entstehen könne. England erklärte sich bereit, der Einladung zu folgen. So kam es zu der merkwürdigen Mission der Herren Bladen und Pulteney nach Paris ¹⁾.

Ich weiß nicht, ob es richtig ist, wie die Engländer später behauptet haben ²⁾, es sei den Franzosen nur darauf angekommen, durch das zu schließende Abkommen, oder schon durch die Verhandlung an sich, die tatsächliche Anerkennung ihres Besitzes am Mississippi zu erlangen, und sie hätten von dem Momente an, da sie sich in dieser Erwartung getäuscht sahen, das diplomatische Geschäft nicht mehr ernsthaft betrieben.

* * *

Martin Bladen und Daniel Pulteney, die englischen Bevollmächtigten, waren als Mitglieder des *Board of Trade and Plantations* gewiß zwei gute Kenner der umstrittenen Fragen. Sie waren beauftragt, die Verhandlung gemeinsam zu führen. Doch ist der zuerst, im September 1719, in der französischen Hauptstadt erschienene Bladen schon im November zur Parlamentsöffnung nach England zurückgekehrt und ist nicht wiedergekommen. Der an seine Stelle tretende Pulteney führte die Verhandlung fortan allein. Am 3. Oktober hatte Bladen berichtet, daß ihn der Botschafter Stair zu Dubois geführt, daß dieser die sofortige Ernennung französischer Kommissare zugesagt, daß er, Bladen, auch dem jungen Könige und dem Regenten vorgestellt worden. „Und wenn es nun“, schreibt er, „da das Zeremoniell erledigt ist, diesem Hofe mit der Sache Ernst ist, so werden wir bald mit dem Geschäft beginnen können.“

Von französischer Seite wurde neben Dubois selbst der Marschall d'Estrée mit der Verhandlung betraut. Keine sehr glückliche Wahl. Denn derselbe Marschall d'Estrée hatte im Vorjahre von der Insel Santa Lucia bei Martinique im Namen Frankreichs Besitz ergreifen und hundert Familien daselbst ansiedeln lassen.

¹⁾ Das folgende nach der Berichterstattung von Bladen und Pulteney. France 355. R. O. Dazu *Mémoire historique* *Mém. et Doc.* 17. Aff. étr.

²⁾ Pulteney (an Delafaye?) 24. Dez. 1719. N. S. France 355. R. O.

Die Berufung auf einen Vertrag aus der Zeit Karls II. wurde von englischer Seite als hinfällig, die Besitzergreifung als rechtswidrig bezeichnet, und der Streit um die kleine Insel ist von der Zeit an bis ins 19. Jahrhundert nicht zur Ruhe gekommen. Bladen hatte seiner Regierung schon empfohlen ¹⁾, schon die ganze Verhandlung, für die er nach Frankreich gesandt worden, so lange ruhen zu lassen, bis die Angelegenheit von Santa Lucia geregelt sei.

Trotzdem schien die diplomatische Arbeit beginnen zu sollen. Noch im November überreichten Bladen und Stair der französischen Regierung eine Note, in der die Forderungen der Hudson's Bay-Kompagnie enthalten waren. Von französischer Seite erfolgte keine Antwort.

Denn inzwischen hatte sich die Stellung Frankreichs völlig verändert. Durch die unerhörten Erfolge Laws schien es sich weit über England erheben zu können. Große koloniale Pläne traten auf, die sich schwerlich durch mühselige kommissarische Verhandlung auf Grund des Utrechter Friedens fördern oder verwirklichen ließen. Die Arbeit der Kommission ist zu Ende, sagte man am Pariser Hofe ²⁾ und Pulteney meinte, es wäre für England vielleicht gar nicht so ungünstig, wenn diese Verhandlungen von der anderen Seite jäh abgebrochen würden; denn alsdann dürfe man rasch und rücksichtslos alle nötigen Maßregeln ergreifen, um Englands Rechte und Interessen in Amerika zu wahren ³⁾.

Die Beziehungen verschlechterten sich weiter, als die Franzosen Pensacola, am Golf von Mexiko gelegen, den Spaniern abnahmen und damit ihre Stellungen im Mündungsgebiet des Mississippi verstärkten. Bladen hatte darauf seiner Regierung sofort den Rat erteilt ⁴⁾, diese französische Erwerbung durch die Besetzung des wichtigen, gleichfalls spanischen Forts St. Augustine in Florida wett zu machen, damit nicht auch dieser wichtige Platz in die Hände der Franzosen falle.

¹⁾ An Delafaye, 7. Nov. 1719. France 355. R. O.

²⁾ Mr. Law the younger said the other day publicly at his table, that the Commission about the limits in America was at an end, the French having no mind to proceed any farther in it. Pulteney an Craggs, 20. Dez. N. S. 1719. R. O.

³⁾ An Craggs, 24. Dez. 1719. N. S. — R. O.

⁴⁾ An Stanhope, 16. Okt. 1719. R. O.

Wir haben nämlich daran zu erinnern, daß eben damals England und Frankreich als Verbündete den Krieg der Quadrupel-Allianz gegen das von Alberoni beherrschte Spanien führte. Die Wegnahme des spanischen St. Augustine durch England hätte ebenso als eine legitime Kriegshandlung gegen den gemeinsamen Feind gelten dürfen, wie die Besitzergreifung Pensacolas durch die Franzosen. Aber in Amerika erhielten diese Maßnahmen eine besondere Note. Hier handelte es sich mehr darum, daß Frankreich und England in vollem Frieden ihre gegeneinander gerichteten Fronten zu verstärken suchten. Spanien ist nur der unbeteiligte Dritte, der die Zeche zu bezahlen hat.

England ging freilich auf die stürmischen und gefährlichen Ratschläge Bladens nicht ein. Es besetzte ebenso wenig St. Augustine, wie es um Sante Lucias willen die Verhandlung abbrach. Allerdings schien es dem Marschall d'Estrée, wie Pulteney schmunzelnd erklärt, in der Nähe der Engländer nicht ganz wohl zu Mute zu sein. „Er wird jeder Gelegenheit, dem Geschäft der Kommission näher zu treten, möglichst aus dem Wege gehen, aus Angst, auf Santa Lucia angesprochen zu werden¹⁾.“

Schon glaubte niemand mehr an einen Erfolg der Verhandlung. Die Franzosen hatten längst erklärt²⁾: Wozu soll man jenseits des Ozeans die Grenzen so genau fixieren? Die beiderseitigen Kolonien sind ja weit genug voneinander entfernt. Zuletzt wird doch die tüchtigste und mächtigste der beiden Nationen die besten und größten Stücke aus den überseeischen Besitzungen davontragen. Und im Juli 1720 schrieb Pulteney³⁾: „Sie werden sagen: ich bin hier nur noch, *pour sauver les apparences*; Herr Bladen hat das bessere Teil erwählt, indem er nicht wiederkam.“

* * *

Damit wäre die Geschichte der Mission von Bladen und Pulteney zu Ende. Auch die ausgiebige Berichterstattung des letzteren würde ein besonderes Interesse nicht beanspruchen, hätte sie nicht durch die Zeitereignisse noch einen Inhalt be-

¹⁾ Pulteney, 9. Dez. 1719. N. S. S. P. For. France 355. R. O.

²⁾ Pulteney an Craggs, 24. Dez. a. St. 1719. France 355. R. O.

³⁾ An Delafaye, 9. Juli N. S. 1720. France 355. R. O.

kommen, bedeutsamer als die uns heute recht gleichgültig scheinenden Grenzregulierungen in Nord-Amerika. Schon in der für Bladen bestimmten Instruktion vom 3. Juli 1719¹⁾ hieß es, er solle sich nicht nur über die französischen Kolonien im allgemeinen informieren, sondern ganz besonders „über die Errichtung und die Verfassung der Mississippi-Kompagnie“. So wurde denn dieses Thema, da über den eigentlichen Zweck der Mission so wenig zu sagen war, zum Hauptinhalt der Depeschen Pulteneys. Sie sind dafür in der Tat eine recht ausgiebige Quelle geworden, und als solche auch bereits verwertet²⁾.

* * *

Die geschilderten Pariser Verhandlungen hatten bei den Engländern nicht nur die peinliche Empfindung zurückgelassen, daß man auf diesem Wege nichts erreichte. Sie hatten auch die unangenehme Erfahrung gemacht, daß sie schlechter vorbereitet als die Franzosen in die Verhandlung eingetreten waren. Um nur den einen Punkt zu nennen, so fehlte es ihnen völlig an brauchbaren Landkarten für die kolonialen Gebiete. Der Mangel war schon früher empfunden worden. 1715 hatten die *Lords of Trade* verlangt³⁾, Lord Stair sollte doch einmal die besten Karten von Amerika sammeln lassen, die in Frankreich zu haben wären, „Karten der Inseln, Provinzen und aller Niederlassungen der Europäer“. Im August 1719, ehe Bladen nach Frankreich ging, wurden alle englischen Gouverneure in Amerika von Amts wegen ersucht⁴⁾, alles einzusenden, was sie an Kartenmaterial und an Informationen über die politischen Grenzen daselbst besäßen. Das Ergebnis war offenbar unbefriedigend; man erkennt es an der Hilflosigkeit der englischen Kommissare. So ergab sich z. B. eine völlige Meinungsverschiedenheit über die Lage der erwähnten Canceaux-Inseln. Pulteney hatte sich sagen lassen, diese Inseln seien nur ein Haufen von Felsenriffen, und meinte, man müsse daran festhalten, daß die Gruppe weder in der Mündung des

¹⁾ France 355. R. O.

²⁾ Vgl. Bd. 3, 54. Umgekehrt sind auch die im Pariser Archiv erhaltenen Berichte der französischen Geschäftsträger in London, Destouches u. Chammorel eine wertvolle Quelle für die Südsee-Katastrophe von 1720. Vgl. Bd. 3, 66ff.

³⁾ An Stanhope, Whitehall, 15. Juli 1715. Plantations General 38. R. O.

⁴⁾ Rundschreiben vom 7. Aug. 1719. Ebd. R. O.

Lorenzstromes noch in dem Meerbusen desselben Namens gelegen sei. Die Franzosen wußten es anders, und als man ihnen ihre eigenen gedruckten Karten vorwies, zogen sie eine kleine handschriftliche, „wahrscheinlich extra für die Konferenz angefertigte Karte“ hervor, um ihre Auffassung zu erhärten¹⁾. Wie konnte man da zu einer Verständigung gelangen? Und abermals baten die Herren vom Handelsamt, man möge doch endlich einer zuverlässigen Persönlichkeit den Auftrag erteilen, sich einen Überblick zu verschaffen und genaue Karten anzufertigen von allen Kolonien in Nord und Süd. Die Franzosen haben das längst besorgt und haben großen Gewinn davon. Wir aber, wir tapfen im Dunklen²⁾.

* * *

Man empfand in England das Bedürfnis, volle Klarheit zu gewinnen über die Lage in der neuen Welt, über die Verfassung, die Wirtschaft der Kolonien, vor allem über die ihnen von der steigenden Macht des Nebenbuhlers drohenden Gefahren.

So entschloß man sich, einen anderen Weg einzuschlagen, um Klarheit und Sicherheit zu gewinnen. Im August 1720 richtete Charles Delafaye, der Beamte des Staatssekretariats, an die Lords vom Handels- und Kolonialamt die Aufforderung³⁾, einen ausführlichen Bericht zu erstatten über die Lage der festländischen Kolonien in Amerika. Um diesem Befehl nachkommen zu können, ließen die Lords an die Gouverneure der sämtlichen amerikanischen Kolonien den Befehl ergehen, alles Wissenswerte über die ihnen untergebenen Bezirke mitzuteilen. Jeder Gouverneur soll eine Anzahl von Fragen beantworten, soll genau berichten über die geographische Lage und die Verfassung seiner Kolonie, über den von ihr betriebenen Handel, den erlaubten wie den unerlaubten, über ihre Landesprodukte, ihre Bergwerke, ihre Einwohnerzahl, über deren Waffenfähigkeit und die vorhandenen Befestigungen. Der Gouverneur soll auch über die dort lebenden Indianer berichten. Und da überhaupt

¹⁾ Pulteney an Delafaye, 5. Okt. 1720. France 355. R. O.

²⁾ Report from the Lords of Trade to the Lords Iustices, 5. Sept. 1720. France 362. R. O.

³⁾ Das folgende nach den Akten: Col. Off. Board of Trade. Plantations General 38. R. O.

der militärische Gesichtspunkt stark im Vordergrund steht, so begegnen uns auch Fragen, wie die folgenden: „Welches ist die Stärke der Ihrem Bezirke benachbarten Europäer? Welche Bedeutung haben die französischen Niederlassungen auf dem Kontinent von Amerika für die Pflanzungen Seiner Majestät?“

Das allmählich einlaufende Material wurde sorgfältig gesammelt und gesichtet, und als das Ergebnis der angestellten Enquete liegt heute handschriftlich der ungeheuer ausführliche Bericht vor, den das Handels- und Kolonialamt unter dem 8. September 1721 dem Könige erstattet hat¹⁾. Kein Zweifel, daß dieser Bericht die Kolonialpolitik der folgenden Zeiten wesentlich bestimmt hat, und daß es die Summe seines Inhalts ist, was sich in der Thronrede vom 19. Oktober 1721 wiederfindet, die, wie wir wissen²⁾, als das Programm der Wirtschaftspolitik Walpoles angesehen werden kann. Aber auch heute noch mag dieser gründliche Bericht dem Historiker als die klassische Darstellung der gesamten amerikanischen Verhältnisse dienen, für den Zeitpunkt, als Robert Walpole seine große Laufbahn begann. Man findet darin Tatsachen und politische Betrachtungen, Hoffnungen und Befürchtungen. Die Entscheidung aber liegt beim Monarchen. Das Amt hat nur Informationen zu liefern.

* * *

Die Kette der festländischen Kolonien, wie der Bericht sie beschreibt, erstreckt sich längs der atlantischen Küste von Norden nach Süden. An das im Utrechter Frieden an England gekommene Nova Scotia schlossen sich die folgenden Pflanzungen: Das kleine New Hampshire, nördlich und südlich umschlossen von dem weit größeren Gebiet von Massachusetts, der alten Gründung der Pilgerväter. Rhode Island und Connecticut folgen. Sodann das weit ausgedehnte New York, dessen Hauptort einst als Neu-Amsterdam von den Holländern angelegt worden. Weiter, längs der Küste gelagert, New Jersey, westlich davon Pennsylvania, die Gründung des Quäkers William Peen, an

¹⁾ The Lords Commissioners for Trade and Plantations to the King's Most Excellent Majesty, Whitehall, Sept. 8. 1721. Plantations General 38, fol. 296—438. R. O. Der Bericht ist stückweise oft gedruckt; am ausführlichsten Cal. of St. Pap. America and West Indies, 1720—21, 1933, 408 ff.

²⁾ Vgl. S. 271 ff.

diese grenzend Virginia, Nord- und Süd-Karolina und endlich das erst 1732 angelegte Georgia.

Die Bewohner dieses transatlantischen England hatten sich durch Schwierigkeiten mannigfacher Art hindurchzukämpfen gehabt. Aber sie sind zähe Naturen, der Geist der Pilgerväter von Neu-Plymouth ist in ihnen noch lebendig. Sie hätten, wie jene von sich sagen mögen: Wir sind nicht Leute, die sich durch Kleinigkeiten entmutigen lassen, und die bei der Nichterfüllung einiger Wünsche gleich von Heimweh gepackt werden. Sie trotzen ebenso der Feindseligkeit der Indianer, wie der offenen oder geheimen Gegnerschaft der Franzosen. Sie lassen sich auch nicht niederdrücken durch die unfreundliche Politik und Gesetzgebung des Mutterlandes, das sie über den Stand einer dienenden Klasse innerhalb der britischen Bevölkerung nicht emporkommen lassen möchte.

Sie haben sich wirtschaftlich und politisch kräftig entwickelt. Auch die Zahlen ihrer Bevölkerung haben zugenommen, und zwar ebenso sehr durch natürliche Volksvermehrung wie durch die Einwanderung aus Europa.

Daß diese Einwanderung in einer Übervölkerung der alten Heimat ihren Grund gehabt, mag für die früheren Zeiten richtig sein, für die späteren nicht mehr, wenn anders die Schilderungen Defoes von den überall in Britannien emsig arbeitenden Menschen nur halbwegs zutreffend sind. Hatte einst, unter den früheren Stuarts, politischer und religiöser Druck den Auswandererstrom über den Ozean in Bewegung gebracht, so war es jetzt besonders das Emporblühen der Kolonien, was die Leute hinüberlockte. Auch Nichtengländer waren gekommen, unter ihnen zahlreiche Franzosen, meist Hugenotten. Aus Frankreich mußten sie weichen, und der Fanatismus ihrer Regierung folgte ihnen übers Meer. Denn auch in den überseeischen Siedelungen Frankreichs war ihres Bleibens nicht. In den Neu-England Kolonien aber haben viele von ihnen eine neue Heimat gefunden. Da wurden sie ebenso wie im alten England mit offenen Armen aufgenommen. In Newyork, in Massachusetts, in Südkarolina ließen sie sich nieder. Für Frankreich verloren, wurden sie wertvolle Bürger innerhalb der Bevölkerung der britischen Kolonien. „Genug“, sagt ein amerikanischer Autor, „um den Streit in Nordamerika

gegen Frankreich zu entscheiden, ehe noch die erste Phase vorüber war“¹⁾.“

* * *

Die Schicksale der Kolonien im einzelnen zu verfolgen, ist nicht unsere Aufgabe. Nur von der einen, deren Anfänge in unsere Periode fallen, dürfen wir berichten. Es ist Georgia, gegründet 1732, nach Georg II. benannt und in dem nördlichen Teil noch auf dem zu Süd-Carolina gehörigen Gebiete gelegen. Zwischen den Flüssen Savannah und Alatamaha erstreckte sie sich weit ausgreifend bis an das spanische Florida²⁾.

Was die englische Regierung bewog, der Sache näher zu treten und sie sogar mit Geldmitteln zu unterstützen, war besonders der militärische Gesichtspunkt. Man empfand das Bedürfnis, die Verteidigung der südlichen Kolonien stärker auszubauen gegen die Angriffe der Franzosen und der Spanier. Dazu mochte die neue, vorgelagerte Niederlassung dienen.

Auch humanitäre Absichten spielten mit. Unter den etwas mehr als 100 Auswanderern, welche die Heimat verließen, befanden sich eine Anzahl Farmer, die aus dem Schuldgefängnis geholt worden, damit sie durch den in der Fremde gewonnenen Verdienst ihre Gläubiger daheim befriedigen möchten. Durch die Kultur von Baumwolle und Seide sowie durch Holzlieferungen hoffte man, den Leuten lohnende Arbeit verschaffen zu können.

Nun nahm die Sache ihren normalen Verlauf. Eine in London errichtete Gesellschaft ward vom Könige mit einem Freibriefe ausgestattet, und die Verwaltung des Unternehmens einem Rate von 24 Personen, den *Trustees*, übergeben. So war eine Freibriefkolonie geschaffen worden in einer Zeit, da diese Gattung fast überlebt schien, und da ähnliche ältere Bildungen bereits in den Besitz der Krone übergegangen waren. Die treibende Kraft des Unternehmens war der genannte James Oglethorpe, ein Mann von starker Initiative, der in jungen Jahren als Soldat unter Prinz Eugen in der österreichischen Armee gedient hatte.

¹⁾ H. L. Osgood, *The American Colonies in the 18th Century*. 1924. 1, 6ff.; 2, 487ff.

²⁾ Eine Fülle neuer Nachrichten über die Anfänge Georgias finden sich bei Egmont, *Diary* 1—3.

Er war es, der von nun an ein paar Jahrzehnte lang die Geschicke der Kolonie Georgia kraftvoll in der Hand hielt.

Gleich nach der Landung wurde am Savannah eine „Stadt“ gegründet und Befestigungen angelegt. Man trat auch in freundliche Beziehungen zu den im Lande befindlichen Indianern, die sich unter englischen Schutz stellten und bereit schienen, das Christentum anzunehmen. Also eine so geschickte Eingeborenenpolitik, wie man sie bei den Engländern in Amerika nicht immer fand. Eines Tages erschien Oglethorpe in London in Begleitung eines Indianerhäuptlings, der sich in kriegerischer Aufmachung im Kensington-Palast zeigen durfte und von der hohen Gesellschaft gebührend angestaunt wurde, nicht anders, wie vor 100 Jahren die schöne Pocahontas.

Von raschem Aufblühen Georgias kann freilich so wenig die Rede sein, daß vielmehr in London, besonders im Kreise der Regierung, mehrfach die Frage erörtert wurde, ob man das Unternehmen nicht lieber fallen lassen und die Leute in die Heimat zurückbefördern sollte. Aber Oglethorpe blieb standhaft und erklärte, wenn man Georgia aufgäbe, so würden auch die beiden Carolinas und Virginien nicht zu halten sein.

Durch zwei Umstände nahm Georgia im Kreise der englischen Kolonien eine Sonderstellung ein. Georgia war die erste Kolonie, die eine finanzielle Unterstützung von der Regierung erhielt, weil sie ohne eine solche nicht zu halten war. Die größte Verschiedenheit gegenüber den nördlichen Nachbarn bestand aber darin, daß in Georgia die Sklavenarbeit grundsätzlich ausgeschlossen wurde. Nicht aus menschlichem Mitleid. Dergleichen hätte einem Oglethorpe und seinen Leuten ebenso fern gelegen wie den Bewohnern von Virginia und Carolina. Es waren lediglich praktische Gesichtspunkte, nicht hohe Ideale, von denen sie sich leiten ließen. Sie erwogen die aus der Anwesenheit der unfreien Schwarzen entspringenden Gefahren, sie bedachten, daß die Sklavenarbeit die Entstehung großer Güter zur Folge haben, daß der Weiße nicht neben dem Schwarzen arbeiten, daß eine völlige Umstellung der Wirtschaft erfolgen würde. Und wenn auch seitens der Bevölkerung die Negersklaverei dringend gefordert wurde — solange Oglethorpe waltete, bis über die Mitte des Jahrhunderts, ward sie ferngehalten.

Die Entwicklung Georgias war, verglichen mit derjenigen

der meisten anderen Kolonien, erstaunlich langsam. Die Einwanderung aus Europa blieb spärlich und die schwache Bevölkerung, unter der auch die Salzburger Emigranten erschienen, hatte ewige Kämpfe um ihre Existenz zu bestehen. Dabei spielten die von den Indianern drohenden Gefahren eine geringere Rolle als die Feindschaft der benachbarten Spanier. Die schon 1721 vom Kolonialamt so dringend empfohlene Eroberung des Forts St. Augustine wurde noch von Oglethorpe oft versucht, doch stets ohne Erfolg¹⁾. Georgia spielt in der frühen Geschichte Amerikas die wenig beneidenswerte Rolle einer „Pufferkolonie“, und die Lage besserte sich erst, seitdem, am Ende des siebenjährigen Krieges auch Florida dem amerikanischen Besitze Englands angegliedert worden war.

* * *

Um ein Bild zu gewinnen von der Politik des Mutterlandes gegenüber den Kolonien in Amerika, kommen wir zurück auf den großen Bericht des *Board of Trade* vom Jahre 1721. Reden wir zunächst von der Wirtschaftspolitik. Was die Lords dem Könige hierüber zu sagen wußten, war freilich meistens nicht neu. Es sind die alten, aus dem 17. Jahrhundert übernommenen Gedanken, die wiederholt, neu eingeschärft und hier — darin liegt wohl die Bedeutung des Berichts — zu einem System der Kolonialpolitik zusammengefaßt werden. Damit ist denn auch der Ausgangspunkt für die koloniale Arbeit der folgenden Epoche gegeben. Wer Walpoles Kolonialpolitik in ihren Hauptzielen schriftlich fixiert zu sehen wünscht, dem brauchte man nur die Lektüre dieses Berichts zu empfehlen.

Der leitende Grundsatz ist der uns bekannte. Die Kolonien sollen Schiffbaumaterialien liefern und dafür jeder industriellen Betätigung entsagen. *Naval stores* aus Amerika gegen englische Fabrikate, das ist die Losung.

* * *

Die europäische Seite des Problems, der Wunsch, von der Ostsee loszukommen, ist uns bekannt. So wenden wir jetzt unsere Blicke von der Alten Welt hinüber zur Neuen, um zu erfahren,

¹⁾ Vgl. Channing, *History of the United States*. 2, 364.

wie weit denn die Kolonien in Amerika fähig und bereit waren, die ihnen von den ökonomischen Schriftstellern Britanniens und von der Gesetzgebung zugeschobene Aufgabe zu erfüllen. Wie steht es dort zunächst mit der Erzeugung von *naval stores*? Was man in dem Berichte des Handelsamts liest, ist keineswegs die Schilderung einer gewaltigen Produktion dieser Warengattungen. Die Zukunft soll es erst bringen. Große Möglichkeiten, Hoffnungen, so ist der Grundton in diesen Schilderungen. Masten und Bretter, Hanf und Flachs, Pech, Teer und Terpentin, alles könnte in reichlicher Menge herüberkommen, aber man muß die Kolonisten erst dafür gewinnen, muß sie ermutigen. Auf *encouragement* auf *proper measures* kommt es an.

Mit anderen Worten: Ließe man die Kolonisten ihre eigenen Wege gehen, so würden sie von jenen Materialien nur eben so viel erzeugen, wie sie selber brauchen. Und ferner: Statt ihren Bedarf an Manufakturwaren von England zu kaufen, gründen sie lieber eigene Fabriken. So der Gegensatz der Interessen. England möchte sie durchaus in die für das Mutterland vorteilhafteste Wirtschaftsform hineinzwingen; aber Zwang und Druck wirken doch nicht so recht über den Ozean hinüber. Mit seinen Gesetzen, seinen Verboten, seinen Prämien erzielt das Mutterland kaum einen halben Erfolg.

Vom äußersten Nova Scotia, daß kaum dem Namen nach englisch ist, bis hinunter nach Süd-Carolina werden sorgfältig die Möglichkeiten aufgezählt, um aus jeder Provinz ein Erkleckliches an *naval stores* hervorzulocken. In Nova Scotia gibt es in größter Menge so vorzügliche Mastbäume wie nur irgendwo in Amerika. Pech, Teer, Harz und Terpentin ließen sich in allen Teilen des Landes gewinnen, und Hanf und Flachs könnten ohne große Kosten gezogen werden. Massachusetts hat sich — leider — bereits stark auf die Errichtung eigener Manufakturen geworfen, doch nur — heißt es entschuldigend — weil es nicht genug hervorbringt, nämlich nicht genug Schiffbaumaterialien, um die englischen Fabrikate damit zu bezahlen. New York könnte das Gewünschte in ungeheuren Mengen in den Handel bringen. 1709 hatte man bereits einige tausend Pfälzer dort angesiedelt, die schon 100 000 Bäume zur Erzeugung von Teer zubereitet hatten, womit in der Stadt New York ein Erlös von 12 000 £ sich hätte erzielen lassen. Aber das Unternehmen

scheiterte, weil die Leute von England aus nicht genügend unterstützt wurden. New Jersey hat in großer Menge Eisenerze und Kupfer. Der Bevölkerung des mächtig aufblühenden Pennsylvanien sollte man ihr Eisen und ihr Bauholz abkaufen, als das beste Mittel, um sie die Gedanken an Errichtung eigener Manufakturen vergessen zu machen und den Absatz der englischen Fabrikate zu erhöhen. In Maryland hat man Eisenminen entdeckt, aber noch nicht ausgebeutet, weil es an geeigneten Arbeitskräften fehlt. Virginien liefert neben seinem ausgedehnten Tabakbau auch Pech, Teer und Hölzer. Auch Nord-Carolina hat seit kurzem in geringen Mengen Pech und Teer in den Handel gebracht. Süd-Carolina hat die starke Einfuhr von Negerklaven eben damit bezahlt. Und daß auch bei der Gründung von Georgia sofort an die Erzeugung von *naval stores* gedacht worden, haben wir schon berichtet.

Der Erfolg wird optimistisch vorweggenommen. Die nördlichen Kolonien, heißt es, könnten die ganze Einfuhr englischer Waren damit allein bezahlen und brauchten ihrer Handelsbilanz nicht mehr durch den unerlaubten Verkehr mit fremden Ländern aufzuhelfen. Man appelliert auch an ihrritisches Empfinden. Welche Befriedigung muß es ihnen als Untertanen Seiner Majestät gewähren, wenn sie in die Lage kommen, durch ihre Arbeit das Mutterland gänzlich unabhängig von den Mächten des Nordens machen zu können.

* * *

Auf den großen Bericht vom 8. September folgte die berühmte Thronrede vom 19. Oktober 1721, deren leitendes Motiv der Ruf nach *naval stores* aus Amerika war. Und den Worten des Souveräns folgte die Tat in Gestalt der Bill von 1722. Aber wir kennen auch den unbefriedigenden Erfolg derselben. Und nicht anders war die Erfahrung, die man mit der letzten, der *naval stores*-Bill von 1729, machte.

Blicken wir auf die Verhältnisse in Amerika zu einer Zeit, als diese Gesetzgebung ihr letztes Wort gesprochen hatte. Wir besitzen die lehrreiche Abhandlung eines ungenannten Autors aus dem Jahre 1731 über „die Bedeutung der amerikanischen

Kolonien für dieses Königreich“¹⁾. Und wir hören abermals dieselbe Melodie wie 1721. Eifervoll empfiehlt er die Einführung von Bauholz aus Amerika statt wie bisher aus Norwegen. Kein Teil der Erde eignet sich besser zur Erzeugung von Hanf und Flachs als Carolina, Virginien, Pennsylvanien. Die Regierung sollte kundige Leute hinüberschicken, um dies in die Wege zu leiten.

Mit anderen Worten: Noch ist es nicht gelungen, für alles, was bis dahin der europäische Osten hergegeben hat, vollen Ersatz jenseits des Ozeans zu finden. Was sich erreichen ließ, war schon 1721 erreicht. „Pech und Teer“, so las man es in dem Bericht des Handelsamts²⁾, „werden zur Zeit in Ew. Majestät Pflanzungen in solcher Vollkommenheit hergestellt, wie nur irgendwo in der Welt, und in solcher Fülle, daß wir noch fremde Länder damit versorgen könnten.“ Aber das war auch alles. Das Idealbild des einander von hüben und drüben harmonisch ergänzenden Wirtschaftsbetriebes, es hat sich niemals verwirklichen lassen.

Denn auch in dem Bestreben, das Aufkommen einer eigenen Industrie in den Kolonien zu verhüten, war England nicht glücklich. In der Reihe der amerikanischen Provinzen weiß der Bericht des Handelsamts uns zwei zu nennen, deren Bedarf an Manufakturen wirklich durch britische Fabrikate gedeckt wird. So heißt es von den Bewohnern Marylands: „Sie tragen dieselbe Kleidung und benutzen in ihren Häusern dieselben Möbel, wie man sie in diesem Königreiche findet; die Sklaven sind gekleidet in Baumwolle und grober Wolle, in Flanell und grobem Leinen — alles importiert, und man berechnet, daß diese Provinz britische Manufakturen im Werte von 20 000 £ im Jahr verbraucht.“ Fast noch stärker klingt das über Nord- und Süd-Carolina Gesagte. Die Einwohner beziehen aus Großbritannien „Kleider, Wolle und Leinen, Eisenwaren und Bronze, zinnerne Gefäße und alle Arten von Hausgerät“. Und erklärend fügt der Bericht hinzu: „Denn sie haben keine eigene Industrie, und ihre südliche Lage wird sie für den Bezug dieser Waren stets

¹⁾ The Importance of the British Plantations in America to this Kingdom. London 1731. E. 2201. B. M. Cunningham, Growth. 312 nennt den Verf. F. Hall.

²⁾ Whitehall, 8. Sept. 1721. Plantations General 38. R. O.

von Großbritannien abhängig erhalten.“ Der Wert des von England Eingeführten wird hier sogar noch etwas höher als bei Maryland, nämlich auf 23 000 £, beziffert. Und dazu kommt noch die große Zahl der durch englische Kaufleute der Kolonie gelieferten Negersklaven, deren Kaufpreis in Reis und Schiffbaumaterialien bezahlt wird.

Von diesen beiden Ausnahmen abgesehen, redet der Bericht nur immer wieder von der Notwendigkeit, die Produktion von *naval stores* zu fördern, um die Kolonisten von der Begründung eigener Industrien abzulenken. Tatsächlich waren aber die so verpönten Industrien nicht nur längst vorhanden, sondern bereits in hoher Blüte¹⁾. Seit 1640 waren, durch Prämien angeregt, in Massachusetts eigene Tuchwebereien und Spinnereien entstanden. Auch Eisen- und Lederindustrie und Schuhfabrikation waren vorhanden. In England sah man dies mit doppelter Besorgnis und fürchtete schon die Konkurrenz für die eigenen Industrien, falls die Kolonisten beginnen würden, ihre Fabrikate auch zu exportieren.

Im allgemeinen waren es besonders die nördlichen Kolonien, Neu-England und New York, die sich immer mehr auf Fabrikation warfen. „Da Neu-England“, so heißt es, in einem an das Handelsamt gerichteten Briefe²⁾ „im Stande ist, seine eigenen Industrieprodukte, nämlich die Waren in Wolle, Leinen, Eisen, Kupfer, ebenso wie auch Schiffbaumaterialien zu produzieren, und da sie fest entschlossen sind, sich durch nichts davon abbringen zu lassen, so vermute ich, daß sie sich in wenigen Jahren darin von England ganz unabhängig machen werden.“ Man beobachtete, daß englische Kleider nur noch als Luxus von den wohlhabenden Klassen der Städte getragen wurden, das Volk aber erschien in Stoffen, die in Amerika gefertigt waren. Im Jahre 1728 erging vom *Privy Council* an das *Board of Trade* der Befehl, Informationen zu liefern über die sämtlichen Betriebe von Seiden, Leinen, Wollwaren in den Kolonien. Die von den besten Kennern jenseits des Ozeans einlaufenden Berichte³⁾ ergaben ein ähnliches Bild verschiedener Wirtschaftstypen, entsprechend der geo-

¹⁾ Vgl. E. L. Lord, Industrial Experiments in the British Colonies of North America. (Johns Hopkins Univ. Studies, 1898.)

²⁾ Cal. of State Pap. America and West Indies, 1720—21, 68.

³⁾ Osgood a. a. O. 2, 330ff.

graphischen Lage. Die Kolonien südlich von Pennsylvanien seien allerdings durch den Anbau von Tabak und Reis voll in Anspruch genommen. In den nördlichen aber blühen alle wichtigeren Zweige der Industrie.

Einer solchen Entwicklung gegenüber war das Mutterland machtlos. „Die Kolonien verstanden ihren Vorteil besser als das *Board of Trade*. „England hat“, sagt ein moderner Autor¹⁾ „die ökonomische Revolution, welche der politischen Trennung vorausging, mehr gefördert als gehindert.“

* * *

War es dem Mutterlande also nicht vergönnt, seine Kolonien in Amerika auf dem Gebiete industrieller Betätigung künstlich unmündig zu erhalten, so gab es doch ein Gebiet, auf dem es, auch ohne daß die Gesetzgebung einzugreifen brauchte, unbedingt die Herrschaft behielt. Das überseeische Transportgeschäft, die Schifffahrt lag in englischen Händen.

Ein seefahrendes Volk zu werden, schien den Amerikanern vom Schicksal nicht beschieden zu sein. Nur in den Häfen von Massachusetts wurden jährlich 140 bis 160 kleine Fahrzeuge, insgesamt mit einem Rauminhalt von 6000 Tonnen, gebaut, aber auch von diesen die meisten auf englische Rechnung. Auch besaß diese Kolonie eine Handelsflotte von 190 Segeln, auf der etwa 1100 Mann beschäftigt wurden, und dazu noch eine kleine Fischerflottille. Mit dieser Ausnahme aber gab es nichts wie eine eigene Schifffahrt der Amerikaner. Die an Einwohnerzahl rasch wachsende Provinz New York hat 1721 nur wenige kleine Schiffe, die von New Jersey dienen lediglich dem Küstenverkehr. Von Maryland, dessen blühenden Zustand der Bericht der Kolonialbehörde mit Wärme hervorhebt, heißt es doch: „Die Einwohner sind der Schifffahrt nicht geneigt; sie verlassen sich auf die britischen Fahrzeuge, die ihnen Ein- und Ausfuhr aller Waren besorgen.“

So hatten denn die britischen Reeder den Warenaustausch mit den Kolonien fast allein in der Hand. Für den Umfang dieses Transportgeschäfts mögen einige Zahlen Zeugnis ablegen. Sie geben uns zugleich eine Vorstellung von der Ausdehnung des gesamten britischen Schiffsverkehrs.

¹⁾ Lord a. a. O. 137.

Von den Häfen Großbritanniens nahmen während der drei Jahre von Weihnachten 1714 bis Weihnachten 1717 insgesamt 1741 Schiffe mit einem Rauminhalt von 200 064 Tonnen ihren Kurs nach den transatlantischen Kolonien. Mit den nach Afrika und Madeira fahrenden, erhöhte sich die Zahl noch so weit, daß sich ein jährlicher Durchschnitt von 671 Fahrzeugen mit 75 587 Tonnen ergab. Nun liefen aber während dieses Zeitraumes im jährlichen Durchschnitt überhaupt nur 5663 Schiffe mit 419 681 Tonnen aus den britischen Häfen aus. Ergab sich schon aus diesen Zahlen, daß der sechste Teil der Tonnenzahl des gesamten britischen Schiffsverkehrs der direkten Verbindung mit den Kolonien diene, so war in Wirklichkeit der Anteil, den der Handelsverkehr mit den Tochterländern in der Neuen Welt an der gesamten Bewegung der britischen Schifffahrt hatte, noch größer. Zunächst berechnete man freilich, daß ein weiteres Sechstel der ausfahrenden Schiffe den Handel mit Spanien und Portugal, mit Ostindien, Neufundland und einigen anderen Gebieten besorgte. Ein drittes Sechstel verkehrte mit Dänemark, Norwegen und den Ostseeländern; das vierte und fünfte mit Deutschland, Holland, Flandern und Frankreich; das letzte Sechstel endlich mit Irland und den übrigen britischen Inseln. Nun machte aber der größere Teil dieser Schiffe, da ihr Ziel so viel näher lag, schon 2 oder 3 Reisen, während die nach Amerika bestimmten gerade einmal hin- und herfuhrten. Diese Rechnung führte bereits zu dem Ergebnis, den Tonnengehalt der Amerikafahrer als ein Viertel des Rauminhalts der gesamten britischen Handelsflotte einzuschätzen¹⁾. Aber selbst damit war das Verhältnis noch nicht erschöpfend zum Ausdruck gebracht. Ein großer Teil, vielleicht die Hälfte der von Amerika eingeführten Waren — bei Tabak und Zucker wird es noch mehr gewesen sein — ward von den britischen Häfen aus weiter verschifft nach Deutschland, Holland und anderen Ländern Europas. Brachte man, wie billig, auch diese Tatsache noch in Anschlag, kam man zu dem merkwürdigen Ergebnis, daß nicht weniger als der dritte Teil der gesamten Schifffahrt Großbritanniens dazu diene, den Handelsverkehr der überseeischen Kolonien mit dem Mutterlande und der übrigen Welt zu besorgen.

¹⁾ Die Zahlen ergeben sich aus dem amtlichen Bericht von 1721. Plantations General 38. R. O.

Angesichts des fehlenden Zusammenhanges unter den festländischen Kolonien schien es notwendig, eine engere Verbindung unter ihnen herzustellen. Hundert Jahre lang ist diese Forderung von englischer Seite immer wieder erhoben, doch niemals erreicht worden. Erst als die Amerikaner ihr Schicksal selbst in die Hand nahmen, ward auch der staatliche Zusammenschluß aller zum Ereignis. Da aber war es der erste Schritt auf dem Wege zur Losreißung vom Mutterlande.

Die früheren Pläne waren meist von tatenlustigen Gouverneuren ersonnen, die ihre Stellung und besonders ihre Einkünfte sichern und verbessern wollten. Ihren Anregungen folgten die Behörden Englands. Jakob II.¹⁾ plante die Ernennung eines Generalkapitäns für die sechs nördlichen Provinzen. 1697 empfahl das *Board of Trade* die Einsetzung eines Generalgouverneurs mit weitgehenden Vollmachten. Vier Jahre später begegnen wir dem Vorschlag, die amerikanischen Kolonien in drei Provinzen zusammenzufassen. Solche Vorschläge waren jedoch zu europäisch gedacht, zu fernstehend dem Wesen der Amerikaner und ihrer Zustände. Denn hier fehlte es noch an der inneren Gemeinschaft aller Teile. Jede Kolonie führte ihr Sonderdasein innerhalb ihres Gebietes, man hört von Grenzstreitigkeiten, die durch Verträge geschlichtet werden müssen, und der Kantöngeist beherrscht die Lage. Auch der interkoloniale Verkehr lag noch völlig im argen. „Der Pflanzler von Virginien und der Kaufmann in Charleston (Süd-Carolina) fühlten sich enger verbunden mit Bristol und London als mit Boston und New York.“

Trotzdem weckte das Bedürfnis Englands, die Kolonien zu überwachen und sie in der Hand zu behalten, immer neue Pläne zu ihrer Verschmelzung in ein größeres Ganzes. Lord Stair, der uns wohlbekannte englische Gesandte am französischen Hofe, wird als Anwalt einer solchen Reform genannt. Und es hängt gewiß damit zusammen, wenn Daniel Pulteney im April 1720 dem Minister Stanhope den Rat erteilte²⁾, Lord Stair an die Spitze des *Board of Trade* zu setzen. Denn für die Kolonien müsse etwas geschehen und Stair sei der Mann dazu, um es

¹⁾ Vgl. Imberg, Studien zur Gesch. der engl. Besteuerung in den Kolonien (Vierteljahrsschr. f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. 13, 1915); Doyle, The Colonies under the House of Hanover (1907), 66.

²⁾ Pulteney (an Stanhope) 16. April 1720. France 355. R. O.

in die Wege zu leiten. Im nächsten Jahre sprach sich auch der Bericht des *Board of Trade* im gleichen Sinne aus und empfahl die Ernennung eines Generalgouverneurs oder, wie es hier ausgedrückt war, eines *Lord Lieutenant* oder *Captain General*. Ihm sollten alle Einzelgouverneure unterstellt sein, sollten in allen Fällen, wo es sich um das gesamtbritische Interesse handelt, von ihm ihre Weisungen erhalten, und, wo er eben weilen würde, sollte die Hoheit des einzelnen Gouverneurs der seinigen zu weichen haben. Aus jeder Kolonie sollten ihm zwei gewählte Abgeordnete zur Seite stehen. Es gab sogar ein Vorbild für eine solche Verwaltungsordnung. Auf den *Leeward Islands* sagte der Bericht, habe jede Insel ihren eigenen Gouverneur; die gesamte Gruppe aber stand unter der Verwaltung eines Generalgouverneurs. Der für das Festland von Amerika zu ernennende Generalgouverneur sollte seinen Sitz in New York haben. Denn diese Stadt habe eine zentrale Lage innerhalb der englisch-amerikanischen Besitzungen und sei auch in nächster Nachbarschaft der Franzosen und ihrer Indianer gelegen.

Endlich sprachen die Herren vom *Board of Trade* noch den Wunsch aus, ihre eigenen Befugnisse erweitert zu sehen. Sie hatten es satt, nur Gutachten und Ratschläge zu erteilen. Sie forderten die Stellung eines im Namen des Souveräns selbständig handelnden Ministeriums. Wie es einen ersten Lord des Schatzamts, einen ersten Lord der Admiralität gab, so sollte auch ein erster Lord des Handelsamts die Geschäfte verwalten. Daß jedoch alle diese Pläne auf dem Papier stehen blieben, mag nicht zum geringsten Teil seine Erklärung finden in dem beharrenden, neuerungsfeindlichen Charakter der Politik des leitenden Staatsmannes. *Quieta non movere*.

* * *

Aber nicht der Wirtschaft und der Verwaltung allein galten die Sorgen der Engländer zu beiden Seiten des Ozeans. Es war der ewige Nebenbuhler und häufige Feind, der immer wieder die angstvollen Blicke auf sich zog.

Quer durch den Kontinent von Nordamerika erstreckten sich, von der Mündung des Lorenzstromes bis zur Mündung des Mississippi, die kolonialen Gründungen Frankreichs. Zu dem älteren Besitz in Kanada war um die Wende des 17. Jahrhunderts

die Erwerbung am Golf von Mexiko, nach dem französischen Monarchen Louisiana genannt, hinzugekommen. Noch war diese Pflanzung wenig entwickelt, schien auch für die Zukunft nur wenig Aussicht zu bieten, als unter dem Herzog von Orleans und seinem erfindungsreichen Helfer Law die Sache mit größerer Energie in Angriff genommen wurde. Ein Neu-Orleans sollte fortan den Mittelpunkt bilden und „Mississippi“ wurde das Zauberwort, das ein paar Jahre lang die Geister eines ganzen Volks entflammte und verwirrte.

Von einem großen Kolonialreich Frankreichs konnte freilich auch um diese Zeit noch immer nicht die Rede sein. Machthunger, Ausdehnungstendenz, vage Zukunftspläne, das war alles, die Bevölkerung klein an Zahl, die wirtschaftliche Entwicklung in den Anfängen begriffen. Erst allmählich begann man den Besitz auszubauen, ihn zu befestigen, erst allmählich empfand man auch den Gegensatz zu den älteren englischen Niederlassungen an der Ostküste, die so verschieden waren von dem, was Frankreich hier schuf. Und doch ist dieser Gegensatz zu weltgeschichtlicher Größe emporgewachsen und hat, zusammen mit den Machtkämpfen in der alten Welt, die Geschichte des Jahrhunderts beherrscht.

* * *

Die französische Gefahr war frühzeitig erkannt worden. Schon 1698, als die Franzosen an der Mündung des Mississippi kaum Fuß gefaßt, hatte Charles Davenant die bedrohliche Lage geschildert ¹⁾, in die der Handel der englischen Kolonien geraten könnte, wenn die Franzosen zwischen jenem Stromgebiete und Kanada, an den Seen entlang, Befestigungen errichten würden. Ein paar Jahrzehnte später war das Gefürchtete eingetreten. 1717 übergab das *Board of Trade* dem Staatssekretär Addison ²⁾ einige, aus Amerika eingetroffene Nachrichten, welche besagten, daß es den Franzosen gelungen sei, eine „Passage“ vom Lorenzstrom zum Mississippi, und hinab bis zum Golf von Mexiko zu finden. Mit anderen Worten, die Verbindung war hergestellt und, wie wir glauben sollen, auch militärisch

¹⁾ Works 1 (1771) 415.

²⁾ Lords of Trade an Addison, 12. Dez. 1717. Board of Trade. Plantations General 38. R. O.

gesichert. „So sind denn“, schreibt das Amt warnend, „alle Provinzen Seiner Majestät auf dem Kontinent eingeschlossen zwischen den französischen Niederlassungen und dem Meere.“

Kommerziell, so etwa schrieb 1720 der Gouverneur von Carolina ¹⁾, habe man freilich von den Leuten am Mississippi nichts zu fürchten. Mit ihren Pflanzungen haben sie noch nichts erreicht. Ihren Bedarf erhalten sie von Frankreich und von den Indianern. Das Klima ist zwar dasselbe wie in Virginien und Carolina. Trotzdem wird auch in Zukunft ihre Konkurrenz nicht zu fürchten sein; denn die Reise nach Europa ist für sie so viel weiter als für uns. Aber auf militärischem Gebiete liege die Gefahr, in den französischen Forts und in ihren Garnisonen ²⁾.

Auch der große Bericht des *Board of Trade* vom nächsten Jahre redet dieselbe Sprache. Er rügt es als Englands grobe Unterlassungssünde, nur durch die Kriegsläufe zu entschuldigen, daß man die Franzosen in jenen Bezirken so mächtig habe werden lassen. Aber noch ist es nicht zu spät, um die Verbindung zwischen Lorenzstrom und Mississippi zu zerreißen. Die im Westen durch die Alleghanies gebildete Grenze muß geschützt, die über das Gebirge führenden Pässe befestigt und die Grenze selbst über diese Linie noch hinausgeschoben werden.

Auch die Anlage eigener Forts fordert das *Board of Trade*. Der Gouverneur von Virginien empfiehlt die Errichtung eines solchen am Eriesee, um dadurch die Verbindung zwischen Quebec und dem Mississippi zu unterbrechen. Der Gouverneur von New York möchte beim Niagarafall ein Fort errichtet sehen. Ein drittes und viertes müßten an den Quellen der Flüsse Potamac und Susquehana, d. h. im Rücken der Provinzen Virginien und Pennsylvanien, erbaut werden.

Aber man braucht auch Truppen aus Europa. Vier Regimenter sollten nach Nova Scotia geschickt werden; vier Regimenter nach Süd-Carolina, das durch seine Miliz von 2000 Mann nicht genügend geschützt ist. Hier in Süd-Carolina droht die Gefahr auch noch in anderer Gestalt. Die Franzosen scheinen

¹⁾ An Townshend. Raynham Hall. Der Einblick in dieses und in andere handschriftliche Stücke in Raynham Hall, Norfolk, ist mir vor Jahren durch die Trustees des Townshendschen Familienbesitzes gütigst erlaubt worden.

²⁾ Vgl. auch in den gedruckten Townshend Mss. 256.

nach dem Besitz einer Wasserstraße zu streben, durch die sie eine direkte Verbindung mit dem Atlantischen Ozean, südlich von den englischen Kolonien, erhalten würden. Darum ist die Flußschiffahrt in dieser Gegend wohl zu pflegen, besonders aber dafür Sorge zu tragen, daß sie in englischen Händen bleibe. Den nach Osten strömenden Alatomaha, der die Grenze von Süd-Carolina gegen das spanische Florida bildete, schienen die Franzosen ins Auge gefaßt zu haben, um hier eine Verbindung mit dem Ozean zu erhalten. Damit wäre nun freilich die völlige Umklammerung der englischen Kolonien durch die Macht Frankreichs zur Tatsache geworden. „Es wäre ein Schlag“, sagt der Bericht, „verhängnisvoller für die Interessen Ew. Majestät in Amerika als irgend ein anderer, der sie jemals getroffen hat.“

Um zu verstehen, wieso die dünnbevölkerten französischen Kolonien sich neben den kompakteren, rasch aufblühenden englischen Provinzen so lange, bis in die Zeit des siebenjährigen Krieges, zu behaupten vermochten, einige Zehntausend gegen Hunderttausende, muß man auch an die glücklichere Eingeborenenpolitik der Franzosen erinnern. Die nordamerikanischen Indianer waren nicht nur die allezeit gefürchteten Nachbarn der vorgeschobenen Siedlungen, in die sie so manches Mal einbrachen, um, mit Tomahawk und Skalpmesser bewaffnet, Tod und Verderben in die Hütten der Weißen zu tragen. Sie spielen auch in den interkolonialen Kriegen eine unheimliche Rolle. Die ganze Romantik der Indianergeschichten des 18. Jahrhunderts steigt vor unseren Blicken auf, wenn wir von den Kämpfen hören, in denen die Rothäute als die Verbündeten der Europäer erscheinen. Und auf diesem Gebiete waren die Franzosen gewaltig im Vorteil.

Im Kolonialamt in London berechnete man, daß im Falle eines Krieges in Amerika 60 000 streitbare Indianer auf der Seite Frankreichs kämpfen würden, auf englischer Seite nicht mehr als 1500. Man gab auch offen zu, daß Frankreich in diesem Punkte mehr Glück und Geschick bewiesen habe als England.

So meinte denn das *Board of Trade* nichts Besseres empfehlen zu können als die genaue Nachahmung der erfolgreichen französischen Methoden. Die französischen Missionare haben eifrig dafür gearbeitet, man hat die Häuptlinge beschenkt, man hat

besonders die Heiraten zwischen Franzosen und Indianern begünstigt, „wodurch ihr neues Reich bei Zeiten vielleicht stark bevölkert sein wird, ohne daß die Einwohnerzahl Frankreichs darunter leiden muß“. Ähnliches sollte England unternehmen. Da das Spenden von Geschenken bisher zu Lasten der Zivilliste erfolgt, diese aber meist überbürdet ist, so hat man zu sehr gespart. Die Ausbreitung der anglikanischen Kirche unter den Indianern ist nicht weit gediehen, das muß anders werden. Heiraten zwischen Engländern und Indianern hatten die Lords bisher nur für Nova Scotia empfohlen. Sie meinen es jetzt für alle englisch-amerikanischen Kolonien empfehlen zu sollen. Wenn auch die Lords von diesen Methoden nicht allzu viel erwarteten, so gibt es wenigstens ein Gebiet, „auf dem die Franzosen mit uns nicht rivalisieren können“. Es ist das Gebiet des Handels. Englische Händler sollten in regen Verkehr mit den Indianern treten. Die Bewohner der vorgeschobenen Siedlungen sollten ihren Unterhalt mehr in dem Austausch mit den Eingeborenen suchen, als in dem Ertrage ihrer Pflanzungen in so entlegenen Distrikten. Dafür sollten an wichtigen Punkten Forts angelegt, auch Verträge mit den Indianern geschlossen, die England freundlichen Stämme miteinander versöhnt werden. Dieser Handel müßte frei sein für alle Engländer in Amerika. Kein Monopol soll bestehen, kein Vorrecht der einen Kolonie vor der andern. Die Händler selbst aber müssen darauf bedacht sein, bei den Eingeborenen das Ansehen Englands zu heben. Sie mögen ihnen sagen, „daß die Engländer nur einen einzigen König und ein einziges Interesse besitzen“.

Gut gemeinte Gedanken, am grünen Tisch ersonnen. Aber hier handelte es sich um Probleme, deren Lösung mehr von der Bewahrung rein menschlicher Eigenschaften, mehr von dem Takt und der Humanität der Kolonisten abhing, als von der Weisheit irgendeines an der Themse erdachten Systems. Die Geschichte der folgenden Jahrzehnte hat gelehrt, daß hier so ziemlich alles beim alten blieb, und die Indianerpolitik der Franzosen eine so viel glücklichere war, als die der Engländer, bis zum Falle von Quebec, d. h. bis zum Ende.

So wurde über friedliche und kriegerische Zeiten hinweg das Verhältnis der Nationen drüben, jenseits des Ozeans, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt gespannter, kritischer, immer mehr hindrängend auf eine militärische Lösung. Die herrschende Anschauung war bald nicht mehr mit der Formel gegeben: Amerika hat Raum genug für beide, sondern in der Kampf-ansage: Wir oder sie.

Hören wir auch einmal eine französische Stimme über die Zukunft Nordamerikas. Es ist die Denkschrift eines Franzosen von Oktober 1747¹⁾, also aus einer Zeit, da man sich schon mitten im Kriege befindet. Aber über dem letzten Ergebnis schwebt noch ein Dunkel. Um so dringender erscheint es dem Schreiber, in letzter Stunde noch ernste Worte an die Regierung Frankreichs zu richten. Seine Meinung aber ist die: Alles steht auf dem Spiel. England will Frankreich aus Amerika verdrängen. Den französischen Kolonien fehlt es an Geld und an Menschen, Englands Macht aber beruht auf dem Reichtum, den es in Amerika gewinnt, sowohl in seinen eigenen Kolonien als in denen anderer. Es gäbe keine Grenzen für seine Macht, wenn es ihm gelänge, den ganzen Handel Amerikas allein an sich zu reißen. Es würde das Meer beherrschen durch seine Flotten und das Land durch seine Reichtümer. Aus Amerika würde es auch die Mittel gewinnen, Europa das Gesetz zu diktieren. So ist es Frankreichs großes Interesse, zu verhindern, daß die Engländer sich nicht den Besitz und die Herrschaft über Amerika aneignen. „Frankreich allein kann es verhindern und muß es es verhindern, sowohl für sich selbst wie für ganz Europa.“

* * *

Wir dürfen von der Behandlung englisch-amerikanischer Beziehungen nicht scheiden, ohne auch jener schicksalsschweren Frage gedacht zu haben, ob das Mutterland das Recht besessen und ausgeübt habe, die aufblühenden Kolonien zu besteuern, oder nicht.

Die Gründungsurkunde von Pennsylvanien aus dem Jahre 1681 enthält allerdings die Klausel, der neuen Kolonie dürfe

¹⁾ Observations sur les finances, la navigation et le commerce d'Angleterre, Okt. 1747. (Mém. et Doc. Angl. 68.) Aff. étr.

keine Steuer auferlegt werden, es sei denn mit Zustimmung der Eigentümer, oder des obersten Gouverneurs, oder der *Assembly* oder durch Akte des Parlaments in England. Mit diesem letzten „oder“ ist also das Recht der Commons in Westminster, die Kolonie zu besteuern, klar ausgedrückt¹⁾. Doch wohlverstanden, was hier für Pennsylvanien gesagt ist, gilt darum noch nicht für die Gesamtheit der überseeischen Besitzungen.

Wie stand es nun damit im Zeitalter Walpoles und welche Haltung hat der Minister persönlich dazu eingenommen? Um es gleich zu sagen: er war stets ein Gegner solcher Besteuerung, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er jeglichen Konflikt mit den Kolonien ebenso scheute, wie den Konflikt mit dem Auslande. Die Zumutung, das Parlament zur Besteuerung der Kolonisten heranzuziehen, ist wiederholt an ihn herangetreten. Schon 1716 und 1717 hatte ein Zollbeamter in Boston, Archibald Cumings, in einer Eingabe an das *Board of Trade* einen solchen Vorschlag gemacht. Er hat denselben Vorschlag 1722, in Walpoles Zeit, wiederholt, und zwar mit der Absicht, die so gewonnenen Mittel zur Schaffung einer stehenden Truppe gegen die französische Gefahr zu verwenden²⁾.

Die Lords vom *Board of Trade* hatten gerade im Vorjahre, 1721, dem Könige ihren großen Bericht über die Lage der amerikanischen Kolonien erstattet³⁾. Sie hatten den blühenden Handelsverkehr hinüber und herüber in hellen Farben geschildert: eine Bilanz mit einem Überschuß von 200 000 £ zu Englands Gunsten und fortwährend steigende Zolleinnahmen für die Regierung Georgs I. Sie haben dem Monarchen auch eine Reihe von guten Ratschlägen für die Behandlung der Kolonisten unterbreitet. Aber von einer Besteuerung der Amerikaner liest man in dem Bericht kein Wort. So sind sie denn auch 1722 auf den von drüben kommenden Vorschlag nicht eingegangen. Ebenso wenig Anklang fand eine solche Anregung im Jahre 1726⁴⁾. Im März 1733 fand über das Besteuerungsrecht eine merkwürdige Debatte im Unterhause statt. Von Rhode Island und Providence

¹⁾ Vgl. Egerton a. a. O. 101.

²⁾ Vgl. Beer, a. a. O. 39ff.

³⁾ Whitehall, Sept. 8, 1721. Board of Trade, Plantations General 38. R. O.

⁴⁾ Vgl. Egerton a. a. O. 196.

war durch ihren Londoner Agenten eine Petition eingereicht worden, die sich gegen eine Bill, die Zuckerkolonien betreffend, wandte. Da die Sache auch eine finanzielle Seite hatte, so entspann sich ein Streit darüber, ob eine solche Petition das Haus beschäftigen dürfe oder nicht. Ein Redner wollte die Frage bejahen mit der Begründung, zwar habe das Volk in jedem Teile Großbritanniens seinen Vertreter in diesem Hause, der ebenso für das besondere Interesse seiner Wähler wie für das allgemeine der Nation zu sorgen habe. Jene aber, die Kolonisten, seien nicht hier vertreten, könnten sich also nicht anders Gehör verschaffen als auf dem Wege der Petition. Es ist schon der Standpunkt, der zur Zeit des Konflikts ebenso durch die Amerikaner vertreten wurde, wie durch Chatham und ihre anderen Freunde in England. Dieses Mal aber erhob sich ein Redner, der anders dachte. Mr. Conduit war es, der die kühne Behauptung aufstellte, auch die Kolonisten seien ein Teil des Volkes von Großbritannien, daher auch im Unterhause vertreten und ihr Interesse werde hier ebenso gewahrt, wie das der übrigen Volksgenossen. Er empfahl darum, die Petition nicht anzunehmen¹⁾. Sie wurde in der Tat abgelehnt, wenn auch nicht auf Grund der Conduit'schen Argumentation, sondern schon im Hinblick auf die erwartete Accisebill. Die Regierungsfreunde suchten den Standpunkt zu wahren, daß Petitionen aus dem Lande gegen *Money bills* vom Hause nicht anzunehmen seien²⁾. Sie haben es, wie wir wissen, trotzdem nicht verhindern können.

Um nun auf Walpole zurückzukommen, so ließ schon die ablehnende Haltung des Handelsamts deutlich genug erkennen, daß der leitende Minister von einer Besteuerung der Kolonien nichts hören wollte. Man kennt aber zum Überfluß auch eine Äußerung Walpoles von 1739, die zwar erst später aufgezeichnet ist, aber, wie ich meine, doch seine Denkweise im ganzen richtig wiedergibt. Sie lautet in scharfer Formulierung³⁾: „Ich will die Besteuerung der britischen Kolonien solchen unter meinen Nachfolgern überlassen, die mehr Mut und weniger Freundschaft für den Handel besitzen als ich. Mein Grundsatz war immer,

¹⁾ Parl. Hist. 8, 1263 ff.

²⁾ Egmont, Diary 1, 340.

³⁾ So bei Roscher und Jannasch, Kolonien, Kolonialpolitik u. Auswanderung (1885) 219.

den Handel der Amerikaner aufs äußerste zu ermuntern; über einzelne Unregelmäßigkeiten dabei muß man die Augen zu drücken. Denn wenn sie auf diese Weise durch einen großen blühenden Handel 500 000 £ gewinnen, so bin ich überzeugt, daß binnen zwei Jahren volle 250 000 £ von diesem Gewinn in den Kassen Seiner Majestät sein werden, durch die Produkte des Mutterlandes, welche in ungeheuren Quantitäten nach Amerika gehen. Je mehr die Amerikaner ihren auswärtigen Handel vergrößern, desto mehr von unseren Produkten werden sie verbrauchen. Dies ist die für ihre Konstitution angemessenste Art der Besteuerung.“

So Walpole. Als 27 Jahre später George Grenville im Unterhause die Worte sprach¹⁾: „Es ist allgemein anerkannt, daß dieses Königreich die souveräne, die höchste gesetzgebende Gewalt über Amerika besitzt; das Recht der Besteuerung aber ist ein Teil der souveränen Gewalt“, da war damit bereits jene Denkweise angekündigt, durch die der Unabhängigkeitskrieg zum Ereignis geworden ist.

* * *

„Geist der Unabhängigkeit!“ So klingt es manchmal unheilrohend aus den Korrespondenzen englischer Beamter von hien und drüben. Schon 1698 warnt Davenant²⁾ davor, die Amerikaner, insbesondere die Bewohner von Neu-England, in der Schiffbaukunst groß werden zu lassen. Dann, meint er, würden sie alsdann nicht mehr in Unterwürfigkeit zu halten sein. „Sie könnten es sich sogar in den Kopf setzen, sich als unabhängige Gemeinwesen etablieren zu wollen.“ Wir brauchen bei solchen Worten nicht gleich an eine geplante, oder gar systematisch vorbereitete Losreißung vom Mutterlande zu denken, eher an das Streben nach einer gewissen Lockerung der Fesseln, die der freien Bewegung der Kolonie durch ihre Pflichten gegenüber dem alten England auferlegt sind. Man will ja den König gern aus der Ferne verehren, möchte aber die Gültigkeit der von der *Assembly* beschlossenen Gesetze nicht schlechthin von seiner Zustimmung abhängig sein lassen. Große koloniale Gebilde, wie Massachusetts mit seiner Einwohnerzahl von 94 000

¹⁾ Parl. Hist. 16, 101.

²⁾ On the Plantation Trade. Works 2, 8.

Seelen, geben das Beispiel der Unbotmäßigkeit¹⁾. „Ihre Abgeordneten“, schreibt der Gouverneur, „sind mächtiger als die Commons von Großbritannien.“ „Sie kümmern sich nicht um die Instruktionen Ew. Majestät,“ heißt es in dem großen Bericht des Handelsamts von 1721²⁾, „sie sorgen nicht ordnungsgemäß für den Unterhalt ihres Gouverneurs, sie streben bei jeder Gelegenheit nach einer zu großen Unabhängigkeit vom Mutterlande.“ Und derselbe Bericht sagt insbesondere von den Eigentümer- und Freibrief-Kolonien, daß diese eine allzu starke Neigung zeigen, vom Mutterlande unabhängig zu werden und zwar besonders in ihrem wirtschaftlichen Gehaben. „Und es war doch von jeher die Weisheit nicht nur Großbritanniens, sondern auch aller anderen Staaten, sich mit allen Mitteln der völligen, absoluten und unmittelbaren Abhängigkeit ihrer Kolonien zu versichern.“ Ähnliches wird von New York gesagt. Da haben sie sich kürzlich geweigert, über die von der *Assembly* erhobenen Gelder Rechnung abzulegen vor dem königlichen Revisor, „eine für die Autorität Ew. Majestät schädliche Praxis. Sie zielt darauf ab, die Bande der Abhängigkeit abzuschütteln, die sie an Ew. Majestät und an ihr Mutterland knüpfen“³⁾.

Als im Jahre 1724 eine Auflockerung der Navigationsgesetze zugunsten eines direkten Handels der Kolonien mit Südeuropa zur Erörterung gelangte, da standen die Lords vom Handelsamt einer solchen Maßregel keineswegs feindlich gegenüber, machten aber auf die Gefahr aufmerksam, daß dadurch die Unabhängigkeitsgelüste der Amerikaner, insbesondere Neu-Englands, wo solche Wünsche am lebendigsten seien, gestärkt werden könnten⁴⁾. Um dieselbe Zeit geschah es, daß Samuel Schute, der vielgeplagte Gouverneur von Massachusetts, dessen Walpole sich freundlich annahm, auf einer Urlaubsreise in England weilte. Er war gekommen, um über die schweren Übergriffe zu berichten, die die Herren von der *Assembly* in Boston sich haben zu schulden kommen lassen gegen „die wenigen Prärogativen,“ die der König dort noch besitzt. „Sie haben gleichsam die ganze Herrschaft

¹⁾ Vgl. Osgood a. a. O. 3, 175ff.

²⁾ Plantations General 38 R. O.

³⁾ Ebd.

⁴⁾ Die Lords of Trade an den König, Whitehall, 24. Juli 1724. Board of Trade. Commercial Series II, 652. R. O.

über die Provinz an sich gerissen und scheinen nach völliger Unabhängigkeit von der Krone Großbritanniens zu streben“¹⁾.

Auch die englischen Minister blicken mit Sorge auf dieses Schauspiel. In einem Briefe an seinen Kollegen Townshend klagt 1725 der Staatssekretär Newcastle²⁾ über „den Geist der Unabhängigkeit, der sich seit einiger Zeit zu sehr eingeschlichen hat in alle unsere Kolonien“. Andere wollen die Sache nicht so tragisch nehmen. Der Verfasser einer vielgelesenen Schrift aus dem Jahre 1731³⁾ erklärt beruhigend: „Die Leute, welche fürchten, die Kolonien könnten ihre Untertanenpflicht gegen uns verleugnen, wissen offenbar nichts von der tiefen Verschiedenheit der Interessen unter den einzelnen Regierungen. Diese Verschiedenheit genügt allein, um sie voneinander getrennt zu halten.“

Genug jener Stimmen, die sorgenvoll oder tröstend aus jenen frühen Jahrzehnten zu uns herüberklingen. Sie mögen für ihre Zeit nicht allzu viel besagen. Historisch bedeutsam erscheinen sie erst, wenn man sie in dem Lichte sieht, das von den späteren Ereignissen auf sie zurückstrahlt.

* * *

¹⁾ Samuel Shute (wahrscheinlich an Rob. Walpole 1723 oder 1724), Houghton Mss.

²⁾ Newcastle an Townshend, 30. Juni 1725. Regencies 84. R. O.

³⁾ The Importance of the British Plantations in America to this Kingdom. 1731. E. 2201. B. M.

Sechstes Kapitel.

**West- und Ostindien
und die anderen überseeischen Bereiche.**

Unter den Besitzungen Englands auf dem amerikanischen Festlande nahm das Gebiet der Hudson's Bay-Kompagnie nach Lage und Verfassung eine Sonderstellung ein¹⁾. Weit nach Norden vorgeschoben, jenseits des französischen Kanada, hatte es keinen Zusammenhang mit den längs der atlantischen Küste gelegenen Kolonien. Es erheischt darum eine gesonderte Behandlung. Lange war die Hudson's Bay ein Streitobjekt zwischen Engländern und Franzosen gewesen. Der Utrechter Friede hatte sie England zugesprochen. Aber die Abgrenzung der beiderseitigen Gebiete hatte Schwierigkeiten verursacht. So bestimmte Artikel 10 des Friedensinstruments, daß diese Schwierigkeiten durch eine von beiden Nationen zu beschickende Konferenz gelöst, die Grenzen endgültig festgelegt werden sollten.

Wir wissen bereits, daß in solcher Absicht von englischer Seite die Herren Bladen und Pulteney entsandt wurden. Zuzufolge der Instruktion, mit welcher Bladen 1719 in Paris erschien²⁾, sollte er sich auch nicht mit der einfachen Absteckung der Grenzen begnügen. Die Franzosen hatten seit der Unterzeichnung des Friedens ein Fort an der Quelle des Albany-Flusses errichtet. Sie würden dadurch, sagt die Instruktion, imstande sein, die wichtigste englische Faktorei vom Handelsverkehr mit den Indianern abzuschneiden. Darum soll dieses Fort übergeben oder geschleift werden. Und endlich sollte Bladen Entschädigung fordern für alle Beraubungen und Gewalttaten, welche die Franzosen in Friedenszeiten der Kompagnie angetan hätten.

¹⁾ Vgl. G. Bryce, *The remarkable History of the Hudson's Bay Company*, 3d ed. 1910; Willson, *The Great Company*, 1900; Cunningham, *Growth* 1,279ff.

²⁾ Vom 3. Juli 1719. France 355. R.O.

Doch wir kennen schon die Erfolglosigkeit der Mission sowohl Bladens wie des ihm folgenden Pulteney. Mochte der französische Hof unterhandlungsbereit sein oder nicht, das öffentliche Interesse verweilte nicht bei den Grenzstreitigkeiten im fernen Amerika, es war völlig in Anspruch genommen durch die Finanzoperationen des berühmten John Law, und die britischen Kommissare mußten sich begnügen mit der Rolle untätiger Zuschauer bei dem Drama des großen Spekulationsgeschäfts. Im Dezember 1719 waren der Gouverneur der Hudson's Bay Kompagnie und ein anderer Kaufmann persönlich in der französischen Hauptstadt erschienen, um den Fortgang der Unterhandlung zu beschleunigen. „Siesollten lieber,“ schreibt Pulteney¹⁾, „nach London zurückkehren, als hier in nervöser Spannung zu warten und Klagebriefe nach England zu senden. Wenn wir sie brauchen, können sie schnell genug zur Stelle sein.“

Der große Bericht des Handelsamts von 1721 schweigt über die Hudson's Bay. Er sagt von ihr wie von Neufundland nur, daß diese beiden Gebiete keine eigentlichen Kolonien seien und ohne „geographische Berührung mit den anderen Besitzungen Seiner Majestät auf dem Kontinente“²⁾. Es wäre wohl auch nicht viel zu sagen gewesen; denn jene Unklarheiten sind dauernd, d. h. bis zu den späteren kriegerischen Zusammenstößen ungelöst geblieben. Unterdessen blühte das Geschäft der englischen Kompagnie. Sie arbeitete insofern unter günstigeren Voraussetzungen als die französische, als sie die Wasserstraßen, Flüsse und das Meer, so viel vollkommener beherrschte als jene. Um so leichter wickelte sich der Verkehr mit den Pelze liefernden Indianerstämmen ab, die auch für die englischen Industrieprodukte empfänglicher schienen als für die französischen. Aus dem Jahre 1730 zählt Anderson in seiner Handelsgeschichte die zahlreichen Artikel, es sind besonders Pelze, Häute und Felle, auf³⁾, die England von dort bezieht, die es früher von Rußland bezogen und die es nun mit seinen eigenen groben Wollwaren und anderen Fabrikaten bezahle. Und im folgenden Jahre berichtet ein Autor, der Handel der Hudson's Bay-Kompagnie sei zwar an Umfang nicht bedeutend, drei jährlich von London ausfahrende

¹⁾ 9. Dez. 1719. France 355. R.O.

²⁾ *Plantations General* 38. R.O.

³⁾ *Origin of Commerce* 3, 167.

Schiffe bewältigten ihn; das Kapital auch nicht größer als 100 000 £, aber die Kompagnie gibt 8, früher gar 10% Dividende, sie beschäftigt viele Menschen mit dem Ausrüsten und dem Laden der Schiffe, und so dürfe man „von einem wahrhaft vorteilhaften Handelszweige“ reden ¹⁾).

Nicht ohne Stolz hatte 1711 der englische Unterhändler, als es sich um die Erwerbung des Gebietes für England handelte, dem Franzosen auch klar zu machen versucht, daß die Hudson's Bay im Grunde ja alter englischer Besitz, Hudson ein Engländer gewesen sei und die Namen der Stätten und Ortschaften, wie sie selbst auf den französischen Karten erschienen, lauter englische Namen seien.

* * *

„Westindien ist die Quelle all unserer Reichtümer und hält die Handelsbilanz zu unseren Gunsten.“ So schrieb Horace Walpole im April 1735 an seinen Bruder, den Minister ²⁾. Es geschah zu einer Zeit, als der Wert und die Stellung der westindischen Besitzungen wieder einmal heftig umstritten waren. Diese Besitzungen, im Golf von Mexiko gelegen, waren im Laufe des 17. Jahrhunderts in harten Kämpfen den Spaniern abgerungen worden. Am bedeutendsten war Jamaika, dessen Wert erst allmählich erkannt worden war. Die von Cromwell hinausgesandte westindische Expedition galt als gescheitert, da sie von keinem anderen Erfolg zu berichten hatte, als von der Einnahme dieser Insel. Der Protektor blieb einen Tag lang mit seinen finsternen Gedanken allein; denn er hielt das Geschehene für eine von Gott der Nation bereitete Demütigung ⁴⁾. Jamaika aufzugeben, kam ihm freilich nicht in den Sinn. Denn er war entschlossen, „nichts aus der Hand zu geben, wovon er einmal Besitz ergriffen“ ⁵⁾. Seit jener Zeit war Jamaika, ebenso wie die anderen im britischen Besitz befindlichen Inseln Westindiens bereits zu hoher Blüte gelangt. Im Anfang des 18. Jahrhunderts gehörten ferner zu diesem Besitze die Inselgruppe von Barbados,

¹⁾ Origin of Commetce 3, 173.

²⁾ Portland Mss 5, 36.

³⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 3, 243.

⁴⁾ Vgl. Michael Cromwell, 2, 128. 148.

⁵⁾ Ebd.

die *Leeward Islands*, die Bahanea- und die Bermuda-Inseln. Insgesamt bildete das britische Westindien eine so wichtige Ergänzung zu den Kolonien auf dem amerikanischen Festlande, daß man gelegentlich das Urteil vernimmt, Amerika würde ohne Westindien nicht zu halten sein.

Die Verfassungen der Inseln bildeten ebenso wie die der amerikanischen Provinzen ein Seitenstück zur Verfassung des Mutterlandes. Gouverneure als Vertreter des Monarchen, ein sie umgebendes *Council* und eine *Assembly* als Volksvertretung, alles dem englischen Vorbilde entsprechend. Jede dieser Inseln bildete also einen kleinen Staat für sich. Nur auf den *Leeward Islands* war eine gewisse Vereinfachung des Schemas insofern hergestellt, als hier über den Gouverneuren der einzelnen Inseln noch ein Generalgouverneur für die ganze Gruppe stand, und wir haben bereits vernommen, daß die Herren vom Handels- und Kolonialamt, als sie eine Zusammenfassung der amerikanischen Provinzen unter einen einzigen Leiter empfahlen, auf das Vorbild der *Leeward Islands* hingewiesen hatten.

* * *

Wie im allgemeinen das Mutterland den westindischen Kolonien gegenüber sich wohl leichter zu starken Maßregeln entschloß, als es sie bei den festländischen gewagt hätte, so ist 50 Jahre früher, als die Frage in Amerika aktuell wurde, schon einmal von der Absicht die Rede, die Hauptinsel Jamaika durch das Parlament von Westminster besteuern zu lassen. Wir hören, daß die juristischen Berater der Krone im Jahre 1724 über die Zulässigkeit einer solchen Besteuerung ein Gutachten abzugeben hatten. Sie faßten ihren Bescheid in die merkwürdige Formel: Ist die Insel eine Kolonie englischer Untertanen, so kann sie entweder nur durch das Parlament von Großbritannien oder durch eine unter der Autorität des Königs gewählte Volksvertretung besteuert werden. Ist sie aber als ein erobertes Land zu betrachten, so hat die Krone das Recht, sie zu besteuern ¹⁾.

Der Steuerplan scheint auf Grund dieses Gutachtens still beiseite gelegt worden zu sein. In der hier mitgeteilten Stellungnahme der Kronjuristen aber beobachtet man schon dieselbe

¹⁾ Yorke, Hardwicke (1913) 1, 89.

Unklarheit über das Besteuerungsrecht der Kolonien, wie wir sie auch für Amerika kennengelernt haben.

* * *

Der Wert der westindischen Besitzungen für England lag weder in ihrer Größe, noch in den Zahlen ihrer Bevölkerung, sondern in der handelspolitischen und militärischen Situation, in der sie sich befanden. Die von dort bezogenen Artikel, besonders der eine, nach dem die ganze Gruppe als die Zuckerinseln bezeichnet zu werden pflegte, waren in der Tat für das Mutterland unentbehrlich. Für die Inseln selbst war jedoch fast noch wichtiger der Handel, den sie in der Neuen Welt unterhielten, einerseits mit den englischen Kolonien auf dem Festlande, andererseits mit dem spanischen Amerika. Erlaubt oder unerlaubt, fand ein fortwährender Schiffsverkehr mit Nordamerika statt, von wo Westindien Bauholz und andere Produkte erhielt, die es freilich mit seinen eigenen Erzeugnissen niemals ganz bezahlen konnte. Und nicht minder ausgedehnt war der Austausch mit den spanischen Besitzungen in der Neuen Welt. Hier bot sich nun das merkwürdige Bild, daß England den Grundsatz vertrat: die See ist frei in der Neuen Welt für alle Nationen; Spanien aber sagte: sie ist frei für niemand außer für Spanien. Aus der Gegensätzlichkeit dieser Anschauungen allein hätten sich schon jene zahllosen Übergriffe und Gewalttätigkeiten ergeben, von denen die Geschichte Westindiens so viel zu berichten hat: die von den Spaniern geforderte und von den Engländern verweigerte Durchsuchung der Schiffe, das Wegnehmen und Versenken der Fahrzeuge, die angebliche Verletzung der spanischen Rechte durch die Engländer, und die ewigen Klagen der Engländer über die spanischen *depredations*. Es machte auch keinen allzugroßen Unterschied, ob Frieden oder Krieg herrschte zwischen den Nationen. Der reguläre oder irreguläre Handelsverkehr war beiden Teilen unentbehrlich. „Krieg oder Nichtkrieg, Spanien verbot den Handel mit seinen westindischen Kolonien. Krieg oder Nichtkrieg, britische Kaufleute ließen es sich nicht nehmen, einen Handelsverkehr zu unterhalten, der auch den spanischen Kolonisten nur willkommen war ¹⁾.“ An Robert Walpole schrieb

¹⁾ C. Headlam, *Cal. of State Papers. Colonial. America and West Indies 1719—20* (1933), Preface II.

Admiral Wager in der Zeit der englisch-spanischen Kämpfe von 1727 ¹⁾: „Und wenn auch Krieg ist, die Chilenen und die Spanier werden mit uns Handel treiben, wie sie es ja in Westindien immer getan haben.“

Auch für den Handelsverkehr befand sich die Insel Jamaika in zentraler Lage. Zwischen den großen spanischen Inseln Cuba und Hispaniola auf der einen Seite und dem spanischen Festland von Mittelamerika auf der andern Seite gelegen, bedarf es, wie ein Pamphlet von 1728 sagt ²⁾, kaum eines Hinweises, wie nützlich es sein kann für den friedlichen Handel und wie gut geeignet, in Kriegszeiten den Feind zu belästigen.

* * *

Das Hauptgeschäft der westindischen Kolonien war, wie gesagt, der Zuckerhandel. Der Wert des jährlich in England eingeführten Zuckers wurde auf 500 000 £ geschätzt ³⁾. Trotz dieser hohen Zahl heißt es, sei der Zuckerhandel seit dem Beginn des Jahrhunderts stark zurückgegangen. Die Regierung forderte ein Gutachten vom Handelsamt. Erkundigungen wurden reichlich eingezogen, und unter dem 24. Juli 1724 ward dem Könige ein ausführliche Denkschrift des *Board of Trade* überreicht ⁴⁾. Man erhält aus diesem Schriftstück fast den Eindruck, als seien die englischen Kolonien in Westindien gegenüber den französischen und holländischen ins Hintertreffen geraten. Die Pflanzungen, insbesondere die Pflanzungen der Franzosen, sind jünger und frischer als die englischen. Barbadoes und der größere Teil der *Leeward Islands* sind erschöpft, die Hauptinsel Jamaika aber noch zu wenig entwickelt. Dabei haben die Franzosen und Holländer ihre Rohstoffe und auch ihren Bedarf an Industrieprodukten großenteils aus den englischen Kolonien auf dem Festlande und aus Irland erhalten, und ihre Neger aus dem britischen Westindien. Sie sind dadurch so emporgeblüht, daß sie gleichsam — sagt die Denkschrift — auf eigenen Füßen

¹⁾ Torbay near Cadiz., 9. Mai 1727. Houghton Mss.

²⁾ *Some Observations on the Assiento Trade* 28.

³⁾ Houghton Mss.

⁴⁾ Die Lords of Trade an den König, 24. Juli 1724. *Board of Trade. Commercial Series II. R.O.*

stehen können. Und das Gesagte gilt am meisten von Hispaniola. So die Denkschrift des *Board of Trade*.

Wir verstehen, daß diese Praxis, dieser Verkehr der Amerikaner und der Leute von Britisch-Westindien mit fremden Kolonien unvereinbar war mit den englischen Schiffahrtsgesetzen. Aber noch schlimmer als diese Rechtsverletzung schien es, daß die Fremden dadurch auch fast die ganze Ausfuhr von Zucker nach Südeuropa in die Hand bekommen hatten, natürlich zum Schaden Englands. Man hatte beobachtet, daß die Wiederausfuhr des Zuckers aus England erheblich zurückgegangen war, und nicht nur aus dem Grunde, weil der Genuß von Tee und Kaffee in den letzten Jahrzehnten in England stark zugenommen hatte.

Was war da zu tun? Die Regierung konnte den Klagen der am westindischen Handel interessierten Kaufleute und Pflanzer ihr Ohr nicht verschließen. Im Einklang mit der bestehenden Gesetzgebung war es allerdings schwierig, Abhilfe zu schaffen. So lief dann dasjenige, was das *Board of Trade* zu raten wußte, schlechthin auf eine Auflockerung der Navigationsgesetze hinaus. Das Gutachten stellt sich auf den Standpunkt: Es ist nun einmal nicht anders. Der Vorsprung, den die französischen Pflanzer besitzen, ist nicht mehr einzuholen. Die Ausfuhr des Zuckers kann ihnen nicht genommen werden. Wie wäre es aber, wenn man diese Ausfuhr ruhig dulden, aber versuchen würde, sie der englischen Schiffahrt in die Hände zu spielen, die Franzosen also verhinderte, ihre eigenen Spediteure zu sein. So würde man auch den Nordamerikanern das Geschäft nicht verderben und ihnen gegenüber Großbritannien sogar zu einer günstigeren Handelsbilanz verhelfen.

Die hier empfohlene Methode wurde nicht befolgt. Aber die Klagen wurden lauter, und 1731 kam die Frage vor das Parlament. Die geschädigten Kaufleute in England und die Pflanzer Westindiens übergaben dem Unterhause eine Petition. Sie beschwerten sich über die Nordamerikaner, welche Zucker, Rum und Melasse nicht von englischen, sondern von fremden Zuckerkolonien, und selbst ihren Bedarf an europäischen Industrieprodukten vom Auslande, statt von England bezögen.

Die damit gegebene Anregung wirkte fort und indem das Parlament sich mit der Sache beschäftigte, erhielt man bald

den Eindruck, als ob es sich um einen Interessenstreit handele zwischen den englischen Kolonien in Nordamerika und den englischen Besitzungen in Westindien. Um so schwieriger eine Entscheidung zu finden, die allen gerecht wurde. „Möge man nie, so sagte Mr. Oglethorpe¹⁾, der bald hinaus ziehen sollte über den Ozean zur Gründung von Georgia, möge man nie einem britischen *house of commons* nachsagen, daß die Not irgendwelcher seiner Staatsangehörigen ihm dargelegt worden sei und sie hätten die in ihrer Macht liegende Hilfe versäumt oder verzögert.“ Lange stritt man auch über Form und Inhalt des Gesetzes, bis es endlich nach mehr als Jahresfrist zum Beschlusse erhoben worden war.

Es nahm die Dinge, wie sie lagen. Zucker, Rum und Melasse sollten, wenn sie in die Kolonien Großbritanniens eingeführt wurden, entsprechenden Zöllen unterworfen sein. Nach Irland aber darf solcher Import in Zukunft überhaupt nicht mehr stattfinden, außer wenn die Ware zuvor in gesetzmäßiger Form, d. h. auf britischen Schiffen, in Großbritannien eingeführt war. Wird der aus den eigenen Kolonien in Großbritannien eingeführte Zucker wieder exportiert, so wird der bei der Einfuhr gezahlte Zoll zurückerstattet.

Unzweifelhaft war damit schon eine größere Freiheit im Handelsverkehr hergestellt, und in dem Streit zwischen Amerika und Westindien schien England die Partei Westindiens ergriffen zu haben. Und doch hatte sich an der Lage nicht sehr viel geändert. Ein zehn Jahre später erstattetes Gutachten des Handelsamts²⁾ trägt wiederum fast dieselben Klagen vor, wie man sie 1724 gelesen hatte. Mit den nun empfohlenen Hilfsmitteln aber ging das Amt dieses Mal viel weiter als zuvor.

Die Lords vom *Board of Trade* machten besonders zwei Vorschläge. Die Gesetzgebung würde in dem Sinne geändert werden, daß es den Kolonien gestattet sein sollte, ihre Erzeugnisse selbst nach Südeuropa (südlich von Kap Finistere) zu senden, also mit Umgehung Englands und seiner Häfen. Es war zugunsten Westindiens eine Verallgemeinerung das den Reispflanzern von Carolina 1730 bewilligten Rechtes, wobei es nicht uninteressant

¹⁾ Parl. Hist. 8, 1001.

²⁾ Whitehall, Jan. 14, 1734/35. Als Druckschrift erschienen. 8223e 5. B.M.

ist, zu erfahren, daß das eben erwähnte Gesetz seinen Zweck gut erfüllt, *a very good effect* gehabt haben soll.

Man wollte aber auch versuchen, den von den französischen Kolonien gewonnenen Vorsprung einzuholen. Die Produktion der englischen Zuckerkolonien sollte, wenn möglich, gesteigert werden. Zwar sind, wie wir gehört haben, Barbados und der wichtigste Teil der *Leeward Islands* erschöpft. Aber Jamaika, das Zentrum des britischen Westindiens, könnte weit mehr liefern als bisher. Die Schwierigkeit besteht nur darin, daß sich auf dieser Insel zwar große, für die Anlage von Zuckerplantagen geeignete Ländereien befinden. Doch sind die meisten und die besten Stücke davon vor langer Zeit an Privatpersonen vergeben ohne von diesen bewirtschaftet zu werden. Und trotzdem man schon versucht hat, diesen Zustand zu beseitigen, ist es bisher nicht gelungen, jene jetzt brachliegenden Ländereien der Plantagenkultur zuzuführen. Gelingt es nicht, die Bewohner Jamaikas zum Erlaß einer Landesgesetzes zu bewegen, durch welcher den Privatpersonen, welche heute das Land besitzen, ohne es zu bebauen, das Besitzrecht genommen würde, so wäre dieses ein geeigneter Gegenstand zur Behandlung durch das britische Parlament, durch dessen Autorität eine wirksame Methode gefunden werden könnte, jene alten Verleihungen nachzuprüfen, die für die Eigentümer ebenso nutzlos gewesen sind, wie schädlich für die Allgemeinheit; oder aber sie, die Besitzer, zu zwingen, das Land zu bebauen.

Die oben erwähnte Denkschrift des Handelsamtes aus dem Jahre 1724 war unveröffentlicht und dem Publikum unbekannt geblieben. Die Denkschrift von 1734 aber ward durch den Druck verbreitet. Man erschrak, in welchem ungünstigen Lichte die Verhältnisse Westindiens darin geschildert waren, und es ist sehr wohl zu verstehen, das Horace Walpole dies getadelt hat; denn man habe durch diese Veröffentlichung das Ausland erst recht aufmerksam gemacht auf die Schwäche der westindischen Besitzungen Englands¹⁾.

Kommen wir zum Schlusse dieser Betrachtungen. Viel hat sich wohl innerhalb dieser Periode an den geschilderten Zuständen nicht geändert. Die beklagten Übelstände hatten

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 3, 243.

ihre tiefste Ursache in der strengen Gebundenheit, in der das Mutterland die Kolonien zu erhalten wünschte. Die Beamten-schaft, die Herren vom *Board of Trade*, haben dieses wohl empfunden, haben versucht, den Zwang hier und dort zu lockern. Im Grunde aber bleibt alles beim alten. Die Kolonialpolitik des Merkantilismus hat ihre Rolle solange gespielt, bis die großen Ereignisse der folgenden Generation ihren Widersinn offenbarten, bis die Kolonien selbst die ihnen angelegten Ketten zerbrachen.

* * *

Der Handel Englands mit dem spanischen Westindien lag besonders in den Händen der Südsee-Kompagnie.

Es ist dieselbe Südsee-Kompagnie, die ja schon einmal unser Interesse reichlich in Anspruch genommen, da wir von den großen Finanzoperationen zu berichten hatten, bei denen diese Gesellschaft der englischen Regierung mit ihrem berühmten Südseeplan helfend zur Seite getreten war. Sie hat diese Rolle lange Jahre hindurch gespielt, seit der Zeit ihrer Gründung (1711) bis zu der berühmten Katastrophe der Südseespekulation und der *Bubbles* des Jahres 1720. Die Öffentlichkeit hatte damals den eigentlichen Sinn der Gründung, das große Handelsgeschäft jenseits des atlantischen Ozeans, fast vergessen. Mit diesem haben wir es nunmehr zu tun.

Die große Bedeutung der Südsee-Kompagnie innerhalb dieser Epoche liegt besonders in der Lösung der Aufgabe, die ihr durch den sogenannten Assiento-Vertrag von 1713 gestellt war. Es war ihr durch dieses Abkommen das Hauptgeschäft mit dem spanischen Westindien übertragen worden. Der Name Assiento, im Grunde nur die Bezeichnung für eine internationale Vereinbarung, hatte hier einen besonderen Sinn erhalten. Er bezeichnete das von der Krone Spaniens einem anderen Staate übertragene ausschließliche Recht, eine festbestimmte Anzahl von Negerklaven jedes Alters und Geschlechts in die spanischen Kolonien zu bringen und daselbst feilzubieten. Als letzter Staat, seit 1700, hatte Frankreich dieses Monopol besessen. Dann hatten die Siege des spanischen Erbfolgekrieges es den Engländern in den Schoß geworfen. Jährlich durften sie fortan 4800 Neger in das spanische Amerika einführen. Die Art, wie die unglücklichen Geschöpfe über den Ozean transportiert wurden,

auf möglichst wenig Schiffsraum eng zusammengepfercht, wie ein nicht unerheblicher Prozentsatz derselben regelmäßig auf der Fahrt zugrunde ging, wie man den drüben Angekommenen zunächst ein wenig Erfrischung und Erholung gönnen mußte, um auf den Sklavenmärkten einen guten Preis mit ihnen zu erzielen, das alles ist oft genug geschildert worden. Die Akten schweigen darüber. Sie reden über die schwarze Ware ebenso geschäftsmäßig, wie über jeden andern beliebigen Handelsartikel. Rein geschäftsmäßig sind auch die Bemerkungen gefaßt, die Defoe darüber mitteilt¹⁾. Der einzelne Neger, so weiß er zu berichten, kostet in Afrika nicht mehr als 30 bis 50 sh, der in Amerika erzielte Preis aber beträgt 20 bis 30 £ pro Kopf, je nach dem Alter, der Größe und dem Geschlecht des feilgebotenen Individuums. Und den Bruttoertrag dieses Geschäfts, nämlich den gesamten Absatz in der Neuen Welt, in spanischen wie in englischen Kolonien, beziffert er auf etwa 1 250 000 £ im Jahr. „Das ist wirklich“, ruft er begeistert aus „ein unendlich gewinnbringender Handelszweig“.

Für die Südsee-Kompagnie war es sicherlich ihr bestes Geschäft. Man zahlt den gesetzlich vorgeschriebenen Zoll, man verhandelt über die Plätze, wo die Schwarzen zum Verkauf ausboten werden sollen, und man sucht jede Durchbrechung des Monopols durch nicht zur Kompagnie gehörige Kaufleute nach Möglichkeit zu unterdrücken.

Auch die gute Gesellschaft findet an der Sache nichts Anstößiges. Und wenn die großen Damen von London und Paris sich kleine Handreichungen gern durch Negerknaben leisten lassen, so grübeln sie nicht darüber nach, auf welchem Wege diese Geschöpfe oder ihre Erzeuger vorher einmal von einem Weltteil in den andern verschleppt worden sind.

Noch ein anderes nicht minder wichtiges Privileg erhielt England durch den Assiento. Es durfte in jedem Jahre ein Schiff von 500 Tonnen Gehalt nach Spanisch Westindien entsenden. Die Waren sollen zollfrei sein und sollen auf der jährlichen Messe zum Verkauf gelangen.

Zwar war auch von territorialen Erwerbungen Englands, von der Abtretung spanischer Plätze in der Neuen Welt, die

Rede gewesen. Aber schon der Unterhändler Lord Lexington meinte, es sei noch nützlicher für England, sich auf den Schleichhandel zu verlegen, „den der Assiento uns völlig in die Hand gibt“¹⁾. So geschah es. Es trat ein Austausch ins Leben, weit ausgedehnter, als der Wortlaut des Vertrages ihn gestatten wollte.

Die Begleitung des einen Schiffes durch ein zweites, das angeblich nur Provision führt, ein zum Schutze mitfahrendes Kriegsschiff, daneben ein systematisch durchgeführter Schmuggelhandel, der die spanischen Kolonien weitgehend mit englischen Waren versorgte, und dieser ganze Betrieb heimlich und doch allbekannt, den Engländern gewinnbringend, den Bewohnern der spanische Kolonien nicht unerwünscht, der Regierung Spaniens jedoch ein dauerndes Ärgernis, so ging es nun Jahrzehnte lang. Spanien wehrte sich mit der Durchsuchung, mit der Wegnahme englischer Schiffe und mit Gewalttaten jeder Art in friedlichen wie in kriegerischen Zeitläuften. Er ist immer noch lebendig, der altspanische Stolz, der es nicht vergessen kann, daß einst die gesamte nichtchristliche Welt den iberischen Nationen zu eigen gegeben und durch den Spruch des Papstes zwischen ihnen aufgeteilt worden. Niemand außer uns, sagen die Spanier, hat ein Recht, die Gewässer der Neuen Welt zu befahren. England aber sagt: Die See ist frei für jedermann.

* * *

Was Wunder, daß dieser unredliche, von beiden Seiten unredliche Vertragsschluß, dieses gegenseitige Versteckenspielen zur Quelle ewig neuer Mißhelligkeiten und Konflikte wurde und daß jeder dieser Konflikte die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung in sich barg?

Dreimal innerhalb der Periode, die wir das Zeitalter Walpoles nennen, hat die Regierung Englands sich mit der Krone Spaniens wirklich in offenem Kriegszustande befunden. Das erstemal, 1718 war es eine rein politische Angelegenheit. Es handelte sich um die Durchführung des Programms der Quadrupelallianz, zu der sich England mit Frankreich und Österreich — das als vierter Teilnehmer gedachte Holland ist dem Bunde nie bei-

¹⁾ Plan of the English Commerce (1728) 244 ff.

¹⁾ Vgl. Cambridge History of the British Empire 1, 335.

getreten — verbunden hatte. Der spanischen Eroberungssucht, der Politik Alberonis, sollte Halt geboten werden. Schon waren die Feindseligkeiten begonnen worden, die Seeschlacht am Kap Passaro geschlagen, aber man zögerte mit der formellen Kriegserklärung.

Das große Publikum verfolgt die Wege der hohen Politik meist nur von ferne, und es durchschaut sie nur selten. Ein Krieg mit Spanien bedeutete die Unterbrechung wichtiger Handelsbeziehungen, bedeutete die Wegnahme englischer Schiffe durch den Gegner, die Beschlagnahme der Effekten englischer Kaufleute in den Häfen der Alten und der Neuen Welt. So fühlte die Regierung das Bedürfnis, den Streitfall dem Volke noch in anderm Lichte zu zeigen. Das Interesse des Handels mußte es sein, um dessen Willen man zum Schwerte griff¹⁾. Wie man vor Jahren, als die erste Ostsee-Expedition geplant war, die am baltischen Geschäft interessierten Kaufleute bewogen hatte, die Regierung um Schutz für ihren Ostseehandel zu bitten, so wurde jetzt die Südsee-Kompagnie aufgefordert²⁾, dem Könige einmal alles Unrecht vorzutragen, das sie von Spanien erlitten, alle Schwierigkeiten, die dem von der Gesellschaft betriebenen Handel bereitet worden.

Die Gesellschaft brachte ihre Beschwerden zu Papier, und der Zweck wurde erreicht. Zusammen mit der Thronrede und ihrer geschickten Erzählung des Streifalls übte die gründliche, in 25 Artikel gefaßte Darlegung der Kompagnie³⁾ die allerbeste Wirkung. Obgleich die parlamentarische Opposition ihre stärksten Redner ins Treffen sandte, wurden die von den Ministern selbst vorbereiteten loyalen Dankadressen in beiden Häusern mit ansehnlichen Mehrheiten angenommen.

Auch die Geschichte des englisch-spanischen Kriegesfalles von 1725 zeigt die Verbindung politischer und kommerzieller Fragen, um die gestritten wird. Seit dem Januar waren die

¹⁾ Bonet, 11./22. Nov. 1718 G.St.A:

²⁾ Das folgende nach den Akten der Südsee-Kompagnie im Brit. Mus., besonders Add. 25 555.

³⁾ A State of the Difficulties which the South Sea Cy labour under and in which they pray to be redressed, in einem Schreiben der Direktoren an den König vom 24. Sept. 1718. Add. 25 555. B.M. Die Antwort des Königs vom selben Tage. Add. 25562. B.M.

Politiker in London, in Wien und am Kongreßorte in Cambrai durch jene Nachrichten erschreckt worden, die einen engen Zusammenschluß der Höfe von Wien und Madrid erwarten ließen. Spanien trat in scharfem Gegensatz zu den Westmächten. Sofort regte sich auch die Südsee-Kompagnie und erschien auf dem Plane mit ihren Klageschriften und Memoranden.. Schon im März überreichte sie ein Schriftstück¹⁾, in dem, ebenso wie 1718, die Übelstände aufgezählt waren, unter denen ihre Leute seit Jahren zu leiden gehabt. Und am Schlusse hieß es, wie schon 1718: weitere Klagen ein andermal.

Schriften dieser Art, den hohen Autoritäten des Staats überreicht, begleiten uns durch die ganzen Zeiten dieses englisch-spanischen Konflikts, des Krieges, der Friedenspräliminarien, ja noch darüber hinaus. Um nur wenig zu nennen, so wird ein während des Königsbesuchs in Hannover der Regentschaft in London überreichtes Memorial der Kompagnie vom Staatssekretär Newcastle an den Kollegen Towshend in Hannover und an den Gesandten William Stanhope in Madrid weitergegeben²⁾. Der Bescheid des Monarchen folgt³⁾.

Im April 1726, als Admiral Hosier seine Fahrt nach Westindien antreten soll, von der er nicht zurückgekehrt ist — seine Instruktionen sind bereits niedergeschrieben — da möchte Walpole noch einmal die Wünsche der Südsee-Kompagnie vernehmen. Zwei Direktoren teilen sie ihm mit⁴⁾. Sie sparen nicht mit großen Worten, und wenn sie klar und bestimmt fordern, die spanische Silberflotte, die Galleonen und die Flota, dürften den Hafen nicht verlassen, ehe die Kompagnie für alle erlittenen Schäden vollen Ersatz erhalten habe, so war damit die Weisung erteilt, die der Admiral buchstäblich befolgt hat.

Im Januar 1727, als ein Schiff mit neuen Befehlen an Hosier abgeht, bittet die Kompagnie von neuem um Beachtung ihrer Interessen⁵⁾. In Porto Bello, in Cartagena, in Vera Cruz sind

¹⁾ Memorandum of some particular grievances under which the Company labour. London, 25. März 1725. Add. 25555. B.M.

²⁾ Vom 17. Juni 1725. Newcastle an Townshend, 30. Juni 1725. Regencies 89. R.O.

³⁾ 25. Juli 1725. Regencies 19. R.O.

⁴⁾ 16. April 1726. Add. 25555. B.M.

⁵⁾ Ein Direktor an Newcastle, 14. Jan. 1726 (7). Add. 25555. B.M.

ihre Güter im Besitze der Spanier, und das „jährliche Schiff“ *Prince Frederick* mit einer Ladung im Werte von 300 000 £ ist in Gefahr, beschlagnahmt zu werden. „Sollte dies geschehen, es wäre ein Verlust für die Kompagnie, zu empfindlich, um geduldig ertragen zu werden.“ Dann ist noch einmal von festgehaltenen Schiffen die Rede¹⁾, die sämtlich Neger an Bord haben. Mit Negern beladen, insgesamt 3284 Köpfe, sind auch 7 Schiffe, die in Buenos Aires liegen. Und abermals liest man von der Beschlagnahme der Effekten in Cartagena und anderen Plätzen²⁾. Endlich, am 20. Februar 1728 unterbreiten die Direktoren dem Staatssekretär³⁾ noch eine Liste aller schon früher, d. h. vor dem offiziellen Bruche, beschlagnahmter Güter.

* * *

Der englisch-spanische Konflikt hatte einen Höhepunkt erreicht. Den am 31. Mai 1727 zwischen Österreich und den Westmächten unterzeichneten Friedenspräliminarien war Spanien nicht beigetreten⁴⁾. Die Belagerung Gibraltars war nicht aufgehoben, nur in eine Blockade umgewandelt worden, und die Kriegsschiffe Großbritanniens kreuzten in den Gewässern Westindiens wie an den spanischen Küsten. Damals ist in Frankreich der merkwürdige Gedanke erwacht, diese Lage zu benutzen, um den Engländern ihre große Stellung im spanisch-westindischen Handel zu entreißen. Ein paar französische Denkschriften sind aus dieser Zeit erhalten⁵⁾. Frankreich, so sagen sie, sollte von dem englisch-spanischen Zerwürfnis profitieren. Es sollte seinerseits ein Abkommen mit Spanien schließen. Nicht mehr die englischen, sondern die eigenen Schiffe Spaniens sollten die Waren Europas nach Westindien bringen. Den Assiento Handel wird man freilich den Engländern nicht nehmen können, denn er ist ihnen durch Vertrag gesichert. Vertraglich gesichert, nämlich durch das Bündnis von Hannover und durch die jüngst mit Österreich geschlossenen Präliminarien, sind auch ihre anderen Rechte.

¹⁾ Wescomb an Newcastle, 20. Juli 1727. Add. 25555. B.M.

²⁾ 14. Sept. 1727. Ebd.

³⁾ An Newcastle, 20. Febr. 1727 (8). Ebd.

⁴⁾ Vgl. Pribram, Oest. Staatsverträge, England I (1907) 456.

⁵⁾ Mitgeteilt bei L. Vignols, *El Asiento francés (1701—1713) e inglés (1713—1750)* (Anuario historico del derecho Madrid, de 1929).

Man darf also an diesen nicht rütteln. Aber wie weit sind sie selber darüber hinausgegangen. Es geht ja kein mit Schwarzen beladenes englisches Schiff hinüber, das nicht auch europäische Waren mit sich führt. Alles wird von Jamaika aus in die spanischen Kolonien gebracht. Aus dem Negerhandel allein würde England ja gar nicht seine ungeheuren Reichtümer gewinnen. Die Nebengeschäfte sind ihm viel wichtiger. Das „jährliche Schiff“, begleitet von einem andern und von einem Fahrzeuge der Kriegsflotte, wird überhaupt niemals leer, da seine Vorräte fortwährend nachgefüllt werden.

Das hier empfohlene Abkommen zwischen Frankreich und Spanien, von dem England nichts erfahren darf, muß natürlich durch vertrauenswürdige Personen verhandelt werden. Als dann würde das Bild dort drüben sich wandeln. Den unerlaubten Handel, den man England entreißen möchte, können auch andere genießen. Spanien, im Einvernehmen mit Frankreich, sollte den Vorteil davon haben, eine Art von französisch-spanischer Kompagnie würde den Handel Westindiens in die Hand bekommen.

Ein Phantasiebild, um so wunderlicher, da es gerade das mit England alliierte Frankreich war, das seinem lieben Verbündeten hinterrücks einen Streich spielen, ihm die reichste Quelle seiner Gewinne rauben will. Aber es war auch nicht mehr als ein Augenblicksbild, denn an der Lage im Westen hat sich auch in der Folgezeit nichts geändert.

Auch in den Akten der Südsee-Kompagnie kehren die alten Klagen immer wieder. Da liest man, daß die Faktoren der Gesellschaft in Panama nicht zugelassen, daß die Abfahrt des „jährlichen Schiffes“ durch Vorenthaltung der nötigen Cedula verzögert, daß die Auslieferung beschlagnahmter Effekten oder die Zahlung der dafür zu leistenden Entschädigungen verweigert wird. Der Markt in Porto Bello wird auf eine Zeit verschoben, in welcher die Ladung des „jährlichen Schiffes“ nicht zu verkaufen ist, und was solcher Beschwerden mehr sind. Das hört auch mit dem Abschluß des Vertrages von Sevilla (1729) nicht auf. Immerhin gewinnt man den Eindruck, als ob seit dem Abschluß dieses Vertrages, der uns noch beschäftigen wird, der Südseehandel in allmählich ruhigere Bahnen geleitet, vielleicht gar in alter Blüte wiedererstande ist.

Im Laufe der dreißiger Jahre aber trübte sich das Bild von neuem. Schon im Februar 1733 hatte das Parlament sich mit Klagen über „*Spanish Depredations*“ zu befassen. Wie diese Klagen lauter und lauter erschollen, wie sie auf die Volkstimmung wirkten und endlich, selbst gegen den Wunsch des Ministers, den Ausbruch des Krieges herbeiführten, davon wird bei der Behandlung der politischen Geschichte noch in diesem Bande zu reden sein.

* * *

Ziemlich hilflos stand die englische Regierung lange Zeit dem Unwesen der Seeräuber in den Gewässern Nordamerikas und Westindiens gegenüber. Es fehlte ihr wohl weniger an den Kräften, als an der nötigen Entschlossenheit, um durchzugreifen.

Die widerspruchsvollen Verhältnisse in jenen Meeren, der allen Gesetzen trotzend unerlaubte Handelsverkehr, besonders derjenige zwischen Westindien und dem Festland, riefen auch jene Zwischenstufen zwischen normalem Gütertausch, geschützt durch die reguläre Kriegsmarine auf der einen und den wilden Raubfahrten der Piraten auf der anderen Seite ins Leben. Die berühmten *Buccaneers*, die Kaperschiffe und der offene Seeraub waren nicht immer streng voneinander zu unterscheiden. Erlaubt und Unerlaubt waren hier schwankende Begriffe. Kein Wunder, daß auch die unverhüllte Piraterie den Charakter einer Plage für alle Seefahrer annahm. Die nordamerikanischen Gewässer wurden zwar 1718 durch zwei militärische Expeditionen, von Carolina und Virginien ausgerüstet, von dem Unwesen befreit. Aber Westindien litt dauernd schwer darunter. Auf den unter englischer Hoheit stehenden, aber kaum bewohnten Bahama-Inseln nisteten die Abenteurer sich ein. Sie zählten nach Tausenden und verlegten sich besonders darauf, die für die *Leevard Islands* bestimmten Nahrungsmitteltransporte von Großbritannien, von Irland, von Nordamerika kommend, wegzufangen. Auf der Harbour-Insel, einer der Bahamas, hatten sie Befestigungen angelegt, und Providence, die wichtigste Insel der Gruppe, war ihr eigentlicher Zufluchtsort. Von da schwärmten sie aus, wie einst die gefürchteten Nordseeräuber von Dünkirchen. Wiederholt empfahl das Handels- und Kolonialamt statt einer kräftigeren Gegenmaßregel den Erlaß einer Proklamation, in

der den reumütig sich unterwerfenden Piraten Pardon geboten wurde, womit man sie zugleich für den Dienst in der britischen Marine zu gewinnen suchte. 1717 riet das Handelsamt die Entsendung einer Flottille von Kriegsschiffen zur Unterdrückung an. Im nächsten Jahre führte der berühmte Woodes Rogers, Kapitän und Abenteurer, eine Expedition zu den Bahama-Inseln. Es gelang ihm mit verhältnismäßig geringen Streitkräften, die Inseln zu unterwerfen und neu zu besiedeln¹⁾.

Dennoch lebte das Seeräuberunwesen immer wieder von neuem auf. Man lese nur die Beschreibungen der mit den Piraten ausgefochtenen Kämpfe und der von ihnen verübten Grausamkeiten aus dem Jahre 1721. Und am höchsten steigerte sich die daraus entspringende Gefahr in Zeiten eines Kriegszustandes, wenn die Seeräuber sich frei bewegen und Partei ergreifen konnten, für wen sie wollten.

* * *

Der englische Besitz an der Westküste Afrikas, Faktoreien und Befestigungen, und der von dort betriebene Handel lag in den Händen der *Royal African Company*. Nachdem einige ältere Gründungen gescheitert waren, hatte Karl II. im Jahre 1662 der neu gegründeten Gesellschaft, an deren Spitze sein Bruder, der Herzog von York stand, den Freibrief verliehen, auf dem fortan ihr Recht beruhte. Wiederholt empfing sie finanzielle Hülfen vom Parlament, und in der Zeit von 1730—1743 wurde, um ihr die Unterhaltung ihrer Forts und Garnisonen an der afrikanischen Küste zu ermöglichen, eine jährliche Unterstützung von 10 000 Pfund vom Parlament bewilligt. In ihrer besten Zeit hatte die Gesellschaft 18 Forts und 28 Faktoreien²⁾ besessen, doch schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war ein Verfall eingetreten. Das von ihr innegehabte Monopol erlosch 1750.

Als nun England durch den Asiento-Vertrag von 1713 das ausschließliche Recht der Lieferung von Negersklaven für die spanischen Kolonien in der Neuen Welt erhielt, da erhob sich ein kleiner Wettstreit zwischen der Afrikanischen und der Südsee-

¹⁾ Vgl. Cambridge History of the British Empire, 1, 384.

²⁾ Nach dem Katalog der Akten der Royal African Company. Introduction. R. O.

Kompagnie über die Frage, welcher von beiden das gewinnbringende Geschäft zufallen würde. Wir wissen bereits, daß die Südsee-Kompagnie den Sieg davontrug und wie sehr sie die gewonnene Position zusammen mit dem Recht des „jährlichen Schiffes“ auszunutzen verstand. Immerhin pflegten die beiden Gesellschaften einander in der Weise in die Hände zu arbeiten, daß die afrikanische die ihr von den schwarzen Häuptlingen zugetriebenen Sklaven übernahm und sie ihrerseits der Südsee-Kompagnie zum Transport nach Amerika weitergab.

* * *

Haben wir es bisher, in Amerika, in Westindien, in Afrika, mit eigentlichen Herrschaftsbereichen Englands, Siedlungs- oder Handelskolonien, zu tun gehabt, so stehen wir einer andersartigen Erscheinung gegenüber, wenn wir nun von Ostindien zu reden haben.

Noch stand, wenigstens dem Namen nach, der größte Teil des gewaltigen Gebiets von Ostindien unter der Herrschaft des mohammedanischen Großmoguls, der in Delhi residierte. Mit der fast ein halbes Jahrhundert währenden Regierung Aurangzebs hatte die Geschichte seines Reiches ihren Höhepunkt erreicht. Er hatte den Vater gestürzt, die Brüder getötet, dann aber, als Herrscher über ein ungeheures Gebiet, Großes geleistet. Nach seinem Tode (1707) trat der Verfall ein. Die Nachfolger waren schwache Werkzeuge in den Händen mächtiger Militärs oder kluger Politiker. Große Teile des Reiches rissen sich los. Nun erst ward der Gegensatz der Rassen und Religionen wahrhaft verhängnisvoll. Invasionen vom Ausland, von Persien und vom Meere her einbrechend, taten das übrige.

Dieses Indien war es, in dem die Macht der Europäer emporwuchs. Der Auflösungsprozeß ward durch sie beschleunigt. Was die Stellung der Engländer betrifft, so kann um diese Zeit zwar von einem britischen Reich in Ostindien entfernt noch nicht die Rede sein, obwohl sie bereits eine bedeutende Position innehatten. Doch was sie hier besaßen, gehörte nicht dem Staate England, sondern der aus der Zeit Elisabeths stammenden berühmten Aktiengesellschaft, der ostindischen Kompagnie. Man kann diese nicht einen Staat im Staate nennen. Sie war, unter der Kontrolle Englands, ein Herrschaftsbereich für sich.

Sie hat ihr eigenes Kapital, ihre Niederlassungen, ihre für sie fahrenden Schiffe, ihre bewaffneten Mannschaften, ihre militärischen Anlagen. Diese Stellung auszubauen ist sie besonders in unserer Periode eifrig bemüht. Schon war in ihren Händen ein bedeutendes Gebiet in Bengalen, dazu besaß sie Madras an der Küste Coromandel, Surat und Bombay an der Malabar-küste. Die Verwaltung lag in den Händen der drei Präsidentschaften zu Bombay, Madras und Calcutta.

Mit dem Hofe von Delhi mußte man sich verhalten. Die Kompagnie arbeitet daselbst mit Bestechung und Intriguen. Doch auch ihre eigenen Machtmittel fallen schon ins Gewicht. So hält und verstärkt sie ihre Stellung von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Es sind ja zuletzt überhaupt nicht die einheimischen Gewalten gewesen, gegen die sie sich mit ihren Schiffen und Kanonen zur Größe emporgekämpft hat, sondern der europäische Nebenbuhler. Dasselbe Frankreich, mit dessen Kräften sich England in der Alten und in der Neuen Welt zu messen hatte, findet es auch auf seinem Wege in Indien.

So hing denn von dem Austausch mit dem Großmogul und seinen Leuten nicht allzuviel ab. Dieser Austausch vollzog sich in seltsamer Gestalt. In den Rahmen diplomatischer Verkehrsformen von europäischem Charakter lassen sich die hinüber und herüber gesandten Missionen schwer einreihen. Wir hören etwa von dem Bittgesuch eines John Russell an den Großmogul im Jahre 1712, wo es sich um Bestätigung der Rechte der Kompagnie handelt. Wir hören andererseits, daß 1720 sechs Abgesandte des Großmoguls in London erscheinen, um Beschwerde zu führen bei der Kompagnie über die Praxis des Handelsverkehrs¹⁾.

Am berühmtesten war aber die Mission, welche 1716 von Bengalen aus nach Delhi, an den Hof des Großmoguls, gesandt wurde. Diesem Hofe darf man sich nur als Bittender nahen. Er ist es, „welcher Gerechtigkeit austeilt und Billigkeit liebt.“ Er kann die ihm vorgetragenen Wünsche, wie es ihm gefällt, gewähren oder verweigern. Dieses Mal wurden nach langen Verhandlungen die vorgetragenen Bitten sämtlich erfüllt. Auf dem so erzielten Abkommen beruhte fortan die Stellung der

¹⁾ A Londres, 19./30. Sept. 1720. Aff. étr.

Kompagnie, und die Größe des Erfolges schien es zu rechtfertigen, wenn man das in Delhi unterzeichnete Dokument als die Magna Charta der Engländer in Indien zu bezeichnen pflegte.

In der Geschichtsschreibung ist es bisher so dargestellt worden, als sei in diese Angelegenheit noch eine pikante Note hereingetragen, der Erfolg überhaupt erst dadurch herbeigeführt worden, daß es dem in der Begleitung der Gesandtschaft befindlichen Arzte gelungen sei, den Großmogul von einer Krankheit zu heilen, gegen die seine eigenen Ärzte machtlos waren, und deren Beseitigung er so sehnlich wünschen mußte, da er im Begriffe war, ein junges Weib zu nehmen.

Hören wir, wieviel Wahres nach Ausweis der Akten¹⁾ an dieser kleinen Geschichte ist und wie eigentlich die Verhandlung in Delhi verlief. Am 12. Mai 1716 sind die Gesandten Surman und Stephenson, und mit ihnen der Arzt Hamilton, in der Hauptstadt des Großmoguls erschienen. Dieser läßt sie sofort zu sich kommen, und sofort findet auch eine ärztliche Konsultation statt. Der Fürst leidet an einem Geschwür (*pimple*). Es wird rasch geöffnet und die Behandlung scheint erledigt zu sein. Hamilton wünscht zwar, auch die einheimischen Ärzte noch heranzuziehen. Doch der Großmogul will davon nichts wissen. Er fordert äußerste Geheimhaltung, und man hört vorderhand nichts mehr von seiner Krankheit.

Unterdessen ist auch das politische Geschäft in Angriff genommen worden. Es rückt nur langsam von der Stelle. Die Gesandten werden von Tür zu Tür geschickt. Sie verzweifeln fast an dem guten Ausgang. Sie wollen abreisen, oder sie drohen damit wenigstens den Leuten des Großmoguls. Sie haben auch mit Bestechungsgeldern nicht gespart, finden aber, daß noch stärkere Mittel angewendet werden müssen. „Diesen Hof“, heißt es in dem Tagebuch der Gesandtschaft, „kann nichts zur Vernunft bringen, als die Furcht, daß wir fähig wären, ihnen ernststen Schaden zuzufügen.“ Und diese Furcht übt ihre Wirkung. Am 7. Oktober sagt uns ein Protokoll der Gesandtschaft, daß die von ihr dem Hofe überreichte Petition in allen Teilen bewilligt ist, mit Ausnahme zweier Artikel. Nach weiteren sechs Wochen sind auch diese zwei Artikel zugestanden. Damit ist politisch,

¹⁾ Das folgende nach den Akten der Gesandtschaft im India Office, Home Series 69. 70.

militärisch, kommerziell, für die Entfaltung der Interessen der Kompagnie freie Bahn geschaffen.

Wir fragen: Wie war dieses glänzende Ergebnis erzielt worden? Wir sahen: Die Gesandten hatten mit der Abreise gedroht. Das bedeutete Krieg. Sie hatten ihrer Präsidentschaft in Bengalen geschrieben¹⁾, man sollte „bereit und gerüstet“ sein. „Denn die schwächeren Argumente, alle Geschenke, die Sie gesandt haben, die ungeheure Summe an Geld und Zeit, die auf diese Gesandtschaft verwandt worden, sie haben bei diesem Hofe sehr wenig gewirkt. Man würde uns mit Spott und Hohn die Türe gewiesen haben, hätte nicht Hydra-Coolley Cawn (der Vertreter des Großmoguls) aus Surat geschrieben, daß wir im Begriffe seien, diese Stadt sofort zu verlassen. In diesen Worten ist die ganze Geschichte der Gesandtschaft enthalten. Schon einmal hatte die englische Faktorei Surat verlassen, und alsbald war eine englische Flotte erschienen, hatte die Schiffe des Moguls vom Meere weggefegt und seiner Macht schweren Schaden zugefügt²⁾. Jetzt wurde dem Großwesier gemeldet, daß ein ähnlicher Besuch der englischen Flotte in Surat bevorstehe. Die Drohung wirkte. „Gott sei Dank,“ schreiben die Engländer, „das Bild ist verändert.“ Der Zweck war erreicht, der Vertrag geschlossen. Und um es noch einmal zu wiederholen: Nicht die Kunst des Arztes hat diesen Ausgang herbeigeführt, sondern die militärische Stärke der Kompagnie. Das ist die wahre Geschichte von der Magna Charta der Engländer in Indien.

* * *

Der Abschluß zog sich noch durch lange Monate hin, bis in das Jahr 1717 hinein. Als die Gesandten endlich ihre Abschiedsaudienzen erhalten haben, wird ihre Abreise in letzter Stunde noch verzögert durch die Forderung des Großmoguls, der Arzt solle bei ihm bleiben. Die Gesandten fürchten schon, man werde den Mann mit Gewalt zurückhalten. Sie stellen dem Hofe vor, daß der Arzt, unglücklich über die Trennung von Weib und Kindern, schwerlich gute Dienste leisten werde. Auch fehle es ihm an Medikamenten. Der Großmogul läßt ihn

¹⁾ Surman u. Stephenson an Rob. Hedges Esq., Präsident von Bengalen, Delhi, 21. Nov. 1716. Home Series, Misc. 70. India Office.

²⁾ Mill, British India 3, 31 ff.

erst ziehen, als er versprochen hat, mit Medikamenten aus Europa zurückzukehren (was er wohl kaum getan haben wird).

* * *

Das getroffene Abkommen gibt sich nicht als ein klarer Vertrag, der in sauberer Artikelfolge alles deutlich aufwies, was den Engländern von den Machthabern in Delhi zugestanden worden. Das gedruckt vorliegende Instrument¹⁾ ist eher als ein Protokoll zu bezeichnen, das, nach orientalischer Art, reichlich mit blumigen Floskeln durchsetzt, einige der von den Gesandten „demütig vorgetragenen“ Bitten wiedergibt und den darauf ergangenen Befehl, „der der Welt gebietet und das Universum zur Unterwürfigkeit bringt“. Dieser Text bringt auch nicht alles und ist offenbar in gewollt dunkler Rede gehalten²⁾.

Man tut darum besser, sich an den zusammenfassenden Bericht zu halten, in dem die Gesandten dem Präsidenten von Bengalen alle Punkte aufzählen, die sie als Forderungen gestellt haben und die bewilligt worden sind. Darunter findet man die Überlassung großer Landstriche in Bengalen zur Anlage neuer Faktoreien und zahlreicher Plätze (*towns*) dazu. Auch sind noch in anderen Teilen Indiens territoriale Erwerbungen ausbedungen, wohl meist Erweiterungen älterer Besitzungen, auch Ortschaften (*towns*) bei Calcutta, bei Vizagapatam, bei Madras (5 *towns*), bei Surat, beim Fort St. David und das der Ostküste vorgelagerte Divy Island. Das Abkommen enthält ferner Erleichterungen des Handels, freien Handel in Bengalen, Begünstigung in Madras und an Plätzen der Küste Coromandel; es regelt Zollfragen, es bewilligt mehrfach Ablösung von Zöllen durch jährliche Zahlungen³⁾; es verleiht oder bestätigt Münzrechte in Bombay, in Makodavat. Insgesamt eine Summe von Vorteilen, einem mohammedanischen Hofe abgetrotzt und geeignet, die Grundlage zu werden für eine hoffnungsvolle Fortentwicklung der britischen Interessen in Indien.

Immerhin ist daran festzuhalten, daß es sich dieses Mal und noch jahrzehntelang lediglich um kommerzielle Interessen

¹⁾ Martens, Suppl. au Recueil des Traités. 1, 154ff.

²⁾ Vgl. ebd. die Anmerkungen.

³⁾ Nach dem Druck bei Martens 154 sind in Hoogly (Bengalen) jährlich 3000 Rupien Ablösungsgelder gezahlt.

handelte. Erst „um die Mitte des 18. Jahrhunderts begann die Ostindische Kompagnie auch in der Politik Indiens eine Rolle zu spielen“¹⁾.

* * *

Gleichwohl hat es gelegentlich auch an Reibungen mit den anderen in Ostindien angesessenen Europäern nicht gefehlt.

Der Besitz von Bombay, das einst Karl II. als Mitgift seiner portugiesischen Gemahlin empfangen hatte, rief immer wieder Streitigkeiten hervor mit den früheren Eigentümern²⁾. 1723 führte Portugal in London Beschwerde über feindselige Handlungen des Gouverneurs von Bombay. Robert Walpole, als zeitweiliger Staatssekretär, ließ sich von der Kompagnie über den Fall — es herrschte dort ein förmlicher Kriegszustand — Bericht erstatten. Die Kompagnie meinte die Haltung ihrer Leute in Bombay rechtfertigen zu können. Nun, meinte Walpole schmunzelnd, dann hätten sie nur den schweren Fehler begangen, nicht ihrerseits zuerst Klage zu erheben³⁾.

* * *

Auch hier, in den ostindischen Gewässern, hatte der regelmäßige Schiffsverkehr schwer unter den Überfällen der Seeräuber zu leiden, und es waren auch hier größtenteils verlaufene englische Matrosen, welche die Piratenschiffe bevölkerten. Dagegen hatte die Regierung mit ihrem Bemühen, die Leute durch Zusage eines Pardons ihrem Verbrechergewerbe abspenstig zu machen und sie als ehrliche Seeleute für die Kriegs- oder Handelsflotte zurückzugewinnen, besseren Erfolg als in Westindien. „Man hat“, berichtet ein Diplomat⁴⁾, „mehrere Hunderte dadurch wiedergewonnen, in Amerika aber mit all den kostspieligen Geschwadern, die man dort kreuzen ließ, nicht zehn.“

* * *

¹⁾ Ishwar Nath Topa, The Growth and Development of National Thought in India. Diss. Freiburg i. Br. 1928, 31.

²⁾ Vgl. Zimmermann, Kolonialpolitik Portugals u. Spaniens, 1896, 93ff.

³⁾ Walpole an Newcastle, Whitehall, Aug. 2, 1723. Add. Mss. 32686, f. 288. B.M.

⁴⁾ Bonet, 30. Dec. 1718/10. Jan. 1719, G.St.A.

Im ersten Jahre der Verwaltung Walpoles legte das Handelsamt dem Könige einen Bericht über Ostindien vor ¹⁾. Das Amt war insbesondere beauftragt worden, sich über die Konkurrenz der indischen und der englischen Baumwolle zu äußern. Darüber hinaus erörterte es jedoch auch die allgemeine Lage der Kompagnie, die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hatte, die Erleichterungen, die man ihr gönnen sollte. So gibt das Schriftstück so etwas wie ein Programm für die Ostindien-Politik der Regierung in den folgenden Zeiten.

Wie wollen von den 15 Punkten, die behandelt werden, an dieser Stelle nur diejenigen erwähnen, die die allgemeine Stellung der Kompagnie betreffen. Am wichtigsten ist natürlich die Sicherstellung ihres auf dem alten Freibrief beruhenden Monopols. Jede Art von Interlopertum seitens britischer Untertanen ist zu verhindern. Auch die Teilnahme solcher an fremden konkurrierenden Unternehmungen ist streng untersagt, wobei natürlich auch an Ostende zu denken ist. Es bleibt auch dabei, daß die Ostindienfahrer ihre Waren nur nach England bringen sollen. Der direkte Verkehr mit den amerikanischen und westindischen Kolonien bleibt verboten. Ausdrücklich verboten wird auch die, wie man hier erfährt, gelegentlich oder oft geübte Praxis, daß Schiffe der Kompagnie die einsamen Inseln St. Helena oder Ascension im Atlantischen Ozean anliefen, um dort ihre ostindischen Güter an andere Fahrzeuge weiterzugeben. Auch der Engländer, der auf diesem Wege ostindische Güter übernimmt, soll zu schwerer Buße verurteilt werden. Andererseits empfiehlt das Handelsamt weitgehende Erleichterungen für den Betrieb der Kompagnie, für Zollbehandlung, Rückvergütung gezahlter Zölle bei der Wiederausfuhr, freier Export von Bedarf jeder Art für ihre Niederlassungen in Indien.

Gebundenheit und Freiheit nebeneinander. Im Grunde gelten für Ostindien dieselben Regeln wie für die sämtlichen auswärtigen Besitzungen. England will das Zentrum sein. Das Verbot des interkolonialen Handels wird sinngemäß auch auf Ostindien angewendet und wird oft von neuem eingeschränkt. 1723 bittet der Gouverneur von Barbados um Verhaltensmaßregeln für den Fall, daß britische Kriegsschiffe, von Ost-

¹⁾ Whitehall, 1. Febr. 1720/21. Board of Trade Commercial Series II. R.O.

indien kommend, sein Gebiet berühren sollten ¹⁾. Es muß, lautet der von den juristischen Beratern der Krone erteilte Bescheid, es muß auch den Kriegsschiffen streng verboten sein, selbst wenn sie keinerlei Waren aus Ostindien an Bord haben, und man darf es dem Schiffer auch nicht glauben, wenn er behauptet, er sei durch Wind und Wellen so weit nach Westen abgetrieben worden.

* * *

Man könnte es der Ostindischen Kompagnie nachrühmen, daß sie stets bei der Sache geblieben sei. Auch sie hat freilich, ebenso wie die Bank und die Südsee, ihren Anteil an der Staatsschuld gehabt, aber das ostindische Geschäft blieb doch die Hauptsache. In der Zeit der großen Spekulationskrise von 1720 hat die Südsee-Kompagnie, die Hauptbeteiligte der Ostindischen, auch einmal die Verschmelzung beider zu einem einzigen Riesenunternehmen vorgeschlagen, wie ja ähnliches damals in Frankreich geschehen war. Der Vorschlag wurde abgelehnt mit der Begründung, da das Kapital der Südsee so viel größer sei als das der Ostindischen Gesellschaft, so würden die Gewinne der letzteren allzu stark der anderen zugute kommen, von ihr absorbiert werden. Es herrschte dabei eben auch das gesunde Empfinden, das reelle Geschäft der Ostindischen Kompagnie sollte frei bleiben, sollte nicht vermengt werden mit dem die Stunde beherrschenden Spekulationsgeschäft ²⁾.

* * *

Das Geschäft der Ostindischen Kompagnie bewegte sich Jahr für Jahr in denselben feststehenden Formen ³⁾. Alljährlich wurden etwa 12 Schiffe, die für den Zweck gemietet waren,

¹⁾ Carteret an Walpole, Hannover, 30. Juli/10. Aug. 1723. Regencies 4. R. O.

²⁾ A Londres, 8./19. Sept. 1720. Aff. étr.

³⁾ Statistische Angaben sind u. a. enthalten in einem Bericht des Handelsamts vom 21. Jan. 1718/19 (in den Berichten Bonets im G.St.A.); Sur le commerce de l'Angleterre (Mém. et Doc. Angl. 68, fol 138, par N. L. Le Dran, 1718, Jan. 29) Aff. étr.; Situation de l'Angl., 1727 (Mém. et Doc. 70) Aff. étr.; Eine Übersicht über den Umsatz des ostind. Handels bei Zimmermann, Europ. Kolonien, Großbr. 1, 286.

hinausgesandt. Mit den im nächsten oder übernächsten Jahre zurückkehrenden und wieder hinausgehenden wird man etwa eine Anzahl von 40 bis 50 Fahrzeugen anzunehmen haben, die gleichzeitig im Dienste der Kompagnie verwendet wurden. Bei dem ganzen Charakter des ostindischen Handels, da nämlich der Import soviel wertvoller war als der Export, war es unvermeidlich, daß die hinausfahrenden Schiffe, neben ihrer Ladung an Waren, eine erhebliche Menge von Edelmetall mit sich führten. Dieser Umstand, die Menge des *bullion*, die alljährlich aus England abgeführt wurde, ward von allen Politikern und Schriftstellern als die große Schattenseite im ostindischen Handel angesehen, und in dem Hinweis darauf lag immer das stärkste Argument gegen die Monopolstellung der Kompagnie. Denn so war ja nun einmal die Denkweise des merkantilistischen Zeitalters, welches die Aufspeicherung von Gold und Silber im eigenen Lande als das höchste Ziel aller Wirtschaftspolitik, und den Export von Gold und Silber als einen schweren Schaden ansah. In diesem Falle, da es sich um Indien handelte, wurde allerdings der Schaden reichlich ausgeglichen durch die Gewinne, welche bei dem Wiederexport der Waren erzielt wurden.

Der Wert des ausgeführten Edelmetalls war durchschnittlich dreimal so groß, wie der Wert des Warenexports. Als solche kamen besonders Kriegsmaterial, Wollwaren und Tuche aller Art und Farbstoffe in Betracht. Dagegen wurden aus Indien und China Leinen- und Baumwollwaren, Rohseide, Pfeffer und andere Gewürze, Salpeter, Tee und Kaffee, Porzellan und allerlei Kuriositäten eingeführt. Zweimal im Jahr, im März und im September, fanden die großen Auktionen im India House in London statt, bei denen die verkauften Waren einen Gesamtpreis zwischen 1 und 2 Millionen £ zu erzielen pflegten. 1728 spricht Defoe von dem in England geführten Kampf gegen die indische Rohseide und den Kaliko und fügt hinzu, daß trotzdem der letzte Verkauf indischer Waren 1 100 000 £ eingebracht habe. „Wie kann man da“, ruft er triumphierend aus, „von einem sinkenden Handelsbetriebe reden!“

Im allgemeinen wurde den Aktionären eine Dividende von 8% ausgeschüttet. Auf dieser Höhe hielt sich meistens der Reingewinn. Die eigenen Unkosten der Kompagnie pflegten

dagegen sozusagen in besonderer Rechnung erledigt zu werden durch die 5% Verzinsung der von der Kompagnie der Regierung geliehenen Summe von 3 200 000 £. Die eben genannte Durchschnittsdividende von 8% erscheint auch nicht besonders hoch, wenn man vernimmt, daß der Kurs der Aktien z. B. im Jahre 162 betrug.

* * *

Viel umstritten war auch das Monopol der Kompagnie. Alle bedeutenden nationalökonomischen Schriftsteller, Child, Davenant, Wood, hatten sich zu dem Thema geäußert. Sie waren entweder für das ausschließliche Recht der Kompagnie, d. h. für regelmäßige Erneuerung der Charter eingetreten, oder für die Umwandlung in eine regulierte Kompagnie, oder auch dafür, daß der Handel schlechthin freigegeben werde. So manche der alten Gesellschaften, wie die *Merchant Adventurers* oder die *Russia Company* hatten sich ja darein gefügt, daß der zuvor von ihnen allein geführte Handel jedermann zugänglich wurde. So gab es denn in der Kaufmannswelt genug Leute, welche fanden, auch das ostindische Geschäft sollte frei sein, *open to all His Majesty's subjects*. Warum, fragte Wood¹⁾, könnte eine Regulierte Kompagnie ihre Niederlassungen, ihre Forts, ihre Garnisonen nicht ebensogut unterhalten, wie eine Gesellschaft mit exklusiven Rechten? Ein förmlicher Kampf um das Monopol ist 1730 im Unterhause ausgefochten worden²⁾. Von einer Anzahl außerhalb der Ostindischen Kompagnie stehender Kaufleute wurde eine Petition eingebracht, in welcher die Gründung einer neuen, nicht exklusiven, d. h. einer Regulierten Kompagnie, empfohlen wurde, welche an die Stelle der bestehenden Aktiengesellschaft treten und zur Ablösung des Kapitels derselben zugleich eine bedeutende Summe der Regierung zur Verfügung stellen würde. Aber Walpole stand auf der Seite der Kompagnie und war rechtzeitig unterrichtet. Er schlug die Gegner, indem er dem Hause überraschend die Mitteilung machte, daß ein Teil der für Regierungszwecke erforderlichen Mittel bereits von der Kompagnie zur Verfügung

¹⁾ Survey (1722) 278.

²⁾ Parl. Hist. 8, 800ff.

gestellt sei. So blieb die historische Position der Gesellschaft, so wie sie unter Elisabeth begründet worden, auch in der Epoche Walpoles unberührt.

Viel ernster waren die Gefahren, die ihr von außen drohten. Zwar schien es das von England selbst ausgehende Interloperium seit der unter Anna erfolgten Vereinigung der beiden einige Zeit konkurrierenden Gesellschaften nicht mehr zu fürchten. Aber wir hatten zu schildern, wie schwer die Konkurrenz der unter Karl VI. auf österreichischem Boden in Ostende errichteten Kompagnie empfunden wurde. Hieß es doch angesichts dieser rasch aufblühenden Gründung schon 1723¹⁾, der Geist der englischen Ostindischen Kompagnie sei so völlig gebrochen, daß sie nicht mehr daran denke, ihren Tee auf den Markt zu bringen, oder irgend etwas in der nächsten Saison zu exportieren.

Nun waren freilich noch zu Lebzeiten Georgs I. zwischen den streitenden Mächten jene Präliminarien unterzeichnet worden, durch welche die Kompagnie von Ostende für die Dauer von sieben Jahren suspendiert wurde. Da aber die schon unterwegs befindlichen Schiffe unangefochten zurückkehren durften, so war schon mit dieser Bestimmung eine Handhabe dafür geboten, daß das Spiel von Ostende nicht sofort abgebrochen werden mußte. Tatsächlich trieb die suspendierte Kompagnie ihr Geschäft ruhig weiter. Die von Ostende kommenden Schiffe pflegten zunächst den Hafen von Cadix anzulaufen, ließen sich dort mit spanischen Pässen versehen und setzten wohlgenut die Reise nach dem Osten fort. Im April 1730 wurde Benjamin Keene, der britische Gesandte in Madrid, beauftragt²⁾, gegen dieses Treiben am spanischen Hofe Vorstellungen zu erheben, und der Staatssekretär fügt dem Auftrage noch die Drohung hinzu, die Zurückkehrenden werde man vielleicht durch englische Kriegsschiffe abfangen lassen.

Leichter war es zu verhindern, wenn einzelne im Ausland lebende englische Kaufleute den Versuch machten, unter dem Schutze einer auswärtigen Regierung in das ostindische Geschäft einzudringen. So geschah es, als 1731 ein englischer Kaufmann

¹⁾ Townshend an Walpole, 8. Sept. 1723. Coxe, Rob. Walpole 2, 266

²⁾ Newcastle an Keene, 30. Apr. 1730. Stowe Coll. 256.

in Livorno unter dem Schutze des Großherzogs von Toskana ein Schiff nach Ostindien auszurüsten wünschte. Die Regierung des Großherzogs wandte sich fragend an den englischen Konsul in Livorno. Dieser erklärte sofort, wenn es sich um einen Engländer handle, so wäre das eine Verletzung der Rechte der Ostindischen Kompagnie — und damit war der Fall erledigt¹⁾.

Mehr Aufwand an diplomatischen Bemühungen war erforderlich, um auch der letzten Versuche Herr zu werden, die von der Kompagnie von Ostende selbst unternommen wurden, um trotz allem das gewinnbringende Geschäft weiter zu führen. Hier und dort suchte sie in Europa nach einer Landeshoheit und einem geeigneten Hafen, um ihr Ziel zu erreichen. Jedesmal mußte sie zurückweichen vor dem Widerspiel der Kompagnie in London, der Regierung in St. James und den britischen Behörden in Ostindien. Noch nach dem Abschluß des Wiener Friedens vom 16. März 1731, der die endgültige Aufhebung der Kompagnie von Ostende brachte, gab diese die Hoffnung nicht auf. So haben wir mit einigen Worten auch noch dieser Nachspiele des Streits um Ostende zu gedenken.

* * *

Im Hamburger Hafen erschien 1731 ein von Cadix kommendes Schiff, dessen Ladung angeblich einem spanischen Kaufman gehörte, während es sich in Wahrheit um ostindische Güter handelte, die für die Kompagnie von Ostende in Hamburg zum Verkauf kommen sollten. Die Hamburger Firma F. Stengelin und Sohn hatte den Auftrag übernommen. Schon hörte man, daß die Aktien der Kompagnie stiegen und fielen, je nachdem wie die Aussicht auf die glückliche Durchführung des Geschäfts in Hamburg stieg oder fiel.

Die Sache wurde über London nach Wien gemeldet. Karl VI. mußte auf Grund des geschlossenen Vertrages wohl oder übel einschreiten. Durch ein Schreiben an den Magistrat²⁾ fordert er die Stadt auf, die Güter mit Beschlag zu belegen, während er andererseits feierlich erklärt, Hamburgs Handelsfreiheit nicht antasten zu wollen¹⁾. Die Hamburger suchen

¹⁾ Nach den Akten Home Series Misc. 74. India Office.

²⁾ Linz, 1. Oct. 1732. Home Series Misc. 74. India Off.

zu beweisen¹⁾, daß in der Tat jener spanische Kaufmann der Eigentümer sei, und von Ostende kam eine ähnliche Erklärung. Aber diese Behauptungen fanden bei niemandem Glauben und die Hamburger mußten sich in die Beschlagnahme fügen. Jetzt trat auch der Vertreter der Regierung Englands, der Konsul Sir Cyril Wich, auf den Plan. Er wies in seinen Schreiben nachdrücklich darauf hin²⁾, daß es sich um eine Fiktion handle, daß der Kaufmann von Cadix nur vorgeschoben, die Kompagnie von Ostende der wahre Unternehmer sei. Wich machte den Vorschlag, man sollte den Magistrat der Hansestadt zu einer Erklärung bewegen, er werde auch in Zukunft keinerlei ostindische Güter zum Verkauf kommen lassen, welche nicht auf erlaubte Weise eingeführt seien. Die englische Regierung und die Londoner Kompagnie stimmten zu und selbst die Holländer schlossen sich an. So ward dem Kaiser im Namen der Seemächte eine Denkschrift überreicht, damit er den Magistrat von Hamburg zum Erlaß der von Wich vorgeschlagenen Verordnung bewege. Der dabei zugrunde gelegte Entwurf war auch nicht allzu demütigend für die Reichsstadt. Ihre Rechte sollten bestehen und ihr freier Handel gesichert sein. Nur von dem erhofften hamburgisch-ostendischen Handel darf nicht mehr die Rede sein.

Der Fall wurde immer verwickelter. Während in Wien der englische Gesandte Robinson mit dem Kaiser verhandelte, stritt in Hamburg Konsul Wich mit dem Magistrat über die Form des Edikts³⁾. Er verbesserte den Wortlaut, er brachte Zusätze hinein, und meinte immer noch, das Verbot jedes *interloping* sei nicht scharf genug formuliert. Aber, meinte er tröstend, da die Hamburger so oft auf den guten Willen Englands angewiesen sind, wird sich wohl auch bald eine Gelegenheit bieten, das Versäumte nachzuholen. Und inzwischen werden

¹⁾ Die Stadt Hamburg an Karl VI. 22. Oct. 1731. Ebd.

²⁾ An Harrington, Hamburg 21./24. Oct. 1732. Ebd.

³⁾ Das obige nach den handschriftlichen Quellen im India Office und Record Office, bes. Schreiben zweier Direktoren, der Komp. v. Ostende, Antwerpen 27. Oct. 1732. J. O. Harrington an die Direktoren der Ostind. Komp. 27. Oct. 1732. Wich, 8. Sept. 1733; Entwurf des Edikts als Beilage zu Wichs Brief vom 15. Jan. 1734; sämtlich im Ind. Off. Wich an Harrington, 15./19. Jan. 1734. Harrington an Wich, 8./25. Jan. 1734. Wich, 9./23./26. Febr. 1734. Rec. Off.

die Kaufleute ebensowenig die Beschlagnahme ihrer Güter riskieren wollen, wie der Magistrat einen Konflikt mit den Seemächten. Die englische Regierung und die Ostindische Kompagnie waren höchlichst befriedigt über Inhalt und Wortlaut des Edikts. Am 23. Februar 1734 konnte Wich die erfolgte Publizierung melden. Den Hamburger Kaufleuten kam sie völlig überraschend; denn sie hatten 100 gegen 1 gewettet, daß der Magistrat dergleichen niemals tun werde. Wich aber war erfreut, weil nun endlich die alten guten Beziehungen der Hansestadt mit Großbritannien wiederhergestellt seien¹⁾.

* * *

Unterdessen war hier und dort, auch bei anderen Völkern Europas, der Wunsch erwacht, sich einen Anteil an dem reichen ostindischen Handel zu sichern. Aber sofort ward auch jedesmal die Eifersucht der alten westeuropäischen Kompagnien rege. Ein unter der Hoheit Polens fahrendes Schiff ward von Engländern und Holländern in Bengalen aufgegriffen, und ein anderes Mal als die Holländer die Nachricht erhielten, daß ein unter preußischer Flagge segelndes Fahrzeug, von China kommend, sich auf der Heimfahrt befinde, werden von Batavia aus 12 Schiffe hinausgesandt, um den Preußen abzufangen. Mehr vom Glück begünstigt war eine unter dem Schutze Schwedens entstandene Gründung. Am 17. Juli 1731 machte der schwedische Gedante in London der englischen Regierung die amtliche Mitteilung²⁾, daß sein Herr der Kaufmannsfirma Henry König und Kompagnie einen Schutzbrief für den Handel nach Ostindien erteilt habe. Sofort wurden die Direktoren der Ostindischen Kompagnie aufgefordert³⁾, sich über die Sache zu äußern. Ihr Gutachten muß günstig gelautet haben; denn die englische Regierung hatte gegen die schwedische Gründung nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß es sich nicht um einen abgekarteten Plan handle, ersonnen zum Besten der Kompagnie von Ostende.

¹⁾ Die Erzählung bei Gallois, Gesch. der Stadt Hamburg 422 kennt den Ausgang des Streites nicht.

²⁾ Sparre (an Harrington), Richmond, 17. Juli 1731. Home Series. Misc. 74. India Off.

³⁾ Harrington an die Direktoren, 20. Juli 1731. Ebd.

So begann die schwedisch-ostindische Kompagnie ihren Lauf. Zwei Millionen Rixdaler sollten ihr Kapital bilden. Doch scheint es schwer gewesen zu sein, die Summe zusammenzubringen. Und da entstand in Schweden nun doch der Gedanke, die Enttäuschten von Ostende für die Sache zu interessieren. Ein Agent der neuen Kompagnie erschien in Antwerpen, machte dort bei allen Direktoren und Bankiers die Runde, fand bei ihnen aber nach den gemachten Erfahrungen zunächst wenig Neigung, der Sache näherzutreten. Doch erwartete man, daß sie sich vielleicht nach einem Jahre für die schwedische Kompagnie interessieren würden, „nicht als die Direktoren oder Mitglieder der Ostende Kompagnie, sondern für ihre eigene private Rechnung“, d. h. mit ihrem Kapital¹⁾.

Wie dem auch sei, die schwedisch-ostindische Kompagnie begann ihren Lauf und sie hatte Erfolg. Sie richtete ihr Hauptaugenmerk auf China. In der Zeit von 1731 bis 1745 sandte sie 22 Schiffe nach Kanton. Drei ihrer Schiffe erschienen auch in Bengalen, wo eine Faktorei begründet wurde. Und die Schweden wußten es wohl: die Seeleute und das Geld der Kompagnie von Ostende waren die stillen Helfer des vom schwedischen Gothenburg aus betriebenen Handelsverkehrs²⁾.

Das war der letzte Ausklang des 1715 begonnenen Streits um Ostende.

* * *

¹⁾ Mr. Daniels an Tilson, Brüssel, 3. Oct. 1731. Ebd.

²⁾ Vgl. Huisman, La Belgique commerciale sous l'Empereur Charles VI. 1902, 505.

Fünftes Buch.

Die Politik.

Erstes Kapitel.

Der Kongreß von Soissons und die Verträge von Sevilla und Wien.

In der europäischen Politik folgten auf den Tod Georgs I. und auf das noch schicksalsvollere Hinscheiden der Zarin Katharina einige stille Jahre. Es fehlte zwar nicht an kritischen Situationen. Die Diplomaten mußten ihr Bestes leisten, damit die Ruhe im Weltteil nicht gestört werde. Wir hören von Kongreßverhandlungen und von geschlossenen Verträgen. Wir hören von wechselnden Konstellationen der Mächte. Aber der Friede blieb erhalten, die Völker erfuhren nicht viel von der Arbeit der Kabinette, und nur aus dem englischen Parlamente vernimmt man hie und da einen Wiederhall der auf der großen politischen Bühne geschehenen Ereignisse.

Erinnern wir uns der Lage von 1727. Noch zu Lebzeiten des ersten hannövrischen Königs waren in Paris die Präliminarien unterzeichnet worden, welche den Gegensatz zweier feindlicher Gruppen, der Verbündeten von Wien und von Hannover, überbrücken und den schon begonnenen Kriegszustand beenden sollten. Die 12 Artikel des Vertrages¹⁾ enthielten die Lösung aller Streitfragen. Kaiser Karl VI. hatte die Kompagnie von Ostende auf 7 Jahre suspendiert, und man zweifelte nicht daran, daß die endgültige Aufhebung dieser von den Westmächten so schwer empfundenen Gründung folgen würde. Andererseits sollten die Seemächte und Frankreich in den Besitz aller der Handelsprivilegien wieder eintreten, die sie zuvor, nämlich vor der Wiener Allianz von 1725, in Spanien und in den beiden Indien besessen hatten. Insgesamt eine vollkommene Niederlage des Kaisers. Um den Frieden in allen Teilen der Welt zu sichern, wollte man auch die nordischen Mächte zur Beilegung ihrer

¹⁾ Pribram, Staatsverträge. England 1,442 ff.

Differenzen anhalten. Im übrigen würden alle noch ungelösten Einzelfragen auf einem europäischen Kongresse ihre Lösung finden. Also noch einmal die Verweisung der politischen Entscheidungen an einen Diplomatengongreß, und man mag sich darüber wundern, daß die üble Erfahrung, die man noch jüngst mit dem Kongresse von Cambrai gemacht, die Staatsmänner nicht von dieser Verhandlungsart abschreckte. Das Schicksal rächte sich an ihnen, denn, wie wir sehen werden, es bereitete ihnen dieselbe Enttäuschung wie im Jahre 1725.

Bis zur Eröffnung des Kongresses verging noch ein Jahr. Es waren noch so manche Punkte zu klären. Spanien hatte anfangs nicht mitunterzeichnet, weil es infolge der seit der Heimsendung der kleinen Infantin so unfreundlichen Beziehungen der beiden bourbonischen Mächte einen Vertreter in Paris nicht besaß. Die Schwierigkeit sollte dadurch überwunden werden, daß der spanische Botschafter in Wien eine Erklärung abgab im Sinne der Pariser Präliminarien. Aber auch dann noch machte Spanien, dem eine Fortsetzung des Krieges nicht unerwünscht schien, neue Schwierigkeiten. Es weigerte sich, den Vertrag zu ratifizieren. Erst im März des folgenden Jahres fand die endgültige Unterzeichnung des Präliminarvertrages durch alle Beteiligten statt, und erst im Juni 1728 konnte zu Soissons der Kongreß eröffnet werden.

Unterdessen waren die Staatslenker eifrig bemüht gewesen, die Arbeiten des kommenden Kongresses vorzubereiten und zu erleichtern. Den Hauptanteil dabei hatte Kardinal Fleury, der Staatsleiter Frankreichs. Man setzte in England volles Vertrauen in seine Person und seine in diese Zeit fallende Erkrankung wurde in London mit großer Sorge vernommen. Fleury galt ja damals der Welt noch als der große Friedenskünstler, aber auch als der Einzige, der fähig war, die französische Politik von gefährlichen, bündniswidrigen Handlungen zurückzuhalten.

Wir besitzen aus dieser Zeit zwei wertvolle Dokumente, die uns die Auffassung des offiziellen England deutlich erkennen lassen. Wir sehen zugleich, welch starken persönlichen Anteil das Königspaar an den Fragen der großen Politik nahm.

Herr von Saint Saphorin, der langjährige Vertreter Georgs I. in Wien ist es, der in ein paar umfangreichen Denkschriften den britischen Majestäten, sowohl den Charakter des Wiener

Hofes¹⁾, wie auch die allgemeine Lage der Welt²⁾ darlegte. Er denkt freilich noch unfreundlich genug über Karl VI. und seine Leute, denn er ist ja der in der Zeit des Konfliktes vom Wiener Hof Verwiesene und trägt noch den alten Groll im Herzen. Aber seine Betrachtungen entsprechen doch vollkommen dem Standpunkte Englands, und sie stammen aus der Feder eines alten Kenners der europäischen Politik. Er selbst hat an dieser keinen Anteil mehr und tritt nun dem Herrscherpaare gegenüber als der erfahrene Mentor auf. Und noch mehr als dieses. Er läßt, zumal der Königin Karoline gegenüber, die Rolle des Informierenden fallen und wird zum Berater. Hier sucht, wenn ich nicht irre, der aus der großen Politik hinausgedrängte Diplomat noch einmal einzugreifen, sucht auch als stiller Zuschauer seine Politik noch fortzusetzen. Indem er sich an die Königin wendet, deren großen Einfluß beim Könige und beim Minister er kennt, bringt er also seine Gedanken an die richtige Stelle. Man wäre versucht, seine Arbeit mit jener Denkschrift zu vergleichen, mit der einst ein Kenner der englischen Verfassung die alte Kurfürstin Sophie belehrt hatte. Aber Saint Saphorins Schrift ist mehr, sie ist selbst ein politisches Dokument, und sie gehört zur Geschichte des Moments, in dem sie entstand.

Saint Saphorin warnt ebenso vor Österreich wie vor Spanien. Er entwirft auf der einen Seite ein wenig anziehendes Bild von den Fähigkeiten Karls VI. und auf der anderen von der Unberechenbarkeit der Königin Elisabeth. Und, so erklärt er, wie immer der kommende Kongreß auch ausgehen möge, wenn er die enge Verbindung zwischen Österreich und Spanien nicht aufzulösen vermag, so hat er umsonst gearbeitet und hat die Lage für England nicht verbessert. Noch ist auch jener Plan der spanisch-österreichischen Doppelheirat nicht aufgegeben, demzufolge zwei Söhne Elisabeths die beiden älteren Töchter Karls VI. ehelichen sollen. Er weiß auch, daß die Kaiserin, als sie von dieser Möglichkeit hörte, höchlichst erfreut war über die Aussicht,

¹⁾ Relation de la Cour de Vienne, donnée à S. M. le Roi de la Grande Bretagne, par Mons. le Général de St. Saphorin. A Londres 5./16. 7bre 1727. Y 45, p. 342—393. Han. Arch.

²⁾ Discours politique sur la situation des affaires . . avril 1728. Remise à S. M. la Reine de la Gr. Br. par M. de St. Saphorin. Y 45, p. 394—564. Han. Arch.

daß diese Schwiegersöhne dereinst außer dem Reiche, den Erb-
landen und Italien, auch noch die Kronen von Frankreich und
Spanien besitzen würden.“

* * *

Doch ehe wir den Verlauf des Kongresses behandeln, müssen wir hören, wie Staat und Volk von England die Arbeit des Kongresses und die allgemeine Lage beurteilten, sodann wie die öffentliche Meinung sich dazu verhielt. Bei der Parlamentseröffnung am 21. Januar 1729 machten die ersten Worte, die der König in seiner Thronrede gebrauchte¹⁾, starken Eindruck auf die Versammlung und auf das Volk. Georg II. sprach unverhüllt von der Möglichkeit eines Krieges. Aus Wien und Madrid ist auf die letzten Vorschläge der Verbündeten von Hannover, auch auf einen dort vorgelegten Vertragsentwurf, keinerlei Antwort erfolgt. „Ich verlasse mich,“ sagt der Monarch, „auf den Eifer und die Liebe dieses Parlaments, daß es mich freudig und wirksam unterstützen werde, auch bei der Führung eines gerechten und notwendigen Krieges“. Die darin liegende Drohung gegen Spanien wird einige Wochen später in einer Resolution des Unterhauses und in einer Adresse an den König noch stärker zum Ausdruck gebracht²⁾, und es ist interessant zu erfahren, daß diese Schriftstücke von Walpole persönlich verfaßt waren, denn die Entwürfe sind in seiner Handschrift erhalten.³⁾

Einige Wochen später, im März 1729, beschäftigten sich beide Häuser des Parlaments mit der Sorge um den Verlust Gibraltars. Der ominöse Brief wurde verlesen, in dem Georg I. 1721 dem spanischen Könige die Aussicht auf die Restitution des Platzes eröffnet hatte, sobald es „mit der Zustimmung des Parlaments“ geschehen könnte. Der Antrag wurde gestellt, der König von Spanien müsse förmlich und feierlich auf Gibraltar und Minorka verzichten. Dann aber überwog wohl die Meinung, daß, wenn man einen Vertrag mit Spanien schließe, die einfache Nichterwähnung Gibraltars einem spanischen Verzicht gleichkommen würde. Lords wie Commons begnügten sich mit Resolutionen,

¹⁾ Parl. Hist. 8, 668.

²⁾ Ebd. 694.

³⁾ Houghton Mss.

in denen sie ihr Vertrauen zum Könige kundgaben, daß er das Recht Englands auf jene Besitzungen wirksam behaupten werde⁴⁾.

* * *

Die Thronrede vom 21. Januar hatte die öffentliche Meinung stark erregt. Die Art, wie hier von der Möglichkeit eines Krieges mit aller Offenheit gesprochen wurde, schien das Volk auf den bald unvermeidlichen Appell an die Waffen vorbereiten zu sollen. Auch das Parlament war sichtlich auf alles gefaßt. Auf Grund großer Bewilligungen konnte die Regierung in diesem Jahre 3½ Millionen Pfund Sterling an Steuern erheben, das war 1½ Mill. mehr als die Ausgaben in friedlichen Zeiten zu betragen pflegten²⁾. Das alles wirkte alarmierend. Man fand diesen Zustand der Ungewißheit unerträglich. Schon 1728 war eine Flugschrift erschienen, die mit dem Appell an Robert Walpole schloß, er möge sich doch entscheiden, ob Krieg sein solle oder Frieden. Der Krieg, heißt es, braucht nicht vernichtend zu sein. Die Unsicherheit dieses Waffenstillstandes aber ist tötend³⁾.

Auch Daniel Defoe, der seit mehr als dreißig Jahren so oft in kritischen Momenten seine warnende Stimme erhoben hatte, verlieh in einem vielgelesenen Pamphlet dem nationalen Empfinden die Worte. Er schrieb wieder einmal „Reasons for a War“⁴⁾ und richtete damit einen eindrucksvollen Appell an die Regierenden. Immerhin, man kennt ja Defoe, man weiß, wie oft er seine wahre Meinung hinter einem Scherze versteckt. Die Ironie ist die schärfste Waffe seines Witzes. Wie oft hatte er seine Leser hinters Licht geführt und ihnen mit unschuldiger Miene Absurditäten aufgetischt, um dem richtigen Urteil zum Siege zu verhelfen. Auch der moderne Mensch hat sich bei der Lektüre Defoe'scher Flugschriften zuerst die Frage vorzulegen:

¹⁾ Parl. Hist. 695.

²⁾ Vgl. den Brief von Townshend an Poyntz, 21. Febr. 1728/29. Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, 639.

³⁾ *Give War or Peace; but give us one;
All Mediums we refuse;
We may'nt be by a War undone,
We must be by a Truce.*

The Hunter hunted. A new ballad to an old tune. Lond. 1728. B. M. 1875. d. 6.

⁴⁾ *Reasons for a War, in the order to establish the Tranquillity and Commerce of Europe. Pax quaeritur Bello. London 1729.*

was hat er eigentlich damit sagen wollen? Und handelt es sich in unserem Falle etwa nur um eine ironische Abfertigung der Thronrede? Das ist aber nicht der Fall. Denn dieses Mal war es dem alten Spaßmacher voller Ernst. Zunächst sagte er nichts anderes, als was man auch in der Thronrede las. Der König hatte ja selbst erklärt, es könnte wohl mancher denken, ein richtiger Krieg wäre besser als dieser zweifelhafte und unsichere Friedenszustand. Und der Übergang vom Frieden zum Kriege wäre jeden Augenblick zu haben. Defoe will die Regierung beim Worte nehmen. Der Augenblick, meint er, ist da. Soll man etwa die Ausgaben scheuen? „Ich habe oft von einem kostspieligen Kriege gehört, aber noch nie von einem kostspieligen Frieden“. Mag der Krieg ein, zwei Jahre dauern, was bedeutet das gegenüber der Ungewißheit, in der wir uns seit vier Jahren befinden? Auf der anderen Seite malt Defoe nun die Aussichten eines Krieges gegen Spanien. Er findet sie glänzend. Er denkt an die reichen Prisen. Eine einzige vollbeladene Galeone macht uns die Ausrüstung einer ganzen Flotte bezahlt. Er denkt an die Taten Drakes, an den Besuch der Engländer in Vigo, 1719. Wir aber, findet er, leben stumpf und tatenlos dahin, „wie ein Mann, der an Händen und Füßen gefesselt und von Dieben und Gaunern umgeben ist“. Er geht noch weiter in der Ausmalung der Gewinne, die den Engländern in einem Kriege mit Spanien zufallen müßten. „Spanien, dessen Handel völlig in unserer Gewalt ist, dessen reiche Kolonien sich gleichsam in unseren Händen befinden, Spanien, das wir mit unserer Flotte von der See verjagen und fast aus der Welt wegblasen könnten — sollte nicht diese Schwäche des Gegners, mit dem wir es zu tun haben, ein weiterer Grund zum Kriege sein?“ Leicht könnte den Spaniern in Westindien ein Platz so wertvoll wie Gibraltar entrissen, ganz Chile könnte erobert werden, Chile, von den Kolonien die reichste an Gold, die schwächste an Stärke, und mehr als alle anderen ein Wunder an Entwicklungsmöglichkeiten.

Es sind alte in früheren Schriften Defoes mehrfach geäußerte Ideen. Sie mögen dem Autor eingegeben sein durch die leichten Waffenerfolge von 1718 und 1719. Aber die Kräfte Spaniens hat er dennoch unterschätzt. Der zehn Jahre später unternommene Krieg hat die Erwartungen Defoes keineswegs erfüllt. Er hätte auch wissen sollen, daß einem durch England bekämpften Spanien

gewiß auch ein verbündetes Frankreich bald an die Seite treten würde. So aber meint er nur der allgemeinen Stimmung Ausdruck zu verleihen, wenn er emphatisch verkündete: „Krieg, Krieg, ist, wohin ich auch komme, der einstimmige Ruf des Volkes“, und zu schließen mit dem Worte, das er schon ein Jahr früher als Motto über eine Schrift ähnlichen Inhalts gesetzt hatte¹⁾: „*Pax quaeritur Bello*“.

So war das Echo der Thronrede vom 21. Januar 1729.

* * *

Es gibt in der diplomatischen Geschichte dieser Jahrzehnte kein Ereignis von Bedeutung, bei dem nicht auch die Sukzessionsordnung im Hause Habsburg eine Rolle spielte. Immer wieder tritt Karl VI. mit der Forderung auf, man möge ihm seine Pragmatische Sanktion garantieren. Kein Kongreß, dessen Verlauf, kein Staatsvertrag, dessen Abschluß verständlich wäre, wenn man die Nachrichten unbeachtet ließe, die jenes Thema berühren.

Karl VI. erreicht schließlich sein Ziel. Sie haben alle garantiert, aber er hat die Garantien teuer durch politische Konzessionen bezahlen müssen. Man soll auch nicht sagen, es sei eine übertriebene Sorge des Kaisers gewesen, die ihn die vielen Opfer bringen ließ. Die Zukunft des Habsburger Reiches stand auf dem Spiele. Ob das mächtige, von dem Einen beherrschte Ländergefüge ungeschmälert in die Hände eines Nachfolgers übergehen würde, das war die Frage.

Der Kongreß von Cambrai hatte es abgelehnt, sich mit der Sache zu befassen. Der Kongreß von Soissons wird vor dieselbe Entscheidung gestellt. An die Verbündeten von Hannover, die Gegenspieler des Kaisers auf dem Kongresse, wird halb unverbindlich, in mündlicher Form, die Anfrage gerichtet, eine recht unbequeme Anfrage, ob sie bereit wären, die österreichische Sukzessionsordnung zu garantieren. Als der auf der Reise befindliche Georg II. im Oktober 1729 im Haag weilte²⁾, wird ihm der an die Verbündeten von Hannover gerichtete Vorschlag

¹⁾ Die ohnehin kaum zweifelhafte Autorschaft Defoes wird dadurch noch gewisser. Über die Schrift „The Evident Approach of a War“, vgl. Lee, Defoe 1, 423.

²⁾ Für das Folgende sind einige interessante Aktenstücke aus dem Staatsarchiv Dresden (2872) benutzt.

unterbreitet. Er antwortet ausweichend ¹⁾, er müsse sich zunächst mit seinen Verbündeten ins Einvernehmen setzen. Nun wird die dem Kaiser zu gebende Antwort in Paris vereinbart. Sie klingt nicht unähnlich der in Cambrai erteilten. Die mündlich erteilte Ablehnung wird wieder mit der Erwägung begründet, die Sache habe mit dem Verhandlungsstoffe des Kongresses nichts zu tun. Man hört auch allerlei über die dabei gepflogenen Erörterungen. Wie kann man, hieß es, eine solche Garantie leisten, ehe man weiß, für wen man sie geleistet hat? Mit anderen Worten: wer wird der Schwiegersohn Karls VI. sein? Wird es der Spanier Don Carlos sein oder der Herzog von Lothringen? Der erste Fall würde die Lage Europas aufs allerstärkste berühren, würde die Stellung des Kaisers noch viel stärker machen, als sie schon ist. Der zweite Fall, Lothringen als Schwiegersohn, wäre natürlich weniger gefährlich. Daß — so mögen wir in Parenthese hinzufügen — das Kind Maria Theresia eines Tages die Zügel des Habsburger Reiches selbst mit starker Hand ergreifen würde, konnte niemand voraussehen.

Wir hören auch einiges über die verschiedene Haltung der Mächte in dieser Angelegenheit. Frankreichs Interesse ist es, eines Tages Unruhen im Reiche entstehen zu sehen. Darum will es nicht jetzt im Voraus die Garantie geben. England stellt sich hinter Frankreich, denkt aber auch an die Rolle Georgs II. als Kurfürst und an die Rücksicht, die er den anderen Kurfürsten, denen von Sachsen und Hannover, schuldet. Endlich die Holländer. Sie wollen Frieden haben und Handel treiben. Darum wollen sie nicht eine Garantie erteilen, auf Grund welcher sie vielleicht in der Nachbarschaft, d. h. in Süd-Niederland, einen mächtigen, ihnen unbequemen Herrscher kreieren würden *Experientia docti*.

Und endlich stehen neben den großen Mächten als mißtrauische Beobachter, als Interessenten, ja trotz aller Verzichte als Prätendenten die Kurfürsten von Sachsen und Bayern. Ihre Leute treten hier und dort auf, sie horchen und lassen sich berichten, was unter den Großmächten vorgeht. Sie sprechen auch selbst mit den Leuten des Kaisers. Sinzendorff redet offen mit dem Herrn von Debrose, dem sächsischen Gesandten, im Haag ²⁾.

¹⁾ Debrose an August II., Haag 4. Oct. 1729. Staatsarch. Dresden.

²⁾ Debrose an August II., Haag, 11. Nov. 1729. Staatsarch. Dresden.

Bayern, erklärt er, könnte zufriedengestellt und ruhig erhalten werden, wenn man ihm nur Tirol verspräche. Das will aber der Kaiser nicht. Graf Kinsky, Österreichs Bevollmächtigter auf dem Kongreß, nimmt eines Tages den Vertreter Sachsens beiseite ¹⁾ und wirft ihm vor, er habe gegen die Garantie der Pragmatischen Sanktion durch den Kongreß gearbeitet. In seinem Bericht an König August gibt der Sachse die Worte wieder, die der Österreicher ihm gesagt hat: „Sie müssen doch gewisse Verzichtleistungen kennen, aus denen sich ergeben würde, daß Ew. Majestät kein Interesse daran hat, sich den Absichten des Kaisers zu widersetzen.“

Unterdessen war die unter den Westmächten vereinbarte Antwort auf des Kaisers Forderung dem Grafen Kinsky erteilt worden. Der französische Bevollmächtigte hat den Österreicher auf Donnerstag, den 3. November 1729, zu sich gebeten. Kinsky findet bei ihm auch die Bevollmächtigten von England und Holland. Im Namen der drei Staaten erklärt der Franzose, ehe man in einer, die Familie des Kaisers betreffenden Angelegenheit aus der sich auch Schwierigkeiten im Reiche ergeben könnten, eine Entscheidung treffe, müßten die in den Präliminarien enthaltenen Themata erledigt sein. Denn nur für diese sei der Kongreß berufen ²⁾. So genau ward das Schema von Cambrai nachgeahmt. Wie damals alles auf die Quadrupel-Allianz bezogen worden, so geschah jetzt dasselbe mit den Präliminarien von 1727. Weil in diesen beiden Instrumenten von der Pragmatischen Sanktion nicht gesprochen worden, so durften jetzt wie damals die Bevollmächtigten erklären, sie könnten sich mit der Sache nicht befassen. Damit war sie gefallen.

* * *

Zu der Zeit des Kongresses von Soissons spielte sich zwischen England—Hannover und Preußen ein ärgerlicher Streit ab, der, so geringfügig er schien, doch fast zu einem allgemeinen Kriege geführt hätte. Die königlichen Schwäger Georg und Friedrich Wilhelm haben einander nie geliebt, und ihre Beziehungen haben auf das Verhältnis ihrer Staaten ungünstig

¹⁾ Brais, Paris, 7. Nov. 1729. Ebd.

²⁾ Ebd.

zurückgewirkt. Sonst, wenn der Vater, Georg I., nach Hannover gekommen war, hatte sich stets zwischen ihm und dem preußischen Hofe ein angenehmer verwandtschaftlicher Verkehr entwickelt, dem es vermöge der zärtlichen Liebe, welche die Königin Sophie Dorothea ihrem Vater entgegenbrachte, auch an einer gewissen Wärme nicht gefehlt hatte. Auch der sonst steife und förmliche Georg I. hat sich der Tochter gegenüber als liebender Vater gezeigt. So war es auch nicht schwer gewesen, auf dem Boden dieser Familienbeziehungen zu politischen Bündnissen zu gelangen¹⁾. Und wäre nicht Georg I., als er 1727 auf der Reise nach Hannover war, plötzlich vom Geschick ereilt worden, so würde es ihm auch vielleicht gelungen sein, Friedrich Wilhelm auf der Seite der Verbündeten von Hannover festzuhalten und dem Kaiser das Spiel zu verderben.

Als aber Georg II. 1729 nach Hannover kommt, ist alles anders. Er hat dem verwandten Berliner Hofe seine Ankunft im Kurfürstentum nicht angezeigt²⁾. Er erhält auch bei der Reise durch preußisches Gebiet die Postpferde nur gegen Bezahlung — früher waren sie frei gestellt worden. Er hält Revuen ab, prüft die Zahl und den Zustand seiner Truppen, als ob er sich auf einen Krieg vorzubereiten hätte. Nicht anders Friedrich Wilhelm, der jeglichem Zusammentreffen mit dem Schwager ängstlich aus dem Wege geht³⁾ und einen Agenten nach Hannover schickt, der sich als Ausländer und Preußenfeind geben muß, um ganz unverdächtig beobachten und berichten, zumal über die militärischen Verhältnisse, berichten zu können.

Stand es so um die Beziehungen der beiden Staaten im Frieden, so bedurfte es nur eines kleinen Anlasses, um urplötzlich eine ernste Kriegsgefahr heraufzubeschwören. Vor 10 Jahren hatten Preußen und Hannover ein Kartell geschlossen, in dem sie einander die gegenseitige Auslieferung ihrer Deserteure versprochen. Es war ein Abkommen, wie es in jener Zeit der Söldnerheere, bei den Schwierigkeiten der Werbung und der Neigung der Mannschaften, bei erster Gelegenheit davonzulaufen, für die

¹⁾ Vgl. allgemein H. Schilling, *Der Zwist Preußens u. Hannovers 1729/30*. Halle 1912. Droysen, *Gesch. der preuß. Politik* IV. 3. S. 56 ff.

²⁾ Vgl. darüber Carlyle, *History of Friedrich II. of Prussia*.

³⁾ Die Briefe König Friedrich Wilhelms I. an den Fürsten Leopold zu Anhalt-Dessau 1704—1740. (*Acta Borussica. Ergänzungsband. 1905.*) 425.

Regierungen der deutschen Mittelstaaten geboten erschien. Hannover glaubte nun, daß Preußen das Kartell verletzt, daß es weggelaufene hannövrische Soldaten festgehalten und in die eigene Armee gesteckt habe, und ferner hätten die preußischen Werber sich zahlreiche Übergriffe auf hannövrischem Boden zuschulden kommen lassen. Genug, eines Tages, im Juni 1729, wurden auf hannövrischem Boden eine Anzahl preußischer Unteroffiziere und Soldaten gefangen genommen. Die Verhaftungen sollten als Repressalien gelten für das letzthin so vielfach geübte Pressen hannövrischer Untertanen für den preußischen Kriegsdienst. Er wolle sich nicht von dem Könige von Preußen an der Nase herumführen lassen, soll Georg II. gesagt haben. Bald gab es einen weiteren Anlaß zum Konflikt. Da waren einige im Grenzgebiet gelegene Wiesen frisch abgemäht worden, als unter Bedeckung von 300 Soldaten hannövrische Bauern erschienen und triumphierend das Heu in 40 Wagen abführten.

So kleinlich der Streit erschien, so ernst ward er genommen. Friedrich Wilhelm, in höchster Empörung, will seinen Schwager zum Zweikampfe herausfordern; Georg II. heißt es, hat denselben Gedanken. Dergleichen wäre den beiden heißblütigen Männern wohl zuzutrauen. Wie dem auch sei, solche Wallungen fürstlicher Leidenschaft pflegen durch die Umgebungen rechtzeitig besänftigt zu werden. Der drohende Zweikampf Georgs II. und Friedrich Wilhelms I. fand ebensowenig statt, wie einst das geplante Duell zwischen Karl V. und Franz I. Statt dessen hörte man bald von kriegerischen Vorbereitungen hüben und drüben. „Lassen sie meine Leute nicht los“, schrieb Friedrich Wilhelm dem Fürsten Leopold von Dessau, „so werde marschieren, es mag daraus kommen, was es will.“¹⁾ Eine vom Könige berufene Versammlung von hohen Militärs und Politikern entschied sich für den Krieg²⁾.

Wenn es nun wirklich zum Kriege kam, so war unzweifelhaft auf preußischer Seite ein ungeheures militärisches Übergewicht vorhanden. 70 000 Preußen gegen 13 000 Hannoveraner, so etwa stand die Partie. Jene waren groß geworden in der Zucht des Soldatenkönigs, diese hingegen, nach dem Urteil des erwähnten

¹⁾ Die Briefe Friedrich Wilhelms I. an den Fürsten Leopold zu Anhalt-Dessau. 1905. 429.

²⁾ Vgl. Schilling, a. a. O. 57—61.

preußischen Kundschafters, höchst mangelhaft ausgebildet. Preußen würde also, hätte es mit Hannover allein zu tun gehabt, einen leichten Sieg davon getragen haben. Dafür rechnete Georg II. freilich auf die Hilfe der durch Militärverträge ihm als König verbündeten Fürsten von Wolfenbüttel und Hessen-Kassel.

Und auch das mächtige Großbritannien konnte seinen König in einem solchen Konflikt wohl nicht im Stiche lassen.

* * *

In England blickte man auf die ganzen Vorgänge in Deutschland teils mit unverhohlener Geringschätzung, teils mit staunender Entrüstung. „Little German disputes“, sagt Hervey wegwerfend, „hätten gespielt, während der König in Hannover war“. Und genau ebenso heißt es in einem französisch geschriebenen Pamphlet, es handle sich nur um eine „querelle allemande“¹⁾. Wie aber die Sache im Kreise der englischen Regierung selbst aufgefaßt wurde, erfahren wir aus dem glücklich erhaltenen Protokoll²⁾ einer Kabinettsitzung vom 24. August 1729. Der von fünf Ministern, darunter Robert Walpole und Newcastle, besuchten Versammlung war auf Befehl der Königin-Regentin ein Brief Townshends nebst anderen Akten aus Hannover vorgelegt worden. „Ihre Lordschaften“, sagt das Protokoll, „sprach ihre höchste Entrüstung aus über das Verfahren des Königs von Preußen und gelangten zu der Entschliebung, den Befehlen Seiner Majestät hierselbst so nachzukommen, wie es zum Schutze der Ehre und der Interessen Seiner Majestät am wirksamsten geschehen könne“.

Griff aber England zu den Waffen, so erhob sich mit ihm auch das ganze Bündnis von Hannover, d. h. auch Frankreich und Holland hätten dem Kampfe nicht fernbleiben können, so wie dem ebenso gewiß von der anderen Seite die Alliierten Preußens, mit dem Kaiser an der Spitze, in die Aktion hätten eintreten müssen. Es schien wahrhaftig, als ob aus dem kleinlichen Streit um ein paar Fuder Heu und einige eingesperrte preußische Werber der allgemeine Weltkrieg hervorgehen sollte. Schon setzten sich die preußischen Bataillone in Bewegung. 40- bis 50 000 Mann stehen bei Lenzen an der Elbe, 30 000 Mann bei

Magdeburg unter dem Befehl des gefürchteten Leopold von Dessau, so lauteten die Meldungen der hannövrischen Kundschafter. Auf einen Wink des Königs von Preußen konnten diese Streitmassen jeden Augenblick die Grenze überschreiten. Der Eindruck dieser Nachrichten am Hofe Georgs II. war nicht gering „Hanovre trembla“, schrieb später Friedrich der Große nach persönlicher Erinnerung¹⁾.

Aber wie es nun einmal die Natur Friedrich Wilhelms war, er schärft die Waffe, daß sie dem Gegner drohend ins Angesicht blitzt, aber er schlägt nicht los. Friedrich Wilhelm lenkt ein, er weicht Schritt vor Schritt zurück. Als man erst einmal darüber verhandelte, ob die von Preußen zurückgeforderten Soldaten zuvor auszuliefern, oder erst gegen die von Hannover reklamierten, Mann für Mann auszutauschen seien, da war die Erhaltung des Friedens schon fast gesichert.

Man einigte sich über die Einsetzung eines Schiedsgerichts, zu dem jeder der Streitenden einen befreundeten Fürsten berufen sollte. Doch war die Auswahl nicht leicht zu treffen. König August von Sachsen-Polen nahm es seinem Freunde Friedrich Wilhelm sehr übel, daß er nicht ihn, sondern den Herzog von Sachsen-Gotha wählte. Er wurde mit der Erklärung beschwichtigt, daß er zu weit entfernt sei und daß, wenn Preußen einen König beriefe, auch Hannover dasselbe tun müßte. Georg II. aber wünsche baldigst in sein britisches Reich zurückzukehren und könne nicht so schnell einen passenden König finden. Von seiten Hannovers wurde der Herzog von Wolfenbüttel berufen. Jetzt kam die Angelegenheit rasch in ein ruhiges Geleise. Die Vertreter der vermittelnden, wie der streitenden Fürsten traten zu einem Kongresse in Braunschweig zusammen. Die politische Erregung war geschwunden. Man verhandelte sachlich, juristisch, wie in einem persönlichen Rechtsstreit. Nur die Scheu der beiden Schiedsrichter, die den Spruch fällen sollten und dabei ängstlich besorgt waren, ob sie nicht am Ende dem einen ihrer mächtigen Nachbarn wehe tun müßten, ließ noch erkennen, daß es ein Konflikt zwischen zwei großen Potentaten war, den zwei kleine deutsche Fürsten beilegen sollten und Europa stand dahinter.

Denn nun vollzog sich die Lösung noch unter der fort-

¹⁾ Vgl. Schilling, a. a. O. 78.

²⁾ Es ist datiert: Claremont, August 24. 1729. S. P. Domestic Various. 1. R. O.

¹⁾ Mémoires de Brandebourg. Oeuvres I 158.

dauernden Einwirkung der Beziehungen der Mächte untereinander. In den diplomatischen Depeschen der Engländer wird die friedliche Schlichtung des Streites, die Einsetzung des Schiedsgerichts geradezu als die Wirkung der Erklärungen Frankreichs und der Niederlande hingestellt, welche bereit gewesen seien, Georg II. zu unterstützen¹⁾. „Zu diesem Zwecke“, heißt es im September 1729, „hatten die Franzosen 30 Bataillone, die Holländer 10 000 Mann bereit, um auf das erste Zeichen von unserer Seite zu marschieren.“ Und wieder war es die europäische Lage, durch die in den folgenden Monaten das Friedenswerk noch einmal gefährdet wurde. Der Abschluß des Vertrages zu Sevilla im November 1729, die starke Stellung der Westmächte, denen es gelungen war, Spanien zu sich herüber zu ziehen und den Kaiser zu isolieren, wirkte auch auf die Haltung Hannovers gegenüber Preußen. In Braunschweig stockt die Verhandlung. Man hört von neuen Rüstungen. Doch abermals lenkte man ein. Denn die Westmächte wünschten, wenn es wirklich zum Bruche mit dem Kaiser kommen sollte, nicht auch noch das waffenstarke Preußen auf der Seite des Gegners zu sehen. Wieder wird das Friedenswerk neu aufgenommen, obwohl nicht in Braunschweig: die beiden Gegner verständigen sich in direkter Verhandlung. Georg II. macht sogar das ungeheure Zugeständnis, daß die verhafteten Preußen einen Tag früher auszuliefern seien, als die von ihm reklamierten Hannoveraner.

Damit war — erst im März 1730 — der ärgerliche Streit endlich aus der Welt geschafft. Der zu Braunschweig tagenden Versammlung war ein ähnliches Geschick bereitet, wie im Laufe des letzten Jahrzehntes den so viel berühmteren Kongressen von Cambrai und Soissons. Die streitenden Parteien hatten sich versöhnt, ohne den Spruch des Schiedsgerichts zu erwarten. Immerhin ward dem Braunschweiger Kongresse noch etwas mehr Ehre zu Teil als jenen so kläglich gescheiterten Diplomaten-

¹⁾ Stanhope, Walpole, Poyntz an Keene. Paris, 10. September 1729. Spain 184. R. O. Der Entwurf eines Briefes an Lord Chesterfield, den Gesandten im Haag, ist erhalten, in dem er Auftrag erhält, den Holländern den Dank der Königin (als Guardian of the Realm) auszusprechen für ihre Bereitwilligkeit „of supporting the King against any attempt that may be made upon His Majesty's dominions by the King of Prussia...“ Kensington, 26. August 1729. Spain 236. R. O.

versammlungen. Die gefundene Lösung wurde dieses Mal wirklich in die Form eines Schiedsspruchs gebracht, und das offizielle Aktenstück feierte den Kongreß zu Braunschweig als den Friedensstifter.

Die Beziehungen der beiden Fürsten aber waren nach dieser Episode nicht gebessert. Der eine Zeit lang verfolgte Plan der doppelten Prinzenheirat, der Fluchtversuch des preußischen Kronprinzen, der nach England hatte entweichen wollen, hielten Friedrich Wilhelm vollends von jeder engeren Verbindung mit dem Staate Georgs II. entfernt.

* * *

Es soll nicht unsere Aufgabe sein, den Arbeiten des Kongresses von Soissons im einzelnen zu folgen. Ergebnislose diplomatische Verhandlungen können ein tieferes historisches Interesse nicht beanspruchen, es sei denn, wie es in Cambrai gewesen, daß dabei ganz neue Gedanken und Kräfte in die Erscheinung treten. Was 1728 und 29 in Soissons und in Paris, in London, in Wien und im Haag erörtert wurde¹⁾, war nur ein Verweilen bei den alten Streitfragen: die Furcht der Westmächte vor der Möglichkeit der spanisch-österreichischen Heiraten, der Wunsch nach Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Spanien und den Verbündeten von Hannover, West- und Ostindien, Toskana und Parma und die Garnisonen in den italienischen Festungen, dazu die Pragmatische Sanktion und die Zukunft des Habsburger Reiches — die Lösung aller dieser Fragen scheint aber auf dem beschrittenen Wege nicht zu erreichen, und vor der Mitte des Jahres 1729 ist man auf dem toten Punkte angelangt.

Wieder wie einst in Cambrai wird dem Kongresse die Entscheidung aus der Hand genommen. Neue Abmachungen von Kabinett zu Kabinett werden getroffen. Der Zusammenhang der Ereignisse ist etwa wie folgt. Karl VI. hat dem Rate seiner Minister besonders des Prinzen Eugen, folgend, auf die spanischen Heiraten verzichtet. Er ist auch in den an Spanien gestellten Erwartungen getäuscht, der Strom der spanischen Subsidien ist versiegt. Schonend wird dem Hofe von Madrid die veränderte

¹⁾ Vgl. besonders: Der Congreß von Soissons. Her. C. Höfler. (Fontes rer. Austr. 32. 1871.)

Stellungnahme des Kaisers unterbreitet, etwa mit der Erwägung, daß Maria Theresia noch ein Kind, und die Zeit noch nicht gekommen sei, über ihre Hand zu verfügen. Wir erinnern uns, wie vor 3 Jahren die Königin Elisabeth, als man ihr die kleine Infantin aus Frankreich zurücksandte, sich vor Empörung nicht zu fassen wußte und das Bildnis Ludwigs XV. zertrampelte. Von einem solchen Wutausbruch hört man dieses Mal nichts, vielleicht, weil die hohe Frau durch die Nachricht nicht völlig überrascht wurde. Aber ebenso wie damals war sie rasch entschlossen, zu einer völligen Änderung der spanischen Politik zu schreiten. Das Bündnis mit Österreich gibt sie preis und wirft sich den Westmächten in die Arme. So kam es zu dem berühmten Verträge von Sevilla am 9. November 1729.

* * *

Bei großen politischen Entscheidungen ist es manchmal nicht leicht, den wahren Urheber zu erkennen. „Der Plan zu diesem Verträge rührte von Sir Robert Walpole her“, sagt der Memoirenschreiber Lord Hervey¹⁾. Nach den erhaltenen Nachrichten aber gewinnt man eher den Eindruck, als ob der Anstoß von Spanien gekommen, England aber nur rasch und eifrig auf die Sache eingegangen sei. Die Akten zeigen uns das folgende Bild. Mit einem Briefe vom 2. Aug. 1729 sandte Benjamin Keene, der englische Gesandte in Madrid, einen fertigen spanischen Friedensentwurf nebst geheimen Artikeln. Erhalten ist ferner das Protokoll einer Kabinettsitzung, abgehalten in Sir Robert Walpoles Hause zu Chelsea am 7. (18.) August²⁾. Der Entwurf wird geprüft und völlig unbrauchbar befunden. „Er ist roh, unklar, ungenügend und größtenteils unausführbar“, so sagt das Protokoll. Aber es fügt auch hinzu, man habe darin die Möglichkeit erkannt, mit entsprechenden Änderungen zu einem Verträge mit Spanien zu gelangen. Schon ist man entschlossen, eine wichtige Persönlichkeit zur Verhandlung nach Spanien zu schicken. Die Kongreßbevollmächtigten, Horace Walpole und Poyntz haben William Stanhope empfohlen³⁾, denselben, der vor Jahren am

¹⁾ Ed. Sedgwick 110.

²⁾ Regencies 95. R. O.

³⁾ Hor. Walpole und Poyntz an Townshend, 2. August N. S. und 2./13. August 1729. Regencies 24. R. O.

Hofe von Madrid verhandelt hat, der die Verhältnisse kennt und wohl der richtige Mann dafür ist, ein kräftiges Wörtlein mit der Königin Elisabeth zu reden.

Georg II., der zur Zeit in Hannover weilt, ist einverstanden¹⁾. Die Instruktion für Stanhope aber soll in London von der Königin als Regentin entworfen werden. Diese Instruktion ist erhalten²⁾ und trägt nur einen allgemeinen Charakter. Der erfahrene Diplomat, mündlich von allem unterrichtet, mochte selbst entscheiden, in welcher Form und mit welchem Ziel er die Verhandlung in Spanien zu führen hätte. In Sevilla, wo eben das spanische Königspaar weilte, wurde der Vertrag rasch unterzeichnet. In einem dabei vorliegenden Entwurf wurden nur noch kleine Änderungen gemacht, ohne alle sachliche Bedeutung, und nur, wie Stanhope sarkastisch bemerkt, weil der spanische König es unter seiner Würde fand, einen Vertrag genau in dem Wortlaut zu unterzeichnen, wie er ihm vorgelegt worden³⁾.

* * *

Durch den Vertrag von Sevilla war die Zulassung spanischer Garnisonen in Parma und Toskana, und damit die Nachfolge des Don Carlos in den italienischen Herzogtümern gesichert. Dafür hatte Spanien bereitwillig alles zugestanden, was England gewünscht. Der Handel mit Spanien und Westindien wurde auf Grund der früheren Verträge und des Assiento in der alten Weise wieder hergestellt, die den Österreichern in den Wiener Verträgen von 1725 politisch und kommerziell eingeräumten Privilegien wurden aufgehoben. Ja, Spanien verpflichtete sich ausdrücklich alles zu tun, um die endgültige Aufhebung der Kompanie von Ostende zu betreiben. Mit keinem Worte wurde Gibraltar erwähnt.

Der Vertrag von Sevilla war Englands Werk, William Stanhope hatte ihn geschlossen und ist dafür zum Earl of Harrington erhoben worden. Der Abschluß ist sichtlich ohne Schwierigkeiten erfolgt. Zu dramatischen Zwischenfällen, zu Ausbrüchen der Leidenschaft war dieses Mal für Elisabeth, „das Teufelsweib

¹⁾ Townshend an Newcastle, Göhrde, 10./21. August 1729. Ebd.

²⁾ By Her Maj. the Queen, Guardian of the Kingdom etc. Instr. für W. Stanhope, Kensington, 19. August 1729. Regencies 95. R. O.

³⁾ Stanhope und Keene, 10. November 1729. Treaty Papers 128. R. O.

von Spanien“, kein Anlaß geboten. Wenn nur der Weg in ihre Heimat Italien ihrer Familie geebnet war, so standen alle Interessen des Handels ihrem Herzen nicht mehr nahe.

Frankreich hatte mitunterzeichnet, Holland ist gefolgt. Karl VI. war isoliert, sein Bündnis mit Spanien zerrissen. Der Eindruck in Wien war niederschmetternd. Nur mühsam bewahrten die österreichischen Staatsmänner ihre Haltung. „Sie können sich wunderbar verstellen,“ spottet Lord Waldegrave, der englische Gesandte in Wien. Eines Tages speist er beim Prinzen Eugen. „Sie haben also mit Spanien abgeschlossen“, sagt der Prinz und als der Engländer nicht antwortet, fährt er fort, „gut, Sie können tun, was Ihnen gefällt“. Aber unzweifelhaft hält man in Wien die Lage für doppelt ernst und Waldegraves Berichte schließen mit der Erwähnung bedeutender österreichischer Rüstungen, besonders in Italien¹⁾.

* * *

Die Völker Europas schienen vor einem neuen Kriege zu stehen. Auf beiden Seiten wurde gerüstet. Karl VI. war entschlossen, die Einführung spanischer Besatzungen in Italien unter keinen Umständen zuzulassen und es eher auf eine Entscheidung durch die Waffen ankommen zu lassen. Unter seinen Ministern war es besonders Prinz Eugen, der auf starke Rüstung drängte²⁾. Vielleicht durfte Karl auf die Hilfe Rußlands rechnen. Zuverlässiger war Preußen und vielleicht einige andere deutsche Fürsten. Dem Kaiser gegenüber standen die Unterzeichner des Vertrages von Sevilla, England, Frankreich, Holland und Spanien. In den ersten Julitagen 1730 fanden in Paris Konferenzen statt³⁾, in denen die Vertreter der vier Mächte untereinander den Charakter der militärischen Unternehmungen und die Truppenstärken zu bestimmen versuchten, die jeder ins Feld stellen sollte. Kardinal Fleury eröffnete eine Konferenz am 1. Juli mit der Bemerkung, es sei wohl die Meinung aller Verbündeten, daß man dem Kaiser in Italien entgegentreten müsse, wo er am stärksten sei. Aber

¹⁾ Waldegrave an Townshend, 19. November, 10. Dec. N. S. 1729. Germany 244. R. O.

²⁾ Vgl. Pribram, Öst. Staatsverträge. England 1, 470.

³⁾ Das folgende nach einem ausführlichen Bericht: Hor. Walpole und Poyntz an Newcastle, Paris, 26. Juni/7. Juli 1730. Houghton Mss.

der anwesende Marschall Villars erklärte, wo immer der Kampf beginne, so werde es doch ein allgemeiner Krieg werden, und auf einen solchen müsse man sich vorbereiten. Man dachte zunächst an einen Angriff auf Sizilien. Fleury erklärte, Frankreich werde 50 000 Mann stellen, verbesserte sich aber auf eine ihm zugeflüsterte Bemerkung des Siegelbewahrers, indem er sagte, Frankreichs Leistung werde in entsprechendem Verhältnis zu den Leistungen der Anderen stehen. Das bescheidene Angebot der Engländer trug ihnen den Spott der Franzosen ein. Es sei sehr bequem, hieß es, so billig Krieg führen zu wollen. Am 6. Juli erklärten die Spanier von neuem, der Angriff auf Sizilien müsse mit großer Truppenmacht ausgeführt werden. Die Franzosen schwiegen und schienen in diesem Jahr den Kampf noch nicht beginnen zu wollen; überhaupt war die Neigung, zum Kriege zu schreiten, bei keinem der Beteiligten sehr groß. Und unterdessen rechnete man immer noch mit Angeboten des Kaisers, in denen es sich um die Pragmatische Sanktion und insbesondere um die Frage handeln würde, in welchem Umfange die viel erörterte Garantie des Hausgesetzes von ihm gewünscht werde. So endeten diese Julikonferenzen noch ohne ein klares Ergebnis und ohne einen bestimmten Kriegsplan der Verbündeten von Sevilla.

Im Grunde hatte aber der Vertrag von Sevilla nicht den Charakter eines Kriegsbündnisses gehabt. Nur, wenn Karl VI. die ihm gebotenen Bedingungen nicht annahm und zum Schwerte griff, drohte der Krieg. Blickt man nun auf die drei Hauptteilnehmer des Bundes, so erhält man von Spanien allerdings den Eindruck, daß ihm die Gelegenheit nicht unerwünscht kam, Rache zu nehmen für die Demütigung von 1719, die Politik Alberonis zu erneuern und das Werk der Quadrupelallianz zu vernichten. Darum auch das Drängen auf eine Unternehmung gegen Sizilien, womit ja auch das Abenteuer Alberonis begonnen hatte. Die Politik Frankreichs aber wurde geleitet von Kardinal Fleury, dem berühmten Friedensfreund, der wohl nur notgedrungen den neuen Vertrag mit den Waffen verteidigt hätte. Und was England betrifft, so hat sich hier 1730 ein denkwürdiger Wechsel in der Zusammensetzung der Regierung vollzogen. Ohne ihn wären die folgenden Ereignisse nicht zu verstehen. Zehn Jahre lang, seit der Wiedervereinigung der Whigs,

war Englands auswärtige Politik fast allein von Lord Townshend geführt worden. Der neben ihm stehende Staatssekretär Newcastle wird von den fremden Diplomaten nicht ganz ernst genommen, wird gern als ein nur dem Namen nach amtierender, an Geist und Tatkraft soviel geringerer Beamter bezeichnet. Townshend war ein Mann von Geist, Initiative und von einer oft gefährlichen Tatkraft. Schon einmal war zwischen ihm und dem ruhiger urteilenden und handelnden Schwager Robert Walpole ein starker Gegensatz hervorgetreten. Damals, in der Zeit des Bündnisses von Hannover war Walpole dem stürmischen Townshend in den Arm gefallen, hatte die herausfordernden Worte der Thronrede durch eine mildere Wendung ersetzt, und der allgemeine Krieg war vermieden worden. Jetzt, 1730, war die Lage nicht unähnlich derjenigen von 1725. Wieder kämpften zwei Systeme auswärtiger Politik, ein kriegerisches und ein friedliches gegeneinander. Dieses Mal aber führte der Streit der Meinungen zu einem unlösbaren Konflikt, zur Ausstoßung des einen der beiden Staatsmänner, zur Entlassung Townshends.

Schon seit einiger Zeit hatte sich Townshend mit Rücktrittsgedanken getragen. König und Königin waren bereit ihn gehen zu lassen, wollten aber auf den verdienten Staatsmann, der noch kürzlich den Vertrag von Sevilla in die Wege geleitet hatte, keinen Zwang ausüben¹⁾. Doch die Ereignisse waren stärker. Für die friedliche Politik, die Walpole einzuschlagen wünschte, erschien Townshend nicht geeignet. Eben derjenige, der Verhandlung mit Spanien geführt, der zum Lord Harrington erhobene Oberst William Stanhope, wurde ausersehen, Townshends Nachfolger zu werden.

* * *

An dem Tage, da die Session des Parlaments ihr Ende erreichte, legte Townshend sein Amt nieder. Er konnte ehrlich behaupten, daß die Rücksicht auf seine Gesundheit seinen Rücktritt erfordere; denn von einer vor vier Jahren überstandenen schweren Krankheit hatte er sich niemals völlig erholt. Vor seinen Freunden aber machte er kein Hehl daraus, daß die

¹⁾ Hervey (Sedgwick) 118.

zwischen ihm und Walpole eingetretene Entfremdung ihn in seinem Entschlusse bestärkt habe¹⁾.

So zog sich Townshend nach einer langen politischen Tätigkeit in ein stilles Privatleben zurück. Seinen Lebensabend hat er fern der Hauptstadt in seinem prächtigen Landsitze zu Raynham in Norfolk verbracht. Das schöne Wohnhaus war in seinem größeren Teile noch von Jnigo Jones erbaut worden, jetzt ward die innere Ausschmückung durch William Kent, den ersten britischen Architekten der Zeit, ergänzt²⁾. Nur die Nachbarschaft des Walpoleschen Gutes, die einst die Familien zusammengeführt hatte, ward jetzt peinlich empfunden. An Ort und Stelle erzählt man heute noch von der hohen Hecke, die Lord Townshend habe pflanzen lassen, damit der Blick auf das feindliche Houghton Hall den Frieden seiner Seele nicht störe. Seiner alten Neigung zum Landbau konnte er nun frei nachgehen. Durch seine Gemüskulturen ist er gewissen Kreisen als der ‚Rüben-Townshend‘ bekannt geworden³⁾. Weniger bekannt ist, daß er zuletzt noch den Plan gefaßt, und mit der Ausführung schon begonnen hat, eine Geschichte seiner Zeit zu schreiben⁴⁾. Bei der Armut dieser Epoche an politischen Denkwürdigkeiten mag man bedauern, daß die Nachwelt ein solches Werk nicht mehr erhielt.

Jeglicher Versuchung aber, noch ferner an der Politik tätigen Anteil zu nehmen, hat Townshend fest widerstanden. Er soll seit seinem Rücktritt nie wieder in London gewesen sein. Lord Chesterfield suchte ihn einmal zur Teilnahme an den Geschäften des Oberhauses zu bewegen. Townshend wies es von sich, weil er sein hitziges Temperament kenne und leicht Dinge tun könnte, die ihn später gereuen würden⁵⁾. Freilich war dieses Mal die Aufforderung von der Seite der Opposition nicht von den Ministern ausgegangen. Dem Könige hatte Townshend beim Abschiede sagen dürfen, er werde auch in seiner Zurückgezogenheit stets bereit sein, mit seinen Erfahrungen zu dienen, wenn man ihn rufe. Aber die in Walpoles Händen befindliche Regierung hat den Rat Townshends nie mehr begehrt.

¹⁾ Vgl. die Briefe bei Coxe, Rob. Walpole II 698, 699.

²⁾ Hist. Mss. Comm. 15. Rep. App. VI. p. 86.

³⁾ Vgl. Art. Townshend. D. N. B.

⁴⁾ Hist. Mss. Comm. 11. Rep. App. IV. p. X.

⁵⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 1, 338.

Townshends Leben war der mühseligen diplomatischen Arbeit gewidmet gewesen, von der die große Welt nicht viel mehr als ihre letzten Ergebnisse zu erfahren pflegt. Sein Name war halb vergessen, als er 1738 durch einen leichten Tod dem Kreise der Seinen entrissen wurde. „Die Weisen und Großen“, schrieb ein Freund¹⁾, „haben zu allen Zeiten den Wunsch gehabt, so sterben zu dürfen, wie Seine Lordschaft starb.“

* * *

Lord Waldegrave hielt jede weitere Verhandlung mit dem Kaiserhof für zwecklos und verließ seinen Posten im Mai 1730. Statt seiner wurde Thomas Robinson, ein talentvoller, junger Diplomat, der sich als einer der Kongreßbevollmächtigten von Soissons die Sporen verdient hatte, nach Wien entsandt. Robinson hat sich auch an der neuen Stätte seiner Tätigkeit glänzend bewährt. Achtzehn Jahre lang Vertreter Englands am Kaiserhofe, hat er Karl VI. und den Prinzen Eugen, Maria Theresia und ihre Berater meist taktvoll und klug zu behandeln verstanden. Und wie er es gewesen, der 1731 mit der Unterzeichnung des Wiener Vertrages²⁾ das sogenannte alte System, d. h. die herkömmliche politische Verbindung Österreichs mit den Seemächten wieder hergestellt hat, so ist er auch eine der besten Stützen dieses Systems geworden.

Die von ihm alsbald im Juni 1730 begonnenen Verhandlungen waren langwierig und dornenvoll³⁾. Es waren wenige große Fragen, um die gestritten wurde. Von englischer Seite wird im Sinne des Vertrages von Sevilla die Zulassung spanischer Garnisonen in den italienischen Herzogtümern gefordert. Dazu die völlige Aufhebung der Kompagnie von Ostende. Karl VI. aber wünscht die Garantierung der Pragmatischen Sanktion. Die Verhandlungen rücken nur langsam von der Stelle. Auch sind der Kaiser selbst und seine Minister nicht immer derselben Meinung. Als seine Ratgeber bereit zu sein scheinen, die spanischen Garnisonen zu bewilligen, will er noch nichts davon hören.

¹⁾ Ebd. 2, 702.

²⁾ Er wird oft ungenau als Friedensschluß bezeichnet. Nach Artikel 1 ist zwischen den Vertragsschließenden nur „amicitia“ nicht „pax et amicitia“ hergestellt.

³⁾ Vgl. Pribram, Öst. Staatsverträge. England 1, 464.

Der Wiener Hof baut auch auf die steigende Entfremdung zwischen England und Frankreich, die aber Robinson nicht zugeben darf. Noch verwickelter wird die Verhandlung, da Georg II. nicht nur als König, sondern auch als Kurfürst mit dem Kaiser paktieren will. Nicht nur europäische, sondern auch deutsche Fragen sollen gelöst werden. Entwürfe werden zwischen London und Wien hin und her gesandt und ausgiebig kritisiert. So sind neun Monate verflossen, bis endlich am 16. März 1731 der sogenannte zweite Wiener Vertrag unterzeichnet werden konnte. Die wichtigsten Bedingungen sind uns schon bekannt. Karl VI. gestattet die Besetzung der Festungen von Parma und Toskana durch 6000 spanische Soldaten und verspricht endgültige Aufhebung der Kompagnie von Ostende. England übernimmt dafür in vollem Umfange die Garantie der Pragmatischen Sanktion, aber mit der Bedingung, daß die etwa zur Erbfolge gelangende Erzherzogin weder einen Prinzen aus dem Hause Bourbon noch einem solchen vermählt werden solle, dessen Länderbesitz, vereint mit dem des Hauses Habsburg, der Ruhe und dem Gleichgewicht Europas gefährlich werden könnte¹⁾. Und nicht nur als König leistet Georg II. diese Garantie, sondern auch als deutscher Kurfürst. Er verspricht in einer besonderen Deklaration dem Kaiser²⁾, alles tun zu wollen, um für das Habsburgische Hausgesetz auch die Garantie des Reiches zu erlangen.

Die äußere Form des Vertrages gibt uns noch die Veranlassung zu der folgenden Bemerkung. Man hat hier gleichsam das Schema der Quadrupelallianz wiederholt, insofern, als wiederum der Beitritt der Generalstaaten vorweg genommen wird. Wie der Vertrag vorliegt, gibt er sich als ein zu dreien geschlossener Vertrag, nimmt bei der Benennung der Bevollmächtigten einen Anlauf, neben den Vertretern Österreichs und Englands auch den der Generalstaaten namhaft zu machen. Doch wird dieser noch unbekannt Name nur durch ein paar Punkte angedeutet. Der erste Artikel stabilisiert den Friedenszustand zwischen den drei Staaten Österreich, England und Holland. Auch durch die folgenden Artikel hindurch werden die Generalstaaten, obwohl sie ja noch gar nichts mit dem Verträge zu tun haben, schon

¹⁾ Vgl. auch Turba, Grundlagen der Pragmatischen Sanktion 2, 202.

²⁾ Pribram, Öst. Staatsverträge. England 1, 487³⁾.

als offizielle Teilnehmer mitgeschleppt. Und erst als es zu den Unterschriften kommt, ist man gezwungen, die Fiktion fallen zu lassen und nur die österreichischen und den englischen Bevollmächtigten unterzeichnen zu lassen. Der Fall ist ein neues Zeugnis für das von England festgehaltene Prinzip, die Generalstaaten in das eigene politische System einfügen und Europa gegenüber nur eine Politik der Seemächte kennen zu wollen. Der Unterschied gegen die Quadrupelallianz besteht nur darin, daß dieses Mal (1731) der nachträgliche Beitritt der Generalstaaten wirklich erfolgte; denn so geschah es in dem sachlich und formell zu dreien geschlossenen Verträge vom 20. Februar 1732¹⁾.

* * *

Der Wiener Vertrag bildet eine Epoche in der Politik Europas. Darin liegt seine Bedeutung. Der Vertrag von Sevilla hatte den Bund von Spanien und Österreich gesprengt. Der Wiener Vertrag setzte den Schlußstein an das Werk der Befriedung. Endlich, nach drei Jahrzehnten, war ein allgemeiner Friedenszustand hergestellt. Es gab keine streitenden Mächte mehr. Alles atmete Frieden und Versöhnung, und auch die politischen Schriftsteller erblickten darin die Bedeutung des Moments. Sie sprachen von der „naturgegebenen Wahrscheinlichkeit eines dauernden Friedens in Europa“, der nun ganz anders gesichert sei als dereinst durch die Verträge von Rijswijk und Utrecht²⁾. Und doch, wie hat man sich getäuscht. Die Gegensätze unter den Mächten waren nicht verschwunden, und auch die kurzen Jahre, die noch verfloßen, bis zu einem neuen europäischen Kriege, waren voll von Zündstoff und reich an Konflikten.

* * *

Wie es beim Abschluß des Wiener Friedens vorgesehen war, so begann nun am Kaiserhofe die Arbeit, um die Reichsgarantie für die Pragmatische Sanktion zu erlangen. Man sah der Sache wohl mit einiger Sorge entgegen. Georg II. wollte freilich als König und Kurfürst sein Bestes tun, aber der andern Kurfürsten

¹⁾ Vgl. Pribram, a. a. O. 1, 531 ff.

²⁾ Natural Probability of a Lasting Peace in Europe ... 1732.

war man nicht ebenso gewiß. Merkwürdige Nachrichten tauchen noch im Jahre 1731 auf. Der Kaiser, heißt es, wolle um noch ein paar sichere Stimmen im Kurkollegium zu gewinnen, zwei neue Kurstaaten kreieren¹⁾. Hessen und die österreichischen Niederlande. Hessen ist im Besitze des Königs von Schweden. Die Niederlande würde der junge Herzog von Lothringen erhalten, der als der künftige Gemahl Maria Theresias, soeben am englischen Hofe eine glänzende Aufnahme fand. Vielleicht erwartete man bereits, daß der junge Fürst beim nächsten Kriege mit Frankreich sein Stammland verlieren würde, wie es geschehen ist, und dafür sollte er im Voraus mit einem höheren Rang entschädigt werden. Ob solche Pläne ernsthaft in Wien erörtert worden sind oder nicht, so hätte doch ihre Verwirklichung längere Zeit beansprucht, und der Kaiser wollte nicht warten.

Die Aktion²⁾ wurde eingeleitet durch ein Kommissionsdekret, das dem Regensburger Reichstage im Oktober 1731 vorgelegt wurde³⁾. Das Schriftstück enthielt die offenerzige Erklärung, daß erst der mit England am 16. März 1731 geschlossene Vertrag und die von der Seite Englands ausgesprochene Garantie der Pragmatischen Sanktion es dem Kaiser nahe gelegt habe, diesem heilsamen Werke durch einen allgemeinen Reichschluß „die erwünschte Vollkommenheit“ zu verschaffen.

Die Haltung des Reichstages entsprach den Wünschen des Kaisers nicht ganz, und das Ziel wäre wohl überhaupt nicht erreicht worden, wenn nicht das verbündete England kräftig mitgewirkt hätte. Georg II. war es, der den König von Schweden bestimmte, im Fürstenrate sowohl mit seinen Stimmen für Hessen-Kassel wie mit seinem pommerschen Votum für die Reichsgarantie der Pragmatischen Sanktion einzutreten. Er verfehlte auch nicht, den Kaiser besonders darauf hinzuweisen, daß er diese Stimmen seinem, des englischen Königs, guten Diensten zu verdanken habe⁴⁾.

Wenn es also dank dieser englisch-hannöverischen Nach-

¹⁾ Degenfelds an Friedrich Wilhelm I. 30. Oct., 25. Dec. 1731. G. St. A.

²⁾ Vgl. auch H. v. Zwiédineck-Südenhorst, Die Anerkennung der Pragm. Sanktion Karls VI. durch das Deutsche Reich. (Mitt. d. öst. Inst. 16.)

³⁾ Riegger, Corpus juris publ. et ecl. Germaniae academicam. 1764. 746.

⁴⁾ Erklärung der englischen Regierung (Beilage zum Bericht Kinskys vom 18. Mai 1732). W. St. A.

hilfe im Fürstenrat ohne große Schwierigkeiten abging, und wenn auch, wie wir annehmen dürfen, im Städtekollegium kein Widerstand laut wurde, so war doch der Verlauf bei den Kurfürsten nicht ebenso günstig. Eine Mehrheit ward freilich auch hier erzielt, bestehend aus den drei geistlichen Kurfürsten, zu denen sich Böhmen, Brandenburg und Hannover gesellten. Die drei anderen aber, Bayern, Sachsen und Pfalz stimmten dagegen. Sie konnten allerdings den Beschluß im Sinne des Kaisers nicht verhindern, und so vereinigten sich wirklich alle drei Kollegien zu dem Reichsgutachten vom 11. Januar 1732, das sich die Gedanken und die Argumente des Kommissionsdekrets bis auf den Wortlaut zu eigen machte und unter dem Ausdruck des Dankes für des Kaisers „reichsväterliche Fürsorge“ die Bereitwilligkeit des Reichstages zur Garantierung der Pragmatischen Sanktion erklärte, ganz ebenso wie es durch England im zweiten Artikel des Wiener Vertrages vom 16. März 1731 geschehen, und der ganze lateinische Wortlaut jenes Artikels ward in den deutschen Text des Gutachtens eingefügt. Natürlich erfolgte auch so rasch, als der Gang der Geschichte es nur zuließ, die Ratifizierung dieses Gutachtens und damit die Erhebung desselben zum Reichsgesetz. Aber Welch einen peinlichen Eindruck hatte es am Wiener Hofe erweckt, als jene drei Kurfürsten gegen das Gutachten gestimmt und, als es dennoch angenommen wurde, sogar einen förmlichen Protest dagegen einzulegen wagten. Die Gründe ihres Verhaltens waren jedermann bekannt. Bayern und Sachsen bestanden auf dem besseren Rechte ihrer Häuser, d. h. der josephinischen Töchter, gegenüber der weiblichen Nachkommenschaft Karls VI., sie wollten die Pragmatische Sanktion nicht anerkennen, geschweige denn garantieren. Bei Kurpfalz aber handelte es sich um die jülichische Sukzessionsfrage, in der Österreich sich ganz für das preußische Interesse einsetzen zu wollen schien.

In der langatmigen Protesterklärung der drei Kurfürsten¹⁾ wurde natürlich von diesen Motiven nicht gesprochen, sondern nur von den Interessen des Vaterlandes. Aber der Schritt war ein so ungewöhnlicher, daß er allgemeines Aufsehen erregte. Die Aufnahme in das Protokoll ward freilich verboten, aber die

¹⁾ Bei Dumogt-Rousset, Suppl. au Corps universel dipl. 3, 2, 319.

Entrüstung des Kaisers war groß. Er erklärte, die drei Kurfürsten hätten nicht nur gegen Treu und Glauben gehandelt, sondern sich so weit vergangen, sich auch öffentlich und ungescheut gegen Kaiser und Reich aufzulehnen. Selbst die Kurfürsten von Köln und Bayern, die 1702 an dem Beschluß des Reichskrieges nicht teilgenommen, hätten derartiges nicht gewagt. Und nun wandte er sich mit einem Handschreiben an seinen Bundesgenossen, den König von England, nicht nur um ihm zu danken wegen der freundlichen Haltung des hannöverschen Reichstagsgesandten, sondern auch um Rat und Meinung von ihm zu vernehmen, was „bei so gestalten Sachen teils wegen Ahndung des Vergangenen und teils zu Verhütung des Zukünftigen“ zu geschehen habe¹⁾. Die Antwort Georgs II. — wir kennen sie nicht im Wortlaut — war wohl in begütigendem Sinne gehalten, denn von einem gegen „die dissentierenden drei Kurfürsten“ unternommenen Schritte hören wir nichts. Zwar folgte noch ein weiteres in derselben Sache an Georg II. gerichtetes Handschreiben Karls VI. Doch geschah dies auf eine Anregung des englischen Gesandten Robinson, dem es lediglich darum zu tun war, die der englischen Regierung kürzlich gegebenen Zusicherungen, die Kompagnie von Ostende und die Stadt Hamburg betreffend, bei dieser Gelegenheit in einem kaiserlichen Handschreiben noch einmal wiederholt zu sehen²⁾. Von einer Bestrafung der drei rebellischen Kurfürsten aber war nicht mehr die Rede.

* * *

Englands Beziehungen zu Frankreich waren schon seit Jahren, schon vor dem Verträge von Sevilla, gespannter Natur, und 1730 glaubte man in England an feindliche, vielleicht kriegerische Pläne der Franzosen. Am 10. Februar des Jahres trat im Unterhause Sir William Wyndham mit alarmierenden Nachrichten über Dünkirchen hervor³⁾. 6 Kapitäne wurden hereingerufen, um über die neuen Befestigungen und Hafenanlagen

¹⁾ Karl VI. an Kinsky, 2. Februar 1732. W. St. A.

²⁾ Karl VI. an Kinsky, 5. April 1732. W. St. A.

³⁾ Egmont, Diary 1, 35ff.; Mantoux, Notes sur les Comptes rendus des séances du parlement anglais (1906) 51 ff. Die Parl. Hist. bringt nichts über diese Verhandlung.

von Dünkirchen zu berichten. Robert Walpole suchte zu beruhigen und bat genauere sachkundige Informationen abzuwarten. Aber die Nachrichten wurden bedrohlicher. Im Juni 1731 bildete Dünkirchen das Thema einer Kabinettsitzung¹⁾. Auch hier wurden einige militärische Autoritäten hinzugezogen. Es machte starken Eindruck als Sir Charles Wager, der berühmte Admiral, seine Meinung dahin abgab, die Franzosen schienen die Absicht zu haben, eine große Zahl kleiner Boote an ihrer Küste zu versammeln, jedes mit 100 Mann besetzt, offenbar mit der Absicht eine feindliche Landung in England zu inszenieren. — Wer denkt hier nicht an den berühmten Invasionsplan Napoleons und an das Lager von Boulogne? Die Mitglieder des Kabinetts erklärten sofort: Wager möge sich eiligst an die Küste begeben und an großen und kleinen Schiffen was zu haben war unter seinen Befehl nehmen, um der Gefahr zu begegnen. Auch ein paar Regimente wurden an die Küste gesandt. Nicht genug damit, Lord Waldegrave, der inzwischen den Gesandtenposten in Paris als Nachfolger von Horace Walpole übernommen hatte, ward beauftragt, Fleury und Chauvelin, den beiden Mächtigen am französischen Hofe, zu erklären, daß die Bewegungen französischer Truppen den englischen König bewogen hätten, Maßregeln zur Verteidigung seiner Küsten zu ergreifen. Auch in einer Privatkonferenz mit dem Kardinal möge er mit höflichen aber kräftigen Worten auf die so entstehende Kriegsgefahr aufmerksam machen²⁾. Als Waldegrave den Auftrag ausführte³⁾, tat Fleury überrascht, und nun wurde von französischer Seite behauptet, erst durch die englischen Rüstungen seien die beanstandeten Maßregeln Frankreichs hervorgerufen worden. So waren die Sorgen im Augenblick beschwichtigt, aber das Mißtrauen war geblieben.

* * *

Schon 1732 schien Europa plötzlich von einer Kriegsgefahr bedroht: Aus Spanien schrieb Keene von militärischen Vor-

¹⁾ Das Protokoll, flüchtig niedergeschrieben, wahrscheinlich in der Hand Newcastles, ist erhalten: P. P. Domestic, George II. Bundle 23. R. O.

²⁾ Newcastle an Waldegrave, Hamptoncourt, July 1, 1731. France 202. R. O.

³⁾ Waldegrave an Delafaye, Fontainebleau, 16. Juli 1731. France 199. R. O.

bereitungen in Katalonien, Ansammlung von Truppen und Bereithaltung von Kriegsschiffen. Als er, der Minister Pratiño, nach dem Sinn dieser Rüstungen fragte, erhielt er die unhöfliche Antwort, es sei ihm selbst nicht bewußt, was sein König damit bezwecke¹⁾. Wilde Vermutungen wurden geäußert. Es geht gegen Gibraltar oder Port Mahon, sagten die einen. Es geht gegen Sardinien oder Korsika oder gegen die kaiserlichen Lande in Italien, sagten die andern. Daneben vernahm man aber auch die beruhigende Deutung, es handle sich um eine gegen Oran, d. h. gegen die Barbaresken von Nord-Afrika gerichtete Unternehmung. Und die Möglichkeit, daß auch Frankreich um den Plan wisse, schien um so weniger zu leugnen, da man in Wien bereits von einer engeren Verbindung der bourbonischen Mächte gehört haben wollte²⁾. Der im nächsten Jahre zur Tatsache werdende Bourbonische Familienpakt warf seine Schatten voraus³⁾.

In Wien wie in London herrschte starke Erregung. Die englische Regierung dachte an die Entsendung eines Geschwaders ins Mittelmeer. In Wien ward Robinson aufgefordert, bei seiner Regierung „zeitige Vorkehrungen zur Abwehr“ zu empfehlen, da man nicht wissen könne, was „die bekannter Maßen alles vermögende Königin in Spanien“ im Sinne habe. Sie besitze bereits alles, was die Quadrupel-Allianz für sie bestimmte. Mehr zu fordern, würde *menti et litterare tractatum* zuwiderlaufen⁴⁾. Als der Gesandte, Graf Kinsky, in London auf Gegenmaßregeln drängte, ward er mit der Erklärung beruhigt, das geschehe schon unter der Hand, aber man vermeide es, öffentlich davon zu reden⁵⁾.

Zur Sendung einer Flotte ins Mittelmeer ist es nicht mehr gekommen. Die in Katalonien versammelte Kriegsmacht wendete sich hinüber nach Afrika. Ihre gegen die Mauren vollbrachten

¹⁾ Kinsky an Karl VI, London, 26. Februar, 18. Mai 1732. W. St. A.

²⁾ „wie wir viele Ursachen haben zu glauben, daß vorlängst eine genaue Verknüpfung zwischen Frankreich und Spanien zu stande gekommen...“ Karl VI. an Kinsky, Wien, 16. März 1732. W. St. A.

³⁾ Er ist nur, sagt Armstrong, Elizabeth Farnese, 276, durch die afrikanische Expedition um ein Jahr verschoben worden.

⁴⁾ Karl VI an Kinsky, 16. März 1732. W. St. A.

⁵⁾ Degenfeld an Friedrich Wilhelm I., 14. März 1732. G. St. A.

Heldentaten erregten die Bewunderung der Welt ¹⁾. Von Europa war der Sturm abgewendet. Englands Drohungen haben gewirkt, so schrieb der preußische Gesandte seinem Herrn. Was Spanien 1732 geplant, erscheint wie ein Präludium zu den im Zeichen des polnischen Konflikts 1733 begonnenen Unternehmungen.

* * *

¹⁾ Vgl. Coxe, Kings of Spain, 3, 250ff.

Zweites Kapitel.

Englands Neutralität im polnischen Thronfolgekriege.

Die Haltung Englands in dem europäischen Konflikt der dreißiger Jahre des 18. Jahrhunderts wird gern durch die Wiederholung eines Geschichtchens illustriert, das uns Lord Hervey überliefert hat. Das Kriegsjahr 1734 ist zu Ende, als Robert Walpole sich eines Tages in der Gesellschaft der Königin Karoline befindet. „Madame“, sagt der Minister, „in diesem Jahre sind 50 000 Menschen in Europa erschlagen worden, aber darunter nicht ein einziger Engländer.“ So einfach dies klingt, so hat der Minister in Wahrheit um die Erhaltung der Neutralität in diesem Kriege schwer zu kämpfen gehabt ¹⁾. Am meisten gegen das Herrscherpaar selbst, die als geborene Deutsche seinen rein englischen Standpunkt nicht ganz zu fassen vermochten. Wir müssen jedoch etwas mehr von dieser Neutralität sagen, denn sie ist eine in der Geschichte des Jahrhunderts isolierte Erscheinung. Man kann berechnen, daß in den 128 Jahren von 1688—1815 nur 53 Jahre gewesen sind, in denen England nicht Krieg geführt hat. Die übrigen 75 waren Kriegsjahre.

Ein einziges Mal innerhalb der langen Periode von 1688 bis 1815 erblickt man nun das Schauspiel eines großen europäischen Krieges, an dem England nicht teilnimmt. Es ist der sogenannte polnische Thronfolgekrieg in den Jahren 1733—35. Frankreich, Spanien, Sardinien führen Krieg gegen Österreich, dem das deutsche Reich an die Seite tritt. Aber das Reich ist nicht eine Macht, und auch Rußland, das dem Kaiser in seiner östlichen Politik Hilfe leistet, kommt für die allgemeinen europäischen Fragen noch wenig in Betracht. So muß Karl VI. allein den

¹⁾ Alle früheren Darstellungen sind jetzt überholt durch die auf aktenmäßiger Grundlage ruhende Behandlung des Gegenstandes in dem Werke von Vaucher, Robert Walpole et la politique de Fleury (1731—1742) Paris (1924).

Kampf gegen die Übermacht seiner drei Gegner aufnehmen. Denn England bleibt neutral. Dabei sind England und Frankreich nicht etwa in einer Entente oder gar einem Bündnis. England ist vielmehr seit dem Wiener Vertrag von 1731 wieder der Verbündete Karls VI., seines Kampfgenossen aus dem spanischen Erbfolgekrieg. Karl VI. geht in den Krieg mit der frohen Erwartung, daß die Seemächte, d. h. England und das regelmäßig im Gefolge Englands marschierende Holland ihn nicht im Stiche lassen werden. Er allein gegen 3 europäische Staaten, wie können sie das ruhig geschehen lassen, wie könnte das europäische Gleichgewicht, das alle im Munde führen, dabei bestehen?

Auch an der Bündnispflicht Englands gegenüber Karl VI. war kaum ein Zweifel möglich. Im Wiener Vertrag von 1731 hatten beide Seemächte nicht nur die Prager Sanktion garantiert, sondern die Verpflichtung übernommen, die gesamten Erbländer des Hauses Habsburg gegen jedermann, außer gegen die Türken zu verteidigen. Bartenstein, der Protokollführer der „Konferenz“ in Wien, sagt: „Eine stärkere reziproke Verknüpfung als damals beschlossen worden, hat zwischen den durchlauchtigstem Königl. Erzhaus u. beeden See Mächten nie obgewaltet, und ist wohl eine stärkere auszusinnen nicht wohl möglich.“ — Und doch bleibt England neutral.

Über diese von österreichischer Seite vom ersten Tage an heftig verurteilte Neutralität, ihre Gründe, ihre Durchführung, ihre Wirkung, ihre universalhistorische Bedeutung, über die dabei auftretenden Persönlichkeiten im englischen und im österreichischen Lager müssen wir reden. Zunächst ein Wort über unsere Quellen. Neben dem recht umfangreichen gedruckten Material, nach dem die diplomatische wie militärische Geschichte des polnischen Thronfolgekrieges überall erzählt ist, haben sich unter den handschriftlichen Quellen dieses Mal die Akten des Wiener Staatsarchivs als besonders aufschlußreich erwiesen. Die entscheidenden Momente für die Haltung Englands sind aus keiner anderen Quelle so klar zu ersehen. Fast kann man sagen: hier liegt der Schlüssel zur Geschichte des polnischen Thronfolgekrieges, nämlich zur Politik Robert Walpoles und ihrer Folgen für den Gang des Krieges.

* * *

Über die äußere Geschichte und den Verlauf des Krieges dürfen wir rasch hinweggehen. Am 1. Februar 1733 starb August II. Kurfürst von Sachsen und König von Polen. Polen war Wahlreich, und der auswärtige Einfluß dominierend. In Polen war wenig Stimmung für den Kurprinzen Friedrich August. Ähnliches gilt von den Ostmächten. Diese haben sich 1732 durch die Löwenwoldesche Punktation auf den portugiesischen Infanten Don Emanuel geeinigt, lassen ihn aber 1733 rasch fallen und entscheiden sich jetzt für Friedrich August (als August III.). Die Wahl in Polen aber fällt auf Stanislaus Leszczyński, denselben, der schon 1705—09 König von der Mache Karls XII. gewesen. Ihn lehnen die Ostmächte und auch England ab, da er der Schwiegervater Ludwigs XV. ist. Sie halten fest an der Sache Augusts III. Russische und sächsische Truppen rücken in Polen ein und Stanislaus flieht. Ein neuer Wahltag wird angesetzt, und dieses Mal wird August III. gewählt und proklamiert, im Oktober 1733. Im selben Monat erklärt Frankreich dem Kaiser den Krieg. Es bleibt nicht allein. Spanien und Sardinien treten ihm zur Seite.

Über die Stellung dieser beiden einige Worte, zugleich zur Frage der üblichen Benennung des polnischen Thronfolgekrieges. Wir wissen, in Spanien herrscht Elisabeth Farnese neben ihrem indolenten Gatten Philipp V. Sie tritt ein für den spanischen Ehrgeiz auf Wiedererwerb der durch den spanischen Erbfolgekrieg verlorenen Nebenlande in Europa, speziell in Italien. Sie wird zur Verkörperung der spanischen Machtidee. Der erste, durch Alberoni unternommene Versuch war an der Intervention der Quadrupel-Allianz gescheitert, der zweite, 1732, war vor den Drohungen Englands abgelenkt, unterblieben, die dafür gesammelten Streitkräfte in Afrika statt in Italien verwendet worden. Aber der Ehrgeiz war geblieben und die Blicke Elisabeths auf Italien gerichtet. Der polnische Thronfolgekrieg bot die Gelegenheit zu einem dritten Versuch. Den früher, 1725, gewonnenen Anschluß beim Hause Habsburg hat Elisabeth verloren. Nun findet sie ihn bei Frankreich. Im November 1733, als der polnische Thronfolgekrieg ausbricht, wird auch der erste Bourbonische Familienpakt geschlossen.

Haben wir nun vernommen, daß Karl VI., der Vater Maria Theresias, nur widerstrebend und mit Vorbehalt der Verbindung

der Tochter mit dem spanischen Prinzen zulassen wollte, so kommt hier noch ein zartes Verhältnis in Betracht, auf das er Rücksicht nahm. Seit 1723 war der junge Franz Stephan, der Sohn des Herzogs von Lothringen, zum künftigen Gemahl Maria Theresias ausersehen, war am Kaiserhofe in Wien erzogen worden, und es erwacht in den beiden jungen Menschen, die in Unschuld nebeneinander aufwachsen, eine Herzensneigung, an die wir glauben dürfen, wenn wir auf die später so glückliche Ehe der beiden blicken. Diesen Herzensbund zu zerreißen, hatte der zärtliche Vater Karl VI. sich nur schwer entschließen können. Die Politik hatte es von ihm gefordert, aber die Politik hat ihm auch das Opfer wieder erlassen. Der Bund mit England verbot ihm 1731, was der Bund mit Spanien 1725 von ihm gefordert hatte. Als Franz Stephan 1731 dem Londoner Hofe einen Besuch abstattet, wird er als der künftige Gemahl der Erbin von Österreich in glänzenden Festen gefeiert. Er erscheint auf einem Balle an Königs Geburtstag, tanzt aber nicht selbst; denn, so wollen wir annehmen, er denkt an seine treue Maria Theresia in der Ferne ¹⁾.

In dem Bunde feindlicher Staaten, die sich gegen das Haus Österreich zusammenschlossen, sollte auch das Königreich Sardinien nicht fehlen. Hier hatte Viktor Amadeus, der kluge Begründer der Größe seines Hauses und seiner Königsherrlichkeit, im Jahre 1730 den plötzlichen Entschluß gefaßt, den er bald genug bereute, dem Thron zu entsagen. Sein Nachfolger Karl Emanuel war in der Skrupellosigkeit seiner Politik der echte Sohn seines Vaters. Er verhandelt gleichzeitig mit Österreich und Frankreich. Frankreich kann mehr versprechen; denn es will den ehrgeizigen Fürsten großmütig mit habsburgischem Gute bereichern, es stellt ihm die Erwerbung der Lombardei mit Mailand in Aussicht. Bis zum letzten Augenblicke, ja noch über den Zeitpunkt des Vertragsschlusses mit Frankreich hinaus, vermag Karl Emanuel die Österreicher zu täuschen. Selbst Prinz Eugen will an die Treulosigkeit seines Verwandten, des savoyischen Fürsten nicht glauben, hört zwar von den Verhandlungen desselben mit den Franzosen, erblickt darin aber nur eine „Grimasse“, um Österreich größere Zugeständnisse zu entreißen. Und noch als die franzö-

¹⁾ Nach den Berichten Degenfelds vom 26., 30. Oktober, 2., 6., 13. Nov. 1731. G. St. A.

sischen Truppen unter dem alten Marschall Villars die Alpen überschritten haben, erbietet sich ahnungslos der österreichische Gouverneur von Mailand, dem Könige von Sardinien militärische Hilfe zu leisten gegen die Bedrohung seines Staates durch die Franzosen.

Nun erst trat Karl Emanuel mit seinen Absichten offen hervor. Sein Gesandter in Wien, Graf Solar, ward durch Kurier beauftragt, den Kaiserhof sofort zu verlassen, ohne zuvor eine Abschiedsaudienz zu erbitten. Karl VI., der so gründlich Getäuschte, wußte nicht, daß Sardinien den Bund mit Frankreich längst geschlossen hatte und wandte sich an England, damit es versuche, den König Emanuel von der verderblichen Verbindung mit den Bourbonenhöfen noch zurückzuhalten. Es möge „ihm so zureden, wie es dessen Unfug erheischt“.

Des Kaisers Hilferuf verhallte wirkungslos. Georg II. schien zwar gegen den Hof von Sardinien „ziemlichermaßen piquet“ zu sein, aber für eine diplomatische Intervention war es zu spät ¹⁾.

Sieht man so die drei Gegner Habsburgs auf dem Kampfplatz erscheinen, so hat man Polen fast vergessen. Darum noch ein Wort über die historische Benennung des europäischen Konflikts.

Wer von den im 18. Jahrhundert so zahlreichen Erbfolgekriegen hört, verbindet leicht dem spanischen, polnischen, österreichischen, bayrischen Erbfolgekrieg, der verbindet leicht damit die Vorstellung, als ob die Völker um dynastischer Interessen willen bluten müssen, und findet wohl, so gehört es zum Bilde der absoluten Monarchie, nämlich einer „Zeit, in der die Freiheit zugleich von Bajonetten und Diplomaten und von den Tücken der Jesuiten bedroht wurde“ ²⁾. Ohne der absoluten Monarchie das Wort zu reden, hat der Historiker hinzuweisen auf den Irrtum dieser Vorstellung. Die Dynastiefrage ist stets nur ein beiläufiges Moment. Das sagen auch die Zeitgenossen, wenn sie nicht gerade ein Interesse daran haben, anders zu reden. So, wenn man in England, um die Neutralität zu verteidigen, gelegentlich erklärt hat, man könne dem Volke nicht zumuten, um der Thronfolge in Polen willen Krieg zu führen. Im Grunde täuscht sich jedoch niemand über die

¹⁾ Kinsky an Karl VI., 23. Oktober 1733. W. St. A.

²⁾ Schlosser, 18. Jhdt. I, 30.

Lage. Hören wir ein paar Zeitgenossen reden. Karl VI., betont in seinen Weisungen immer wieder, dem Hause Bourbon ist es um die Zerstörung des europäischen Gleichgewichts durch den Ruin des Erzhauses zu tun, nicht um „das polnische Wahlwesen“. Der Verfasser der *Critical History of the Administration of Robert Walpole*, 1743, (p. 437) sagt: „Wie lächerlich ist es doch, zu erklären, der folgende Krieg in Europa sei allein durch den Tod des Königs von Polen veranlaßt worden, den keine menschliche Weisheit vorhersehen konnte. Als ob nicht der Zündstoff längst aufgehäuft war, und der kleinste Funke genügend, um ihn in Flammen zu setzen.“ Ähnliches lesen wir bei Schmauss, *Historie der Balance von Europa*. Nach dem Wiener Frieden seien bald neue Beschwerden und Streitigkeiten entstanden, „die endlich bei Gelegenheit und unter dem Vorwand der nach dem Tod des Königs August II. in Polen anno 1733 vorgenommenen polnischen Königswahl zu einem völligen Krieg ausschlugen¹⁾).

Also ein deutscher Professor, ein englischer Pamphletist und Kaiser Karl VI. stimmen hier überein. Für die Zeitgenossen ist der Thronstreit eben nur die Einkleidung, die Formel, mit der die Kämpfe benannt werden. So wäre denn die Berechtigung für Englands Neutralitätspolitik nicht etwa aus der Denkweise der Zeit abzuleiten. Ein Walpole wußte genau, daß nicht um Polen, sondern um die Machtfragen in Europa gestritten wurde.

* * *

Über die militärischen Ereignisse dürfen wir rasch hinweggehen, weil sie nicht streng zu unserem Thema gehören. Mit dem Kaiser geht nur Rußland und das Reich. Preußen bietet an, seine ganze Armee marschieren zu lassen. Karl VI. lehnt es mißtrauisch ab, nimmt nur die vertragsmäßigen 10 000 Mann. Gekämpft wird außer in Polen nur in Italien und am Rhein, nicht in Belgien, das ausnahmsweise auf Grund eines französisch-holländischen Neutralitätsvertrages nicht Kriegsschauplatz wird.

¹⁾ Schmauss hat sich freilich zu dieser Auffassung erst durchgekämpft. Die *Hist. der bal. v. Eur.* ist 1741 erschienen. 1733 hatte er ein Gutachten f. d. schwäb. Kreis verfaßt (im Karlsruher Archiv). Darin: „Wenn also deswegen ein Krieg entsteht, so ist es respectu des Röm. Reichs ein ganz fremder und indifferenter, unnötiger Krieg“. Es kann dem römischen Reich gleichgültig sein, ob Stanislaus oder Kursachsen König in Polen werde.

Die kriegerischen Ereignisse zeigen das bekannte Bild militärischer Schwäche und Ratlosigkeit in den späteren Zeiten Karls VI. Überall stößt man auf ungenügende Vorbereitungen. Selbst die Genialität des Prinzen Eugen kann nicht mehr wie früher das Kriegsglück an die Fahnen Österreichs bannen. Lothringen wird von den Franzosen erobert und ist für Deutschland verloren. Kehl und Philippsburg werden genommen. In Italien wird durch Franzosen und Sardinier die ganze Lombardei erobert, 1734. Im selben Jahre vollzieht sich der Siegeszug der Spanier zu Lande von Parma her durch die Apenninenhalbinsel, die Eroberung von Neapel und Sizilien, Don Carlos nennt sich König beider Sizilien. Capua und Gaeta halten sich eine Zeit lang, fallen dann auch. Mit Recht spricht Temperley von dem Garibaldi-Zug des Don Carlos.

1735 werden diese Ergebnisse im Präliminarfrieden festgehalten. Karl VI. verzichtet auf Neapel und Sicilien. „Der deutsche Einfluß in Unteritalien wird durch den spanischen ersetzt“. Doch erhält Karl VI. Parma und Piacenza. Toscana kommt nach Erlöschen der Dynastie an Franz v. Lothringen, der sein Stamm-land an Stanislaus Lescynski überläßt, d. h. an Frankreich. Der Kaiser macht auch Abtretungen an Sardinien und erreicht trotz großer Verluste wenigstens einen festeren Zusammenschluß seiner italienischen Besitzungen.

Dieses europäische Schauspiel vollzieht sich, während die Seemächte England und Holland stumme Zuschauer bleiben. Holland gilt als Anhängsel an England in der Firma die Seemächte. Aber wie steht England da? Welche Gründe hat es für seine Neutralität? Welche Verhandlungen spielen sich ab, besonders zwischen Österreich und England?

* * *

Vielleicht läßt sich das hier einsetzende Spiel der Kräfte leichter durchschauen, wenn dem Leser die handelnden Figuren, dramatis personae, vor Augen gestellt werden. Da tritt uns auf der Seite Österreichs zunächst Karl VI., der Kaiser und Herr der Erblande entgegen. Man darf sich Karl nicht als einen hohen Geist vorstellen. Seine Stärke besteht nur in zähem Festhalten an einmal gefaßten Ideen, dieses Mal in dem zähen Ausharren im Kampfe, in der wiederholten Ablehnung der Friedensangebote,

auch der Vermittlung. Wenn aber in den nach London gesandten Depeschen immer wieder der Ruf nach Hilfe erschallt, ein trotziges Pochen auf die Verträge oder wenn die Erregung von Mitleid versucht, wenn alle Register angeschlagen werden, so ist das nicht die Sprache des stolzen Herrschers, es ist auch nicht die jener großen Herren mit alten Namen, die ihn umgeben, der Starhemberg und Sinzendorff, auch nicht die des Prinzen Eugen. Der Prinz ist zwar nächst dem Kaiser der Mächtigste in Wien; aber er ist alt, und er ist meist im Felde, während an den Höfen die Entscheidungen fallen. Der Verfasser jener Depeschen ist ein Mann in bescheidener Stellung. — Es ist Johann Christoph Bartenstein, der Sohn eines Straßburger Professors, der als Protokollführer der Konferenz am Wiener Hofe der beste Kenner der europäischen Verhältnisse geworden ist. Man mag seine Depeschen schwerfällig im Stil und weitschweifig finden, aber sie besitzen logische Schärfe und klare Herausarbeitung der Hauptgedanken.

Des Kaisers Gesandter ist Graf Philipp Kinsky, ein Mann von hoher Geburt, aber von geringem Vermögen, denn er bittet immer, der Kaiser möge ihn nicht finanziell im Stiche lassen. Jung ist er nach England gesandt, ist anfangs ein bequemer Arbeiter, bis ihn Bartenstein ermahnt, er dürfe keinen Posttag vorübergehen lassen, ohne zu schreiben. Dann ist er eifrig, hat häufige Audienzen bei König und Königin und Unterredungen mit den englischen Ministern. Aber er besitzt kein scharfes politisches Urteil, ist etwas leichtgläubig, oft selbst nicht klar über die Bedeutung der von ihm berichteten Vorgänge, und man könnte manchmal aus seinen Briefen mehr herauszulesen, als er selbst weiß. Dabei ist er stolz und pompös im Auftreten. Er kann auch grob werden und berichtet darüber mit großer Genugtuung und warum er „zu solchen scharfen Vorstellungen zu schreiten gezwungen worden“. Er hat in London eine schwierige Rolle zu spielen, doch er spielt sie nicht gut.

In dreierlei Formen pflegten Karl VI. und Graf Kinsky miteinander zu korrespondieren. Die gewöhnlichen Weisungen und Berichte werden durch die Post befördert, nur mit der Vorsichtsmaßregel, daß die etwas intimeren Mitteilungen darin chiffriert werden. Aber auch die Chiffre schützt das Briefgeheimnis nur unvollkommen, denn sie wird oft verraten oder auch durch syste-

matische Arbeit geübter Postbeamten entziffert. So werden denn alle wichtigeren Aufträge und Mitteilungen den durch Kuriere überbrachten Schreiben vorbehalten. Aber dem Kaiser genügt auch das noch nicht. Eine dritte Korrespondenz, eine allergeheimniste steht jenen geschilderten zur Seite. Sie spielt sich ab in der Form vom Kaiser persönlich niedergeschriebener Briefe an Kinsky, die dieser in derselben Art erwidert, die als Handschreiben bezeichnet und durch besondere Vertrauensleute befördert werden. Die Minister in Wien wissen nichts davon, mit Ausnahme etwa des Prinzen Eugen. Ebenso soll auch das englische Ministerium von diesem Briefwechsel nichts erfahren. Die in den kaiserlichen Handschreiben enthaltenen Aufträge weisen den Gesandten meist ausdrücklich an Georg II. Ihm persönlich soll Kinsky die Mitteilung machen, ihm persönlich die Klagen und Wünsche Karls VI. unterbreiten. Es ist wie ein Appell des einen Monarchen an die persönliche Freundschaft des andern. Nach Empfang eines solchen Handschreibens begibt sich Kinsky sofort zum englischen Könige, trägt ihm den Inhalt vor und teilt ihm auch wohl den Wortlaut mit. Der König nimmt die Mitteilung allemal sehr freundlich auf, beteuert seine gute Gesinnung für den Kaiser, betont auch wie gern er mit seinem englischen Staate eingreifen würde: „Allein die Situation der Sachen“, so heißt es einmal¹⁾, „wäre nicht also beschaffen, daß Er so geschwind und so gerne als Er es wollte, bewirken könnte.“

Man wäre angesichts dieser kaiserlichen Handschreiben wohl versucht, von einer persönlichen Politik Karls VI. zu sprechen, die er hinter dem Rücken seiner Minister trieb, von einem *secret du roi*, wie in Frankreich unter Ludwig XV. Jedoch liegt die Sache hier anders, insofern zwar Karl VI. den Namen dazu hergibt, die Briefe auch gewiß eigenhändig abschreibt — wir kennen nur die Konzepte im Wiener Staatsarchiv — aber diese Konzepte mit allen ihren Erwägungen und Argumenten sind verfaßt und aufgesetzt von dem Protokollführer der Konferenz, von Johann Christoph Bartenstein. Es ist der berühmte Mann, der in untergeordneter Stellung mehr als alle Minister die Entschlüsse des Kaisers bestimmte, der mit seiner Begabung, mit

¹⁾ Handschreiben Kinskys an Karl VI, London, 22. Januar 1734. W.St.A.

seinen Kenntnissen, mit seiner Arbeitskraft weit über die Sphäre seines Amtes hinauszugreifen vermochte, der unter Karl VI. der Hauptträger der auswärtigen Politik Österreichs wurde und es eine Zeitlang auch unter Maria Theresia noch blieb. Die stolze österreichische Politik, das feste Beharren Maria Theresias gegenüber einer feindlichen Welt — Bartenstein war es, der sie darin bestärkte. Unter Karl VI. hat diese Politik freilich mehr den Charakter der Starrheit, des Eigensinns; und Bartenstein ist ihr Träger. Bartenstein ist es, dem die klug beobachtenden venezianischen Botschafter die Hauptschuld beimessen an dem verlustreichen polnischen Thronfolgekriege wie an dem folgenden unglücklichen Türkenkriege¹⁾. Die bewegliche Klagen jener Handschreiben, die oft leidenschaftlichen Ergüsse darin, es ist Bartensteins Geist, der daraus spricht. Der Geist Karls VI. schwimmt, erscheint unbedeutend, schwach, so wie der leise Ton seiner Rede, der die Diplomaten zur Verzweiflung bringt.

* * *

Dem von österreichischer Seite handelnden gegenüber erblickt man am Hofe von St. James als die drei Hauptfiguren Georg II., Königin Karoline und Robert Walpole. Das Königspaar war an sich nicht abgeneigt, den Bitten des Kaisers Gehör zu schenken. Man sagt auch, der König, der sich für einen großen Strategen hielt, hätte am liebsten an der Spitze einer Armee am Kriege persönlich teilgenommen. Aber es ist bei diesen beiden auch noch etwas anderes. Es ist auch Gefühlssache, Anhänglichkeit an den Kaiser, deutscher Patriotismus. Es ist mehr die Politik des deutschen Kurfürsten und der deutschen Fürstentochter, als die eines englischen Königspaares, anerzogene Ideen, Weltanschauung eines Reichsfürsten. Man soll von dem Reichsgefühl eines deutschen Fürsten im 18. Jahrhundert nicht zu gering denken. Mag der Partikularismus seine Politik noch so sehr bestimmen, es bleibt immer ein Rest deutschen Empfindens, und auch an Opferfreudigkeit für die Sache des größeren Vaterlandes fehlt es keineswegs. So sind die Fürsten Deutschlands in dieser Zeit. Als von Friedrich Wilhelm I. einmal das Gerücht verbreitet wurde, er plane im Bunde mit Frankreich ein Deutsch-

¹⁾ Arneth, Bartenstein, 1871, S. 31.

land feindliches Unternehmen, da hat er diesen Verdacht weit von sich gewiesen. Wir kennen das eigenhändige Marginal; das seine Meinung wiedergibt. Es lautet wörtlich: „Ich bin ein redlicher Teutscher. Wenn Frankreich was gegen das Reich und Kaiser thut, so schlage ich Jhm auf den Kopf¹⁾.“

So dachte auch das Fürstenpaar, das, in Deutschland groß geworden, jetzt den englischen Königsthron innehatte. Und wie der Kaiser, diese Gesinnung zu schätzen weiß, zeigt ein Schreiben an Kinsky, in dem es heißt²⁾: „Indessen bin ich dem König als Kurfürsten für den hierunter bezeugten guten Willen und teutschpatriotische Gesinnung gleichwohl verbunden und habt ihr ihm in Meinem Namen viele Danknehmigkeit in denen anständigsten terminis zu bezeugen.“ Und doch folgen Georg und Karoline meist dem Rate des Ministers, der den Frieden erhalten möchte. Nur wollen sie dem Kaiser und seinem Vertreter die Hoffnung nicht rauben, sie verträsten ihn, sie halten ihn hin, bis alles vorüber ist. Sie bewahren die freundliche Haltung. Unter der bekannten Heftigkeit, der Schroffheit Georgs II. haben nur die Leute seiner Umgebung zu leiden, nicht die fremden Diplomaten.

Von den beiden Staatssekretären, den Lords Newcastle und Harrington, ist hier wenig zu sagen, denn nicht ihr Geist ist es, der in dieser kritischen Zeit in der auswärtigen Politik waltet. Seit der Entlassung Townshends herrscht Robert Walpole auch hier, und neben ihm steht als sein getreuer Helfer, der vorzügliche Kenner Europas, sein Bruder Horace.

Als der Krieg von 1733 beginnt, ist Walpole mitten in seiner friedlichen Politik. Der Handel ist mächtig aufgeblüht, die Finanzen sind in gutem Stand. Die Landtaxe ist auf 1 sh., d. h. 5% ermäßigt, die Staatsschuld ist nicht mehr das unheimliche Schreckbild wie vor 20 Jahren. Er hat soeben den großen Acciseplan versucht, ist aber damit gescheitert. Als reine Finanzmaßregel gedacht, war sie von seinen Gegnern als Versuch zur Aufrichtung des Absolutismus verschrien worden. Walpole hat dem Könige seine Entlassung angeboten; der König hat ihn

¹⁾ Eigenhändiges Marginal auf einem Schreiben von Degenfeld, London, 18. Mai 1731. G. St. A.

²⁾ Handschreiben Karls VI. an Graf Kinsky, Wien 30. Aug. 1735 W. St. A.

genötigt, zu bleiben. Nun haben die Wogen sich geglättet, der Minister will ruhig weiter arbeiten an den Werken des Friedens. Da bricht in Europa der Krieg aus. Walpole perhorresziert wohl nicht den Krieg als solchen, er ist kein Friedensapostel, aber er vermeidet den Krieg, wo er es vermag. Er ist niemals Gefühlspolitiker. Bundestreue ist eine schöne Sache, aber Englands Interesse steht noch höher. Die Frage ist nun: wie weit wird er diese Prinzipien treiben? Wann wird er mit einem plötzlichen Entschlusse hervorbrechen?

Und was endlich Walpole in allen Epochen seiner Ministerlaufbahn einem auswärtigen Kriege abgeneigt machte, war der jakobitische Schrecken, d. h. die immer im Hintergrunde lauernde Gefahr einer Restauration der Stuarts. Sie war auch dieses Mal vorhanden, ja sie drohte, sogar ohne daß England selbst in den Krieg eintrat, einen ernsten Charakter anzunehmen. Im Januar 1734 erschien ein Detachement der päpstlichen Leibgarde im Palaste des Prätendenten zu Rom, und man sprach von seiner baldigen Abreise. Die ganze Sache war vielleicht auf Veranlassung von Frankreich und Spanien inszeniert und nur dazu bestimmt, die Regierung Georgs II. zu beunruhigen und sie von einer Parteinahme für den Kaiser zurückzuhalten. Die Persönlichkeit Jakob Eduards erschien zwar nach der kläglichen Rolle, die er 1716 und 1719 gespielt, besonders auch nach der empörenden Behandlung, die er seiner Gattin angetan, nicht mehr gefährlich. Aber um so alarmierender wirkte es, als bei der Belagerung Gaetas plötzlich der kaum vierzehnjährige Prinz Karl Eduard, der älteste Sohn des Prätenden, im Lager der Spanier erschien, als ob hier, in dem Kampfe um Unteritalien, zugleich auch über das *jus divinum* der Stuarts die Entscheidung fallen sollte. Der Herzog von Livia, der die Spanier kommandierte, lobte das wackere Benehmen des jungen Prinzen mit überschwenglichen Worten. Den peinlichsten Eindruck aber machte ein kleiner Scherz, den sich Karl Eduard bei der Belagerung Gaetas erlaubte. Als er im Begriffe war, zusammen mit Don Carlos ein Schiff zu besteigen, riß ihm der Wind den Hut vom Kopfe und warf ihn ins Meer. Eilfertige Matrosen suchten den Hut noch zu erhaschen. Der Prinz aber rief ihnen übermütig zu: „Lasset ihn schwimmen, ich brauche ihn in England.“ Sogleich warf auch Don Carlos den seinigen ins Wasser mit den Worten:

„So mögen sie den Weg zusammen machen.“ Die Empörung in London war groß, Georg II. schien im Begriffe, Spanien den Krieg zu erklären und nur den vereinten Bemühungen der Königin und der Minister gelang es, den Zorn des Monarchen zu beschwichtigen und das Äußerste abzuwenden¹⁾. Immerhin sprachen seit dem Eintreffen dieser Nachrichten König und Königin so lange kein Wort mit dem spanischen Botschafter, bis die Regierungen von Frankreich und Spanien feierlich erklärt hatten, daß sie unschuldig seien an dem Knabenstreiche des jungen Stuart.

* * *

Die Geschichte der englisch-österreichischen Beziehungen während des polnischen Thronfolgekrieges erschöpft sich in dem fortgesetzten Werben Österreichs um die englische Bundeshilfe. Ja, da der Krieg nicht unerwartet kommt, so setzen auch die Bemühungen schon früher ein. Unter dem 30. November, als Kinsky nach längerem Aufenthalt auf dem Festlande, nach England zurückkehrt, erhält er eine neue Instruktion²⁾. Darin heißt es: das Haus Bourbon benutzt jede Gelegenheit, den Ruhestand in Europa zu stören oder sonst seine Partei zu verstärken. Also ist es ebenso das Interesse Englands wie dasjenige Karls VI., „gedachtem Haus durch den Sinn zu fahren“.

Nun wird die Lage kritisch im Frühjahr 1733. Auf Grund des Vertrages vom 16. März 1731 wünscht Österreich die Hilfe Englands. Diese Hilfe kann und soll geleistet werden durch die Entsendung einer Flotte ins Mittelmeer. So war 1718 die geplante Eroberung Siziliens durch die Spanier durch England vereitelt, als Sir G. Byng die Spanier am Cap Passaro vernichtete. Die Lage war wieder wie damals. Abermals war Unteritalien durch die Spanier bedroht, und Österreich hatte keine Flotte. Nun war tatsächlich gerade die Entsendung eines britischen Geschwaders ins Mittelmeer vorbereitet, und zwar gegen die Barbaresken. Da fragt der spanische Botschafter Montijo nach den Einzelheiten. Er fragt auch, ob England im Falle eines Krieges zwischen Spanien

¹⁾ Anecdotes de la Cour Britannique, à Londres le 17./28. Septembre 1734. G. St. A.

²⁾ Vom 30. November 1732. W. St. A.

und dem Kaiser, auch wenn Spanien den englischen Handel nicht störe und weder Gibraltar noch Port Mahon angreife, dem Kaiser mit der Flotte beistehen werde. Die englische Regierung antwortet: Montijo kenne die Verträge, wisse also, „daß wofern einer oder der anderen Krone zu nahe getreten oder solche feindlich angegriffen würde, würde der König von England diesem die Hand zu bieten durch die Verträge gehalten sein. Der spanische Botschafter wird heftig: eine unverantwortliche Parteilichkeit, noch vor Beginn der Feindseligkeiten wolle England über Recht und Unrecht entscheiden. In Wahrheit konnte der spanische Botschafter zufrieden sein. Die Flotte geht überhaupt nicht ab. Kinsky berichtet, des Admiral Steward Absegelung wird aufgehoben, im Fall diese nämlich im Parlament einige unnütze *quaestiones* verursachen sollte“¹⁾.

Von nun an²⁾ blieb die durch ein Mittelmeer-Geschwader zu leistende Hilfe die Frage, um die sich alles dreht. Karl VI. (oder Bartenstein) und Kinsky werden immer dringender. England lehnt niemals ab, zieht die Entscheidung immer wieder hinaus und tut endlich gar nichts.

England versucht, auch wenn der Brand nicht zu verhindern ist, doch das Feuer zu dämpfen. Es berät den Kaiser, und dieser befolgt eifrig die Ratschläge, die ihm aus London gesandt werden. Rußland hat Truppen in Polen einmarschieren lassen. England rät, Österreich möge nicht dergleichen tun, und Karl VI. läßt in London erklären, „daß Wir Unsere Truppen in Polen bei dergleichen Umständen nicht einrücken zu lassen gedenken.“

Nun muß Graf Kinsky sich mit den verschiedenen Stimmungen am englischen Hofe auseinandersetzen. Georg II. ist im Herzen auf Seiten des Kaisers, er stellt ihm als Kurfürst sein hannövrishes Kontingent und würde am liebsten auch mit seinem englischen Staate am Kriege teilnehmen. Die Königin ist derselben Meinung. Walpole aber vermeidet alles, was zum Kriege führen kann. Natürlich kommt es auch auf das Parlament an, und eine weitere Schwierigkeit liegt in dem Umstand, daß die englische Regierung ungern ohne die Mitwirkung Hollands

einen Krieg führt. Kinsky aber ist geneigt, alles auf den üblen Willen Robert Walpoles oder der beiden Walpoles zu schieben. Er sucht die gute Gesinnung des Königs und der Königin zum Schaden der Macht der Walpoles zu stärken, sogar mit dem Hintergedanken, wenn möglich, Walpole zu stürzen. Aber Georg II. vergibt sich nichts. Eines Tages, im Oktober 1733¹⁾, als Kinsky wieder einmal mit solchen Andeutungen zum Könige geredet hat, fiel ihm dieser „mit einiger Eiferung in die Rede“, und nun erhält Kinsky, wie er selbst berichtet, die niederschmetternde Antwort: „Ew. Kaiserliche Majestät wäre Herr zu tun, was Allerhöchst derselben beliebte, man möchte ihm aber auch sein Ministerium zu besorgen anheim gestellt sein lassen.“ Und der Gesandte muß bedauernd daraus den Schluß ziehen, daß „alle *insinuationes* gegen das Ministerium, oder besser zu sagen: gegen die Walpole bei dem Könige keinen Eingang finden und daß es wohl klüger sei, nicht damit fortzufahren, um nicht die gute Gesinnung des Königs aufs Spiel zu setzen.

* * *

Noch in demselben Oktobermonat des Jahres 1733, da dieses Gespräch zwischen Georg II. und Graf Kinsky stattfand, fiel auch die Entscheidung. Es müssen aufgeregte Tage und Wochen gewesen sein. Der König und seine Minister hatten Kabinettsitzungen ab. „Seit 3 Tagen“, schreibt Kinsky²⁾, „hält man immerfort Konferenzen³⁾, welchen der König selbst beiwohnet.“ Noch ist es ungewiß, welche Beschlüsse gefaßt werden sollen, und ob man etwa an eine vorzeitige Berufung des Parlamentes denkt. Die Sitzungen finden in London und in Hampton Court statt, wohin der König die Minister entbietet. Einmal ist nicht nur Kinsky, sondern auch der spanische Gesandte Montijo in Hampton Court erschienen, und man sah die Vertreter zweier miteinander im Kriegszustand befindlichen Staaten, wie sie geduldig zusammen antichambrierten, während drinnen, im Kabinet des Monarchen, die Sitzung stattfindet, die über das

¹⁾ Handschreiben vom 5. Oktober 1733. W. St. A.

²⁾ 23. Oktober 1733. W. St. A.

³⁾ Über die verfassungsgeschichtliche Bedeutung dieser Vorgänge, vgl. Bd. 3, 578 ff. Die von Kinsky sogenannten Konferenzen sind nichts anderes als Kabinettsitzungen unter dem Vorsitz des Königs!

¹⁾ Berichte Kinskys vom 6., 21. April, 1. Mai 1733. W. St. A.

²⁾ Das folgende nach den Weisungen an Kinsky und seinen Berichten. W. St. A.

Schicksal Europas entscheidet. In einem Handschreiben an den Kaiser ¹⁾ hat Kinsky den dramatischen Verlauf einer dieser Sitzungen geschildert, offenbar nach der Erzählung des Staatssekretärs Lord Harrington, in dessen Begleitung er nach Hampton Court gekommen ist. Man erfährt, wie hier die Geister aufeinander geplatzt, wie die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Könige und dem Minister zum Ausdruck gekommen sind, und wie Walpole den Sieg davon getragen hat. Denn, so heißt es in Kinskys Schreiben, „der König hat vor wenigen Tagen eine Konferenz gehalten, in welcher der Walpole wie gewöhnlich primiret“. Man verhandelt über die von Kinsky geforderte Flottenexpedition ins Mittelmeer. Walpole erklärt, solches dürfe man nicht unternehmen, ohne das Parlament zu befragen. Wenn aber dieses zustimme, so würde es auch gleich die dazu nötigen Mittel bewilligen, und die Stellung der Regierung wäre um so stärker. Er unterließ es auch nicht, darauf aufmerksam zu machen, daß, falls diese Flottensendung erfolge, das jährliche Schiff der Südseekompagnie mit seiner Ladung im Werte von 300 000 £ vielleicht von den Spaniern beschlagnahmt werden würde, und den Anwesenden war es nicht unbekannt, daß die Königin mit Vermögenswerten daran beteiligt war.

Schien es also geraten, die Sache zunächst ans Parlament zu bringen, so mußte nun die Frage behandelt werden, ob man also das Parlament nicht schleunigst berufen sollte, weil jeder Aufschub nur der Sache Frankreichs dienen könnte. Aber Walpole wollte auch davon nichts hören. Man sollte, fand er, die Berufung des Parlaments, wie üblich auf den Januar verschieben, und dann auf rasche Beschlußfassung drängen. König Georg brauste heftig auf, und erklärte, so lange dürfe man nicht warten, ohne der Stellung des Kaisers „einen gewaltigen Stoß“ zu versetzen. Er schloß mit der Erklärung, seine Ehre und sein Interesse fordere es, dem Kaiser nach Kräften beizustehen. Als die Sitzung zu Ende war, und der König „ungeduldig und erhitzt“, das Zimmer verließ, begab Walpole sich zur Königin, berichtete ihr das Geschehene, vergaß auch nicht „das jährliche Schiff“ zu erwähnen, und sie erklärte, die Sache in Erwägung ziehen zu wollen.

¹⁾ Vom 23. Oktober 1733. W. St. A. Keine andere Quelle weiß etwas von dieser Sitzung.

Kinsky weilte 3 Tage in Hampton Court. Er fand die Gelegenheit, ohne eine Audienz zu erbitten, den König allein zu sprechen. Georg II. stellt sich jetzt, wie es seine Art ist, ohne Vorbehalt auf Walpoles Standpunkt, als hätte er niemals anders gedacht. Der Gesandte wird auch von der Königin empfangen. Sie verspricht ihm etwas leichtsinnig, für die Entsendung eines Mittelmeergeschwaders eintreten zu wollen. Kinsky scherzt: „Kann ich mich darauf verlassen?“ Sie habe ja kürzlich noch anders gedacht. Sie entfärbt sich und sagt, das seien Erfindungen ihrer Gegner.

Natürlich waren diese kleinen Episoden bedeutungslos. Die Entscheidung war gefallen, und Walpole hatte gesiegt.

Nun nahmen die Dinge ihren Lauf. Der spanische Angriff auf Italien erfolgt, und keine englische Flotte ist zur Stelle. Kinsky hofft, sie werde noch im Frühjahr erscheinen. Aber es wird Frühjahr, es wird Sommer, das Jahr 1734 vergeht und Italien ist verloren.

Das Weitere versteht sich fast von selbst. Szenen, wie die geschilderten, mögen sich wiederholt haben, aber im Grunde war seit dem Oktober 1733 alles entschieden, noch ehe die offizielle Kriegserklärung der drei Gegner Karls VI. bekannt geworden war.

* * *

Auch die Heirat der ältesten Tochter ¹⁾ des Königs, der Prinzessin Anna, mit dem Prinzen Wilhelm von Oranien konnte bedeutungsvoll werden für die politische Lage, wichtig für die englisch-holländischen Beziehungen, folgenreich für den Verlauf des Krieges. Der Bräutigam war bereits Erbstatthalter von Friesland und erwählter Statthalter von Groningen und Geldern. Und sein Ehrgeiz ging weiter. Er strebte nach der Würde eines Generalstatthalters der gesamten Niederlande, wie sie die Mitglieder der älteren Linie seines Hauses ehemals besessen hatten. War nun in Friedenszeiten zu solcher Erhöhung wenig Aussicht vorhanden, so war sie im Falle eines Krieges viel wahrscheinlicher. Nahm der Prinz alsdann persönlich am Feldzuge gegen Frankreich

¹⁾ Für das folgende besonders die Berichte von Degenfeld, Borcke und Zeuschner im G. St. A. und von Kinsky im W. St. A.; Hervey, Memoirs; Egmont, Diary.

teil, so mußte ihm, dem Träger des Namens Oranien, mit dem Befehl über die niederländischen Truppen auch die höchste Gewalt im Staate zufallen. So wünschte er denn nicht weniger als Georg II. den Eintritt der Seemächte in den europäischen Krieg. Aber nun trat in den Niederlanden auch wieder, wie in den Tagen der de Witts, der alte Gegensatz hervor, zwischen der oranischen Partei und den Republikanern. Diese, jeglichem kriegerischen Abenteuer abhold, erblickten in der Verbindung des Prinzen mit dem englischen Königshause ein Wiedererwachen der oranischen Idee und eine Bedrohung des Friedens. Und wahrlich nicht ohne Grund; denn wenn auch dieses Mal der Konflikt vermieden wurde, so ist doch zu einer späteren Zeit, im Jahre 1747, als die Niederlande in einen europäischen Krieg verwickelt waren und sich in Bedrängnis befanden, und als das Volk nach einem Retter schrie, eben dieser Sproß des Hauses Oranien an die Spitze des Staates gerufen worden.

Als der junge Oranier, zum ersten Male, im Frühjahr 1731, bei dem englischen Gesandten im Haag, Lord Chesterfield, vorsichtig angefragt hatte, ob er es wohl wagen dürfe, um die *Princess Royal* zu werben, kam von London zuerst der wenig ermutigende Bescheid, König Georg werde einwilligen, sobald der Prinz im Besitz der Würde eines Generalstatthalters der Vereinigten Niederlande sei. Aber jedermann wußte, daß dazu vorläufig keine Aussicht vorhanden war, die Verhandlung ward gleichwohl fortgesetzt, und nun tauchte einen Augenblick sogar der Plan auf, dem Prinzen mit der Hand der Königstochter die Statthalterschaft im Kurfürstentum Hannover zu übertragen; Hannover, hieß es plötzlich, braucht einen Statthalter¹⁾. Aber dann verschwindet der Plan rasch, die Heiratsverhandlung geht weiter und 1734 ward die Ehe geschlossen zwischen einem, wie die englische Hofgesellschaft fand, sehr ungleichen Paare. Denn der Bräutigam war weder in Holland noch in Hannover Statthalter geworden. Die Zeitläufte aber waren kritisch, der europäische Krieg in vollem Gange, und niemand wußte, wie lange es möglich sein werde, die Neutralität der Seemächte aufrecht zu erhalten.

Wie in Holland, so wollten auch in England manche Leute noch eine besondere Gefahr in dieser Prinzenheirat erblicken.

¹⁾ Weisung an Degenfeld, 31. März 1731. Berichte Degenfelds vom 10. und 13. April 1731. Instruktion für Sellentin, Berlin, 22. Mai 1731. G. St. A.

Sie rief im Volke die Erinnerung wach an die oranische Heirat des Jahres 1677. Auch diese hatte einen hochpolitischen Charakter gehabt, auch durch sie war England an den Rand des Krieges geführt worden, und dann hatte sie noch ihre Wirkung geübt beim Abschluß des Nymweger Friedens. Und zehn Jahre später war jener Wilhelm von Oranien nach England herübergekommen, hatte in Verbindung mit der glorreichen Revolution den Thron seines Schwiegervaters gestürzt, war an seine Stelle getreten und zum Erneuerer der englischen Verfassung geworden. Jetzt taten die Gegner der Regierung so, als ob nun alles wieder ebenso kommen müsse. Wieder ein herzlich unbeliebter König und wieder ein Wilhelm von Oranien als sein Schwiegersohn. Auf die urteilslosen Massen machte das einen gewissen Eindruck. Der junge Oranier wurde eine gefeierte Persönlichkeit, und der König sah von seinem Fenster aus verärgert zu, wenn der vor der Vermählung in London weilende Prinz abends in die Oper fuhr und sein Wagen umdrängt war von jubelnden Menschen. Und wenn der Monarch sich gleich nachher in seiner Sänfte durch die Straßen tragen ließ, blieb alles still und stumm¹⁾. Auch manche der Glückwunschadressen, die dem Königspare bei der Verheiratung der *Princess Royal* dargebracht wurden, verweilten mehr als nötig bei der Erinnerung an die nachahmenswerten Taten jenes älteren Wilhelm von Oranien. Unter anderen war es die Adresse der City von London, die mit ihren taktlosen Anspielungen auf die glorreiche Revolution den Stolz des Königs verletzte. Wir kennen ihren Wortlaut nicht mehr, wir kennen nur eine gereimte satirische Paraphrase, aus der die gehässige Meinung des Originals noch gehässiger herausklingt. Es heißt darin:

„Wir wünschen Glück und hohe Ehr'
Zu Annas Hochzeit mit Mynheer!
Täuscht unsere Hoffnung uns nicht ganz,
Bringt dieser Bund uns Freud und Glanz.
Hieß glorreich schon die Revolution,
Die Geld und Sieg gab der Nation
So wird die zweite, sagt unser Verstand,
Verdoppeln Geld und Macht im Land.“²⁾

¹⁾ Hervey 1, 320.

²⁾ Mitgeteilt bei Hervey, Memoirs 1, 318.

Und doch durfte man nicht glauben, daß die wahre Gesinnung des Volkes in diesen Spottversen zum Ausdruck kam. Man liebte zwar den König nicht, man kritisierte ihn und den Minister, aber die Stimmung gebar keine Taten, und zu einer Wiederholung der glorreichen Revolution war niemand aufgelegt. Im Gegenteil, man besann sich stets wieder auf die Segnungen der englischen Verfassung, und derselbe Autor, dem wir jene Verse verdanken, erinnert gleich wieder daran¹⁾, daß die Krone ja gänzlich außer stande sei, die Freiheiten des Landes zu verletzen. Der König, sagt er, bekomme es im Parlamente und in der Presse täglich zu hören, daß er die Krone aus der Hand des Volkes empfangen habe und daß er sie nur so lange behalten werde, als er die daran geknüpften Bedingungen erfülle. So war der Stolz des Engländers auf den Besitz der Freiheit doch noch stärker als die Oppositionslust des Untertanen gegen den Souverän.

Mit großer Spannung sah man der durch Erkrankung des Bräutigams lange hinausgezögerten Vermählungsfeier entgegen. Seit Menschengedenken hatte man in London keine fürstliche Hochzeit mehr gesehen. Nun ließ der Hof es sich angelegen sein, dem Volke zu zeigen, daß auch das Haus Hannover seine Feste nicht weniger eindrucksvoll zu gestalten verstehe als einst die Tudors und die Stuarts. Leider war nur die äußere Erscheinung der beiden Neuvermählten allzu wenig geeignet, Begeisterung zu erwecken, die Prinzessin war zu stark beleibt und durch Pockenarben entstellt, der Bräutigam durch Wuchs und Haltung mißgestaltet wie Richard III. Königin Karoline selbst war entsetzt beim Anblick dieses Schwiegersohnes, und man wußte nicht, ob ihre reichlich vergossenen Abschiedstränen mehr durch den Trennungsschmerz oder durch Mitleid über das Schicksal der Tochter hervorgerufen waren. Die Feier ward jedoch mit dem ganzen Pomp fürstlicher Eheschließungen ausgestattet. Zwar fand die Trauungszeremonie nicht in der mächtigen, neugebauten St. Pauls-Kathedrale statt, wie die Häupter der City es gewünscht, damit alles Volk selbige hätte mitanschauen können²⁾, doch hatte man statt dessen eine vom königlichen Palaste nach der

¹⁾ Ebd. 1, 319.

²⁾ Borcke, 15./26. März 1734. G. St. A.

französischen Kapelle in St. James' Park führende Gallerie so weit ausbauen lassen, daß 7000 Personen darin Platz fanden, um den Zug der Festteilnehmer zu beobachten und den Schmuck der Braut und ihrer Damen zu bewundern. Die Trauung ward vom Bischof von London und zwar, wie besonders hervorgehoben wird, in englischer Sprache vollzogen, das Festmahl in großer Öffentlichkeit abgehalten, und auch von der unvermeidlichen Zeremonie des Beilagers wagte man die Massen neugieriger Menschen nicht fernzuhalten.

Aber unter der schaulustigen Menge waren gewiß nicht viele, die die hohe politische Bedeutung dieser oranischen Heirat richtig zu würdigen verstanden. Einem Walpole mit seiner Friedenspolitik mußte sie unheimlich sein, in dem Könige weckte sie die Hoffnung auf den von ihm ersehnten Krieg an der Seite Hollands und Österreichs gegen das Haus Bourbon. Der oranienfeindlichen Partei in den Niederlanden war sie eine Warnung, und es wird wohl richtig sein, daß schon der bloße Plan der Heirat genügte, um die Generalstaaten zum Abschluß des Neutralitätsvertrages mit Frankreich vom November 1733 zu vermögen, der dazu bestimmt war, die Holländer gegen ein kriegerisches Abenteuer zu sichern, und der diesen Zweck für die Dauer des sogenannten polnischen Thronfolgekrieges wirklich erfüllt hat¹⁾. Durch die oranische Heirat gewarnt, haben Robert Walpole und die holländischen Republikaner einander in die Hände gearbeitet, sie haben, wie Kinsky sagt²⁾, sich gegenseitig den Ball zugeworfen. Fragen wir also noch einmal, welche historische Folge die eheliche Verbindung jenes unlieblichen Fürstenpaares gehabt habe, so wird die Antwort lauten: auch sie hat in letzter Linie beigetragen zu dem Triumph der Walpoleschen Neutralitätspolitik.

* * *

¹⁾ Lord Egmont sagt (Diary 1, 432), zwei Gründe haben die Holländer zum Abschluß des Neutralitätsvertrages vermocht, erstens ihr Zorn über die Haltung Karls VI., besonders weil er noch einmal ein Schiff aus Ostende nach Indien fahren ließ; *and secondly to their apprehension of the Pr. of Orange's being Statholder, in case they should go to war: on which account they are extremely mad at the marriage of that Prince to our Princess.*

²⁾ Kinsky an Karl VI, Hannover, 20. Juli 1735. W. St. A.

Trotz aller Enttäuschungen haben aber der Kaiser und seine Leute immer neue Versuche gemacht, in der Haltung Englands einen Wandel herbeizuführen. Höchst merkwürdig ist besonders ein Schreiben Karls VI. an Kinsky vom 31. Juli 1734. Dieses kaiserliche Schreiben mit seinem streng vertraulichen Charakter, mit seiner beweglichen Klage und Anklage, mit seiner leidenschaftlichen Sprache, mit dem herausklingenden heißen Wunsche, die Walpoles zu stürzen und sagen wir auch: mit seinem geringen Verständnis für die verfassungsmäßige Stellung des englischen Königs, dieses Schreiben bietet nun auch noch von der Seite seiner geschäftlichen Erledigung ein gewisses Interesse. In der Reihe der Berichte des Grafen Kinsky hat es kein Echo gefunden, keine Empfangsbestätigung und Antwort. Dagegen befindet sich eine getreue englische Übersetzung desselben in dem aus dem Nachlasse Horace Walpoles stammenden Walpole Papers. Diese Übersetzung liegt sogar seit mehr als 100 Jahre gedruckt vor¹⁾. Kein Zweifel: Walpole selbst hat das Schreiben in Händen gehabt, er hat offenbar die vorliegende Übersetzung anfertigen lassen. Fast bewundernswert, wie er das Geheimnis der fremden Höfe zu durchdringen versteht, selbst der „bekannte geheime Weg“, von dem Karl VI. spricht, hat die Entdeckung nicht verhindern können. Ja noch mehr, der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, Walpole habe in diesem Falle den Brief gar nicht an den Adressaten weitergehen lassen. Man kann sich leicht den Eindruck vorstellen, den es auf ihn machte, wann er las, daß Kinsky gelobt wird, weil er „den Ausstreungen der Walpoles“ überall entgegentrete, wenn er ermutigt wird, dem Könige auch ferner vorzustellen, daß die Ehre des Kaisers und das Wohl der königlichen Familie von England untrennbar seien, und wenn Karl VI. von den Maßregeln redet, die zu ergreifen wären, wenn „die Walpoles in ihrem unverantwortlichen Betragen fortfahren“. Walpole hat, möchte ich fast glauben, hier einmal der Versuchung nicht widerstehen können, diesen Brief fröhlich zu unterschlagen. Doch wieder und wieder versucht es der Kaiser den Sinn Englands dennoch zu beugen. Hören wir weiter:

Im Herbst 1734 geschah es, daß ein junger österreichischer

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 3, 160. Vgl. I, XXII.

Diplomat, Ignaz von Wasner, nach Lissabon gesandt wurde, besonders zu dem Zwecke, um von der portugiesischen Regierung, die, wie immer, mit der spanischen auf gespanntem Fuße, eine finanzielle Hilfe für den Kaiser zu erwirken. Wasner erhielt den Auftrag, auf seiner Reise sowohl in Haag wie in London zu verweilen, um an beiden Stellen für die Sache Österreichs zu wirken. Mit anderen Worten: auch er sollte im Vorübergehen den Versuch machen, die beiden Seemächte aus ihrer neutralen Haltung herauszulocken und sie zur Teilnahme am Kriege zu bewegen. Das gelang ihm zwar nicht, aber er erfuhr doch viel. Denn diesem Manne gegenüber, dem mit Recht der Ruf eines begabten Politikers vorausging — Wasner est fin et rusé, so hat ihn in späteren Jahren einmal ein Franzose charakterisiert — Wasner gegenüber nahmen die entscheidenden Persönlichkeiten in England gern die Gelegenheit wahr, etwas ausführlicher und auch offener über die große Politik zu reden, als sie es in den mit Kinsky täglich und wöchentlich geführten Gesprächen zu tun pflegten. Der ausführliche Bericht, den Wasner darüber dem Kaiser erstattete, enthält daher eine Fülle wichtiger Einzelheiten. Er führt uns überhaupt näher als irgend eine andere Quelle dieser Tage an den Standpunkt der englischen Regierung heran. Georg II. und die Königin Karoline, die Staatssekretäre Harrington und Newcastle, Horace Walpole im Haag und vor allem Robert Walpole in London, alle kommen darin zu Worte und sie alle wollen dem jungen Österreicher die richtige Vorstellung beibringen, warum England bisher dem Kriege fern geblieben ist und welche Schwierigkeiten seinem Eintritt in denselben auch immer noch entgegenstehen¹⁾.

Der König, der ihm eine lange Privataudienz gewährt, erklärte in bewegten Worten, wie wehe es ihm tue, den Kaiser in so übler Lage zu sehen, denn „ich bin nicht allein König von England, sondern auch ein deutscher Kurfürst“. Nun dann, erwiderte Wasner, so sollte man nicht länger zögern, „dem Kaiser

¹⁾ Das folgende nach den Akten im Wiener Staats-Archiv, darunter besonders Wasners Relation aus London vom 8. Oktober 1734 über seinen Aufenthalt im Haag und in London, auf dem Wege nach Lissabon. Die Behauptung Herveys, König und Königin hätten Wasner nicht in Privataudienz empfangen, um Kinsky nicht zu kränken, ist eine der vielen Ungenauigkeiten in dem sonst so wertvollen Werke dieses Memoirenschriftstellers.

kräftig unter die Armee zu greifen, die bereits so sehr über einen Haufen geworfene Waagschale von Europa herzustellen und der täglich zunehmenden Übermacht des Hauses Bourbon zu Wasser und zu Lande zu steuern.“ Denn sonst werde Karl VI. gezwungen sein, „das erste beste Mittel, um dem Krieg ein Ende zu machen, zu ergreifen.“ Aber schnell setzte auch er hinzu, daß der Kaiser immerhin zunächst entschlossen sei, den Kampf mit aller ihm zu Gebot stehenden Kraft fortzusetzen. Ein englischer Freund, der junge Pelham, hatte ihm nämlich empfohlen, so zu reden, weil Engländer wie Holländer sonst fürchten könnten, sie hätten, wenn sie einmal am Kampfe teilnahmen, bald die ganze Last desselben allein zu tragen.

Wasners erster Besuch bei Robert Walpole, in Gegenwart des Grafen Kinsky und des Staatssekretärs Herzogs von Newcastle, bot keinerlei Überraschungen. Man kam über die oft gehörten formalen Reden nicht hinaus. Dagegen war es wie eine kleine Sensation, als am nächsten Morgen Wasners englischer Freund, im Begriffe, London zu verlassen, in Reisetiefeln bei ihm erschien, um ihm die Nachricht zu überbringen, daß der allmächtige Minister ihn allein zu sprechen verlange und um seinen Besuch bitte. Zur festgesetzten Stunde erschien Wasner in Walpoles Landhaus zu Chelsea. Walpole begann mit einem Rückblick auf den bisherigen Verlauf des Krieges und Englands Haltung. Der Kaiser möge doch nicht glauben, daß er, Walpole, ihm nicht günstig gesinnt sei. Doch was konnte England tun? Als der Krieg begann und Karl VI. die vertragsmäßige Hilfe begehrte, war es ja nicht in der Lage, sie zu leisten. Noch war der Sturm nicht vorüber, den der große Acciseplan entfacht hatte. Und wie überstürzten sich die Ereignisse. Mit leiser Ironie wies Walpole hin auf die in der Geschichte unerhörte, sturmflutähnliche Eroberung des ganzen Herzogtums Mailand. Was hätte eine englische Flotte im Mittelmeere dagegen tun können? Sie wäre nicht vor dem Juni des laufenden Jahres 1734 auf dem Schauplatz erschienen, und hätte auch die Eroberung Neapels nicht hindern können. Denn die zu dieser Unternehmung verwendeten Truppen seien ja zu Lande aus dem Toskanischen, nicht aber zur See von Spanien herüber gekommen. Es sei selbst zweifelhaft, ob sie in dem eben begonnenen Kampfe um Sizilien die Entscheidung zugunsten Karls VI. hätte geben können.

Nein, nicht England, meint Walpole, hat es an sich fehlen lassen. Dagegen hat der Kaiser selbst so manche gute Gelegenheit versäumt, um seine Lage zu verbessern. Der Anschluß Sardiniens an die Gegner wäre wohl zu verhindern gewesen, sowie man es jetzt bei der zwischen Spanien und Sardinien herrschenden Eifersucht vielleicht am ersten aus dem Ring der Feinde Österreichs loslösen könnte, freilich nicht dadurch, daß man immer nur von dem Verräter Sardinien redet. England aber kann nicht gut eingreifen. Es kann vor allem nicht ohne Holland gehen. Wollte man das neugewählte, dem Könige so günstig gesinnte Parlament befragen, so wären unter den 500 Mitgliedern des Unterhauses noch nicht 100, die den Krieg ohne die Teilnahme Hollands empfehlen würden.

Nun, meint Wasner, sie könnten die Holländer schon herbeibringen, wenn sie nur wollten. Aber zunächst sollte England auch alle nötigen Vorbereitungen zu Wasser und zu Lande treffen.

Walpole stimmt zu und erklärt vertraulich: das ist es ja gerade, was wir tun. Wir verhandeln mit den nordischen Reichen, wir schließen soeben einen Vertrag mit der Krone Dänemark und zahlen ihr — eine noch nie erhörte Sache — Subsidien in Friedenszeiten. Wir vermehren die Truppen in England und in Irland, wir nehmen fremde Kriegsvölker in britischen Sold, wir bringen die Flotte in Bereitschaft, und ehe das neue Parlament vier Wochen versammelt sein wird, kann der König ihm gegenüber treten und sagen, ich bin *ad utrumque paratus*.

Wasner hat schmunzelnd zugehört und sagt erleichtert beim Weggehen: Wohlan denn, so möge das Werk den Meister loben. Und doch, er ist nach dem Gespräche mit dem Minister nicht zuversichtlicher als zuvor. Er findet die Lage der Dinge etwa so: An der guten Gesinnung des Königs ist nicht zu zweifeln. Auch die Nation ist dem Kriege nicht völlig abgeneigt. Aber auf Walpole allein kommt es an, und niemand kennt seine letzten Gedanken. Er möchte doch wohl ohne Krieg auskommen, er wird nichts einzuwenden haben gegen einen Friedensschluß, bei dem der Kaiser italienische Gebiete opfert. Und nur, wenn Frankreich und Spanien den Bogen allzu straff spannen, „so dürfte vielbesagter Walpole, ungeachtet der aus seinem bisherigen Betragen anscheinenden Entfernung vom Kriege, wohl gezwungen

sein, hierzu auch seines Orts die Hände zu bieten, wenn er anders sich bei der Nation eine allzugroße Verantwortung nicht aufladen und der Gefahr seiner gänzlichen Stürzung nicht aussetzen will“. So wird es denn darauf ankommen, daß Graf Kinsky fortfahre, Georg II. zu bearbeiten. Durch den König muß er auf den Minister wirken. Walpole darf auch die beständige Furcht vor der königlichen Ungnade nicht los werden. Mehr wird man nicht tun können. Ein Versuch, den Gewaltigen zu stürzen, wäre aussichtslos und könnte darum nur schaden.

Dennoch wurde ein solcher Versuch noch gemacht. Auf die Mission Wasners folgt die Mission Stricklands. Diese aber konnte schon aus dem Grunde dem Minister nicht gefährlich werden, weil sie von ihrem Beginne an den Stempel der Lächerlichkeit an sich trug. Jener Abbé Strickland, der einst als englischer Katholik im Auslande Karriere gemacht, und 1719 an dem Versuche beteiligt gewesen, eine Versöhnung seiner Glaubensgenossen mit dem Hause Hannover zu Wege zu bringen¹⁾, und der es inzwischen bis zum Bischof von Namur gebracht hatte, er war es, der im Oktober 1734 als der Vertrauensmann Karls VI. in London auftauchte. Mehr gewandt als weltklug, ohne tiefere Kenntnis der europäischen Politik, aber erfüllt von grenzenlosem Ehrgeiz hatte er den Wunsch, sich zum leitenden Minister am Kaiserhofe emporzuschwingen und eine große Rolle in der Welt zu spielen. Das Vorbild der berühmten Staatsmänner geistlichen Standes, der Richelieu und Mazarin, Dubois, Alberoni und Kardinal Fleury mögen es ihm angetan haben. Ihr Vorbild wird ihm auch den Wunsch nahegelegt haben, zunächst einmal die Würde eines Kardinals, die alle jene Männer besessen hatten, zu erlangen. Selbst der Gedanke, daß gerade die englische Regierung ihm dazu verhelfen sollte, war nicht neu. Wie Dubois, so hoffte auch dieser Bischof von Namur mit Hilfe Englands zuerst den Purpur, sodann eine herrschende Stellung am Kaiserhofe zu gewinnen. Schon hatte er Gelegenheit gehabt, der englischen Regierung allerlei gute Dienste zu leisten, besonders bei der Aufdeckung jakobitischer Umtriebe. Man hielt ihn in London für einen Mann, der, etwa als ein England freundlicher Kardinal, speziell in Rom, d. h. im Hauptquartier des Prätendenten, nützlich

¹⁾ Vgl. Bd. 2, 118ff.

werden konnte. So traten die intimsten und zugleich die wichtigsten politischen Fragen an ihn heran. Kein Wunder, wenn der so auf seine persönliche Größe bedachte Mann sich fühlt als ein auf der Höhe der Weltgeschichte Stehender, wenn er es wagt, seine Kraft gleich an den größten politischen Problemen der Zeit zu erproben.

So ist es ihm gelungen, von Wien, wo er sieben Monate gewilt, nach London gesandt zu werden. Er erhält ein Beglaubigungsschreiben an den König von England. Bartenstein muß ihn persönlich mit den schwebenden politischen Fragen bekannt machen. Die Kaiserin selbst macht ihm etwas unvorsichtige Andeutungen über künftige Friedensbedingungen, und er erhält eine geheime Instruktion, die freilich ebenso lang wie nichtssagend ist¹⁾. Denn sie enthält auf 45 Seiten nichts anderes als eine historisch-politische Erzählung der europäischen Geschichte seit dem Jahre 1728. Für jeden oberflächlichen Kenner der diplomatischen Geschichte der Zeit enthielt diese geheime Instruktion gar nichts Neues oder Bemerkenswertes. Sie hätte getrost dem Könige Georg oder seinen Ministern vorgelegt werden können, sie hätten nichts anderes darin gefunden, als was ihnen mündlich und schriftlich von den österreichischen Diplomaten unzählige Male gesagt worden war. Karl VI. teilte die Instruktion auch seinem Grafen Kinsky in London mit, und erklärte diesem, sie sei so verfaßt, daß „nur ein guter, nicht aber ein übler Gebrauch davon gemacht“ werden könne.

So kommt Strickland nach London als der Vertrauensmann der Fürsten, aber mißtrauisch beobachtet von den politischen Fachmännern. Horace Walpole warnt seinen Bruder und die englische Königin vor den gefährlichen Intriguen dieses Priesters, der nur seine persönlichen Zwecke verfolgt, der der Kaiserin gesagt hat, er könne die Walpoles stürzen, und der in London den Glauben erwecken möchte, er werde demnächst am Kaiserhofe der entscheidende Mann sein. In Wien sagt er, er könne in London, und in London, er könne in Wien Wunder wirken. „Wenn der erster Minister in Wien wird“, so spottet Horace

¹⁾ Mémoire instructif pour Mons^r Strickland Evêque de Namur. Undatiert, Beilage zum Handschreiben Karls VI. an Kinsky vom 14. Sept. 1734. W. St. A.

Walpole, „so werde ich noch Papst in Rom“. Wollte man ihm Glauben schenken, so würde sofort das Parlament berufen und der Krieg erklärt werden gegen Frankreich und seine Verbündeten, „alles nur durch das Hocus pocus dieses extravaganten Bischofs“. Alles was man tun sollte, wäre: ihn höflich anhören aus Respekt vor dem Kaiser, ihn dann abzuschreiben suchen.

Die Mission Stricklands verlief genau so, wie Horace Walpole es angedeutet hatte. Er erhält seine Audienzen bei Georg II., bei Königin Karoline, und selbst Robert Walpole hat ihn empfangen. „Ich bewundere deine Geduld“, schreibt ihm sein Bruder Horace. Aber sein Auftreten ist nicht glücklich, er wird an höchster Stelle unmöglich und verschwindet rasch aus der Hofgesellschaft

Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo.

Da es ihm nicht gelungen ist, die Mächtigen zu gewinnen, versucht er es mit ihren Gegnern. Nun will er Walpole stürzen und Georg II. dazu, er wird zum Anwalt der Jakobiten. Die Regierung, von allem unterrichtet, nimmt den Kampf entschlossen auf. Sie bewegt den Kaiser, seinen in England mißliebig gewordenen Vertreter abzurufen¹⁾.

So verschwand dieser intrigante Priester von der Bühne der hohen Politik unter dem Gelächter der europäischen Staatsmänner, ohne daß es ihm gelungen war, einen Walpole zu stürzen, oder das göttliche Recht des Hauses Stuart zum Siege zu führen, oder die Niederlage Österreichs abzuwenden.

* * *

Wenn also das offizielle England sich durch alle Bemühungen von österreichischer Seite, aus seiner neutralen Haltung nicht herauslocken ließ, so hat es seinerseits während der ganzen Dauer des europäischen Konflikts den lebhaften Wunsch gehabt, der Sache ein Ende zu machen: Man hört von dem Anerbieten von *bons offices*. Man hört von der geplanten Berufung eines Kongresses. Im Juli 1734 reist Horace Walpole nach dem Haag und schließt mit dem Eigentümer eines Hauses einen Kontrakt, für den Fall, daß der Haag zum Sitz eines Kongresses werden

¹⁾ Kinsky an Karl VI., 17. Dec. 1734. W. St. A.

sollte. Und derselbe Horace Walpole plant eine Reise nach Wien, in der Absicht einer Friedensvermittlung¹⁾.

Aber Österreich zeigte sich abgeneigt und die Reise unterblieb. Dann hat noch Thomas Robinson ohne jeden Auftrag seiner Regierung ein paar Schriftstücke überreicht, die in der Form wie im Inhalt für den Wiener Hof gleich verletzend waren. Das eine enthielt einen Friedensplan und wollte zugleich dem Kaiser empfehlen, welche Antwort er darauf zu geben habe. Noch verletzender war die in dem anderen enthaltene Drohung, falls der Kaiser auf das englische Begehren nicht eingehe, so würde Georg II. in seiner nächsten Thronrede das Geschehene mitteilen und dem Kaiser die Schuld an der Fortdauer des Krieges zuschieben, mit dem Hinzufügen, daß unter solchen Umständen von einer Hilfeleistung Englands nicht die Rede sein könnte.

Der Eindruck in Wien war höchst peinlich. Kinsky erschien in London vor Robert Walpole. Der denkt nicht daran, die Ungeschicklichkeit seines Gesandten zu beschönigen. Lachend hört er den Österreicher an und sagt von Robinson, der Mensch muß verrückt geworden sein. Setzt eine Thronrede auf, die der König halten soll, verfaßt ein *précis de la situation présente* und will dem Kaiser die Antwort soufflieren, die er auf das Anerbieten der *bons offices* zu geben habe. Wenn der Kaiser es wünscht, wird man ihn abberufen. Beim Könige ist er ohnedies „verloren und geschlagen“. Kinsky fragt schüchtern, ob nicht Horace Walpole der eigentliche Urheber sei. „Mein Bruder ist zu Zeiten ein wenig hitzig“, erwidert Sir Robert, „aber ein solcher Narr ist er nicht“²⁾.

So ward die Sache verlacht und abgetan als die harmlose Verirrung eines übereifrigen Diplomaten. Und selbst diesem hat sie nicht geschadet. Thomas Robinson blieb der am Wiener Hofe wohlgelittene Vertreter des Königs von England bis zum Jahre 1748, bis weit hinein in die Zeiten Maria Theresias.

* * *

Hatte das Walpolische England also bis in das Jahr 1735 hinein allen Versuchungen, sich in den europäischen Streit zu

¹⁾ Kinskys Berichte vom 27. Juli, 17. August Handschreiben Karls VI. vom 23. Juli 1736. W. St. A.

²⁾ Handschreiben Kinskys an Karl VI. vom 2. November 1734. W. St. A.

420 V, 2. Englands Neutralität im polnischen Thronfolgekriege.

mischen, oder gar am Kriege teilzunehmen, noch immer widerstanden, so ereignete sich im Februar dieses Jahres in den Straßen von Madrid ein an sich unbedeutender Vorfall, der verhängnisvoll werden konnte und geeignet schien, das britische Reich aus seiner Untätigkeit herauszureißen. Ein paar Leute von der portugiesischen Gesandtschaft nahmen Teil an einem Straßenkrawalle, der damit endigte, daß ein zu schimpflicher Strafe verurteilter Verbrecher befreit und nun gar im Hause der portugiesischen Gesandtschaft geborgen wurde. Der Gesandte hatte mit der Sache nichts zu tun gehabt, konnte es aber nicht hindern, daß neunzehn seiner Leute verhaftet und gefesselt und ins Gefängnis geworfen wurden. Als man dies in Lissabon erfuhr, wurde genau dieselbe Anzahl von dem Personal der spanischen Gesandtschaft aus ihrem Hause geholt und wie jene, paarweise gefesselt, abgeführt. Von beiden Seiten wurde heftig protestiert, die Gesandten reisten ab, spanische Truppen marschierten an die Grenzen Portugals und portugiesische wurden an der spanischen Grenze zusammengezogen. So lächerlich der Anlaß war, so schien es doch nicht anders, als ob ein kleiner Sonderkrieg auf der Pyrenäen-Halbinsel entbrennen und sich dem großen Drama des europäischen Krieges episodenhafte einfügen sollte.

Nun kam alles an die Haltung Europas an. Portugal, durch Tradition und Abkommen, besonders durch den berühmten „Mathuen-Vertrag“ von 1703 an das Interesse Englands gefesselt, forderte sofort die bundesmäßige Hilfe. Ein neuer Gesandter ward nach London geschickt, und manche glaubten gar, die Sache komme der englischen Regierung nicht unerwünscht, „da man denn allhier nicht verabsäumen wird, Öl in das Feuer zu gießen“, wie der preußische Gesandte berichtet¹⁾. Das war nun wohl so nicht der Fall, die Versuche zu friedlicher Beilegung des Streites setzten sofort ein und waren ehrlich gemeint, aber man hört andererseits auch fast bei der ersten Erwähnung der Sache schon etwas von dem Plane, eine englische Flotte von 20 bis 25 Segeln nach Lissabon zu schicken. Der König von Portugal, Johann V., begehrte mehr. In ihm lebte die alte Eifersucht der portugiesischen Herrscher gegen Spanien, und er wählte die Gelegenheit gekommen, die ewig drohende spanische Gefahr

ein für allemal zu beseitigen. Nach Wien wie nach London drangen seine Rufe. Wenn Philipp V. auf der Pyrenäen-Halbinsel angegriffen wird, so muß er seine Truppen aus Italien zurückziehen und der Kaiser kann das Verlorene zurückgewinnen. Oder er fordert, England solle ihm die vertragsmäßige Bundeshilfe von 6000 Mann zur Verfügung stellen und zugleich seine Flotte ins Mittelmeer senden, um die Verbindung zwischen Italien und Spanien zu unterbrechen. Karl VI. begrüßte den spanisch-portugiesischen Streitfall mit um so größerer Freude, da er geeignet erschien, das von ihm so heiß umworbene, ewig zögernde England nun doch noch in den Krieg zu verwickeln, der erst jetzt zu einem wahrhaft europäischen Kriege geworden wäre. Auch die englischen Diplomaten dachten nicht anders. „Wir können die Krone Portugal nicht im Stiche lassen, schrieb Horace Walpole an seinen Bruder, bieten wir lediglich unsere guten Dienste an, so treiben wir sie nur in die Arme Frankreichs, unser Handel kommt in Gefahr, und wir werden eine verächtliche Rolle spielen. Ich sehe nichts als schwarze Wolken, die sich auf allen Seiten über unserem Haupte zusammenziehen, und keinen Lichtstrahl, um sie zu zerstreuen“¹⁾.

Aber Robert Walpole nahm die Sache nicht so tragisch. Es ist wahrhaft bewundernswert, wie geschickt er sich durch diese Krisis hindurchwand, indem er nun wirklich einmal die Kraft Englands der Welt zeigte und doch den Kampf vermied, zugleich energisch und vorsichtig, drohend und friedlich gesinnt. Klüger als die anderen, hat er den Weg gefunden, um auch der neuen Gefahr, die seiner Neutralitätspolitik drohte, aus dem Wege zu gehen. Das Mittel, das er wählte, war die so viel gescholtene und belächelte Flottenexpedition nach Lissabon.

Aus den auf der Reede von Spithead liegenden Kriegsschiffen ward ein Geschwader von insgesamt 30 Fahrzeugen zusammengestellt, neben dem Admiralsschiff mit 100 Kanonen und 850 Mann, auf dem sich als Führer der Expedition der in der Ostsee so oft bewährte Sir John Morris befinden würde, die kleineren Typen bis zu den mit 50 Kanonen bestückten, dazu eine Fregatte, ein paar Brander, ein Hospital- und ein Transportschiff. Die gesamte Besatzung belief sich auf 12 360

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole 1, 457ff. 3, 244ff.

¹⁾ Borcke, 4./15. April 1735. G. St. A.

Mann, die Zahl der Kanonen betrug 1740¹⁾. Es was eine Flotte, die auch zu einer größeren militärischen Aktion vollkommen geeignet erschien, wenn nämlich die Absicht bestand, sie so zu verwenden.

Denn Frankreich war nicht imstande, eine gleichwertige Streitmacht zu Wasser aufzubringen. In Brest und Rochefort lagen zwar 15 Kriegsschiffe, aber man hätte 6 Wochen Tag und Nacht arbeiten müssen, um sie zur Ausfahrt fähig zu machen. Und auf die wenigen in Toulon befindlichen Schiffe war vollends nicht zu zählen²⁾.

Noch wurde eine Nachricht aus Spanien abgewartet. Man hatte an den Madrider Hof die Anfrage gerichtet, ob er bereit sei, die Vermittlung zur Schlichtung seines Streites mit Portugal anzunehmen. Die Antwort lautete ablehnend. Philipp V. erklärte dem englischen Gesandten, er sei durch ein Angebot Frankreichs gebunden, und in London überreichte Montijo eine in so hochmütiger Form verfaßte Note, daß man ihm dieselbe mit der Erklärung zurückgab, er verstehe wohl nicht genug französisch, um die Bedeutung der von ihm gebrauchten Ausdrücke zu ermessen. So entschloß man sich zur Absendung der Flotte. Aber auch jetzt noch bemühte man sich, der Sache einen möglichst harmlosen Anstrich zu geben. Es wurde erklärt, England bezwecke lediglich den Schutz der von Brasilien erwarteten Handelsflotte, an der die englischen Kaufleute am meisten interessiert seien, und es mag der Regierung nicht unwillkommen gewesen sein, wenn die nach Portugal Handel treibenden Kaufleute durch die Gesandten von Österreich und Portugal bewogen wurden, den König in einer Bittschrift um den Schutz ihrer Interessen zu ersuchen³⁾. Die Instruktionen des Admirals besagten, er solle gegen niemanden Feindseligkeiten üben. Morris wünschte den Zusatz, „es sei denn, daß man ihn herausfordere“, und meinte, wenn ihm der König nur, wie einst Georg I. dem Admiral Byng, die nötige Freiheit in bezug auf die

¹⁾ Liste des vaisseaux qui composent l'escadre destinée pour Lisbonne sous les ordres du Chevalier Morris. Beilage zu Borcke's Bericht vom 13./24. Mai 1735. G. St. A.

²⁾ Waldegrave an Newcastle, 1. Juni (N. S.) 1735. Coxe, R. Walpole 2, 257.

³⁾ Kinsky, 31. Mai 1735. W. St. A.

Auslegung dieser Formel gebe¹⁾, so werde es schon an der Gelegenheit zum Zuschlagen nicht fehlen. Aber eben diese Freiheit gab man ihm nicht, und auch die Meinung des Grafen Kinsky, daß es den Engländern wohl auch darauf ankomme, die dem englischen Levantehandel so gefährliche Verbindung der spanischen und der französischen Flotte zu verhindern, traf nicht das Richtige²⁾. Der im Geheimen Rat gefaßte Beschluß, ein Korps von 3000 Mann Landungstruppen auf der Flotte nach Portugal zu schicken, ward schon am nächsten Tage wieder aufgehoben, und Spötter behaupteten, der König fürchte, die Soldaten würden an dem Pech und Teer der Schiffe ihre Uniformen beschmutzen. So erblickte die politische Welt in der Flottensendung bald nur noch eine harmlose Demonstration. Man gewöhnte sich daran, von der „Promenade nach dem Tajo“, von der bei schönstem Wetter vollführten „Lustfahrt der englischen Flotte“ zu reden, die nicht mehr Gefahr laufe, als wenn sie ruhig zu Hause geblieben wäre, auf der Reede von Spithead. So nahm das britische Geschwader unter dem Gelächter des Publikums seinen Kurs in die portugiesischen Gewässer. Im November 1735 wurden noch weitere Schiffe zu seiner Verstärkung gesandt. Es lag, wie wir sehen werden, faßt zwei Jahre lang vor Lissabon. Aber niemand hörte etwas von seinen Taten. Von militärischen Aktionen und von Truppenlandungen war so wenig die Rede wie von der Fahrt durch die Straße von Gibraltar³⁾.

Und doch war diese Flottenexpedition ein Ereignis von tiefer Bedeutung, vielleicht der Wendepunkt in der Geschichte des polnischen Thronfolgekrieges und sicherlich ein meisterhafter Streich der Walpoleschen Politik. Niemand konnte wissen, ob nicht das entblößte Schwert doch noch niederfahren werde. Der Weltruhm der britischen Flotte, die Erinnerung an die Seeschlacht am Kap Passaro ließen das erstere erwarten. Am französischen Hofe herrschte die höchste Erregung. Als der englische Gesandte sich in Versailles blicken ließ, nachdem die Neuigkeit von Lissabon eingelaufen war, fand er den Kardinal

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 808—9.

²⁾ Kinsky, 3., 10., 31. Mai 1735. W. St. A.

³⁾ Borckes Berichte vom 4./15. April, 9./20., 13./24. Mai, 8./30. Juni, 12. Juli 1735. Kopie eines Briefes aus London vom 1./12. Juli 1735. G. St. A. Egmont, Diary 2, 205.

und den auswärtigen Minister in einer Aufregung, wie er sie nie gesehen hatte. Lord Waldegrave hörte mit einer gewissen Genugtuung die leidenschaftlichen Ausbrüche Fleurys an. Wenn der König von Portugal die furchtbare Flotte von 25 großen englischen Kriegsschiffen sieht, die ihm zu Hilfe kommt, so ist er nicht mehr zu bändigen. Die Freunde des Kaisers in Lissabon werden ihn aufstacheln, die Spanier anzugreifen. Er wird es tun, der Kampf wird in jene Gegenden getragen, England wird teilnehmen und bald wird ein allgemeiner Krieg die Folge sein.

Lord Waldegrave hütete sich wohl, den erregten Staatsmann allzu sehr zu beruhigen. „Es schien nur nützlich“, sagt er, „seine Sorgen eher zu vermehren, als sie zu zerstreuen.“ Die Lage Frankreichs war nicht leicht. Die Bundesgenossen, Spanien und Sardinien, unsicher und zu Sonderverhandlungen geneigt. Der Gegner, Österreich, nicht ohne Hoffnung auf eine Besserung seiner Lage, insbesondere ewig bemüht, am Ende doch noch die Seemächte auf seine Seite zu ziehen. Und diese selbst, kriegsunlustig wie sie waren, doch dauernd bestrebt, als Vermittler, wenn auch als unerbetene, das Friedenswerk in die Hand zu bekommen. Unter diesen Umständen hatte Fleury seit Monaten die Fäden nach Wien hinübergewoben zu einer direkten Verhandlung mit dem Kaiserhofe. Man hatte sich vorsichtig einander genähert, ohne die Organe des Diplomatischen Dienstes in Bewegung zu setzen. Die Leute des Prätendenten, ein päpstlicher Nuntius in Brüssel, der Papst selbst, ein deutscher Graf Wied, sie werden genannt als die geräuschlos handelnden Organe einer in aller Heimlichkeit angeknüpften Unterhandlung¹⁾. Noch ist keine Entscheidung gefallen, man hat die Hände noch frei, man kann sich jederzeit zurückziehen. So ist die politische Lage. Da tritt als ein neues Moment die Fahrt der britischen Flotte nach Lissabon hinzu. Niemand außer Walpole selbst ahnte wohl damals die absolute Harmlosigkeit dieser militärischen Geste, und man versteht es vollkommen, wenn durch sie der Kardinal Fleury in dem Entschluß befestigt wurde, so rasch als möglich den Sonderfrieden mit Österreich zu schließen.

Gewiß war es nicht gerade diese Lösung, was Walpole sich

¹⁾ Die Anfänge dieser Verhandlungen sind jetzt aktenmäßig völlig aufgeklärt durch Vaucher, Rob. Walpole et la politique de Fleury, p. 144ff.

gewünscht hätte. Im englischen Interesse hätte es gelegen, wenn die Seemächte als Vermittler, als Friedensstifter erschienen wären, sei es auf einem Kongreß, sei es in freier diplomatischer Aktion. Aber die Hauptsache blieb doch, daß der Krieg aufhörte, daß England also nicht mehr in denselben verwickelt werden konnte. Und um so besser, wenn dieses Ergebnis noch von einer gewissen Kraftentfaltung des neutralen England begleitet war oder gar dadurch bewirkt zu sein schien.

Das erste Ergebnis der englischen Flottensendung war es, daß sowohl Spanien wie Portugal sich bereit erklärten, ihren Streit durch die gemeinsame Vermittlung Frankreichs und der Seemächte entscheiden zu lassen. Auch dies war nicht ohne ärgerliche Auseinandersetzungen erreicht worden, nicht ohne daß sowohl Spanien wie Frankreich die Rückberufung der britischen Flotte als Vorbedingung gefordert hatten¹⁾.

Doch mußten sie sich zufrieden geben mit beruhigenden Erklärungen Englands über den friedlichen Charakter der Expedition²⁾. Im September 1735 erhielt man in London die Nachricht³⁾, die Vermittlung sei angenommen, der friedlichen Beilegung des spanisch-portugiesischen Streitfalls stehe nichts mehr im Wege. Die britische Flotte aber verblieb vor der Mündung des Tajo.

* * *

Im Sommer 1735 weilte Georg II. in Hannover. Das Ende des Krieges war noch nicht abzusehen und erst allmählich drang die Kunde von den in Wien heimlich und separat zwischen Frankreich und Österreich begonnenen Verhandlungen in weitere Kreise.

Die Sorge, trotz aller Vorsicht noch in den Kampf verwickelt zu werden, lastete schwer auf den englischen Staatsmännern. Da ward in Hannover noch der Versuch gemacht, das seit der Thronbesteigung Georgs II. so wenig freundliche Verhältnis zum preußischen Staate zu verbessern, um auch an diesem einen Rückhalt zu gewinnen. Lord Harrington suchte im Gespräch

¹⁾ Vgl. Vaucher, a. a. O. 179.

²⁾ Coxe, Rob. Walpole 1, 459.

³⁾ Borcke, 25. September 1735. G. St. A.

mit dem Gesandten v. Borcke, Preußen gleichsam aus seiner Reserve herauszulocken und wünschte einen preußischen Bündnisvorschlag zu hören. Er kommt immer wieder darauf zurück, er fragt, ob Borcke keine Briefe, keine Befehle erhalten habe. „Ich erwarte keine solchen Befehle“, erwidert der Gesandte, und meint, wenn England diese Absichten habe, so möge es doch einen Vertrauensmann nach Berlin schicken. Das würde zu lange dauern, sagt Harrington, „ich hoffe, Sie werden bald Aufträge erhalten.“ Aber statt dessen kommt nun eine entschiedene Ablehnung von seiten Friedrich Wilhelms. „Nichts antworten“, so schreibt er eigenhändig unter Borckes Bericht, „als so sie was versuchen wollten, sollten sie bei mir suchen, ich suche nichts.“ Und nun haben seine Minister die angenehme Aufgabe, den Kernspruch ihres Herrn umzugießen in die urbanere Ausdrucksweise eines königlichen Reskripts an den Gesandten. Der englische Annäherungsversuch aber war gescheitert. Der gewohnte englische Stolz, höhnte Borcke, wird nun wohl geringer werden, wenn erst die Verbündeten anfangen, eine deutlichere Sprache zu reden und zu zeigen, *que l'Angleterre ne se fait ni aimer ni craindre*¹⁾.

Nach einigen Tagen ward zwischen Hannover und Zelle eine große Jagd veranstaltet, zu welcher auch der kursächsische, nicht aber der preußische Gesandte eine Einladung erhielt. Man hatte aber trotzdem auf seine Teilnahme gerechnet. Doch Borcke gab auf die Frage, warum er nicht gekommen, die giftige Antwort, er sei ja nicht geladen worden, und so wollte er nicht durch sein Erscheinen die Sorge wachrufen, als ob es ihm darauf ankäme, mit großer Jagdbeute abzuziehen. „Er hat recht geantwortet“, lautete darauf der Bescheid Friedrich Wilhelms I.²⁾. Als aber eben damals, im Juli 1735, der französische Gesandte am englischen Hofe, der Georg II. nach Hannover gefolgt war, einen Abstecher nach Berlin machte, gewiß nicht ohne politische Absichten, aber ohne jeden Erfolg, ward man in Hannover von neuem besorgt. Borcke konnte dem englischen Staatssekretär ehrlich versichern, daß er den Zweck dieser Reise nicht kenne

¹⁾ Berichte Borckes aus Hannover, 10. Juli 1735, mit eigenhändiger Bemerkung Friedrich Wilhelms. — Reskript an Borcke, Berlin, 16. Juli 1735. — Borcke, 17. Juli 1735. G. St. A.

²⁾ Borcke, 24. Juli 1735. G. St. A.

und erhielt für solche Verschlossenheit wiederum das Lob seines Königs und wieder mit der Klage, daß der englische Hof es nicht über sich gewinnen könne, auch das kleinste Zeichen freundschaftlicher Gesinnung zu geben¹⁾.

Bald wird Harrington dringender, er versucht, eine neue Tonart anzuschlagen. Wenn man in der klassischen Zeit der Diplomatie den Wunsch hat, in der Verhandlung mit einem andern den Mann einmal gründlich auszuhorchen, so sagt man: Erlauben Sie mir einmal, nicht als Minister, sondern als Freund zu Ihnen zu reden. Der andere tut überrascht und geht erfreut auf die liebenswürdige Form ein. Man spricht wirklich ein wenig freier, man sagt sich lächelnd einige Wahrheiten ins Gesicht, die man bisher verschwiegen hat, aber man vergibt sich nichts und man verrät auch keine Geheimnisse, denn jeder weiß, daß der andere die Sache so wenig diskret bedandeln wird wie er selbst, ja daß den beiderseitigen Auftraggebern jedes gesprochene Wort getreulich gemeldet wird. So will auch Harrington als Freund und nicht als Minister reden. „Und nun sagt er“, „teilen Sie mir doch bitte einmal Ihre Meinung und Ihren Rat mit.“ „Wenn Sie es wünschen, erwidert Borcke, so werde auch ich als Freund und ohne jeden Zwang reden.“ Nun denn, so fährt er mit verblüffender Offenheit fort, „der König, mein Herr, ist in der angenehmen Lage, Ihr Bündnis entbehren zu können. Er will als christlicher Fürst natürlich in Ruhe und Frieden mit Ihnen leben. Er will, daß Freundschaft und Hochachtung zwischen den beiden Königen bestehe, denn sie sind Nachbarn und nahe Verwandte. Aber weiter möchte er, um alle Kollisionen zu vermeiden, sich mit Ihnen nicht einlassen. Wollten wir Verträge miteinander schließen, so würde die Komödie vielleicht ein schlechtes Ende nehmen.“ „O nein, sagte der Engländer, solche Zweifel dürfen Ihnen gar nicht aufsteigen, wir werden die besten Freunde sein. Aber kommen wir zur Sache. Unter welchen Bedingungen würde denn wohl der König, Ihr Herr, in eine engere Verbindung mit uns eintreten? Was könnten wir wohl tun, um ihm zu gefallen?“ Aber darauf kann Borcke nicht antworten, denn das müsse man seinen König selbst fragen²⁾.

¹⁾ Borcke, 31. Juli. Friedrich Wilhelm an Borcke, 6. August 1735. G. St. A. Vgl. Droysen 43, 266.

²⁾ Borcke, 7. August 1735. G. St. A.

Als die Minister Friedrich Wilhelms I. den Bericht Borckes lesen, klangen ihnen die von Harrington angeschlagenen Töne doch gar zu verlockend, als daß man es nicht einmal mit den Engländern versuchen sollte. Sie sprachen ihre Meinung in einer Eingabe an den König aus. Wollen die Engländer unsere Wünsche wissen, so etwa ist der Sinn dieser Eingabe, nun so mögen sie doch erklären, wie weit sie für die besonderen preußischen Interessen einzutreten, und was sie etwa für die Ansprüche Friedrich Wilhelms auf das Herzogtum Berg, auf die Nachfolge in Jülich und Ostfriesland zu tun bereit wären. Durch ihre Antwort wird ja, falls sie es nicht redlich meinen, „ihre Falschheit sich bald demaskieren“. Meinen sie es aber aufrichtig, so möge man sich doch zu einem Freundschaftsvertrage bereit erklären, den abzuschließen die Engländer einen Vertrauensmann nach Berlin schicken könnten. Und wenn es auch nur ein bloßer Freundschaftsvertrag wäre, der dem Könige nicht die Hände binden würde, so müßten doch die Wirkungen eines solchen in ganz Europa sich zeigen. Die Verbindung der Seemächte mit Preußen würde den Weltteil beherrschen, sie würde die Entscheidung bei dem kommenden Friedensschluß in der Hand halten, sie würde den Kaiser in seiner Not erretten und auch „das evangelische Wesen“ im Reiche und außerhalb desselben in eine sichere und glückliche Lage versetzen¹⁾.

Betrachten wir die politische Lage Europas, wie sie in dem Augenblicke war, als in Berlin diese Erwägungen gepflogen und dem Könige Friedrich Wilhelm zur Entscheidung vorgelegt wurden. Schon weilte der Vertrauensmann Fleurys in Wien, die französisch-österreichischen Verhandlungen hatten in aller Heimlichkeit begonnen, und wir werden sehen, daß sie auch vom Kaiser mit einer gewissen Freiheit der Bewegung zu Ende geführt und zu einem noch leidlich günstigen Abschluß gebracht wurden. Das Bild wäre ein anderes gewesen, wenn jene eben genannte Gruppe, Preußen und die Seemächte, sich zu einem festen Block zusammengeschlossen hätten. Daß England nach diesem Ziele strebte, haben wir erfahren. Aber auch preußische Staatsmänner haben es gewollt. Vielleicht wäre die Wiener Verhandlung gesprengt, vielleicht wären die kriegführenden

¹⁾ A. B. v. Borck, Podewils, Thulemeier an Friedrich Wilhelm I., 12. Aug. 1735. G. St. A.

Staaten vor das Forum eines Friedenskongresses gezwungen worden, und sicherlich würde die Stellung der Neutralen eine stärkere gewesen, ihr Ansehen in Europa besser behauptet worden sein, als wie es in der Folge geschah.

Der König von Preußen allein hat dies verhindert. Seine Randbemerkung auf die Eingabe der Minister entschied alles. Sie lautet wörtlich: „Sollen Harrington beantworten, wie Borcke schon getan hat, daß ich als ein Christ des Königs und der Königin Diener wäre und alles Heil und Segen wünschte, nur nicht *à mes dépenses*, aber weder im Guten noch im Schlimmen nichts mit sie zu tun habe, davor würde mir hüten nicht in *collasion* zu kommen, das nur *partienlair tractate* und *real* Verbindung nicht die italienische Komödie daraus erfolge, also wollte alles anwenden, dieses zu vermeiden. Fr. Wilhelm.“ Die Minister mußten sich fügen, Preußen versagte seine Mitwirkung bei der von England vorgeschlagenen Aktion. So nahmen die Dinge ihren Lauf. Preußens Politik hatte die für die späteren Jahre Friedrich Wilhelms charakteristische Schwäche bewiesen, sie hatte von neuem an Ansehen in Europa verloren, sie hatte die Gelegenheit versäumt, die Rolle des Schiedsrichters im Norden zu spielen¹⁾. Für England aber war die letzte Möglichkeit geschwunden, ein entscheidendes Wort in der europäischen Krisis zu reden.

Wie so ganz persönlich tritt uns hier die Politik dieses preußischen Monarchen entgegen. Königlicher Absolutismus, so hart, so unbeugsam und dabei so wenig sachlich, so voller Leidenschaft, beherrscht von Neigung und Abneigung. In dem absolutistischen Frankreich machen die Fleury und Chauvelin die auswärtige Politik, und von der Meinung Ludwigs XV. hört man nicht allzuviel. In Preußen sind die Borcks, Podewils und Thulemeier nur die Handlanger des Monarchen; seine Politik führt er allein. Aber in seiner Seele kämpfen Haß und Liebe, Reichstreue und preußischer Stolz, Staatsinteresse und Verwandteneifersucht miteinander. Dieses Mal waren seine Minister die ruhiger Urteilenden, die besseren Anwälte der Sache Preußens gewesen. Sie haben die entgegengestreckte Hand Englands ergreifen wollen, der König hat sie zurückgestoßen.

¹⁾ Vgl. Droysen, Preuß. Politik 4, 3, 278.

Er hat die volle Verantwortung und will sie mit niemandem teilen. Auch die Bitterkeit der Reue trägt er allein. Von dem Ausgang des polnischen Thronfolgekrieges enttäuscht, hat er einige Monate später, um sich gegen die ihm von Österreich gemachten Vorwürfe zu verteidigen, seine ganze Politik seit 1725 in einer von ihm selbst diktierten Denkschrift, der *species facti*, geschildert¹⁾. Preußen hat Undank geerntet, das ist der Hauptinhalt dieser Schrift. Doch redet Friedrich Wilhelm nur von dem, was er getan, nicht von den Unterlassungen seiner Politik. Daß er noch 1735 eine Verbindung mit England hätte schließen können, die vieles verändert haben würde, wird verschwiegen, denn in den Augen der Österreicher hätte sein Tun alsdann nur noch härteren Tadel verdient. Und so hat der Wiener Hof von dem, was sich in Hannover zugetragen, gewiß niemals ein Wort erfahren.

Welchen Platz die geschilderte Episode im Rahmen der englischen Politik einnimmt, ist nicht leicht zu sagen, denn die englischen Quellen schweigen darüber. Man hört genug von Verhandlungen, die über die Friedensfrage von englischen Diplomaten in Paris, in Wien, im Haag geführt werden. Und Robert Walpole selbst hat nachdenkliche Betrachtungen über die politische Lage niedergeschrieben²⁾. Die Hauptsache ist ihm das treue Zusammenhalten der Seemächte, denn nur so kann man bei Frankreich Eindruck machen. Von Preußen spricht Walpole nicht. Doch konnte eine Stärkung des Bundes der Seemächte durch den Beitritt Preußens ihm nur erwünscht sein, und er würde die angenehme Neuigkeit wohl freudig begrüßt haben. Daß übrigens Harrington nur aus eigenem Antriebe gehandelt habe, wird nicht anzunehmen sein. Gewiß war alles mit dem Könige vereinbart, und so haben wir es vielleicht mit einem Stückchen persönlicher Politik Georgs II. zu tun, wie er sie in der freieren Luft von Hannover so viel eher wagen durfte, als in der schwerer auf ihm lastenden Londoner Atmosphäre.

* * *

Unterdessen war, wie schon angedeutet, die in Wien angeknüpfte separate Verhandlung zwischen Frankreich und Österreich

¹⁾ Abgedruckt bei Droysen IV, 4, 451 ff.

²⁾ Abgedruckt bei Coxe, Rob. Walpole (1798) 3, 270 ff.

in vollem Gange. Sie endete mit dem Abschluß eines zwischen diesen beiden geschlossenen Präliminarfriedens, dessen wichtigste Bedingungen übrigens längst feststanden. In Italien die Überlassung von Neapel und Sizilien an den Bourbonenprinzen Don Carlos, während Parma und Piacenza und Toscana an das Haus Österreich fallen sollten. Das von den Franzosen besetzte Lothringen soll Frankreich verbleiben, doch soll es zunächst dem Schwiegervater Ludwigs XV., dem aus Polen verdrängten Stanislaus Leszcynski gegeben werden, um erst nach seinem Tode in aller Form an Frankreich zu fallen. Die Gegenleistung Frankreichs aber bestand in der Garantie der Pragmatischen Sanktion. Es war die letzte der europäischen Sicherungen, die dem Hausgesetz Karls VI. zu teil wurden.

Der Abschluß dieses Präliminarfriedens kann als ein Meisterstück der Politik Fleurys bezeichnet werden. Es war, sagt Lodge, die Antwort auf den Wiener Frieden von 1731. Obwohl glimpflich für Österreich hat dieser Abschluß doch in Wien schwer enttäuscht. Ein Brief, den Bartenstein noch vor der Unterzeichnung an Kinsky schrieb¹⁾, klingt wie der Schmerzensschrei des Mannes, der doch das Hauptwerkzeug gewesen. „Neapel und Sizilien, zwei so ansehnliche Königreiche zu verlieren!“ „Das europäische Gleichgewicht liegt in den letzten Zügen!“ „Ich würde mein bisheriges Handwerk willigst aufgeben!“

Bei den Verhandlungen hatte der Franzose La Baune eine ähnliche Rolle in Wien gespielt, wie vor 10 Jahren Ripperda, der Bevollmächtigte Spaniens. Das Geheimnis aber blieb nicht lange gewahrt, und die Wiener Verhandlung erregte bei den Verbündeten Frankreichs, ebenso wie bei den Seemächten, einen Sturm der Empörung. Denn dieses Mal hatten ja die beiden Militärmächte Österreich und Frankreich, einander die Hand gereicht und wollten dem übrigen Europa das Gesetz diktieren. In Hannover, wo der englische König im Sommer 1735 weilte, fanden erregte Auseinandersetzungen statt. Der ebenfalls anwesende Kinsky hatte seine liebe Not, vor dem Könige und den englischen Ministern die Friedenstat Österreichs zu verteidigen und zu beschönigen. Wenn Georg II. bedauernd erklärte,

¹⁾ Undatiert, in Bartensteins Handschrift. Schreiber und Empfänger nicht genannt, aber unschwer zu erraten.

England habe ohne Holland am Kriege nicht teilnehmen können, so antwortete ihm der Österreicher, die Welt sähe es anders an, nämlich so als ob die englischen Staatsmänner — und er nannte Horace Walpole mit Namen —, und die „Übelgesinnten“ in Holland gleichsam „einer dem andern den Ballen zugeworfen“ hätten ¹⁾. Da braust der König auf und schließt seine Rede mit den Worten: „Er mag sagen, was er will, die Sache läßt sich nicht zwingen“ ²⁾. Lord Harrington sprach verächtlich von der separaten Verhandlung in Wien und daß ein dort geschlossenes Abkommen ohne die Garantie der Seemächte, ja doch keinen Bestand haben könnte, was Kinsky natürlich leugnet. Und dann folgte eine ärgerliche Auseinandersetzung über das *aequilibrium Europae*. Den Engländern, behauptete Kinsky, sei es nur darauf angekommen, dem Parlamente gegenüber nicht ganz unbeteiligt an der Verhandlung zu erscheinen, sondern „der Nation einen blauen Dunst vor die Augen zu machen“ ³⁾.

* * *

So unfreundlich dies klingt, so war doch ein Körnchen Wahrheit darin. Gewiß, man hätte es lieber gesehen, wenn der Friedensschluß nicht so ganz ohne Zutun Englands erreicht worden wäre. Wie gern hätte man der Welt die frohe Botschaft verkündigt: der Krieg ist zu Ende und England ist der Friedensstifter. Auch so, meinte der Gesandte Preußens, werden „die englischen Minister nicht ermangeln, gegen die Nation alles *meritum* davon sich beizulegen“.

Die Art des Friedensschlusses rief aber bei der englischen Regierung auch gewisse Sorgen wach. Als im Dezember 1735 von Wien und Paris aus der Wortlaut der Präliminarien in London offiziell mitgeteilt worden, fürchtete man, daß noch zwei geheime Artikel mit bösem Inhalt existierten, die man sorgfältig verschwiegen habe, der eine vielleicht die Wiederaufrichtung der Kompagnie von Ostende, der andere Gibraltar betreffend. Schon ward im *Privy Council* eine Proklamation beschlossen, welche auf Grund eines längst erlassenen Gesetzes alle Engländer an

¹⁾ Kinsky an Karl VI., Hannover, 20. Juli 1735. W. St. A.

²⁾ Ders. an dens., Handschreiben vom selben Datum.

³⁾ Ders. an dens., 29. September 1735. W. St. A.

das Verbot erinnerte, auf fremden Schiffen zu dienen oder in auswärtigen Handelskompagnien Geld anzulegen. Aber auch diese Sorgen waren bald geschwunden, als die Höfe von Wien und Paris noch ausdrücklich die feierliche Versicherung abgaben, daß zwischen ihnen keinerlei Vereinbarungen getroffen seien, die den Interessen der Seemächte zuwiderliefen ¹⁾.

Bei dieser Gewißheit beruhigte man sich gern. Denn es war nicht die Art der englischen und vollends nicht der Walpole'schen Staatsräson, sich allzu weit aus dem Gesichtskreis des englischen Interesses hinauszubegeben, um ein europäisches Gemeingefühl zu Worte kommen zu lassen. Der Druck, der auf vielen Staatsmännern des Auslandes lastete, als sie in der alle überraschenden Verbindung von Österreich und Frankreich eine schleunige „Revolution in dem ganzen System von Europa“ zu erkennen meinten, als sie fürchteten, daß es nach dieser Vereinigung „der beiden mächtigsten Häuser von Europa“ „mit der Freiheit des Überrests, besonders des protestantischen Wesens so gut als getan sei“, diese lastende Sorge wird in England nicht empfunden. Der König von Preußen war es, der in den Weisungen an seine Gesandten in London wie im Haag ²⁾ den Vorschlag machte, alle protestantischen Mächte sollten sich zusammenschließen zu gemeinsamer Verteidigung des Gleichgewichts und der religiösen Freiheiten von Europa? In Holland trafen solche Rufe vielleicht auf ähnliche Stimmungen, in England wirkten sie nicht mehr. Welch' ein starkes Echo würden sie wohl einst am Hofe Oliver Cromwells geweckt haben. In dem neuen England aber herrschten nicht die Ideen des Protektors, und für den Plan eines großen Protestantensbundes hätte ein Walpole kein Verständnis gehabt.

So atmete denn die Thronrede, mit der Georg II. am 15. Januar 1736 die neue Session des Parlaments eröffnete, den Geist froher Genugtuung und der Erleichterung nach überstandener Gefahr. Es war gelungen, den Verlauf der Ereignisse so wiederzugeben, daß man fast an einen Erfolg der englischen Politik glauben konnte. Der Pazifikationsplan ist zwar gescheitert und das Drängen der Seemächte auf Abschluß eines Waffenstillstandes ist umsonst gewesen. Aber unterdessen ward die

¹⁾ Borckes Berichte vom 19., 23., 26. Dec. 1735. G. St. A.

²⁾ Friedrich Wilhelm an Luisius, 24. Dec. 1735. An Borcke vom selben Datum. G. St. A.

Kriegsfurie besänftigt, der Kaiser und der allerchristlichste König schritten zur Verhandlung, einigten sich auf die Artikel eines Präliminarfriedens und alle Kämpfenden schlossen einen Waffenstillstand. Sodann teilten die beiden kontrahierenden Regierungen, eingedenk der guten Dienste, die die Seemächte geleistet, diesen die Präliminar-Artikel mit und baten um ihre Verwendung zur Herstellung des allgemeinen Friedens. Und da sich bei der Prüfung dieser Artikel ergeben hat, daß dieselben mit jenem Pazifikationsplan im Wesen übereinsimmen, so hat der König von England seine Zustimmung zu den Präliminarien ausgesprochen und sich zur Mitwirkung beim Friedenswerke bereit erklärt. Am Schlusse aber klingt die Thronrede aus in die Mahnung, jener Geist der Mäßigung, von dem die streitenden Fürsten erfüllt gewesen, möge nun auch das englische Volk beseelen, und es vermögen, seine eigenen inneren Zwistigkeiten zu verbannen.

Aber so schön das alles klang, so fühlte doch die ewig wachsame und lauernde Opposition die Schwächen in der Haltung der Regierung deutlich heraus.

Hier ist auch ein Wort zu sagen über die Haltung der Opposition im Parlamente. Sie war merkwürdig zurückhaltend gewesen in der Zeit dieser europäischen Krisis. Sie wartete und wartete, ehe sie sich erklärte, auf eine klare Stellungnahme der Regierung.

Wie zwei Kämpen in Ruhestellung, jeder den Angriff des andern erwartend und entschlossen, jede Blöße, die der andere sich geben wird zu benutzen, so standen Regierung und Opposition lauernd einander gegenüber. Keiner von beiden Teilen enthüllt seine Pläne. Einmal, im Jahre 1734, hatte Walpole den Versuch gemacht, den Gegner aus seiner Reserve herauszulocken, ihn zu zwingen, sich einmal offen für oder gegen den Krieg auszusprechen. Walpoles Bruder Horace verfaßte ein anonymes Pamphlet in der Form eines Briefes an den *Craftsman*, in dem der Herausgeber gescholten wird und aufgefordert, sein Schweigen zu brechen und doch endlich Stellung zu nehmen in der wichtigen auswärtigen Frage. Oder will er nur warten bis die Regierung gehandelt hat, um sich dann mit seiner Kritik als den besseren Politiker aufzuspielen? Also, heraus mit der Sprache! Drei Wege sind offen: die Neutralität, der Krieg an der Seite Karls VI. und

ein kurzer Aufschub der Entscheidung. Welchen der drei Wege empfiehlt der *Craftsman*?

Der Vorwurf war berechtigt. Der *Craftsman*, der sich überhaupt nur selten auf das Gebiet der europäischen Politik hinauswagte, hatte seit Monaten kein Wort mehr über die auswärtigen Fragen gesagt, hatte seit dem Beginn des polnischen Thronfolgekrieges zwar über die Accise, über die Dauer der Parlamente geschrieben, hatte eine dreizehn Nummern füllende Abhandlung über die Parteien gebracht, aber seine Leser völlig im Dunkel gelassen über den gegenwärtigen Krieg und keinerlei Meinung darüber abgegeben, was England in dieser Krisis tun solle. Kein Zweifel, er wollte wirklich zuerst die Regierung handeln lassen, dann den weisen Mann spielen und mit seiner Kritik hervorbrechen. Nun mußte er wohl oder übel auf die Anzapfung der Walpoles antworten. Er begann mit der spöttischen Erklärung: „Der Brief ist eine so hübsche Mischung von horatianischem Witz mit etwas „Robert-Sauce“ darüber gegossen, daß niemand über die Verfasser im Zweifel sein kann. Aber über solche sarkastischen Reden, über allgemeine Erörterungen der finanziellen Seite des Krieges, über historische Reminiscenzen kam er nicht hinaus, und wer diese Nummer 396 des *Craftsman* bis zu Ende gelesen hat, weiß immer noch nicht, ob der Verfasser nun dem Kriege oder dem Frieden das Wort hat reden wollen. Eine positive Forderung ist nicht darin enthalten, außer der oft gehörten nach gründlicher Aufklärung der Nation, nach Darlegung der *Causes and occasions* der ganzen Krisis, d. h., wie wir heute sagen, nach Veröffentlichung eines außenpolitischen Blaubuchs. Und wenn ein fremder Diplomat erklärte, es handle sich in dem literarischen Streite eigentlich nur um die Frage, ob der Utrechter Friede, oder die Verträge von Hannover, Sevilla und Wien als die Quelle der gegenwärtigen Krisis anzusehen seien, so sagte das genug über den harmlosen Charakter dieses Federkrieges. Die Hintermänner des *Craftsman* hatten sich zwar aus ihrer Zurückhaltung nicht herauslocken lassen, jetzt aber auch den Vorwurf auf sich geladen, daß sie ein außenpolitisches Programm einfach deshalb nicht gaben, weil sie selber keines besaßen. Auch mit diesem Ergebnis durfte Walpole zufrieden sein.

* * *

Als nun, wie erwähnt, am 15. Januar 1736 der König die Thronrede gesprochen, da schien mit einem Male auch der Opposition die Zunge gelöst. Das Spiel war zu Ende, der Friede in Europa hergestellt, und die Regierung wollte für ihre Haltung gelobt sein. Schon waren in beiden Häusern des Parlaments die Dankadressen vorgeschlagen. Sie bewegten sich in starken Ausdrücken und betonten die Wirkungen der außerordentlichen Bewilligungen der letzten Jahre. Das führte bei den Lords zu einer heftigen Debatte. Die Gegner tadelten zunächst die seit ein paar Jahren neu aufgekommene Praxis, den Adreßantrag sofort zu stellen, sobald der König das Haus verlassen und noch ehe man die Zeit gefunden habe, den Wortlaut der Thronrede zu prüfen¹⁾. Viel ernster als diese Formfrage wog die sachliche Kritik, die an der nun vor aller Augen offen daliegenden Politik der Regierung geübt wurde. Die Argumente waren etwa die folgenden: Statt von erfüllten Hoffnungen zu reden, sollte man lieber sagen, durch das geheimnisvolle Wirken der Vorsehung und ohne Englands Verdienst ist zwar ein Friede zustande gekommen, aber ein für England keineswegs günstiger Friede. Sollen etwa die 6 bis 7000 Mann, die unserer Armee hinzugefügt wurden, die Entscheidung herbeigeführt haben? Oder, wie können wir behaupten, England habe dazu beigetragen, daß Frankreich sein Programm in Polen fallen ließ, da doch alle Welt weiß, daß wir nicht ein einziges Schiff in die Ostsee gesandt haben? Und weiter: ist es nicht fast beleidigend, anzunehmen, der König habe mitgeholfen, ganz Lothringen an Frankreich zu bringen und sollen wir etwa unserer Freude Ausdruck geben über diese unheimliche Vergrößerung des französischen Staates?

Aber auch die Erwiderung war treffend und sachlich zugleich. Gewiß, so etwa sprachen die Leute von der Regierung (die Namen sind uns leider nicht überliefert), die 6 bis 7000 Mann bedeuteten noch keine Bedrohung Frankreichs, aber immerhin zeigten sie, zusammen mit anderen Maßregeln, und man wies besonders auf eine mit Dänemark geschlossene Militärkonvention hin, daß England entschlossen war, eher selbst in den Krieg einzugreifen,

¹⁾ Dasselbe war schon im Januar 1734 geschehen und, wie es scheint, ohng daß man Anstoß daran genommen hätte (Parl. Hist. 9, 184), während es ein Jahr später in der Adreßdebatte bereits gerügt wurde) Parl. Hist. 9, 646).

als eine Störung des europäischen Gleichgewichts zuzulassen. Schon die Ausrüstung und Bereithaltung der Flottengeschwader habe ihre Wirkung getan in Italien wie in Polen.

Das Ergebnis der Redeschlacht, die bei den Lords stärker getobt hat als bei den Commons, war, wie voruaszusehen, der Sieg des Ministeriums. Die beantragten Adressen wurden mit allen für den König und die Minister so schmeichelhaften Wendungen mit großen Mehrheiten in beiden Häusern angenommen. Ein großer Erfolg war erzielt. Englands Politik während des polnischen Thronfolgekrieges hatte die Billigung des Parlaments gefunden.

* * *

Wenn nun das englische Kabinett entschlossen war, weder gegen die Tatsache, noch gegen den Inhalt des französisch-österreichischen Präliminarfriedens eine Opposition zu führen, so ergab sich daraus auch die Haltung, die es einnehmen mußte, falls die enttäuschten Verbündeten Frankreichs den Versuch machen würden, mit Hilfe Englands oder gar beider Seemächte das ihnen verhaßte Friedenswerk zu sprengen. Versuchungen dieser Art traten sofort an die englischen Politiker heran. Die Spanier hätten ihren Siegeszug auf der Apenninen-Halbinsel gar zu gern noch mit der Eroberung Mantuas, des letzten Bollwerks der Österreicher, gekrönt. Und nun sollten sie zwar Unteritalien behalten, dafür aber Parma, Piacenza und Toscana dem Hause Habsburg überlassen, das also trotz seiner Niederlagen noch eine machtvolle Stellung in Italien behalten würde. Als Elisabeth Farnese von der Unterzeichnung der Präliminarien erfuhr, beschied sie sofort den englischen Gesandten zu einer Audienz. Sie erklärte, England habe ja ihrem Hause den Besitz von Parma, Piacenza und Toskana garantiert. Nun, so möge es jetzt dem Vertrage entsprechend handeln. Und in London überreichte Montijo eine Note, die nichts Geringeres bezweckte, als eine gemeinsame Aktion der beiden Staaten herbeizuführen. Es hat im britischen Kabinette nicht an Stimmen gefehlt, die dafür sprachen, man solle die dargebotene Hand Spaniens ergreifen. Aber es ist auch verständlich, wenn Robert Walpole für einen solchen Schritt nicht zu haben war. Und er was es, der das letzte Wort zu sprechen hatte, auch in der auswärtigen

Politik. Nur er besaß das volle Vertrauen des Königs. Lord Waldegrave, der Gesandte in Paris, der amtlich mit dem Herzog von Newcastle, dem Staatssekretär, zu korrespondieren hat, vertraut doch die letzten Geheimnisse nur den Briefen an, die er an Walpole persönlich richtet. Sie gehen zwar durch Newcastles Hand, der aber muß sie uneröffnet dem Könige zustellen, um sie von diesem, kränkender Weise versiegelt, zurückzuerhalten, zur Beförderung an den Premier¹⁾.

Genug, wir hören zwar von langen und erregten Debatten im britischen Kabinett über den Wortlaut der nach Spanien zu sendenden Erklärungen, aber auch, daß Walpoles Wille entscheidet. Er fordert zunächst, der Präliminarfriede solle ausdrücklich bezeichnet werden als „ein ohne Zustimmung Englands begonnener und ohne seine Teilnahme geschlossener Vertrag.“ Man könnte, scherzt Hervey, mit der Aufzählung alles dessen, was in zehntägiger Debatte allein über die Bedeutung des einen Wortes *participation* vorgebracht wurde, ebenso viele Bände füllen, wie die Philologen es schon mit den umstrittensten Stellen bei Homer und Horaz getan haben.

Die von Walpole gewünschte Fassung wurde wirklich beschlossen. Er war sich wohl bewußt, daß er es der Opposition im Parlament damit leicht machte, über die Regierung zu spotten, die selber eingestand, daß sie an einer so wichtigen europäischen Entscheidung keinerlei Anteil gehabt habe. Aber es kam ihm mehr darauf an, allen Vorwürfen Spaniens gegenüber die Unschuld Englands zu beteuern, dann aber auch mit aller Entschiedenheit die Zumutung abzulehnen, jetzt noch auf die Garantie von Toscana, Parma und Piacenza zurückkommen zu sollen. Denn England habe ja auch dem Kaiser Neapel und Sizilien garantiert. Allein inzwischen habe der Krieg die Lage Italiens so völlig verändert, daß die eine Garantie ebenso hinfällig sei, wie die andere. Überhaupt könne England umso weniger den geschlossenen Vertrag mißbilligen, da er ja inhaltlich wesentlich übereinstimme mit dem von den Seemächten selbst vorgeschlagenen Pazifikationsplan. So etwa mußte Keene zur Königin Elisabeth reden, und in diesem Sinne waren auch die Noten abgefaßt, die in London und Madrid den Organen Spaniens

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole 3, 300.

überreicht wurden. Es war das letzte Wort, das Walpole in der großen europäischen Angelegenheit sprach. Er hatte zum letzten Mal der Zumutung widerstanden, mit seinem England in den Streit einzugreifen.

* * *

Das Weitere ergibt sich fast von selbst. England war von nun an auch ehrlich bemüht, Frankreichs Bundesgenossen, Spanien und Sardinien zum Beitritt zu bewegen. Es gelingt. Man kann auch nicht sagen, daß England sich in der Epoche des polnischen Thronfolgekrieges im ganzen schwach gezeigt habe. Es hat durch seine Haltung, wobei auch die vor Lissabon erscheinende Flotte nicht zu vergessen ist, im Grunde erreicht, was das englische Interesse zu fordern schien: ein neues Gleichgewicht in Europa, bei dem Englands Bedeutung unverändert blieb. Dieses Gleichgewicht schien durch den Ländertausch und den Dynastienwechsel in Italien hinlänglich gesichert. Die spanischen Bourbonen sollten auf Unteritalien beschränkt und durch Österreich, das in der Mitte der Halbinsel gestärkt und durch Frankreich, das in der Mitte der Halbinsel geschwächt wurde, hinlänglich in Schach gehalten werden. Daß Frankreich durch die in Aussicht genommene Erwerbung Lothringens seine Grenzen gegen Osten verschieben durfte, schien noch erträglich, und an der für Polen gefundenen Lösung waren die Seemächte überhaupt nicht interessiert.

Der historische Verlauf der Krisis fordert von uns zum Schlusse noch ein Urteil über den Wert und die Berechtigung der Politik Walpoles. Man mag die Zähigkeit und das Geschick bewundern, wie er, über die Köpfe der verantwortlichen Minister, Newcastle und Harrington, hinweg, sein Ziel verfolgte, mehr noch, wie er in den aufreibenden Szenen im Palast und im Kabinett seinen Standpunkt behauptete und an seiner Politik festgehalten hat. War aber diese Politik vom englischen Standpunkt aus die richtige, oder war die Neutralität ein Fehler?

Wären nicht, so ist gesagt worden, die schweren Kriege der folgenden Jahrzehnte vermieden worden, wenn nicht England die Erstarkung Frankreichs und des Hauses Bourbon im polnischen Thronfolgekriege zugelassen hätte?¹⁾ Ich kann mich von

¹⁾ Ich weiß, daß eine Reihe von Autoren, mit Coxe beginnend, so geurteilt hat. Zuletzt hat noch Richard Lodge, einer der besten Kenner des

der Richtigkeit dieser Argumentation nicht überzeugen. Für Walpole war das Gebot des Augenblicks entscheidend. Er sah keinen dringenden Grund, um teilzunehmen und die aufblühende Wirtschaft von England zu gefährden. Was ihn an den europäischen Fragen interessierte, war die Wahrung des Gleichgewichts. Das ewig wankende, ewig gefährdete, oft gestörte und immer wieder hergestellte Gleichgewicht, das ist sein leitender Gedanke in der europäischen Politik. Das Gleichgewicht aber sah er am Ende des polnischen Thronfolgekrieges wieder beruhigt und fest. Auch stand die Nation hinter ihm, und selbst die parlamentarische Opposition ersah keine Möglichkeit zum Angriff.

Auch Georg II. konnte sich, über den Streit des Augenblicks hinweg, zu allgemeiner Betrachtung der Dinge erheben. Der so oft mit dem Minister hadernde König hat einmal, als alles vorüber war, zu ihm in folgendem Sinne, wenn auch vielleicht nicht wörtlich¹⁾ so gesprochen: „Ich bin Ihrem Rate gefolgt, Walpole, indem ich mich ruhig verhielt, oft gegen mein eigenes Empfinden und zuweilen sogar, wie ich glaubte, gegen meine Ehre. Jetzt sehe ich, daß wir auf dem rechten Wege waren, und ich gestehe gern, das verdanken wir nur Ihrem Urteil und Ihrer Klugheit.“

18. Jahrhunderts, mit starken Gründen die englische Neutralität im polnischen Thronfolgekriege als einen schweren Fehler gerügt (Transactions of the Roy. Hist. Soc. IV Ser. vol. 14, 1931), während Leadam, Temperley und Trevelyan sich in entgegengesetztem Sinne geäußert haben.

¹⁾ Hervey (Sedgwick) 348.

Drittes Kapitel.

Irland und Schottland.

Richten wir unsere Blicke auf Irland. In seiner Stellung zu England¹⁾ sind im Zeitalter Walpoles keine einschneidenden Veränderungen erfolgt. So mag es genügen, wenn wir zunächst nur eine kurze Schilderung versuchen von dem Zustand des Landes, von den Leiden seiner Bewohner, von der Behandlung, die ihnen seitens der Beherrscher der glücklicheren Nachbarinsel zuteil wurde.

Das ausgehende siebzehnte Jahrhundert hatte Irland schwere Erschütterungen gebracht. Die „glorreiche Revolution“, so friedlich und unblutig sie in England verlief, in Irland ist der Kampf mit den Waffen ausgefochten worden, und die Wechselfälle dieses Kampfes haben sich in den Schicksalen des Volkes tragisch wiedergespiegelt. Auf dem Boden Irlands ist der Fall des Hauses Stuart entschieden worden.

Als Jakob II., der aus England Vertriebene, von Frankreich kommend, unter dem Jubel der katholischen Bevölkerung 1689 in Irland erschien, bahnte sich sofort, mehr als er wünschte, eine völlige Umwälzung an. Der König selbst hätte auch den Protestanten im Lande Frieden und Versöhnung, und Erhaltung ihres Besitze gewünscht²⁾. Aber die Verhältnisse waren stärker als er. Die Katholiken beherrschten die Lage. Sie erwarteten Wiederherstellung auf jeglichem Gebiete. Vor allem sollte die unter Cromwell vollführte Landverteilung, das „Cromwellian Settlement“, rückgängig gemacht, die englischen Protestanten ihrer Besitzungen beraubt werden. Das vom Könige in Dublin versammelte Parlament — die Protestanten hatten sich fern-

¹⁾ Hauptwerke: J. A. Froude, The English in Ireland in the Eighteenth Century; W. E. H. Lecky, History of Ireland in the Eighteenth Century.

²⁾ Dieser Umstand ist mit Recht besonders von Ranke (Engl. Gesch. 6, 297 ff.) stark betont worden.

gehalten — beschloß in diesem Sinne. Eine Gütereinzugung in ungeheurem Umfange sollte erfolgen. Zwischen 2 und 3000 Besitzer wurden als Rebellen gegen König Jakob namentlich aufgeführt; ihr Besitz sollte dem Monarchen zur Verfügung gestellt werden. Die Entrechteten flohen nach dem Norden der Insel, wo der glückliche Widerstand von Londonderry und Enniskillen berühmt wurde, oder übers Meer. Als aber die Schlacht am Boyne-Flusse geschlagen war und Wilhelm III. in Irland die Oberhand gewonnen hatte, ward alles ins Gegenteil verkehrt. Verschwenderisch stattete der Oranier seine englischen und holländischen Freunde mit irischen Gütern aus. Es blieb bei dem unnatürlichen Zustand, daß vier Fünftel der Bevölkerung katholische Kelten waren, während mehr als die Hälfte des Grund und Bodens von Irland sich in den Händen englischer Protestanten befand. Die Katholiken aber, unter dem Drucke der unter Wilhelm und Anna erlassenen Strafgesetze stehend, durften nicht versuchen, an diesem Zustand etwas zu ändern.

Kaum weniger widerspruchsvoll stand es mit der Verfassung¹⁾. Sie war derjenigen Englands genau nachgebildet. Auch ihre Entwicklung hatte mit der des größeren Nachbarreiches genau Schritt gehalten. Ein Parlament von Irland, aus Lords und Commons bestehend, ein *Privy Council* als beratende Behörde des Monarchen, dieser selbst vertreten durch einen Vizekönig mit dem Titel *Lord Lieutenant* — es war gewöhnlich ein Mitglied der englischen *Nobility* —, und wenn der Vizekönig nicht zur Stelle war, die höchsten Würdenträger als *Lords Justices* mit der Exekutive betraut: das alles entsprach genau dem englischen Vorbild. Gemeinsam war beiden Ländern nur die Person des Souveräns. Die englische Gesetzgebung sprach in diesem Sinne von der Untertänigkeit Irlands gegenüber der *Imperial Crown of this Realm*.

So wäre man versucht, das Verhältnis der beiden Länder mit dem Worte Personalunion wiederzugeben. Das wäre jedoch eine Täuschung. Denn auch das Parlament von Westminster übt noch jenseits der irischen See starke Wirkungen aus.

¹⁾ Vgl. J. G. Swift Mac Neill, *The constitutional and parliamentary History of Ireland till the Union*. 1917 ch. I.

Auch die englischen Gesetze wurden zwar formell durch den König erlassen, aber auch stets nur „nach dem Rate und der Zustimmung seiner Lords und Commons“. Hier lag die Quelle unzähliger Konflikte. In England war man geneigt, jeden Widerstand Irlands gegen englische Gesetze als Auflehnung gegen die über beiden Ländern waltende Reichskrone zu brandmarken. Die Iren aber waren keineswegs gewillt, sich den im Parlament von Westminster beschlossenen Gesetzen einfach zu unterwerfen.

Im Jahre 1698 hatte William Molyneux seine berühmte Schrift über den Fall Irlands veröffentlicht, in der er mit historischer Begründung volle Freiheit für die Gesetzgebung Irlands forderte und Englands Recht, Gesetze für Irland zu beschließen, energisch bestritt. Von einem solchen Rechte, so argumentierte er weiter, könnte nur dann die Rede sein, wenn das irische Volk auch seine eigenen Vertreter ins englische Parlament entsenden dürfte. War damit der Gedanke einer englisch-irischen Union in die Debatte geworfen, so ist derselbe Gedanke in den nächsten Jahren wiederholt ausgesprochen worden, besonders in der Zeit, als die Union mit Schottland zum Ereignis wurde. Aber eine solche Gleichstellung Irland zu gewähren, davon war man in England weit entfernt. Das Buch Molyneux' ward im englischen Unterhause als ein gefährliches Buch verworfen, in einer Adresse an den König klagten die Commons über den Versuch, die Unterwerfung und Abhängigkeit (*subjection and dependence*) Irlands von England abzuschütteln, und die Antwort des Souveräns war im gleichen Sinne gehalten¹⁾.

Auch unter dem hannövrigen Königtum dachte man nicht anders. Wie um alle weiteren Erörterungen des Themas abzuschneiden, ward unter Georg I. im Jahre 1719 ein kurz gefaßtes Gesetz, nur zwei Paragraphen enthaltend, beschlossen²⁾, das noch einmal den Grundsatz verkündigte, daß Irland der Reichskrone Großbritanniens untrennbar verbunden und angegliedert sei, und daß Seine Majestät mit Rat und Zustimmung seiner Lords und Commons Gesetze erlassen dürfte, bindend für das Königreich und das Volk von Irland.

¹⁾ Parl. Hist. 5, 1181 ff.

²⁾ 6. George I. c. 5.

Auf keinem Gebiete aber ward die Abhängigkeit drückender empfunden als auf dem der Wirtschaft. Hier waren die Bewohner Irlands, Katholiken wie Protestanten, vollends in Fesseln geschlagen. „Irland ist Englands beste und edelste Kolonie“, sagt Davenant. Wer den Geist des Merkantilismus kennt, der weiß, was dies bedeutet. Die Kolonie ist zum Besten des Mutterlandes da, sie lebt und wirkt nicht für sich selbst.

* * *

Hätte man nicht erwarten sollen, daß Irland, das über klaffenden Gegensätzen mühsam ruhig erhaltene Nebenreich des britischen Herrschers, auch in den jakobitischen Erhebungen von 1715 und 1745 ebenso oder noch mehr als Schottland und England, eine wichtige Rolle spielen würde? Oder warum war es nicht der Fall? Die Antwort muß lauten: noch war der auf Irland lastende Druck nicht von ihm genommen, und die Erinnerung an das Vergangene wirkte so stark fort, daß diese Ereignisse an Irland gleichsam spurlos vorübergingen. Kein Aufstand, kein Tumult, kein Versuch eines Handstreichs für das Haus Stuart. Wir kennen ein paar Briefe vom Jahre 1715 aus Dublin ¹⁾. Sie sind an ein Mitglied der Regierung gerichtet und reden mit Befriedigung von der im Lande herrschenden Ruhe. Der Geburtstag Georgs I. (28. Mai) ist mit ungewohnter Pracht gefeiert worden. Für den 10. Juni, den Geburtstag des Prätendenten hatte man sich auf einen Pöbelaufzug gefaßt gemacht. Nichts dergleichen ist erfolgt. „Der Arm der staatlichen Macht ist zu stark, die Behörden sind wachsam und dem Könige treu ergeben.“

„Freilich“, so heißt es in dem zweiten Briefe, „bei einem bedeutenden Erfolge (der Aufständischen) in Britannien würden auch die Papisten, von denen 20 auf einen Protestanten kommen, sich gewiß in Waffen erheben.“ Zur Zeit aber (im Dezember 1715) leben die Protestanten noch in der Erinnerung an die papistischen Grausamkeiten, die Papisten aber stehen unter dem Druck der Strafgesetze. Auch über das Parlament von Irland weiß der Schreiber Gutes zu berichten. Er sagt: „Unsere

¹⁾ Sie sind vom 14. Juni u. 22. Dec. 1715. Der Name des Schreibers ist undeutlich u. der Adressat nicht genannt. Stowe Coll. 233. B. M.

Commons sind wie ein Herz und eine Zunge. Handelt es sich um die Ehre oder um die Sicherheit des Königs und seiner Regierung, so hört man keine einzige Neinstimme; und die Tories und Jakobiten im Hause, übrigens nicht mehr als 20 oder 30 Mann, zeigen sich genau so eifrig für den König wie seine besten Freunde.“

Einige Wochen später schreibt auch der preußische Resident dasselbe ¹⁾. Die Whigs dominieren im irischen Parlament genau ebenso wie im englischen. Und der alte Kenner britischer Verhältnisse knüpft daran schon die nachdenkliche Erwägung, ob es wohlgetan sei, daß Georg I. sich so ganz der einen Partei verschreibe. Wilhelm III. und Anna haben doch stets auch der nicht gerade am Ruder befindlichen eine Türe offen gelassen. Jetzt geht es in Wahrheit auch weniger um Georg I. oder Jakob III., als um Whig oder Tory. Und sind denn die Whigs selbst auch ganz zuverlässig? Oder könnte nicht eines Tages auch unter ihnen eine Spaltung in zwei Gruppen erfolgen? Ein prophetisches Wort, dessen Richtigkeit unsere Erzählung zu bestätigen hatte.

War also eine Erhebung in Irland nicht zu befürchten, so konnten doch Gefahren von außen drohen. Auch gegen diese hat man sich zu schützen gewußt. Im August 1715 ergehen Befehle an einige Flottenoffiziere ²⁾, mit ihren Schiffen entlang der irischen Küsten zu kreuzen, um eine Landung des Herzogs von Berwick zu verhindern. Im September wird Sir George Byng, der bewährte Admiral, der schon 1708 die Landung des Prätendenten und damit eine stuartische Erhebung in Schottland verhindert hatte, abermals mit dem Schutze der Küsten betraut und segelt hinüber nach Irland. Damit verstummten auch die Gerüchte von einer in Irland drohenden französischen Invasion ³⁾. Der Admiral aber ward durch Titel und Geschenk vom Könige belohnt ⁴⁾.

¹⁾ Bonet 31. Jan./11. Febr. 1716. G.St.A.

²⁾ An Capt. Stewart u. Capt. Parker, Dublin 5. Aug. 1715. State Papers Admiralty 47. R. O.

³⁾ Lord Lansdown an Sir Will. Wyndham, 5. Sept. 1715. Stowe Coll. 233. B.M.

⁴⁾ Vgl. D.N.B. 8, 117. Bd. 1, 503.

Im Januar 1716 droht eine neue Gefahr. Nachdem die Erhebung in Schottland zusammengebrochen ist, scheinen die in Frankreich so zahlreichen Jakobiten, die in allen Häfen der Nordküste ungestört ihr Wesen treiben, ihre Absichten auf Irland gerichtet zu haben. Der Herzog von Orleans hat es, als Regent nach dem Tode Ludwigs XIV., zwar an loyalen Beteuerungen gegenüber der englischen Regierung nicht fehlen lassen. In vertrauten Gesprächen mit dem Gesandten Lord Stair sagt er, der Prätendent sei ein Dummkopf, die Jakobiten seien Narren, und er wolle mit diesen Leuten nichts zu tun haben¹⁾. Aber er tritt ihnen auch nicht offen entgegen. Sie sind, wie es in Privatbriefen Stairs heißt²⁾, in großer Bewegung und haben Schiffe, zur Ausfahrt bereit, fast in allen Häfen liegen von der Bretagne bis nach Dünkirchen.

So kann es nicht Wunder nehmen, wenn Lord Stair von seiner Regierung ermahnt wurde, dem Regenten gegenüber einen ernsteren Ton anzuschlagen. „Ich weiß wohl“, schreibt ihm Stanhope, „Sie werden nichts sagen, was wie eine Drohung klingt, aber zugleich werden Sie jenem Hofe zu verstehen geben, daß die Nation entschlossen ist, ihren König zu halten gegen jeden seiner Widersacher³⁾“.

Stair hat im Sinne seiner Auftraggeber dem Regenten unter dem 31. Januar 1716 eine Note überreicht, und als man ihn nur mündlich mit einigen freundlichen Worten abspeisen wollte, hat er der ersten eine zweite Note folgen lassen. Jetzt erst empfing er eine schriftliche, von schönen Beteuerungen überfließende, Antwort.

Stair selbst hat, wie aus seinen Korrespondenzen zu entnehmen, einen förmlichen Kundschafterdienst in den Häfen Frankreichs organisiert, da es galt, nicht nur auf die im Dienste des Prätendenten befindlichen Schiffe, sondern auch auf die zahlreichen irischen Offiziere und Mannschaften zu fahnden, die nur des rechten Augenblicks harreten, um die Überfahrt zu bewerkstelligen. Genau den Ratschlägen des Gesandten entsprechend⁴⁾, kreuzten die britischen Geschwader vor den

¹⁾ Stair an Robethon, 7. Jan. 1716. Stowe Coll. 388 VII fol. 200. B.M.

²⁾ Ebd. fol. 211.

³⁾ Stanhope an Stair, 23. Jan. 1716. R. O.

⁴⁾ An Robethon, 21. Jan. 1716. Stowe Coll. 388 VII fol. 211. B.M.

Küsten Frankreichs, um die Ausfahrt verdächtiger Schiffe zu verhindern oder sie noch auf offenem Meere unschädlich zu machen. Im Februar 1716 heißt es, der Herzog von Ormond halte sich in der Gegend von Bordeaux auf und wolle Streitkräfte sammeln, um einen Streich gegen das Königreich Irland zu führen. Sofort werden Schiffe dahin beordert.

Genug, die früher erzählte Geschichte des jakobitischen Aufstandes von 1715—16 hat über Irland sehr wenig zu sagen. Und nichts anders wird der Fall sein, wenn von dem Jahre 1745 zu reden sein wird.

Unterdessen war aber in der religiösen Frage nichts geändert, die Lage der katholischen Mehrheit der Bevölkerung weder gebessert noch verschlechtert worden. Ein neues schärferes Katholikengesetz wurde zwar 1723 im irischen Parlament beschlossen, von der Londoner Regierung aber selbst zu Falle gebracht. Ein Ergebnis, zu dem auch das Bemühen des österreichischen Gesandten in London nicht wenig beigetragen hatte¹⁾.

* * *

In der irischen Geschichte dieser Zeit spielt die Episode der Wood'schen Halbpennige eine eigentümliche Rolle²⁾. Es handelt sich eigentlich nur um eine Angelegenheit der Münze und der Währung. Doch gab sie den Anlaß, das ganze Verhältnis der beiden Königreiche, England und Irland, zueinander in die Debatte zu ziehen. Die Iren empfanden kränkend die Unselbständigkeit, in der sie gehalten wurden. Und wenn auch nach ein paar Jahren die Ruhe in Irland wieder hergestellt war, so hat doch die Nachwelt ein besonderes Interesse an dem Streite um deswillen genommen, weil der erste Schriftsteller der Zeit, Jonathan Swift, als Vorkämpfer für die Sache der Iren auftrat und ihr zuletzt sogar gegen die Machthaber von England zum Siege verhalf. Ohne seine „Briefe eines Tuchhändlers“ wäre der ganze Streit rasch vergessen worden. Aber

¹⁾ Hoffmann, 4. Jan. 1. Febr. 1724. W.St.A.

²⁾ Wichtiges Material ist enthalten bei Coxe, Rob. Walpole (1798) 2, Correspondence; Ballantyne, Lord Carteret 103 ff.; Froude, The English in Ireland. 1. Dazu einige Stücke aus den Archiven, in den folgenden Anmerkungen zitiert.

die Wirkung dieser „Briefe“ war so stark, der alte Gegensatz der beiden Länder und Völker, zu solcher Höhe gesteigert, daß plötzlich alles auf dem Spiele zu stehen schien. Die Treue der Iren zum Könige schien wankend, ihr Widerstand gegen wirtschaftliche Ausbeutung ward ihnen als Rebellion und Jakobitismus ausgelegt, und schon sprach man von der Gefahr einer Losreißung Irlands aus der Verbindung mit England.

Der Streit entsprang, wie gesagt, aus einer Frage des Geldumlaufs. Der Vorrat an Scheidemünzen entsprach in Irland dem Bedürfnis nicht mehr. Die halben und viertel Pfennige, in Kupfer zu prägen¹⁾, sollten in größerer Menge hergestellt werden. Dabei war es üblich, den Auftrag in Form eines Patents zu vergeben. Dieses Mal war es ein großer englischer Eisenindustrieller, William Wood mit Namen, dem 1722 ein Patent verliehen wurde, demzufolge er *halfpence* und *farthings* im Gesamtbetrage von 108 000 £ herstellen und nach Irland schaffen sollte. Daß der Metallwert dieser Münzen dem Nominalwert nicht zu entsprechen brauchte, wird man, da es sich um Scheidemünzen handelte, natürlich finden, wenn auch der Abstand zwischen den beiden Werten dieses Mal reichlich hoch bemessen war. Aber noch mehr als dieser Umstand kränkte es die Irländer, daß es sich offenbar um ein in England abgekartetes Geschäft handelte. Man erfuhr, daß das dem Könige auf Grund seiner Prärogative zustehende Recht solcher Patentverleihung zunächst seiner Dame, der Herzogin von Kendal, gegeben und daß diese das Patent an Wood für eine große Summe verkauft hatte. Den Iren, fand man, sollte dieses schlechte Geld in die Hand gegeben werden, um hochstehende Personen in England zu bereichern. Unwille und Empörung in Irland waren die Folge.

Verstehen wir die Lage richtig, so waren hier verschiedene Umstände zusammen getroffen, um die Erbitterung in Irland zu erzeugen und zu schüren. Es herrschte nicht nur Mangel an Kupfergeld; auch Gold- und Silbermünzen waren nicht in genügender Menge vorhanden. So war wohl in der Praxis die Unterscheidung zwischen Währungsgeld und Scheidemünze nicht leicht durchzuführen. Es ergab sich die Notwendigkeit,

¹⁾ Auch sie waren zu Zeiten in Silber geprägt worden.

bei größeren Zahlungen neben dem Edelmetall auch zum Kupfer zu greifen, und die immer wiederholte Behauptung, niemand könne gezwungen werden, die Wood'schen halben und viertel Pfennige anzunehmen, wurde dadurch illusorisch. Eigene Münzstätten besaß Irland nicht. Es mußte das von Enland dargebotene Geld annehmen. Man hört ferner, daß das Kupfergeld in England besser geprägt war, als das den Iren jetzt aufgedrängte. So kam zu den wirtschaftlichen Schäden, die man erwartete, noch das peinliche Gefühl, wieviel schlechter doch Irland behandelt werde, als das von demselben Herrscher regierte Großbritannien. Das Recht der Prärogative, an dem man nicht rühren sollte, in Irland ward es als schweres Unrecht empfunden.

So waren es mehr die äußeren Umstände, unter denen das Patent erlassen worden, als sein materieller Inhalt, was die irischen Gemüter bedrückte. Man fand, daß Irland in diesem Falle wie ein England untertäniges Königreich behandelt worden sei. Denn ein Engländer war es, dem das Patent erteilt worden, und der Gewinn aus dem Geschäft würde in die Taschen von Engländern fließen. Nur so ist es zu verstehen, wenn sich im Lande gegen die Durchführung des Patents ein unerwarteter Widerstand erhob. Beide Häuser des Parlaments von Irland wandten sich Beschwerde führend an den König. Sie behaupteten, daß der Kupfergehalt der Münzen sogar noch geringer sei als im Patent vorgesehen. Immerhin kann von einem Unterschied des Rechtsstandpunktes zwischen England und Irland nicht die Rede sein. Robert Walpole konnte anfangs nicht begreifen, warum sich drüben ein Widerstand gegen die Maßregel erhob. Er hält die ersten Berichte für übertrieben¹⁾. Er hat sodann die rechtliche Begründung der Sache sorgfältig geprüft, hat sie in einem Schreiben an den Schwager Lord Townshend²⁾ klar dargelegt und sein Erstaunen über das Geschehene ausgedrückt. „Ich kann mir nicht recht vorstellen“, schreibt Walpole, „was für eine Hilfe oder welchen Gewinn sie von einem solchen Gesuch erwarten. Niemand wird der Krone das Recht bestreiten, eine solche Verleihung zu machen. Alles in

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole 2 (1798), 348.

²⁾ Walpole an Townshend, Whitehall, 1. Oct. 1723. Regencies 5. R. O.

Irland umlaufende Kupfergeld ist auf Grund einer derartigen, erst kürzlich erloschenen Verleihung geprägt und ausgegeben worden. Ebenso wenig läßt sich bestreiten, daß das jetzt ausgegebene Kupfergeld an Wert und Gewicht besser ist als irgendein früheres. Ich kann auch dafür einstehen, daß bei dem Erlaß dieses Patents größere Sorgfalt beobachtet worden ist als sonst. Und daß der mit dem Patent Begabte die ihm auferlegten Bedingungen nicht erfüllt habe, ist vollends aus der Luft gegriffen, wenn auch das Parlament von Irland das Gegenteil votiert hat.“ Das alles, so fährt er fort, sei so offenkundig, das Recht der Prerogation so unbestreitbar, „daß ich überrascht bin, immer noch Leute zu finden, welche glauben, man könnte Seine Majestät bewegen, die Sache fallen zu lassen.“

Was aber sollte nun geschehen? Vor allem, meint Walpole¹⁾, darf der Prerogative des Königs nichts vergeben werden. In der Antwort an das Parlament von Irland müsse es heißen, Seine Majestät sehe mit Bedauern, daß die Gewährung dieses Patents, obwohl sie vollkommen dem Brauche seiner königlichen Vorgänger entspreche, seine Untertanen in Irland so sehr beunruhigt habe. Er werde prüfen lassen, ob bei der Durchführung ein Unrecht geschehen sei. In dem Falle werde er strafen und alles tun, um sein Volk zufrieden zu stellen.

Lord Townshend, der mit dem Könige in Hannover weilende Staatssekretär, war durch Walpoles Schreiben beruhigt und zufrieden²⁾. Mit den versöhnlichen Antworten des Königs schien der Friede in Irland eingeleitet zu sein. Das irische Parlament erwiderte in loyalen Dankadressen, machte die gewünschten Bewilligungen und ging, wie üblich, auseinander, um erst nach zwei Jahren wieder zusammenzutreten.

Unterdessen hatte aber, wie Townshend empfohlen³⁾, das Londoner Münzamt, an dessen Spitze der berühmte Isaac Newton stand, seinen Bericht erstattet. Die Prüfung des Wood'schen Kupfergeldes hatte, wie kaum anders zu erwarten, zu dem Ergebnis geführt, daß bei der Prägung alles mit rechten Dingen zugegangen, d. h. die Vorschriften genau befolgt seien. Als aber dieses Ergebnis in Irland bekannt gemacht wurde,

¹⁾ An Townshend, 12./23. Oct. 1723. Coxe, R. Walpole (1798) 2, 279.

²⁾ Townshend an Walpole, Gohrde, 7./18. Oct. 1723. Regencies 5. R.O.

³⁾ Ders. an dens., ebd.

erhob sich ein neuer Sturm, und die zugleich im Sinne einer Milderung erlassene Verfügung, daß die umstrittenen Kupfermünzen den Gesamtbetrag von 40 000 £ (statt der bisher vorgesehenen 108 000) nicht überschreiten sollten, ward wenig beachtet.

So pflanzte der Streit sich fort bis in das Jahr 1724 hinein. Ja er nahm erst jetzt einen fast tragischen Charakter an. Hier treten uns nun zwei bedeutende Persönlichkeiten entgegen, Lord Carteret und Swift, der eine in der großen politischen Öffentlichkeit als der erste Beamte des Landes, der andere, zunächst unerkannt, als der Schriftsteller, der durch das Erzeugnis seiner Feder eine gewaltigere Wirkung auf die Massen übte.

Wir erinnern uns der Kämpfe und Intriguen, die im Sommer 1723 in Hannover und London gespielt hatten¹⁾. Damals hatte man den Eindruck eines vollen Sieges gehabt, den Townshend und Walpole über Carteret davongetragen. Carteret war mit stark verminderter Macht nach England zurückgekehrt, aber sein Amt als Staatssekretär hatte er behalten dürfen bis in das Frühjahr 1724 hinein. Ich möchte annehmen, es war seinen Gegnern nicht gelungen, den persönlichen Freund des Königs aus seiner Stellung gänzlich zu verdrängen. Daß man ihn aber, als es endlich dennoch gelang, gerade nach Irland schickte, ist doppelt überraschend. Denn gerade ihn betrachtete man als einen der Urheber der großen Schwierigkeiten, mit denen die Regierung in Irland zu kämpfen hatte. Er habe, heißt es, den Vizekönig mit Verachtung behandelt, er habe Walpole, der das Patent erlassen, mit Schmutz beworfen, er habe mit den Brodricks intriguiert, den Führern der Opposition.

Der eben erwähnte Vizekönig oder *Lord Lieutenant*, der Herzog von Grafton, hatte sich der dornenvollen Aufgabe, die Sache Georgs I. und des Patents zu verteidigen, keineswegs gewachsen gezeigt. Er hatte, als er 1723 in Irland erschien und die durch das Patent hervorgerufene Empörung wahrnahm, nicht gewagt, in seiner Rede zur Eröffnung des Parlaments die Sache überhaupt zu erwähnen, und als der Konflikt ernster geworden, schrieb er verzweifelnd an Walpole. „Wollte Gott,

¹⁾ Vgl. Bd. 3, 343 ff.

ich wäre fähig, einen Rat zu geben, was jetzt geschehen sollte. Aber es geht über meine Kraft.“ Von Walpole wie von Townshend ward der Herzog dafür mit bitteren Vorwürfen überhäuft. „Kein Wunder“, höhnt Walpole, „wenn sich niemand findet, um des Königs Patent zu verteidigen, da Sie sich so ausdrücken. ... Ich wundere mich über nichts mehr¹⁾.“ Im April 1724 schien es an der Zeit, an der Stelle Graftons, des Schön Wetter-Lotsen, wie Walpole spottet, einen andern Statthalter zu bestellen.

Es geschah bei Gelegenheit einer bedeutungsvollen Verschiebung im Kreise der hohen Regierungsbeamten. Grafton wurde in schonender Form abgerufen und ward als *Lord Chamberlain* der Nachfolger des Herzogs von Newcastle. Dieser trat als Staatssekretär an Carterets Stelle, der nun seinerseits Lord-Statthalter von Irland wurde. Erst jetzt, im April 1724, bot sich die Gelegenheit, ihn aus der Nähe des Monarchen zu entfernen. So erfolgte denn innerhalb des Kabinetts der endgültige Sieg der beiden Schwäger, ein „Bubenstreich“ von Walpole und Townshend¹⁾, berichtet empört der österreichische Gesandte²⁾, der Carteret ungern scheiden sah. Er fügt noch hinzu, der König habe Carteret versprochen, „daß er allezeit Wissenschaft von den Affären haben und den täglichen Akzeß bei ihm behalten solle. Dieses aber durfte von sich selbst gar bald erlöschen.“

So kam Lord Carteret nach Irland. Newcastle hatte in hämischen Worten die Hoffnung ausgesprochen³⁾, Carteret werde an der Aufgabe scheitern, die irische Würde werde ihn zugrunde richten. Die Hoffnung war trügerisch. Carteret hat die Sache zu nehmen gewußt, wie sie war. Schon ehe er hinüberging, war er überzeugt, daß es keinen andern Ausweg gebe, als das Patent fallen zu lassen. Das Ministerium in England aber hat sich lange nicht zu seiner Meinung bekehrt. Mit den Pflichten des Statthalteramtes hat Carteret es so ernst genommen, wie es sich gebührte. Der Ehre des Königs und seiner Prerogative durfte man nicht zu nahe treten. Und nun

¹⁾ Ballantyne, Carteret 107. 108.

²⁾ Hoffmann, London, 14. April 1724. W.St.A.

³⁾ Ballantyne 114.

wollte es das Schicksal, daß er, kaum herübergekommen, demjenigen entgegentreten mußte, der nun ein Jahr lang sein größter Gegenspieler in Irland wurde, sein Gegenspieler und doch sein alter Freund, der Dean von St. Patrick in Dublin, Jonathan Swift.

* * *

Swift war Irlands treuer Eckart. Von englischer Abstammung, aber in Irland zur Welt gekommen, gehörte seine Seele mehr England als dem Lande seiner Geburt. Auch hatte er ja in der englischen Politik schon einmal eine wichtige Rolle gespielt. In den letzten vier Jahren der Königin Anna, deren Geschichte er geschrieben, in der Zeit des Ministeriums Oxford-Bolingbroke, war er der schriftstellerische Helfer, der kluge Berater der Minister gewesen. Es war die Zeit, da Swift an den Verhandlungen mit den französischen Bevollmächtigten teilnahm¹⁾, die Zeit, da man Bolingbroke und Swift in der langen Allee zu Windsor oft stundenlang auf und ab wandeln sah, und Swift mit seinem berühmten Traktat „*The Conduct of the Allies*“ die öffentliche Meinung für den kommenden Friedensschluß reif machte. Und eben damals hat, auch wohl durch Swift angeregt, sein Freund Arbuthnot dasselbe Thema in seiner reizenden Satire von John Bull behandelt, deren Held kein anderer als Bolingbroke ist²⁾. Damals schien dem Freunde der Minister, Swift, ein hohes Amt innerhalb der Kirche von England nicht entgehen zu können, und es mag wohl, wie man sagt, wirklich nur die Abneigung der Königin gegen den Verfasser des „Märchens von der Tonne“, der Spottschrift auf den Streit der Kirchen, gewesen sein, warum Swifts Laufbahn nicht auf einem der Bischofssitze in England ihren Abschluß fand. Was ihm unter dem Tory-Ministerium der Königin Anna versagt blieb, durfte er vollends von der Whig-Regierung Georgs I. nicht erwarten. So blieb er bis an sein Ende in der bescheideneren Stellung eines Dean von St. Patrick in Dublin, die ihm 1713 zuteil geworden. Er blieb der Enttäuschte, der Grollende, der große Pessimist.

¹⁾ Vgl. auch Trevelyan, England under Queen Anne 3, 191.

²⁾ Vgl. meine Aufsätze H. Z. 100; Contemporary Review, Sept. 1933.

Aber wie er nun, in sein irisches Exil gebannt, mit Land und Volk auf der grünen Insel immer mehr vertraut wurde, wie er sich mit inniger Teilnahme erfüllte für die Leiden der Irländer, so wurde er nun ihr großer Anwalt, der schriftstellerische Vorkämpfer ihrer Sache gegen die Niederhaltung, gegen die politische und wirtschaftliche Bevormundung Irlands durch die Regierung von England. Er ist nun der feinsinnige Beobachter des Landes und des Volkes, unter dem er lebt, der von Zeit zu Zeit seine Stimme erhebt, um zu warnen und zu raten. Er beleuchtet die irischen Verhältnisse in langen Abhandlungen oder in kurzen Artikeln, manchmal ernst und eifervoll, manchmal scherzend, mit bitterer Ironie oder auch in schalkhaft-allegorischer Form. Einmal schildert er die Stellung Englands zu den Nachbarreichen als das Verhältnis eines Mannes, der zwei Mätressen hat. Der einen gegenüber erfüllt er das Heiratsversprechen (womit die englisch-schottische Union gemeint ist), die andere (das ist Irland), hält er in schmähhlicher Abhängigkeit¹⁾. Seine Satire ist beißend und grimmig, und zuweilen schrecklich. Versteigt sie sich doch einmal zu der gräßlichen Idee, die neugeborenen Kinder der Armen, die sie ja doch nicht aufzuziehen vermögen, sollten lieber zur Speisung der Wohlhabenden dienen — wohl das grausigste Erzeugnis satirischer Dichtung in der ganzen Weltliteratur²⁾.

* * *

Als am 23. Oktober 1724 der neue Statthalter den Boden Irlands betrat, waren bereits die von Swift geschriebenen drei ersten „Tuchhändler Briefe“ erschienen. Der Verfasser gibt sich als der *Drapier M. B.*, als ein Mann aus dem Volke, der sich bisher nur um die seinen Tuchladen berührenden Fragen zu kümmern pflegte, der über Staat und Recht, über Geld- und Währungsfragen wenig nachgedacht, und sich erst jetzt durch Erkundigungen hier und dort die nötigsten Kenntnisse verschafft hat. Aber bald genug ward es ein offenes Geheimnis, daß kein anderer als Swift der Verfasser sei. Die ungeheure Wirkung, die schon der erste Brief erzielte, beruht darauf,

¹⁾ The Story of an Injured Lady (Works ed. W. Scott. 7, 334).

²⁾ Ebd. 454.

daß es Swift gelungen war, in seiner treuherzig biedereren, jedermann einleuchtenden Redeweise den Volksgenossen von Irland das Wort von den Lippen zu nehmen. Auch die Einseitigkeit der populären Auffassung, die groteske Übertreibung, die verbreiteten Irrtümer fehlen nicht. Und wer geneigt wäre, den ganzen Lärm um die Wood'schen Halben- und Viertelpfennige auf naive Unkenntnis in Sachen von Geld, Währung und Scheidemünze zurückzuführen, der dürfte ohne allzulange Besinnung auch den Verfasser der Tuchhändler-Briefe solch unklarer Begriffsbildung für schuldig erklären. Swift sagt zwar wiederholt, daß ja niemand gezwungen sei, die inkriminierten Kupfermünzen zu nehmen, womit ja ihr gefährlicher Charakter eigentlich schon widerlegt sein sollte. Aber dann schildert er wieder mit großer Ausführlichkeit und mit der ganzen Anschaulichkeit seiner Diktion den Zustand, der entstehen müßte, wenn das verhaßte Kupfergeld nun doch massenhaft in Umlauf gesetzt würde — ob dies aber durch die Schlauheit des Patentinhabers, ob durch einen von England ausgeübten Druck, geschehen würde, bleibt freilich dunkel. So wird denn dem Leser die Aussicht eröffnet, daß der Soldat, der seinen Lohn in der schlechten Kupfermünze erhalten hat, und seine Einkäufe damit nicht bezahlen kann, zum lärmenden Aufrührer wird. Der Handwerker, der mit Wood'schem Gelde bezahlt wird, sieht sich genötigt, die Preise für seine eigenen Erzeugnisse um das Zehnfache zu erhöhen. Was sollen die armen Pächter tun, wenn sie in Gold und englischer Münze zahlen sollen, denn der Edelmann wird die Renten seiner Ländereien gewiß nicht in dem schlechten Kupfergelde annehmen wollen? Und dann das Bild der ungeheuren Lasten, in denen dieses Zahlungsmittel von Ort zu Ort geschleppt werden soll. Der adlige Herr, der für sich und seine Familie in der Stadt seine Einkäufe machen will, kommt mit fünf oder sechs Pferden, mit Säcken voll Kupfer beladen. Oder: William Conolly, der reichste Grundbesitzer von Irland, wird 250 Pferde benötigen, wenn er seinen Boten in die Stadt schickt, um nur die halbjährlichen Renten einkassieren zu lassen.

Die Wirkung dieser Schilderungen, halb Belustigung und halb Entsetzen, soll noch dadurch erhöht worden sein, daß geschickte Zeichner nun dasselbe Thema in ihren Spottbildern

behandelten. Swift aber will ernst genommen sein. An die kleinen Leute sich wendend, ruft er ihnen zu: „Glaubt mir, wenn dieses Geld unter euch einmal verbreitet wird, so seid ihr alle ruiniert.“

* * *

Der Lord Statthalter hatte keinen leichten Stand. Am Tage, da Carteret ans Land stieg, erschien ein vierter Brief des Tuchhändlers, noch kühner und schärfer als die drei ersten. Mit größerem Freimut als bisher wird auch das Verhältnis Irlands zu England erörtert. Von einer Losreißung, wie man sage, könne nicht die Rede sein, schon deshalb nicht, weil Irland so wenig von England abhängig sei, wie England von Irland. Und sollte der Versuch gemacht werden, den Prätendenten zu erheben, so werde er, der Tuchhändler, den letzten Blutstropfen verspritzen, um zu verhindern, daß er in Irland König würde. Der Verfasser spricht auch mit Ehrfurcht von Carteret, und auch von Walpole, der als der hohe Berater Seiner Majestät, den man als *Prime Minister* zu betrachten habe¹⁾, gewiß nicht einverstanden sei mit dem Treiben eines Menschen wie dieser Wood.

Carteret meinte, zu ersten Maßregeln schreiten zu müssen. Er berief das *Privy Council*. Eine Proklamation wurde erlassen und eine Belohnung von 300 £ ausgesetzt auf die Entdeckung des Autors. Carteret wußte wohl, daß seinem Freunde Swift keine Gefahr drohe, daß niemand ihn anzeigen würde. Und hätte man es wohl ankommen lassen mögen auf die Wiederholung jener Szene, als einst Defoe an den Pranger gestellt worden und das Volk den Schandpfahl jubelnd bekränzte?

Swift erkannte den Zwang, unter dem Carteret handelte, doch tat er nichts, um ihm seine Aufgabe zu erleichtern. Nur einen Augenblick dachte er wohl daran, sich als den Tuchhändler zu erkennen zu geben²⁾. Doch am Tage nach dem Bekanntwerden der Proklamation erschien er beim Lever des Statthalters, drängte sich durch die Umstehenden hindurch,

¹⁾ Man beachte, daß Swift die Bezeichnung *Prime Minister* schon 1724 auf Walpole anwendet.

²⁾ Froude, I, 599.

um in polternder Rede den hohen Herrn anzufahren: „Eine schöne Heldentat fürwahr, Herr Lord Statthalter, eine Proklamation zu erlassen gegen einen armen Ladeninhaber, dessen ganzes Verbrechen darin besteht, daß er sein Land vom Untergang retten möchte.“ Carteret nahm den Überfall nicht unfreundlich auf und erwiderte lächelnd mit dem Verslein aus Vergil:

„Res dura et regni novitas me talia cogunt
Moliri.“

Wenn nicht gegen den Autor, so meinte Carteret, doch gegen den Drucker ein Verfahren einleiten zu sollen. Abermals trat Swift schriftstellerisch dagegen auf, und die Anklage ward von der Jury verworfen. Carteret empfahl, nachdem er sechs Wochen im Lande geweilt, der Londoner Regierung dringend, das Patent, das so viel böses Blut gemacht, fallen zu lassen. Nur zögernd ward der Rat befolgt. Fast ein Jahr war seit seiner Ankunft in Irland verflossen, als am 21. September 1725 der Statthalter das Parlament sehr dramatisch mit den Worten begrüßte: „Auf Befehl Seiner Majestät habe ich Ihnen bei der Eröffnung der Session die Mitteilung zu machen, daß das Patent ganz aufgehoben ist.“

Der Lärm war verstummt, das Leben in Irland nahm wieder seinen gewohnten Verlauf. Lord Carteret und Jonathan Swift, der Lord Statthalter und der Dean von St. Patrick, konnten wieder harmlos, als gute Freunde, miteinander verkehren.

* * *

Swift hatte in seinen Schriften immer wieder Irland im Auge. „Gullivers Reisen“, wenige Jahre nach dem Streit um Woods Kupfergeld erschienen, sind voller Anspielungen auf Irland¹⁾. Die grimmigste wohl das Bild von der fliegenden Insel. Der Beherrscher derselben pflegt die unbotmäßige Bevölkerung eines ihm unterworfenen Landes zu bestrafen, indem er mit seiner Insel über ihren Häuptern schwebt, so daß sie Sonne und Regen entbehren müssen. Man soll an England denken, das den Bewohnern Irlands die wichtigsten Lebensbedingungen, Industrie und freien Handel, vorenthält.

¹⁾ Vgl. Firth, The political significance of „Gulliver's Travels“ (Proceedings of the British Academy. IX. 1919).

So ist für die hier behandelte Epoche über Irland nicht mehr viel zu sagen. Man wundert sich nicht, bei der niedrigen Lebenshaltung der Masse der Bevölkerung von Hungersnöten und Krankheiten zu hören. Die Ernährung der Eingeborenen, der Ärmsten, war immer schwierig. Einige schlechte Ernten genügten, um Not und Elend unter ihnen zu verbreiten¹⁾. Noch bildete, besonders im Norden, in den protestantischen Gegenden, das Getreide das Hauptnahrungsmittel. Daneben kam erst jetzt der Kartoffelbau, der schon im 16. Jahrhundert eingeführt; zu voller Bedeutung. Als nach drei schlechten Ernten im Jahre 1728 eine Hungersnot entstand, ließ der protestantische Erzbischof von Armagh Getreide aus dem Süden kommen. Viel schlimmer war die Not von 1740. Nach zwölf schlechten Ernten trat im Dezember 1739 ein so starker Frost ein, daß die Kartoffeln im Boden erfroren. Die niederste Bevölkerung war schwer betroffen. 20 000 Menschen gingen durch Hunger und Krankheit zugrunde. Private Wohltätigkeit suchte zwar dem Verderben Einhalt zu tun. Die Regierung aber tat wenig. Sarkastisch bemerkt ein irischer Schriftsteller: Sie ließ statt dessen ein allgemeines Fasten anordnen, um für den Erfolg der englischen Waffen im Kriege gegen Spanien die Hilfe des Himmels zu erfliehen. Und erst nach dieser furchtbaren Katastrophe hat auch die Regierung das Ihrige getan, um nunmehr mit allen Mitteln den als so wichtig erkannten Kartoffelbau zu fördern. So ist das Bild der Lage Irlands im Zeitalter Walpoles.

* * *

Von der Geschichte Schottlands sollte man im Zeitalter Walpoles eigentlich nicht zu reden haben. Seit der Durchführung der Union von 1707 war es mit der staatlichen Selbständigkeit des nördlichen Königreiches zu Ende. Eine Regierung, ein Parlament von Schottland gibt es nicht mehr. Sogar der Name wird in der offiziellen Redeweise vermieden. Man spricht statt dessen von Nord-Britannien oder von „*that part of Great Britain called Scotland*“. Und auch das wirtschaftliche Leben ist in

¹⁾ Vgl. J. O'Rourke, The History of the Great Irish Famine of 1847. Dublin 1902.

dem des mächtigeren Nachbarreiches aufgegangen. Jetzt erst hat das Wort Großbritannien seinen wahren Sinn erhalten.

Aber die großen Wandlungen erfüllen sich in der Geschichte meist nicht mit einem Schlage. Das Alte lebt fort in den Herzen der Menschen. Und wenn sie sich auch der Gewalt fügen, die über ihnen herrscht: in großen Momenten oder kritischen Zeitläuften kann das Vergangene eine Wiederbelebung erfahren.

Nicht auf allen Gebieten ist Schottland durch die Union eins geworden mit England. An der Religion und am privaten Recht hat die Union nicht gerührt. Aber auch sonst ist das schottische Sonderleben nicht auf einmal verschwunden.

Es gab einen besonderen Grund, warum, von allen politischen und wirtschaftlichen Rücksichten abgesehen, die Regierung Großbritanniens genötigt war, die Zustände Schottlands dauernd im Auge zu behalten. Es war die hier dem Herrscherhause ewig drohende Gefahr. Schottland war der Hauptsitz des Jakobitismus. Hier war die Liebe zum angestammten Fürstenhaus immer lebendig geblieben. Es war keine Erhebung für das Haus Stuart zu denken, bei der nicht Schottland die Hauptrolle spielte. Man werfe nur einen Blick in die Bände der *Stuart Papers*, und lese die Korrespondenzen der Freunde Jakob Eduards. Ohne Schottland läßt sich kein Plan schmieden für die Sache des Prinzen, so ist ihr leitender Gedanke¹⁾. Hier gibt man nie die Hoffnung auf, läßt sich durch keine Enttäuschung niederdrücken. Des Königs Freunde, heißt es 1717²⁾, ein Jahr nach dem Scheitern des großen Jakobitenaufstandes, des Königs Freunde in Schottland sind so hoffnungsvoll und so wohlgesinnt wie je.

Das wissen auch die Minister der George, und Walpole rechnet damit. Er weiß, daß die jakobitische Gefahr auch in den *Lowlands* droht, doch noch mehr im Norden, dort, wo eine Bevölkerung von Ackerbauern und Viehzüchtern nach alter Weise auf dem Lande lebt, dort ist man dem Clanhäuptling ergeben und bereit, wenn er ruft, ihm bewaffnet zu folgen, bereit, wenn es sein soll, mit ihm für den angestammten Herrscher zu fechten und zu fallen. Wir haben jedem, der seit der Durch-

¹⁾ *Stuart Papers* 3, 10.

²⁾ *Ebd.* 443.

führung der Union unternommenen Versuche dieser Art eine Schilderung gewidmet. 1708, 1715, 1719, immer steht Schottland im Vordergrund. Und nur bei dem letzten der im Zeitalter Walpoles versuchten Anschläge auf den Thron der Dynastie Hannover, bei der Verschwörung Atterburys, ist Schottland nicht im Spiele, und auch nur deshalb nicht, weil die ganze Verschwörung verraten und im Keime erstickt war, ehe sie begonnen werden konnte.

* * *

Die Bedeutung der englisch-schottischen Union lag besonders auf dem Gebiete der Wirtschaft¹⁾. Schon vorher waren auch die Staatslenker Schottlands dem Zuge der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Zeit gefolgt. Auch hier hatte man, ähnlich wie in Frankreich und England, begonnen, die nationale Produktion durch eine protektionistische Gesetzgebung anzuregen und zu schützen. Auch in Schottland sollte vornehmlich die Industrie gefördert oder eigentlich erst sacht ins Leben gerufen werden. Auch hier wurde die Einfuhr fremder industrieller Erzeugnisse, sowie die Ausfuhr der eigenen Rohprodukte nach Möglichkeit beschränkt oder verboten. Handelsgesellschaften wurden gegründet und reichlich mit Privilegien ausgestattet. Jedoch fehlte es an Kapital im Lande. Dafür stellte sich freilich das englische Kapital helfend ein. Aber es fehlte auch an Märkten im Auslande und die englischen Märkte blieben auch den aus Schottland kommenden Waren ängstlich verschlossen, und der Versuch, der mit der Gründung der *Darien Company* gemacht wurde, um koloniale Märkte zu schaffen, ist gescheitert. So trübe Erfahrungen hatte man am Anfang des 18. Jahrhunderts schon hinter sich. Man hatte hoffnungsvolle Ansätze zu wirtschaftlichem Aufschwung erlebt, doch der Erfolg war ausgeblieben durch das Fehlen der wichtigsten Voraussetzungen.

So war Schottland in eine ungünstige und widerspruchsvolle Lage geraten. Als die schwächere der beiden Nationen,

¹⁾ Vgl. Th. Keith, *The Economic Causes for the Scottish Union* (E.H.R. 1909); Th. Keith, *Commercial Relations of England and Scotland 1603—1707*. 1910.

hatte es von der Personalunion meistens Nachteile gehabt. Von dem Handel mit den englischen Kolonien blieben die Schotten ausgeschlossen, weil sie nicht englische Untertanen waren. Auf ihren eigenen Handelswegen dagegen, sahen sie sich vielfach gehemmt, weil sie Untertanen des Königs von England waren. In Hamburg, wo die Kompagnie der *Merchant Adventurers* große Handelsprivilegien besaß, wollte man die Schotten vom Handel ausschließen, weil sie nicht zur Kompagnie gehörten. Man ließ sie erst zu, als sie darlegten, daß sie überhaupt keine Engländer seien und deshalb so frei Handel treiben dürften, wie irgend eine andere Nation. Überhaupt pflegten die Schotten, wo es ihnen vorteilhaft schien, die Zusammengehörigkeit mit England zu behaupten, und sie zu leugnen, wo ihnen Nachteile daraus erwachsen konnten.

Seit der Union von 1707 aber hatte sich die Lage verändert. Fortan gab es für die britische Gesetzgebung ebenso, wie für das handeltreibende Ausland, kein England und kein Schottland mehr, sondern nur noch ein Großbritannien. Der staatliche Zusammenschluß konnte und sollte nicht mehr gelöst werden. So kam es nun darauf an, daß die Schotten sich auch wirtschaftlich und sozial in den neuen Zustand völlig einlebten. Da hat es gelegentlich Schwierigkeiten gegeben, wenn die Schotten sich durch die englische Gesetzgebung benachteiligt fühlten. Im Jahre 1725 sind dadurch in den wichtigsten Städten ernste Konflikte entstanden. Der Streit war hervorgegangen aus der Erhebung der Malztaxe in Schottland¹⁾. Die Malztaxe war eine seit 1697 in England übliche Steuer, die ebenso wie die Landtaxe alljährlich beschlossen wurde, und die eben deshalb beim Volk nicht unbeliebt war, weil sie als eines der Mittel galt, um die Krone in einer gewissen Abhängigkeit vom Parlament zu erhalten. Nun wurde durch Gesetz²⁾ die bisher nur in England erhobene Steuer auch für Schottland eingeführt, allerdings mit der mildernden Bestimmung, daß eine Rückerstattung der gezahlten Steuer dann zu erfolgen hätte, wenn

¹⁾ Da Georg I. um diese Zeit mit Townshend in Hannover weilte, so liegt wieder eine aufschlußreiche, zwischen Hannover und London geführte Korrespondenz vor. Regencies 19. 84. 85. R.O. Einiges gedruckt bei Coxo, *Rob. Walpole*, 2, 438—70.

²⁾ 12 George I c. 4.

das in Schottland erzeugte Malz ins Ausland exportiert werden sollte. Aber auch so rief die Einführung der für Schottland neuen Steuer unter den Brauern der großen Städte, besonders in Glasgow und Edinburgh, eine gewaltige Aufregung hervor.

Als am 29. Juni die Beamten in Glasgow sich anschickten, die Malzsteuer zu erheben¹⁾, fanden sie den heftigsten Widerstand von seiten der Bevölkerung. Es hieß, man wolle sie steinigen, wenn sie Ernst machen würden. Die Beamten wandten sich um Hilfe an den, in den benachbarten Teilen Schottlands kommandierenden General Wade. Er sandte zwei Kompanien Infanterie, die aber gegen den Pöbel von Glasgow um so weniger auszurichten vermochten, da der Provost, das Haupt der Ortsobrigkeit, dem die Truppen unterstellt waren, die Unruhistifter mehr beschützte als zur Ruhe mahnte. Steinwürfe von seiten des Pöbels, ängstliche Zurückhaltung der Truppen, die kaum zur eigenen Verteidigung von der Schußwaffe Gebrauch machten, und dem Befehl des Provost gehorchend, unter Trommelschlag, aber beschimpft und verfolgt von der Masse, alsbald die Stadt verließen und nach dem benachbarten Dumbarton abzogen — es waren lauter Vorgänge, welche die Schwäche der Regierung offenbarten. Dann erschien freilich General Wade selbst mit genügender Macht, um keinen Widerstand aufkommen zu lassen. Er führte sogar die Häupter des Magistrats gefangen mit sich fort nach Edinburgh, aber gefolgt von einer Masse Volkes in drohender Haltung. Daß mit den Magistratsherren angestellte Verhör endete rasch mit ihrer Freilassung, und im Triumph wurden sie von der Menge nach Glasgow zurückgeleitet. Mit den Tumultuanten selbst verfuhr man zwar härter, obwohl von den verhängten Strafen, Auspeitschen und Deportation, nur einzelne Wenige betroffen wurden. Auf die Menge wirkte der Hergang eher ermutigend als abschreckend.

* * *

Kaum war in Glasgow die Ruhe wiederhergestellt, als dasselbe Spiel in Edinburgh begann. Hier schlossen sich die Brauer

¹⁾ An Account of the Riots and Tumults that happened at Glasgow the 24th and 25th of June last, drawn out from the examinations taken at Glasgow by H. M.s advocate. Regencies 84. R.O.

zu einer organisierten Genossenschaft, die man *combination* nannte, zusammen. Sie beschlossen, sich der Zahlung der verhaßten Steuer unter allen Umständen zu widersetzen. Sie wollten, wenn man sie zu zwingen versuche, überhaupt kein Bier mehr brauen, oder ein so schlechtes Bier, daß niemand es trinken würde.

Damit war eine Lage geschaffen, die von der Regierung ernst genommen werden mußte. Schon als die Sache begann, hatte Walpole Schlimmes erwartet. „Es wird“, schrieb er seinem Schwager Townshend, „eine so ernste Angelegenheit, sie stellt uns vor eine so schwere Aufgabe, wie nur irgend eine, die wir seit der Thronbesteigung Seiner Majestät erlebt haben¹⁾“. Ähnlich Newcastle an Townshend²⁾: „Die Scene hat sich jetzt verändert. Statt eines Aufruhrs in Glasgow, der nur die Kontrolle und Verarbeitung des Materials bei den Malzern verhindern wollte, haben wir es jetzt in Edinburgh mit einem Zusammenschluß der Brauer zu tun, um die Zahlung der Steuer zu verweigern, und, wenn es sein sollte, das Brauen ganz aufzugeben. Dadurch hoffen sie eine solche Stimmung zu erzeugen, daß die Regierung sich gezwungen sehen würde, auf die Ausführung des Gesetzes zu verzichten.“

Auch in Hannover, wo Georg I. zur Zeit weilte, sah man die Sache ernst genug an. Der König und Townshend waren der Meinung, daß das Gesetz unter allen Umständen durchgeführt, die Malzsteuer erhoben werden müsse. Aber man sollte es auch nicht aufs äußerste ankommen lassen. Man muß mit Energie, aber auch mit Takt verfahren. Georg I. kann manchmal, wenn er den Vortrag des Ministers angehört hat, persönlich mit seiner Meinung und seinem Rate hervortreten, kann dem Minister nahelegen, seinem Regierungsbescheid noch dies oder jenes als Wunsch oder Vorschlag des Souveräns hinzufügen. Dieses Mal wollte er dem Magistrat von Edinburgh empfohlen haben, die sämtlichen Brauer der Stadt vorzuladen, sie aufzufordern, ihre Verbindung zu lösen, mit der Erklärung, man würde sonst Leute genug finden, die an ihrer Stelle das Bier brauen würden, und auch ein nicht minder gutes Bier³⁾.

* * *

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole 2, 442.

²⁾ 6. Aug. 1725. Regencies 85. R.O.

³⁾ Townshend an Newcastle, Hannover, 17. Aug. 1725. Coxe 2, 444 ff.

Die Lage in Edinburgh war noch kritischer als in Glasgow. Hier hatte man es nur mit einem lärmenden Volkshaufen zu tun gehabt, und der Tumult war beseitigt, sobald eine überlegene bewaffnete Macht zur Stelle war. Auch traten Widerstand und Drohung der Massen den Organen der Regierung erst dann gegenüber, als diese sich anschickten, die gesetzlich beschlossene Steuer zu erheben. In Edinburgh aber hatte man es mit einer förmlichen Streikbewegung zu tun. Die zu einer *combination* zusammengeschlossenen Brauer erklärten, solange die Steuer nicht abgeschafft sei, ihr Gewerbe nicht ausüben, d. h. kein Bier brauen zu wollen.

Die vom Könige persönlich erteilten Ratschläge waren gut und liefen ungefähr auf dasselbe hinaus, was auch die Regentschaft in London für richtig hielt. Sie wurden ausgeführt von einem Manne, den Walpole als die geeignete Persönlichkeit ersah, um die Autorität der Regierung gegenüber den unbotmäßigen Elementen in Schottland zu wahren, und doch einen ernststen Konflikt zu vermeiden. Dieser Mann war Lord Ilay, Bruder des Herzogs von Argyle, und selbst einer der 16 Wahllords, die von Schottland ins Oberhaus zu Westminster entsandt zu werden pflegten. Ilay war militärisch und politisch bewährt, hatte bei dem Kampf gegen die Rebellion von 1715 eine Truppe geführt und war beim Sherifmuir verwundet worden. Aber seine Stärke lag mehr auf dem Gebiete der Beamten-tätigkeit. Durch Geburt und Erfahrung mit den Verhältnissen des Nordens wohl vertraut, und auch geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen, seiner Stellung nach *Privy Seal* von Schottland, erschien er nun, mit großen Vollmachten versehen, in Edinburgh.

Er fand die unbotmäßigen Brauer keineswegs zur Unterwerfung bereit. Sie hatten sich untereinander so fest, vielleicht eidlich verbunden, daß sie entschlossen schienen, ihre Sache durchzukämpfen. Sie glaubten auch nicht so recht an den Ernst der Regierung. Man hörte, daß diese in Irland soeben in dem schweren Streit um die Scheidemünzen nachgegeben hatte, und hoffte, in Schottland dasselbe zu erreichen. Lord Ilay, meinten sie, sei nur der Sendling Walpoles. Der König aber, der weit hinten in Hannover sitzt, denkt anders. Er wird gewiß bei der nächsten Session des Parlaments, Walpole entlassen und durch Pulteney ersetzen. Doch Ilay belehrte die Leute rasch eines Besseren. Als

sie mit ihrer Drohung ernst machten und die Arbeit einstellten, ließ Ilay vier der führenden Männer verhaften, suchte aber auch den Streit aus der Welt zu schaffen. Inzwischen war die Lage unangenehm geworden. Von 65 Brauern der Stadt fuhren nur noch acht fort, zu brauen, und die Not der Edinburgher Biertrinker wuchs zusehends. Aber jetzt kam auf Ilays Betreiben die Hilfe von auswärts, aus anderen schottischen Städten, und die trotzigsten Brauer der Hauptstadt erkannten bald, daß sie das Spiel verloren hatten. Nun endet die Sache fast dramatisch mit einer Versammlung der Streikenden¹⁾. Man stimmt ab über die Frage: brauen oder nichtbrauen. Man schwankt lange, bis ein entschlossener Mann sich für die Wiederaufnahme der Arbeit erklärt. Die anderen folgen, und am nächsten Mittag sah man schon 40 Edinburgher Brauereien und 10 in Leith wieder in vollem Betrieb. Am 3. September schreibt Walpole erfreut, daß eine höchst peinliche und gefährliche Sache glücklich zu Ende gebracht sei, und er kann sich nicht genug tun in seinen Lobeserhebungen für Lord Ilay.

* * *

Neben dem Streit um die Biersteuer in Schottland lief auch ein hochpolitischer Konflikt einher, in dem persönliche Gegensätze und konstitutionelle Schwierigkeiten gleichzeitig ausgetragen wurden. „Das Ganze hat seinen Ursprung in einem Ringen um die Macht“, so hat Walpole selbst den Kampf gegen die Malztaxe genannt²⁾. Hinter den widerspenstigen Brauern stand eine, in Schottland weitverbreitete Opposition gegen die Londoner Regierung. Das Haupt derselben war ein schottischer Großer, der Herzog von Roxburgh, Staatssekretär für Schottland. Er hatte dieses Amt schon vor der Union, seit 1704 innegehabt, hatte ebenso seine Verdienste um das Zustandekommen der Union, wie um die Durchführung der protestantischen Succession. Er war dafür in seinem Adelstitel erhöht worden, war auch als einer der 16 schottischen Wahllords in das Parlament von Westminster eingezogen, und Georg I. hatte ihm regelmäßig einen Platz in den Regentschaften angewiesen, die den abwesenden Souverän

¹⁾ Vgl. die Berichte Ilays u. Walpoles bei Coxe 2, 456ff.

²⁾ Coxe, Rob. Walpole 2, 448.

zu vertreten pflegten. Seine loyale Haltung hatte der Herzog auch während der Rebellion von 1715 bewährt, als er an der Spitze eines Freiwilligenkorps neben Argyle in den Kampf zog und in der Schlacht auf dem Sheriff-Moor mit Auszeichnung focht.

Seitdem aber Walpole die Leitung der Regierung übernommen, hatte Roxburgh sich jener oppositionellen Gruppe angeschlossen, die sich innerhalb des Kabinetts um Lord Carteret scharte und die dem *Prime Minister* auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten bereitete. Wir erinnern abermals an die aufreibenden Kämpfe, die 1723 in Hannover unter den Augen des Königs zwischen den beiden Staatssekretären Townshend und Carteret ausgefochten wurden. Wir wissen auch, wie im nächsten Jahre Carteret durch die Ernennung zum Lord Lieutenant von Irland aus dem Kreise der Mächtigen in London ehrenvoll hinausgedrängt worden war. Roxburgh aber war geblieben, sowohl in seinem schottischen Amte, wie auch in den Regentschaften. Auch jetzt, 1725, war er wieder einer der *Lords Justices*. Nun aber, da es um den Frieden in Schottland ging, empfand der Kreis um Walpole, daß Roxburgh ihnen entgegenarbeitete, ja, sie meinten, in ihm das geistige Oberhaupt des ganzen Widerstandes erblicken zu sollen. Schon hörte man ja die Behauptung, daß die nächste Session die Entlassung Walpoles und die Ernennung einer Regierung Pulteney-Roxburgh bringen werde.

So hielten die entscheidenden Männer im Kabinett, Walpole und Townshend und der treu zu ihnen haltende Newcastle, es jetzt für notwendig, diesen Gegner aus ihrem Kreise zu entfernen. „In Schottland“, schreibt Newcastle, „wird es nicht besser werden, so lange Roxburgh Staatssekretär ist.“ Ja, sogar das Fortbestehen des Amtes schien unvereinbar mit dem Geiste der Union. „So lange es einen Schottischen Sekretär gibt, wird in Schottland die Ruhe nicht einkehren. Denn die Parteien treiben es so arg, daß sie alle Extravaganzen, auch wenn sie sich gegen die Regierung richten, gut und schön finden¹⁾.“ Hannover stimmte zu, und alles wurde rasch in Scene gesetzt. Hob man das Amt auf, so war es wohl eine geringere Kränkung für den Mann, wenn auch er selbst sich über den Sinn der Sache gewiß nicht getäuscht hat. Die Pflichten des Staatssekretariats für

¹⁾ Newcastle an Townshend, 6. Aug. 1725. Regencies 84. R.O.

Schottland, hieß es, sollte fortan Newcastle neben seinen eigenen Obliegenheiten übernehmen; die Geschäfte würden durch Tilson und Delafaye, die wohlbekannten Beamten des auswärtigen Dienstes, besorgt werden.

Als die Entlassung beschlossen war, fragte der König, ob Roxburgh damit auch aus der Reihe der *Lords Justices* ausscheide. Townshend antwortet: das wohl nicht, man möge ihn auch wie bisher zu den Sitzungen einladen. Er werde dann, nach Niederlegung seines Amtes, schon aus eigenem Entschlusse fernbleiben. Zur Überraschung der Regenten geschah dies freilich nicht. Roxburgh erschien nach wie vor in den Sitzungen. Was war da zu tun? Der König lehnte es ab, an der Ernennungsurkunde der *Lords Justices* etwas zu ändern. Und wir ersehen aus dem Verlauf zugleich, daß die Zugehörigkeit zur Regentschaft nicht an ein Amt geknüpft war und daher auch nicht mit diesem erlosch. Man wählte nun den Ausweg, den Herzog wissen zu lassen, so wenig ein Zweifel an seinem Recht zur Teilnahme bestehe, so wolle der König ihm doch nicht zumuten, sich nach der Niederlegung des Amtes noch der Mühe zu unterziehen, an den Geschäften der Regentschaft teilzunehmen¹⁾.

So war der letzte große Gegner entfernt und die zwei Schwäger „Townshend und Walpole“ herrschten unbestritten im Kabinett. Doch wir wissen bereits, daß gerade in diesem Sommer 1725 auch zwischen ihnen eine ernste Meinungsverschiedenheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik entstand, und auch daß fünf Jahre später ein ähnlicher Konflikt das Ausscheiden Townshends herbeiführte, so daß von 1730 an Robert Walpole allein das Feld beherrschte.

So sehr Walpole darauf hielt, jeglichen Widerstand gegen das Gesetz zu unterdrücken, so war er doch auch immer bestrebt, jeden Grund zur Unzufriedenheit nach Möglichkeit zu beseitigen. Der ärgerliche Bierskandal von Glasgow und Edinburgh hatte auch in England tiefen Eindruck gemacht. Schon während des Streites hatte Walpole einmal erklärt²⁾, die Brauer könnten ja den Bierpreis erhöhen. Eine bessere Lösung war es jedoch, als 1726 ein neues Gesetz erlassen wurde, um das Braugeschäft in

¹⁾ Townshend an Newcastle, 3. (14.) Sept. 1725. Privatbrief vom selben Datum. Regencies 20. R.O.

²⁾ Coxe, Rob. Walpole 2, 444.

Schottland zu erleichtern. Zwar blieb die Malzsteuer auch für Schottland bestehen, doch sollte wenigstens das für den Export bestimmte, schottische Malz von vornherein zollfrei bleiben, während andererseits die dafür vorgesehene Rückvergütung in Wegfall kam.

* * *

Glasgow und Edinburgh waren 1725 beruhigt worden. Nun sollte auch in den Hochlanden der Friede gesichert sein. So hatte der Wortlaut des Gesetzes es vorgeschrieben. Nach dem schottischen Aufstande von 1715 war die *Disarming Act* beschlossen worden, derzufolge die Bewohner der Grafschaften nördlich vom Leven und vom Firth ihre Waffen abliefern sollten. Aber das Gesetz, schwer durchführbar, war nicht streng befolgt worden¹⁾. Wade berichtete, daß zwar die loyalen Clans dem Gebot ehrlich gehorcht hätten, die anderen aber, d. h. gerade diejenigen, die unschädlich gemacht werden sollten, wohl allerlei an alten und unbrauchbaren Waffen abgegeben, die guten aber behalten und versteckt hätten. Listen wurden geführt, um die Zahl des sicheren und der unzuverlässigen Clanleute feststellen zu können²⁾, und 1725 ward die *Disarming Act* von neuem eingeschärft und General Wade beauftragt, ihre Durchführung mit Hilfe der ihm anvertrauten, militärischen Kräfte zu leiten und zu überwachen. Straßenbau und die Anlage von Befestigungen sollten den Erfolg sichern.

General Wade und die Regierung waren sehr zuversichtlich. Mehrere Clan-Häuptlinge, schreibt Wade am 20. Juli³⁾, haben sich bereit erklärt, im Sinne des Gesetzes ihre Waffen abzuliefern. Des Generals Reise nach dem Hochlande meldet Newcastle am 27. Juli nach Hannover⁴⁾, wird möglichst beschleunigt. Sie wird erfolgen, sobald es ihm die Pflichten gestatten, die er vorher im südlichen Teile Schottlands zu erfüllen hat. So trat Wade seinen Marsch ins Hochland an. Bald meinte er, die ihm übertragene Aufgabe befriedigend gelöst zu haben und berichtete über den

¹⁾ Vgl. Sanford Terry, *Jacobitism and the Union* (Cambr. Mod. Hist. 6, 107 ff.).

²⁾ Townshend Mss. 194 ff.

³⁾ An Newcastle, Edinburgh, 20. Juli 1725. Regencies 84. R.O.

⁴⁾ An Townshend, 27. Juli 1725. Regencies 84. R.O.

Erfolg. Der König in Hannover vernimmt es mit Befriedigung und hofft bald zu hören, „daß dieses wichtige Werk glücklich beendet ist“¹⁾.

Doch es war abermals eine Täuschung. Die Waffenabgabe mochte zwar diesmal ergiebiger gewesen sein. Aber ein eigener, zwei Jahre später von Wade erstatteter Bericht²⁾ lehrt uns, daß die von ihm empfohlenen Befestigungsbauten sämtlich unausgeführt geblieben sind, und nur das alte Schloß von Inverness war ausgebessert worden. Auch war die große, die Hochlande in zwei Teile zerschneidende Hauptstraße von Inverness nach Fort William fast vollendet und brauchbar für Militärtransporte jeder Art. Sie lief, an dem heutigen Kaledonischen Kanal entlang, der die lang gestreckten Seen verbindet. Das alte Fort William, der Endpunkt der großen Straße, war einmal von Wilhelm III. neu erbaut und bestimmt worden, wie Defoe sagt³⁾: „die Hochländer zu zähmen“. Und wie vortrefflich, meint er, sei dieser Zweck erfüllt worden bei der Beschlußfassung über die Union, als von allen Seiten die Versuche einsetzten, das hitzige Volk der Hochlande zur Rebellion zu treiben. Wade empfiehlt auch, diese wichtige Heerstraße noch weiter, bis nach Perth, auszubauen.

Merkwürdig genug, daß man sich auch dieses Mal nicht entschloß, die Axt an die Wurzel des Übels zu legen, und die Clanverfassung aufzuheben. Noch scheute man sich vor einer so einschneidenden Maßregel, die eine völlige Umwälzung der sozialen Verhältnisse gebracht hätte. Es hätte bedeutet, an die Stelle der mit der Muttermilch eingesogenen Vasallentreue der Hochländer den modernen Staatsgedanken zu setzen, den sie nicht begriffen. Man wollte sich mit der ernstlichen Durchführung der *Disarming Act* begnügen, nicht mehr als das war der Sinn der Expedition des General Wade in die Hochlande.

Erst als Schottland sich noch einmal für den Stuart erhob und die Gefahr für Hannover den höchsten Grad erreichte, entschloß man sich zur Aufhebung der ehrwürdigen Clanverfassung. Dann erst konnte im Ernste von einer „Entwaffnung der Hochlande“ die Rede sein.

¹⁾ Townshend an Newcastle, Göhrde, 8./19. Oct. 1725. Regencies 85. R.O.

²⁾ Townshend Mss. 197 ff.

³⁾ *Tour through the whole Island of Great Britain* 3 (1727), 217.

Viertes Kapitel.

Kirchenpolitik¹⁾.

Im kirchlichen Leben und in der Kirchenpolitik herrschten unter den beiden ersten Georgen die aus der vorangegangenen Epoche überkommenen Zustände. Zwei protestantische Staatskirchen, die anglikanisch-bischöfliche in England, und die presbyterianische in Schottland, bei grundsätzlicher Ausschließung des römischen Katholizismus — so war das System.

Als gesetzliches Oberhaupt der Kirche von England mußte der Träger der Krone auch persönlich zur Gemeinschaft dieser Kirche gehören.

Kirchlich und anglikanisch waren mit ihm auch der Hof und die herrschende Gesellschaft. Jede Abweichung von solcher Haltung wurde in England bald genug bemerkt und gerügt. Nur wenn man in Hannover weilte, nahm man es damit nicht ganz so streng. Georg I. reist 1725 mit seinem Gefolge von Pymont, wo er zur Kur gewillt hat, an einem Sonntage zurück nach Herrenhausen. „Ihr kritischen Leute dort drüben“, schreibt gemütlich einer von der Hofgesellschaft ²⁾, „ihr werdet natürlich sagen, daß wir die Sonntagsruhe auf den falschen Tag verlegen. Aber hier in Deutschland nehmen wir es nicht so genau mit dem Sabbath. Und da man dann auch noch den alten Stil in den neuen umrechnen müßte, so wird wohl kein noch so schlechter Mensch es leicht herausfinden und uns schelten können, als ob wir nicht brave *Churchmen* wären.“

Auch an dem Charakter des Gottesdienstes hat sich in dieser Periode nichts geändert. Wir dürfen nur erwähnen, daß beim

¹⁾ Neben den älteren Werken von Stoughton, *History of Religion in England* 6; Abbey and Overton, *The English Church in the 18th century*, sind besonders die neueren Arbeiten von N. Sykes, Edm. Gibson 1926 u. a. m. zu vergleichen.

²⁾ Tilson an Delafaye, Pymont, 7./18. 9./20. Juli 1725. Regencies 19. R.O.

Psalmengesang in den Kirchen seit der Zeit Georgs I. eine neue metrische Fassung in Gebrauch kam. Hatte man bis dahin an der Version von Sternhold und Hopkins festgehalten, so begann man jetzt zu einer andern, dem Melodienschatz der Kirche besser angepaßten Form, die von Brady und Tate neu gedichtet war, überzugehen. Da aber die beiden Versionen gar nicht so sehr verschieden waren, so hielten viele Gemeinden noch lange an Sternhold und Hopkins fest. Und um den Wünschen aller Kirchenbesucher gerecht zu werden, pflegte man wohl beide Fassungen, zusammen mit dem *Common Prayer Book* und der einfachen Prosaübersetzung der Psalmen in einem einzigen Bande zu vereinen. Wer mit einem solchen prächtigen Lederband zum Gottesdienste schritt, hatte also drei verschiedene Fassungen der Psalmen Davids zusammen in der Hand.

* * *

Für die anglikanischen Bischöfe des 18. Jahrhunderts war es nicht leicht, ihrer doppelten Pflicht zu genügen ¹⁾. Als Mitglieder des Hauses der Lords, hatten sie an der Gesetzgebung teilzunehmen, und wir erinnern uns, wie stark die Reden ins Gewicht fielen, die bei der kirchenpolitischen Debatte des Jahres 1719 von der Bank der Bischöfe ausgingen ²⁾. Ihre Stimmen fielen weit schwerer ins Gewicht, als es in einer späteren Zeit geschehen wäre, seitdem die Mitgliederzahl des Oberhauses so stark vermehrt worden war. Daneben lag es aber dem Bischof auch ob, die Pfarreien innerhalb seiner Diözese zu besuchen, überall den Stand der Seelsorge zu überwachen, und die Konfirmation der heranwachsenden Jugend zu vollziehen. In der Erzdiözese York wurden 1743 nicht weniger als 30 000 junge Menschen durch den Erzbischof konfirmiert. So hatte der Prälat anstrengende Reisen zurückzulegen, meist zu Pferde, und oft auf Landstraßen, die während des größeren Teiles des Jahres unpassierbar waren. Das erforderte, neben der Eignung für das Amt auch eine starke Gesundheit. „Ich

¹⁾ N. Sykes, *Episcopal Administration in England in the 18th Century* (E.H.R. 1932).

²⁾ Bd. 2, 108 ff.

wünsche Ihnen,“ schreibt 1709 ein Bischof an einen andern, der im Begriffe ist, seine Visitationsreise anzutreten¹⁾, „ich wünsche Ihnen, daß Sie die Strapazen ebenso leicht überwinden mögen, wie unser robuster Amtsbruder von Chester, der nächst der Ihrigen die größte Diözese in England hat und durch solche Rundreisen niemals ermüdet wird.“

* * *

1723 war Edmund Gibson, bisher Bischof von Lincoln, zum Bischof von London befördert worden. Der kluge und gelehrte Priester, Verfasser eines Werkes über englisches Kirchenrecht, war auch ein eifriger Anhänger der protestantischen Thronfolge und der whiggistischen Regierung Robert Walpoles. Er wurde und blieb dreizehn Jahre lang der Berater der Krone, insbesondere bei der Besetzung hoher, geistlicher Stellen. Gleich 1723 geschah es, als durch den Tod mehrerer Bischöfe und durch die Verbannung Atterbury's von Rochester eine Reihe von Bischofssitzen vakant wurden, daß sich die Staatssekretäre Carteret und Townshend von Hannover aus, ebenso wie Robert Walpole in London, an Gibson wandten, um von ihm bei der Neubesetzung der geistlichen Stellen beraten zu werden. Er machte seine Vorschläge und sie wurden befolgt; doch sträubte er sich dagegen, von nun an der regelmäßige Helfer der Regierung bei der Ernennung von Bischöfen zu sein. Das sei, fand er, mehr die Sache des *Clerk of the Closet*, eines ehrenhalber vergebenen Amtes, das dem Bischof von Winchester übertragen worden. Gibson hatte auch noch andere Bedenken. Er meinte, daß die niedere Geistlichkeit, die im allgemeinen torystisch, ja vielfach jakobitisch gerichtet sei, ihm, als dem Berater einer whiggistischen Regierung mit Mißtrauen begegnen würde. Er bedachte auch, daß die beiden, noch höher als er stehenden Prälaten, die Erzbischöfe von Canterbury und York, eine solche Bevorzugung des Bischofs von London als eine Zurücksetzung in ihrer Würde empfinden würden.

Aber diese Bedenken fanden an höchster Stelle keinen Widerhall, Gibson war und blieb der Vertraute des Ministeriums

¹⁾ Sykes a. a. O. 444.

Walpole, er trat, wie man scherzte, als dritter Partner in die Firma Walpole-Townshend ein. Er war gleichsam der Mittelsmann zwischen dem whiggistischen Premier und der torystischen Landgeistlichkeit. Jedermann erwartete, wenn einmal der Erzbischof von Canterbury, der an Jahren reiche Dr. Wake, aus dem Amte scheiden sollte, daß alsdann Gibson sein Nachfolger werden würde. Man nannte ihn schon scherzhaft den *heir apparent* von Canterbury. Er selbst strebte jedoch nicht nach dieser Würde, wie er sich denn in seiner kirchlichen und politischen Stellung ein wenig zwischen den Parteien stehend empfand. Auf der einen Seite, so schreibt er selbst an Walpole, genügt es der torystischen Geistlichkeit nicht, daß man für die Kirche eintritt, während andererseits die whiggistischen Laien und die Dissenter nicht gewonnen werden durch das bloße Eintreten für die protestantische Succession und für Toleranz.

Gibson ist ein Jahr später, als eine Vorlage zugunsten der Quäker im Oberhause verhandelt wurde, sogar als offener Gegner der Regierung aufgetreten. Doch ist die ältere Auffassung, als sei erst dadurch zwischen ihm und Walpole eine Entfremdung eingetreten, und er wäre erst von nun an als Kandidat für Canterbury nicht mehr in Betracht gekommen, diese Auffassung ist nach dem Gesagten nicht mehr aufrechtzuerhalten.¹⁾

* * *

Auf keinem Gebiete kirchlicher Politik waren so schwere Aufgaben zu lösen, wie auf dem der Behandlung der Dissenter.

Nach dem Tode der Königin Anna, im September 1714, als der noch in Hannover weilende neue Souverän sich über die Methoden zu unterrichten suchte, die er bei der Bildung seiner Regierung in England zu befolgen hätte, da geschah es, daß an seinen Gesandten, Graf Bothmer ein Mitglied der Torypartei, Lord Nottingham, herantrat. Er entwickelte dem Vertreter Georgs I. unter drei Gesichtspunkten das System, das nach seiner Meinung der neue König befolgen sollte.

Er empfahl²⁾ die Einrichtung eines Whigregimentes, er

¹⁾ Vgl. Sykes, Gibson and Walpole. E.H.R. 1929.

²⁾ Bothmer an Georg I., London 10./21. Sept. 1714. Han. Arch.

empfahl eine strenge Untersuchung gegen die Minister der verstorbenen Königin. Und das dritte Prinzip müsse sein, daß, wenn auch die Regierung im allgemeinen whiggistisch sei, die Kirche gleichwohl torystisch bleiben müsse. Der letzte Satz enthält die Hauptsache, er enthält dasjenige worauf es Nottingham eigentlich ankommt. Er will sagen, daß die gegen die Dissenter gerichteten Gesetze in Kraft bleiben sollten. Er selbst hatte 1711 das Gesetz gegen die „gelegentliche Konformität“ ins Leben gerufen, nun wünschte er, dieses Gesetz auch erhalten zu sehen. Nur so ist seine Zusammenarbeit mit des Whigs zu verstehen.

Georg I. hat Nottinghams Wunsch nicht so ganz erfüllt, Er hat in seiner Antwort an Bothmer¹⁾ allerdings erklärt, die Kirche solle unter seiner Regierung nichts zu fürchten haben. Was aber die Dissenter betraf, so ließ er bald keinen Zweifel darüber, daß er auch seine nicht zur Kirche von England gehörenden protestantischen Untertanen schützen wolle. Er sprach es feierlich aus, als er zum erstenmal im *Privy-Council* erschien. Die Erhaltung der Kirchen von England und Schottland, hieß es²⁾ „kann nach meiner Meinung wirksam durchgeführt werden, auch ohne im geringsten die Duldung zu beschränken, die den protestantischen Dissentern gesetzlich zusteht“.

In Dissenterkreisen weckte dieses Wort frohe Hoffnungen. Man meinte, jetzt müsse es zur Aufhebung der Testakte und der anderen, die bürgerliche Stellung der Nonkonformisten beschränkenden Gesetze kommen. Nun — man will den Herrscher in seiner guten Gesinnung noch bestärken. Eines Tages erscheinen etwa hundert nonkonformistische Geistliche, in ihrem dunklen, calvinischen Ornat, als Deputation vor dem Monarchen. Ein Edelmann, der sie erblickt, fragt erstaunt: „Was geht hier vor, eine Beerdigung?“ „Oh nein,“ erwidert einer der Geitslichen, „es ist eine Auferstehungsfeier“³⁾.

Solche Hoffnungen wurden freilich auch nur teilweise erfüllt. Das 1719 beschlossene Gesetz zur Stärkung des protestantischen Interesses war wohl das einzige, was für die Dis-

¹⁾ Georg I. an Bothmer, 25. Sept. 1714. Han. Arch.

²⁾ Parl. Hist. 7, 18.

³⁾ Skeats-Miall a. a. O. 223.

senter geschah. Außer der förmlichen Aufhebung der *Sehism Act*, die überhaupt niemals durchgeführt worden war, stellte es nur die „gelegentliche Konformität“ wieder her¹⁾. Mit anderen Worten: wer nur ein einziges Mal das Abendmahl nach anglikanischem Ritus empfangen hatte, durfte wieder jegliches Amt bekleiden.

* * *

Zahlenmäßig ist das Verhältnis der Dissenter zu den Anhängern der Kirche von England schwer zu fassen. Sie mögen einander etwa die Wage gehalten haben. In manchen Gegenden wird die große Zahl der Dissenter durch den Mangel an Kirchen erklärt. Die Kirche von Sheffield faßte nicht mehr als den vierten oder fünften Teil der Einwohner, in der von Leeds hatte kaum der zwanzigste Teil der Bevölkerung Platz. In diesem ungenügenden Kirchenraum meint ein Reisender die Erklärung erblicken zu sollen für die große Zahl der in dieser Gegend lebenden und in einfacheren Gethäusern sich versammelnden Nonkonformisten²⁾.

In der Wirtschaft aber ging ihre Bedeutung weit hinaus über das zahlenmäßige Verhältnis innerhalb der Gesamtbevölkerung von Großbritannien. Sie waren die Hauptträger des materiellen Fortschritts. Industrie, Handel, Börse, das ganze Geschäftsleben ruhte größtenteils in ihren Händen. Sie sind die Zukunft Englands, sie sind, wie im 16. Jahrhundert die Bewohner von Flandern und Brabant, „ein kräftiges, ein großes Volk — und auch ein gutes Volk“.

Wie konnte die Regierung sich den Wünschen dieser Leute verschließen? Sie konnte sie auch zur Besetzung der Ämter, zumal der städtischen Ämter, nicht entbehren³⁾. Es war recht eigentlich die Schicksalsfrage in der Kirchenpolitik Robert Walpoles.

Doch man darf auch hier nicht neue Gedanken und Antriebe zu finden erwarten. Auch hier ist Walpole nur ein Kind seiner Zeit.

¹⁾ Vgl. Bd. 2, Kap. 4.

²⁾ Portland Mss 6, 141, 145.

³⁾ Bonet, 5./16. Apr. 1717 G.St.A.

Eine Generation, welche mit den Lehren Shaftsbury's und Toland's groß geworden, eine Generation, für welche die Tugend das höchste Gut war und die in ihrem deistischem Denken das Christentum mit einer gewissen Herablassung nur noch als die historisch überlieferte Ausprägung der Idee der natürlichen Religion gelten ließ — eine solche Generation ist nicht in der Stimmung, um kirchliche Fragen zu kämpfen.

Auch durch seine eigene Vergangenheit wird Walpole dazu gebracht, allen Neuerungen gern aus dem Wege zu gehen, jeden Wechsel zu vermeiden¹⁾. Er ist Whig, aber er ist kein Dissenter, obwohl gerade die Dissenter auf der Seite der Whigs stehen. In der kirchenpolitischen Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte hatte Walpole eine schwankende Haltung eingenommen. 1711 hatte er mit den Whigs gegen die Akte zur Beseitigung der gelegentlichen Konformität gestimmt, 1719 mit den Tories gegen die Aufhebung eben dieser Akte. Und es hatte seiner unvergleichlichen Dialektik bedurft, um über diesen Widerspruch hinwegzukommen. Nun aber, als leitender Minister durfte er nicht wagen, an der historischen Stellung der Kirche Elisabeths zu rütteln. Auch schien die Lage der Dinge solches nicht dringend zu erheischen. Wenn die Dissenter fortan immer wieder die Aufhebung der Korporations- und der Testakte, und damit die völlige Gleichstellung aller protestantischen Untertanen des Königs forderten, so durften sie sich dabei auf ihre Verdienste um die protestantische Succession berufen, auf ihre Anhänglichkeit an das Haus Hannover, auf ihr treues Festhalten an der Whig-Partei. Sie waren es, die bei allen der Regierung günstigen Wahlen in der Zeit Walpoles die Entscheidung gaben. So erschien denn die Aufhebung der noch immer gegen sie lautenden Gesetze allerdings wie eine Forderung der Gerechtigkeit.

Walpole war fern davon, ihren Standpunkt nicht würdigen zu wollen. Aber als Haupt einer whiggistischen Regierung wünschte er auch die Tories, die Anhänger der Staatskirche nicht zu erschrecken. Denn gar zu leicht hätten sie, wie in den Tagen Saccheverells die Massen mit dem alten Schlachtruf „*Church in danger*“ in Bewegung bringen können.

* * *

¹⁾ Abbey and Overton, a. a. O. 281 ff.

In dringender Form trat die Frage zum ersten Male gegen Ende des Jahres 1732 an den Minister heran¹⁾. Das Jahr 1734 mußte eine Neuwahl des Parlaments bringen. So gedachten die Dissenter, die Sache noch vor das alte, zur Zeit versammelte Parlament zu bringen.

Walpole kommt in Verlegenheit. Er wünscht die Dissenter, die guten Freunde der Whigs, hinter denen sie helfend standen, wie die „Triarier bei den römischen Legionen“, nicht zu verletzen. Aber eine Verhandlung im Parlament über die Testakte möchte er durchaus vermeiden. Er ersieht den Bischof von Salisbury, Benjamin Hoadly, — wir kennen ihn aus der Zeit der Kontroverse von Bangor — als den geeigneten Mann, um den Dissentern ihr Vorhaben auszureden. Seine eigenen Beziehungen zu Hoadly sind jedoch zu wenig freundlicher Natur. So bittet er seine königliche Freundin, die Verhandlung mit dem Bischof zu führen. Sie tut es, und die ihr in der Erzählung Herveys in den Mund gelegte Rede liest sich wie eine Walpole'sche Rede. Die Königin hat ihre Lektion gut gelernt. Hoadly aber sagt, er sei zwar grundsätzlich für die Aufhebung der Testakte, würde auch im Parlament immer so stimmen. Doch sei er bereit, den Dissentern zu empfehlen, die Sache vorläufig ruhen zu lassen.

Wir hören auch von einer Unterredung, die der Minister selbst noch mit dem Bischof hat. Er sei ja, sagt Walpole, im Herzen auf der Seite der Dissenter. Aber, so fährt er mit einer allzu kühnen Wendung fort, in diesem Lande, das durch das Volk regiert und nur dem Namen nach eine Monarchie sei, müsse ein Minister manchmal mit dem Strom schwimmen, und der Strom sei zu stark gegen diesen Vorschlag der Dissenter gerichtet, als daß ein kluger Minister sich dagegen stemmen könne. Und als Hoadly fragt, ob die Aussichten wohl im neuen Parlament bessere sein würden, erklärt Walpole, ein solches Versprechen nicht geben zu dürfen²⁾.

Immerhin, man will den braven Dissentern nicht wehe tun. Eine Zusammenkunft führender Geistlicher aus ihrem Kreise

¹⁾ Hervey (Sedgwick) 121 ff. In der älteren Ausgabe (Croker) ist die Sache vollkommen irreführend in das Jahr 1730 verlegt. Egmont 1, 298. Vgl. Skeats-Miall 270.

²⁾ Anders, aber unrichtig, bei Skeats-Miall 270 nach Belsham.

mit den wichtigsten Mitgliedern des Kabinetts wird veranstaltet. Der Verlauf¹⁾ ist charakteristisch. Zuerst eine lange Rede Walpoles, in der alles Notwendige gesagt ist. Die im Kreise herumsitzenden Minister scheinen schweigen zu wollen, der Lord Präsident schaut weise, aber gelangweilt drein und nimmt eine Prise. Und der Lordkanzler und der Herzog von Newcastle müssen noch das Wort ergreifen. Das Ergebnis aber ist der Beschluß, der auch im Lande überall verbreitet werden soll, auf die parlamentarische Behandlung des Themas von der Testakte einstweilen zu verzichten.

* * *

Aber bei diesem gescheiterten Versuch ließen die Dissenter es nicht bewenden. Ihr unbequemes Drängen begleitet Walpole durch seine ganze fernere Laufbahn hindurch. Nachdem sie sich 1734 eine Organisation gegeben haben in Gestalt allgemeiner Versammlungen ihrer Deputierten — der streitbare Daniel Defoe hatte solches längst empfohlen — und nachdem sie bei den Wahlen desselben Jahres die Regierung treulich unterstützt hatten, halten sie im März 1736 den Zeitpunkt für gekommen, um ihre Sache vor das Parlament zu bringen.

Walter Plumer, eines der rühmlichsten Mitglieder des Unterhauses beantragte²⁾ zunächst die Verlesung der Testakte, um sodann in meisterhafter Rede die Widerrufung der gegen die Dissenter gerichteten Klauseln des Gesetzes zu beantragen. Er bekannte sich als Gegner aller religiösen Verfolgung, aber er betonte auch seine Ehrfurcht vor dem Sakrament des Abendmahls. Ist es nicht Entweihung des Abendmahls, wenn es herabgewürdigt wird zu einem Mittel der Qualifizierung für ein Amt?

Nun trat Walpole selbst in die Schranken. Seine Rede ist sehr geschickt, sehr maßvoll, ein Meisterstück politischer Dialektik. Er gibt sich als treuen Anhänger der Kirche von England, die man ebenso hochhalten müsse, wie die Verfassung. Aber auch was er über die Dissenter sagt, ist milde, wohlwollend,

¹⁾ Hervey (Sedgwick) 131.

²⁾ Parl. Hist. 9, 1046 ff.

verständnisvoll¹⁾. Es ist, sagt er, für denjenigen, dem sein Gewissen verbietet, der Staatskirche anzugehören ein Unglück, aber nicht ein Verbrechen. Und von Strafe und Verfolgung darf man überhaupt nicht reden.

Man könnte staunen über das hohe Maß von parlamentarischem Takt, von dem die auf beiden Seiten gehaltenen Reden zeugen. Aber auch die Fiktion spielt eine Rolle. Die nonkonformistischen Sprecher stellen sich so, als sei ihren Glaubensgenossen der Zutritt zu den Ämtern schlechthin verboten und verschlossen, und Walpole hütet sich wohl, dieser Auffassung zu widersprechen. Auf beiden Seiten redet man, sei es im Tone der Anklage, sei es mit Bedauern von dem Gewissenszwange, unter dem die Dissenter leiden. Ein mit den Verhältnissen Unbekannter hätte beim Anhören dieser Reden die Lage der Dinge nicht geahnt, er wäre höchlichst überrascht gewesen, zu erfahren, daß es in Wahrheit ohne allen Gewissenszwang abging und daß eine Unzahl von Dissentern sich im Besitze von Ämtern befand, sowohl militärischer wie ziviler Ämter, und nicht weniger im Staate wie in den Gemeinden. Man spielt der Welt eine kleine Tragödie vor, die niemand ernst nimmt. Denn einem Robert Walpole lag jeglicher religiöse Fanatismus ebenso fern wie die Dissenter des 18. Jahrhunderts zu der Rolle von Märtyrern ihres Glaubens geschaffen waren.

Die Regierung behielt den Sieg. Plauers Antrag ward mit großer Mehrheit abgelehnt.

* * *

Walpoles Stellung war so stark wie zuvor. Wenn manche glaubten, das Ganze sei nur unternommen, um die Dissenter dem Minister zu entfremden²⁾, so ward diese Erwartung getäuscht. Die Dissenter, mit denen er so fein säuberlich verfahren, haben sich keineswegs von ihm abgewandt. Aber ihr Ziel haben sie freilich noch weiter verfolgt.

Es geschah im Jahre 1739 unter so günstigen Umständen, daß man wohl ein Gelingen erwarten durfte. Die Tories, der

¹⁾ In diesem Geiste war auch ein Brief verfaßt, den Walpole schon 1730 an den Lord Statthalter von Irland gerichtet hatte. Stopford-Sackville Mss. 1, 147.

²⁾ Egmont 2, 244.

Mühen einer schier hoffnungslosen Opposition müde, hatten unter der Führung Wyndhams den Entschluß gefaßt und ausgeführt, den Sitzungen des Parlaments einstweilen ganz fern zu bleiben¹⁾. Sie hatten freilich mit dieser Sezession nicht einmal bei ihren Parteigenossen im Lande viel Beifall geerntet. Die Regierung und ihre Freunde aber hatten ein um so leichteres Spiel, da der gewohnte, oft doch so unbequeme Widerspruch von den Bänken der Opposition her mit einem Male verstummt war. Es wird dann auch berichtet, daß der Minister die Zeit benützte, um eine Reihe heilsamer Gesetze, besonders den auswärtigen Handel und die Kolonien betreffend, rasch und leicht durchzubringen.

So versteht man es auch, wenn die Dissenter nun den Zeitpunkt für gekommen erachteten, um endlich die verhaßte Testakte aus der Welt zu schaffen. Von den Tories war nichts mehr zu fürchten, und unter den Whigs sollte man doch wohl auf eine Mehrheit für die Sache der Dissenter rechnen dürfen. Schon vor Monaten hatten sie dem Minister ihre Absicht kundgetan. Er hatte aber mit der erstaunten Frage geantwortet²⁾, wie sie nur hoffen könnten, daß dasselbe *House of Commons* eine Maßregel annehmen würde, die es einige Jahre vorher abgelehnt hatte, ganz zu schweigen vom Oberhause, wo die Bank der Bischöfe ihnen natürlich entgegen sein würde.

Auch unter den Whigs herrschte wohl die Meinung, daß ein so wichtiges Gesetz in so irregulärer Form nicht beschlossen werden dürfe. Die Einzelheiten der Verhandlung sind nicht bekannt. Das Ergebnis aber war niederschmetternd für die Dissenter, 188 Stimmen gegen, und nur 89 für ihre Vorlage.

* * *

Es war der letzte Versuch der gemacht worden ist. Die Dissenter werden nun endlich empfunden haben, daß Walpole für ihren Plan weder jetzt noch später zu haben war. Er weiß, die Zeit ist nicht reif für das Ideal der Dissenter. Der Gedanke der Staatskirche beherrscht das Jahrhundert, und der Minister weiß, er wird das Neue nicht erleben.

¹⁾ Vgl. Coxe, Rob. Walpole (1798) 1, 604 ff.

²⁾ Egmont 2, 515.

So mag denn am Schlusse dieser Darlegung ein Vorfall erzählt sein, der zwar zeitlich nicht zu fixieren, auch nur durch mündliche Überlieferung, aber darum nicht minder zuverlässig, festgehalten ist. Eine Deputation nonkonformistischer Geistlicher erscheint eines Tages bei dem Minister. Man hat die Frage einer Aufhebung der Testakte gründlich erörtert und doch nur den alten Bescheid erhalten, der rechte Zeitpunkt sei noch nicht gekommen. „Würden Sie mir“, sagt der Führer der Deputation, „wohl die Frage gestatten, wann denn der rechte Zeitpunkt gekommen sein wird?“ „Wenn Sie eine exakte Antwort wollen“, sagt der Minister, „so will ich sie Ihnen in einem einzigen Worte geben — niemals“¹⁾.

* * *

Noch weniger konnte der Minister geneigt sein, die Schranken niederzureißen, welche der gesetzlichen Gleichstellung der römischen Katholiken im Wege standen. Hatte doch er, der die Verschwörung Atterburys sozusagen persönlich aufgedeckt, auch, als die Gefahr vorüber war, persönlich die neuen Katholikenakte beantragt und durchgesetzt, durch welche für das laufende Jahr eine Ausnahmesteuer von insgesamt £ 100 000 auf die Güter der Katholiken und der *Nonjurors* gelegt wurde. Es war jenes Gesetz, welches auch im Auslande so peinlich gewirkt und den Widerspruch von Frankreich und Österreich hervorgerufen hatte. Der französische Geschäftsträger Destouches hatte stark dagegen agitiert, war mit englischen Katholiken in Verbindung getreten und mußte von seiner Regierung auf Englands Wunsch abberufen werden. Der Österreicher Starhemberg hatte noch eifriger gegen das Gesetz gearbeitet, hatte aber, als es in Kraft trat, London schon verlassen²⁾.

* * *

Die Zahl der damals in England lebenden Katholiken ist schwer zu schätzen; denn sie durften sich ja zu ihrem Glauben

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole (1798) 1, 608. Der Vorfall wird hier in das Jahr 1739 verlegt. Doch ist eine ähnliche Äußerung Walpoles schon aus dem Jahre 1736 bei Egmont 2, 244 überliefert.

²⁾ Vgl. Bd. 3, 312 ff.

öffentlich nicht bekennen. Die meisten lebten in den Grafschaften des Nordens. Besonders zahlreich waren sie in der Nachbarschaft von Sheffield, was auf den Einfluß des in der Gegend begüterten Herzogs von Norfolk, des größten der am Katholizismus festhaltenden englischen Magnaten zurückzuführen war. Hier in den Grafschaften des Nordens hört man auch gelegentlich von dem trotzigen Hochmut der Leute, welche prahlerisch eine kommende Rebellion ankündigten.

In gewöhnlichen Zeiten tat freilich niemand den Katholiken etwas zuleide, aber bei jeder Jakobitengefahr sah die Regierung in ihnen die stillen oder offenen Helfer der Rebellen. Nach der Niederwerfung des Aufstandes von 1715 wurden scharfe Maßregeln gegen sie ergriffen¹⁾. Es wurde, wie man sagte, ein förmlicher Feldzug gegen die Existenz der katholischen Religion in Nordengland inszeniert. Auf Grund einer Parlamentsakte wurde eine Kommission eingesetzt, um einen Überblick zu gewinnen über die Güter „von Verrätern und papistischen Rekusanten“. Und dann begannen die umfangreichen Gütereinziehungen, wobei das Unglück der Betroffenen so manches Mal nur durch das hilfreiche Eintreten protestantischer Freunde gemildert wurde.

Von einer Aufhebung der Katholikengesetze durfte in diesem Jahrhundert nicht die Rede sein. Es blieb einem freier denkenden Zeitalter vorbehalten, wie den Dissentern, so auch den Katholiken dasselbe Recht im Staate einzuräumen, wie die übrigen Untertanen Großbritanniens es besaßen.

¹⁾ Vgl. Sykes, *The Jacobite Rising of 1715 and the English Catholics*. (E.H.R. 1929.)

Fünftes Kapitel.

Land- und Seemacht.

Von jeher hat in der Geschichte Englands neben der ruhmreichen Flotte seine Armee eine viel bescheidenere Rolle gespielt. Und doch nimmt gerade sie in den parlamentarischen Debatten des 18. Jahrhunderts einen auffallend breiten Raum ein.

Wie alle Armeen der Zeit, war auch diejenige Großbritanniens eine Söldnertruppe¹⁾. Doch fällt, mit den Heeren des Festlandes verglichen, sofort die Kleinheit ihrer Ziffern auf. Die Erklärung dafür scheint an sich schon durch Englands insulare Lage gegeben zu sein. Unter dem Schutze seiner Flotten galten seine Küsten als unerschbar für jeden feindlichen Angriff. Eine Invasion kommt nicht mehr in Frage. Für die Verteidigung des Landes ist die Armee zu entbehren. Die Seemacht wird gepflegt, das Heer vernachlässigt.

Doch diese Erklärung genügt nicht völlig. Es war besonders die Erinnerung an die Zeiten des Protektors und seiner Militärherrschaft gewesen, welche den nächsten Generationen eine so heilige Scheu vor jeder stehenden Armee einflößte, daß von nun an der bloße Name einer solchen jedem Engländer verhaßt war. Diese Stimmung ward noch verstärkt, als der letzte Stuartkönig Jakob II. den Versuch machte, sich zur Durchführung seiner reaktionären Politik das Werkzeug einer stehenden Armee zu verschaffen. Da erfolgte der Sturz der Stuarts, die „glorreiche Revolution“, die Erhebung Wilhelms von Oranien und Marias auf den Thron. Die Urkunde, in der die Hauptsätze des von nun an geltenden öffentlichen Rechts niedergelegt waren, und die Wilhelm und Maria feierlich bestätigten, enthielt den Satz, „daß die Errichtung und Unterhaltung einer stehenden Armee im Königreiche in Friedenszeiten gegen das Gesetz ist, es geschehe denn mit der Zustimmung des Parlaments“.

¹⁾ Vgl. im allg. J. W. Fortescue, *A History of the British Army* 1, 2, 1899.

Die historische Begründung dieses Satzes mag zweifelhaft erscheinen, und man kommt in Verlegenheit, wenn man das Gesetz nennen sollte, das durch die Errichtung einer stehenden Armee verletzt würde¹⁾. Doch den Engländern war es voller Ernst damit. Die stehende Armee galt schlechthin als ein Fremdkörper innerhalb der Nation, der entfernt werden sollte, als ein Werkzeug der Tyrannei, als eine Stütze des Absolutismus, als freiheitswidrig. Da nun aber gerade seit der Thronerhebung des Oraniers England viel stärker als zuvor in die europäische Politik verwickelt wurde, da es, wie wir wissen, in einer Reihe von Kriegen gegen Ludwig XIV. und seine Nachfolger auftrat, so war die Armee, und auch die stehende Armee, selbst in Friedenszeiten, gar nicht mehr zu entbehren. Ihre Entlassung hätte den Verzicht auf europäische Politik bedeutet. So half man sich mit einer Fiktion. Alljährlich wurde im Parlamente die sogenannte Meutereiakte beschlossen, die der Krone immer von neuem, aber immer nur für ein Jahr, die Kommando- und Disziplinar-gewalt über die Armee verlieh. Diese war damit praktisch unter die Abhängigkeit des Parlaments gebracht. Dasselbe brauchte nur einmal die Meutereiakte abzulehnen, und es gab keine Armee mehr in England.

Es lohnt sich auch wohl, den Argumenten zu lauschen, die in diesen parlamentarischen Debatten des 18. Jahrhunderts vorgebracht werden. Man weist warnend auf das Beispiel anderer Völker hin und pflegt dabei besonders Frankreich und Spanien zu nennen, als solche, die auf diesem Wege um ihre Freiheit gebracht sind. Auch zu ihnen, heißt es, sprach man von dringender Gefahr, von dem Schutz von Recht und Religion, von dem Ehrgeiz der Nachbarn, von europäischem Gleichgewicht. Und zu spät wurden sie gewahr, daß sie die Gewalt, die sie geschaffen, nicht mehr zu beseitigen vermochten, daß der Soldat, wenn er das Behagen der Herrschaft einmal gekostet hat, es nicht mehr fahren lassen will, daß die Fürsten es leichter und bequemer finden, mit einer stehenden Armee zu regieren, als mit den Gesetzen des Landes. So tragen die Völker selbstgeschmiedete Ketten und klagen über verlorene Freiheiten, die sie selbst zerstören halfen. Auch den Einwand, daß für England mit seiner Meuterei-

¹⁾ Vgl. E.H.R. 1934, 546.

akte und seiner jährlichen Bewilligung der Armee die Gefahr geringer sei, lassen die radikaleren Redner nicht gelten. Man kann ja, sagen sie, die Truppen gar nicht entlassen, man glaube doch nicht, daß Menschen mit Schwertern in ihren Händen Hungers sterben werden. Natürlich steht auch der Gedanke, Englands Schutz beruhe auf seiner insularen Lage, auf seiner Flotte, stets im Vordergrund. Oder man sagt, die Sicherheit der Regierung, die Autorität des Königs sollte allein auf der Liebe seiner Untertanen beruhen. „Entlasset eure Armee“, ruft ein Redner aus, „erweckt nicht den Verdacht, als wolltet ihr die Verfassung stürzen, und das Volk wird treu und wohlgesinnt sein.“

Merkwürdig ist es auch, wie lange man bei diesem Zustande noch an der Fiktion festhielt, als habe man überhaupt keine stehende Armee. Man ist sogar stolz darauf, sie nicht im Lande zu haben, und argwöhnisch, daß es eines Tages dahin kommen könnte. „Das sieht ja gerade so aus“, rügt Shippen einmal, „als ob die Regierung beabsichtige, eine stehende Armee zu errichten“¹⁾. England ist frei und sicher unter dem Schutze seiner Bürger. Ein stuartisches Pasquill aus dem Jahre 1715²⁾ klagt und spottet über den neuen König Georg aus hannövrischem Stamme. Hätte nicht Königin Anna so manche Fehler begangen, Georg wäre heute noch der kleine deutsche Prinz, der „Über Sklaven und Narren das Szepter führt, Mit Söldnertruppen sein Land regiert.“

* * *

Als das Ergebnis solcher Denkweise erblicken wir die merkwürdig kleinen Ziffern der englischen Armeen des 18. Jahrhunderts.

Treten wir der Sache etwas näher. Schon unter Königin Anna, als die Wendung zum Frieden und der Sturz Marlboroughs erfolgte, fand eine Reduktion der Armee statt. Sie war im Laufe des spanischen Erbfolgekrieges von einer Stärke von 18 000 Mann auf etwa 70 000 angeschwollen³⁾. Diese 70 000 waren

¹⁾ Parl. Hist. 7, 63.

²⁾ S. P. Dom. George I. Bundle 3, Nr. 24, R.O. Vgl. Bd. 1, 863.

³⁾ Fortescue a. a. O. 1, 554ff.

freilich niemals als geschlossene Streitmacht in England aufgetreten, sondern über alle Kriegsschauplätze Europas verstreut. Sie fochten in Flandern und am Rhein, in Süddeutschland und auf der iberischen Halbinsel. Und wenn sie auch von den Heeren Ludwigs XIV. numerisch weit übertroffen wurden, so war doch ihre Stärke für jene Zeit nicht unverächtlich, und ihre Schlagkraft um so bedeutender, da sie geführt waren von einem der größten Feldherren aller Zeiten, von dem Herzog von Marlborough.

Um so größer die Wendung des Schicksals, von der er selbst und seine Soldaten betroffen wurden. Ein kriegerisches Zeitalter, glänzend durch militärische Größe, reich an Siegen, war zu Ende, und eine ruheselige Generation hatte das Wort, eine Generation, für die das bloße Vorhandensein einer Armee ein Ärgernis und eine ewige Bedrohung bedeutete.

So hatte die Reduktion der Armee schon vor dem Ende des Krieges begonnen. Kaum war der Friede unterzeichnet, so war auch schon die Hälfte der Streitkräfte, etwa 33 000 Mann entlassen. Und so war es fortgegangen unter dem hannövrishen Königtum. Man streitet sich in kleinlichem Gezänk um ein paar hundert Mann mehr oder weniger in der Armee Großbritanniens. 1717 wirft Robert Walpole, damals der grimmigste Oppositionsmann, der Regierung vor, daß sie 18 000 statt der bewilligten 16 000 Mann unter Waffen halte. Aber seine Rechnung stimmt nicht. Sie wird durch den Minister Craggs ad absurdum geführt mit der spöttischen Frage, ob denn wohl durch Kapläne, Wundärzte und Offizierswitwen die Freiheit Englands bedroht werden könne¹⁾.

Man streitet um die Zulässigkeit von Militärgerichten in Friedenszeiten. Man streitet auch um die Waffengattungen, um Infanterie und Kavallerie. Das Fußvolk ist billiger, sagen die Herren von der Opposition, sie möchten die Dragoner-Regimenter streichen. Aber die Regierung bleibt fest. „Der Hof“, berichtet ein Gesandter, bestand auf Beibehaltung der Dragoner, „da seine größte Sicherheit darin besteht, in Ansehung sie im Fall der Not so viel geschwinder an Hand sein können“²⁾. Über-

¹⁾ Parl. Hist. 7, 505.

²⁾ Hoffmann, 21. Dez. 1717. W.St.A.

haupt schien die Kavallerie unentbehrlich zu sein, sowohl bei Tumulten wie bei rebellischen Erhebungen. Bei dem schottischen Aufstand von 1715 waren die Rebellen schon darum im Nachteil, weil sie keine Kavallerie besaßen¹⁾.

* * *

Der Kampf gegen die stehende Armee währt das 18. Jahrhundert hindurch. Die Opposition im Parlamente drängt immer darauf, sie völlig zu beseitigen; oder sie sucht doch, da dies niemals geschieht, der Regierung einen Strick daraus zu drehen. Immer wieder begegnet man in der Parlamentsgeschichte jenen Debatten, die unter den Stichworten *Nanting Act* und *Number of the Land Forces* geführt werden. In öder Einförmigkeit werden Jahrzehnte lang dieselben Gründe und Gegen Gründe wiederholt. Als Sprecher der Opposition hat William Shippen 1739, mit einem Anflug von Wehmut, seine Rede²⁾ also begonnen: „Ich erhebe mich, um meine alljährliche Rede gegen eine stehende Armee zu halten, was ich jetzt seit 21 Jahren regelmäßig getan habe.“ Robert Walpole aber, den wir 1717 als Oppositionsmann und als Gegner der stehenden Armee kennen gelernt haben, er ist, seitdem er 1720 in die Regierung eingetreten ist, selbst zum Anwalt des stehenden Heeres geworden, und verharret auf demselben Standpunkt während seiner langen Amtsdauer. „Ich bin überzeugt“, sagt er noch 1738³⁾, „eine stehende Armee ist absolut notwendig, wenigstens vorläufig, ebensowohl um uns gegen feindliche Einfälle wie gegen innere Unruhen zu schützen.“ Aber die Kontroverse währt fort. Man klagt über *this eternal army*⁴⁾, und Lord Chesterfield empfiehlt seinem Sohne das Thema von der stehenden Armee als ein gutes Thema für seine Jungfernrede im Parlament. Noch 1786 warnt ein Redner im Unterhause vor einer stehenden Armee, da eine solche immer als gefahrdrohend für die Freiheit der Engländer gegolten habe.

Natürlich spielte bei solchen Erwägungen auch die jeweilige politische Lage eine Rolle. Vermehrung oder Verminderung der Truppen muß dem Grade der Sicherheit entsprechen, in der

¹⁾ Bonet 27. Sept./3. Oct. 1715. G.St.A.

²⁾ Parl. Hist. 11, 249.

³⁾ Ebd. 10, 405.

⁴⁾ Stuart Papers 5, 272.

England sich befindet. Aber auch die innere Lage übt ihre Wirkung. Im Mai 1717 hatte der König vom Throne herab eine Reduktion der Armee, die damals etwa 30000 stark war ¹⁾, um nicht weniger als 10 000 Mann angekündigt. Es geschah, um das Unterhaus günstig zu stimmen für eine Geldbewilligung die eben benötigt wurde. Darum dieser Schritt, der nun aufgefaßt wurde als „eine Unterwerfung der Krone, als eine Nachgiebigkeit gegenüber dem Verlangen der beiden Kammern.“ Denn der König, heißt es ²⁾, hätte nichts weniger gewünscht als diese Verminderung der Armee um ein Drittel, und man möge die hohe Weisheit Seiner Majestät darin erkennen.

Die Rede des Königs hatte einen vortrefflichen Eindruck gemacht ³⁾. Trotzdem erhob sich Shippen, der ewige Mahner, und fand die Reduktion um nur 10 000 Mann ganz ungenügend. Statt 22 000, wie es hier gesagt war, sollte man nur noch 8000 behalten, wie es früher einmal gewesen. Pulteney aber lobte den König, weil man sich drauf verlassen könne, daß er die Armee nicht länger als nötig behalten werde.

Besonders erbittert tobte der Kampf auch nach dem Wiener Frieden von 1731. Die Thronrede hatte mit stolzer Genugtuung zuerst den Abschluß des Vertrages, sodann die dadurch herbeigeführte Beruhigung Europas zum Ausdruck gebracht. Wenn dem so ist, meinten nun die Herren von der Opposition, wozu dann noch eine Armee? Ich möchte so gern, sagte ein Redner, wenn ich aufs Land zurückkehre, meinen Gutsnachbarn sagen können, nicht nur, daß ein Teil der Staatsschuld abbezahlt und die Steuerlast erleichtert, sondern auch, daß die stehende Armee abgeschafft ist. Sie würden es sonst nicht verstehen, warum man der Regierung den Dank der Nation votieren sollte⁴⁾.

Ein paar Wochen später stand wieder einmal das Thema *Number of the Land Forces* im Unterhause zur Erörterung.

Eine siebenstündige Debatte, die der preußische Gesandte Degenfeld von Anfang bis zu Ende mitanhören darf. Man hat auf allen Seiten den Abschluß des Friedens gepriesen. Die Opposi-

¹⁾ A List of H. M.s forces in Great Britain, as they did stand the 10th May 1717. Beilage zu den Berichten Bonets 1717. G.St.A.

²⁾ Bonet 7./18. Mai 1717. G.St.A.

³⁾ Hoffmann, 18. Mai 1717. W.St. A.

⁴⁾ Parl. Hist. 8, 874.

tionellen haben aber die Betrachtung daran geknüpft, nun bedarf es auch nicht mehr einer großen, oder überhaupt nicht mehr einer stehenden Armee, und sie wollen auch die von der andern Seite gemachte Unterscheidung zwischen einer parlamentarischen und einer stehenden Armee nicht gelten lassen. Aber auch die beiden Walpoles kommen zu Worte, und Robert sagt: Der Friede ist wie ein neugeborenes Kind, Hoffnungen weckend, aber der Pflege bedürftig. Man muß es erst zu Kräften kommen lassen ¹⁾.

* * *

Wenn es so um Heer und Heeresverfassung in britischen Landen stand, wenn das englische Volk, in ängstlicher Sorge für seine Freiheit, das Anlegen einer starken Rüstung verschmähte, so kann es nicht wundernehmen, daß es durch die Bedürfnisse der großen Politik oft gezwungen wurde, die Streitkräfte, die es selbst nicht besaß, von auswärtigen Freunden zu erborgen. Die seltsamsten Folgen ergaben sich aus dieser Notlage, wenn doch einmal auf britischem Boden selbst gefochten werden mußte. Ich erinnere an früher Erzähltes. Als 1715 zugunsten des Hauses Stuart ein Aufstand in Schottland ausbrach, ward die Regierung desselben nur dadurch Herr, daß sie 6000 Mann holländischer Truppen übers Meer herüberschaffen ließ. Vier Jahre später gab es dort oben in Schottland ein noch merkwürdigeres Schauspiel. Abermals eine jakobitische Erhebung unter den Hochländern, die jetzt von Spanien aus unterstützt wurde. Und da die Regierung ihren eigenen Regimentern wieder ein holländisches Hilfskorps zugesellte, so kämpften nun spanische und holländische Truppen im Tal von Glenshiel um die Entscheidung, ob das Haus Stuart oder die Dynastie Hannover die englische Krone tragen solle.

Die Gewohnheit, Soldaten fremder Nationen für britisches Interesse kämpfen und bluten zu lassen, fand aber am häufigsten ihren Ausdruck in jenen Subsidienverträgen, durch welche auswärtige Fürsten, gegen Zahlung von Hilfsgeldern, an den Kriegen Großbritanniens teilnahmen. Gewiß geschah es manches Mal auch in ihrem eigenen Interesse. Man denke an die Unterstützung,

¹⁾ Parl. Hist. 8, 882ff. Degenfeld, London, 8. Febr. 1732. G.St.A.

die Friedrich der Große von seiten Englands empfangt, und ohne die er den schweren Kampf der sieben Jahre wohl nicht hätte durchhalten können. Aber wahrlich, auch der Vorteil, den England davon hatte, daß ein so großer Teil der Streitkräfte Frankreichs in Europa beschäftigt wurde, war nicht gering. Man kennt das Wort des älteren Pitt: „Amerika ist in Deutschland erobert worden.“

Neben derartigen ernsthaften Bündnisverträgen zeigt aber die Geschichte des 18. Jahrhunderts auch eine lange Reihe von Abmachungen, die ein viel häßlicheres Ansehen haben. Es sind jene Verträge, wir würden sie wohl Militärkonventionen nennen, die, besonders mit Fürsten in deutschen Mittel- und Kleinstaaten geschlossen, diese verpflichteten, dem Könige von Großbritannien gegen eine festgesetzte Summe so und so viel tausend Mann zur Verfügung zu stellen. Hier handelt es sich nicht mehr um gegenseitige Förderung politischer Interessen, sondern nur noch um ein einfaches Geschäft. England sichert sich immer von neuem die für seine Politik nötigen Truppen: es braucht nur für sie zu zahlen. Die Werbung, die Ausbildung, die Unterhaltung wird von anderen übernommen. England bezahlt die Truppen, sobald es sie in seine Dienste nimmt, und es hat in jedem Augenblick das Recht, sie für sich fechten zu lassen. Hannöversche, braunschweigische, ansbachische Truppen, vor allem aber diejenigen des Landgrafen von Hessen-Cassel, sind immer wieder durch diese Verträge an England verschachert worden. Für das deutsche Empfinden ist die Erinnerung um so peinlicher, als unzweifelhaft die größere Schmach jene deutschen Fürsten traf, welche ihre Landeskinder zum Heeresdienst preßten und verkauften, um mit englischem Gelde einen glänzenden Hofhalt zu bezahlen, und die wohl noch die Miene biederer Landesväter annahmen, wenn sie einmal Steuern verminderten oder Bauten errichteten, die auch den Untertanen Nutzen brachten.

Am ärgsten ward der Skandal später, in der Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges¹⁾, als jene hessischen Regimenter in die neue Welt gesandt wurden, um die Rechte der englischen

¹⁾ Vgl. F. Kapp, Der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika. 2. Aufl. 1874.

Krone gegen die amerikanischen Kolonisten zu verteidigen. Wer kennt nicht die Erzählung Gottfried Seumes, der auf dem Wege nach Paris, wo er Mathematik studieren wollte, den hessischen Werbemännern in die Hände fiel und mit nach Amerika mußte. In gelassenem Tone berichtet er über seine Leiden, als handle es sich um ein gewöhnliches Menschenschicksal, und erst nach langen Jahren, 1810, als er den patriotischen Zorn seiner Landsleute mitzufühlen gelernt hat, fand auch er die Worte der Enttäuschung für jene fürstlichen Kreise:

„Wo der blinde Eigennutz gebietet,
Wo man für Obolen Söldner mietet.“

* * *

Bei Söldnerheeren, wie sie der Zeit allgemein waren, bildet die Beschaffung des nötigen Menschenmaterials, d. h. die Rekrutierung, die Hauptschwierigkeit. Man weiß, wie es in anderen Ländern ging, man kennt das Kantonsreglement Friedrich Wilhelm I. von Preußen. Man kennt auch die Rolle der Werber des Soldatenkönigs und ihr unliebsames Auftreten außerhalb der Grenzen Preußens.

Vollends war in dem reicheren England die Zahl der wirtschaftlich Abkömmlichen noch viel geringer als anderswo. „Armut und Hunger“, sagt Defoe¹⁾, füllen die Armeen. . . . „Welcher vernünftige Mensch, der seine 10 oder 12 Schillinge die Woche am Webstuhl oder in der Tuchfabrik verdient, der in warmen Räumen daheim ein sicheres, bequemes Leben führt, wird wohl freiwillig hinausziehen, um in einem Kriegslager draußen zu hungern oder gar sich totschlagen zu lassen, und das alles für 3 sh 6 d die Woche?“ Auch die Arbeitnehmer in England sind reicher als dieselbe Klasse in irgendeinem andern Lande der Welt. Und geringschätzig spricht er von den ärmeren Völkern, von Sachsen und Hessen, von Dänen und Lüneburgern, Preußen und Schweizern, die froh sein müssen, wenn bei ihnen die Werbetrömmel gerührt wird, und wenn sie ihre jungen Leute als Soldaten unterbringen können in den Armeen des Auslandes.

Stand es so um den Mannschaftersatz, so hatte auch die richtige Zusammensetzung des Offizierkorps ihre großen Schwierigkeiten.

¹⁾ Plan of the English Commerce 1728, 93.

Kauf und Wiederverkauf von Offiziersstellen spielen eine peinliche Rolle in den allgemeinen Armeegeschichten der Zeit. Auch in England war es überlieferter Brauch. Georg I. hat sich redlich bemüht, Besserung zu schaffen. Er klagt dem preußischen Gesandten ¹⁾, wie schwer es sei, das Übel zu beseitigen. Da ihm dies nicht gelang, so hat er wenigstens eine feste Norm zu schaffen versucht. Sie wurde auf seinen Befehl 1720 durch das *Board of General Officers* ausgearbeitet ²⁾.

Der Offizier, der sein militärisches Amt verkaufen möchte, muß beim Kriegsamt ein Gesuch einreichen. Er muß sich auch an den vorgeschriebenen Preis halten und hat keinerlei Einfluß auf die Ernennung des Nachfolgers, die vielmehr durch den König erfolgt. Aber man hört auch, daß diese Bestimmungen nicht durchgeführt wurden. Zu Zeiten scheint sogar ein förmlicher Handel mit Offizierspatenten geführt worden zu sein, begünstigt durch den Einfluß von Parlamentsmitgliedern und anderen einflußreichen Personen ³⁾. Solche Mitteilungen gewähren uns auch einen Einblick in die in Offizierskreisen herrschende Korruption, die wahrscheinlich viel schlimmer war, als die vielgescholtene Korruption im Parlament ³⁾.

* * *

Gleichwohl nahmen die beiden ersten George, eingedenk ihrer militärischen Vergangenheit, auch ein persönliches Interesse an der Armee. Georg I. hält gern Revuen ab, beobachtet die Haltung der Offiziere und der Mannschaften und bemerkt mit Mißfallen, wenn, nach Ausweis der Listen, die Regimente nicht vollzählig sind. Vor allem behält er sich alle wichtigen Entscheidungen vor, auch wenn er im Auslande, in Hannover, weilt. Als nach Marlboroughs Tode die Stelle des Höchstkommmandierenden zu vergeben ist, hat die den Monarchen vertretende Regentschaft sie etwas voreilig auf Lord Cadogan übertragen. Als aber der König dies in Hannover erfährt, besteht er darauf, daß diese Entscheidung wieder aufgehoben werde, und Cadogan

¹⁾ Wallenrodt, 21. Sept./2. Oct. 1722. G.St.A.

²⁾ Regulations of the Prices of the Commissions in all H. M.s Land Forces, London 1720. Ein Exemplar der Druckschrift ist erhalten bei den Akten: Home Off. War Off. 1. R.O.

³⁾ Wallenrodt a. a. O. Vgl. Fortescue a. a. O. 2, 30.

muß sich mit einer bescheideneren Kommandogewalt begnügen. Der König, so schreibt Lord Townshend in einem Privatbriefe an Walpole ¹⁾, „würde niemals dulden, daß die höchste Leitung der Armee in anderen Händen liegen sollte (als in seinen eigenen), weder in Hannover noch in England“.

* * *

Es gibt Schilderungen der englischen Armee dieser Zeit ²⁾, gewollt unfreundliche Schilderungen, so wie sie dem Soldatenkönig von Preußen, für den sie bestimmt sind, gefallen mochten. Die Ausrüstung des Militärs, so heißt es etwa, ist tadellos. Die höheren Offiziere sind gediente, tüchtige Leute, in den unteren Chargen aber versteht man nichts vom Dienst. Und die Mannschaften „sind zwar sehr wohl gekleidet, allein sehr schlecht exerziret und discipliniret, und waren im Ausmarsch die meisten Soldaten besoffen“. Doch das scheint dem Berichterstatter nicht allzu verwunderlich. Denn die meisten Leute „sind Bierschenker, Krämer, Cabaretiers etc.“ — man wird an Cromwells Beschreibung der ersten Formationen der Parlamentsarmee erinnert — dazu kommt noch die Art, wie die Offiziere ihre Stellen erlangen, „junge Leute, so ihren Post gekauft, nicht aus Lust zum Dienst, sondern ihr Geld wohl zu placieren“. Am meisten setzt es den Diplomaten aber in Erstaunen, als er beobachtet, wie die Truppen vor dem Könige vorbeidefilieren, doch kein einziger Oberst an der Spitze seines Regiments, „indem ich bei uns, so in Wahrheit die hohe Schule, bemerkt, daß wenn Ew. Königliche Majestät zugegen gewesen, ein jeder Oberst, bis hinauf zum Feldmarschall, vor seinem Regiment marschieret“.

Der Berichterstatter hat sich wohl auch selbst die Frage vorgelegt, ob dies dieselben Truppen seien, die so glorreich unter Marlborough gefochten haben. Aber er findet, jene Zeiten sind vorüber, Marlborough ist ein kranker Mann, und das ihm gehörende Regiment, „das im letzten Kriege mit in Brabant gewesen, ist das schlechteste, indem es seit selbiger Zeit sehr abgenommen“.

¹⁾ Townshend an Walpole, Hannover, 6. Aug. 1723. N. S. Private. Regencies 4. R.O. In dem Druck bei Coxe, Rob. Walpole 2, 258ff. ist diese Stelle fortgelassen.

²⁾ Das folgende nach Berichten Wallenrodts vom 11./22. Mai, 25. Mai/5. Juni, 5./16. Juni, 19./30. Juni, 6./17. Juli 1722. G.St.A.

So wenig wir ein echtes Porträt des englischen Heeres in solchen Schilderungen zu erkennen meinen — Friedrich Wilhelm las sie gern und schrieb wohl sein „Soll weiter berichten“, an den Rand eines solchen Schriftstücks.

* * *

Von den Kulturvölkern Europas hat England sich am längsten, bis in den Weltkrieg hinein, gestraubt¹⁾, das Söldnerprinzip zu verlassen. Die Erklärung liegt in der insularen Lage und in dem Vorhandensein der Flotte.

Völlig verschieden von den Erörterungen über die Armee und ihre Rolle im politischen Leben, ist denn auch alles, was man über die Flotte zu hören bekommt. Sie ist umgeben von dem Zauber der Seeherrschaft, auf die England Anspruch erhoben hat seit der Zeit des hohen Mittelalters. Der Glanz dieser Idee ist zwar oft, in Zeiten der Schwäche, getrübt worden, doch niemals ist sie dem Gedächtnis der Engländer völlig entschwunden. Sie war neu erwacht in den Tagen Elisabeths und sie lebt auch im 18. Jahrhundert.

Sie verbindet sich jetzt mit dem Stolz des Engländers auf die steigende Handelsgröße seines Volkes. Die Schiffahrtsgesetzgebung, durch welche der englische Außenhandel immer abschließlicher durch englische Fahrzeuge besorgt wird, tut das Übrige. Seefahrt und kommerzielle Größe erfüllen die Phantasie der Briten.

So reden die Theoretiker und so dichten die Poeten. „Britannien“, sagt Toland in seiner Staats-Anatomie²⁾, „Britannien, die Königin des Ozeans, muß stets darauf bedacht sein, jedem andern Staate oder Fürsten darin überlegen zu sein“. Dieselben Töne stimmt auch Edward Young an, wenn er in naiver Begeisterung seine Oden an den Ozean und sein „*Imperium Pelagi*“ verfaßt, Dichtungen, die sich lesen³⁾, „wie starke Burlesken oder wie Couplets aus einer derben Seemannsposse“.

Was aber die Freiheit des Volkes von England betrifft, die

¹⁾ Vgl. Jan Hamllton, Compulsory Service. 1911; W. Michael, Englands Politik und seine Streitmacht zu Lande. (Dtsche Rundschau. Nov. 1914).

²⁾ The State — Anatomy of Great Britain, 7th ed. 59.

³⁾ E. Gosse, Eighteenth Century Literature, 1889, 212. Vgl. F. Brie. Imperialistische Strömungen in der englischen Literatur, 2. Aufl. 1928, 68ff.

man durch eine starke Armee bedroht glaubte, so schien sie im Gegenteil durch eine mächtige Flotte geschützt zu sein, nämlich geschützt gegen Unterdrückung durch einen auswärtigen Feind. Im Besitze seiner Flotte braucht England die den anderen Nationen bereits angelegten Sklavenketten nicht zu fürchten. So sind die beiden Begriffe Seeherrschaft und Freiheit untrennbar verbunden. Ihren klassischen Ausdruck aber hat diese Verbindung in dem 1740 gedichteten Liede von James Thomson gefunden, das Britannien aufruft zur Herrschaft über die Wogen, denn niemals sollen Briten zu Sklaven werden.

* * *

Und doch sollte man diese Ideologien nicht allzu ernst nehmen. Die praktischen Politiker lächeln über die volkstümlichen Vorstellungen und handeln nach den Bedürfnissen des Augenblicks. So erhält man durch die Taten von Ministern und Parlamenten ein ganz anderes Bild, und erst dieses zeigt uns in jeder Epoche das wahre England.

* * *

Die Überlegenheit der englischen Seemacht über die Flotten von Frankreich und Holland pflegt auf die Erfolge im zweiten Kriege Karls II. gegen die Holländer zurückgeführt zu werden¹⁾. Doch ist die neue Organisation der Flotte erst durch Jakob II. eingeführt worden. Schon als Herzog von York war er unter der Herrschaft seines Bruders mit der Leitung des Flottenwesens betraut, und er hat diesen Zweig der Verwaltung auch als König persönlich in der Hand behalten²⁾. Er hat keinen Großadmiral und kein Flottenamt ernannt. Er hat im Juli 1686 für die Leitung der Marine ein Reglement erlassen, welches noch unter der Dynastie Hannover in Kraft war.

Die Lords vom Handelsamt haben einmal, in ihrem Bericht über den österreichisch-spanischen Handelsvertrag von 1725, auch einige gedankenvolle Bemerkungen über Seemacht im

¹⁾ Vgl. Art. Charles II D.N.B. 10, 98.

²⁾ Courtes observations historiques sur la Marine d'Angleterre depuis le rétablissement de Charles II (Beilage zu Bonets Berichten, 1719). G.St.A. Vgl. Macaulay, History (Tauchnitz) 3, 268.

allgemeinen und besonderen ausgesprochen¹⁾. Sie gehen davon aus, daß die Gründung der Kompagnie von Ostende neben anderen schlimmen Folgen auch zur Entstehung einer österreichischen Seemacht an der Küste Flanderns führen könnte, die viel bedrohlicher sein würde als etwa starke Flotten im Mittelmeer. Die Herrschaft über die Meere, sagen sie, hat oft gewechselt. England ist nun länger im Besitz derselben, als vor ihm irgend eine andere Nation, aber alle menschlichen Verhältnisse sind ewigem Wechsel unterworfen.

Aber nicht allein im Wettbewerb der Nationen, auch in England selbst hält es oft schwer, im Kampf der Meinungen die maritime Größe zu behaupten oder zu steigern.

Es möge in diesem Zusammenhange über zwei Debatten berichtet werden, die 1726 und 1735 im Unterhause stattfanden. In beiden handelte es sich um Verstärkungen der Seemacht durch Erhöhung der Mannschaftsziffern. In beiden Fällen wollte die Regierung die Möglichkeit gewinnen, ihre politischen Absichten durch Kraftentfaltung auf dem Meere zu unterstützen. Der Nachlebende, dem die Geschichte der Zeit bekannt ist, durchschaut rasch diesen Zusammenhang. Den Streitern im Parlament aber durfte nicht alles gesagt werden, und so reden Regierung und Opposition oft aneinander vorbei. 1726 galt es, die Ausrüstung der drei großen Flottenexpeditionen, zu ermöglichen, jene Machtentfaltung Englands, durch welche, wie wir gehört haben²⁾, die feindlichen Absichten der Wiener Verbündeten zunichte gemacht wurden. Am 24. März 1726 wurde die Botschaft verlesen, in welcher der König das Haus ersuchte, ihn in den Stand zu setzen, die Zahl der Matrosen über die schon erfolgten Bewilligungen hinaus, soweit es nötig werde, zu erhöhen. Darauf stellte Shippen etwas gehässig den Antrag, zunächst sollte dem Hause doch einmal Rechenschaft abgelegt werden über die Verwendung einer 1717 bewilligten Summe von 250 000 £; der Antrag wurde freilich abgelehnt. Am nächsten Tage aber tobte 6 Stunden lang der Kampf *on the Numbre of Seamen*. „Man weiß sich keiner so hitzigen Debatte zu erinnern“, berichtet der österreichische Gesandte Palm³⁾. Und sein Bericht ist es

¹⁾ 15. Juni 1725 Regencies 19. R.O. Vgl. auch Bd. 3, 424.

²⁾ Vgl. Bd. 3, 462 ff.

³⁾ Palm 16. April 1726. W.St.A.

auch, der uns den Verlauf eigentlich erst verstehen macht, während die Parlamentsgeschichte nur Namen nennt¹⁾. Wir erfahren, daß die Größen der Opposition, Shippen und Wyndham und die beiden Pulteneys und noch acht andere, sämtlich aufmarschierten und ihre Stimme erhoben gegen die beantragte loyale Adresse an den Monarchen. Robert Walpole aber rühmte die Pflichttreue des Königs und kündigte an, daß sogleich beim Beginn der Wintersession über die zu bewilligenden Gelder Rechenschaft abgelegt werden solle. Dann aber entspann sich noch ein Rededuell zwischen dem Minister und seinem Gegner William Pulteney. Eine so unbeschränkte Bewilligung, sagte Pulteney, sei beispiellos und verfassungswidrig. Darauf eine heftige Antwort Walpoles. Und nun wird Pulteney persönlich und spricht von einem klugen Manne, der, solange er nicht im Amte war, sich als patriotischer Engländer gezeigt und den Säckel der Nation geschont habe, während er nun, im Amte befindlich, die öffentlichen Gelder verschwende. Palms Bericht schließt mit der typischen, aber wenig überzeugenden Bemerkung, der Hof würde seinen Zweck wohl nicht erreicht haben, — der regierungsfreundliche Beschluß war mit 270 gegen 89 Stimmen angenommen —, „wenn nicht die meisten Stimmen gekauft wären“.

Wie es hier nicht ohne schweren Kampf gelang, den für die Leistungsfähigkeit der Flotte notwendigen Beschluß herbeizuführen, so ging es ähnlich in dem andern Falle, von dem wir berichten wollen.

Er trug sich zu im Februar 1735, zu einer Zeit, als der polnische Thronfolgekrieg in militärischer Hinsicht so weit durchgekämpft war, daß er einem Abschlusse nahe geführt zu sein schien. Schon waren die Diplomaten aller Länder mit der Ausarbeitung von Friedensplänen beschäftigt. Nun kam es darauf an, ob das Friedenswerk ausschließlich zwischen Freund und Feind verhandelt und geschlossen werde, oder ob auch die großen Neutralen, nämlich die Seemächte, zur Teilnahme berufen sein würden. Vom Kriege hatte das Walpole'sche England sich bis dahin, gewiß nicht zur Erhöhung seines europäischen Ansehens, ganz ferngehalten. Vielleicht konnte es, um seinen guten Namen zu retten, in dem Schlußakte des Dramas noch eine Rolle über-

¹⁾ Parl. Hist. 8, 516 ff.

nehmen. War aber von einem diplomatischen Eingreifen eine gute Wirkung zu erwarten, wenn es nicht von einer gewissen Kraftentfaltung begleitet war?

Das diplomatische Eingreifen geschah in Gestalt des früher erwähnten Pazifikationsplanes der Seemächte. Wir haben darum zunächst von diesem noch einige Worte zu sagen. Es war im Dezember 1734, als Graf Kinsky in einem Handschreiben an Karl V. sehr geheimnisvoll berichtete¹⁾, daß jetzt täglich das britische Kabinet zu stundenlangen Konferenzen beisammen sei, daß täglich zwischen England und Holland Kuriere hin und hergehen und daß es sich offenbar um die Absicht handle, den Kriegführenden im Namen der Seemächte einen Friedensplan zu unterbreiten. Am letzten Tag des Jahres weiß Kinsky weiter zu melden²⁾, daß ein fester Plan mit den Generalstaaten vereinbart sei, über den aber noch Stillschweigen beobachtet werde. Am 18. Januar 1735 trifft ein von Horace Walpole gesandter Kurier aus Holland ein, und am nächsten Tage teilt Walpole dem Österreicher die Einzelheiten des zwischen den Seemächten vereinbarten Pazifikationsplans mit³⁾. Der Inhalt desselben, über den Kinsky sich pflichtmäßig entsetzt zeigt, stimmt übrigens in der Hauptsache mit den damals schon überall genannten Bedingungen des erwarteten Friedensschlusses überein: Stanislaus Leszcynski behält den Titel, doch König von Polen bleibt August von Sachsen. Neapel und Sizilien kommen an Don Carlos, Parma, Piacenza, sowie zu gegebener Zeit Toskana werden bleibender österreichischer Besitz, dazu kleine Gebietsabtretungen im Mailändischen an den König von Sardinien, Rückgabe des von Frankreich Eroberten an Kaiser und Reich und Garantierung der Pragmatischen Sanktion durch Frankreich. Auffallend war in diesem Friedensprogramm nur die Nichterwähnung des in französischer Hand befindlichen Lothringens, das Frankreich gewiß nicht gesonnen war, wieder herauszugeben. Dies war aber nur absichtlich, aus politischem Taktgefühl, verschwiegen worden; und Bolingbroke hatte Recht, als er beim Bekannt-

1) Kinsky an Karl VI. Handschreiben vom 17. Dez. 1734. W.St.A.

2) Handschreiben vom 31. Dez. 1734. W.St.A.

3) Kinsky an Karl VI. Handschreiben vom 21. Jan. 1735. W.St.A.

werden des Planes erklärte, Walpole ist kein Narr, da muß noch etwas Weiteres darinstehen¹⁾.

Soweit der Pazifikationsplan, der uns an dieser Stelle nur in Verbindung mit den weiteren, von England unternommenen Schritten interessiert. Die Thronrede, mit der Georg II. am 14. Januar (a. St.) 1735 das neue Parlament eröffnete²⁾, sprach in ihren Schlußsätzen von der Notwendigkeit, auf alles vorbereitet zu sein, sie sprach auch von größeren Ausgaben, deren Bewilligung der Monarch erhofft, ob es sich nun um die Erhaltung des Friedens handle, oder um die Notwendigkeit, England in den Stand zu setzen, „die ihm gebührende Rolle (in der Welt) zu spielen“.

Der Sinn dieser Sätze wurde klar, als einige Wochen später von einem Anhänger der Regierung der Antrag gestellt wurde. Die Zahl der Matrosen in der Kriegsmarine für das kommende Jahr um die Hälfte zu erhöhen, 30 000 statt der bisherigen 20 000. Der Antrag gab, ebenso wie derjenige von 1726, die Veranlassung zu einer der heftigsten Debatten, die in unserer Epoche im Unterhause durchgeföhrt wurden. Wir besitzen darüber eine Reihe von Berichten³⁾, welche uns hinreichend orientieren über die Argumente für und wider. Unser Eindruck von dem Redekampfe ist aber dieser: die Gegner des Ministeriums bemühten sich, aus der europäischen Lage heraus zu beweisen, daß die Vermehrung unnötig sei. Einer von ihnen behauptete gar, man sollte doch abwarten, ob England noch in den Krieg verwickelt werde, oder nicht. Dann wäre ja noch Zeit genug, zur Vermehrung der Streitkräfte zu schreiten.

So schwacher Beweisführung trat Walpole mit der Geste des wissenden *Prime Minister* gegenüber, indem er erklärte, man werde doch nicht erwarten, daß Seine Majestät das Geheimnis seiner Politik enthülle; denn damit würde man ja dem Auslande mehr nützen als der eigenen Nation. Der Sinn seiner Rede aber war etwa der, wenn man mit dem der Welt mit-

1) Hervey (Sedgwick) 464.

2) Parl. Hist. 9, 639ff.

3) Ausführlich Parl. Hist. 691—720, Hervey (Sedgwick) 412 ff. Dazu die Berichte von Kinsky, 21. Febr. 1735. W.St.A. Borcke 7./18. Febr. 1735. G.St.A. Die einzelnen Reden bei Mantoux, Comptes rendus ... du Parl. anglais 83 ff.

geteilten Friedensplan nicht durchdringe, so sei es ein Gebot der Vernunft, sich in den Stand zu setzen, die Ruhe in Europa durch andere Mittel zu befestigen.

In der Tat hat wohl niemand außer Walpole selbst den Sinn der beabsichtigten Verstärkung gekannt. Die Annahme des Antrages machte vielleicht im Auslande einen noch stärkeren Eindruck als in England. Sie ermöglichte der Regierung einige Monate später die Entsendung jenes Geschwaders in die portugiesischen Gewässer, das so viel Aufsehen in Europa erregte, das den Kardinal Fleury schwer beunruhigte und doch nichts anderes war als eine militärische Geste ohne ernste kriegerische Absichten.

Wie anders erscheint uns nun, mit der Landmacht verglichen, die Flotte als Werkzeug in der Hand der Politiker. Während schon jede unbedeutende Truppenverstärkung dem Volke als eine Bedrohung der Freiheit erscheint, gelten die Aufwendungen für die Seemacht unmittelbar dem Ansehen Britanniens in der Welt. So eigentümlich verschieden spiegeln sich innere und äußere Politik in der Behandlung der Wehrmacht zu Wasser und zu Lande.

Sechstes Kapitel.

Georg II. und seine Familie.

Die beiden ersten George, so verschiedene Naturen sie waren, zeigen doch in ihren Lebensgewohnheiten starke Ähnlichkeiten. Beide hatten ihre jüngeren Jahre in der deutschen Heimat verbracht und waren fremd nach England gekommen. Georg I. hat nicht einmal die Sprache seiner neuen Unterthanen erlernt, war aber im Laufe seiner Regierung mit dem Geiste der englischen Verfassung allmählich vertraut geworden. Georg II. hat die sprachlichen Schwierigkeiten überwunden, pflegte mit Engländern englisch, bei Hofe und mit den Diplomaten französisch, mit deutschen Landsleuten und manchmal auch im Familienkreise deutsch zu reden.

Mit dem Herzen aber waren beide Könige mehr in Hannover als in England. Wenn die Zeiten es erlaubten, pflegten sie, sobald der Sommer kam, aus England zu verschwinden und erst wieder zu erscheinen, wenn es galt im neuen Jahre die Session des Parlaments zu eröffnen. Georg I. ist als König siebenmal hinübergefahren, und ist auf der letzten Reise vom Tode ereilt worden. Der zweite Georg ist als König zwölfmal in Hannover gewesen, wo er insgesamt 34 Monate verweilt hat ¹⁾. Das englische Volk blickte mit Mißvergnügen auf diese so oft wiederholten Königsfahrten. Der Minister sucht sie zu verhindern, aber bei dem Eigenwillen dieses Herrschers gelingt es nicht immer. Eines Tages erfährt Walpole durch einen Dritten, der König wolle im nächsten Jahre wieder nach Hannover. „Das darf er nicht“, erklärte der Minister vertraulich, „er handelt in wichtigen Dingen niemals nach seinem Willen oder seiner Meinung, wenn ich nicht will.“ In diesem besonderen Falle ist Georg II. aber dennoch gereist.

¹⁾ Vgl. Ward, Great Britain and Hanover 46.

So hatte auch 1735, trotzdem in Europa der Krieg noch wütete, Georg II. es sich in den Kopf gesetzt, in diesem Sommer wieder einmal sein Stammland aufzusuchen. Seit drei Jahren war er nicht mehr dort gewesen. Er sehnte sich nach dem ungezwungeneren Hofleben inmitten seiner Landsleute, nach der bequemeren Erledigung der politischen Geschäfte in Hannover. Er wollte wieder einmal erlöst sein von der ewigen Kontrolle des englischen Parlaments, er wollte wieder deutsche Luft atmen und ein Deutscher Fürst in Deutschland sein. Das militärische Gepränge in Hannover, die schönen Sommerfeste in Herrenhausen, das Spiel der französischen Komödie, und das verschwiegene Treiben in den lauschigen Plätzchen des Parks, alles zog ihn hinüber. Und da endlich für den galanten König noch ein besonderer Magnet in Hannover vorhanden war, so schienen alle Versuche, ihn im Lande zu halten, umsonst.

* * *

Im Vorjahr hatte sich innerhalb der Hofgesellschaft eine kleine Veränderung zugetragen, die über jenen Kreis hinaus sogar politische Bedeutung gewann und zuletzt wie ein Triumph des leitenden Ministers erschien¹⁾. Lady Suffolk, die seit 20 Jahren als die Mätresse Georgs II. galt, mußte den Hof von St. James verlassen. Eine politische Rolle hatte sie freilich nie gespielt. Die Königin, bei der sie ein Amt bekleidete, war ihr geistig weit überlegen und trug ihr Schicksal mit jener gelassenen Würde, wie sie den Königinnen der galanten Epoche so wohl anstand. Wie sie es nicht zu bemerken schien, wenn der Gatte unter ihren Augen auf einem Maskenballe mit einer jungen Schönen Zärtlichkeiten austauschte, so schien sie auch der Lady die Gunst des Königs nicht zu mißgönnen. Denn jedermann wußte, und am besten wußte es Walpole, daß es die Königin war, nicht die Mätresse, auf deren Wort Georg II. hörte.

Kein Wunder, wenn die Führer der Opposition zu Zeiten den Versuch machten, den Einfluß Walpoles beim Könige auch durch das Medium der Lady Suffolk zu bekämpfen. Zu den

¹⁾ Für das Folgende besonders: Hervey (Sedgwick) 379 ff. und H. Walpole, *Reminiscences* (Letters, ed. Cunningham 1, ch. VII). Noch wichtiger sind die handschriftlichen *Anecdotes de la Cour Britannique*. G.St.A. (vergl. unten S. 506²⁾).

rein menschlichen Gründen, die das Interesse Georgs II. an seiner alternden Freundin erkalten machten, kam also noch etwas wie ein politischer Gegensatz hinzu. Im Sommer 1734 nahm Lady Suffolk einen mehrwöchigen Aufenthalt in Bath. Man erfuhr mit Entsetzen, daß sie während dieser Zeit sogar mit Lord Bolingbroke, dem großen Gegner Walpoles, fleißig verkehrte. Und als eben damals Bolingbrokes Organ, der *Craftsman* eine Neuigkeit aus den höchsten Kreisen brachte, die er von niemandem, als von der Lady haben konnte, so war ihr Sturz besiegelt. Auch Fernerstehende erblickten darin den Einfluß Walpoles¹⁾, und sicherlich ist ihr zuletzt auch der Verkehr mit Bolingbroke zum Verhängnis geworden.

In höherem Alter hat Lady Suffolk mit Horace Walpole, dem schöngeistigen Sohne des großen Ministers freundschaftlich verkehrt. Mit der Politik hatten die beiden nichts zu tun, und die kleinen Hofgeschichten, die sie einander erzählten, hatten sich vor Jahrzehnten zugetragen. Erst 1767, als um sie herum eine neue Welt erstanden war, hat Lady Suffolk das Zeitliche gesegnet.

* * *

Die Reise Georgs II. nach Hannover schien lange ungewiß. In der hohen Gesellschaft wurden Wetten abgeschlossen, ob er gehen werde oder nicht. Auch fanden noch ärgerliche Auseinandersetzungen zwischen König und Ministern statt. Sie scheuten sich, ein vom Könige gewünschtes Kreditvotum beim Unterhause zu beantragen. Sie warnten auch vor politischen Gefahren. Preußen schien unsicher. Wie, wenn es zu offener Feindseligkeit überginge, und der König von England mußte, nachdem er vielleicht einen Monat in Hannover residiert, Hals über Kopf durch Westfalen nach Hause fliehen und 70 000 Preußen ihm auf den Fersen. Da brauste Georg II. zornig auf und erklärte seinen Ministern, sie seien Feiglinge. „Ich fürchte mich nicht und ich trage einen Degen. Trotz all Ihren schönen Reden werde ich reisen, weil ich will. Und ich will auch ein Kreditvotum haben, ich will es mitnehmen, und für das Übrige lassen Sie nur mich sorgen.“ Ein Kreditvotum für den Souverän, wenn er im Ausland weile, könne er im Parlamente nicht durch-

¹⁾ Egmont 2, 134.

bringen, sagt Walpole. „Wie“, rief der König, „Sie können nicht? Sie könnten schon, aber ich sehe wohl, daß Sie nicht wollen.“ Doch der Minister blieb fest. Den König ließ er ziehen, aber das Kreditvotum gab er ihm nicht.

* * *

Wie wir früher den ersten der George auf solchen Reisen nach Hannover im Geiste begleitet haben, so folgen wir auch einmal dem zweiten. Denn es ist nun einmal nicht anders: Auch diese Fahrten gehören zum Charakter dieser Regierungen.

Fröhlich zog Georg II. von dannen, der Freiheit und dem Vergnügen entgegen. Kaum hat er an der holländischen Küste das Schiff verlassen, so setzt er, ähnlich wie sein Vater es zu tun pflegte, die Reise zu Lande wie der Blitz fort, so daß das ganze Gefolge zurückbleibt und erst mehrere Tage nach ihm in Hannover eintrifft. Übrigens soll er dieses Mal noch einen besonderen Grund für die Beschleunigung der Fahrt gehabt haben. Er wollte einem kleinen Attentat aus dem Wege gehen, das seine Tochter, die Prinzessin von Oranien, gegen ihn plante. Sie wäre so gern auf der Yacht, die den König herübergebracht und die nun wieder zurückgesandt wurde, hinüber nach England gefahren zu der zärtlich geliebten Mutter. Aber der hartherzige Vater hat es nicht gewollt und hat das Zusammentreffen mit der Tochter vermieden ¹⁾).

Unterdessen hat die Königin, die in England zurückgeblieben ist, in den gewohnten Formen die Regentschaft angetreten. Auf ihr Amt als „*Guardian of the Kingdom*“ ist sie stolz ²⁾. Aber der wahre Herrscher während der Abwesenheit des Königs ist Robert Walpole. Er entscheidet alles, innere und auswärtige Geschäfte, er weicht zwar die hohe Statthalterin in die Einzelheiten ein, aber sie wird sich seiner höheren Einsicht wohl immer gefügt haben. Andererseits unterläßt er es nicht, die Mitglieder des Kabinetts zur Mitwirkung heranzuziehen. Er legt ihnen vor, was von Hannover kommt und läßt sie durch ihre Unterschrift decken, was als Beschluß der Regierung hinausgeht ³⁾. Damit

¹⁾ Anecdotes de la Cour Britannique Nr. 6. Londres, 3. juillet 1735. G.St.A. Eine ähnliche Andeutung auch bei Hervey (Sedgwick) 506.

²⁾ Hervey (Sedgwick) 457.

³⁾ Ebd. 470!; *those ciphers of the Cabinet signed everything he dictated.*

vertritt er das von ihm auch sonst verkündigte Prinzip der kollektiven Verantwortlichkeit des Kabinetts. Und doch kann er es nicht verhindern, daß die Opposition alle Angriffe gegen den *Prime Minister* in Person richtet.

Und nun wurde ihm die Arbeit noch erschwert, weil der in Hannover weilende Monarch sich seinen persönlichen Anteil an der auswärtigen, und manchmal auch an der inneren Politik nicht ganz nehmen ließ. Wie immer hatte er wieder einen der beiden Staatssekretäre bei sich — es war Lord Harrington — und auch die fremden Gesandten warteten ihm auf. Man sagte zwar: die königliche Gewalt ist nicht teilbar, und meinte damit, sie sei in England zurückgeblieben und ruhe in der Hand der Königin-Regentin. Aber diese hütete sich wohl, allzu sehr darauf zu pochen. Es geschah einmal, daß Georg II., fern von England, die Ernennung englischer Offiziere vollzog. Walpole und die ersten Juristen des Landes erklärten der Königin, der Akt sei ungesetzlich und die Ernennungen ungültig. Aber Karoline beschwor sie, doch fein stillzuschweigen und beileibe nicht die Sache nochmals vor den König zu bringen ¹⁾).

* * *

Die Beziehungen dieser fürstlichen Ehegatten sind nicht leicht zu schildern. In der Seele des Mannes wohnen beieinander zärtliche Liebe und Fürsorge, die er der Gattin widmet, und schnöde Untreue, durch die er ihr Leben vergiftet. Sie aber trägt ihr Schicksal mit Fassung und mit der Erwägung, daß fürstliche Frauen nicht eifersüchtig sein dürfen. Und als ihre Jugend dahin ist, öffnet sie einmal Robert Walpole ihr Herz mit der bitteren Rede: „Ich bin nur Eine und ich bin alt; er aber liebt die Jüngeren und kann sich mit einer Einzigen nicht begnügen ²⁾“. So nimmt sie die Beichten des Gatten still entgegen und gibt ihm noch ihren guten Rat dazu. In England muß sie immer um ihn sein, von Hannover aus schreibt er ihr mit jeder Post und sendet einmal wöchentlich noch einen Kurier, der ihr einen Brief von vierzig oder gar sechzig Seiten Länge überbringt, angefüllt mit allen Nichtigkeiten des täglichen Lebens, aber doch auch mit

¹⁾ Hervey (Sedgwick) 470.

²⁾ Campbell, *Lives of the Chancellors* 4, 633, zitiert bei Hervey (Croker) 1, 500²⁸.

den großen Fragen des Tages. Walpole liest alles, er ist beider Vertrauter, er ist der *Prime Minister* von König und Königin, es gibt keine so delikate Frage, die nicht zuletzt auch ihm vorgelegt wird, und gelegentlich wird Karoline von dem Gatten auch ausdrücklich an Walpole verwiesen mit dem gemüthlichen Hinweis: „Zeige dies dem Dicken und frage ihn um Rat“¹⁾.

Wenn aber der König glaubt, hier in Hannover frei zu sein von dem „Joche des Spinnrockens“, so täuscht er sich doch. Karoline beruhigt sich nicht völlig bei den langen Episteln des Gatten, sie hat überall ihre Spione, sie hört gleichsam in London jedes Wort, das in Hannover gesprochen wird. Aber sie läßt ihn gewähren, sie hält ihn, wenn der Ausdruck gestattet ist, wie ein am Bande flatterndes Vöglein und ist zufrieden, wenn ihr, als der seelisch und sittlich Überlegenen in dieser Ehe, nur die geistige Herrschaft über den König nicht entgleitet.

Er wird auch noch von anderer Seite schärfer beobachtet, als er weiß. Sein preußischer Schwager, Friedrich Wilhelm, erhält durch seinen Gesandten Borcke Berichte und Beschreibungen über das Treiben in Hannover, die an Genauigkeit der Information, an unverhüllter, oft zynisch gefaßter Wiedergabe pikanter Einzelheiten ihresgleichen suchen in diplomatischen Korrespondenzen. Jene sechzig Seiten langen Briefe Georgs II. sind wohl nicht mehr vorhanden. Diese preußischen Berichte aber, die übrigens auch auf die unschöne Wißbegier des Empfängers, der solche Dinge zu erfahren wünscht, kein angenehmes Licht werfen, sie sind es, die uns heute die Möglichkeit geben, den sich selbst überlassenen Georg II., den König auf Urlaub, genauer kennen zu lernen und wahrheitsgetreuer zu schildern, als wie er etwa in den halb romanhaften Beschreibungen eines Thackeray oder gar Vöhse zu erscheinen pflegt²⁾.

* * *

¹⁾ Hervey I, 501.

²⁾ Die Beschreibungen sind bezeichnet als *Anecdotes secrètes de la Cour britannique* und umfassen die Zeit von 1732—36. Sie sind sowohl in den Entwürfen (G. St. A. Rep. 81. 15) wie in den Ausfertigungen (die in Borckes Berichterstattung eingereiht sind) in Borckes Handschrift erhalten. Der Form nach sind es an ihn gerichtete Briefe, tatsächlich aber hat er sie für sich selbst, oder richtiger für seinen König verfaßt. Dieser Sachverhalt wird noch bestätigt durch ein Reskript Friedrich Wilhelms an Borcke vom 11. Dec. 1732. Der

Mehr als fünf Monate verweilt der König in seiner deutschen Heimat. Ein wenig Arbeit und viel Vergnügen füllen die Zeit reichlich aus. Anlässlich seines Aufenthaltes in Hannover ist die ganze kurbraunschweigische Armee in der Nachbarschaft der Hauptstadt zusammengezogen. Regimentweise werden sie vom Landesherrn besichtigt, und er nimmt es ernst mit den militärischen Pflichten. Ehe die Truppen in ihre gewöhnlichen Quartiere abmarschieren, findet am 25. Juni eine Generalrevue statt vor den Augen des Königs und seines ganzen Hofes. Bei strömendem Regen reitet er die ganze lange Front ab, alle präsentieren, die Infanterie mit aufgepflanzten Bajonetten. Als er sodann vom Pferde gestiegen ist und vor dem Zelte steht, in dem die Damen sich befinden, gibt das ganze Korps, die Infanterie mit ihren Flinten, die Dragoner mit ihren Karabinern eine dreifache Salve ab, zu der zwölf Kanonenschüsse das Zeichen gegeben haben. Von den drei so prächtig wie ein einziger Schlag wirkenden Gewehrsalven sind die Damen so entzückt, daß sie den König um eine vierte Salve bitten. Der galante Monarch kann die Bitte nicht abschlagen. Allein darauf sind die Truppen nicht vorbereitet und die vierte Salve mißlingt, so daß „viele Plackers dabei vorfielen“, wie der preußische Gesandte schadenfroh berichtet. Dieser findet auch das Marschieren der Truppen nicht mustergültig, aber auch der König selbst hat die Unregelmäßigkeiten bemerkt und spart nicht mit seinem Tadel. Am schwächsten findet der Preuße die Leistungen der Kavallerie. Mit Ausnahme der Garde wissen die Leute ihre Pferde nicht zu meistern, und beim Reiten verlieren sie bald den Hut, bald das Gewehr. Solcher Tadel, ausgesprochen von dem Vertreter Friedrich Wilhelms I., mahnt uns an die Tatsache, die der Leser längst erraten hat: was immer der deutsche Staat Georgs II. auf militärischem Gebiet leistete — das große und doch nicht erreichte Vorbild — war Potsdam. „Wir kopieren unsere Nachbarn mit vieler Mühe und Kunst, wir hoffen uns dem Vorbilde immer mehr anzugleichen, aber, ehrlich gesagt, es wird immer nur eine Kopie *en miniature* bleiben¹⁾“.

* * *

König hat die letzte geheime Relation erhalten „und will Ich, daß Ihr damit nach Inhalt Eurer Instruction fleißig continuiren sollet“.

¹⁾ *Anecdotes*. Londres, 3. juillet 1735. G. St. A.

Sobald die dringendsten Geschäfte in der Hauptstadt erledigt waren, zog der König hinaus nach seinem geliebten Herrenhausen, dem anmutigen Schlosse mit dem herrlichen Park, um hier so lange zu verweilen, bis das eintretende Herbstwetter wieder die Verlegung des Hoflagers nach Hannover geboten erscheinen ließ. Ein paar Morgenstunden sind der Arbeit gewidmet. Die aus Hannover gesandten Akten werden dem Monarchen vorgelegt, er hört die Vorträge der Minister und trifft die Entscheidungen. Für den Rest des Tages darf man ihn kaum mehr mit politischen Geschäften behelligen, nur daß gelegentlich noch einer der fremden Diplomaten zur Audienz erscheint. Auch diese Empfänge stören nicht die innere Ruhe des Monarchen. Und nur wenn Graf Kinsky, der kaiserliche Gesandte, vor ihm steht und seine alten Klagen und Bitten vorbringt, kann Georg II. in seine alte Heftigkeit verfallen¹⁾. Daß er aber im Verkehr mit den Diplomaten eigenwillig in die Politik eingegriffen habe, glaube ich eigentlich nicht. Wenn der preußische Gesandte schreibt²⁾: „Allein der König hat hier keinen Kontrolleur um sich und tut, was er will“, so sagt er wohl zu viel. Und der Zusatz: „Die *Ministri* in England mögen hernach ihr Bestes tun, um sich wieder heraus zu wickeln“ ist kaum vereinbar mit der geistigen Abhängigkeit, in der Georg II. übers Meer herüber von dem in London weilenden Minister gehalten wurde.

In Herrenhausen entwickelte sich ein fröhliches Treiben. Die ganze zahlreiche Hofgesellschaft strömt täglich hinaus, denn der König will viele Leute um sich sehen. Er pflegt lange Spaziergänge im Sturmschritt durch den Garten zu machen, aber niemals allein. Er tritt aus dem Hause, findet die Damen in einer Reihe aufgestellt, spricht mit allen und wählt diejenige aus, mit der er sich sodann im Garten verliert. Als ihm aber eines Tages das Spottwort des bayerischen Gesandten: „Genau wie im Serail“ zu Ohren kommt, da müssen ihn fortan zwei Damen begleiten, sie haben oft Mühe, mit ihm Schritt zu halten, und klagen über Ermüdung. Allabendlich wird eine zahlreiche Gesellschaft zur Tafel gezogen, am Tische des Königs mehr Damen als Herren. Gelegentlich fehlt der König und läßt den

¹⁾ Kinsky an Karl VI. Hannover, 20. Juli 1735. W.St.A.

²⁾ Borcke an Friedrich Wilhelm I. Hannover, 10. Juli 1735. G.St.A.

Gästen erklären, er habe sich bereits zur Ruhe begeben. In Wahrheit hat er sich zu einer Abendgesellschaft ganz intimen Charakters, bei der nur Damen anwesend sind, laden lassen. „Von diesem Souper“, sagt unser Berichterstatter, „hat niemand Wissenschaft haben sollen und ist ausdrücklich verboten gewesen, davon zu sprechen.“ Dreimal wöchentlich, am Montag, Mittwoch und Freitag werden im Gartentheater zu Herrenhausen französische Komödien gegeben. Die Namen sind sämtlich überliefert, gewiß ist es leichte Ware, satirische Behandlung unschuldiger sozialer Probleme im Molière'schen Stil, man errät ohne weiteres den Inhalt, wenn man Titel liest wie *le mari carieux*, *la dame inconnue*, *les bourgeois à la mode* oder *l'école des mères*. Ist das Wetter schön, so läßt der König im Freien spielen, aber gelegentlich geschieht es auch bei unsicherer Witterung, weil der boshafte Fürst „die Lust haben will, zu sehen, wie die Damen laufen würden, wenn es an zu regnen finge“. Am ausgelassensten ist die Gesellschaft bei den Bällen und gar bei den Maskeraden im Garten. Solch ein Fest währt von 5 Uhr nachmittags bis 3 Uhr morgens. Der König ist von der ersten bis zur letzten Minute dabei, er wechselt wiederholt das Kostüm, wird aber doch von jedermann sofort erkannt. Wie der Herrscher, so auch sein getreuer Adel. Liest man die Beschreibung, wie so manche der maskierten Paare verschwinden, um erst später, „in verdorbenen Röcken, auch aus Ordnung gebrachten Haupt-Zierrat“ wieder zum Vorschein zu kommen, so glaubt man das Bild eines Liebesgartens vor sich zu haben, wie es Rubens im 17. Jahrhundert gemalt hat, und im 18. Watteau.

Aber die Hauptfigur dieses Rokokohofes ist und bleibt der König selbst. Eben jetzt, 1735, begann auch die berühmte Liebschaft Georg II. mit der schönen Frau von Wallmoden¹⁾. Vor drei Jahren hat er sie zum ersten Male gesehen. Nun kehrt er auf der Reise nach Hannover auf dem Landsitz ihres Gatten ein. Unter dem Vorwande, ihre Mutter besuchen zu wollen, folgt sie dem Könige nach Hannover, und bald ist sie seine erklärte Maitresse. Die Mutter, die, ihrer eigenen lockeren Ver-

¹⁾ Das Folgende besonders nach den Anecdotes Nr. 7 (1./12. Juli 1735) und Nr. 8 (11./22. Juli 1736). Dazu die laufenden Berichte Borckes (G.St.A.) und Hervey Memoirs.

gangenheit eingedenk, der Tochter eifrig zugeredet und den eigensinnigen Schwiegersohn, der nicht Vernunft annehmen will, verspottet als einen Einfaltspinsel, der seinen Vorteil verkennt und sich die Karriere verdirbt, diese Mutter ist ebenso eine typische Figur der Zeit wie Graf Wallmoden, „der arme Tropf der von weitem stehen muß und nach seiner Frau gaffet, in welche er recht sterblich verliebt ist, aber nicht zu ihr sprechen darf“. Jedermann weiß von der Sache. Wenn man im Parke den König mit der Maitresse von weitem kommen sieht, so weicht jeder taktvoll aus und vermeidet die Begegnung. Die neue Liebschaft des Monarchen wird wie eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse behandelt. Frau von Wallmoden wird von allen scheu verehrt und bewundert, ihre Schönheit ist der beliebteste Gegenstand des Gesprächs. Der königliche Liebhaber aber sendet der eigenen Gattin begeisterte Schilderungen von seinem neuen Glück, er beruft sich auf ihre immer bewährte Nachsicht und meint naiv: „Auch du mußt sie lieb haben, denn sie liebt ja mich“¹⁾.

Bei der Wahl der neuen Geliebten scheint er sogar eine gewisse Tradition hochgehalten zu haben. Vernimmt man, daß Frau von Wallmoden die Nichte jener Frau von Kielmannsegge war, die wir an der Seite Georgs I. gesehen haben und daß deren Mutter, die Gräfin Platen, die Favoritin seines Großvaters, des Kurfürsten Ernst August gewesen, so erhält man das Bild einer ganzen Dynastie von Mätressen, die durch drei Generationen hindurch die welfischen Herrscher beglücken²⁾. Frau von Wallmoden verschwindet aus dem Leben Georgs II. nicht mehr. Die Versuche, sie zu stürzen, scheitern in Hannover ebenso vollkommen wie nachher in England. Da der Gatte sich weigert, mit nach England zu ziehen und dort den „Amphitryon“ zu spielen, so bleibt auch sie einstweilen zurück, läßt sich aber vom Könige versprechen, er werde im nächsten Jahre wiederkommen, ganz frühzeitig, schon am 29. Mai. Da toastet sie auf den 29. Mai und die ganze Gesellschaft tut mit vollen Gläsern Bescheid und verpfändet ihr Wort für die Erfüllung des königlichen Versprechens.

¹⁾ Hervey (Croker) 1, 500²⁸.

²⁾ Bei Vehse, Gesch. der Höfe des Hauses Braunschweig 1, 272ff. ist das Bild noch etwas weiter ausgeführt.

So war der Sommer hingegangen und da das Wetter nicht mehr „höflich“ sein und die „Schauspiele und die Liebesirrgänge im Garten nicht mehr leiden“ wollte, so war am 21. September das Hoflager von Herrenhausen nach Hannover zurückverlegt worden. Aber die Feste hatten auch hier ihren Fortgang genommen und alle Donnerstage war Maskenball.

Von der Rückfahrt nach England durfte man dem Könige lange Zeit gar nicht reden. Niemand wußte etwas Sicheres darüber, wann sie erfolgen werde. Da gegen den Schluß des Aufenthalts in Hannover eine nochmalige Heeresschau in Aussicht genommen war, so wagte der General, der sie abhalten sollte, einmal die Frage, zu welchem Termin er die Truppen zusammenziehen solle. Der König antwortete mit der ungnädigen Gegenfrage: „*Voulez-vous déjà me chasser du pays?*“¹⁾.

Endlich ist die Stunde des Aufbruchs da. Der hannövrische Adel, der nach so viel festlichen Wochen das graue Einerlei des Alltags wiederkommen sieht, ist so tief betrübt, „wie Wittwen und Waisen“. Eine große Dame aber, so meldet unser boshafter Berichterstatter, wünscht sich, sie möchte tot sein und erst wieder aufleben bei der Rückkehr ihres Herrn, von dem sie, wie er hinzufügt, „ein gage d'amitié auf 9 Monate bei sich trage“²⁾.

* * *

So ist das Bild von 1735, und so wiederholt es sich, so oft Georg II. nach Hannover kommt. Er ist noch neunmal gekommen. Die Verhältnisse ändern sich. Friedliche und kriegerische Zeiten wechseln. Bis an die Schwelle des siebenjährigen Krieges, bis er schon die Siebzig überschritten hat, sieht man den englischen König immer wieder die Reise übers Meer zurücklegen.

Der deutsche Oberkammerherr Georgs II., ein Graf Bülow hat den äußeren Verlauf der späteren Reisen Georgs II. in seinem Tagebuche getreulich vermerkt³⁾. Er verzeichnet Maskenfeste, Theaterspiel, Truppenrevuen, alles wie 1735. Auch in seiner Verehrung der Frauen ist Georg II. der alte geblieben. „Der

¹⁾ Nach den Berichten Borckes im G.St.A.

²⁾ Borcke, 20. Nov. 1735. G.St.A. Ihr am 27. April 1736 geborener Sohn galt als der Sprößling Georgs II. Vgl. D.N.B. Wallmoden.

³⁾ Spilcker, Über des Königs Georgs II. Reisen nach Hannover von 1740 bis 1755. (Vaterländ. Archiv des Königreichs Hannover 5, 1821.)

König aß nur mit Frauen“, heißt es in dem Berichte von 1740, und noch 1755 mit fast wörtlicher Wiederholung: „an des Königs Tafel nur Frauen“. Und wenn die Schönen bei Namen genannt werden, so steht die in England zur Gräfin Yarmouth erhobene Frau von Wallmoden stets an erster Stelle.

Im Jahre 1740 wird als einer der Gründe, die den König trotz des Krieges gegen Spanien zur Reise nach Hannover bestimmen, seine Absicht genannt, sich mit Lady Yarmouth zu vermählen¹⁾. Er selbst ist inzwischen Witwer geworden, aber die Dame ist noch die Gattin des Herrn von Wallmoden. Diese Ehe mußte also zuvor geschieden sein. Aber auch dann weigern sich die englischen Bischöfe, die Trauung zu vollziehen. So heißt es denn, die Ehe soll in Hannover geschlossen werden.

Es ist nicht geschehen, und würde wohl eine unhaltbare Situation für den Träger der Krone geschaffen haben.

Nur einmal in diesen langen Jahren erhält der deutsche Aufenthalt des Königs einen höheren Inhalt. Es geschieht im Kriegsjahre 1743, als Georg II. und sein Sohn Cumberland so tapfer und ehrenvoll in der Schlacht bei Dettingen ihren Mann standen. Doch wir wollen künftiger Erzählung nicht vorgreifen und gedenken des Ereignisses an dieser Stelle nur deshalb, um dem Leser auch den Zug militärischer Kühnheit nicht zu verschweigen, den einzig versöhnlichen Zug in dem sonst wenig erfreulichen Charakterbilde Georgs II.

* * *

Und doch wäre es ein Irrtum, wenn man annehmen wollte, das geschilderte glänzende Treiben am deutschen Hofe Georgs II. müsse notwendigerweise auch eine dunkle Kehrseite gehabt haben, denn es müsse doch unterhalb dieser bloß genießenden Schicht eine gedrückte, verbitterte Masse gegeben haben, die mit Groll und Neid zu den Großen und Reichen emporblickte, ein Volk der Mühseligen und Beladenen, denen das Leben nichts bot als Gehorsam und Arbeit und kümmerlichen Erwerb. Weit gefehlt, es wäre völlig verkehrt, an einen Gegensatz zu denken, wie ihn etwa die unfreundlicheren Schilderungen des französischen *ancien régime* zwischen den Privilegierten und dem Volke aus-

¹⁾ Egmont 3, 131.

zumalen pflegen. Das Bürger- und Bauerntum des Staates Hannover war selbst behäbig und nicht ohne Wohlhabenheit. Auf den König aber — denn man spricht auch in seinen deutschen Landen nur noch vom Könige, nicht mehr vom Kurfürsten — auf den König und seinen Hof blickt alles mit stolzer Bewunderung und aufrichtiger Verehrung. In der Zeit der großen Jagden drängt sich die Masse fröhlicher Zuschauer auf den Wegen zwischen der Gohrde und Hannover, um die Reiter und Equipagen, die Küchenwagen und Victualienträger zu sehen, und wenn man vom Glücke begünstigt ist, so gelingt es wohl, wie eine treuherzige Schilderung in hannövrishen Platt uns erzählt:

„Dat wie könnt eis einmal den laiven König seihn.“ Der hohe Herr geht einher „es mi un mines Gliken“, er reitet auf die Jagd mit den anderen, man kann ihn beim Mahle beobachten, kann die köstlichen Speisen und Getränke bewundern, die bei der Tafel aufgetragen werden und man freut sich beim Anblick des fürstlichen Aufwandes.

„Ja neh! ick wünsche dat de König manchen Dag
So narkan, as he hät gegeben, eten mag.“

Und in seiner Art erwidert der Herrscher auch die Gefühle seiner Untertanen. „Unter meinen Heidschnucken“, sagt Georg II., gemächlich, „bin ich so gern. Ich bedarf hier keiner Leibwache, ich bin hier ohne eine solche sicher genug.“ Kein Zweifel, der Kurfürst von Hannover ward von seinen Untertanen weit mehr geliebt als der König von England von den seinen¹⁾.

* * *

Doch kehren wir zurück zur Geschichte des Jahres 1735. Der heimkehrende König fand das Leben im Kreise seiner britischen Untertanen kaum mehr erträglich²⁾. Kein englischer Koch verstand etwas von der Küche, kein Kutscher konnte fahren, kein Reiter konnte reiten; denn auch die Pferde taugten ja nichts. Die Damen wie die Herren der englischen Gesellschaft wissen nicht, sich zu kleiden und zu benehmen. Wie anders ist das alles in Hannover. Da sind die Männer höflich, tapfer und

¹⁾ Blaumhard un Naber Claus in der Gohrde. Ein plattdeutsches Gedicht ... mitgeteilt von Lodemann. (Vaterländisches Archiv. 4. Hannover 1821.)

²⁾ Anecdotes de la Cour Britannique. Lettre 8me. (G.St.A.). Durch Herveys Schilderungen bestätigt und ergänzt.

galant, die Frauen schön und liebenswürdig, da herrscht Pracht und Reichtum, da ist alles zu finden, was das Leben schmückt. Dort allein vermag ein Fürst zu leben. Da ist er der Herr, man gehorcht ihm, und er belohnt seine Untertanen für ihre Treue. Die Engländer aber sind Königsmörder und Republikaner, sie pochen auf ihren Reichtum und ihre Freiheit, und man muß sie bezahlen, nicht damit sie ihre Pflicht tun, nein, man muß ihre Gunst erkaufen, damit sie einem nicht den Hals abschneiden. Königin Karoline hat den Gemahl bei seiner Rückkehr mit allen Zeichen der Demut begrüßt. Er aber behandelt sie mit Verachtung und Härte, so daß ihr das Weinen oft näher ist als das Lachen. Von den Geschäften seines Königreiches mag er noch gar nicht hören; er klagt, die Engländer könnten von nichts anderem reden als von ihrer dummen Politik.

Es war eben die Zeit, als über dem großen Kriegsdrama auf dem Festlande der Vorhang gefallen war. Wenige Tage nach der Ankunft des Monarchen lief in London, schon nicht mehr unerwartet, die Nachricht ein, daß der Präliminarfriede zwischen Frankreich und Österreich am 3. Oktober zu Wien unterzeichnet worden sei.

* * *

Kronprinzentragödien pflegt man die Schicksale jener Fürstensöhne zu nennen, deren Wartezeit erfüllt ist von Konflikten mit dem Herrscher, dessen Nachfolger sie werden sollen. Auf welcher Seite die Schuld liegt, ist meist schwer festzustellen. Dem Mißtrauen des Vaters gegen den Sohn, auf den die Hoffnungen unzufriedener Untertanen gerichtet sind, steht der Ehrgeiz des Thronfolgers gegenüber, der die Fehler des regierenden Herrn vermeiden und dem Volke eine neue, glücklichere Aera schenken möchte. Aber die Züge des kommenden Mannes werden erst deutlich, wenn seine Zeit gekommen und wenn ihm die Gelegenheit geboten ist, sein Wollen und sein Können dem Volke zu offenbaren.

Zu solcher Klarheit ist die Welt über den Prinzen Friedrich von Wales niemals gekommen, denn der Vater, Georg II., hat ihn überlebt. So bleibt es dabei, daß man nur von der überaus feindseligen Gesinnung zu berichten hat, die zwischen den beiden Eltern und diesem Sohne herrschte, und zwar so, daß es kein

noch so häßliches Schimpfwort gab, das nicht Vater und Mutter auf den Sohn anzuwenden pflegten, und daß der Prinz das Sterbezimmer der Mutter nicht betreten durfte.

Der Prinz war noch ein Kind gewesen, als zwischen den fürstlichen Häusern von Preußen und Hannover, ebenso wie es schon in den vorangegangenen Generationen geschehen, eine eheliche Verbindung in Aussicht genommen wurde. Es sollte dieses Mal sogar eine Doppelheirat werden. Der preußische Kronprinz (später Friedrich der Große) sollte die Prinzessin Amalie zur Frau bekommen; seine Schwester Wilhelmine (später Markgräfin von Bayreuth) wäre die Gattin des Prinzen Friedrich geworden. 1723, als Georg der I., der gemeinsame Großvater beider Geschwisterpaare, zum Besuche in Charlottenburg weilte, schien alles zur allgemeinen Genugtuung fest verabredet zu sein¹⁾. Dann konnte der Anschluß Preußens an das Bündnis von Hannover (1725) als eine neue Stütze für den Heiratsplan betrachtet werden. Als sich aber Friedrich Wilhelm in den nächsten Jahren von den Westmächten abwandte und sich durch die Verträge von Wusterhausen und Berlin an Österreich anschloß, war auch der Plan der Doppelheirat zerstört worden.

Das war die erste große Enttäuschung im Leben des Prinzen Friedrich gewesen, der erste Anlaß zu dem tiefen Groll, den er gegen seinen Vater hegte. Andere Gründe kamen hinzu. Der Prinz stak bereits tief in Schulden, ehe er nach England kam, und wird wohl, wie man allgemein annahm, seine Gläubiger auf den Tag seiner Thronbesteigung vertröstet haben. Der Vater aber war als König geizig und hartherzig. Und da in der für ihn bewilligten Zivilliste von 800 000 £ auch die für den Haushalt des Prinzen von Wales bestimmten 100 000 inbegriffen waren, so war der Prinz finanziell vom Vater abhängig und sein Wunsch nach größerer Selbständigkeit ward nicht erfüllt. Seit dem Dezember 1728 lebte er in England. Sein Verhältnis zu den Eltern war das denkbar schlechteste. Die Königin, seine Mutter, heißt es, wünschte hundertmal am Tage, daß er tot wäre. Sein Vater begleitete denselben Wunsch mit Kraftausdrücken, wie die folgenden: „Mein lieber Erstgeborener ist der größte Esel, der größte Lügner, die größte Kanaille und das größte Biest

¹⁾ Vgl. Bd. 3, 359ff.

in der Welt“¹⁾. Friedrich aber war der Autor oder der Urheber der 1735 als Spottschrift auf Georg II. und Karoline erschienenen „*Histoire du Prince Titi*“²⁾.

1736 wurde der Prinz vermählt mit der Prinzessin Auguste von Sachsen-Gotha. Es war eine Heirat streng nach dem Willen des Vaters. Georg II. hatte die Prinzessin auf einer seiner Reisen nach Hannover kennen gelernt. Der Prinz sah sie zum ersten Male wenige Tage vor der Hochzeit. Nach dem Willen der Eltern sollte von der Vermählung des Sohnes nicht viel Aufhebens gemacht werden, und am wenigsten war es ihr Wunsch, daß man im Parlament von dem Ereignis Notiz nähme. Es geschah dennoch in beiden Häusern. Über den Hergang bei den Lords sind wir nicht unterrichtet. Im Unterhause war es bezeichnenderweise die Opposition, welche am 29. April 1736 die Sache in die Hand nahm³⁾, Pulteney als Antragsteller einer Glückwunschsadresse an den König, zwei Freunde des Prinzen als Redner für den Antrag. Der eine von diesen war William Pitt, der hier, obwohl es nicht seine Jungferrede war, zum ersten Male einen starken⁴⁾ Eindruck im Parlament machte. Der Zeitgenosse Tindal gibt diesen Eindruck mit den Worten wieder, Pitt habe die berühmtesten Redner des Altertums übertroffen, schmuckreicher als die Deklamationen des Demosthenes und weniger breit als Cicero.

Pitt, damals ein junger Mann von 27 Jahren, stand von nun an in erster Linie unter den Gegnern des Ministeriums Walpole. Seine Macht beruhte auf seiner Persönlichkeit, nicht auf großen Familienverbindungen. Die Hörer waren gefesselt durch das Feuer seiner Augen, durch den Wohlklang der Stimme, den edlen Anstand des hochgewachsenen Mannes. Die Würde der Erscheinung muß schon in jungen Jahren nicht weniger eindrucksvoll gewesen sein, als wenn in höherem Alter der Gichtbrüchige, auf Krücken gestützt und die Glieder in Bandagen gewickelt,

¹⁾ Über Herveys Urteil über den Prinzen vgl. Hans Gerig, die Mémoires des Lord Hervey als historische Quelle, 1936, 72 ff. In den Mémoires von Horace Walpole klingt alles über den Prinzen Gesagte viel milder.

²⁾ Vgl. D.N.B. 20, 236.

³⁾ Parl. Hist. 9, 1220 ff.

⁴⁾ Er hatte zum erstenmal am 22. April 1735 im Unterhause geredet. Egmont 2, 171.

im Hause erschien, um seine großen Reden zu halten. Kein Zweifel, die Form dieser Reden stand oft höher als ihr Inhalt, die Energie des Vortrages war oft stärker als die Kraft der Argumente. Doch das mächtige Pathos riß die Zuhörer hin.

Manches von dem, was er dieses Mal sagte¹⁾, mag freilich von der Zuhörerschaft und auch von seinen Genossen mit vernünftigen Schmunzeln aufgenommen sein. Wer konnte es ernst nehmen; wenn Pitt von der Zärtlichkeit des Vaters sprach, der die Bitte des unterwürfigen, gehorsamen Sohnes freudig erfüllt habe? Ja, im Grunde war die Rede ebenso wie der Antrag, dem sie galt, ein Akt der Opposition, dem jedoch, da es sich um eine Huldigung für den Monarchen handelte, niemand entgegenzutreten konnte. Der Antrag mußte einstimmig angenommen werden.

Aber König und Minister waren empört. William Pitt, der im Beginn einer militärischen Laufbahn Stehende, ward von seinem Posten als Fähnrich in einem Kavallerieregiment entfernt, was in militärischen Kreisen besonders peinlich wirkte²⁾. So ward durch einen kleinlichen Racheakt der begabte junge Mann, dem eine große Zukunft gewiß war, nur um so fester in die politische Sphäre gebannt, in der er einer der Größten in der Geschichte Englands werden sollte.

* * *

Zwei Wochen nach der eben beschriebenen Unterhausung trat Georg II. seine neue Reise nach Deutschland an, die ihn dieses Mal neun Monate von seinem Königreiche entfernt hielt. Der Unwille der Bevölkerung machte sich in witzigen Spottschriften und Maueranschlägen Luft³⁾. Wer einen entlaufenen, ungetreuen Familienvater zur Stelle bringt, sagte ein Maueranschlag am Palaste von St. James's erhält eine Belohnung von 4 sh 6 d — nicht mehr; denn eine Krone (5 sh) ist der Mann nicht wert. Oder ein harmloser Anschlag an der Börse: Seine hannövrische Majestät beabsichtigt im kommenden Frühjahr seine britischen Besitzungen auf drei Monate zu besuchen. Die Abwesenheit des Königs dauerte dieses Mal wirklich 9 Monate,

¹⁾ Vgl. Basil Williams, Life of Will. Pitt. 1915, 1, 65 ff. Die Ausführungen bei v. Ruville, Will. Pitt. 1905, 1, 129 ff., halte ich für völlig verfehlt.

²⁾ Carlisle Mss. 172.

³⁾ Hervey (Sedgwick) 610.

was allerdings teilweise durch das für die Heimkehr ungünstige Wetter verursacht wurde. Wegen der heftigen Stürme, die in der Nordsee tobten, war man in England einige Wochen lang sogar in Sorge um das Leben des Herrschers, und man malte sich aus, wie alles kommen könnte, wenn ein Unglück geschähe. Königin Karoline dachte angstvoll an die unfreundliche Behandlung, die sie von dem Sohne und Nachfolger zu erwarten hätte. Dieser selbst aber spielt sich schon als den Herrn auf, nimmt die ihm dargebrachten Beweise loyaler Gesinnung huldvoll auf, erzählt auch, man habe ihn mit dem Rufe „*Crown him! Crown him*“ begrüßt, gibt aber doch, als die Herren von der Opposition bei ihm erscheinen, die taktvolle Antwort, er erhoffe die glückliche Heimkehr des Königs, werde aber diese Beweise der Treue nie vergessen¹⁾. Der heimkehrende König wurde von der Bevölkerung mit feindseliger Kälte begrüßt. Niemand zog den Hut, als er durch die Straßen der City fuhr, und in Stockmarket mußte er es erleben, von der Menge ausgezischt zu werden²⁾.

* * *

In den unerquicklichen Beziehungen zwischen dem Könige und dem Thronfolger spielte wie erwähnt, die finanzielle Abhängigkeit des Prinzen von seinem Vater eine peinliche Rolle.

Und nun ward die Methode, die Sache des Prinzen ohne lange Ankündigung vor das Parlament zu ziehen, noch einmal gewählt³⁾. Die Regierung versuchte zwar, den Streich in letzter Stunde zu parieren, indem Georg II. von sich aus seinem Sohne eine finanzielle Erleichterung bot. Der Prinz aber antwortete kühl, er habe die Sache nicht mehr in der Hand. So kam es zur Verhandlung in beiden Häusern. Bei den Commons übernahm Pulteney, der dies anfangs widerraten hatte, selbst die Führung der Aktion. In anderthalbstündiger Rede legte er, mit Eduard III. beginnend, die Einkommensverhältnisse der früheren Prinzen ausführlich dar und forderte für den lebenden die ihm vom Parlamente zugedachten jährlichen 100 000 £. Doch die Rede war mehr gelehrt, als überzeugend. Bei den herangezogenen Präze-

¹⁾ Egmont 2, 325.

²⁾ Ebd. 330.

³⁾ Parl. Hist. 9, 1448. Hervey (Sedgwick) 684 ff. Egmont 2, 354.

denzfällen, erklärte Walpole, hatte immer der König selbst die Forderung an das Parlament gerichtet, nicht aber, wie jetzt, das Parlament an den König. Und bei der Verfügung der Zivilisten habe dem Könige überhaupt niemand dreinzureden, auch nicht das Parlament. So wurde der Antrag abgelehnt, wenn auch nur mit 30 Stimmen, und dazu werden auch dieses Mal uns die Bestechungsgelder genannt, die ein paar Abgeordneten, denen sie freilich längst zugedacht waren, jetzt empfangen.

* * *

Einige Monate später geschah es, daß das häßliche Bild des Familienzwistes im Hause des Monarchen dem englischen Volke unverhüllt vor Augen trat. Im Juli 1737 erwartete man die Niederkunft der Prinzessin von Wales¹⁾. An den Höfen der Zeit pflegte ein solches Ereignis wie eine große Staatsaktion behandelt zu werden. Hohe Würdenträger mußten zugegen sein, und die ängstliche Sorge, ob auch niemand daran zweifeln könne, daß das Neugeborene wirklich in dieser Wochenstube das Licht der Welt erblickt habe, beherrschte die Gemüter so sehr, daß die für die Gesundheit der Mutter und des Kindes notwendigen Vorkehrungen manchmal darüber versäumt wurden. Der englische Hof befand sich im Sommer 1737 zu Hampton Court. Die Königin erklärte mit aller Bestimmtheit, der Entbindung ihrer Schwiegertochter beiwohnen zu wollen, der Prinz aber war ebenso entschlossen, es zu verhindern. Er brachte seine Gattin, nicht ohne Gefahr für ihr Leben, am Abend des 31. Juli in rasender Fahrt nach London, wo sie, kaum in St. James's angekommen, einer Tochter das Leben schenkte. Die Königin erfuhr erst in der Nacht, daß der Prinz seine Gattin nach London gebracht habe, und machte sich sofort auf den Weg dahin. Doch erschien sie in St. James's erst, als alles vorüber war. Sie war empört über „das Verhalten ihres Sohnes. Ich muß schamrot werden“, erklärte sie, „wenn ich denke, daß jetzt die Post hinausgeht und die Nachricht in fremde Länder trägt“. Auch Robert Walpole

¹⁾ Die ausführliche Schilderung des Hergangs bei Hervey (Sedgwick) 756 ff. wird in der Hauptsache bestätigt durch die Aufzeichnungen Hardwicks bei Ph. C. Yorke, Life and Correspondence of Ph. Yorke, Earl of Hardwicke 1913, 1, 161 ff. (teilweise benutzt von Coxe, Rob. Walpole 1798, 1, 533 f.). Ebenso im ganzen übereinstimmend Egmont Diary 2, 425.

war zu nächtlicher Stunde im öden Palaste von St. James erschienen. Er suchte die aufgeregte Königin mit der Mahnung zu beruhigen, sie möge den Streit doch nicht geflissentlich in die Öffentlichkeit tragen. Karoline stimmte zu und meinte gemüthlich: „Es ist doch gut, daß wir hierher gekommen sind; denn so ist es wenigstens *une bonne grimace pour le publique*.“

Aber der Zorn der Eltern beruhigte sich nicht. Kaum war die Taufe des neugeborenen Kindes vorüber, so fand sich ein Anlaß zur Bestrafung des Sohnes. Ein Brief des Prinzen an die Königin, der in der Form nicht ehrerbietig genug erschien, ward zum Vorwand genommen, um die Familie des Thronfolgers aus dem Palast von St. James's zu verbannen. Der Vorgang zeigt eine so verblüffende Ähnlichkeit mit der Behandlung, die zwei Jahrzehnte früher dem Prinzen, der jetzt die Krone trug, von seinem Vater widerfahren war, daß man versucht ist, an eine bewußte Nachahmung zu denken. In zwei Generationen sah man also dasselbe unerfreuliche Schauspiel. Und wäre nicht Prinz Friedrich vor dem Vater verstorben, wer weiß, ob nicht die Engländer des 18. Jahrhunderts in der dritten Generation ihres Königshauses dieselbe Tragikomödie zum dritten Male erlebt hätten? Denn sie waren aus hartem Holz geschnitzt, diese welfischen Fürsten.

Wir fragen noch nach der politischen Seite der Sache. Schon hatten sich die Häupter der Opposition um den Prinzen gesammelt, William Pitt nicht anders als die Lords Chesterfield und Carteret. Er empfing sie beim Lever und im Privatkabinett. Nun waren sie alle miteinander aus der Sphäre des Hofes verbannt. Ein neuer Schlag des Ministeriums Walpole gegen die Feinde seiner Politik.

* * *

Wenige Wochen später trat im Kreise der Herrscherfamilie ein neues Ereignis ein, welches die Gemüther aufs tiefste bewegte, die schwere Erkrankung und der Tod der Königin Karoline¹⁾. Schon während ihres Sommeraufenthalts in Hampton Court

¹⁾ Die sehr ausführliche Erzählung bei Hervey (Sedgwick) 877ff. wird bestätigt und ergänzt durch die Schilderungen in den Carlisle Mss. 158ff. und Egmont Diary 2, 442ff. Einige weitere Notizen sind mitgeteilt in den Biographien von Doran, Wilkins u. Greenwood.

hatte sie wiederholt unter kolikartigen Schmerzen gelitten. Aber die Anfälle waren vorübergegangen und ein leidliches Wohlbefinden eingetreten. Am 9. November jedoch, als der Hof wieder in St. James's beisammen war, wiederholt sich das Leiden mit größerer Heftigkeit als zuvor. Der König wollte den auf zwei Uhr angesetzten Empfang absagen lassen. Die Königin aber raffte ihre Kräfte zusammen und hielt ihr *Drawing room* noch in gewohnter Weise ab, so schwer es ihr auch wurde, die Gäste zu unterhalten. Dann aber mußte sie sich niederlegen, um nicht wieder aufzustehen. Die Erkrankung rührte her von einem Bruch, den sie ihrer Umgebung bisher sorgfältig verheimlicht hatte; dem Könige aber hatte sie das Versprechen abgenommen, niemanden davon zu sagen. Jetzt war das Geheimnis nicht länger zu hüten. Die Ärzte sahen sich zu chirurgischen Eingriffen gezwungen, die sie fast täglich wiederholten. Und da man die Mittel der modernen Medizin, um dem Kranken den Schmerz zu ersparen, nicht besaß, so litt die arme Königin unsäglich Schmerzen, die sie heldenhaft ertrug. An ihrem Zustand aber wurde nichts gebessert. Der Körper nahm, da ein völliger Darmverschluß eingetreten war, die genossenen Speisen und Getränke nicht mehr an. Der König glaubte wohl anfangs, wenn einmal eine kleine Erleichterung eintrat, noch an eine Genesung, aber bald war jede Täuschung ausgeschlossen, und man erwartete stündlich das Ende.

An liebevoller Teilnahme ihrer Nächsten hat es der Königin Karoline nicht gefehlt. Georg II., der ihr niemals ein treuer Gatte gewesen und der sie doch so zärtlich liebte, war ganz aufgelöst im Schmerze um den drohenden Verlust der Lebensgefährtin, seiner nachsichtigen und klugen Ratgeberin. In voller Klarheit des Geistes nahm sie Abschied von ihm wie von ihren Kindern. Dem Gatten, der bald seiner Stütze beraubt sein würde, empfahl sie wehmütig und milde, er möge doch zum zweiten Male heiraten. Er aber, unter Tränen und Seufzern, stieß nur die Worte hervor: „*Non, j'aurai des maitresses*“, worauf die Sterbende trübselig erwiderte: „*Ah' mon Dieu! cela n'empêche pas.*“

Sie zog auch einen kostbaren Ring, den der König ihr bei der Krönung gegeben, vom Finger und gab ihn zurück und sagte, sie habe alles, was sie besitze, von ihm: nun solle er alles wieder

haben. Von ihren Kindern umgaben die vier noch unvermählten Töchter und ihr Lieblingssohn, der sechzehnjährige Cumberland, ihr Lager. Der Prinz von Wales aber, der vielgehaßte, durfte das Sterbezimmer nicht betreten; und auch die *Princess Royal*, die Gattin des Prinzen von Oranien, sollte die Mutter nicht mehr erblicken.

Der leitende Minister weilte, als das Leben der Königin zu Ende ging, auf seinem Landsitze in Norfolk; denn es war die Zeit der großen Jagden, und sein Kollege, der in London anwesende Newcastle beeilte sich nicht allzu sehr, den Premier herbeizurufen. Aber endlich kommt Walpole. Er beugt das Knie vor dem Monarchen und fragt: „Wie geht es der Königin?“ „Kommen Sie, sehen Sie selbst, mein lieber Sir Robert“, sagt der König gütig und führt den Minister an das Krankenlager der Gattin. Sie spricht nicht viel, aber die wenigen Worte sagen um so mehr. Sie enthalten die Abschiedsgedanken und das Vermächtnis der Königin Karoline, die sich der Rolle so wohl bewußt war, welche sie als Vermittlerin zwischen dem Monarchen und dem mächtigen Minister zehn Jahre lang gespielt hatte und die im Geiste voraussah, was nach ihrem Hinscheiden geschehen würde. „Ich habe Ihnen nichts weiter zu sagen“, so waren ihre Worte, „als den König, meine Kinder und das Königreich Ihrer Sorge zu empfehlen“. Wohl niemals mag Walpole sich mehr als *Prime Minister* gefühlt haben, als in diesem Augenblicke.

Der qualvolle Zustand der Königin währte elf Tage. Immer wieder nahm sie Abschied von ihrer Umgebung. Auch für geistlichen Zuspruch war sie nicht unempfänglich. Der Erzbischof von Canterbury weilte lange an ihrem Lager, und im Vorzimmer horchte man ängstlich, ob die Kranke wohl das Abendmahl empfangen werde.

Karoline war stets eine eifrige Protestantin gewesen, und es war der Stolz ihres Lebens, daß sie um ihres Protestantismus willen einst eine Kaiserkrone ausgeschlagen hatte¹⁾. Aber mit dem Geist des Anglikanismus war sie nie so recht vertraut geworden. Als sie 1714 nach England gekommen war, hatte der Bischof von London sich bei ihr melden lassen, um sie völlig aufzuklären über das Wesen der englischen Staatskirche. Sie

¹⁾ Vgl. Bd. 3, 533.

aber ihm höflich die Türe gewiesen¹⁾. Seither hatte sie zwar pflichtmäßig an allen Feiertagen das Abendmahl nach englischem Ritus empfangen; in der Sterbestunde aber verlangte sie nach solchem Troste nicht. Den Neugierigen im Vorzimmer gab der Erzbischof den sinnigen Bescheid: „Die Königin ist mit dem Himmel versöhnt“. So starb Karoline. Das Sakrament hat sie nicht genommen, aber ihr letztes Wort, an die Tochter gerichtet, war: „Bete!“ Am Abend des 20. November, war sie erlöst²⁾.

Der Schmerz des Königs war aufrichtig und tief. Immer wieder warf er sich über die Tote und bedeckte ihr Anlitz und ihre Hände mit Küssen. Und noch ergreifender war es, wie er noch einen Moment später vergeblich nach Fassung rang. Er war in das Zimmer seiner Tochter, der Prinzessin Emilie, gekommen, um zum ersten Male nach dem Hinscheiden der Königin ihre Damen zu begrüßen. Beim Anblick der Getreuen brach ein Tränenstrom aus seinen Augen, und rasch und wortlos verließ er das Zimmer³⁾.

* * *

Hier ist auch der Ort, noch einmal zurückzukommen auf das im vorigen Bande behandelte Testament Georgs I., insbesondere auf seine Absicht, der Personalunion von England und Hannover in einer der kommenden Generationen ein Ende zu bereiten. Wir sind durch neu erschienene Quellenaussagen in der Lage, das früher Gesagte zu ergänzen, insbesondere hinsichtlich der Rolle, welche dem Prinzen Friedrich in dem Plane zugedacht war. Georg I. hatte mit zäher Hartnäckigkeit den Plan verfolgt, den er zuerst auf parlamentarischem Wege, und als dieser Weg nicht gangbar erschien, durch testamentarische Verfügung zu erreichen strebte.

Beide Male handelte es sich um denselben Plan⁴⁾. Die Trennung der beiden Länder sollte durch die Spaltung der

¹⁾ Diary of Lady Cowper 1864, p. 41.

²⁾ Eine liebevolle Charakteristik der Königin erschien bald nach ihrem Tode unter dem Titel: An Essay towards the character of Her late Maj. Caroline, Queen Consort of Great Britain. 3d ed. Lond. 1738, Brit. Mus. 113b 59. Auch in deutscher Übersetzung erschienen, Altona 1738.

³⁾ Die Szene ist überliefert in einem Briefe Carlisle Mss. 191.

⁴⁾ Vgl. unten.

Dynastie in zwei Linien, eine englische und eine hannövrische, d. h. in eine königliche und eine kurfürstliche, herbeigeführt werden. Diese Trennung sollte aber nach der Meinung Georgs I., der keinem der lebenden Glieder des Hauses sein Recht verkürzen wollte, erst bei den Kindern des Prinzen Friedrich, seines Enkels, erfolgen. Prinz Friedrich war beim Tode des Großvaters erst 20 Jahre alt und unvermählt. Sollte aber, so verfügte Georg I., Friedrich ohne Nachkommen sterben, so sollte Hannover an das verwandte Haus von Braunschweig-Wolfenbüttel fallen.

Die beiden Länder würden also, wenn der Plan Georgs I. ausgeführt wurde, zum letzten Male unter Friedrichs Herrschaft vereint sein, um in der folgenden Generation von zwei verschiedenen Fürsten regiert zu werden.

Ehe wir jedoch von des Prinzen Friedrich eigener Stellungnahme zur Frage der Personalunion und der Möglichkeit ihrer Auflösung reden, mögen noch ein paar Worte über die Haltung Georgs II. gesagt sein.

Er hat freilich wie früher erzählt wurde, das Testament seines Vaters Georgs I. auf die Seite geschafft, hat auch versucht, die sämtlichen Niederschriften desselben in seinen Besitz zu bringen. Er hat es sich, wie wir vermuteten, sogar etwas kosten lassen, um auch das im Besitze des Herzogs von Wolfenbüttel befindliche Exemplar ausgeliefert zu erhalten. Diese Vermutung hat inzwischen durch eine früher unterdrückte, jetzt veröffentlichte Stelle in Herveys Memoiren überraschender Weise auch in den Einzelheiten ihre volle Bestätigung gefunden ¹⁾.

Wenn aber Georg II. zwar die Vollstreckung des väterlichen Testaments verhinderte, so war doch auch er einer Trennung der Länder grundsätzlich geneigt, nur wollte er sie in etwas anderer Form vollzogen sehen als sein Vater. Er wollte dem Prinzen Friedrich, seinem Erstgeborenen, zwar die Krone Englands überlassen, Hannover aber sollte an den zweiten Sohn, den Herzog von Cumberland, kommen. Dafür gibt es Zeugnisse genug. Wir finden sie bei Hervey, wir finden sie auch in der diplomatischen Berichterstattung. Der preußische Gesandte Degenfeld weiß im Februar 1732 von der Absicht des Königs

¹⁾ Hervey (Sedgwick) 28.

zu berichten ¹⁾, bei seiner diesjährigen Reise nach Hannover den Herzog von Cumberland mitzunehmen, dem er, sobald sein Alter es gestatte und mit Zustimmung des Prinzen von Wales das Kurfürstentum abtreten wolle. Degenfeld will zwar nicht recht daran glauben; denn „wenn man zwar hier wünschet, Hannover von England separiret zu sehen“, so werde man doch den in England sehr beliebten Cumberland ungern verlieren wollen. Sechs Wochen später hat derselbe Diplomat gehört ²⁾, die älteste Tochter des Königs werde mit diesem nach Hannover fahren, um „Statthalterin von Hannover“ zu werden (wohl bis zur Großjährigkeit des Herzogs von Cumberland).

So begegnen uns manche Nachrichten über diese Frage auch aus der Zeit Georgs II. Aber der Ausführung stellen sich Schwierigkeiten über Schwierigkeiten entgegen. Soll man die Sache vor das Parlament bringen? Die Königin ist dagegen. Und werden nicht Kaiser und Reich Einspruch erheben oder die Entscheidung an sich ziehen wollen?

Vorübergehend taucht auch der Gedanke auf, ob nicht vielleicht durch die Verschiedenheit des Staatsrechts der beiden Länder ihre Verbindung gelöst werde. Als dem Prinzen Friedrich 1737 das erste Kind, eine Tochter, geboren wird, stellt man in des Prinzen Umgebung schon die Erwägung an, falls nicht noch Söhne folgen sollten, so würde ja dieses Kind eines Tages Königin werden, in Hannover aber würde der nächste männliche Verwandte folgen, und die ersehnte Lösung wäre erreicht. Aber dieser holde Traum war verflogen, als schon im nächsten Jahre ein Prinz, der spätere Georg III. das Licht der Welt erblickte. Immerhin mögen wir die Tatsache verzeichnen, daß genau 100 Jahre vor der Thronbesteigung Viktorias schon einmal die Aussicht winkte, so wie es 1837 geschah, England und Hannover voneinander zu lösen.

Und nun Prinz Friedrich selbst? Auch von ihm ist kürzlich eine Willenserklärung bekannt geworden, die das Verhältnis von England und Hannover zum Gegenstande hat. Sie ist enthalten in einer Art von politischem Testament, *Instructions* genannt, das er für seinen ältesten Sohn, den späteren Georg III. verfaßt

¹⁾ Degenfeld an Friedrich Wilhelm I., London 8. Febr. 1732. G.St.A.

²⁾ Derselbe an denselben 25. März 1732. G.St.A.

hat ¹⁾. Er empfiehlt diesen, recht oft und eingehend das Testament Georgs I. zu lesen, den Friedrich seinen Großvater und seinen besten Freund nennt. Auch er selbst, erklärt Friedrich, habe die Trennung der Länder stets gewünscht. Er glaube auch an ihre Durchführbarkeit, wenn auch nur unter Mitwirkung des Reiches und des britischen Parlaments.

Prinz Friedrich hat sich, wie man sieht, den Standpunkt und das Programm Georgs I., „eines weisen und großen Fürsten“, vollkommen zu eigen gemacht, denkt also an eine Trennung und Verteilung der Länder unter seine Söhne, so wie schon das Testament Georgs I. sie empfohlen hatte. Friedrich hatte 1748, als er seine *Instructions* niederschrieb, bereits vier lebende Söhne. Der älteste, Georg, möge das Projekt, wenn es die Sanktion des Reiches und die Autorität einer Parlamentsakte erhalten hat, in der Form zur Ausführung bringen, die für ihn selbst wie für die Familie die sicherste und leichteste wäre.

Der Prinz verbindet damit noch andere Erwägungen. Mit dem Augenblick, da die Trennung der Länder durchgeführt ist, meint er, werde der Jakobitismus tot sein. Dann aber, fährt er fort, wird auch die Stellung des Monarchen gestärkt, er wird nicht mehr so abhängig von den Ministern sein, „wie deine Vorgänger es durch den Zwang der Verhältnisse leider gewesen sind“. Erwägungen, die freilich dem Scharfsinn des Schreibenden kein glänzendes Zeugnis ausstellen. Denn der Jakobitismus hat ebensowenig seine Hauptstärke aus der Personalunion mit Hannover gezogen, wie diese der Grund dafür war, daß England sich auf dem Wege zum Parlamentarismus befand. Blickt man aber andererseits auf die wohlbekanntesten absolutistischen Meinungen des nachmaligen Georgs III., so erfährt man nun, daß schon der Einfluß des Vaters geeignet war, ihn auf diese Bahn zu drängen.

Das unvermutete Auftauchen der Schrift des Prinzen Friedrich läßt noch weitere Schlüsse zu. Wir müssen jetzt annehmen, daß Georg I. auch in seinem Testamente, nicht anders wie in dem früheren Plan von 1719, die Trennung der Länder erst in

¹⁾ Der auf die Lösung der Personalunion bezügliche Abschnitt ist veröffentlicht von Romney Sedgwick in seiner Neuausgabe der Memoiren Lord Herveys (1931), p. XXXIV ff.

der vierten, zu seiner Zeit noch ungeborenen Generation, nämlich in der auf Prinz Friedrich folgenden, geschehen lassen wollte. Denn so hat Friedrich den Sinn des Testaments aufgefaßt, so hat er seinem Sohne die Ausführung empfohlen. Wir brauchen also nicht mehr anzunehmen, daß Georg I. seinen Standpunkt geändert habe, und brauchen nicht nach dem Grunde solcher Änderung zu forschen.

Noch ein anderer Umstand wird deutlich. Horace Walpole hat von seinem Vater gehört, daß das Testament Georgs I. in drei Niederschriften existiert habe. Die eine, bei dem Erzbischof von Canterburg niedergelegte, war von diesem Prälaten dem Könige selbst übergeben worden; die zweite, im Besitze des Herzogs von Wolfenbüttel befindliche, ist in der, früher vermutungsweise angenommen, jetzt durch die Aussage Herveys gesicherten Form diesem Herzoge abgekauft worden; die dritte, über dem Verbleib Horace Walpole keine sichere Angabe machen kann, muß wohl diejenige sein, welche sich im Besitz des Prinzen Friedrich befand, der sie vermutlich aus der Hand des Großvaters, Georgs I., auch persönlich empfangen hat.

Hier endet die Geschichte von dem Testament Georgs I. Denn auf die nun entstehende Frage: was hat wohl Georg III. getan, um den Plan zu verwirklichen, der ihm, als ein Vermächtnis des Urgroßvaters, vom Vater übermittelt worden? Auf diese Frage müssen wir dem Leser die Antwort schuldig bleiben. Erörterungen im Stile der oben geschilderten haben unter Georg III. wohl nicht mehr stattgefunden. Auch war unter diesem Herrscher, der gleich anfangs seinen Britenstolz betonte, der gegen seine Vorgänger so oft geäußerte Verdacht „hannoverisierender“ Politik nicht mehr am Platze. Genug, die Personalunion bestand fort, bis die Verschiedenheit des Staatsrechts der beiden Länder ihr bei der Thronbesteigung Viktorias ein natürliches Ende bereitete.

Siebentes Kapitel.

Übergang zu kriegerischen Zeiten.

Abbé Saint-Pierre, der berühmte Friedensapostel, hat auf Kardinal Fleury und auf Sir Robert Walpole, die beiden großen Staatsmänner der Epoche, die Hoffnung gesetzt, daß sie den Gedanken, dem er sein Leben und sein Werk gewidmet, in die Wirklichkeit überführen würden. Beide haben ihn enttäuscht. „Der Kardinal Fleury“, klagt Saint-Pierre, „so friedlicher Gesinnung er auch ist, er hat mein Werk ja nicht einmal gelesen.“ Und derselbe Kardinal Fleury ist es ja auch, der durch den Eintritt Frankreichs in den polnischen Thronfolgekrieg von neuem die Bahn Ludwigs XIV. beschritt. Walpole aber hat freilich beharrlicher als der Franzose seine Friedenspolitik verfolgt, und, als er sich gezwungen sah, sie aufzugeben, war es ihm selbst die größte Enttäuschung seines Lebens. Es war sein Schicksal, daß am Ende seiner Laufbahn er selbst sein England hinüberführen mußte in das kriegerische Zeitalter, das nun, weit über seine Tage hinaus, dem Jahrhundert sein Gepräge gab.

Die Gründe für den Krieg mit Spanien lagen weit zurück ¹⁾. Nach dem Abschluß des Assiento-Vertrages von 1713, dessen tieferer Sinn nicht in den Artikeln zu suchen ist, die unterzeichnet worden, hatte sich in den westindischen Bereichen jener erlaubte und unerlaubte Handelsverkehr entwickelt, der zu immer neuen Gewalttätigkeiten, zu Beschwerden und zu peinlichen Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen führen mußte ²⁾. Mit dem Negerhandel, mit dem jährlichen Schiff, mit dem begleitenden Kriegsschiff, mit dem gewaltigen Schmuggel, mit den großen Gewinnen, welche die Südsee-Kompagnie und die privaten englischen Händler davontrugen, ging das Interlopertum und

¹⁾ Vgl. Coxe, Kings of Spain; Armstrong, Elizabeth Franese; Baudrillart Philippe V. et la Cour de France.

²⁾ Vgl. oben S. 337.

das Treiben der Abenteurer, ging das von den eigenen englischen Kolonien in Amerika und Westindien betriebene Geschäft Hand in Hand. Auf der andern Seite stand das von den Spaniern beanspruchte Durchsuchungsrecht, die Praxis der Küstenwachtschiffe, die Beschlagnahme englischer Fahrzeuge und die Mißhandlungen ihrer Besatzungen. Konfliktstoff, wenn man ihn brauchte, war in Fülle vorhanden. Die Direktoren der Südsee-Kompagnie waren immer bereit, ihre Wünsche und Beschwerden an das Parlament, an den Minister oder an den König zu bringen. Man konnte sich ihrer bedienen, so oft die politischen Verhältnisse es ratsam erscheinen ließen. Mit dem Vertrage von Sevilla (1729) schien eine gewisse Beruhigung im Handelsverkehr eingetreten zu sein. Doch nicht auf lange. Seit 1733 verschwand das Thema der *Spanish Depredations* aus den politischen Erörterungen der Engländer nicht mehr. Es wurde gegenüber den friedlichen Tendenzen der Regierung zur bequemen Handhabe der Opposition, die so gern patriotischer erscheinen wollte als das Ministerium.

Unterdessen blieb das Bild in den Meeren Westindiens unverändert und keine der beiden Regierungen fand sich bewogen, einzuschreiten ¹⁾. Der englische Schmuggelhandel, überhaupt alles, was mit dem Namen *illicit trade* bezeichnet wurde, nahm ebenso ungestört seinen Fortgang wie das immer wiederholte Einschreiten der spanischen Küstenschiffe, der *guarda costas*. Englands Mißtrauen gegen Spanien war noch erhöht worden durch den 1733 geschlossenen Bourbonischen Familienpakt. Doch schien dieses Abkommen einstweilen nicht bedrohlich zu sein, und 1737 waren sogar die französisch-spanischen Beziehungen so gespannt, daß man auf der Seite Englands schon größere Entschlossenheit zeigen durfte. Die bloße Ankündigung von Repressalien wirkte erschreckend auf die Gemüter der Spanier. Aber nun wuchs auch die Erregung in England, geflissentlich geschürt durch die parlamentarische Opposition. 1738 spielte sich vor einer Kommission des Unterhauses der sensationelle Vorfall mit dem Ohr des Kapitäns Jenkins ab. Unter den Zeugen, welche von der Opposition herbeigeht waren, um recht reich-

¹⁾ Vgl. H.W.V. Temperley, The Causes of the War of Jenkins' Ear (Transactions of the R.H.S. 1909).

liches Material zu liefern über die Greuelthaten der Spanier, unter diesen Zeugen erschien auch jener Jenkins und berichtete die Schauermär, wie er vor acht Jahren, da er ein Handelsschiff führte, in den Gewässern Westindiens von einem spanischen Wachtschiff aufgebracht, persönlich mißhandelt, und wie ihm dabei von dem spanischen Kapitän ein Ohr abgerissen worden sei. Die Szene im Parlament wird dramatisch. Der Mann legt vor den entsetzten Blicken der Parlamentarier das abgerissene Ohr nieder, und fügt hinzu, der Spanier habe auch gesagt: „Bring' dies Deinem Könige und sage Seiner Majestät, wenn er hier wäre, würde ich ihn ebenso bedienen“. Man fragt ihn, was er wohl gedacht habe, als ihm solches geschah, und er gibt die hochklingende Antwort: „Ich empfahl Gott meine Seele und mein Recht dem Vaterlande.“

Man hat früher wohl gemeint, daß an der ganzen Geschichte, die auch nicht so recht beglaubigt erschien, kein wahres Wort sei ¹⁾. Wir müssen sie jetzt gleichwohl ernst nehmen, da sie bereits in einem Briefe aus dem Jahre 1731, wenige Monate nach dem Ereignis, ungefähr ebenso erwähnt wird ²⁾. Sie ist auch an sich nicht ungläublich, da Greuelthaten dieser Art, von beiden Seiten ähnlich überliefert sind ³⁾.

Der Herzog von Newcastle als Staatssekretär war geneigt, der aufgeregten Stimmung des Volkes nachzugeben. Ein Geschwader von 9 Kriegsschiffen und zwei Feuerschiffen unter dem Befehl des Admirals Haddock wird ins Mittelmeer, und ein Regiment Soldaten wird nach Georgia entsandt, um die neu gegründete Kolonie gegen spanische Angriffe zu verteidigen. Auch von spanischer Seite wird gerüstet und der Beginn des Krieges schien unmittelbar bevorzustehen.

* * *

¹⁾ Vgl. Coxe, Rob. Walpole (1798) 1, 579.

²⁾ Vgl. J. K. Laughton, E.H.R. 1909.

³⁾ Ein Beispiel englischer Grausamkeit, noch abschreckender als die Geschichte von Jenkins, gibt die 1764 in Amsterdam erschienene *Histoire du Ministère du chevalier Robert Walpool, devenu Ministre d'Angleterre et Comte d'Oxford*. Doch mag es genügen, für die Unzuverlässigkeit des Werkes hinzuweisen auf die doppelt falsche Wiedergabe vom Namen des Ministers.

Auf die spanische Regierung hatten aber die ernstesten Vorbereitungen von seiten Englands starken Eindruck gemacht. Der Minister La Quadra begleitete die Übergabe einer diplomatischen Note an den Gesandten Keene mit versöhnlichen Erklärungen. Er sagte, Spanien sei bereit, die von England geforderten Entschädigungen in der Höhe von 95 000 £ zu bezahlen. Das drohende Gewitter schien sich verzogen zu haben. In England wurde das Parlament vertagt. Die Stellung Walpoles war stärker als bisher. Man rechnete auf einen dauernden Frieden.

In Spanien waren bereits die in Cadix, Ferrol, Coruña begonnenen Befestigungsarbeiten abgebrochen worden. Am 3./14. Januar 1739 wurde eine englisch-spanische Konvention unterzeichnet als vorbereitender Schritt für einen endgültigen Vertragsschluß. Es hieß darin, daß mit der Zahlung jener 95 000 £ alle bis zum Ende des verfloßenen Jahres laufenden englischen Forderungen erledigt sein sollten. Damit war zugleich die Ersatzpflicht Spaniens für weggenommene englische Schiffe anerkannt, und Newcastle meinte, darin schon eine Handhabe erblicken zu können, um das vielumstrittene Durchsuchungsrecht loszuwerden. Und derselbe Newcastle ließ La Quadra bereits sondieren, ob man nicht der Frage eines Bündnisses nähertreten könne.

Unzweifelhaft war diese spanische Nachgiebigkeit ebenso durch die Anwesenheit des Haddock'schen Geschwaders im Mittelmeer wie durch die geschickte Diplomatie des Gesandten Keene erreicht worden. Dem Entgegenkommen der Spanier entsprach der nun von seiten der englischen Admiralität an Haddock erlassene Befehl, sofort mit seinen Schiffen nach England zurückzukehren.

An den beiderseitigen friedlichen Absichten ist nicht zu zweifeln. Allerdings stellte es sich bald heraus, daß der eben angedeutete Bündnisplan Newcastles verfrüht war. Denn nun traf am 4. März 1739 eine Depesche Keenes in London ein, welche besagte, daß eine eheliche Verbindung der Häuser von Frankreich und Spanien geplant sei und damit auch eine enge politische Verbindung der beiden Staaten bevorstehe. Jetzt erst schien der bourbonische Familienpakt das europäische Gleichgewicht ernstlich zu bedrohen.

Die Logik der Ereignisse, die sich nun im Laufe einer Woche in England abspielten und die in ihrer Wirkung zum Ausbruch

des Krieges geführt haben, ist nicht leicht zu überblicken. Wie gesagt, am 4. März war die Depesche Keenes eingelaufen, der zufolge die Haltung Spaniens nicht mehr so günstig schien wie zuvor. Vielleicht hat die englische Regierung nun das Bedürfnis empfunden, sich auch ihrerseits stark zu zeigen, damit nicht Spanien sich versucht fühle von der Konvention zurückzutreten. Genug, am 8. und 9. März fanden lange, hitzige Debatten im Unterhause statt, welche mit dem Beschluß einer Dankadresse an den König für die Mitteilung der Konvention endeten. Am 8. hielt Walpole eine große Friedensrede mit allgemeinen Bemerkungen über Kriegführung und Politik¹⁾. So hoch seine Achtung für die militärischen Kreise sei, so sollten sie doch, solange er, Walpole, im Amte sei, niemals die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hand bekommen. „Das Volk von England“, sagt er, „ist eine handeltreibende Nation und das Gedeihen seines Handels ist es, was jeder in diesem Hause im Auge behalten muß“. Mit starken Worten verteidigt er die Konvention. Das weitere soll die in Aussicht genommene Verhandlung der Bevollmächtigten in Madrid bringen.

Wenn es nun etwa galt, der unsicher gewordenen Haltung Spaniens gegenüber Stärke zu beweisen, so war in diesem Geiste auch der am folgenden Tage, am 10. März, erlassene neue Befehl an Admiral Haddock gedacht, die berühmte *Counter Order*²⁾, welche ihm befahl, im Mittelmeer zu bleiben, gerade so, als ob die kürzlich erlassene Rückberufung nicht ergangen wäre.

Ich verstehe die Sache so: Wie Haddocks Anwesenheit im Mittelmeer zur Unterzeichnung der Konvention geführt hatte, so wollte die englische Regierung ihn jetzt auch da, wo er war, verbleiben lassen, um einen günstigen Vertragsschluß herbeizuführen. Seine Nähe soll abermals auf Spanien Eindruck machen, soll dem französischen Einfluß entgegenwirken.

Wenn aber dem so ist, so war die Rechnung falsch. Das Gegenteil trat ein. Wäre Haddock nicht abberufen worden, so wäre vielleicht noch alles gut gegangen. Mit der *Counter Order* aber war alles verdorben. Spanien wurde ablehnend. Die Konvention fiel und von dem endgültigen Vertrage war vollends

¹⁾ Parl. Hist. 10, 1291.

²⁾ Vgl. auch Wickham-Legg. E.H.R. 46, 1931.

nicht mehr die Rede. Ob diese Wirkung vorausgesehen worden oder nicht: der Beschluß vom 10. März hat in Wahrheit den Krieg entzündet. Man versetze sich nur einen Augenblick in die Lage der Spanier. Schon hatten sie die Abrüstung begonnen, da legt England seine Rüstung von neuem an. Der spanische Stolz bäumt sich auf und das Verderben nimmt seinen Gang.

Die gemäß der Konvention eröffneten Verhandlungen zu Madrid wurden nur noch zum Schein geführt¹⁾. Der zum Marquis von Villarias erhobene La Quadra erklärte, das Verbleiben Haddocks im Mittelmeer sei beleidigend für die spanische Ehre. Philipp V. gab Keene gegenüber dieselbe Erklärung in öffentlicher Audienz ab. Er kündigte die Aufhebung des Assiento-Vertrages an und fügte hinzu, die Effekten der Südsee-Kompagnie würden beschlagnahmt werden. Auch könne vor der Anerkennung des Durchsuchungsrechts von weiteren Verhandlungen nicht die Rede sein.

* * *

Für beide Teile gab es kein Zurück mehr. Georg II. hat die Lage arg mißverstanden, als er im September 1739 persönlich noch einmal den Befehl zur Rückberufung des Admirals Haddock gab²⁾. Es war eine im englischen Verfassungsleben bereits sehr ungewöhnliche Sache, daß der Monarch in einer Angelegenheit, die vor das Kabinett gehörte, die Entscheidung gab. Georg II. soll dabei dem Rate des Staatssekretärs Lord Harrington gefolgt sein. Es war kein guter Rat, den Harrington erteilte, wie denn die Urteile über diesen Mann meist recht unfreundlich klingen. Im Kabinett, sagt von ihm sein Kollege Newcastle, hat er kaum je eine Meinung und im Parlament redet er kein Wort³⁾.

In diesem Falle hören wir, daß Walpole noch rechtzeitig von der Sache erfuhr, daß er alles wieder in Ordnung gebracht hat und daß Haddock auf seinem Posten blieb.

Die erst im Herbst erfolgte Kriegserklärung ward vom englischen Volke jubelnd aufgenommen. Große Menschenmassen begleiteten die Herolde, welche in der üblichen Form an ver-

¹⁾ Vgl. Coxe, Kings of Spain 3, 308.

²⁾ Yorke, Hardwicke 1, 228.

³⁾ Ähnlich lauten die Urteile bei Hervey, z. B. 1, 346.

schiedenen Stellen der City die Proklamation verlesen. Der nach Popularität haschende Prinz von Wales schloß sich der kriegsbegeisterten Menge an und leerte, zusammen mit den Besuchern der Schenke, ein Glas auf den siegreichen Ausgang des bevorstehenden Kampfes. Das Volk von England, durch die Agitation der Regierungsgegner in seinen Leidenschaften aufgepeitscht, erwartete fabelhafte Gewinne. Die Eroberung der spanischen Besitzungen in Amerika schien ein leichtes zu sein. Die Silberminen von Peru werden in Zukunft von Engländern ausgebeutet, der Handel mit Südamerika wird englisches Monopol.

Die Regierung aber schien mehr mitgerissen von der herrschenden Stimmung als führend. Von Walpole selbst ist jener trübselige Ausspruch überliefert, den wir dem Sinne nach so wiedergeben könnten:

„Jetzt lassen die Glocken sie klingen
Bald werden die Hände sie ringen.“

* * *

Die ersten einlaufenden Nachrichten schienen den jubelnden Volksmassen recht zu geben. Die Opposition hatte den Krieg erzwungen, und die Opposition war es auch, die sich entscheidenden Einfluß auf seine Führung zu verschaffen gewußt. Die interessanteste Figur aus dem ersten Abschnitt des Krieges, Admiral Vernon, ist ihr Mann. Vernon hatte sich als Redner der Opposition im Unterhause einen gewissen Namen gemacht. Er hatte auch einmal die Äußerung getan, Porto Bello, der gefährliche Hafen, von dem die spanischen *Guarda costas* auszufahren pflegten, müsse zerstört werden und hatte noch die prahlerisch klingende Behauptung hinzugefügt, er selbst würde sich anheischig machen, wenn man ihm den Auftrag erteilte, mit 6 Schiffen Porto Bello zu nehmen. Daß nun ihm, dem Admiral Vernon, schon im Juli 1739, ein Vierteljahr vor der Kriegserklärung, die Führung einer Expedition nach Westindien anvertraut wurde, war wohl das Werk seiner Gönner, der beiden berühmtesten Seehelden der Zeit, Wager und Norris. Wir haben auch in diesem Werke von ihren Taten zu reden gehabt. Beide waren jetzt hochbetagt, aber von mächtigem Einfluß. Wager war Erster Lord der Admiralität und unterhielt gute Beziehungen zu dem leitenden Minister. Genug, Vernon erhielt die Gelegenheit, sein Wort

wahr zu machen. Er fuhr hinaus mit 9 Linienschiffen, mußte aber 4 derselben vor den Küsten Portugals zurücklassen. Da sich aber den 5 Schlachtschiffen, mit denen er die westindischen Gewässer erreichte, ein sechstes unter dem Commodore Charles Brown hinzugesellte, so erschien Vernon in der Tat genau mit der vielerwähnten Zahl von 6 Linienschiffen vor Porto Bello. Hier waren die Hafenbefestigungen trotz des drohenden Krieges von den Spaniern sträflich vernachlässigt worden und noch schlimmer war der Mangel an dem notwendigsten Material. Vernon gab den Befehl ¹⁾, zwischen den beiderseitigen Befestigungen hindurch, die Einfahrt in den Hafen zu erzwingen. Dabei sollten die feindlichen Forts zwar unter Feuer genommen, die Fahrt aber fortgesetzt werden, auch wenn es nicht gelang, jene zum Schweigen zu bringen. Da der Wind nachließ konnte der Befehl nicht wörtlich ausgeführt werden. Doch war das Feuer des englischen Admiralsschiffs so wirkungsvoll, daß die Spanier ihre Stellungen verließen und Vernon seine Leute, Matrosen und Marinesoldaten, ans Land bringen konnte. Am nächsten Tage kapitulierte sämtliche Forts und auch die Stadt. An dem entscheidenden Punkte hatte der Commodore Brown seine Sache so glänzend geführt, daß der spanische Gouverneur nur ihm seinen Degen übergeben wollte, und Vernon überließ seinem Untergebenen großmütig die Ehre, das Zeichen der Unterwerfung des Platzes in Empfang zu nehmen, jenen Spanierdegen, der im Besitze der Familie noch heute verwahrt wird.

Um dieselbe Zeit erfuhr man in London, daß es dem Admiral Haddock gelungen sei, etwas von dem beliebtesten Kampfpfeil in jedem gegen Spanien geführten Kriege zu gewinnen. Zwei mit Silberschätzen beladene Schiffe, jedes seine 100 000 £ wert, waren ihm in die Hände gefallen.

* * *

So schienen durch diese ersten Siegesnachrichten die hohen Erwartungen glänzend erfüllt. Vernons Name war in aller Munde. Die beiden Häuser des Parlaments votierten ihm Dank und Bewunderung, die City verlieh ihm die höchsten Ehren und zahlreiche Medaillen wurden geschlagen, um die mit 6 Schiffen vollführte Ruhmestat zu verherrlichen.

¹⁾ Seine Instructions bei Clowes 3, 54.

Aber der weitere Verlauf der Operationen war nicht so glänzend wie der Anfang. Der Held von Porto Bello war fern davon die Größe des Erfolges zu überschätzen, er bildete sich nicht ein, im Sinne seiner Instruktionen „die spanischen Niederlassungen zerstören“ zu können. Die wertvollste derselben, die Insel Cuba, zu nehmen, sagte er, wäre zwar für Spanien der größte Verlust, für Großbritannien der höchste Gewinn. Aber er schreckte zurück vor einem so ungeheuren Versuch, er widerriet auch jede kostspielige Land-Expedition, wenn England nur die Überlegenheit auf dem Meere festhalte. Dann wird, wer immer das Land besitzt, „unser königlicher Herr über den Reichthum desselben gebieten“¹⁾. In England aber erwartete man noch größere Erfolge. Neue Streitkräfte zu Wasser und zu Lande wurden hinübersandt. Mit diesen Machtmitteln wurde im März 1740 noch Cartagena bombardiert, aber ein größerer Erfolg stellte sich nicht ein.

Seit dem Beginn des spanischen Krieges lag auch wie ein Schatten über den englischen Kampfmaßregeln die Gefahr eines Eingreifens von Frankreich. Schon vor dem Beginn des Krieges hatte Keene berichtet, daß allen Meldungen zufolge, Frankreich hinter Spanien stehe²⁾. Seit der Einnahme von Porto Bello wurden drohende Äußerungen des Kardinals Fleury berichtet. „Sollten sich die Engländer“, so sprach er am Ende des Jahres 1739, „dort zu Herren eines bedeutenderen Gebietes machen, so werde er nicht umhin können, neue Maßregeln zu ergreifen.“

Noch stärker waren des Kardinals Worte ein halbes Jahr später. Falls England, hieß es im Juli 1740, sich dort festsetzen sollte, würde er gezwungen sein, am Kriege teilzunehmen³⁾. England gab die würdige Antwort, Georg II. vertraue auf die Gerechtigkeit seiner Sache und die Streitkräfte in seiner Hand. Aber schon war jenen Drohworten des französischen Staatslenkers im Juli und August 1740 die Entsendung dreier Geschwader gefolgt, von denen zwei von Brest aus, eines von Toulon nach Westindien fuhr. Aber diese Streitkräfte, schwach wie sie waren und durch Stürme noch mehr geschwächt, traten nicht mehr in Aktion. Denn unterdessen waren in Europa Ereignisse ein-

¹⁾ J. K. Laughton, Vernon. D.N.B. 58, 269.

²⁾ British Diplomatic Instructions VI. France 1727—44, XXXVI.

³⁾ Ebd. 232, 233.

getreten, die es wichtiger erscheinen ließen, die Kräfte Frankreichs in der alten Welt zusammenzuhalten als sie in fernen Meeren agieren zu lassen. Zwischen England und Frankreich währte ein Zustand, der weder ein Friede noch ein Krieg war, noch Jahre lang fort.

Unterdessen hatte auch für England der Europa bewegende Konflikt zwischen Preußen und Österreich und der Streit um das Erbe der Habsburger höhere Bedeutung gewonnen als der jenseits des Ozeans geführte Kampf gegen Spanien. Und Spanien selbst, reichlich in Europa beschäftigt, führte den Kampf gegen England am meisten in der Form des Kaperkrieges¹⁾. Ein ungleiches Ringen. Dem bescheidenen Seehandel der Spanier konnten die englischen Kreuzer nicht viel anhaben, die spanischen Kaper aber schwärmten im Ozean und im Kanal, und ihre Beute war enorm. Es waren gleichsam in neuer Gestalt die alten *Spanish depredations*.

* * *

Blicken wir auf Österreich. Die Politik Englands während des polnischen Thronfolgekrieges, die kühle Zurückhaltung, die es den Hilferufen Österreichs entgegengebracht, hatten in Wien eine tiefe Verstimmung zurückgelassen. Und sie war noch gesteigert, da man zuletzt den Eindruck gewonnen hatte, durch direkte Verhandlung mit Frankreich bessere Bedingungen erreicht zu haben, als was alle Vermittlungsversuche und *bons offices* der Seemächte geboten hatten. Es war nur die natürliche Folge dieser Erfahrungen, wenn man auf österreichischer Seite in den nächsten Jahren der Politik Frankreichs, des Gegners von gestern, mehr Vertrauen entgegenbrachte als derjenigen Englands, des alten Bundesgenossen, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß der altüberlieferte Gegensatz der Häuser Habsburg und Bourbon plötzlich verschwunden und vergessen gewesen wäre.

Auf den polnischen Krieg war sofort, dem Kaiser nicht unwillkommen, ein neuer Türkenkrieg gefolgt; denn Karl VI. hoffte wohl, nach den vor zwei Jahrzehnten gemachten Erfahrungen, durch Balkaneroberungen für die Verluste in Deutschland und Italien entschädigt zu werden. Doch er war enttäuscht. In der

¹⁾ Vgl. Armstrong, Elisabeth Farnese.

österreichischen Armee lebte der Geist des Prinzen Eugen nicht mehr. Die von ihm einst gemachten Eroberungen, Belgrad, Serbien, die kleine Wallachei gingen verloren. Und den Frieden, der den Krieg beendete, diesen Frieden vermittelte Frankreich. Von England, von der Politik der beiden Walpoles, wie man in Österreich sagte, versprach man sich nicht viel Gutes. Das Mißtrauen wurde immer wieder dadurch neugeweckt, daß die Klagen des Wiener Hofes über die Notlage der österreichischen Niederlande sowohl in London wie im Haag kein Gehör fanden. Wir erinnern uns, wie ungern und zögernd Österreich sich entschlossen hatte, den ihm aufgedrängten Besitz der südlichen Niederlande zu übernehmen. Mit den holländischen Garnisonen im Lande, mit der Scheldesperre und dem handelspolitischen Druck, der von den Seemächten ausgeübt wurde, schien die Erwerbung des entlegenen Territoriums mehr eine Last als ein Gewinn. So hatte es denn Anstrengungen genug gekostet, den Österreichern die undankbare Rolle aufzunötigen, die sie in den Niederlanden spielen sollten. Und noch ehe es geschah, setzten auch schon jene Bestrebungen am Wiener Hofe ein, welche darauf hinausliefen, den unbeliebten Besitz abzustoßen und ein anderes, in bequemster Nachbarschaft gelegenes Land dafür einzutauschen, nämlich Bayern. Durch die ganze Periode der österreichischen Herrschaft hindurch, dreiviertel Jahrhunderte lang, tritt dieses bayrisch-belgische Tauschprojekt immer von neuem auf, dem Hause Österreichs ein ersehntes, doch nie erreichtes Ziel, den anderen eine Quelle stets neuer Sorgen und Verlegenheiten. Schon 1714 hatte das Thema den Gegenstand politischer Erörterungen gebildet. Als nach der Thronbesteigung Georgs I., der Staatssekretär Stanhope den Gesandten Lord Cobham nach Wien begleitete, und als beide den Auftrag hatten, den Kaiser in ein enges Bündnis mit den Seemächten hereinzuziehen, da war es ihre erste Aufgabe, den gefürchteten Ländertausch zu hintertreiben¹⁾. Und es war ihnen gelungen²⁾. Zwar hatte Prinz Eugen zuerst noch erklärt, der Besitz der Niederlande würde unter den von Holland gebotenen Bedingungen eine so schwere Last für Österreich bedeuten, daß es günstiger wäre, lieber Bayern dafür zu nehmen. Aber Karl VI. selbst fand diese Lösung nicht

¹⁾ Über Cobhams Instruktion, vgl. Pribram, Öst. Staatsverträge 1, 289.

²⁾ Vgl. Bd. 1, 635, 639.

vorteilhaft, und als Stanhope abreiste, nahm er die frohe Zuversicht mit, daß der Ländertauschgedanke endgültig aufgegeben sei¹⁾. Nun aber bestanden die Seemächte auch darauf, dieses Ergebnis vertraglich festgelegt zu sehen. So hieß es denn im Artikel 1 des Barriere-Vertrages von 1715, daß die dem Kaiser abgetretenen Niederlande „eine zusammenhängende, unteilbare Domäne bilden und untrennbar sein sollten von den Staaten des Hauses Österreich in Deutschland“²⁾.

So saß Österreich seit 1715 festgebannt in den Niederlanden, aber die Lage daselbst hatte sich noch viel ungünstiger entwickelt, als man es 1715 vorausgesehen. Geben wir einmal einem älteren englischen Autor das Wort, der das Bild von 1740 in folgenden Worten malt: „Die Seemächte“, sagt William Coxe³⁾, „als sie die Niederlande dem Hause Österreich übergaben und den Barriere-Vertrag schlossen, sie bewiesen mehr die kleinliche Eifersucht einer Handelskompanie, als Geist und Anschauungen einer großen Nation, welche die Ruhe Europas für die Dauer der Zeiten zu sichern bemüht ist. Nach diesen Grundsätzen verfahren, haben sie nicht nur durch die Aufhebung der Kompagnie von Ostende den Handel der Niederlande mit Ostindien verhindert, sondern auch versucht, den Handel mit Westindien zu unterdrücken, und zwar auf Grund einiger vager Ausdrücke in dem Vertrage von Münster, auf welche der Barriere-Vertrag Bezug nahm. Sie hatten auch schon während des (spanischen) Erbfolgekrieges einen Zolltarif aufgerichtet für Export und Import, welcher durch Artikel 26 des Barriere-Vertrages bestätigt wurde und so lange in Kraft bleiben sollte, bis eine besondere Regulierung durch einen neuen Handelsvertrag, und zwar so bald wie möglich, erfolgt wäre.“ Aber diese Regulierung ließ auf sich warten, und obwohl sie durch Artikel 5 des Wiener Friedens von 1731 abermals gefordert worden mit dem Zusatz, der Handelsvertrag solle binnen zwei Jahren geschlossen sein, so geschah vorläufig nichts. Erst 1737 wurden in Antwerpen Konferenzen eröffnet, jedoch bald als ergebnislos wieder abgebrochen.

* * *

¹⁾ Briefe Stanhopes an Townshend, Wien, 13./24. Nov., 17./28. Nov., 8. Dez. N.S., 22. Dez. N.S. 1714. R.O.

²⁾ Pribram, a. a. O. 300.

³⁾ House of Austria 4 (1820), 372.

An diesen Verhältnissen in den Niederlanden und an dem ungünstigen Einfluß, den sie, zusammen mit der Erinnerung an den polnischen Krieg, auf die englisch-österreichischen Beziehungen übten, hat sich in den nächsten Jahren nichts geändert. Und auch das diplomatische Geschick Ignatz von Wasners, der den Kaiser jetzt am Hofe von St. James vertrat, hat die Lage nicht gebessert.

Ja, er hat sich wohl auch nicht ernstlich darum bemüht. Wasner lebte wie Kinsky in der Überzeugung, daß Robert Walpole, und mit ihm sein Bruder Horace, an allem Ungemach, das Österreich widerfahren sei, die Schuld trage. Seine Berichte gipfeln in der Klage, daß diese beiden, der verhängnisvolle Dual, Österreichs Unglück sind, „daß so lange die Walpole das Ruder führen, zum allgemeinen Besten von Europa nichts Gedeihliches abseiten Englands anzuhoffen sei“.

Auf diesen Ton war auch die Instruktion gestimmt, welche in Wien für Graf Ostein, den Nachfolger des 1740 nach Paris versetzten Wasner verfaßt wurde. Diese Instruktion¹⁾ übertrifft an Umfang und Inhalt so ziemlich alles, was wir an Gesandteninstruktionen aus dem 18. Jahrhundert zu lesen gewohnt sind. Das ungeheure Schriftstück gibt zunächst, weit ausholend, eine mit dem Jahrhundert beginnende Erzählung alles dessen, was sich „mit der Krone England ergeben“, allerdings alles so ganz vom österreichischen Standpunkt aus gesehen, daß ein seltsames Geschichtsbild daraus entsteht. Die Instruktion liest sich wie eine einzige wuchtige Anklage gegen die Politik Englands, gegen die George, gegen Walpole. Sie ist weit lehrreicher für das Bild, das man sich in Wien von den Ereignissen der verflossenen Jahrzehnte machte, als für diese selbst. Mit der Thronbesteigung des Hauses Hannover wird die Erzählung ausführlicher und mit dem polnischen Thronfolgekriege wird sie zu einer breiten Schilderung. Auf die Bundestreue Englands sich verlassend, heißt es, sei in dem polnischen Wahlgeschäft kein Schritt von österreichischer Seite anders als nach Anleitung und auf Zuspruch des englischen Hofes erfolgt. Durch England sei auch die Haltung Hollands bestimmt und durch diese wiederum England in der

¹⁾ Sie ist vom 19. Juli 1740 und in mehreren Ausfertigungen im W.St.A. erhalten.

seinigen bestärkt worden. Die beiden haben einander „den Ball zugeworfen“, heißt es in einer uns schon aus den diplomatischen Schriftstücken der dreißiger Jahre wohlbekannten Bartenstein'schen Wendung. Denn kein anderer als Bartenstein ist auch der Verfasser dieser Instruktion.

So ist England, indem es die durch den Vertrag von 1731 übernommene Bundespflicht gröblich verletzte, dem Kriege fern geblieben. Ja, sein Gesandter Robinson hat in Wien geradezu erklärt, Österreich dürfe auf Hilfe nicht rechnen, „auch wenn der Feind in das Erzherzogtum eindringe“. Und die Friedensbedingungen, die England dem Kaiser hätte verschaffen wollen, wären ungünstiger gewesen, als was die mit Frankreich geschlossenen Präliminarien enthielten. So gingen Königreiche und Länder verloren, und zur Wegnahme von Lothringen sei Frankreich geradezu durch England ermutigt worden.

Halten wir einen Augenblick inne und hören wir, was Bartenstein über das Thema England und Lothringen zu sagen weiß. Er glaubt an ein falsches Spiel, das die Seemächte 1733 gegenüber Österreich getrieben haben. Sie hätten meint er, schon vor dem Beginn des polnischen Thronfolgekrieges Frankreich gleichsam einen Wink gegeben, als ob von ihrer Seite nichts im Wege stände, wenn Frankreich Lothringen erobere und es beim künftigen Friedensschlusse behaupten wollte. Beim Abschlusse des Wiener Friedens von 1731 hatte die Furcht Englands vor einer möglichen Störung des europäischen Gleichgewichts eine erhebliche Rolle gespielt. Wenn schon die pragmatische Sanktion garantiert werden sollte, d. h. nicht nur die Thronfolge Maria Theresias, sondern auch die Erhaltung des gesamten habsburgischen Länderbesitzes in ihrer Hand, so konnte auch die Frage ihrer späteren Vermählung nicht unerörtert bleiben. Europa hatte sich ja längst, fast schon seit ihrer Geburt, mit dieser Frage beschäftigt. Elisabeth Farnese, die spanische Königin, wünschte einen ihrer Söhne mit Maria Theresie vermählt zu sehen, und der Vater, Karl VI., hat dieses Projekt zuzeiten begünstigt. Andererseits war dem jungen Franz Stephan von Lothringen die Aussicht auf die Hand der Kaisertochter eröffnet worden. Seit 1723, als er 15 Jahre alt, und selbst noch Erbprinz war, lebte er am Wiener Hofe, ward vom Kaiser mit Würden und Ämtern, denen er meistens nicht gewachsen war, überhäuft und ward auch bei

Besuchen im Ausland wie ein österreichischer Thronfolger geehrt.

Um nun den Sorgen der Engländer vor einer allzu großen Machtanhäufung zu begegnen, wurden, von den Wiener Staatsmännern selbst angeregt, dem Friedensvertrage von 1731 zwei geheimste Artikel angehängt, von denen der erste besagte, daß die Garantie in dem Falle nicht gelten sollte, wenn Maria Theresia einem bourbonischen Prinzen vermählt würde. Der zweite, allgemeiner gehaltene, sprach von der Möglichkeit, daß der Gatte der Erzherzogin einen immerhin so großen Besitz sein eigen nenne, daß durch dessen Vereinigung mit dem Habsburgerreich eine Gefahr für die Ruhe und das Gleichgewicht Europas entstehen könnte. Einem solchen Prinzen wird nun die Wahl gestellt, entweder auf sein Stammland zugunsten des nächsten Verwandten oder aber auf die Garantie der Seemächte zu verzichten. Holland war, wie wir wissen, dem Vertrage zunächst nicht beigetreten, und als die neuen Verhandlungen begannen und da die Generalstaaten von den beiden *Articuli secretissimi* anfangs keine Kenntnis besaßen, so ward abermals um die Gefahr für das europäische Gleichgewicht gestritten. Das Ergebnis war, daß man zwar den bourbonischen Prinzen aus dem Spiele ließ. Aber der zweite jener beiden Artikel wurde als *Articulus separatus* auch dem mit Holland geschlossenen Accessions-Traktat vom 20. Februar 1732 wieder hinzugefügt.

Und nun ward, ehe der Krieg von 1733 begann, seitens beider Seemächte an den Wiener Hof das Ersuchen gestellt, diesen Separatartikel der Krone Frankreich mitzuteilen. Ob es geschehen oder nicht, wird nicht gesagt. Das bloße Ersuchen aber, meinten die Wiener Staatsmänner, konnte keinen andern Sinn haben, „als Lothringen letztbesagter Krone zuzueignen“. Und diese Absicht sei noch dadurch bestätigt worden, daß alle Versuche, die von österreichischer Seite vor der Vermählung von Maria Theresia und Franz Stephan gemacht wurden, um auch den Besitz Lothringens durch die Seemächte garantieren zu lassen, „glatterdings vergebens gewesen“ seien.

Diese Auffassung ist niemals laut und öffentlich vorgetragen worden. Sie findet sich jedoch in der, wie wir gehört haben, von Bartenstein verfaßten Instruktion für den Grafen Ostein. Nimmt man die eben erwähnte Äußerung über Lothringen ganz ernst, so würde Frankreich durch die Haltung Englands, vielleicht

gar durch einen von dort gegebenen Wink, zur Eroberung Lothringens förmlich ermutigt worden sein. Franz Stephan als künftiger Gemahl der österreichischen Erbtochter wäre zu ertragen, wenn nur nicht ein bedeutender Länderzuwachs für das Haus Habsburg damit verbunden wäre. Das ist schon zugestandener Maßen der Sinn jener geheimsten und separaten Artikel von 1731 und 1732. Die Seemächte wollen der alten Heiratspolitik, durch die einst so viele Länder in Habsburgs Händen vereinigt worden, einen Riegel verschieben. Das alte *Tu felix Austria nube* verträgt sich nicht mehr mit der inzwischen aufgekommenen und so ängstlich gehüteten Formel vom europäischen Gleichgewicht. Und es wäre, wenn jene Behauptung richtig ist, das Walpole'sche England gewesen, welches Lothringen noch lieber bei Frankreich als bei Österreich sehen wollte und damit der Idee jener Artikel historische Wirklichkeit verliehen hat.

„Es gibt geistige Atmosphären“, sagt Ranke, „die nichts miteinander gemein haben“. Wie wenig haben doch das Österreich Karls VI. und das Walpole'sche England einander verstanden. Dort das Gefühl der ‚alten Hoheit‘, die anerkannt, die umworben sein will, hier der Geist praktischer Politik, die nur ihre eigenen Maßstäbe gelten läßt und allen Verträgen zum Trotz, auch dem Bundesgenossen nicht weiter entgegenkommt, als der eigene Vorteil es gestattet. Und vollends Robert Walpole, wie unverständlich ist er den Österreichern geblieben. Seine kühle Sachlichkeit wird in den Augen der Österreicher zum bösen Prinzip in der englischen Politik. Vor Jahren hatte Kinsky im Sinne der Wiener Staatsmänner auf den Sturz Walpoles hingearbeitet. Vergeblich. Das soll Graf Ostein nicht, die Instruktion widerrät es ausdrücklich. Er soll nur versuchen, das Beste aus der Lage, wie sie einmal ist, zu machen. In so resigniertem Tone spricht der Auftraggeber. Es ist, als ob er sagen wollte: viel wird sich ja doch an den englisch-österreichischen Beziehungen nicht bessern lassen.

* * *

Mit dieser ungeheuren Instruktion nebst 35 Beilagen belastet, begibt sich Graf Ostein auf die Reise an den Hof Georgs II.¹⁾

¹⁾ Das folgende nach den Berichten Osteins aus Hannover vom August bis Oktober 1740, W.St.A.

Er findet ihn im August 1740 in Hannover, wo der englische Monarch in angenehmer Abwechslung zwischen politischem Geschäft und sommerlicher Erholung seine Tage zu verbringen pflegt. Der König empfängt den Gesandten im Herrenhausener Schlosse, aber nicht in großer Audienz, nur im kleinen Zirkel, wie es der Örtlichkeit entspricht. Denkt man nun an die Bitterkeit, mit der Osteins Instruktion über England, über Hannover, über den König und seine Minister redet, so wirkt es fast komisch, in Osteins Bericht von den besonders starken Ausdrücken der Freundschaft zu lesen, mit denen Georg seine Gefühle für Karl VI. kundgibt, und mehr noch von der auf den gleichen Ton gestimmten Erwiderung des Grafen. Wichtige politische Verhandlungen hatte der Gesandte freilich während seines zwei-monatlichen Aufenthalts in Hannover nicht zu führen. Nur, daß der seit einem Jahre herrschende englisch-spanische Krieg, mit der Aussicht auf ein Eingreifen Frankreichs, dem englischen Könige die Veranlassung gab, auf eine Verstärkung der österreichischen Streitkräfte in den Niederlanden zu dringen und Ostein glaubt, dies in Aussicht stellen zu dürfen. Noch in der letzten Audienz, die er ihm erteilt, wiederholt Georg II. dieselbe Mahnung, mit dem Hinzufügen, daß er ja nicht daran denke, Karl VI. in den Krieg hereinziehen zu wollen. Die Lage Europas, sagt er, sei ernst. Aber am Anfang des Jahrhunderts war sie ebenso schlimm, und doch ist der Sieg erfochten worden. Ja, hätte nicht Königin Anna sich in unverantwortlicher Weise vorzeitig zurückgezogen, so wäre Frankreich nicht die gefährliche Macht, die es heute ist.

Am 13. Oktober verließ Graf Ostein Hannover. Als er zwei Monate später in London erschien, war die Welt verändert, Europa erschüttert durch die Nachricht von dem Einmarsch der preußischen Truppen in Schlesien. Die Pragmatische Sanktion war in Gefahr, Maria Theresia in Bedrängnis, ihre Hilferufe dringen zu den alten Verbündeten. Und in dieser Zeit England in einem Kriege mit Spanien begriffen, der zwar einstweilen nur in entfernten Meeren geführt wird, der sich aber vielleicht bald zu einem Kampfe erweitern wird gegen die beiden großen bourbonischen Mächte. Dabei die Stellung des leitenden Mannes in England erschüttert, die Aktionsfähigkeit der Regierung geschwächt. Eine so verwirrte Lage, daß niemand die Frage be-

antworten konnte: was wird England tun? Die Mission des Grafen Ostein aber erhielt eine so folgenschwere Bedeutung, wie es niemand geahnt hatte.

* * *

Englands Beziehungen zum preußischen Staate waren in den letzten Zeiten wenig freundlicher Natur gewesen. Das alte Bundesverhältnis, das durch die Verträge von 1719, 1723, 1725 begründet und befestigt worden, war verloren, und die gegenseitige Abneigung der beiden Könige hatte die Kluft erweitert. Der preußische Kronprinz aber hatte sich in der Stille dem verwandten Königshause von England genähert¹⁾ und konnte, als er den Thron bestieg, seine Haltung zwischen den Mächten Europas frei wählen. Die politische Lage schien ihm günstig. England, mit Spanien im offenen Kriegszustand und vom Bruch mit Frankreich nicht weit entfernt, hatte alle Ursache, ein Bündnis mit dem militärisch starken Preußen zu wünschen. Aber auch von Frankreich gesucht, war Friedrich entschlossen, demjenigen der beiden Rivalen die Hand zu reichen, der ihm die besten Bedingungen bot. Und sie sollten auch wissen, wie gut er selbst über die Lage orientiert war, sie sollten wissen, daß, wer ihn gewinnen wollte, sich anzustrengen hätte. Wie köstlich ist die Sprache jener beiden Instruktionen, mit denen er die Gesandten hinausschickte, die seine Thronbesteigung bei den Höfen von England — Georg II. befand sich eben in Hannover — und Frankreich zu notifizieren hatten²⁾. Jeder dieser beiden Herren mußte mit geheimnisvoller Wichtigkeit und sogar mit einem Anflug von Eifersucht von dem anderen reden, als von einem Manne, der das Vertrauen seines Herrn, ja sein Geheimnis besitze. Und darum müsse man es sich etwas kosten lassen, um das von dem andern Rivalen gemachte Angebot noch zu übertreffen. Will man sich den König von Preußen nicht ent schlüpfen lassen, so muß man ihm auch noch mehr bieten als was man etwa seinem verstorbenen Vater geboten hat. Der nach Versailles gehende Gesandte sollte auch die unterdessen in Preußen erfolgende Heeresverstärkung erwähnen und es als seine persönliche

¹⁾ Vgl. Lodge, Great Britain and Prussia in the 18th Century. 1923, Introductory.

²⁾ Pol. Corr. Friedrichs d. Gr. 1, 3, 8.

Meinung aussprechen, wie unheimlich ihm selbst dieses Schauspiel sei; denn wie oft schon hat der Ehrgeiz junger Fürsten den Völkern der Erde die Ruhe geraubt.

Als Friedrich diese Instruktionen verfaßte, war sein Trachten freilich nur auf einige bescheidenere Objekte gerichtet, Gebietserwerbungen, um die sich schon Friedrich Wilhelm I. bemüht hatte. Inzwischen war aber jenes Ereignis eingetreten, welches den Frieden Europas so schwer erschüttern sollte, der Tod Karls VI., am 20. Oktober 1740. Denn nun mußte es sich zeigen, ob die Bemühungen des liebevollen Vaters und besorgten Landesherrn den gewünschten Erfolg haben würden oder nicht, es mußte sich zeigen, ob die vielgerühmte und von aller Welt garantierte Pragmatische Sanktion die Kraft besaß, der Erbtöchter des verstorbenen Kaisers den Besitz der gewaltigen unter dem Szepter Habsburgs vereinigten Ländermasse zu sichern. Und da gab Friedrich das Signal zu einer allgemeinen Bewegung unter den Staaten. Er war es, der sich blitzschnell ein neues, ein weit höheres Ziel steckte als bisher; denn kaum hat er die ihm völlig überraschende Nachricht vom Tode des letzten männlichen Habsburgers vernommen, als er schon entschlossen ist, die Gelegenheit zu benutzen, um eine ganze österreichische Provinz, Schlesien, für Preußen zu fordern und zu gewinnen, sei es auf dem Wege der Verhandlung, sei es durch die Gewalt der Waffen. Man braucht, um den Standpunkt Friedrichs zu verstehen, die Rechtsansprüche, die er auf Teile Schlesiens erhob und umständlich darlegen ließ, nicht ernster zu nehmen als er selbst es tat. Entscheidend war für ihn vielmehr die allgemeine Lage. England und Frankreich gegeneinandergerichtet und Preußen von beiden umworben. Ein Paar deutsche Staaten, Sachsen und Bayern, treten auf als Anwärter auf Teile des habsburgischen Erbschaft oder auf das Ganze. Sogar fernstehende Mächte, Spanien, Sardinien, erheben Ansprüche. Sie alle aber rechnen darauf, daß Frankreich, der alte Gegner Habsburgs, seine schützende Hand über ihnen halten werde. So etwa war die Rechnung des jungen Fürsten, der, seiner Macht bewußt, vom Vater auch die kränkende Erinnerung an so viele Demütigungen durch den Wiener Hof überkommen hat und der selbst, ehrgeizig und energisch, und von dem Wunsche beseelt ist, seinem Staate die ihm gebührende Stellung zu erringen und dem Zwitter-

charakter des jungen Königreichs ein Ende zu machen. Er blickt mit Stolz auf das Werkzeug einer großen Politik, auf die Armee, auf eben jenes Werkzeug, das in der Hand seines Vaters stumpf geworden war. Von modernen pazifistischen Gedankengängen ist er allerdings unberührt. Er fühlt in sich die Kraft und darum auch die Pflicht, für sein Preußen Großes zu vollbringen. Inmitten deutscher Mittel- und Kleinstaaten, die alle ihre eigenen Ziele verfolgen, geht nun auch Preußen entschlossen seinen Weg.

So sind die wahren Motive seines Handelns, wie er selbst sie in gedankenvollen, scharf pointierten Schriftstücken¹⁾ niedergelegt und wie er sie nochmals in seiner selbst verfaßten historischen Erzählung wiederholt hat. Es ändert auch nichts an der Sachlichkeit seiner Entschließung, wenn er daneben übermütig scherzen und sagen konnte, der Wunsch, seinen Namen in den Zeitungen und dereinst in der Geschichte zu lesen, habe ihn verführt. Friedrichs Wesen war durchdringender Verstand, hohes Pflichtgefühl, Kraft und rascher Entschluß.

Seit dem gegen Maria Theresia geführten Streich ist Friedrich aber für Deutschland und für Europa der Mann des Schicksals geworden und ist es Jahrzehnte lang geblieben. Und da nun die Anfänge seiner Regierung mit dem Aufsehen erregenden Marsch nach Schlesien noch in die Zeit Walpoles fallen, so haben wir zu prüfen, welchen Einfluß etwa die gerade dieser Epoche eigentümlichen Schwankungen in der Machtstellung des englischen Ministers auf den Lauf der Dinge in Deutschland geübt haben.

* * *

Graf Ostein traf in London ein²⁾, als eben die Nachricht von dem preußischen Einfall in Schlesien bekannt geworden war. In seiner ersten Audienz beim Könige³⁾ führte er Klage über diese „Gewalttat“ und forderte die Hilfe Englands auf Grund der Verträge. Georg II. stand wohl noch unter dem Eindruck eines äußerst klugen Schreibens, das ihm der preußische

¹⁾ Z. B. Pol. Corr. 1, 90.

²⁾ Das folgende besonders nach den Berichten Osteins im Wiener St. Archiv.

³⁾ Berichte Osteins an Maria Theresia. London 23. u. 30. Dez. 1740. N.S. W.St.A.

König unter dem 4. Dezember gesandt hatte¹⁾. Friedrich bezeichnet darin die Besetzung Schlesiens als eine Maßregel, die er zur Rettung Österreichs, zum Schutze gegen seine Feinde und Prätendenten ergriffen habe, und er schlägt, um diesen Schutz wirksam zu gestalten, ein Zusammengehen von Österreich, Rußland, England und Holland mit Preußen vor, wobei er allerdings schon die dauernde Erwerbung Schlesiens in Aussicht nimmt als ein Aequivalent für die Mühen und Unkosten, die in erster Linie ihm zur Last fallen würden. So Friedrich an Georg II.; und niemand wird sagen dürfen, daß es ihm nicht Ernst damit gewesen sei und daß er sein Ziel nicht doch lieber durch eine friedliche Aktion der Mächte erreicht hätte als durch den ungewissen Ausgang eines Krieges.

Georg II. zögerte um so mehr, sich offen gegen Preußen zu erklären, da ein Gesandter Friedrichs demnächst eintreffen sollte, nämlich derselbe Graf Truchseß, den er schon im Sommer in Hannover gesehen hatte. So erklärte er einstweilen vorsichtig, er halte die Absichten Preußens „für nicht so arg“. Und auch einige Wochen später, im Januar 1741, fand er es noch nicht ratsam, „auch mit hoher Sprach sogleich gegen diesen so hitzigen *Genium* vorzugehen“²⁾. Aber Graf Ostein wird dringender. Er hat oft Gelegenheit, mit dem Könige zu reden, da dieser ihn ermutigt, sich nur jederzeit an ihn persönlich zu wenden, besonders in Sachen, die das Deutsche Reich betreffen „indem Höchstdieselbe sothane besser als Ihre Ministri verstünden“³⁾.

Für die kaiserlichen Bevollmächtigten an fremden Höfen galt zwar die Vorschrift, daß sie bei der ersten Audienz in ihrer öffentlichen Anrede „sich keiner andern als der deutschen oder lateinischen Sprache zu bedienen“ hätten; was aber nicht hindern sollte, daß sie bei häufigerem Verkehr „sich derjenigen Sprache konformieren können, welche demjenigen, an welchen sie geschickt werden, die leichteste oder angenehmste ist“⁴⁾. Georg II. aber, der König von deutscher Herkunft, liebte es, von höfischem Zwange frei, seine Herzensmeinung gelegentlich durch kräftige Wörtlein in der Muttersprache zum Ausdruck zu bringen. So

¹⁾ Pol. Corr. 1, 121—123.

²⁾ Ostein an Maria Theresia. London 13. Jan. 1741. N.S. W.St.A.

³⁾ Ostein an Maria Theersia, 16. Jan. 1741. N.S. W.St.A.

⁴⁾ Instruktion für Graf Ostein, Wien, 5. Juli 1740. W.St.A.

zog er denn den österreichischen Gesandten im abendlichen Zirkel gern in ein kleines Privatgespräch, wo man gut deutsch miteinander reden konnte.

Ostein mühte sich, ihm zu beweisen, daß König Friedrich es ebenso in seinen nach London wie in den nach Wien gesandten Erklärungen an Redlichkeit, Wahrheit und Beständigkeit habe fehlen lassen. Der König meint dagegen, man soll nur selbst ein anständiger Mensch sein, darf aber nicht immer von den anderen dasselbe erwarten.

* * *

Wir müssen klar darüber sein, welches Recht denn Maria Theresia eigentlich besaß, die Hilfe Englands überhaupt und seine Unterstützung gegen Preußen insbesondere zu fordern. Da haben wir zunächst an den sogenannten Wiener Frieden vom 16. März 1731 zu erinnern, der mit der Beseitigung aller Streitfragen zugleich die englische Garantie der Pragmatischen Sanktion enthielt. Das war im zweiten Artikel des Vertrages freilich nur in der allgemeinen Form geschehen, daß die Seemächte sich verpflichteten, die durch den Kaiser errichtete Thronfolgeordnung mit allen ihren Kräften zu schützen, zu erhalten und zu gewährleisten, und also auch demjenigen Mitgliede des Kaiserhauses, männlichen oder weiblichen Geschlechts, dem seiner Zeit die Nachfolge gebühre, ihren Schutz angedeihen zu lassen¹⁾. Aber eine Lücke war doch geblieben, da erstens eine genau präzisierte Hilfeleistung nicht vereinbart worden war und weil ferner die als Mitkontrahenten in Aussicht genommenen Generalstaaten der Vereinigten Niederlande die Unterzeichnung des Vertrages verweigert hatten, ganz ähnlich wie bei der Quadrupel-Allianz von 1718. Dieses Mal aber wurden die Versäumnisse etwa ein Jahr später nachgeholt. Am 20. Februar 1732 haben Karl VI., Georg II. und die Generalstaaten einen neuen Vertrag geschlossen, durch den die Generalstaaten dem im Vorjahre geschlossenen Bündnisse der beiden anderen beitraten. Und zugleich wurde bei dieser Gelegenheit die Höhe der gegenseitigen Unterstützung, die dort nur als eine *omnibus viribus* zu leistende genannt war, genauer festgelegt. Worauf es hier ankommt, das war die Bestimmung,

¹⁾ Pribram, Österr. Staatsverträge. England, 1, 494.

daß England und Österreich sich gegenseitig zu einer Hilfeleistung von 8000 Mann zu Fuß und 4000 zu Pferde verpflichteten¹⁾. Diese Bestimmung bildete, zusammen mit der schon 1731 allgemein ausgesprochenen Garantie der Pragmatischen Sanktion, die Rechtsgrundlage, und zwar, wenn ich nicht irre, die einzige für den von Maria Theresia erhobenen Hilferuf²⁾. Und auch dann konnte es noch zweifelhaft sein, ob nun Friedrichs Einfall in Schlesien schon an sich als eine Verletzung der Pragmatischen Sanktion zu gelten hatte, d. h. ob er schlechthin Englands Eingreifen erheischte. Wir wissen zwar, daß es von österreichischer Seite so aufgefaßt wurde, aber so unbedingt geschah es doch auch nur von österreichischer Seite. Und Friedrich selbst gab sich vor der Welt ja gerade als der Fürst, der die Pragmatische Sanktion mit seiner ganzen Macht verteidigen wollte, wenn nur sein Anspruch auf Schlesien anerkannt wurde.

Die öffentliche Meinung in England stand auf der Seite Maria Theresias und hatte, sozusagen, für sie schon Partei ergriffen, ehe man noch etwas von der Haltung Preußens vernahm. Als der König in seiner Thronrede vom 18. November 1740 den Tod Karls VI. erwähnte und den Entschluß kundgab, getreu seinen Verpflichtungen einzutreten für die Erhaltung des Gleichgewichts und der Freiheiten von Europa, da sprach er nur aus, was Volk und Parlament dachten. Auch der Staatssekretär Lord Harrington, mit dem Ostein die Verhandlung führte, sprach sich mit aller Entschiedenheit gegen jegliche Verletzung der Pragmatischen Sanktion aus. Die Pragmatische Sanktion war freilich in der Thronrede nicht ausdrücklich genannt, aber König wie Staatssekretär erklärten loyal, daß nichts anderes gemeint sei. Und an der vertragsmäßigen Truppenhilfe werde man es nicht fehlen lassen. Georg II., rasch und feurig, wie er sein konnte, hätte am liebsten sofort einen großen Entschluß gefaßt. Er sinne Tag und Nacht darüber nach, sagte er zu Graf Ostein, „wie diesem von Preußen geschehenden Übel abzuhelpen sei“. Aber ehe er sich öffentlich gegen Preußen erkläre, müsse er abwarten, was Frankreich und Rußland tun. Immerhin hörte

¹⁾ Ebd. 544.

²⁾ So heißt es auch in einem Berichte Osteins vom 12. Mai 1741: „Ich hänge mich sofort an die Obliegenheit zu dem gegenwärtigen *Casu foederis* aus dem Tractat *de annis respektive* 1731 u. 1732 ...“ W.St.A.

Ostein von allen Seiten, England halte fest an seinen Verpflichtungen, und er erwähnt ausdrücklich, daß auch die beiden Brüder Walpole ihm versichert haben, „daß allhier der wahre Gedanke wäre, ihre Traktate zu erfüllen und alles nur Mögliche zu tun“.

Soweit schien also das offizielle England dem bedrängten Verbündeten von 1731 und 32 seine Hilfe nicht versagen zu wollen. Aber was war der positive Inhalt dieser wohlgemeinten Erklärungen? Zunächst nichts anderes, als daß Österreich vorkommenden Falles auf die im Artikel II des Vertrages von 1732 ausbedungenen 12 000 Mann rechnen dürfe; aber Harrington erklärte auch, daß man die auf Grund von Verträgen mit Hessen und Dänemark zu Englands Verfügung stehenden je 6000 Mann zu diesem Zwecke verwenden wolle. Freilich auch nicht mehr als dieses. Von einem feindlichen Schritte Englands gegen Preußen oder gar von einer Kriegserklärung ist noch nicht die Rede.

Aber schnell genug schien es auch dazu kommen zu sollen. Am 27. Januar, genau eine Woche nach jenem Bericht, in dem Ostein die Äußerung der Walpole'schen Brüder mitgeteilt hat, gibt er eine Beschreibung der Pläne Englands, wie sie günstiger für Maria Theresia nicht zu denken waren. Er hat dem Könige ein Handschreiben zu überreichen, mit der Bitte der Königin um schleunige und reichliche Hilfeleistung. Der Gesandte ist im Begriffe, das Schriftstück mit erläuternden Erklärungen zu begleiten. Aber Georg unterbricht ihn überraschend mit den ebenso entschiedenen wie freundlichen Worten: „Ich erkläre demselben hiemit, daß ich mit aller meiner eigenen Macht und mit den anverlangenden dänischen und hessischen Auxiliärtruppen gegen Preußen agieren werde.“ Ostein ist entzückt und ergeht sich in langer Dankesrede. Der König sagt, er habe der Umstände halber seinen Entschluß leider nicht früher fassen können, obwohl er „Tag und Nacht auf die erforderlichen Mittel gedacht“ habe. Man versteht, daß das Bild sich gewandelt hat. Nachrichten von verschiedenen Seiten sind eingetroffen, die den vorsichtig zurückgehaltenen Entschluß rasch zur Reife gebracht haben.

Was war geschehen? Zunächst waren Nachrichten aus Holland eingetroffen, welche auf die Mitwirkung der Generalstaaten rechnen ließen. Er habe „die Holländer auf den rechten Weg gebracht“, sagte Georg II. Er hat ferner von dem russischen

Gesandten Tscherbатов vernommen, daß Rußland entschlossen ist, einen Einfall in Ostpreußen zu unternehmen. Auch auf Kursachsen ist zu zählen. Die Streitmacht Hannovers wird etwa gemeinsam mit den dänischen und hessischen Auxiliärvölkern operieren. So wird eine Kräfteansammlung erfolgen, gegen die der König von Preußen sich nicht behaupten kann.

Und rasch nehmen die Pläne festere Gestalt an¹⁾. Der englische und der holländische Gesandte in Berlin werden eine gemeinsame Erklärung abgeben mit der Forderung, Friedrich solle von seinem Unternehmen abstehen. Im Falle die Antwort ablehnend ausfällt, woran man nicht zweifelt, wird Georg II. in Person von Hannover aus einen Angriff auf Preußen unternehmen, wird in das Magdeburgische einfallen, auch die Auxiliärtruppen an sich ziehen, und die Holländer werden ihm den Rücken decken. So bedroht, wird der König von Preußen gezwungen sein, sich aus Schlesien zurückzuziehen. Die Österreicher aber werden nachrücken, um den Truppen Hannovers ihre Aufgabe zu erleichtern. Unterdessen werden die Russen in Ostpreußen eingefallen sein. Denn auch Rußland sollte eine wichtige Rolle übernehmen in dem großen Kampfspiel Georgs II. gegen den König von Preußen.

* * *

Die russische Geschichte zeigt nun gerade in der Periode 1740 bis 1742 bei mehrfachem Thronwechsel ein Gewirr von Intriguen und Gewalttätigkeiten, bei dem kein Mächtiger sicher war, ob er nicht plötzlich ins Gefängnis geworfen, nach Sibirien verbannt oder durch Mord beseitigt werden würde. Doch im Frühjahr 1741 meinte man auf ein Eingreifen Rußlands zugunsten Maria Theresias sicher rechnen zu dürfen. Im Januar 1741 mußte der Gesandte Scherbatow in London anfragen, wie und wo Georg II. „seine *operationes* nötigenfalls zu tun gedenke“²⁾. Und im Februar schien der Leiter der auswärtigen Politik, Graf Ostermann, ganz dafür gewonnen. Als ihm der englische Gesandte Finch den Plan vortrug, richtete er sich, im Stuhle sitzend, hoch auf und erklärte feierlich, sein Hof sei bereit, ein enges Bündnis mit den Seemächten zu schließen und

¹⁾ Ostein an Maria Theresia. 27. Jan. a. St. 1741. W.St.A.

²⁾ Ostein an Maria Theresia, London, 27. Jan. 1741. W.St.A.

daran so lange festzuhalten, bis die Pragmatische Sanktion erfüllt, Europa gerettet und beruhigt und das Gleichgewicht wieder hergestellt und gesichert sei. Auch er hielt es für günstiger, getrennt zu operieren. Und wenn alsdann zu allen übrigen gegen Preußen auftretenden Kräften noch eine große russische Armee hinzukäme, 18 Regimenter zu Fuß und 16 zu Pferde, insgesamt 30 000 Mann, so werde der König von Preußen wohl die Wahrheit des Wortes von Villars erkennen, daß man nicht überall zugleich sein könne. Und ehe der Sommer da ist, werden die Dinge ein anderes Gesicht bekommen¹⁾.

Unterdessen waren auch die mit Rußland seit langem gepflogenen Bündnis-Verhandlungen fortgesetzt worden und am 3./14. April 1741 ward der englisch-russische Allianzvertrag in Petersburg unterzeichnet. Der seit fast zwei Jahrhunderten gehegte Wunsch der Russen nach einem solchen Bündnisse schien erfüllt. Doch war dieses Mal der Anlaß von England ausgegangen²⁾. Schon im Dezember 1738 hatte Harrington dem Gesandten Rondeau, demselben, der 1734 den Handelsvertrag unterzeichnet hatte, den Auftrag zu der neuen Verhandlung erteilt. Doch hatte sich bei den verwirrten Verhältnissen im Zarenreiche die Sache arg in die Länge gezogen. Rondeau war darüber gestorben, seinem Nachfolger Finch hatte es die Gesundheit gekostet. Und dieser erste Vertrag entsprach schon nicht mehr den Voraussetzungen, unter denen er von der englischen Regierung angeregt worden war. Im Jahre 1738, als die Verhandlung begonnen worden, wollte England den Frieden im Norden sichern. Jetzt sollte Rußland in die Kampfgruppe gezogen werden, die für Maria Theresia und die Pragmatische Sanktion eintrat. Carteret meinte schon, jetzt werde England die große Stellung im Norden erhalten, die ihm einst Stanhope zgedacht und die ihm Peter der Große geraubt hatte. Doch wurde der Zweck weder durch diesen noch durch einen neuen, schon im nächsten Jahre geschlossenen, englisch-russischen Allianztraktat erreicht.

* * *

¹⁾ Veröffentlichungen der russ. hist. Gesellschaft (Sbornik) 85, 488 ff.

²⁾ Vgl. die aufschlußreichen Arbeiten von Rich. Lodge in der E.H.R. 1928, 354—75 u. 540—76. Durch diese sind auch die Einleitungen zum Druck der Verträge bei Martens, *Traité conclus par la Russie, Angleterre I*, 90 ff., 112 ff. überholt.

Der Impuls zu dem großen, gegen Preußen gerichteten Kriegsplan vom Januar 1741 war recht eigentlich von Georg II. selbst ausgegangen. Durch ihn, so schien es, würde Maria Theresia aus aller Not befreit werden. „Heil und Rettung wurde allein von England erwartet“, sagt Bartenstein in einer zwanzig Jahre später verfaßten Denkschrift¹⁾. Maria Theresia hätte freilich statt dieser getrennten Operationen lieber die Vereinigung aller gegen Preußen kämpfenden Streitkräfte gesehen. Das lehnte Georg II. ab, sprach aber den Wunsch aus, ein österreichischer General sollte nach London kommen, damit man alles genau verabreden könne. Ostein legte ihm eine Liste, 9 Namen enthaltend, vor, fügt aber hinzu, daß bis zur Ankunft des Generals wohl 8 bis 9 Wochen vergehen würden. So einigt man sich dahin, daß die entscheidenden Anordnungen in Holland zu treffen seien. Der österreichische General Brown soll dorthin kommen, und von England aus, sagt Harrington, soll General Wade, „so einer ihrer besten Generale wäre“, „zur Konzertierung der Operationen mit den Holländern sich ehestens in den Haag verfügen“.

Ein paar Monate lang, vom Januar bis in den März 1741, wird in London eifrig über den großen Angriffsplan verhandelt²⁾. Der König ist mit ganzer Seele dabei. Immer wieder läßt er durch Graf Ostein die Mahnung nach Wien gelangen, Maria Theresia solle sich nur nicht auf einen Vergleich mit dem Könige von Preußen einlassen. Man werde schon Mittel finden, ihn so in die Enge zu treiben, daß Maria Theresia zu ihrem Rechte kommt; „ihm, König von Preußen, müßte der Mut zu weiteren dergleichen Mutwillen benommen“ werden. So stürmte dieser englische König mit der ganzen Lebhaftigkeit seines Temperaments in das kriegerische Abenteuer hinein, von dem er persönlichen Ruhm, und für England und Hannover Ehre und Machtgewinn erhoffte. Dem Neffen von Preußen aber sollte Verlust und Demütigung bereitet werden.

Auch das Volk stimmt mit dem Könige überein. Im Oberhause wurde am 2. Februar a. St. die Anfrage an die Regierung gerichtet³⁾, ob die Königin von Ungarn die Er-

¹⁾ Arneth, Bartenstein u. seine Zeit. Arch. f. öst. Gesch. 46, 174.

²⁾ Nach den Berichten Osteins im Wiener Staats-Archiv.

³⁾ In der Parl. Hist. findet sich keine Erwähnung dieser Verhandlung. Sie ist nur in Osteins Bericht vom 3. Febr. a. St. 1741 überliefert. W.St.A.

füllung der Garantie der Pragmatischen Sanktion von England begehrt habe. Die Frage wurde (wahrscheinlich durch den Herzog von Newcastle) bejaht und beantwortet, doch ohne eine Mitteilung darüber, welche Hilfeleistung gefordert sei oder welche geleistet werden solle. Und es wirft ein eigentümliches Licht auf die Stellung der Parteien zur europäischen Politik, wenn wir hören, daß die Führer der Opposition, die Lords Carteret und Argyle es waren, die als die Hauptredner auftraten. Carteret forderte mit allem Nachdruck die Unterstützung des Hauses Österreich und tadelte die Regierung, daß sie die Macht desselben so tief habe sinken lassen. Und Argyle fügte, mit noch deutlicherer Anspielung auf den polnischen Krieg, hinzu, das Ministerium habe sich noch dafür zu verantworten, daß es seiner Zeit dem Kaiser nicht mit der Flotte geholfen habe, als er das Königreich beider Sizilien verlor. So schien die Opposition in diesem Augenblick fast mit noch größerer Begeisterung der Politik des Königs zu folgen als sein Ministerium. Gleichviel, Freunde und Feinde der Regierung traten für Maria Theresia ein. „Keine einzige Stimme“, sagt unser Berichterstatter, „sei gegen die Soutenierung der Pragmatischen Sanktion gewesen.“ Der König aber freute sich des Erfolges und sagte am nächsten Tage zu Ostein, nun werde er mit dem gestern Geschehenen wohl zufrieden sein. Hier ließen sich die Sachen nicht an einem einzigen Tage machen, aber dennoch unterbleibe nichts, was notwendig sei.

Es läßt sich denken, daß in dieser Zeit Graf Truchseß, Friedrichs Gesandter, der inzwischen eingetroffen war, eine klägliche Rolle spielte. Was er vorgebracht, sagte Lord Harrington, sei nichts anderes als das alte Lied, das bereits in Friedrichs Brief an Georg II. gesungen worden. Als Truchseß voreilig von einer bereits geschlossenen preußisch-russischen Defensiv-Allianz sprach, als er erklärte, Rußland werde zwischen Preußen und Österreich vermitteln, und man erhoffe dasselbe von England, da fragte König Georg verwundert nach dem Datum des Vertragsschlusses, das der verwirrte Gesandte nicht anzugeben wußte. Und „zu aller Mediation“, schreibt Ostein, „hat man ihm die Hoffnung benommen“¹⁾.

Die große Koalition gegen Preußen — man konnte England

¹⁾ Ostein an Maria Theresia. 3. 13. Febr. a. St. 1741. W.St.A.

und Hannover, Holland, Rußland und Sachsen als die künftigen Mitglieder derselben betrachten — sollte nun feste Gestalt gewinnen. Maria Theresia, hoch erfreut, ließ in London erklären, sie werde keinen Fuß breit schlesischen Landes abtreten und an der Pragmatischen Sanktion nicht rütteln lassen. Sie selbst wolle nur Entschädigungen, keinen Gewinn, aber ihre Verbündeten sollen behalten, was sie etwa an preußischem Gebiet erobern. Sie will es auch dem Könige von England überlassen, ob seine Streitkräfte gesondert oder mit den ihrigen vereint operieren sollen, sie läßt die Truppen aufzählen, die sie marschieren lassen wird. Und von einem Vergleich mit Preußen ist sie weit entfernt. Georg II. läßt sich das alles in einstündiger Audienz vortragen und erklärt, sobald erst ein gemeinsamer Plan gemacht ist, werde er es an sich nicht fehlen lassen. Und noch einmal läßt er die Bitte wiederholen, es möge ein österreichischer Minister oder ein General nach den Niederlanden kommen, damit man im Haag den Kriegsplan vereinbaren könne ¹⁾.

* * *

Das Geheimnis blieb nicht gewahrt. Durch die Berichte seiner Gesandten erfuhr Friedrich von der entstehenden Koalition, erfuhr von der Preußen drohenden Gefahr. Sein Gesandter Mardefeld in Petersburg hatte ihm alle Einzelheiten geschrieben und über den Abfall Rußlands war er am meisten empört ²⁾. „Der Verrat Rußlands ist schrecklich“, schreibt er an Podewils. „Nicht ich bin es jetzt, sondern Rußland und England, die Europa umstürzen.“ Aber er bietet dem Schicksal die Stirne. Nun heißt es, rasch mit Frankreich abschließen. „Man muß sich mit Festigkeit wappnen, kämpfen wie ein Held und das Mißgeschick mit stoischer Haltung ertragen.“ „Adieu, mein Lieber“, ruft er dem zaghaften Minister zu, „verteidigen Sie mich mit der Feder, wie ich Sie mit dem Degen, und alles wird gut gehen, unseren Neidern zum Trotz ³⁾.“

* * *

¹⁾ Ostein an Maria Theresia. 3. März a. St. 1741. W.St.A.

²⁾ Pol. Corr. I, 215.

³⁾ Ebd. 207—08.

In keinem Lande der Welt waren damals äußere und innere Politik so abhängig voneinander, wie in England. In den Monarchien des Festlandes ruhte die Entscheidung in der Hand des Herrschers. Von Friedrich Wilhelm I. sagt Ranke, er hatte die Aufgabe, „die äußere Stellung zu sichern, die inneren eingeborenen Kräfte zusammenzunehmen und zu einem sich selbst fühlenden Ganzen zu gestalten“.

Anders in England, wo jene „inneren, eingeborenen Kräfte“ selbst handelnd eingreifen und mitbestimmend einwirken auf die äußere Politik, wo das Parlament so oft die Forderung stellt, daß ihm die diplomatischen Akten, die den Gesandten erteilten Instruktionen, auf den Tisch des Hauses gelegt werden und wo es laute Kritik übt an den Taten der Minister.

Seit dem Beginn des spanischen Krieges erscheint Walpoles Stellung schwächer als zuvor. Jedermann wußte, daß er diesen Krieg nicht gewollt, daß er ihn zu verhindern versucht hatte und zuletzt nur nicht mehr imstande gewesen war, der Leidenschaft des Volkes zu widerstehen. Nun stand er da als der in seiner Friedenspolitik Geschlagene.

Walpoles Bemühungen zur Erhaltung des Friedens mit Spanien lassen sich weit zurückverfolgen. Im Dezember 1732 hatte Spanien versucht, den mit der Entsendung des jährlichen Schiffs verbundenen Unregelmäßigkeiten ein für allemal ein Ende zu bereiten. In zweistündiger Unterredung mit Walpole hatte der Gesandte ihm den Vorschlag unterbreitet, das jährliche Schiff solle abgelöst werden durch ein Aequivalent, nämlich durch eine der Südsee-Kompagnie von der Regierung Spaniens jährlich zu leistende Zahlung ¹⁾. Natürlich mußte dieser Vorschlag von englischer Seite abgelehnt werden. Denn welche Summen hätte Spanien leisten können, um die Gewinne der Südsee-Kompagnie auszugleichen? Und für die Regelmäßigkeit der Zahlung hatte es keine andere Garantie zu bieten als das Wort seines Königs.

Als sodann 1733 das heikle Thema der *Spanish depredations* zum erstenmal vor das Parlament gebracht wurde ²⁾, hatte Walpole sich vergeblich bemüht, den Beschluß einer Adresse zu verhindern, durch welche der König ersucht werden sollte, die Akten

¹⁾ Degenfeld an Friedrich Wilhelm I. 9./20. Dez. 1732. G.St.A.

²⁾ Parl. Hist. 11, 896 ff.

über alle seit dem Verträge von Sevilla mit Spanien gepflogenen Verhandlungen dem Unterhause vorzulegen. Der Minister konnte nichts tun als die ablehnende Antwort des Monarchen zu entwerfen und darin zu erklären, daß die kaum begonnenen Verhandlungen noch kein Ergebnis geliefert hätten, was nur der Wahrheit entsprach.

In den folgenden Jahren hatte die parlamentarische Opposition das ihrige getan, um den Krieg herbeizuführen, und nicht zum wenigsten in der Absicht, den Minister zu stürzen. Jeder militärische Erfolg erschien nun wie ein Triumph der Opposition. Blieb der Erfolg aus, so hieß es, die Regierung hat es an den nötigen Vorbereitungen fehlen lassen.

Die Gegensätze finden ihren Ausdruck in den Vorgängen im Parlament. Kleinere Geplänkel waren die Vorboten des kommenden massiveren Angriffs. Zwei Wochen nach der Kriegserklärung, im November 1739, stellt der Tory Sir William Wyndham den Antrag, der König solle in einer Adresse ersucht werden, nicht anders mit Spanien Frieden zu schließen, als wenn auch die freie Fahrt in den amerikanischen Gewässern zugestanden, das Durchsuchungsrecht der Spanier beseitigt sei. Man ist gespannt zu hören, was der Minister auf einen solchen Antrag sagen wird. Walpoles Rede war bitter. „Ich weiß es wohl“, sagt er, „auf meine Person ist es abgesehen. Man will mir die gute Meinung des Volkes rauben.“ Aber was hier gesagt und gefordert werde, sei ja nichts anderes, als was auch die Regierung sagt und fordert und was die Thronreden verkünden. Also wozu der Lärm? „Ich will den ehrenwerten Gentleman, der den Antrag gestellt hat, enttäuschen: ich werde für den Antrag stimmen“¹⁾. Und der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Doch das kleinliche Gezänk wird fortgesetzt. Im Oberhause stand wiederholt der alte Herzog von Argyle an der Spitze der Sturmtruppe. Er war hochangesehen als das Haupt des altberühmten schottischen Adelsgeschlechts, bewährt auf militärischem wie auf politischem Gebiete und bekannt als ein unabhängiger Geist. Einst²⁾, unter Georg I., war der Sieger vom Sheriff-Moor zusammen mit dem Prinzen von Wales beim Könige

¹⁾ P. H. 11, 223.

²⁾ Vgl. 1, 617.

in Ungnade gefallen und seiner Ämter entsetzt worden. Aus jenem Prinzen von Wales war Georg II. geworden, aber gerade gegen ihn, seinen ehemaligen Beschützer, kämpfte jetzt der stolze Herzog mit nicht weniger Ingrimms als ehemals gegen den Vater. Dafür hat er denn auch seinen Trotz unter dem zweiten Georg mit derselben Strafe zu büßen, wie früher unter dem ersten. Noch einmal war Argyle 1740 aus allen Ämtern verstoßen worden.

So war es Argyle, der im Streite des Oberhauses gegen den Minister die Führung übernahm. Noch kürzlich, im März 1740, hatten beide Häuser des Parlaments in einer gemeinsam überreichten Adresse den König beglückwünscht zu der Einnahme von Porto Bello. Und schon im April wurde bei den Lords ein Tadelsvotum gegen die Regierung beantragt¹⁾, weil sie es unterlassen habe, dem Admiral auch Landtruppen zur Verfügung zu stellen, mit denen er noch viel Größeres hätte vollbringen können. Und der Hauptredner war der Herzog von Argyle. Ein Anhänger der Regierung fragte: Wäre das nicht ein Tadelsvotum gegen uns selbst, die wir erst vor 5 Wochen den Souverän zu dem glänzenden Erfolge des Admirals beglückwünscht haben? Und der Lordkanzler Hardwicke rief aus: „Wohin kommen wir mit solcher Denkweise? Sollen wir denn die Vorsehung ganz aus dem Spiele lassen?“ Mit 62 gegen 40 Stimmen ward darauf der gehässige Antrag verworfen.

Argyle war es auch, der bei der Parlamentseröffnung am 18. November 1740 den Angriff einleitete. Kaum hatte nach Verlesung der Thronrede der König das Haus verlassen, als Argyle sich erhob²⁾, um von sich aus eine Adresse zu beantragen. Sie soll von anderer Art sein, als wie man sie in den letzten Zeiten erlebt hat. Man habe sich, sagt Argyle, daran gewöhnt, ohne jemanden Zeit zur Überlegung zu gönnen, Adressen zu beantragen und zu beschließen, die nichts anderes waren als ein getreues Echo der eben gehörten Thronrede. Man habe alles in der Thronrede Gesagte einfach von Paragraph zu Paragraph wiederholt und gebilligt und gepriesen. Er, Argyle, wolle nun ein anderes Schema aufstellen. Seine Adresse solle einfach den Dank des Hauses votieren für die huldvolle Ansprache des Souveräns, und die Be-

¹⁾ Parl. Hist. 11, 582 ff.

²⁾ Parl. Hist. 11, 613.

deutung enthalten, daß man Gut und Blut zu opfern bereit sei zur Führung des Krieges. Darüber hinaus aber nur die Versicherung, daß das Oberhaus als der erbliche große Rat der Krone (dem alle anderen Ratsversammlungen untergeordnet und verantwortlich seien) alles tun werde, um dem wahren Interesse des Königs und des Landes in dieser kritischen Lage zu dienen.

Das Haus war völlig überrascht. Scheinbar ließ sich gegen Argyles Antrag nicht viel einwenden, aber der Sinn desselben bestand doch darin, daß die Regierungspolitik nicht von vornherein gebilligt werden, daß man sich vielmehr jede Kritik derselben vorbehalten sollte. Lord Bathurst stimmte zu. Dann erst kam der von der Regierungspartei bestellte wohl präparierte Antragsteller Lord Holderneß zu Worte. Er schlug eine Adresse vor, die sich von dem üblichen Schema nicht entfernte. Holderneß war jung und unerfahren, und verstand die Situation nicht ganz. Erst die Rede des Kanzlers brachte die gewünschte Klarheit. Hardwicke wußte mitzuteilen, daß die von Argyle getadelte Form der Adressen mit der Wiederholung des Inhalts der Thronrede unter der Verwaltung von Marlborough und Godolphin angekommen sei, um einem feindseligen Auslande das Bild voller Harmonie zwischen der Königin und ihrem Parlamente zu geben. „Und wann war dieser Grund stärker als heute?“

Damit war das wohlklingende Argument Argyles widerlegt, und selbst die Rednerkunst Carterets hat seinen Antrag nicht retten können.

* * *

Man könnte die eben erzählten Vorgänge den kleinen Vorpostengefechten vergleichen, die der großen Schlacht voranzugehen pflegen. Der Hauptangriff erfolgte im Februar 1741. Jetzt soll der Mächtige fallen. Daß es nicht um Prinzipien ging, daß man nicht ein politisches System bekämpfen wollte, niemand hat es in schärferen Worten den Angreifern ins Gesicht gesagt, als Walpole selbst. In den Stichworten, die er niedergeschrieben ¹⁾, ehe er seine große Verteidigungsrede hielt, weist er mit bitterem Hohne darauf hin, daß sie alle, Tories, Jakobiten und Patrioten, von so verschiedenen Standpunkten sie ausgehen mögen, sich jetzt zusammengefunden haben zu gemeinsamem Kampfe gegen

¹⁾ Vgl. Bd. 2, 623, 639.

den Einen. Denn sie bilden sich ein: Der Eine ist der Verderber. Die Menge die von ihm Betörten.

So das gemeinsame Ziel der aus ungleichen Elementen formierten Phalanx. Doch wir müssen, ehe wir den Verlauf des Kampfes schildern, die Auffassung kennen lernen, die dem Verfahren zugrunde lag, und die Taktik, die sich daraus ergab.

Ministerverantwortlichkeit und Ministeranklage, wie haben jene Zeiten darüber gedacht und wie ist der dieses Mal gewählte Standpunkt? Wir beginnen mit einem historischen Rückblick.

* * *

Haß und Kampf gegen einen mächtigen Minister waren in der Geschichte Englands nichts Neues. Aber die früher angewandten Methoden, einen solchen Mächtigen von seiner Stelle zu verdrängen, ihn politisch zu vernichten, lockten nicht zur Nachahmung. Am einfachsten war es gewesen, wenn der Monarch selbst der öffentlichen Meinung seinen Tribut zollte und den Mann fallen ließ. Unter einem Heinrich VIII. war ein solcher Vorgang für den Minister stets lebensgefährlich gewesen. Der in Ungnade gefallene Kardinal Wolsey war zwar gestorben, ehe das Schlimmste über ihn verhängt worden, aber Thomas Morus und Thomas Cromwell sind hingerichtet worden. Auch unter Eduard VI. und unter Maria haben ein paar mächtige Minister auf dem Blutgerüste ihren Tod gefunden. In allen diesen Fällen ist es der Souverän selbst, der das Zeichen gibt, und der Untergang des hohen Würdenträgers vollzieht sich, von ferne gesehen, nur als die furchtbare Wirkung der königlichen Ungnade.

Die beiden ersten Stuartkönige mit ihrem mangelnden Verständnis für das Volksempfinden, versuchten in solcher Lage dem Zorn der öffentlichen Meinung Trotz zu bieten. Dem verhaßten Buckingham war nicht anders als durch den Dolch des Mörders beizukommen. Die Enthauptung Straffords aber, der berühmteste Fall einer vom Parlament inszenierten gerichtlichen Verfolgung und der Hinrichtung eines königlichen Ratgebers, war schon ein Akt der Revolution, und nur weil man die Form eines *Act of Attainder*, d. h. eines Gesetzes wählte, so war auch die formelle Zustimmung des Souveräns nicht zu umgehen gewesen. Nach der Restauration der Stuarts häufen sich die Ministeranklagen, wenn es auch zu einem Blutgericht nicht wieder ge-

kommen ist. Der König sucht seinen Diener zu schützen so gut er kann, aber sein Arm reicht nicht allzu weit. Der Earl of Danby saß fünf Jahre lang im Tower. Und seinen Minister Clarendon gab Karl II. preis, als er sah, wie er aller Welt verhaßt war. Sein Los war lebenslängliche Verbannung.

Natürlich handelt es sich in allen Fällen um Strafverfolgung. Verbrechen sollen geahndet werden. Und wenn man auch begann, die Politik, d. h. das politische Verhalten, der Minister zum Gegenstand der Anklage zu machen, wie es gegenüber Danby geschah, so hielt man es für notwendig, auch hieraus einen Kriminalfall zu konstruieren: der Minister sollte gegen Redlichkeit, Gerechtigkeit und Nützlichkeit (*honesty, justice and utility*) verstoßen haben und deshalb bestraft werden.

Einen anderen Charakter hatten allerdings die im ersten Jahr der Regierung Georgs I. mit so ungeheurem Wortschwall erhobenen und zuletzt so kläglich verlaufenen Ministeranklagen besessen, mit denen die neue Whigregierung das Tory-Regiment der Königin Anna zu richten und damit den Utrechter Frieden als ein Verbrechen an der Nation zu brandmarken unternahm. Der Souverän, unter dem die Angeklagten gedient hatten, war nicht mehr am Leben. Der Nachfolger hatte kein Interesse daran, die Angeklagten zu schützen. Es ging also dieses Mal nicht gegen den König, der vielmehr fast als unbeteiligter Zuschauer daneben stand. Es war einfach ein Kampf auf Tod und Leben zwischen den Parteien, Whig gegen Tory. Aber die Sache sah gefährlicher aus als sie war. Im Grunde konnte man den hohen Staatsbeamten der vergangenen Regierungsepoche, auch ohne daß sie den schützenden Monarchen hinter sich hatten, so viel nicht anhaben. Der eine der beiden Hauptangeklagten, Lord Bolingbroke, war in unnötiger Angst für sein Leben außer Landes geflohen, der andere, Graf Oxford, war geblieben. Er hat ein paar Jahre lang im Tower gesessen, und als man, um der Form zu genügen, endlich einen Hochverratsprozeß gegen ihn anstrebte, ward ihm damit nur ein Triumph bereitet. Der Prozeß endete wie eine schale Komödie, und da man nicht verurteilen konnte, so sprach man frei.

Dieser Rückblick kann uns lehren, daß es auch im Zeitalter Walpoles — er selbst hatte das Verfahren gegen die Tory-Minister geleitet — einen klar vorgezeichneten Weg für das bei einer Ministeranklage einzuschlagende Verfahren gar nicht gab.

Nicht einmal die Frage, wem denn eigentlich die Minister verantwortlich seien, war geklärt. Hatte doch Oxford jeden Vorwurf damit zu entkräften gemeint, wenn er behauptete, er habe nur die Befehle seiner Königin befolgt ¹⁾. Wer war also strafbar? Der Minister oder der Souverän? Und was nützte es noch, den alten Satz *the King can do no wrong* zu zitieren, wenn die Anklage verstummen mußte, sobald der Minister nur einen Befehl des Souveräns, nach dem er gehandelt habe, vorweisen konnte.

Auch noch die andere Erwägung darf hier nicht fehlen, daß der Minister ja nicht vom Parlamente in seine Stelle gebracht worden ist, sondern durch den König. Das Parlament mag sich geehrt fühlen, wenn eine seiner Größen durch das Vertrauen des Monarchen zur Leitung des Staates berufen worden ist. Aber es hat selbst doch nur als empfehlender Zuschauer daneben gestanden. Es kann daher den Souverän so wenig zwingen, den Minister zu entlassen, wie es über seine Ernennung zu entscheiden hatte.

So weit war man damals noch vom modernen parlamentarischen System entfernt. Der Weg zur Beseitigung des Ministers führt über die Stufen des Thrones. Man muß den König durch gravierende Tatsachen überzeugen, daß die Handlungen seines Ratgebers unheilvoll, ja verbrecherisch gewesen sind, damit er sich entschließt, ihn zu entlassen, vielleicht gar ihn der verdienten Bestrafung zu überliefern. So etwa war die Denkweise der Zeit, als der Angriff gegen Walpole begann.

Aber schon stockte man. Würde es denn auch möglich sein, die Politik des Ministers, den man stürzen wollte, geradezu als verbrecherisch zu bezeichnen und dafür den Beweis zu führen? Und wenn es nicht gelang, sollte es nicht genügen, zu beweisen, daß jene Politik verderblich gewesen und darum allgemein verhaßt sei? Und so, mit dieser Logik wollte man nun operieren.

Und noch eine andere Schwierigkeit war da. Es galt den Kampf gegen den Einen Mann. Aber darum mußte auch der Beweis erbracht werden, daß alle wichtigen Regierungshandlungen in den mehr als zwanzig Jahren seiner Ministerlaufbahn wirklich auf sein Konto zu schreiben waren. Die Voraussetzung mußte also sein, daß Walpole wirklich in allem, d. h. in äußerer

¹⁾ Vgl. Bd. 1, 483.

wie innerer Politik, die Entscheidung gegeben habe. Man mußte darüber einig sein, daß er wirklich der leitende Mann, *the sole Minister*, gewesen sei. Das wurde nun als allbekannt angenommen. Und wenn schon eine solche Position verfassungswidrig war, also ein Unrecht, so kam man sich noch großmütig vor, wenn man nur die Amtsentlassung bewirken, von jeglicher Bestrafung aber absehen wollte. Ja, man tat sich etwas darauf zugute, wenn man anders verfuhr, als im Falle Strafford, in dem, sagte man jetzt, das Parlament besser getan hätte, sich auf die Praxis zu beschränken, die man dieses Mal, im Falle Walpole, zu befolgen sich vornahm¹⁾.

* * *

Der Hauptangriff erfolgte am 13. Februar 1741 a. St. Das Verfahren war zwischen Lords und Commons genau verabredet worden. In beiden Häusern wurde wörtlich übereinstimmend der Antrag gestellt, man solle eine Adresse an den König richten und ihn ersuchen, Sir Robert Walpole aus seiner Gegenwart ebenso wie aus dem Kreise seiner Ratgeber für immer zu entfernen. Man hatte also auf eine Anklage von vornherein verzichtet. Der Antragsteller im Oberhause war Carteret, gewiß der geeignetste unter allen Lords, um den geplanten Streich wirkungsvoll zu führen. Seit dreißig Jahren im Parlament, hatte er als Gesandter in Schweden, als Staatssekretär, als Statthalter in Irland die äußere wie die innere Politik gründlich kennen gelernt; er hatte früher selbst im Kabinett neben Walpole gesessen, war dann, durch Intriguen verdrängt, zum erbitterten Gegner des leitenden Mannes geworden, er war kenntnisreich und sprachkundig, ein schneidiger Redner und ein glänzender Stilist. Und doch, wie unsicher war seine Beweisführung, es fehlte ihr an Schärfe, es war ein matter Vorstoß. Er greift den Gegner an und beteuert gleichsam im selben Atem, er wolle ihm nicht wehe tun. Der Minister, heißt es förmlich, möge ruhig nach Hause gehen und lieber in Frieden sein Leben genießen, als durch längeres Verweilen im Amte den Zorn einer ergrimmtten Bevölkerung auf sich laden.

Carteret beginnt mit einer langatmigen akademischen Erörterung der Frage, welche Methoden das Parlament einschlagen

¹⁾ Rede Argyles. P. H. 11, 1100.

könnte, um einen schwachen oder schlechten Minister zu entfernen. Er zählt die Formen der strafrechtlichen Verfolgung auf, fügt aber hinzu, daß man damit in früheren Fällen keine guten Erfahrungen gemacht habe. Man setze sich der Gefahr aus, wie es einst, in der Zeit Karls I., dem Grafen Bristol ergangen sei, daß die Strafe nicht auf den schuldigen Minister falle, sondern auf den braven und redlichen Ankläger. Zum Glück gebe es aber, und darin mögen wir „die Weisheit unserer Verfassung“ erkennen, noch einen andern Weg, nämlich den einer Adresse an den Souverän, in der er gebeten wird, eine solche Persönlichkeit aus seinem Rate zu entfernen. Und nun versucht Carteret in einem historischen Rückblick, 15 oder 16 Jahre umfassend, den Nachweis zu liefern, daß die Politik Englands in dieser ganzen Zeit schlecht gewesen sei. Das Geschichtsbild, das er entwirft, ist freilich so einseitig, daß man den wahren Verlauf der Dinge kaum wiedererkennt. Und am wenigsten ist der Beweis gelungen, daß alles Unheil, von dem der Redner zu erzählen weiß, auch wirklich auf das Konto Robert Walpoles zu schreiben wäre. Aber im Grunde soll auch alles, was Carteret vorbringt, nicht als strikter Beweis gelten; denn solche Dinge ließen sich nicht beweisen. Er hält sich mehr an die Tatsache, daß gewisse Dinge notorisch seien: notorisch, das seit 15 oder 16 Jahren, der eine, und zwar Sir Robert Walpole, der alles entscheidende Mann in der Regierung gewesen, notorisch, daß er im Volke verhaßt sei, notorisch, daß alle Welt überzeugt sei, seine ganze Kunst der Regierung bestehe in Korruption. Durch Bestechung bringt er bei jeder Wahl seine Kreaturen, seine Werkzeuge ins Parlament, durch Bestechung setzt er in beiden Häusern seine Pläne durch, und die öffentlichen Gelder werden verschleudert, damit er auf legalem Wege seine Zwecke erreiche. Das alles gelte als notorisch; denn beweisen lasse es sich nicht, nämlich so lange nicht, als der eine über die Gelder und die Gnaden der Krone allein verfügt. Die Schwäche seiner Politik, sagt Carteret, der Haß des Volkes machen es dem Könige zur Notwendigkeit, ihn aus seinem Rate zu entfernen. Oder, wie Carteret es an einer andern Stelle formuliert, in einem freien Staate darf ein unpopulärer Minister weder im Rate des Königs noch in seiner Umgebung verbleiben.

Vielleicht entsprach, was Carteret sagte, nicht einmal völlig

seiner eigenen Überzeugung. Nach dem, was man von Lord Carterets Auffassung bisher gehört hat, schreibt der junge Charles Yorke, der Sohn des Kanzlers, „so hat er den Antrag gewissermaßen gegen seine Meinung gestellt“. Die Neuheit der Methode machte ihn unsicher. Denn statt auf eine Anklage hinauszulaufen, gipfelte der ganze massive Angriff lediglich in einem unmaßgeblichen Rate, der dem Monarchen erteilt werden sollte. Die in langer Debatte im Oberhause für und wider gehaltenen Reden sind zwar in breitester Ausführlichkeit überliefert, aber jede einzelne in mehreren und so verschiedenen Gestalten, daß man mit aller historischen Kritik doch nur die wichtigsten Argumente herauschälen kann.

Walpoles Sache führte im Oberhause der Herzog von Newcastle, der große Adlige, der als Staatssekretär fast auf eine ebensolange Amtsdauer zurückblicken konnte wie Walpole. Er hat zur Verteidigung des Kollegen sein Bestes getan, indem er sich mit aller Entschiedenheit gegen die Angriffsmethode der Gegner wandte.

Hören wir, was einer der Berichte ihn über die große Rede Carterets sagen läßt: „Eine unvollständige und parteiische Erzählung des Geschehenen soll hier zur Grundlage einer unparlamentarischen, nie dagewesenen und gefährlichen Resolution gemacht werden, ohne eine einzige bewiesene Tatsache.“ Noch schärfer ward die Situation durch Hardwicke beleuchtet, mit dem Hinweis auf die historische Position des Oberhauses. „Diese Frage betrifft vielmehr Eure Lordschaften als den einen Mann.“

So ward der Antrag Carterets mit großer Mehrheit abgelehnt. Und wie sehr die Methode des Angriffs von dieser Mehrheit mißbilligt wurde, ward deutlich, als sofort danach durch den Herzog von Marlborough ein neuer Antrag gestellt und angenommen wurde, der eben diese Methode scharf verurteilte. Mit anderen Worten: es soll dabei bleiben: ohne Verbrechen keine Bestrafung, und eine Bestrafung des Ministers wäre es auch, wenn der König vom Parlamente gezwungen würde, ihn zu entlassen.

* * *

Im Unterhause ging dem gegen Walpole gerichteten Angriffe ein lustiger kleiner Zwischenfall voran. Am 11. Februar 1741 kommt das Unterhausmitglied Samuel Sandys, quer durch den

Saal schreitend, auf Walpole zu, um ihm mit ritterlicher Geste die Mitteilung zu machen, er werde am kommenden Freitag eine Anklage in mehreren Artikeln gegen ihn vorbringen. Walpole dankt, und als Sandys seine Absicht auch noch dem Hause ankündigt, und hinzufügt, er hoffe, der Kanzler der Schatzkammer werde an diesem Tage anwesend sein, springt Walpole auf. Er erklärt, er werde zur Stelle sein, und, sich an die Brust schlagend, fährt er fort in horazianischer Wendung mit den Worten: „*Nil conscire sibi, nulli pallescere culpae.*“ Aber dabei ist ihm ein kleines Mißgeschick passiert. Sein berühmter Gegner Pulteney bemerkt sarkastisch, das Latein des sehr ehrenwerten Gentleman sei so schwach wie seine Logik; denn bei Horaz¹⁾ lese man die Version: *nulla pallescere culpa.* Walpole proponiert sofort eine Wette und verliert sie. Pulteney streicht den Gewinn ein und ruft lachend: „Dies ist das einzige Geld, das ich seit langen Jahren vom Schatzamt erhalten habe, und es soll das letzte sein.“

* * *

Walpoles Triumph war noch größer im Unterhause als bei den Lords. Der Begründer des Antrages, Sandys, ein schwächerer Redner als Carteret. Die Verteidigung stärker als durch Newcastle, nämlich durch Walpole selbst. Man streitet zunächst, ob er im Saale bleiben solle. Ein Antrag, er solle seine Verteidigungsrede halten und dann das Haus verlassen, wird abgelehnt. Er bleibt und hält eine seiner glänzendsten Reden. Er fühlt sich sicher. Ehe er beginnt, hat er schon gehört, daß der gegen ihn gerichtete Antrag im Oberhause abgelehnt worden. Er spricht siegesgewiß, mit überlegenem Sarkasmus, fast übermütig. Wir kennen die Rede gut, denn sie ist erhalten in seiner eigenen Niederschrift, zusammen mit einem gedruckten Bericht im *London Magazine*. Walpole beruft sich schon nicht mehr, wie noch Oxford 1715 es getan, auf empfangene Befehle des Souveräns, sondern auf die in allen Fällen erfolgte Zustimmung des Parlaments. Es spricht über auswärtige und innere Politik. „Ich behaupte nicht“, erklärt er treuherzig, „ein großer Meister in der auswärtigen Politik zu sein, und ich habe im Rate Seiner Majestät auch nur eine einzige Stimme. Aber wenn ich auch der alleinige

¹⁾ Ep. I, 1, 61.

Urheber dieser Politik wäre, so glaube ich nicht, daß ich deshalb ein schwacher oder ein schlechter Minister genannt zu werden verdiente.“ Er spricht über die beiden wichtigsten Vorgänge der verflossenen Jahrzehnte: die Allianz von Hannover und die Garantie der Pragmatischen Sanktion. Er verteidigt die erstere, obwohl er in diesem Falle die Verantwortung hätte ablehnen dürfen; denn nicht er war ihr Urheber gewesen, sondern Townshend, und die beiden Schwäger waren ja gerade über diesen Punkt heftig aneinander geraten. „Was aber die Garantie der Pragmatischen Sanktion betrifft, sagt Walpole, so ist diese ja so allgemein gebilligt worden, sowohl hier im Hause wie außerhalb, daß bis auf den heutigen Tag kein Tadel darüber laut geworden ist, es sei denn, weil man zu lange damit gewartet hat.“

Mit gerechtem Stolz weist er auch auf seinen eigenen Werdegang hin. Er wirft sich in die Brust und ruft aus: „Warum wird denn nicht gesagt, wie alles gekommen ist? Bin ich denn nicht durch die Stimme des Königs und der Nation gerufen worden, um die schlimmen Folgen des Südsee-Planes zu heilen, und um den gesunkenen Kredit wiederherzustellen?“

Endlich, am Schlusse seiner Rede, spricht er auch von der Behauptung, daß er *sole* und *prime Minister* sei. Es liegt ein gewisser Humor darin, daß der Mann, der seit 20 Jahren von jedermann so bezeichnet worden, den Namen so empört ablehnt. Die Welt hatte sich längst gewöhnt, ihn so zu nennen. Wir haben in dem handschriftlichen Nachlaß zu Houghton Hall mehr als ein Schreiben gefunden, gerichtet an Sir Robert Walpole, den *Prime Minister*. Der Empfänger war beim Anblick dieser Anschrift gewiß nicht empört, hat auch wohl kaum darauf geachtet. Warum nun die Empörung? Walpole erblickt in solcher Benennung, von der die Verfassung nichts weiß, eine Kränkung des Königs. Er wie die anderen Minister sind vom Könige ernannt, und keiner hat einen Vorrang vor den anderen, und keiner stellt etwa das Kabinet zusammen. Das tut nur der König.

Er sei ja, sagt Walpole, jeden Augenblick bereit zu gehen, wenn der König ihn entläßt. Aber nun hat er auch einzustehen für das Recht der Krone. „Eine Adresse an Seine Majestät zur Entfernung eines seiner Diener, ohne ein besonderes Verbrechen anzuführen, das er begangen haben soll, ist einer der größten Übergriffe, die je gegen die Prärogative der Krone

vollführt worden sind; und darum, aus Rücksicht auf meinen Herrn, nicht auf mich selbst, hoffe ich, daß alle diejenigen, die Achtung vor unserer Verfassung haben, und für das Recht und die Prärogative der Krone, ohne die unsere Verfassung nicht bestehen kann, gegen diesen Antrag stimmen werden.“

Man könnte fragen, wie ist also Walpoles Auffassung von seiner eigenen Stellung? Ernennung und Entlassung, will er sagen, stehen im freien Belieben des Monarchen. Gewiß braucht der Minister für alle politische Handlungen die Zustimmung des Parlaments. Doch die Entlassung kann dieses nur fordern, wenn er sich strafwürdiger Vergehen schuldig gemacht hat. Versucht das Parlament ohne eine solche Begründung die Entlassung zu erzwingen, so tritt es dem Souverän zu nahe.

Die Abstimmung ergab eine noch viel größere Mehrheit als im Oberhause zugunsten Walpoles. Und einen ähnlichen Antrag, wie ihn Marlborough im Oberhause gestellt, hat Walpole im Unterhause selbst unterdrückt. Den stärksten Eindruck machte es jedoch, als William Schippen, der Tory und Jakobit, während der Verhandlung ostentativ den Saal verließ und 30 weitere Tories mit ihm. Im Privatkreise aber erklärte Schippen, es habe ihm widerstrebt, Robin auf Grund republikanischer Prinzipien herunterzureißen. Walpole und Schippen hatten einander seit 25 Jahren im Parlamente bekämpft, doch ohne Groll, ja mit einer Art Vertraulichkeit. Der „ehrliche Schippen“ war kein persönlicher Feind des Ministers.

Am Freitag um 11 Uhr morgens hatte die Debatte begonnen. Sie währte bis 4 Uhr nachts. Der König hatte Befehl gegeben, ihm das Ergebnis sofort, zu jeder Stunde, sei es bei Tage oder bei Nacht zu melden. Am Sonntag war großer Empfang bei Hofe. „Sie haben am Freitag eine lange Sitzung gehabt“, sagte Georg II. zu einem Abgeordneten. „Ja, Sir“, war die Antwort, „und eine sehr gute“. Seine Majestät erwiderte: „Ja, die Absicht war schlecht und sie hat sich nun auch als eine große Dummheit herausgestellt.“¹⁾

* * *

¹⁾ Yorke, Hardwicke I, 253.

Der Sieg Walpoles in der parlamentarischen Doppelschlacht vom 13. Februar 1741 mußte auch in der auswärtigen Politik seine Wirkung üben. Graf Ostein war entsetzt über den Wandel, der sich urplötzlich vollzog. Eine Woche nach jener Entscheidung im Parlament konnte er freilich noch das Wort Georgs II., berichten, er werde es an sich nicht fehlen lassen, und Maria Theresia solle nur nicht ohne seine Zustimmung Frieden schließen. Dabei wußte man in England sehr wohl, daß der König von Preußen mit Frankreich verhandle, und Harrington erklärte, er müßte sich sehr täuschen, wenn Frankreich nicht suchen würde, von der Gelegenheit zu profitieren. Doch solle, fügte er hinzu, Ostein dies nicht so auffassen, als fürchte man sich vor Frankreich und werde deshalb nicht alle Verpflichtungen erfüllen. Zwei Wochen später aber klingt es anders. Jetzt erklärt der englische König, es müsse ein Weg zur Verständigung mit Preußen gefunden werden. Er habe, sagt Georg II. zu dem Gesandten Maria Theresias, hierzu annoch vor wenigen Tagen gewiß den allermindesten Gedanken nicht geheget, gestalten alle Vergrößerung von Preußen Ihm, König, zum allermeisten zu mißfallen hätte.

So berichtet Ostein am 17. März n. St., genau drei Wochen nach der großen Parlamentsdebatte ¹⁾. Vier Tage später hat er ein Gespräch mit Walpole, der ihm zwar beruhigend versichert, durch die nunmehr verfolgte Absicht eines Vergleichs mit Preußen sollen die Rüstungen Englands sowie seine diplomatischen Bemühungen keine Unterbrechung erleiden.

Aber der Umschwung war erfolgt. Die Fanfaren waren verstummt und friedliche Töne angestimmt worden.

Die Erklärung ist einfach. Walpole herrschte wieder in der äußeren Politik wie in der inneren. Fortan ist nur noch von „*simplen bons offices*“ und von Vergleichspolitik die Rede. Für die Ungeduld Maria Theresias und ihres Londoner Vertreters um so peinlicher, da auch Sachsen zur beabsichtigten Operation gegen Preußen ohne die Mitwirkung England-Hannovers keine Neigung zeigte. Ebenso schien Rußland den geplanten Einfall in Ostpreußen von der Haltung Englands abhängig zu machen.

¹⁾ Das folgende nach den Berichten Osteins vom 17. März bis 18. Mai n. St. 1741. W.St.A.

Sogar die Kaiserwahl Franz Stephans, für die bereits gute Aussichten bestanden, ward wieder ungewiß, besonders, weil unter den gegebenen Umständen auf die Stimme Kurkölns, auf die fast alles anzukommen schien, kaum zu rechnen war.

Ein kleiner Vorgang, der sich im Mai 1741 in London abspielte, zeigt deutlich, wie das Bild sich in den letzten Monaten gewandelt hatte und wer der Urheber dieser Wandlung war. Beim Grafen Ostein erscheint eines Tages Horace Walpole, angeblich, um sich vor dem Antreten einer Reise zu verabschieden, in Wahrheit, um die Politik seines Bruders dem Österreicher gegenüber zu verteidigen. Er beginnt mit einer langen Erzählung der auswärtigen Politik Englands seit den Tagen des Utrechter Friedens und will zeigen, wie gut österreichisch sie stets gewesen und wie gut das Habsburgerreich dabei gefahren sei. Ostein hört ungläubig zu und wird, z. B. schwerlich dem zugestimmt haben, was der „aus dem Sinn seines Bruders redende Mann“ etwa über die Geschichte des polnischen Thronfolgekrieges zu sagen wußte.

Überhaupt ist die Ähnlichkeit zwischen Englands Neutralitätspolitik in den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts und seiner Haltung im Jahre 1741 nicht zu verkennen. Es sind auch nicht nur dieselben politischen Gegensätze, die wir beide Male finden. Sie sind auch durch dieselben Personen verkörpert. Denn in beiden Fällen finden wir Georg II. als den Österreich freundlichen, deutsch patriotischen Fürsten, mehr hannöversisch als englisch gesinnt, dazu von dem Ehrgeiz getrieben, wieder wie einst in jungen Tagen, da er unter Marlborough bei Oudenaarde gefochten, militärische Lorbeeren zu ernten, nun zwar nicht mehr als kleiner Leutnant, sondern als großer König an der Spitze einer Armee. Und auf der andern Seite Robert Walpole, ganz englisch in Art und Gesinnung und Politik, der Minister, dessen Größe in den Werken des Friedens ruht, der vor jedem kriegerischen Abenteuer zurückschreckt, und der die Pflichten der Bundestreue nur gelten läßt, soweit sie den rein englischen Interessen nicht zuwiderlaufen.

Sehen wir nun, wie der in der auswärtigen Politik noch einmal herrschend gewordene Einfluß Walpoles gewirkt hat.

Am 8. April n. St. erschien Georg II. im Parlament und verkündete feierlich, daß er festhalten wolle an den Verpflichtungen, die er mit der Garantierung der Pragmatischen Sanktion übernommen. Dafür erbat er die finanzielle Unterstützung des *House of Commons*. Es war schon ungewöhnlich geworden, daß der Souverän in solchem Falle persönlich erschien, statt nur eine Botschaft verlesen zu lassen. Aber noch ungewöhnlicher war es, nachdem der König das Haus verlassen und Lords wie Commons ihre Dankadressen beschließen sollten, daß nun Regierungsleute und Opposition sich in Loyalität und Hilfsbereitschaft zu überbieten versuchten. Lord Carteret, hielt, wie er tags zuvor dem Grafen Ostein versprochen¹⁾, eine warmherzige Rede für Maria Theresia²⁾. Und nur um dem Ministerium auch ein Wort des Tadels nicht zu ersparen, nannte er es ein Unglück, daß die eben vom Könige gehörte Rede nicht schon als seine Thronrede beim Beginn der Session gesprochen worden. Wäre das geschehen, behauptete Carteret, so würde der König von Preußen sich nicht hervorgewagt haben.

Am meisten fiel es jedoch auf, daß beide Häuser sich in ihren Adressen auch zur Verteidigung Hannovers bereit erklärten, nämlich „solcher Gebiete Seiner Majestät, die nicht zur Krone Großbritanniens gehörten“.

Auch als einige Tage später im Unterhause die finanziellen Hülfen zur Beratung standen, wußte der Minister der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen. Walpole stellte persönlich den Antrag, man solle dem Könige die Summe von 300 000 £ zur Unterstützung Maria Theresias bewilligen. Da hatten die Gegner keinen leichten Stand. Shippen erklärte, ehe man solches beschließe, müßte man die internationale Lage besser als jetzt übersehen können. Und Pulteney meinte tadeln zu sollen, daß die Regierung nicht schon früher mit dieser Forderung auf dem Platze erschienen sei.

Immerhin war mit solchen Beschlüssen über Englands künftige Haltung noch nichts entschieden. In Osteins Berichten wird bald zuversichtlich von dem militärischen Eingreifen Englands gesprochen, bald bedauernd von bloßer friedlicher Ver-

1) Ostein an Maria Theresia, 21. April n. St. 1741. W.St.A.

2) Parl. Hist. 12, 152.

mittlung. Harrington erklärt, Georg II. sei fest entschlossen, falls Maria Theresia von einem Vergleich mit Preußen absolut nichts hören wollte, „dero *engagements* zu erfüllen“. Doch besser wäre es freilich, wenn sie den Vergleich nicht ganz abweisen wollte. Darauf Ostein: gegenüber Preußen und allen andern, die „bösen Willens“ sind, sollte man „sich zur Führung des Streichs in gehörige Positur setzen“. Und Harrington tröstend: „die dänischen und hessischen Truppen haben bereits Befehl bekommen, an die Elbe zu marschieren“¹⁾.

Nun wird Ostein im Namen Georgs II. noch nahe gelegt, er möge doch außer jenen Auxiliartruppen, mit denen seine Herrin nicht auskommen könne, noch weitere 10—12 000 Hannoveraner für sie fordern. Die Kosten seien durch die Bewilligung des Parlaments gedeckt. Ostein zögert, doch Walpole sagt, man pflege zwar niemanden Geld aufzudrängen, aber der Gesandte würde gut tun, das Gesuch zu stellen, solange das Parlament noch versammelt sei²⁾. Und wirklich übergibt er unter dem 12./23. April die gewünschte Note³⁾, als deren Ergebnis der zwischen Georg II. und Maria Theresia am 13./24. Juni 1741 zu Hannover geschlossene Subsidienvvertrag⁴⁾ zu betrachten ist.

Da die Abreise Georgs II. nach Hannover bevorsteht, erklärt Harrington dem Österreicher, der König gehe demnächst dorthin, um sich *à la tête de l'armée* von denen *auxiliar* sowohl seiner eigenen als kursächsischen Truppen zu setzen. Und Ostein wiederholt seine frühere Erklärung, einer Vermittlung der Seemächte oder auch ihren *bons offices* könne die Königin von Ungarn nicht stattgeben. Sie fordere schlechthin die Erfüllung der Verträge, „um den König von Preußen zu zwingen, Schlesien zu verlassen“ Dann erst könnte von einer Aussöhnung die Rede sein⁵⁾.

* * *

So ward wieder einmal das Hoflager Georgs II. nach Hannover verlegt, wohin Graf Ostein ihm folgte. Die großen Ereignisse

1) Bericht vom 21. April n. St. 1741. W.St.A.

2) Berichte vom 21. April n. St., 3. Mai n. St. 1741. W.St.A.

3) Mémoire. Londres 12./23. April 1741. W.St.A.

4) Pribram, Staatsverträge. England 506 ff.

5) Berichte vom 28. April, 3. Mai n. St. 1741. W.St.A.

haben unterdessen ihren Lauf genommen. Die Schlacht bei Mollwitz war geschlagen. Der Erfolg sagt Friedrich in seinem Memoirenwerke, war wunderbar. Maria Theresia läßt Hilfstuppen aus Ungarn kommen. Im Lager zu Mollwitz aber erscheint Marschall Belleisle, Frankreichs Vertreter am Regensburger Reichstage. Er empfiehlt dem Könige von Preußen das Bündnis mit Frankreich. Frankreich glaube den Zeitpunkt gekommen, dem Hause Österreich den Gnadenstoß zu versetzen. Aber auch von der andern Seite wird der Preußenkönig umworben. Im Namen Englands verhandelt Lord Hyndford, im Namen Hannovers Herr von Schwicheldt. Doch fehlt es zwischen diesen beiden an dem rechten Einvernehmen. Friedrich traut keinen von beiden und glaubt an ein falsches Spiel, das Georg II. mit ihm treibe.

Darüber entsteht nun ein lustiger kleiner Federkrieg zwischen dem Könige in seinen Kriegslagern zu Mollwitz und Grottkau und dem bescheidenen Kabinettsminister Podewils, der in Breslau zurückgeblieben ist. Der König scherzt übermütig, der brave Minister trägt in aller Ehrerbietung doch freimütig kühn seine Meinung vor. Friedrich glaubt nicht an den Ernst der britischen Friedensabsichten und spottet über den königlichen Oheim von England, den Cäpten, der Gesetze geben will. Podewils denkt anders, er kommt mit zwölf Argumenten, um die Richtigkeit seiner Auffassung zu beweisen, und erhält das Schriftstück zurück, geziert mit den sarkastisch stilisierten zwölf Gegenständen seines jungen Herrn¹⁾.

Und dann kommt die Entscheidung. Wien hat abgelehnt. Friedrich triumphiert. „Nun, mein lieber Podewils, jetzt sehen Sie, wer von uns beiden sich getäuscht hat. Habe ich so Unrecht gehabt, als ich Ihnen sagte, daß die Engländer Schurken sind?“²⁾

Und doch müssen wir heute sagen: nicht der Minister hat sich getäuscht, sondern der König. Die Bemühung Englands um den Frieden war ehrlich gemeint, aber sie war gescheitert an dem starken Willen Maria Theresias. Freilich, die alten Österreicher, die Minister aus der Zeit Karls VI., wußten allerdings ihrer Herrin in ihrer verzweifelten Lage nichts Besseres zu

¹⁾ Pol. Corr. 1, 246.

²⁾ Ebd. 252.

empfehlen als Nachgiebigkeit. Sie rieten zur Abtretung schlesischen Landes an den gefährlichen König von Preußen. Maria Theresia aber hörte lieber auf den entschlossenen Rat des Protokollführers Bartenstein und des Grafen Philipp Kinsky, desselben, den wir früher als Gesandten Österreichs in London kennen gelernt haben. Sie berief sich England gegenüber immer wieder auf die Verträge, auf die Garantie der Pragmatischen Sanktion und wiederholte immer wieder die Forderung militärischer Hilfe, auf die sie Anspruch habe.

Vielleicht wäre es klüger gewesen, wenn sie die Vermittlung angenommen, wenn sie schlesisches Land geopfert hätte, um sich den gefährlichsten ihrer Gegner zum Freunde, vielleicht zum Verbündeten zu machen. Aber sie hätte nicht Maria Theresia, nicht die heroische Seele sein müssen, als die sie in der Geschichte fortlebt, wenn sie solchen Erwägungen ihr Ohr geliehen hätte.

Ihre Festigkeit aber war gleich verhängnisvoll für England wie für Österreich. Die Antwort Friedrichs war das am 5. Juni 1741 geschlossene Bündnis mit Frankreich. England hatte bei ihm ausgespielt. Es hatte verloren in dem Wettlauf der Westmächte um das preußische Bündnis.

* * *

So ist Englands Haltung wieder wie in den dreißiger Jahren zögernd, hinhaltend, schwankend zwischen Krieg und Frieden, und wieder erblickt man den Gegensatz zwischen Georg II und Walpole. Aber es ist ein neues Motiv hinzugekommen. Die parlamentarische Opposition war nicht, wie 1733, ausgeschaltet. Dieses Mal spielt sie ihre besondere Rolle. Damals war es dem Minister gelungen, über seine wahren Absichten einen Schleier zu werfen und ihn so lange nicht zu lüften, bis alles vorüber war. Eine solche Zurückhaltung vermag Walpole dieses Mal nicht zu üben. Und die Opposition steht nicht scheu und abwartend zur Seite. Sie ist es vielmehr, die lärmend vor aller Welt die Meinung des englischen Volkes zu vertreten vorgibt.

Ihre Stellung war um so stärker, da Walpole zwar den König wieder auf seiner Seite, das verlorene Vertrauen der öffentlichen Meinung jedoch nicht zurückgewonnen hatte. Das wußten auch die fremden Diplomaten. Sie wußten, daß der Sturz Walpoles vielleicht nicht fern sei und daß seine Gegner alsdann das Ruder

ergreifen würden. Für diesen Fall aber schien es nützlich, Politik zu machen nicht allein mit dem Minister, sondern auch mit dem, der schon bald sein Nachfolger sein könnte, und das war Lord Carteret.

Höchst eigentümlich ist die Art, wie dieser Mann, der auch einer der besten Kenner europäischer Fragen ist, nun von den fremden Diplomaten gesucht und durch sie in die auswärtige Politik hereingezogen wird. Er ist der Anwalt Österreichs. Bei jeder Gelegenheit, im Parlament und im persönlichen Gespräch, erklärt Carteret, Österreich sei unentbehrlich für England als „die stärkste Brustwehr“ gegen das Haus Bourbon. Man soll mir nicht vorwerfen dürfen, hat er eines Tages im Parlamente erklärt, daß ich das Haus Österreich zugrunde gehen ließe, ohne zu wissen, daß ich mein eigenes Vaterland damit ruinierte¹⁾. Auch die Kaiserkrone darf dem Hause Habsburg nicht genommen werden. Carteret läßt dem Grafen Ostein, wie dieser einmal berichtet²⁾, „unter der erforderlichen Vorsichtigkeit immerzu versichern“, er, und mit ihm die ganze Opposition, hätten ihr Augenmerk auf das Interesse des Durchlauchtigsten Erzhauses gerichtet und lebten der Überzeugung, von der Macht desselben hänge auch Englands Wohlfahrt ab. Dafür habe freilich der „imbecile Minister“ kein Verständnis.

So streiten Regierung und Opposition, Walpole und Carteret, um die Führung der auswärtigen Geschäfte. Wieviel Takt und Vorsicht erforderte es aber für die Vertreter der fremden Mächte, wenn sie bei so verwickelten Verhältnissen ihren Weg finden, wenn sie auf der einen Seite mit den Ministern der Krone, auf der andern in tiefster Heimlichkeit mit ihren Widersachern verkehren und verhandeln sollten, um das Interesse ihrer Auftraggeber nicht zu versäumen.

Ein paar höchst merkwürdige Szenen müssen es gewesen sein³⁾, als kurz vor der Abreise des Königs nach Hannover, im Mai 1741, zuerst der preußische, dann der österreichische Gesandte sich bei Lord Carteret melden ließen und lange politische Gespräche mit ihm führten. Doch mußte die Form des harmlosesten gesellschaftlichen Verkehrs gewahrt bleiben. Truchseß

¹⁾ P. H. 12, 153.

²⁾ P. S. zu Osteins Bericht vom 14. April 1741. N.S. W.St.A.

³⁾ Ostein an Maria Theresia, 16. Mai n. St. 1741. W.St.A.

erscheint, weil er sich das Vergnügen nicht versagen kann, vor seiner Heimkehr, noch die Bekanntschaft des auch in Berlin in so guter Erinnerung stehenden englischen Politikers zu machen. Ostein kommt ein paar Tage später und motiviert seinen Besuch mit einem ähnlichen Sprüchlein. Beiden ist es darum zu tun, die Meinung und die künftige Haltung des schon jetzt im Parlament so mächtigen und vielleicht bald im Kabinett herrschenden Mannes zu erfahren. Was sie von Carteret vernehmen, ist wirklich ein vollständiges System der auswärtigen Politik. Er hat zunächst, wie er Ostein selbst erzählt hat, dem Grafen Truchseß gegenüber schwere Klage geführt, über das, was König Friedrich „so unerlaubt als höchst schädlich“ verübt hat. Wie hat er, Carteret, bisher immer von Preußen als dem stärksten Beschützer des Protestantismus gesprochen! Und wie steht er jetzt da mit seiner Preußenfreundschaft! Was sagen seine Freunde, was hat er alles schlucken müssen! Österreich könne man nicht fallen lassen und so werde Georg II. „sich nicht entübrigen können, zu seines, d. h. des preußischen Königs Bezwingung mit aller Macht sich anzuwenden“. Der preußisch-österreichische Streit sei jetzt auch für England zu einer nationalen Angelegenheit geworden. Der König von England kann sie nicht fallen lassen, ohne sich so zu schaden, daß er in dem neu zu wählenden Parlamente nicht einen Schilling bewilligt erhalte. Er kann den Forderungen des preußischen Königs nicht zustimmen, „alles dessen ungeachtet, was der allseitige „imbecile Minister“ auch anders dazu gedenken, allenfalls auch anhoffen machen könne“. Denn beide Könige sind ja gleich schlecht beraten.

So will Carteret zu dem Vertreter Preußens gesprochen haben. Truchseß habe kleinlaut zugeben müssen¹⁾, daß sein König „dem Untergang zulaufe“, falls er sich nicht anders besinne. Nun wohl, sagt Carteret, dann gibt es für ihn keine andere Möglichkeit als den einfachen Rückzug der preußischen Truppen aus Schlesien.

Daß dieser Rat befolgt werde, hat Carteret wohl selbst nicht geglaubt. Denn dem Österreicher gegenüber meinte er, Maria Theresia sollte sich doch zu einem geringen Opfer ent-

¹⁾ Truchsess scheint kluger Weise über die Unterredung mit Carteret nicht berichtet zu haben, da die Pol. Corr. an keiner Stelle darauf Bezug nimmt.

schließen; denn dadurch würde sie sich die Freundschaft Preußens bewahren und auch die ihrem Hause gebührende Kaiserkrone erhalten. Und so würde es ihr dann auch am ersten gelingen, das jetzt Preußen gebrachte Opfer später wieder einzubringen.

Bedenkt man recht, was also der Führer der englischen Opposition zu sagen wußte, so ist es eigentlich gar nichts anderes als die Politik, welche die Regierung selbst mit ihrem „imbecilen Minister“ an der Spitze damals verfolgte. Gewiß kein Zufall. Man wird bei der Stärke der Opposition vielleicht sogar von gegenseitigem Einfluß, von einer Art Angleichung zwischen den verschiedenen politischen Kräften und Anschauungen reden dürfen.

Graf Ostein verfolgte mit seiner Visite bei Lord Carteret noch einen besonderen Zweck. Ihm hatte ja kürzlich der Staatssekretär Lord Harrington den Vorschlag gemacht, man solle zwei Drittel der Summe von 300 000 £, welche das Unterhaus „zur Unterstützung der Königin von Ungarn“, bewilligt hatte, Maria Theresia sofort zur Verfügung stellen, mit der Maßgabe, dafür 10 000 Mann hannöverscher Truppen in ihre Dienste zu nehmen und zu bezahlen. Harrington wollte dies nun zum Gegenstande einer besonderen Konvention machen. Ostein erklärte zwar, er sei bevollmächtigt nur zur Unterzeichnung des allgemeinen, von Maria Theresia gewünschten Bündnisvertrages. Er wies dem englischen Minister seine Vollmacht vor, und als dieser sie auch für den augenblicklichen Zweck ausreichend fand, erklärte Ostein sich bereit, vorbehaltlich der Zustimmung seiner Königin und mit Berufung auf Harringtons Auslegung der Vollmacht, die Konvention zu unterzeichnen¹⁾. Immerhin schien es ihm nicht geraten, eine solche Abmachung allein auf den guten Willen der gegenwärtigen Machthaber in England, deren Tage vielleicht gezählt waren, zu begründen. Es war gewiß besser, wenn man auch die Gegenpartei, und zunächst einmal den kommenden Mann, verständigte. Immerhin brauchte dieser den Zusammenhang nicht so genau zu erfahren. Listig und mit kühner Verachtung der Wahrheit erzählt Graf Ostein also umständlich, wie ihm selbst der Gedanke gekommen sei, die Königin von Ungarn könnte vielleicht ein Schreiben an den König von Eng-

land richten mit dem Ausdruck des Dankes für seine und der englischen Nation Hilfsbereitschaft, wie sie in der Thronrede und den Adressen zum Ausdruck gekommen seien. Sie könnte damit den Vorschlag verbinden, die ihr zugesagte Geldhilfe sollte zur Überlassung eines Korps von 10 000 Mann hannöverscher Truppen angewendet, der dann noch übrige Betrag aber bar an sie ausgezahlt werden. Bessere Truppen, fügt Ostein hinzu, könne seine Königin nicht finden und sie gehörten demselben Fürsten, der sich ja auch sonst so rühmlich des allgemeinen Besten annehme.

Carteret stimmte zu. Zwar werde es ein großes Geschrei bei denjenigen geben, die auch gegen jene 300 000 £ gestimmt hätten. Aber dem König und seinem Ministerium würde damit, zumal das Geld ja in die hannöversische Kasse fließen würde, ein großer Dienst geleistet und vor dem Parlament ließe die Sache sich gut verteidigen.

* * *

So war die politische Lage in England, als Georg II. am 7. Mai a. St. das Königreich verließ. Der Minister, in seiner Stellung scheinbar gefestigt, sieht den kommenden Neuwahlen vertrauensvoll entgegen. Aber das Volk von England und die Staaten Europas sind nicht so vertrauensvoll. Sie finden es geraten, sich bei Zeiten mit der parlamentarischen Opposition, die vielleicht bald die Regierung sein wird, ins Einvernehmen zu setzen, und der Führer derselben, Lord Carteret, gibt sich vor der Welt schon als den kommenden Mann.

¹⁾ P. S. zu Osteins Bericht vom 12. Mai. N.S. W.St.A.

Achtes Kapitel.

Walpoles Sturz. Rückblick auf sein Leben.

Bei den Neuwahlen vom Sommer 1741 war die regierungstreue Mehrheit im Unterhause arg zusammengeschmolzen. In Schottland war es der Herzog von Argyle, derselbe, der im Oberhause gegen Walpole gekämpft, der jetzt seinen mächtigen Einfluß in den Wahlkreisen wirken ließ. Von den 45 Mitgliedern, die Schottland ins *House of Commons* entsandte, waren nicht mehr als sechs als Anhänger des Ministers zu betrachten. Ungünstig war auch der Ausfall der Wahlen in den Grafschaften des Westens, besonders in Cornwall. Hier war es Lord Falmouth, der als erster Grundherr der Grafschaft erfolgreich gegen das Ministerium agitierte. Und da der Prinz von Wales auch noch den Titel eines Herzogs von Cornwall führte, so fiel hier auch des Prinzen feindliche Einstellung gegen den Minister ins Gewicht.

Walpole selbst tat wenig. Er war matt und abgekämpft seit dem abgeschlagenen Angriff vom letzten Februar. Auch seine Gesundheit hatte gelitten, sein Schlaf war nicht mehr wie einst, da er zu sagen pflegte, er ver falle in Schlummer, sobald sein Haupt in den Kissen ruhte.

So stand abermals die aus verschiedenartigen Elementen, aus Tories, Jakobiten und abtrünnigen Whigs zusammengesetzte Opposition auch im neuen Parlamente wieder in geschlossener Phalanx der Regierung gegenüber, und numerisch stärker als zuvor.

Am 24. Dezember 1741 war das Parlament bis zum 18. Januar vertagt worden, und Walpole gedachte die Weihnachtspause zu benutzen, um seine erschütterte Stellung neu zu befestigen. Er und seine Freunde überschlugen im Geiste immer wieder die Zahlen der Anhänger und der Gegner, man ging die Namen durch und stellte fest, wer bei den letzten Entscheidungen im Unterhause für und wer wider die Regierung gestimmt, oder auch

wer sich geflissentlich ferngehalten hatte und dabei vielleicht nicht einmal *out of town* gewesen war. Walpole war entschlossen, nicht vom Platze zu weichen. Auf seinen König durfte er sich verlassen, da dieser, wie man sagte, „bloß durch seine, des Walpoles, Ohren höret und durch dessen Augen siehet“. Von den Gegnern aber hoffte er doch noch den einen oder andern gewinnen oder, wenn nötig, mit klingenden Argumenten auf seine Seite ziehen zu können. Im Januar 1742, so weiß der österreichische Gesandte zu erzählen — es war wieder der schon früher in England beglaubigte Ignaz von Wasner — die Regierung habe die Summe von 100 000 £ auf der Bank erheben lassen, und zwar in Scheinen von je 1000 £, um sie unter die für solche Gabe empfänglichen Parlamentsmitglieder zu verteilen.

Es ist nicht angenehm für unser Gefühl, einen großen Staatsmann zu sehen, der sich an sein Amt anklammert und verzweifelt um die Macht ringt. Walpole tut noch mehr. Er hat sogar den eiteln Versuch gemacht, den Prinzen von Wales, seinen Feind, durch ein Geldversprechen auf seine Seite herüberzuziehen. Er entrang dem Könige die Zusage, dem in Ungnade gefallenen, vom Hofe verbannten Thronfolger die seit langem begehrte Zulage der jährlichen 50 000 £ zu bewilligen, wenn er sich ihm nur reuig zu Füßen werfe. Der Prinz aber erklärte höhnisch, er werde auf keinen Vorschlag hören, so lange Sir Robert Walpole im Amte sei ¹⁾.

Es waren Wochen voller Spannung, denn es handelte sich um den Sturz oder das Bleiben des Mächtigen. Er ist, sagt unser österreichischer Gewährsmann, „während seiner ganzen allmögenden Verwaltung hiesiges Königreichs seinem Fall und Entsetzung niemals näher als anjetzo gewesen“. Man sah die Männer der Opposition in maßloser Gehässigkeit zum äußersten entschlossen. Und wenn es ihnen, sagten sie, „wider Verhoffen fehl schlagen sollte, ihn aus dem Sattel zu heben“, so gedachten sie ihn im Laufe der Session „dargestellten abzumatten und zu behelligen, daß er entweder seine Verwaltung von selbst, oder sein Leben aus Unlust, Mühe und Verdruß werde aufgeben müssen“. Und dann werde auch der König, wenn alles ihm so

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole 1, 692; 3, 585.

entgegen wirke, doch endlich ihn, Robert, fallen zu lassen gezwungen sein.

So schien mit der sinkenden Macht Walpoles auch die über alle Gewalten erhabene Stellung des Monarchen gebrochen zu sein. Man meint schon einen Hauch zu spüren vom Geiste des reinen Parlamentarismus.

* * *

Der Sturz des großen Mannes¹⁾ kam zuletzt doch vielen, und wohl auch ihm selbst, völlig unerwartet. Es war am 28. Jan. n. St. 1742. Das Unterhaus hatte sich mit der Abstimmung über die strittige Wahl des Fleckens Chippenham zu befassen. Walpole hatte dem Könige versichert, daß er dabei auf eine Mehrheit von 17 Stimmen rechnen dürfe. Doch war er auf alles gefaßt. Er saß im Saale neben einem guten Freunde, verfolgte in beschaulicher Ruhe den Gang der Abstimmung und fand nur manchmal bittere Worte für so manchen Abgeordneten, der sein Freund gewesen und nun gegen ihn stimmte. Das Ergebnis war aber: 16 Stimmen gegen den Minister (241 gegen 225). Er erfaßte sofort die Bedeutung des Moments. Er erhob sich, sprach mit einigen seiner vertrautesten Freunde und sagte jedem insbesondere, er sähe nun, daß er der Gewalt des gegen ihn gehenden Stromes nicht länger widerstehen könne, er verlasse das Haus, um nicht mehr zurückzukehren. Vom Parlament begab er sich sofort zum Palaste des Königs, erstattete ihm über das Geschehene Bericht und erklärte, daß sein Verbleiben nicht mehr nützlich, sondern nur noch schädlich sein würde. Er müsse darum seine sämtlichen Ämter dem Könige „zu Füßen legen“. „Der König“, schrieb Walpole seinem Freunde, dem Herzog von Devonshire²⁾, „war huldvoll und fest, mehr als man sagen kann, und wollte nicht einwilligen, bis ich dringend darum bat“.

Das Weitere vollzog sich in den durch den Brauch gegebenen Formen. Das Parlament wurde auf 2 Wochen vertagt, damit in dieser Zeit die neue Regierung gebildet werden könne. Walpole ward am 9. Februar a. St. mit dem Titel eines Earl of Orford ins Oberhaus versetzt. Am 11. legte er seine Ämter nieder. Der Abschied vom Könige war ergreifend. Als der Minister, der seit

¹⁾ Coxe, Rob. Walpole 1, 695 ff., 3, 590 ff. Wasner an Maria Theresia, London, 16. Febr. (n. St.) 1742. W.St.A.

²⁾ Coxe, Rob. Walpole 3, 593.

mehr als zwei Jahrzehnten die Geschichte des Landes geleitet hatte, dem Monarchen kniend die Hand küßte, brach dieser in Tränen aus und gewann nicht sogleich die Fassung wieder, um den Knienden vom Boden aufzuheben. Dann fand er warme Worte des Schmerzes über den Verlust eines so treuen Beraters und sprach den Wunsch aus, bei wichtigen Anlässen auch ferner noch seinen Rat vernehmen zu dürfen.

* * *

Dem entlassenen Minister ist kein Leides mehr geschehen. Zwar haben seine Hasser es sich nicht nehmen lassen, ein Verfahren gegen ihn in Szene zu setzen. Doch Walpole selbst hat es so wenig ernst genommen, wie es verdiente. Eine geheime Kommission wurde vom Unterhause ernannt, um eine Untersuchung anzustellen, wie es zuerst hieß, über die letzten zwanzig, dann über die letzten zehn Jahre der Verwaltung Walpoles. Doch es fehlte an Material. Und der achtzigjährige Sekretär des Schatzamts John Scrape erklärte, er wolle lieber für den kurzen Rest seines Lebens ins Gefängnis wandern, als Zeugnisse beibringen gegen seinen Vorgesetzten. Als die Kommission am 13. Mai 1742 in ihrem Bericht erklären mußte, es fehle ihr an Beweisen, wurde noch eine Bill eingebracht, welche allen denjenigen Strafflosigkeit zusicherte, die als Zeugen gegen den Entlassenen auftreten würden. Im Unterhause wurde die Bill mit geringer Mehrheit angenommen. Bei den Lords aber herrschte fast ein Gefühl des Abscheus gegen eine solche Vorlage. Selbst Carteret, der von sich sagen durfte, daß ihn niemand des Verdachts der Voreingenommenheit für den von der Bill Betroffenen ziehen dürfe, erklärte sich doch mit aller Entschiedenheit gegen die Vorlage, mit der sich das Unterhaus ein Recht angemaßt habe, das es nicht besitze. Den Rechtsstandpunkt aber vertrat mit größter Schärfe der Kanzler Lord Hardwicke. Er möchte, sagte Hardwicke, wenn solches Gesetz würde, lieber selbst darunter zu leiden haben, als dabei mitwirken, daß es beschlossen würde.

Durch die mit großer Majorität erfolgte Ablehnung war der letzte, menschlich so häßliche Versuch gescheitert, die Amtsführung des gefallenen Staatsmannes zu einem Verbrechen zu stempeln.

* * *

Walpoles Rücktritt bedeutet eine Epoche in der englischen Geschichte. Darum scheint es geboten, dem Scheidenden und seinem System noch einige Schlußworte zu widmen.

Die äußere Erscheinung des Ministers hatte nichts Bestechendes. Man sah einen Mann von mittlerer Größe, die Figur mehr untersetzt als schlank, und in vorgerücktem Alter von starker Belebtheit. „Frage den Dicken“, schreibt Georg II. der Königin. Die Züge mehr derb als fein. Van Loo und Jervas malen ihn als den großen Herrn ¹⁾. Charakteristisch erscheint ein Bild ²⁾, auf dem der Maler Hayman sich selbst, vor der Staffelei stehend, und den Auftraggeber Walpole sitzend, in lässiger Haltung, zeigt. Und doch, am lebendigsten ist sein Wesen erfaßt auf jenem Hogarth'schen Gemälde ³⁾, das ihn im Unterhause zeigt, im Begriffe, das Wort zu ergreifen. Da steht er als der „große Commoner“, mit festem, klarem Blicke die Versammlung überschauend, wie ein Kämpfer, der des Sieges gewiß ist.

* * *

Walpoles Auftreten im Parlament ist an so vielen Stellen dieses Werkes behandelt, daß dem Gesagten nicht mehr viel hinzuzufügen ist. In ihrer Sachlichkeit liegt die Stärke seiner Reden. Er hat ebenso wie andere große Staatsmänner, wie Cromwell, wie Bismarck, jede hohle Rhetorik verachtet. Man soll, sagt er einmal ⁴⁾, die Tatsachen reden lassen, Wiedergabe ehrlich und ohne künstliche Beleuchtung: Mag man ihm als dem Oppositionsmann der jüngeren Jahre, Gehässigkeit vorwerfen — als der Jahrzehnte lang am Ruder Stehende will er nur noch das wahre Volksinteresse zu Worte kommen lassen. Nur so will er populär sein. Er sei lang genug, sagt er 1739 ⁵⁾, in diesem Hause gewesen, um zu wissen, wie das Land zuletzt die auf bloßer Opposition beruhende Popularität verwirft.

Seine Reden zeugen auch stets von Selbstbeherrschung, sei es, daß sie wohl vorbereitet, in vorher aufgezeichneten Stich-

¹⁾ Originale in der National Portrait Gallery u. in Houghton Hall.

²⁾ National Portrait Gallery.

³⁾ Vgl. das Titelbild zu Bd. 2.

⁴⁾ Parl. Hist. 10, 572.

⁵⁾ Parl. Hist. 10, 834.

worten entworfen ¹⁾, sei es daß sie im Augenblick entstanden, durch den Gang der Debatte erzeugt sind. Der gute Ton bleibt immer gewahrt. Als Pulteney sich einmal vergißt und seinen Angriff in eine häßliche Schimpfreden kleidet, da tadelt Walpole dies als unparlamentarisch, als unvereinbar mit den Regeln des Anstandes und führt eine Äußerung des Vorsitzenden herbei, worauf Pulteney ein Wort der Entschuldigung sagen muß ²⁾.

Überlegen ist Walpole den anderen aber am meisten durch seine Dialektik. Sie ist fast gefährlich. Das weiß er selbst und hat einmal übermütig erklärt, es gäbe keine Sache, die er im Parlamente nicht zu Falle bringen könnte. Er kann durch überraschende Wendungen eine Frage in einem Lichte erscheinen lassen, in dem sie niemand vorher gesehen hat. Eine Gabe, die, glücklich oder verhängnisvoll, oft mächtig wird. Sie erscheint am stärksten vielleicht 1719, als Walpole allen, und auch seinen eigenen Parteigenossen, unerwartet, die *Peerage Bill* zu Falle bringt und den historischen Charakter des *House of Lords* damit rettet.

Diese keineswegs gewöhnlichen Fähigkeiten sollten beachtet werden, um es zu verstehen, wie dieser Mann es fertig gebracht hat, über zwei Jahrzehnte das Parlament zu leiten. Denn man könnte ihn als den ersten wirklichen „*Leader of the House of Commons*“ bezeichnen. Doch sind in seiner Stellung im Parlament alte und neue Prinzipien miteinander vermengt. Die Zweiheit von Legislative und Exekutive ist unbezweifelt. Der Minister ist so wenig das Geschöpf des Parlaments, wie dieses ihm untertänig ist. Er muß es immer von neuem umwerben und gewinnen, um mit ihm leben und arbeiten zu können.

So muß er gleichsam die besseren Seiten seiner Natur zurückdrängen, um sich von einem Tage zum anderen behaupten zu können. Die großen Gesichtspunkte seiner Politik treten leicht zurück hinter der Erinnerung an die wiederwärtigen Waffen, Intrigue und Korruption, die er in seinem Kampfe nicht verschmähen darf. Die Staatsmänner Viktorias, die einfach mit ihrer Unterhausmajorität standen und fielen, haben es doch leichter gehabt.

* * *

¹⁾ Vgl. Bd. 2, 639. Parl. Hist. 10, 182.

²⁾ Parl. Hist. 823 ff.

Seit der Entlassung Townshends herrscht Walpole auch in der auswärtigen Politik. Die beiden Staatssekretäre Newcastle und Harrington, die von Amts wegen die Geschäfte zu führen hatten, waren keine großen Geister. Newcastle ist eifrig und rührig und nicht ohne den Stolz des großen Magnaten, doch nicht weitblickend genug, um neue politische Gedanken zu erfassen. In der Zeit des Kongresses von Cambrai ist er nicht imstande die veränderte Situation zu begreifen und zu stolz, den Ideen seiner Kongreßbevollmächtigten zu folgen. Harrington aber, der stumme Gast im Oberhause, ist ein unselbständiger Politiker. Vielleicht hat Walpole die beiden nicht ungerne in ihren Stellungen gelassen, war aber als der Mann von mehr Geist und Initiative auch hier umso mehr auf sich selbst angewiesen.

Dabei ist es ihm gewiß nicht immer leicht gewesen den Stoff zu meistern. Er hat meines Wissens den Boden Englands nie verlassen, hat das Ausland aus eigener Anschauung nicht gekannt und außer seinem Englisch keine moderne Sprache beherrscht. Konnten die fremden Diplomaten nicht englisch reden, so war die Verständigung schwer. Er selbst war seit seiner Universitätszeit wenigstens ein leidlich guter Lateiner. So pflegte er sich denn nicht nur mit dem ersten hannövrishen Könige in dem klassischen Idion zu verständigen, auch im Verkehr mit den Herren aus dem Auslande greift er wohl zum Latein. Lateinisch hat Walpole mit Graf Kinsky verhandelt, lateinisch auch mit dem Franzosen Chavigny. Da muß es freilich ein rechtes Kauderwelsch gegeben haben, wenn Walpole sagt ¹⁾: „Bei der Verhandlung mit Chavigny hat unsere *lingua franca* nur eine allgemeine Konversation möglich gemacht.“

Aber Walpole tut sein Bestes, besonders bei dem Studium der Akten. Er vertieft sich gründlich in den Stoff. „Ich habe den ganzen Tag gebraucht“, schreibt er einmal ²⁾, „um die politischen Depeschen zu lesen, zu studieren und das zu meiner Information Nötige herauszuziehen.“

Hier dürfen auch einige Bemerkungen nicht fehlen über das wahrscheinlich ausgedehnte System von Informationen, die der Minister sich zu verschaffen wußte, sowohl über England,

¹⁾ An Newcastle, 9. Juni 1734. Add. 32 785 f., 146.

²⁾ An Newcastle, 15. Nov. 1734. Add. 32 786 f., 243.

wie über das Ausland. Recht ergiebig hierfür sind wieder die Manuskripte von Houghton Hall, die uns schon so manchen Einblick in das Tun des Ministers gewährt haben. Unter dem hier halb zufällig Erhaltenen befindet sich z. B. der Brief eines kleinen Londoner Kaffeehausbesitzers. Dieser erbietet sich dem Minister von Zeit zu Zeit interessante Nachrichten zu liefern. In seinem Gasthause verkehren Kritiker aus dem oppositionellen Lager. Er, der Wirt, John Kirnan mit Namen, will die Leute in aller Form aushorchen und will mitteilen, was er erfährt. Natürlich muß das jedoch in tiefstem Geheimnis geschehen; denn, wenn die Kundschaft etwas davon erfährt, wäre der Mann ruiniert. Als kleine Probe schickt er gleich die Abschrift eines Manifestes des Königs von Spanien, das der spanische Gesandte niemandem zeigen wollte, aber er, der brave Kaffeehausbesitzer, hat es fertig gebracht, das Schriftstück „gestern Abend wörtlich zu kopieren“.

Nicht unähnlich ist das Bild, das man aus dem undatierten Briefe eines gewissen J. Campbell an Walpole erhält. Dieser Mann ist in der City herumgegangen und hat die Meinungen der Leute, insbesondere der Gegner des Ministeriums, erforscht, um darüber zu berichten. Man freut sich z. B. boshaft darüber, daß es Walpole nicht gelungen ist, den König von der Reise nach Hannover zurückzuhalten. Andererseits findet man, er habe die Macht des Königs so stark, so despotisch gemacht, „daß das Parlament bald überflüssig sein wird. Englands Freiheit und Besitz muß weichen vor deutscher Sklaverei und Gebundenheit“.

Die wichtigsten Nachrichten über die Verschwörung Atterburys finden sich unter diesen Privatakten. Über Dünkirchen ist Walpole aufs genaueste unterrichtet. Am merkwürdigsten ist jedoch das Verhältnis, in das John Law, der berühmte Finanzmann aus der Zeit des Herzogs von Orléans, zu Walpole getreten ist. In einer Reihe von Briefen aus den Jahren 1724—27, aus München und Venedig datiert, erscheint Law wie ein Geheimagent Walpoles.

So ist der Minister über Inneres und Äußeres vielseitig unterrichtet, stets auf dem Laufenden. Man möchte an die geheimen Verbindungen denken, die einst Kardinal Richelieu unterhielt ¹⁾. So konnte auch Walpole dank seiner vielseitigen

¹⁾ Vgl. Ranke, S.W. 9, 400.

Informationen die Leute durch seine Kenntnisse in Staunen setzen, und er ist wohl nicht oft durch die Ereignisse überrascht worden.

* * *

Ein großer Schriftsteller ist Walpole nie gewesen. Auch in der Muße seiner letzten Jahre hat er nicht zum Schriftstellern gegriffen. Memoiren hat er nicht verfaßt, und an einer als „Politisches Testament“ Walpoles 1767 in Amsterdam erschienenen Schrift hat er gewiß keinerlei Anteil ¹⁾.

Nur politische Flugschriften sind aus seiner Feder erhalten. Doch ihre Zahl ist gering und sie sind nicht leicht zu identifizieren. Erzeugnisse dieser Art pflegten anonym zu erscheinen ²⁾. Für die Zeitgenossen war die Person des Autors wohl deutlicher erkennbar, als für die Nachlebenden. Seinen politischen Gegnern trat er ja meist auf der gemeinsamen Wahlstatt, im Parlament gegenüber. Dort maßen sie ihre Kräfte. Nur Einen gab es, der hier nicht zu fassen war: Bolingbroke. Ihn hat Walpole, wie erzählt wurde ³⁾, zuletzt 1734 durch seine in Westminster gesprochene bittere Rede, aus dem Lande getrieben. Doch ehe dies geschah, und als Bolingbroke noch im *Craftsman* seine Pfeile gegen die Regierung abschoß oder den Männern der Opposition die Argumente soufflierte für ihre Reden im Parlament, da hat auch Walpole wohl gelegentlich zur Feder gegriffen, um einen Streich gegen Bolingbroke zu führen.

So geschah es 1729, als der Vertrag von Sevilla geschlossen wurde. Inhalt und Wortlaut waren noch nicht einmal öffentlich bekannt geworden, als die Opposition sich schon mit ihren kritischen Waffen darauf stürzte. Aber auch Walpole erschien sofort auf dem Platze und schrieb seine „*Observations upon the Treaty*“.

¹⁾ Testament politique du Chevalier Walpoole (sic), Comte d'Orford, 2 Bde., 1767. Die Schrift, Briefe und politische Betrachtungen enthaltend, ist nicht ohne Kenntnis der Zeit und der politischen Verhältnisse verfaßt, klingt aber eher, als ob sie dem Kreise der französischen Physiokraten entstammte als dem englischen Staatsmann aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Man vergleiche z. B. die Ausführungen II, 385 ff.

²⁾ Mehrere auf Finanzfragen bezügliche Flugschriften sind handschriftlich unter den Houghton Mss. erhalten. Doch wage ich nicht zu entscheiden, ob Walpole der Verfasser ist.

³⁾ Oben S. 96.

concluded at Seville“ ¹⁾. Die Schrift liest sich wie eine Walpole'sche Rede, sachlich im Inhalt und schneidend in der Form. Sie enthält bittere Worte gegen den Einzigen in dieser Kabale, „der je in einer Stellung war, die ihm den Anschein verleihen könnte, die großen Fragen zu beherrschen“, gegen den Mann, dessen Benehmen, seitdem er sich der gerechten Strafe entzog, keinen Anhalt dafür gibt, daß sein Urteil oder seine Moral besser geworden wären“. Der Angegriffene schrieb eine Erwiderung ²⁾, in der er erklärte, es sei schwer zu sagen, für wen die „*Observations*“ geschrieben seien. Walpole antwortete wohlgemut ³⁾, sie seien geschrieben für den Urheber eines infamen Vertrages, der die größte Unverschämtheit begeht, wenn er jemals einen Minister tadelt oder je von Verträgen spricht. — Es ist eine so von Haß und Leidenschaft durchtränkte Sprache, wie Walpole sie im Parlamente niemals für zulässig gehalten hätte.

* * *

Weit zahlreicher sind die dem Kampfe gegen den Minister gewidmeten Erzeugnisse.

Eine ganze Literatur von ernsten und scherzhaften Schriften von Pamphleten und Spottgedichten ist entstanden als Kampfmittel gegen den Mächtigen, dem man anders nicht beikommen kann. Keines dieser Erzeugnisse kann freilich an geistiger Höhe auch nur annähernd mit „den Reisen Gullivers“, die schon dieser Sphäre entstammen, verglichen werden. Und Swift ist es auch, der in einigen Spottversen wohl das Schärfste gesagt hat, was je gegen Walpole gerichtet worden. „Mit Gnaden und Glücksgütern bis zum Ekel gesättigt, sein Gelächter ist roh und seine Witze sind gemein“. So der in seiner irischen Verbannung Grollende.

Nicht minder eigenartig als „Gulliver“ ist die „Bettler-Oper“ von John Gay, über deren musikgeschichtliche Bedeutung noch zu reden sein wird. Auch sie ein Dichtwerk von politischem Charakter und für Walpole so peinlich, daß er die Fortsetzung verbieten ließ. Er wolle, hieß es, nicht gern dem Publikum an 40 Abenden als Räuberhauptmann vorgeführt werden.

¹⁾ London 1729.

²⁾ Observations on the Treaty of Seville, examin'd, London 1730.

³⁾ A Review of a Pamphlet, entitled, Observations on the Treaty of Seville, examin'd, London 1730.

Doch auch von den Werken der geringeren Geister mögen ein paar kleine Proben hier erscheinen. Eine Spottschrift aus dem Jahre 1725 wählt die Form eines Steckbriefes, der zur Verfolgung eines ungetreuen Kutschers aufruft ¹⁾. Er hat schon früher seine alte Herrin ²⁾ betrogen. Jetzt hat er seinen neuen Herrn nebst seiner ganzen Familie beraubt und ausgeplündert. Wer ihn ergreift und ausliefert, damit man ihn an den Galgen hängen kann, ist einer bedeutenden Belohnung gewiß. Im nächsten Jahre, als das Thema von der Begnadigung Bolingbrokes in aller Munde ist, werden Bolingbroke und Walpole, „Hal“ und „Robin“ in einem lustigen Liede zusammen besungen ³⁾. „Da Hal keine Ehre zu verlieren hat, wie kann wohl Robin sie gewinnen?“ 1728 wird Walpole geschildert als der schlechte Verwalter eines Gutes ⁴⁾. Das Gut gehört dem Sir George English. Der gewissenlose Verwalter aber hilft nur seinen Verwandten und Freunden, denkt an seinen eigenen Vorteil und ruiniert die Untergebenen des Sir George English. Im Jahre 1731, da der Wiener Friede geschlossen ist, will „eine neue Norfolk-Ballade“ ⁵⁾ den Wert des vielgerühmten Vertrages richtig beleuchten. Sie fragt und antwortet in folgender Form:

„Ist Dünkirchen schon demolieret?
Port Mahon und Gibraltar geschützt?
Die Kompagnie von Ostende kassieret?
Sonst hat Eu'r Vertrag nichts genützt!“

Ein anderes Mal erscheint Walpole als Jago, der den braven Cassio — es soll wohl Pulteney sein — bei dem edlen Othello, das ist Georg II., arg verleumdet ⁶⁾. Als eine Balladenoper aus dem Jahre 1733 gibt sich „der geschundene Fuchs“ ⁷⁾, wo die Hauptfigur, Robin, als ein vollendeter Schurke charakterisiert

¹⁾ A copy of the paper drop'd in St. James's Park, or a Hue and Cry after a Coachman. London, Jan. 5., 1725. 816, m. 19. B.M.

²⁾ Königin Anna.

³⁾ The Cambro britton robb'd of his bauble: with Bob and Harry, a new occasional song. 1872 a. 1. B.M.

⁴⁾ The history of the Norfolk Steward. In two parts. London 1728. 8133, 6. B.M.

⁵⁾ A new Norfolk Ballad, Concerning the late Vienna Treaty. 816, m. 19. B.M.

⁶⁾ Jago displayed. 1093, b. 32. B.M.

⁷⁾ The Fox uncas'd, or Robin's Art of money catching. 161, a. 32. B.M.

wird. — Walpoles berüchtigtes Korruptionssystem aber wird in einigen Versen gegeißelt, deren Entstehungszeit kaum mehr festzustellen ist ¹⁾:

„Mag auch das Gesetz die Bestechung verfehlen,
Stets findet man Mittel zum Geben und Nehmen.
Wenn noch Schmeichler gefallen, man im Gold sucht das Heil,
Werden Menschen bestochen und die Freiheit ist feil.“

* * *

Mit der historischen Wirklichkeit haben diese Urteile wenig gemein. Es erübrigt sich auch, ihnen die Stimmen zeitgenössischer Bewunderer gegenüberzustellen. Am häufigsten zitiert findet man gewisse Verse von Pope, der von Walpole sagt, er habe ihn gesehen in der glücklicheren Stunde seiner geselligen Freuden, die sonst in schlechtem Tausch der Macht geopfert werden; er habe ihn gesehen unbelastet von dem feilen Schwarm, lächelnd ohne Falsch und gewinnend ohne Bestechung. Doch man vergesse nicht, daß gerade Pope in dem Kreise der literarischen Gegner Walpoles ein Führender war und auch das hier dem Minister gespendete Lob ist doch nur ein sehr bedingtes Lob. Auch eine wortreiche Ode, die J. Mitchell, den man Sir Robert Walpole's poet nannte, ihm gewidmet, gleich schwach in Form und Inhalt, soll uns nicht beschäftigen ²⁾.

Schwerer ins Gewicht fallen die Stimmen der Nachlebenden. „Wenn jemals“, schrieb der jüngere Horace Walpole 1778 ³⁾, „die historische Wahrheit ans Licht kommt, so wird dem Andenken meines Vaters die ihm gebührende Ehre zuteil werden.“ So mögen denn hier nur zwei Urteile bedeutender Geister aus dem späteren 18. Jahrhundert genannt sein. Der ältere William Pitt, einst Walpoles Gegner im Parlament, hat später seinen Irrtum freudig bekannt und ist ein Bewunderer seines großen Vorgängers geworden. Weniger allgemein, doch sachlich noch präziser ist, was Sir John Sinclair, der große Kenner englischer Finanzgeschichte von Walpole sagt: Er erblickt des Ministers Fähigkeit und Geschick für die Staatsfinanzen gerade in dem großen

¹⁾ Vgl. J. Grego, A History of parliamentary elections and electioneering in the old days. 1886. Wright, Caricature History of the Georges. 96.

²⁾ Houghton Mss.

³⁾ Letters ed. Toynbee 10, 337.

Acciseplan, mit dem Walpole gescheitert ist ¹⁾. Was bei den Zeitgenossen die schlimmsten Befürchtungen erweckt, zu den schwersten Vorwürfen geführt hat — der spätere Kenner hat das Walten des Genius darin gesehen.

* * *

Walpole hat die letzten Jahre auf seinem Schlosse Houghton Hall in Norfolk verlebt. Dort ist er auch am 18. März 1745 nach langem, heroisch ertragenem Leiden gestorben, und in dem kleinen Kirchlein von Houghton hat er die letzte Ruhestatt gefunden.

Auf dem altererbten Landsitze hatte Walpole die besten, die glücklichsten Tage seines Lebens verbracht. Da hatte er seit 1722 das neue schloßartige Wohnhaus errichtet, fortan das prächtigste der Grafschaft, mit der berühmten kubusförmigen Halle, zu der eine breite Freitreppe emporführte, und den vier mächtigen Kuppeln über den Ecktürmen ²⁾. Die ersten Künstler der Zeit hatten das Haus gebaut und geschmückt, und die Innenräume waren voll der schönsten Gemälde aller Zeiten und Schulen. Denn wie die Großen und Reichen in England es seit der Zeit der Restauration gehalten, so hat auch Walpole auf den Ankauf von Kunstwerken der Malerei und der Skulptur große Summen verwendet. Wir haben Verzeichnisse seiner Erwerbungen bei Bilderverkäufen. Im Jahre 1728 hat er die ganze Kollektion des exzentrischen und tief in Schulden steckenden Herzogs von Wharton angekauft. Die Herbstmonate pflegte Walpole regelmäßig in Norfolk zu verbringen. Der König suchte seine Erholung in Hannover, Walpole in Houghton. Das Haus ist immer voller Gäste. Sir Robert ist ein vortrefflicher Wirt, man geht regelmäßig auf die Jagd, 6 mal in der Woche, und es wird stark getrunken. Eine fröhliche lärmende Gesellschaft, und der Hausherr ist der Ausgelassenste von allen. So ist Walpole ein echtes Kind seiner Zeit und seines Volkes, der richtige Typus des Engländer aus dem 18. Jahrhundert.

Dem strengen Nachbarn, Lord Townshend, aber war dieses

¹⁾ History of the public revenue of the British Empire 3d ed. 2, 28 ff.

²⁾ Vgl. J. H. Broome, Houghton and the Walpoles, 1865; The Guide to Houghton Hall. 1901. Die Freitreppe ist später entfernt worden.

herbstliche Treiben, die „Bacchanalien von Houghton“, ein Greuel, vor dem er gern aus seinem Raynham entflo.

Auch das Vermögen des Ministers entsprach nicht diesem Aufwand; wie er denn in seiner Amtszeit nie große Reichtümer erworben und zuletzt eine Schuld von 40 000 £ hinterlassen hat. „Das war“, sagt der Sohn Horace, „der Reichtum eines Mannes, den man den Plünderer seines Vaterlandes genannt hat“ ¹⁾.

* * *

Und doch hat auch der Gutsherr der letzten Jahre den früheren Minister nicht verleugnet. Wie es den aus mächtigem Wirkungskreis Herausgerissenen und in ländliche Stille Gebannten so oft zu ergehen pflegt: die ihm aufgezwungene Muße — Walpole hat sie schwer ertragen und sich zurückgesehnt nach der politischen Arbeit. „Denen, die arbeiten, bietet dieser Ort keinen Stoff zur Unterhaltung“, schreibt er aus Houghton wehmütig an seinen Freund Henry Pelham ²⁾.

Und ob er wollte oder nicht, die Politik folgte ihm auch in das Stilleben von Houghton Hall. Als Pelham die Führung der Geschäfte übernommen, erteilt Walpole ihm Auskunft in mancher schwierigen Frage und leiht ihm seinen Beistand, wo er kann ³⁾. Und Briefe sind erhalten, die er mit Newcastle, dem noch im Amte verbliebenen Staatssekretär gewechselt hat, welche zeigen, wie dieser sich auch jetzt noch gern Rats erholte bei dem einst so mächtigen Staatsmann. Man erfährt daraus, daß Robert Walpole, jetzt Earl of Orford, auch noch bis zum Ende festhielt an dem zeitlebens von ihm verfochtenen Prinzip der reinen Whigherrschaft. An Newcastle ist 1743 die Zumutung herangetreten, 3 oder 4 Tories ins Kabinett zu ziehen. Er bittet Walpole um Rat. Die Antwort lautet ⁴⁾. Not kennt kein Gebot. Doch erörtert Walpole die Einzelheiten der Frage, die Besetzung der Ämter und die notwendigen Verschiebungen in einer Form, die etwa einer Verneinung der Frage gleichkommt. Noch schärfer aber äußert er

¹⁾ Letters, ed. Toynbee 13, 76.

²⁾ Aug. 29., 1742. Add. Mss. 32 699.

³⁾ Vgl. die Briefe Add. Mss. 32 699. Coxe, Pelham Administration 1, 82. 84. „I cannot hesitate in the support of a government upon which, I think, the whole depends.“

⁴⁾ Orford an Newcastle, empfangen 4. Okt. 1743. Add. 32 701 f. 148.

sich über die Möglichkeit der Berufung seines alten Gegners William Pulteney, des nunmehrigen Earl of Bath und seiner Freunde. „Wenn Sie die nicht fernhalten“, schreibt Walpole, „so ist es klar, daß sie Ihnen Hindernisse bereiten oder Sie veraten werden, so bald und so oft sie können oder es zu tun wagen.“

Auch die auswärtige Politik beschäftigt den entlassenen Staatsmann noch dauernd. Er folgt mit gespannter Aufmerksamkeit den militärischen Ereignissen in Deutschland, der Kriegführung des Königs, dem Hereinspielen hannövrisher Interessen in die Politik Englands. Die Schlacht bei Dettingen, der Wormser Vertrag, jene Tagesereignisse, auf die wir noch zurückkommen haben, er erlebt sie, als ob er noch einen Teil der Verantwortung trüge.

Keine Bitterkeit spricht aus seinen Briefen. Er hegt keinen Groll gegen den König, er hilft ihm mit seiner Erfahrung, er gibt ihm heimliche Ratschläge, „er ist immer noch“, so schreiben die Gegner, „der Minister hinter dem Vorhang“¹⁾. Auch der junge Herzog von Cumberland, des Königs zweiter Sohn, der sich bei Dettingen die Sporen verdient hat, möchte manchmal beraten sein. Noch wenige Tage vor seinem Tode hat er dem Prinzen ratend geholfen, als der Vater ihm zu einer verhaßten ehelichen Verbindung zwingen wollte²⁾. Für Georg II. aber hat er auch jene tief sinnige Denkschrift verfaßt — wir kennen sie schon³⁾ — in der er mit durchdringender Verstandesschärfe das Wesen der englischen Verfassung umschreibt, wie sie unter seiner Verwaltung gewesen.

* * *

Im Hause der Lords, dessen Mitglied zu werden er sich bequem hat, erblickt man ihn nicht oft, und wenn er kommt, ist er ein schweigsamer Gast. „Ich habe meine Zunge bei den Commons gelassen“, erklärte er seinem Bruder Horace. Und eine wunderliche Szene mag es gewesen sein, als Walpole und Pulteney, Earl of Orford und Earl of Bath, die alten Gegner aus dem Unterhause, einander auf dem neuen Schauplatze, doch nicht zu neuen Kämpfen, gegenübertraten. „Da sind wir nun“, scherzte

¹⁾ Hor. Walpole Corr. 2, 224.

²⁾ Vgl. Art. William Augustus. D.N.B. 61, 338.

³⁾ Vgl. Bd. 3, 543 ff., 596 ff.

Walpole bitter, „als zwei edle Lords, und doch die unwichtigsten Männer in England“¹⁾.

Nur ein einziges Mal, im Jahre 1744, als von der drohenden Gefahr einer französischen Invasion zugunsten des jungen Präkandidaten die Rede ist, von einer Gefahr, die Walpole längst vorausgesagt hat, greift der gewesene Minister im Oberhause zum Wort²⁾. Er spricht unvorbereitet, aber mit Leidenschaft, mit warmer Hingebung für das bedrohte Haus Hannover, für dessen Recht er ein Leben voller Arbeit eingesetzt hat. Es ist nicht mehr die aus den Unterhausdebatten vergangener Jahre so wohlbekanntere Erscheinung des allmächtigen Ministers, der den politischen Gegnern mit schneidender Schärfe und überlegener Dialektik gegenübertritt. Er steht da als der weise alte Staatsmann, mit vierzigjähriger politischer Erfahrung, erfüllt von der Sorge für die Dynastie, für den Staat, für das Volk von England. Und seine Rede ist mächtig, überzeugend, siegreich. Er hat die Sache der Krone besser geführt als der laue Vertreter der Regierung. Das Haus aber ist hingerissen und einstimmig beschließt es eine machtvolle Kundgebung für die Sache der Nation. Es ist einer jener seltenen Momente in der Geschichte des englischen Parlaments, wo am Vorabend großer Ereignisse der Held einer versunkenen Epoche noch einmal seine Stimme erhebt, um wie ein Prophet dem Volke sein Schicksal zu künden.

¹⁾ King, Anecdotes 43.

²⁾ Parl. Hist. 13, 662.

Anhang.

Nr. 1.

Zur Geschichte des Vertrages von Sevilla (S. 376—78).

Um den Fluß der Erzählung S. 376—78 nicht zu unterbrechen, wurden die folgenden ergänzenden Mitteilungen an diese Stelle verwiesen. Es handelt sich um die in letzter Stunde von österreichischer Seite unternommenen Versuche, den Vertragschluß zu vereiteln.

Graf Königsegg, der kaiserliche Gesandte am spanischen Hofe, der vom Königspaare längst nicht mehr empfangen worden, ward noch einmal, am 20. Oktober 1729, fünf Tage vor der Ankunft Stanhopes in Sevilla, zu einer Audienz zugelassen¹⁾. Er trug vor, was er zu sagen hatte. Und damit seine Ausführungen nicht in Vergessenheit geraten möchten, legte er sie noch in einer ausführlichen Denkschrift nieder, die er der Regierung Philipps V. übergab²⁾. Er wies noch einmal darauf hin, wie gut der Sache des Infanten gedient sei mit jenen Garnisonen, die sich auf Grund der Quadrupel-Allianz in den für Don Carlos bestimmten Gebieten Italiens befänden, wieviel besser als durch die jetzt in Vorschlag gebrachten spanischen Garnisonen. Wie bedenklich sei auch die darin liegende Verletzung der Quadrupel-Allianz, wie überhaupt jeder Bruch der bestehenden Verträge. Den Spaniern werden diese Gründe freilich wenig Eindruck gemacht haben; und gewiß noch weniger das Argument, daß das Deutsche Reich seiner Zeit der Quadrupel-Allianz zugestimmt habe, daß also der Kaiser ohne des Reiches Zustimmung den Boden der Quadrupel-Allianz auch nicht verlassen dürfe, ja daß er dadurch die Opposition im Reiche nur stärken würde.

¹⁾ Vgl. Baudrillart, 3, 541.

²⁾ Sie ist in englischer Übersetzung unter den Handschriften von Houghton Hall erhalten. Vielleicht haben die Spanier selbst sie Stanhope mitgeteilt; oder sie ist durch einen der eifrigen Agenten Walpoles zu seiner Kenntnis gelangt.

Noch folgte, als Stanhopes Verhandlung mit dem spanischen Königspaar bereits in vollem Gange war, ein gereizter Briefwechsel zwischen dem Minister La Paz und dem Österreicher ¹⁾. An dem Lauf der Ereignisse konnten sie nichts mehr ändern. Der schwache Versuch einer Gegenaktion Karls VI. war gescheitert. Und dann folgte der Abschluß.

Leider sagen uns die Quellen allzuwenig darüber, wie es dabei zugging.

Denken wir an den dramatischen Verlauf der Unterredung, welche William Stanhope vier Jahre früher, in den Tagen des Wiener Vertrages, mit Philipp V. und seiner temperamentvollen Gattin gehabt, so müssen wir es bedauern, daß seine Berichte über die entscheidenden Verhandlungen mit dem Königspaar von Spanien dieses Mal nicht erhalten sind ²⁾.

* * *

Nr. 2.

Die Höhe der Staatsschuld 1733/1734. Vgl. S. 123.

Borcke, London 9./20. Mai 1735 (Geh. Staats-Archiv).

Nach Anzeige der Rechnung und Spezifikation der engl. **National-Schulden**, welche der Hof neulich dem Parlament hat vorlegen lassen, befindet sich, daß gedachte National-Schulden den 31. Dez. 1733 auf 47,393,539 £ 10 sh 9³/₄ d sich belaufen haben. Davon sind zwar in dem folgenden Jahre an einer Seiten 265,390 £ 4 sh 9 d abgeführt worden: hingegen an der anderen Seite ist wieder eine ganze Million angewachsen, und den 31. Dez. 1734 die Summe aller Schulden 48,128,149 £ 6 sh und ³/₄ d gewesen. Über dieses hat die Marine in besagtem Jahre, en vertu du vote de credit noch 125,142 £ 11 sh extraordinaire Kosten verursacht.

* * *

¹⁾ Beide Stücke finden sich, wie das eben erwähnte, unter den Houghton Papers.

²⁾ Ich habe sie weder im Record Office gefunden noch in den Newcastle Papers (Add. 32 763. 32 764), auch nicht in Houghton Hall oder Raynham Hall, wo sonst mancherlei auf den Vertrag von Sevilla bezügliche Schriften erhalten sind.

Nr. 3.

Ein Plan zur Auflösung der Personalunion England-Hannover, 1732.

Degenfeld, London 8. Februar 1732 (Geh. Staats-Archiv).

Es heißt, wenn der König dieses Jahr nach Hannover gehe, so werde er den Herzog von Cumberland mitnehmen und ihm, sobald sein Alter es gestatte, mit Zustimmung des Prinzen von Wales das Kurfürstentum abtreten, „jedoch zweifle ich daran; denn, wenn man zwar hier wünschet, Hannover von England separiret zu sehen, so wird man doch den *Duc de Cumberland*, welcher geliebt ist, ungerne verlieren wollen“.

* * *

Nr. 4.

Georg II. und Frau von Wallmoden.

Borcke, Hannover, 20. Nov. 1735 (Geh. Staats-Archiv).

(Durch des Königs Abreise ist alles äußerst betrübt) „wie Witwen und Waisen“.

„Eine große Dame wünscht daher so lange ¹⁾ tot zu sein, wenn sie nur gegen die Zeit wieder aufleben könne. Man saget, daß sie ein gage d'amitié auf 9 Monate bei sich trage, und ist deshalb ihr Mann durch viele persuasions dahin gebracht worden, qu'en habile peintre il y a mis la dernière main et a retouché l'ouvrage, um allen daraus zu besorgenden Inconvenienzien vorzubeugen.“

* * *

Nr. 5.

Friedrich Wilhelm I. über die Haltung Hollands gegenüber dem französisch-österreichischen Präliminarfrieden von 1735.

Friedrich Wilhelm I. an Borcke, Berlin 24. Dec. 1735 (Geheimes Staats-Archiv).

„Wenn der Staat die Suiten der schleunigen Revolution in dem ganzen System von Europa durch die geheime Verbindung zwischen den Häusern Österreich und Bourbon appre-

¹⁾ d. h. bis zu seiner Rückkehr.

hendiret und wegen seiner eigenen Sicherheit benötigte *Precaution* nimmt, hat derselbe so großes Unrecht nicht.“

* * *

Nr. 6.

Anecdotes de la Cour Britannique. Lettre 8 me.

(Aus dem Geh. Staats-Archiv.) Londres, ce 11./22. Juillet, 1736.

Monsieur,

Il était trop dangereux, de vous écrire des anecdotes secrètes de notre cour dans un temps ou on violait les droits de la poste jusqu'à intercepter les lettres, les supprimer, en tirer des copies et déchirer les enveloppes. Moi et plusieurs autres avons eu ce désagrement maintes fois. Cette ardeur impetueuse a cessé un peu, et j'ai d'abord fait partir celle-ci pour vous apprendre avec toute candeur la situation interieure, dans laquelle se trouve la cour de Londres présentement.

Sa Majesté Britannique étant revenu dans son Royaume l'hiver passé, paraissait être tout le temps qu'Elle a resté parmi nous, d'une humeur sombre et melancolique, qui montrait clairement l'insurmontable envie de retourner au plus vite à son cher Hannovre. Ce Prince s'ennuyait partout, et rien ne l'amusait, pas même les divertissements qu'il a autrefois le plus aimés. Il ne voulait plus entendre parler d'aucune affaire, et deposait tout entre les mains de la Reine et du Ministre. En un mot il ne paraissait plus le même. Les Anglais s'aperçurent bien vite du mépris qu'il avait pour eux, et leur indifferance pour lui se changeait dans un mécontentement presque universel. Les plaisanteries et les discours que l'on tenait ouvertement, et que le peuple même repetait dans les rues, sont trop offensants pour les redire. Il est vrai aussi cependant que le Roi n'a plus autour de lui aucun confident, avec lequel il puisse librement s'entretenir, et la politique du Ministre a éloigné adroitement et écarté de la personne du maître tous qui ci-devant étaient ses véritables amis, et le plus avant dans ses bonnes graces. Cette ardeur impatiente de partir, comme on la nommait, augmentait donc tous les jours. On s'opposait du commencement à ce dessein avec audace et fermeté. Le ministre

employait toutes les finesses pour l'en empêcher, et la Reine pleurait à chaudes larmes, connaissant la cause veritable qui lui arrachait la présence de son époux. Rien ne l'émeut, et rien ne pouvait l'en détourner. Quand on voyait donc le mal sans remède, on n'en cherchait plus et servait plutôt les desirs, dont la vehémence aurait rompu toute digue.

Dans ce temps là on se disait l'un l'autre à l'oreille qu'il y avait une convention secrète, qui avait porté, plus que toute autre raison, la Reine à concéder ce voyage. Il en est quelque chose, je le sais de très bonne main, mais je n'ose pas l'écrire.

Cependant, avant d'être libre de partir, il fallait le grand ouvrage, les noces du prince de Galles. Quand la princesse fiancée vint en Angleterre, et que le prince alla au devant d'elle, on mourait de peur à la cour, qu'il ne la trouverait point aimable et à son goût. Surtout la Reine était dans des inquietudes inexprimables. Mais le prince avait pris son poste, il voulait être marié n'importe à qui; croyant qu'ayant femme et enfants, son crédit hausserait considerablement dans la nation, et que son établissement le tirerait hors de detresses, ou ses dettes qu'il avait contractées, le plongeaient depuis quelque temps. La jalousie qu'il a contre son frère ne contribuait pas peu, qu'il souhaitât ardemment son mariage, pour avoir de la lignée, et par conséquent éloigner son frère de la succession à la couronne. C'étaient les véritables motifs qui portèrent le prince à accepter des deux mains pour femme la première princesse qui lui fut offerte. Il s'en expliquait fort clairement, et n'en faisait pas mystère. Dans ces prepossessions la princesse lui plut, et lui parût peut-être au premier abord plus aimable qu'il n'avait imaginé ou esperé. La même chose arrivait à la nation, qui s'en était figuré un assez mediocre portrait avant l'avoir vue. Elle plut donc. On ne trouvait à redire que contre son habillement, et disait qu'elle était vêtue à l'ostrogothique. Pen de jours après les noces, qui se firent taciturnement, comme vous avez vu dans les imprimés, le prince s'avisa, pour faire un compliment à la nation, de faire coëffer et habiller sa nouvelle épouse à l'anglaise. On avait fait venir à Gothe un maître tailleur de Dresden, qui avait si bien habillé la princesse, qu'il avait par son art trompé tout le monde. Mais à peine parût elle à l'anglaise, que l'on voyait avec stupefaction, qu'elle a une épaule plus

haute de beaucoup que l'autre. Cette vue consterna la cour, et frappa tout le monde. Dès lors, on lui a trouvé tous les défauts qu'elle n'a pourtant pas, comme auparavant on lui trouvait des perfections qui n'étaient pas tombées dans son partage.

J'entendis un jour dans une grande compagnie, où on parlait de cela en termes peu mesurés, qu'un nombre de personnes demandaient au Ministre de Prusse: Mais, dites nous, pourquoi, pour l'amour de Dieu, n'a-t-on pas fait épouser au prince de Galles la princesse de Prusse? Il répondit brusquement: à cause qu'elle n'est pas bossuë. Effectivement les Anglais se recrient furieusement contre ce mariage de leur prince et appréhendent, qu'il n'en sortiront point des enfants forts et robustes. Je vous ferai le portrait de la princesse, sans flatterie et sans mensonge. Elle est moins petite que grande. Son teint est gâté de la petite verole, mais, malgré cela, assez bel et blanc à cause de sa grande jeunesse. Ses cheveux sont blonds, et tirent même tant soit peu sur le blond hardi, quand elle est sans poudre. Elle a les yeux petits vifs et brillants, mais ils ne disent encore rien faute d'en faire usage. Le nez est beau et bien tourné, la bouche petite et gracieuse, le menton pointu, le front bien ouvert, le tour de visage, et le maintien de la bouche fort régulier et bien composé. Ses dents sont très-belles et les mains de même. Les bras un peu trop longs. La gorge naissante, qui commence à pousser et se formera si elle est bien cultivée. Sa taille est extrêmement courte, mais ses jambes par recompense ne finissent pas. Elle serait, prise tout ensemble, à la vérité, très capable d'inspirer de l'amour, si ses épaules n'étaient pas de travers, et que cela ne sautait pas tant aux yeux. C'est bien dommage qu'elle a ce petit défaut-cà. Son air d'ailleurs est fort enfantin accompagné de beaucoup de minauderies à la Saxonne, ce qui est pardonnable à son âge. C'est certainement un grand avantage qu'elle a sur le prince son époux, de n'avoir que dix sept ans et lui trente, et c'est sur cela qu'elle peut fonder sa meilleure espérance. Jusqu'ici elle est toute soumise et obéissante au prince son époux, et quelquefois un peu trop, quand il s'agit de montrer des certains devoirs et égards pour la Reine. Le prince depuis peu fait voir tant d'indifférence et tant de froideur pour la Reine sa mère, que l'on en est extrêmement surpris. Elle la Reine au contraire fait tout au monde pour être bien

avec son fils, et tâche de le ramener par la voie de la douceur autant qu'il lui est possible. La Reine, toute Regente qu'elle est, a beaucoup de chagrin et des chagrins fort cuisants à essuyer à l'heure qu'il est. D'un côté elle voit qu'elle est mal avec son fils, et en est fort affligée. De l'autre côté elle voit le Roi son époux à un âge avancé s'exposer à la médisance de tout le monde, pour être censuré de courir les mers après une femme mariée, et de faire l'amoureux, quand il devrait songer aux devoirs de la royauté et de sa gloire. La Reine craint terriblement cette dangereuse rivale, pour laquelle le Roi laisse voir un si grand attachement, qu'il s'ennuie partout, quand il n'est pas auprès d'elle. En effet la Reine a raison d'appréhender que la maîtresse partagera bientôt le pouvoir avec elle. Car les Anglais mêmes, et les ministres que la Reine a élevés aux dignités où ils sont, commencent à jeter les yeux sur la rivale. Ils ont fait aller Horace Walpole tout exprès à Hanovre pour voir cette dame, pour la marchander, pour la gagner, et pour la mettre tout à fait dans leurs intérêts. On tâchera même de la faire venir en Angleterre, pour que le Roi n'aille pas si souvent en Allemagne. Si elle prend cette résolution là, elle fera très-mal pour elle-même, car en Angleterre cela ne sera pas la même chose, on trouvera bien vite de quoi la ruiner.

Pour imiter le Roi son maître, le chevalier Walpole est amoureux d'une jeune fille nommée Mad^{elle} Scarret en Angleterre, avec laquelle il a une habitude depuis quelques années. Ce printemps passée elle tomba malade, et mettait son amant dans une si grande peine et douleur, qu'il avait des absences continuelles quand il devait travailler dans les affaires, et quand il voulait haranguer au Parlement, il restait court souvent et oubliait ce qu'il avait à dire. Tout le monde s'en aperçut et se moqua de lui. Sa propre femme en fit une plaisanterie à la cour fort hors de saison, et dit un jour publiquement: N'est ce pas être fou à lier, que d'avoir soixante et presque dix ans, vouloir être premier ministre, et gouverner l'Angleterre, et se mettre en tête, d'entretenir une jeune fille de dix-huit ans. C'est un étrange homme que mon mari.

Cependant cette matrone n'a pas été dans son temps une Penelope, et n'a pas défait la nuit, ce qu'elle avait fait le jour. Il faut que chacun ait son tour dans ce monde.

La santé du premier Ministre commence à baisser visiblement, les jambes lui enflent, et les forces l'abandonnent, ce qui fait craindre qu'il n'ira pas loin, et donnera bientôt libre carrière à quiconque voudra lui succéder.

J'ai l'honneur d'être etc.

* * *

Nr. 7.

Regierung und Politik vor dem Sturze Walpoles. (Vgl. S. 580 ff.)

Bericht Wasners an Maria Theresia. London, 22. Jan. 1742. N. S.
(Wiener Staats-Archiv.)

Aus welchem allen nun Euer Königl. Majestät höchst erleuchtet entnehmen werden, daß dermalen noch mit einiger Verlässigkeit um so weniger kann vorgesehen oder versichert werden, wessen man sich von hiesigem Hof zu gewarten habe, als noch zur Zeit sehr ungewiß, welche Partei in dem Parlament die Oberhand behaupten, mithin ob das Ministerium und zumal der Robert Walpole sich erhalten und einfolglich auch was all-dorten für Entschließungen dürften genommen werden; denn obschon besagter Minister und seine Werkzeuge sich das obseiende ajournement zunutzen zu machen trachten, und all erdenkliches anwenden, um noch einige Stimmen auf seine Seite zu bringen, und sich mithin deren Mehrheit zu versichern, das governo auch noch verwichener Tagen m/100 Pfund Sterling in lauter Zetteln von 1000 Pfund jeder, aus der Bank und wie man versichert, zu dem Ende erhoben hat, um solche unter die Glieder besagtes Parlaments auszuteilen, nicht weniger der König, wie man versichert, den Walpole zu handhaben, kräftigst entschlossen sei, so kann doch allem diesem ungeachtet, so wenig versichert werden, daß die Hofpartei die Oberhand behaupten werde, als die Ministri selbst hiervon sowohl gegen mir als andere mit nicht geringer Furcht und Zweifelhaftigkeit sprechen, und man billig sagen kann, daß der Walpole während seiner ganzen all-mögenden Verwaltung hiesiges Königreichs seinem Fall und Entsetzung niemals näher als anjetzo gewesen sei; denn wenn eben der König denselben in dem Ministerio auch in dem Fall der von der Gegenpartei behauptenden Oberhand behalten wollte, solches zu nichts anderem als des Königs großem Verdruß und Nachteil

dienen, alle Entschließungen alldar wider seinen Willen und Meinung ausfallen, und Er doch endlich ihn Robert fallen zu lassen gezwungen sein würde. Gleichwie aber der Eigennutz allhier, wo nicht mehreren, wenigstens den nämlichen Einfluß als anderer Orten und das governo so vielfältige und so kräftige Mittel in Händen hat, die erforderlichen Stimmen auf eine oder die andere Art für sich zu erhandeln, so kommt noch immer sehr vielen vernünftigen Leuten wahrscheinlich vor, daß die Hofpartei jedoch endlich die Oberhand behaupten werde.

Sollte nun dieses erfolgen und der Walpole mithin in dem Besitz der bisherigen Gewalt verbleiben, so ist die Ungewißheit der von dem Parlament zu nehmenden Entschließungen nicht minder, und in Betrachtung dieses Mannes bekannter Gedenkens Art, und derer voriger Zeiten billig anzustehen, ob derselbe seine gewöhnliche, und wie ich ihm sowohl als den anderen Ministris mit allem Nachdruck zu Gemüte geführt, blos allein zu Beförderung dermaliger höchst gefährlicher Beschaffenheit gediente sogenannte expedientia pro tempore werde bei Seite legen und die der so großen Erfordernis gemessene Mittel ergreifen wolle. Denn ungeachtet er dermalen die Gefahr zu erkennen und zu Steuerung des Übels alles Mögliche beitragen zu wollen bezeuget, so dürfte er gleichwohl die Sprach sodann ändern und auf seine alte Art zu Werk gehen, sobald er nämlich die Gefahr seines Falls verschwunden und sich in seiner vorigen Gewalt bestätigt sehete, mithin weder von den anderen Ministris noch von dem König ein Mehreres als bis dato zu gewarten sein würde, als welcher noch immer, wie man zu sagen pfelet, blos durch sein, des Walpoles Ohren höret und durch dessen Augen siehet, mir auch faßt einige Kaltsinnigkeit an ihn den König für Euer Königl. Majestät Interesse in dem zu verspüren vorkommt, daß da er bei denen, während meiner vorigen Anwesenheit allhier habenden Audienzen mir meistens vieles über die Geschäfte gesprochen, und in dieselben hinein gegangen, Er sich bei der mir bei meiner Ankunft erteilten blos zu melden beschränket hat, „wie ihm lieb sei, mich wiederum zu sehen, daß die Sachen sehr schlimm steheten, falls man aber zu Wien seinen Rat gefolget hätte, die Sache nicht so übel gegangen sein würde“. Wie auch daß da er, der König, vor einigen Tagen bei seinem levé mich von den von Wien habenden Nachrichten befraget, und ich hierauf unter

anderen geantwortet habe, „que le Maréchal de Kevenhüller avait commencé les operations dans l'Autriche superieure“, der König sogleich widersetzet hat „j'ai manvaise opinion de vos operations, parceque vous vous retirez toujours“. Worauf ich aber zu erwidern mich nicht habe entbrechen können: „Nous faisons tout ce que nous pouvons, et si nos amis faisaient de même, les choses ne se trouveraient pas dans la situation où elles sont“.

Alles, so ich obangeführter Maßen denen Ministris vorge-
stellet, habe auch bereits verschiedenen anderen von der Nation
zu erkennen gegeben, und kann ich mit Wahrheit allerunter-
thänigst, noch mit niemanden gesprochen zu haben, welcher etwas
dagegen einzuwenden gehabt — und die Statthaftigkeit hiervon
nicht in vollem Maß zu erkennen — hiernächst auch die Hülfs-
losigkeit sehr zu bedauern bezeuget habe, in welcher Euer Königl.
Majest. gelassen — und hierdurch vornehmlich dermaliger höchst
gefährlicher Stand von Europa verursacht worden; und gleich-
wie diese Wahrheit von niemand widersprochen werden kann,
so unterlasset die Gegenpartei nicht, obschon vielleicht ebenso
viel aus Haß gegen die Walpole, als aus Eifer für das gemeine
Beste, hiervon den Gebrauch dahin zu machen, daß man Euer
Königl. Majest. hiesiges Orts hätte beistehen sollen und können,
daß solches hauptsächlich aus Schuld des Ministerii, nämlich
des Walpole, unterblieben und die Sachen in den bedauerlichen
Stand, wo sie seien, hierdurch gediehen wären; und in der That
ist die Verbitterung gleich erwähneter, in der Zahl sehr zuge-
nommener Gegenpartei so hoch gestiegen, daß selbe sich un-
gescheuet verlauten lasset, daß falls es ihr wider Verhoffen fehl
schlagen sollte, ihn aus dem Sattel zu heben, sie ihn während
obseiender Sitzung dergestalten abzumatten und zu behelligen
entschlossen wäre, daß er entweder seine Verwaltung von selbst
— oder sein Leben aus Unlust, Mühe und Verdruß werde auf-
geben müssen; welches letztere auch umso leichter erfolgen dürfte,
als man mich von ziemlich guter Hand versichert, daß seine letztere
vor ungefähr drei Monaten ausgestandene Krankheit ein Schlag-
fluß gewesen, solcher aber geheim gehalten und für eine starke
Verkältung ausgegeben worden sei.

* * *

Nr. 8.

Der Sturz Robert Walpoles (vgl. S. 582 ff.).

Wasner an Maria Theresia. London, 16. Februar. 1742, Wiener
Staats-Archiv.

... Was mich aber über obangeführte Betrachtungen auch
hauptsächlich zu dieser so angelegentlich allhier verlangten Aus-
lassung bewogen, ist, daß ich täglich klarer und unzweifelhafter
aus den von meinen Freunden mir gegebenen Nachrichten ge-
sehen habe, daß ohne weiterem meinen Zuthun der Robert
Walpole sich unmöglich länger in dem Ministerio erhalten könne.

Diese höchst wichtige Begebenheit nun ist wirklich vor-
gestern, oder besser zu sagen die Nacht vorher erfolgt, denn
da er Walpole bei der damals im Unterhaus vorgewesten vor-
läufigen Frage über die strittig gemachte Wahl von Chippenham,
solche durch eine Mehrheit von 16 widrigen Stimmen verloren,
ungeachtet er vorher geglaubt, und auch den König versichert,
daß er besagte Frage mit einer Mehrheit von 17 Stimmen be-
haupten würde, hieraus aber klar gesehen, daß seine Partei
stündlich mehr und mehr abnehme, mithin er große Gefahr
laufe, von dem Unterhaus durch die immer zunehmende Mehrheit
derer Gegenstimmen nach der sogenannten Tower in gefänglichen
Verhaft geschicket zu werden, so hat er die gleich darauf gefolgte
Hauptfrage besagter Wahl von selbst auf sich bezogen und sich
sogleich aus ersagtem Unterhaus begeben, nachdem er vorher
alldar mit einigen seiner Vertrautesten Freunden und jedem in
besonders mit dem Bezeugen gesprochen, wie er wohl sehete,
daß er der Heftigkeit des wider ihn laufenden Stroms nicht
länger mehr widerstehen könnte, und mithin in gedachtes Unter-
haus nimmer mehr zurückzukehren beschlossen habe. Worauf
er Walpole sich nacher Hof und zu dem König verfüget, und
demselben von dem Stand der Sache nebst dem Beisatz Bericht
abgestattet hat, daß dem König er bei solcher Beschaffenheit
nicht allein nicht mehr nützlich, sondern vielmehr schädlich
sei, mithin er alle seine bishero verwaltete Ämter dem König zu
Füßen legen müßte. Der König hat sich hierauf vorgestern in
das Oberhaus erhoben, um seine Einwilligung zu dem sogenannten
Malt- und anderen Billen zu erteilen, und sodann anbefohlen,
das Parlament bis dem 18./29sten dieses zu ajournieren,

welche Zeit bestimmt ist, das neue Ministerium zu bestellen und die vornehmste Glieder der nun obsiegenden Gegenpartei mit Ämtern und Titeln zu befriedigen ... Nicht wenige von der Gegenpartei sind der Meinung, den Robert Walpole förmlich anzuklagen, welches, falls es beschehen sollte, üble Folgen für ihn haben dürfte, ungeachtet er sich als Comte d'Orford in dem Oberhaus befinde, und in demselben der Mehrheit derer Stimmen versichert sein könne, maßen, wann diese Anklage von Seiten des Unterhauses erfolgte, und dieses auf dessen Verfehlung oder condemnation, das Oberhaus aber auf dessen Lossprechung bestehete, das Unterhaus solchen Falls in kein des Königs oder des Oberhauses Begehren so lange einwilligen dürfte, bis nicht dieses sich mit dem Unterhaus in diesem seinem Gesuch gleichförmigen würde; gleichwie aber eine solche Gegeneinandersetzung beider Häuser notwendig eine große Verwirrung verursachen und dem Königreich selbst, zumal bei dermaligen dringlichen Umständen sehr nachtheilig sein müßte, so ist mit mehrerer Wahrscheinlichkeit zu glauben, daß man ihn Walpole nicht weiter verfolgen, und dieser sich auf einige Zeit auf das Land begeben werde, um nicht allhier etwa einer Gewaltthätigkeit von seiten des Volkes ausgesetzt zu verbleiben, als welches bereits vor- und gestern in der Stadt London und Westminster durch Freudenfeuer, Läuten der Glocken etc. seine Freude und Vergnügtheit über dessen Fall und den Sieg der Gegenpartei geäußert hat.

Was aber diese Änderung zu behuf Euer Königl. Majest. und der Sicherheit von Europa für eine Wirkung haben werde, hierüber ist aus Betrachtung dieser Nation natürlicher Unbeständigkeit, und öfters ganz besonderer Gedenkensart noch zur Zeit kein gewisses und sicheres Urtheil abzufassen

